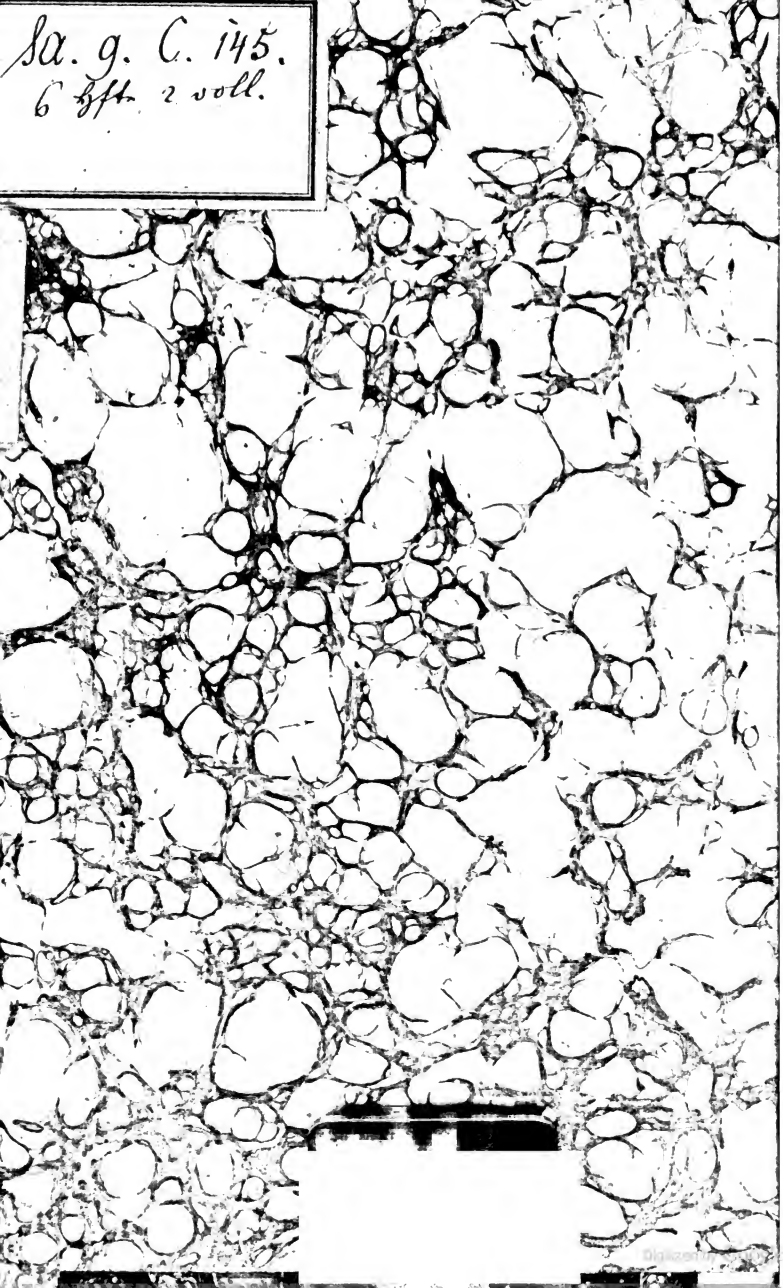
KAIS.KÖN.HOF- BIBLIOT.
7.295-B
ALT-

Sa. g. C. 145.
6 Hft. 2 voll.



Digitized by Google

Digitized by Google

7295-B.

Digitized by Google

Wahre und ausführliche Darstellung

der

am 11. März 1848 zur Erlangung einer constitutionellen Regierungs-Verfassung

in der

Königlichen Hauptstadt Prag

begonnenen

Volks-Bewegung

und der

hierauf gefolgten Ereignisse,

als ein

Beitrag zur Geschichte, und ein Angedenken an die verhängnißvolle Zeit

chronologisch verfaßt, auch mit allen Urkunden belegt

von

F. J. Schopf,

Mitglied mehrerer gelehrten Gesellschaften.

Erstes Heft:

Die Begebenheiten vom 11. bis Ende März 1848.

Druck und Verlag von C. W. Medau in Leitmeritz.

7295-B
1-3

Digitized by Google

Digitized by Google

Vorrede.

Wer die friedliche, gewerbsfleißige, schöne Königsstadt Prag vor dem 11. März 1848 gesehen, und in ihrem heutigen Bilde, in ihrem herrschenden Geiste beobachtet, wird einen gewaltigen Unterschied wahrnehmen.

Können wir uns auch nicht zurufen, daß wir zur Errungenschaft der Freiheit Etwas beigetragen haben, so müssen wir doch eingestehen, daß sich diese Freiheit in Prag unter gewaltthätigern Ergebnissen entwickelt, als es in den Städten der übrigen Provinzen der Fall ist. Was haben wir in dem Verlaufe von kaum 8 Wochen nicht Alles erlebt; ein Ereigniß verdränget das andere! jeder Tag bringt etwas Neues; Alles will die Zeit für sich ausbeuten, und so sehen wir die Menschen im immerwährenden Kampfe, den einen Theil, um seiner Gehässigkeit gegen einen Zweiten, wenn auch Vorgesetzten, freien Lauf zu lassen, den andern, um durch Regierungs- oder Volksgunst für sich Etwas zu erringen. Petitionen aller Art auch von Beamten, Dienstwechsel der Vorgesetzten, Krawalle, selbst zur Befreiung Strafbarer mit roher Gewalt angewendet, Widerstreit gegen die Regierungsmaßregeln, und zuletzt wechselseitige Mißhandlungen der Nationalitäten Böhmens folgen nacheinander.

Ganz Oesterreich und selbst das Ausland sieht auf uns; die sonderbarsten Gerüchte sind verbreitet. Die Ereignisse unserer Hauptstadt, wie sie seit 11. März d. J. vorgekommen, füllen in der Geschichte Böhmens eine wichtige Periode aus. Wem sollte nicht daran liegen, wahr und getreu zu erfahren, was Alles sich in dieser Zeit ereignet habe!

So will ich denn als unpartheiischer Beobachter alle Vorfälle veröffentlichen, und dadurch nicht nur den Zeitgenossen,

Digitized by Google

sondern auch der Nachwelt ein Angedenken aufbewahren, das als eine Chronik für Jeden bleibenden Werth haben muß, der ein Interesse für die Geschichte des Landes fühlt. Kein Tag ist ausgeblieben, kein Vorkommniß übergangen worden, selbst unbedeutendere Ereignisse sind darin enthalten, in so fern sie den herrschenden Geist bezeugen können.

Derjenige, welcher während der wichtigen Catastrophe in Prag lebte, oder selbst thätigen Antheil genommen, wird diese Gedenkschrift gewiß auch in spätern Jahren noch zur Hand nehmen, und sich entweder die traurigen Begebenheiten, oder mit angenehmen Gefühle die Art seiner Mitwirkung in das Gedächtniß rufen; unsere Nachkommen sollen erfahren, mit welchen von uns gebrachten Opfern die auf sie vererbte constitutionelle Freiheit ins Werk gesetzt wurde, was ihre Vorfahren dabei auf das Spiel gesetzt haben. Zunächst dessen kann aber auch die folgende mit Urkunden und Schriften belegte Darstellung jedem künftigen Geschichtschreiber wichtige Materialien liefern.

Am Schluße finde ich mich verpflichtet, für die mir von Behörden und Privaten zuvorkommend geleistete Unterstützung, vorzüglich durch Mittheilung der Urkunden, meinen innigsten Dank abzustatten.

Monat Mai 1848.

Der Verfasser.

Digitized by Google

Einleitung.

Während der gebildetere Theil Böhmens dem früher bestandenen österreichischen Verwaltungssysteme mit Aufmerksamkeit und Schmerz folgte, haben seit zwei Jahren die landständischen Verhandlungen zu Prag eine Richtung erhalten, welche uns die Hoffnung gewährte, daß endlich die Gebrechen und Mängel, welche auf der böhmischen Nation so schwer lasteten, öffentlich zur Sprache kommen, und wohlthätige Reformen erfolgen könnten. Doch wir haben uns getäuscht, und wenn auch in der Landtags-Versammlung vom 27. Mai v. J. gegen die Regierung eine kräftige Sprache geführt, wider den geforderten Kriminalbeitrag mit 50000 fl. für das Militärjahr 1848 ein energischer Protest eingelegt wurde, so ließ sich doch die Oppositionspartei durch das Hofkanzleidekret vom 29. November 1847 (siehe im Anhange **Nr. I**), welches gegen die Stände und vorzüglich die Wortführer eine strenge Rüge ausgesprochen, wieder einschüchtern, so daß mehrere Glieder, welche noch immer den meisten Muth bewiesen, aus der Versammlung geschieden sind.

Allein diese auch dem Volke bekannt gewordenen Ereignisse haben die übrigen Stände aus ihrem Schlafe geweckt, und zur Erkenntniß gebracht, daß die Regierung für alle dem Lande wohlthätige Reformen taub bleiben, und an jenem unglücklichen Verwaltungssysteme starr festhalten wolle. Dieser Gedanke drang auch in jene Klassen der Bewohner ein, welche sonst gemächlich ihren Beschäftigungen obgelegen sind, und sich mit politischen Begebenheiten nicht befaßten.

Wer in damaliger Zeit den geselligen Versammlungen der Bewohner Prags als unparteiischer Beobachter folgen konnte, diesem wurde klar, daß endlich ein ganz anderer Geist vorherrsche. Indessen, es wäre noch immer beim Alten geblieben, und willig, unverdrossen jenes geleistet und jenes geduldet worden, so bereits eine lange Reihe von Jahren bestanden, und das man gleichsam von seinen Voreltern übernommen.

Doch die in Frankreich ausgebrochene Revolution mit ihren republikanischen Tendenzen, die Volksbewegungen in ganz Deutschland, und der allgemeine Ruf nach einer erweiterten Volksvertretung erregte auch in unserm Heimatlande Aufmerksamkeit. Die Gast- und Kaffeehäuser, wo die beliebtesten öffentlichen Zeitungen vorliegen,

Digitized by Google

wurden zahlreich besucht, sie waren überfüllt, Alles drängte sich zum Lesen, und die Neuigkeiten wurden mit einem außerordentlichen Interesse verschlungen, verhandelt. Männer, die früher niemals einen öffentlichen Ort besuchten, waren die eifrigsten Gäste, und Alles, Alles nahm Antheil an der Politik.

So gelangten auch die Einfachsten zur Anschauung unserer vaterländischen Verhältnisse, und bei einer Vergleichung mit den Auswärtigen ergriff Jedermann das schmerzlichste Gefühl, daß dem böhmischen Volke eine ganz andere Stellung gegenüber seinem König zukomme, als uns bis jetzt dessen Regierung zugewiesen. Die sonst zur Lust und zum Vergnügen bestandenen Gesellschaften beschäftigten sich mit andern Sachen, als der jemalige Zweck ihres Vereines gewesen, wie uns die Bürger-Ressource Prags ein Beispiel gewährte. Berathen wurde allenthalben über die Beschwerden des Landes, und die Mittel zu deren Abhilfe; im friedlichen gesetzlichen Wege sollten diese Fragen gelöst werden, und nur handelte es sich um die Art, wie man solche zur Kenntniß des Landesfürsten bringen könne, was nach dem alten bureaukratischen Systeme nicht leicht möglich gewesen. Eine kleine Schaar Prager Bewohner wagte endlich das wichtige Werk; doch ihr Wirken allein mußte fruchtlos bleiben, wenn es nicht den allgemeinen Willen der Prager Bevölkerung für sich hatte.

So wurde letztere zu einer Versammlung im Wenzelsbadsaale auf den 11. März 1848 Abends um 7 Uhr vorgeladen, und dieß in vielen den Bürgern zugesandten, doch nicht unterfertigten Kundmachungen eröffnet. Die Polizeibehörden waren von diesem Ereignisse in Kenntniß, aber nicht von dem Zwecke der Versammlung, und darum beschränkten sie ihre Maßregeln bloß darauf, das Militär in eine Verfassung zu setzen, um im Falle einer drohenden Gefahr wirksam einschreiten zu können.

Wir wissen, wie friedlich diese Versammlung eine Petition an den König beschlossen, wie den Tag darauf sich sogar die Stimme der öffentlichen Behörden dafür ausgesprochen, und man der kleinen Schaar der Leiter zur Berathung das Rathhaus einräumte. Wir wissen ferner, daß noch vor der Abfassung der Petition am 13., 14. und 15. März Ereignisse in Wien eingetreten sind, welche uns eine constitutionelle Verfassung zusicherten, und somit uns eine freiere Bewegung und einen Antheil an der Regierung in Aussicht stellten. Man war im ersten Momente dieses so wichtigen Vorfalles der Meinung, die beantragte Petition ganz aufzugeben, und den künftig versammelten Ständen die Einführung der Reformen zu überlassen. Allein es handelte sich um Fragen, die nicht den ganzen Staat betreffen, sondern mehr als Provinzialbeschwerden Böhmens erledigt werden müssen, und darum wurde die Deputation mit dem Gesuche nach Wien abgesandt.

Wenn gleich deren Erledigung uns wesentliche Reformen zusicherte, so war sie doch in zu allgemeinen Ausdrücken abgefaßt, als

Digitized by Google

daß man deren Inhalt für eine bestimmte Bewilligung annehmen konnte. Man wollte über die Frage, ob Böhmen ein verantwortliches Ministerium mit dem Sitze in Prag erhalten, Mähren und Schlesien damit vereinigt werden sollte, und wie die Gleichstellung beider Landessprachen in Schule und Amt durchzuführen sei, Gewißheit haben. Dieß war Veranlassung zu einer neuen Petition, und wenn deren Erklärung auch nichts anders als Zusicherungen brachte, so war wenigstens so viel für das Volk Böhmens errungen, daß alle Stände, selbst der Bauernstand, schon am ersten constitutionellen Landtage Böhmens Antheil nehmen, was in den übrigen Provinzen noch nicht der Fall ist.

Das Geschenk einer constitutionellen Freiheit ist ein kostbares Gut für denjenigen, der es zu schätzen weiß, und der den Umfang seiner Rechte und Verpflichtungen erkennet. Es bleibt aber auch ein Uibel, wo rohe Volksmassen sich darauf stützen, um Gewaltthaten und Grausamkeiten auszuführen, und so das Recht der persönlichen Freiheit mißbrauchen.

Was wir errungen haben, müssen wir nur der Wiener Bevölkerung verdanken, der Uibergang von der absolutistischen Regierung zur constitutionellen konnte also in Prag im friedlichen Wege gelöst werden; und diese Periode bedurfte keines Siegels eines Bürgerblutes. Leider mußte letzteres fließen. Das schöne Prag gewähret noch bis heute kein erfreuliches Bild; Ereignisse verschiedener Art, Aufreizung zum Umsturze des Bestehenden, rohe Gewaltthaten, offener Widerstand gegen die gesetzliche Gewalt, Ausbrüche von gegenseitigen Mißhandlungen der Nationalitäten reihen sich schnell aneinander, und kein Tag ist noch vorübergegangen, ohne uns ein denkwürdiges Erlebniß vorzuführen. Was Alles nur in dem kurzen Zeitverlaufe vom 11. März bis heute vorgefallen, bildet für sich schon eine eigene Geschichte, und wird dem Augenzeugen ewig unvergeßlich bleiben.

Wenn wir auch einstens bei Herstellung der Ordnung die Früchte dessen, was uns die constitutionelle Verfassung bringen wird und muß, in Ruhe und Gemächlichkeit genießen, so wird uns Augenzeugen der Vorfälle zu Prag doch noch oft das traurige Bild der Hauptstadt vorschweben, wie wir jeden Tag sorgenvoll den kommenden Ereignissen entgegensahen. Aber wir können das Erlittene der Welt und unsern Nachkommen nicht verheimlichen, sie sollen wissen, wie es mit uns in den trüben Tagen gestanden, wie wir in banger Furcht um Leben und Gut zubringen mußten.

Noch ist der Abschnitt der Tagsgeschichte Prags nicht beendet, noch ist die Ruhe der Hauptstadt nicht verbürgt, und dieß dürfte wohl kaum vor dem Ende des Reichstages, vor Entwicklung des gesetzgebenden Körpers und energischen Auftreten der gesetzlichen Gewalt geschehen. Ungeachtet dessen habe ich es mir zur Aufgabe gemacht, mit der Erzählung der Ereignisse der Hauptstadt zu beginnen,

Digitized by Google

und diese bis zu jenem Momente fortzuführen, in welcher Ordnung und Ruhe dauernd hergestellt sein wird.

Hinsichtlich der Art der Darstellung bestimmte ich mich für die chronologische Ordnung, denn eine zusammenhängende Geschichte ist vor der Hand nicht möglich, weil man die Begebenheiten noch keineswegs für abgeschlossen halten kann. So wird denn dieses Werk uns jeden Tag vorführen, was sich Erfreuliches und Trauriges ereignete, und am Schluße eine gedrängte Uibersicht liefern, damit wir jede einzelne Begebenheit im Zusammenhange auffassen können. Eine Chronik muß auch die Materialien liefern, aus welchen die Geschichte den Stoff schöpfet, und darum werden alle öffentlichen Acte, sie mögen von den Behörden oder von Andern ausgegangen sein, beigefügt, selbst die Rechtfertigungen einzelner Personen, weil wir erst hiedurch einen klaren Begriff von dem in Prag herrschenden Geiste, und von den Umtrieben der sich gebildeten Factionen erlangen. So wird die erste Abtheilung die Tagsgeschichte, und die zweite die Urkundensammlung aufnehmen.

Digitized by Google

Erste Abtheilung.

Die Begebenheiten Prags in einer chronologischen Uibersicht dargestellt.

Am 11. März 1848.

Versammlung in dem Saale des Wenzelbades um 7 Uhr Abends.

Die Einladung zu derselben erfolgte an die Bürger; von wem es geschehen, wußten nur jene, welche in das Geheimniß eingeweiht waren. Geschriebene Zettel ohne Unterschrift, mit der Aufforderung: zur Berathung über wichtige, die Stadt und Bürger betreffende Angelegenheiten kamen den Bürgern theils durch die Post, theils durch Unbekannte zu. Dieses Vorhaben war schon einige Tage früher das allgemeine Stadtgespräch; wird es Statt finden, wird es von der Polizei verboten oder aufgehoben werden? wird es nicht zu einem blutigen Kraval kommen? dies waren die Tagsfragen! Ein Theil belächelte das Unternehmen, der andere zuckte furchtsam die Achseln, und besorgte das Entsetzlichste. Als es an diesem Tage Abend wurde, füllte sich der Viehmarkt, der dem Wenzelsbade am nächsten gelegene Platz, immer mehr mit Menschenhaufen. Es waren nur neugierige, nicht drohende Gesichter, weil man sich die Möglichkeit einer Demonstration gar nicht denken konnte, um so weniger, als das Lokale hierzu ganz ungeschickt gewählt wäre, da das St. Wenzelsbad in einer ziemlich schmalen Gasse liegt, die von einer stark besetzten Kaserne beherrscht wird. Während nur ein Kavalleriepiket auf der Straße zu sehen gewesen, war in der Kaserne die ganze Mannschaft konsignirt, und letztere konnte die Vorgänge im Bade beobachten. Der Garten war mit Menschen gefüllt, weniger der bessern Klasse zugehörig, von denen noch die Mehrzahl Neugierde dahin getrieben, der Saal selbst aber gesperrt, dessen Thüren sich erst um 7½ Uhr öffneten. Gegen 8 Uhr erschien endlich der Prager Gastwirth Peter Faster und der Praktikant Trojan, welche von dem Musikchor den Anwesenden vorstellten, daß die Absicht dieser Versammlung ein an den König zu stellendes Ansuchen um mehrere Aenderungen in der Verwaltung des Landes und um Aufhebung drückender Lasten, so wie um Einführung nützlicher Gegenstände sei. Nur wenige Anwesende sprachen sich darüber beifällig aus, vermuthlich nur diejenigen, welche in das Geheimniß bereits eingeweiht waren, denn

Digitized by Google

der übrige Theil bezeugte, aus Mangel der Beurtheilungskraft, keine Sympathien.

Die beiden Redner hatten schon auf einem Zettel die Gegenstände, welche in die Petition aufgenommen werden sollten, verzeichnet; sie wurden vorgelesen, von Einigen beifällig aufgenommen, von Andern mit Zusätzen vermehrt. Trojan ergänzte dadurch sein Verzeichniß, und beim Schluße waren die einzelnen Bitten so gestellt, wie die beiliegende Liste Nr. II enthält.

Es kam nun zur Sprache, wer die Abfassung des Gesuches zu veranlassen habe, und die Redner brachten hierwegen in Vorschlag: es müsse ein Comité aus 25 Personen zusammengesetzt werden, sie nannten sich und noch andere, welche ebenfalls schon auf einem Zettel verzeichnet waren, fragten, ob die Anwesenden damit einverstanden seien, und begnügten sich mit wenigen Stimmen, ohne die Einwilligung durch eine förmliche Stimmenmehrheit oder auch nur durch bemerkbare Zeichen Mehrerer bewirkt zu haben. Doch waren unter den berufenen Männern nebst den 3 Adelichen: Graf Albert Deym, Graf Franz Thun, Freiherr Villani, Glieder des Handels- und Bürgerstandes, auch Doktores. Der Graf Albert Deym sollte das Präsidium übernehmen.

In der Versammlung herrschte ein ruhiger Ton, und die Verhandlung wurde durch kein Ereigniß gestört.

Am 12. März.

Peter Faster und Trojan, nachdem die Staatsbehörden nicht hindernd eingeschritten sind, wagten es, nun offener aufzutreten, und das Einschreiten des Grafen Albert Deym, welcher das Präsidium nicht ablehnte, hatte den Erfolg, daß über den Gegenstand der Petition am 12. März im Rathhause selbst unter Mitwirkung des Bürgermeisters berathen werden konnte. Hiebei waren die in Nr. III verzeichneten Personen anwesend, und dadurch constituirte sich das sogenannte Bürger-Comité. Dr. Pinkas, ein Glied des Vereins, hat die ihm angetragene Abfassung des Gesuches an Se. Majestät übernommen.

Am 13. März.

1. Die in allen Staaten Deutschlands herrschende Volksbewegung, welche auch in Prag — vorzüglich durch die Versammluug am 11. März hervorgerufen — wahrnehmbar wurde, führte zur Erkenntniß der Nothwendigkeit einer Erweiterung der Bürgerwehre, und so haben die drei Kommandanten der drei Bürgerkorps in Prag den Aufruf an die Bürger zum Anschluße in das Eine oder das Andere erlassen, wie die Beilage Nr. IV zeiget. Durch das Zugeständniß, daß Jeder auch in seiner gewöhnlichen Kleidung daran Antheil nehmen könne, war die Organisirung der Bürgerwehre eingeleitet.

2. Zu jenen am 12. März auf dem Rathhause Versammelten haben sich noch folgende beigesellt: 23. Amerling, Med. Dr.; 24. Brabec, Holzhändler; 25. Brauner, J. U. D.; 26. Ehrlich, Buch-

Digitized by Google

händler; 27. Geitler, Kaufmann; 28. Gauč, J. U. C.; 29. Halla, Kaufmann; 30. Hawlíček, Redakteur; 31. Jaroš, Fabrikant; 32. Kolb, Großhändler; 33. Krug, Handelsmann; 34. Portheim, von, Fabrikant; 35. Pospíschil, Buchdrucker; 36. Reichel, Tuchhändler; 37. Riedl, Kaufmann; 38. Riwnáč, Buchhändler; 39. Strobach, J. U. D.; 40. Veit Anton, Herrschaftsbesitzer; 41. Veit Wácl., Herrschaftsbesitzer; 42. Zdekauer Eman., Kaufmann.

Am 14. März.

1. Der Magistrat, durch die sich immer mehr äußernde Aufregung besorgt, erließ einen Aufruf an die Bewohner Prags zur Mitwirkung an Aufrechterhaltung der Ordnung und öffentlichen Sicherheit, und zugleich die Einladung zur Unterschrift der schon fertigen Petition (siehe im Anhange Nr. V den Aufruf).

2. Die vom Dr. Pinkas entworfene Petition, wie solche am 13. vom Comité genehmigt wurde, wird in der Beilage VI. mitgetheilt. An der Unterschrift nahm der ganze Körper des Guberniums, des Magistrates Antheil, und überhaupt eine große Zahl der Staatsbeamten, mit allen Klassen der Bewohner Prags.

Am 15. März.

An diesem Tage war man in der gespanntesten Erwartung. Die am 13. Abends von Wien abgegangenen Reisenden brachten schon den Tag vorher die Ereignisse in der Haupt- und Residenzstadt, aber ohne ein Resultat zu wissen. Volksgruppen bildeten sich an allen Orten, man besprach sich über die Fälle, die eintreten könnten, so wie die Fortdauer der Unterschriften der Petition das Publikum in fortwährender Aufmerksamkeit erhalten hat. Es schien ein Festtag zu sein, alle Beschäftigungen waren eingestellt, die Versammlungen an öffentlichen Orten vermehrten sich immer mehr. Die Behörden waren um die Ruhe der Stadt besorgt.

1. Die Polizeiwache in dem Rathhausgebäude wurde aufgehoben. Man fand es für nothwendig, einen Centralpunkt festzustellen, um von da aus die Maßregeln zur Aufrechterhaltung der Ruhe zu leiten. In den untern Räumen des Rathhausgebäudes wurde eine Haupt- oder Stabswache errichtet, und eine Abtheilung des bewaffneten Schützenkorps übernahm unter außerordentlichem Jubel der gerade versammelten Volksmenge den ersten Dienst, welcher gegenwärtig noch immer abwechselnd von den 3 Bürgerkorps und von der Nationalgarde verrichtet wird. Die Inspektion ist wechselweise einem der Stabsoffiziere der Bürgerkorps übertragen.

2. Das Bürger-Comité, welches im Rathhause eine Versammlung über das hinsichtlich der öffentlichen Sicherheit zu Veranlassende abgehalten, brachte in Erfahrung, daß auch eine Aufregung unter den Studirenden wahrnehmbar sei, welche sich im Universitätsgebäude um 4 Uhr versammeln wollen, und beorderte den Dr. Gabler, sich in deren Ver-

Digitized by Google

sammlung zu begeben, auch ihnen die Ruhe und Ordnung an das Herz zu legen.

3. Die Studierenden der Universität wurden von dem Literaten und gebornen Deutschböhmen Uffo Horn, der längere Zeit im Auslande abwesend gewesen, und plötzlich in Prag erschien, aufgefordert: sie sollen ebenfalls mit einer Petition auftreten, und sich zu diesem Zwecke in einer Versammlung im Karolinum (dem Lehrorte für Rechtswissenschaft und Medizin) berathen. Schnell wurden durch mündliche Mittheilung die Studenten der 3 Fakultäten (Jus, Medizin und Philosophie) hievon in Kenntniß gesetzt. Gegen 4 Uhr Nachmittags sind die zahlreichen Philosophen, deren Hörsäle in einem von dem Karolinum entferntern Theile sich befinden, (Klementinum) über den mit einer Volksmenge überfüllten Altstädter-Ring in Massen in das Universitätsgebäude gezogen.

Die Versammlung geschah im großen Karolinsaale, der Lehrkörper wußte von diesem Ereignisse, aber unbekannt mit der Absicht der Studenschaft, war man über die Mittel, um diese zu verhindern, oder derselben eine zweckmäßige Richtung zu geben, verlegen. Die Vorgesetzten und Professoren fanden es für nothwendig, sich zu berathen, und es wurde beschlossen, der Studentenversammlung beizuwohnen.

Nach 4 Uhr bestieg Dr. Gabler als Abgeordneter des Comité in dem mit Studierenden angefüllten Saale die Tribune, und forderte diese auf, sie möchten sich zur Herstellung der Ruhe und Ordnung, wenn solche gestört werden sollte, mit den Bürgern vereinen, und über die zweckmäßigen Mittel hiezu berathen.

Hierauf verfügte sich Uffo Horn, der eine besondere Kraft der Rede und ein ausgiebiges Sprachorgan besitzt, auf die Tribune, und bat um die Erlaubniß, als alter Student der alma mater einige Worte an die Versammlung richten zu dürfen. Einstimmig ward ihm dies zugestanden, und kräftige Worte richtete er an die Studentenschaft. Er sagte: „Im Auslande habe ich die Ereignisse meines Vaterlandes vernommen, und bin sogleich heimgekehrt, falls die Landsleute meiner Dienste bedürfen, diese anzubieten. Ich habe die Herzen meiner Brüder getroffen, wie ich gehofft." Diese herzliche Anrede wurde mehrmals stürmisch von dem „Bravo" der Zuhörer unterbrochen, man rief ihm von allen Seiten zu, er möge nur weiter reden, worauf Uffo Horn über den Ruhm der uralten Prager Hochschule gesprochen, und der Zeiten, wo ein Reichsfeind Böhmens Grenzen überschritten, auch von den Studenten mächtigen Widerstand gefunden, so wie der jüngern Zeiten, aus denen selbst noch ein Denkmal in der Aula verwahrt werde, erwähnte. Als er bei diesen Worten auf die ehrwürdige Fahne, zerfetzt und zerschossen, wie das Banner der Studentenlegion ist, hinwies, da ward die Fahne ergriffen, und unter ungeheuerm Beifall und Hüteschwenken unter die Tribune gestellt. Horn forderte die Studenten auf, vereint die Bitten, die sie noch näher besprechen wollen, vor dem Throne ihres angestammten Königs niederzulegen. Vor Allem rieth er ihnen, in jedem Jahre Ausschüße zu wählen,

Digitized by Google

welche im gesetzlichen Wege ihre Beschlüsse und Bitten dem akademischen Senate als ihrer vorgesetzten Obrigkeit zur Einbegleitung an den König übergeben möchten. Er forderte ferner auf, die Studentenschaft solle dem Rufe des Comité folgen, ein eigenes Corps bilden, und an Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung thätigst mitwirken. Mit allgemeinem Jubel sagte man es zu, mit dem einstimmigen Rufe: „Ein eigenes Corps, Uffo Horn unser Anführer."

Nun sprach Dr. Fischer, Dekan der Juristenfakultät, herzliche Worte, und wurde sehr oft durch den zugerufenen Beifall unterbrochen, besonders als er die Unterstützung des akademischen Senates zur Erreichung der Studentenwünsche zusicherte. Der mit dem Direktor der medicinischen Fakultät Gub. Rath Radherny erschienene Rector magnificus Prälat Zeidler, dem Uffo Horn das bisher Besprochene eröffnete, erklärte sodann, am 16. März sei akademische Sitzung, er wolle bei dieser die Wünsche der Studenten-Ausschüsse entgegen nehmen, mit der Versicherung, sie mit dem akademischen Senate zu berathen, und dem Landesfürsten zur gnädigsten Berücksichtigung vorzulegen.

Hierauf bestieg Dekan Fischer abermals die Rednerbühne, verbreitete sich ausführlicher über den Zweck der Studentenversammlung, über die Petition, über die zu errichtende Legion, wurde aber durch den Zuruf: „Der Bürgermeister kömmt" unterbrochen, welcher letztere nun unter stürmischem Zurufe die Tribune bestiegen. Er sprach, wie er auch vor 30 Jahren im selben Saale unter der begeisterten Studentenschaar gewesen, daß er auch jetzt noch mit Theilnahme zu allem Edlen mitwirke, sein Kopf sei zwar schon grau, aber sein Herz noch jung. Beifall erscholl bei diesen Worten von allen Seiten, und er theilte hierauf den Studenten die eben auf telegraphischem Wege angekommene erfreuliche Nachricht mit: Die Censur sei aufgehoben. Ein mehr als tausendstimmiges „Bravo" erscholl, das immer wiederkehrte, und sich weithin verbreitete.

Als der Bürgermeister mit den Wünschen der Studentenschaft bekannt gemacht wurde, meinte er, man möge lieber die Petition der Bürger mit unterschreiben, und sich den bestehenden Corps einreihen, zur Bildung eines neuen Corps sei Hofbewilligung erforderlich. Hierauf erwiderte Horn, man sei zwar dazu bereit, wolle aber nebst diesem auch darin die ganz besonderen Wünsche der Studentenschaft aussprechen, und man wünsche ein durchaus abgesondertes Corps mit selbst gewähltem Anführer, das sich nach hergestellter Ordnung wieder auflösen werde. Während dieser ganzen Verhandlung hielt der Bürgermeister die ehrwürdige Fahne in der Hand, versprach seine Verwendung zur Unterbreitung der Wünsche der Studenten an den Stufen des Thrones, mehr könne er als einfacher Bürgermeister Prags nicht thun, man möge hoffen, und den Grundsatz: Alles für Ordnung, Schutz der Person und des Eigenthumes festhalten, und den wohlerworbenen Ruhm der Prager Universität vor allen andern der Monarchie, ja des ganzen Europa hierin rechtfertigen. Hierauf sprach Uffo Horn, nach-

Digitized by Google

dem er die lebhafte Zustimmung der Versammelten freudig erhalten, Namens der Studenten dem Bürgermeister mittels Handschlags die feierliche Zusicherung aus: diese wollen sich in einem eigenen Corps zum Schutze des Rechts, der Person und des Eigenthums vereinen, nach hergestellter Ruhe aber sich auflösen, und das wieder werden, was sie waren — Studenten. Dagegen glauben sie zu der Hoffnung berechtigt zu sein, daß der König auch ihre Wünsche gnädigst berücksichtigen werde. Diese Worte wurden mit stürmischem Zurufe aufgenommen, der Bürgermeister empfahl nochmals Ruhe und Ordnung, Horn einiges Zusammenhalten.

Die Studenten verfügten sich in die einzelnen Hörsäle, um die Ausschüße zu wählen, welche unter einander berathen, ihre Beschlüße mündlich den einzelnen Kollegien, und den Auswärtigen durch Plakate auf der schwarzen Tafel eröffnen sollen, und nur für außerordentliche Fälle eine Plenarsitzung der Studentenschaft anzuordnen haben. Es dürfte unsere mit Ruhm gekrönte Universität noch kaum einen so bedeutungsvollen Tag erlebt haben. Von diesem Momente an äußerte sich in der Studentenschaft ein ganz anderer Geist, ob aber dies der wahre Geist, welcher zur Intelligenz führt, sei, hierüber wollen wir uns nicht aussprechen.

4. Gegen 6 Uhr Abends erschien ein Maueranschlag, wodurch der Gouverneur mittheilte, daß der Kaiser die Aufhebung der Censur, dann die Einberufung der Herren Stände der deutschen und slavischen Reiche beschlossen habe (siehe Anhang Nr. VII). Ein kleiner Theil der Bewohner erkannte die Wichtigkeit dieses kaiserlichen Geschenkes, während der andere Theil, ohne es zu begreifen, dem Jubel beistimmte.

5. Um 6 Uhr traten die, von den einzelnen Fakultäten gewählten Ausschüsse im Clementinum zusammen, und es wurde hierauf unter dem Vorsitze Uffo Horn's auch mehrer anwesenden Professoren eine Petition zusammen gestellt, folgenden Inhalts: a. Gleichstellung aller religiösen Kulte; b. Gleichstellung beider Landessprachen; c. Lehrfreiheit, Emancipation vom Schulbücherzwang, freie Lern- und Lehrwahl; d. der Besuch fremder Universitäten soll gestattet werden; e. Abschaffung der Prüfungen, ein anderes Prüfungssystem; f. die Politechniker sollen als fünfte Fakultät erklärt werden; g. Associationsrecht nach den letzten Münchner Statuten; h. Turn-, Schwimm-, Fechtanstalten auf Kosten des Staates.

6. Der Herr Gouverneur Rudolph Graf Stadion erhielt Abends die telegraphische Nachricht, daß der Kaiser für alle seine Staaten die Constitution bewilligt habe. Um diese Nachricht so schnell als möglich in's Publikum zu bringen, begab er sich unverweilt in das Theater, ließ die Vorstellung (Dienstpflicht) unterbrechen, und rief aus der oberstburggräflichen Loge die Worte: Meine Herren, es freut mich, Sie in Kenntniß setzen zu können, daß sämmtlichen österreichschen Erblanden eine Constitution zu Theil wird. Hierüber brach ungeheuerer Jubel aus, die Vorstellung wurde gar

Digitized by Google

nicht beendet. Der Gouverneur sandte zugleich Beamte in die belebtesten Gasthäuser und andere Zusammenkunftsorte mit dieser erfreulichen Nachricht. Alles eilt auf die Straße, nach Hause, zu Freunden und Bekannten, um den stürmisch pochenden Herzen Luft zu machen. Jubelnd zogen Gruppen durch die Gässen, und riefen jedem Vorübergehenden die Proklamirung der Constitution zu. Unzählige Vivat! und Slava! wurden dem Kaiser gebracht, in Gasthäusern floß der Champagner in Strömen.

7. Noch diesen Abend wurde ein riesiger Fackelzug beschlossen. Nach 10 Uhr zog vom Bahnhofe der Fackelzug von etwa 120 Fackelträgern, an welchen sich Tausende von Beamten, Bürgern, Studierenden und der übrigen Bewohner jubelnd unter dem unaufhörlichen Rufen: Es lebe der Kaiser und König! Hoch die Constitution! angeschlossen hatten. Die Menge des Volkes führte in musterhafter Haltung ein Zug der uniformirten Bürgergarde. An jeder Hauptwache, wo der Fackelzug vorbeikam, rief die Wache in's Gewehr, und das Militär machte die Ehrenbezeigungen; die Trommeln wurden dreimal gerührt. Der Zug bewegte sich zur Wohnung Sr. kais. Hoheit Erzherzog Karl Ferdinand auf dem Roßmarkte, und von da auf die Kleinseite zu dem Herrn Landesgouverneur, auch zu den Herren Fürsten Rohan, Auersperg, Grafen Bouquoy, Friedrich Deym, Thun und Andere, welchen allen Lebehoch dargebracht wurden, die man theils durch böhmische theils durch deutsche Reden erwiderte, der Jubel mit den Vivats und Hochs nahm kein Ende. Die Bürger brachten dem Militär unzählige Vivats, wehten mit den Tüchern, schwenkten die Hüte und die improvisirten Fahnen mit den Landesfarben. Am Franzensquai wurde vor dem Franzensmonumente die Volkshymne abgesungen, auch an der zum Standorte des Karlsmonumentes gewählten Stelle „Halt" gemacht, und Slawa gerufen. Bis spät in die Nacht, eigentlich bis früh Morgens währte der Jubel auf den Straßen.

8. Uiber den Antrag mehrer Mitglieder der böhmischen Herren Landstände wurde wegen Uiberreichung einer loyalen, den gegenwärtigen Zeitereignissen entsprechenden Adresse an Se. Majestät eine ständische Versammlung in der Landtagsstube ob dem Prager Schlosse der 30. März bestimmt.

Am 16. März.

An diesem Tage Morgens wurden schon die Kokarden in den Landesfarben (roth und weiß) bemerkbar, theils auf dem Hute, theils vorn am Rocke, theils auf der Brust getragen, selbst von Gliedern des geistlichen Standes und den Klerikern, auch der weiblichen Bevölkerung und den Juden. Später verbreitete sich die Lust dazu selbst in der niedersten Volksklasse, und ich war in einem Modegewölbe anwesend, als ein Bettler eingetreten, der das Almosen ablehnte, und nur um ein Band zur Kokarde gegen einen wohlfeilern Preis gebeten. Die

Digitized by Google

Straßen wurden noch immer von großen Massen der Bewohner durchzogen, aber die Bewegung ist eine freudig aufgeregte.

1. Ein Maueranschlag verkündete den Bewohnern die allen Provinzen zugesicherte konstitutionelle Regierungsverfassung (siehe Anhang Nr. VIII).

2. Es wurde der allgemeine Wunsch ausgesprochen, die erfreuliche Nachricht durch Beleuchtung der ganzen Stadt zu feiern, diese aber Nachmittags wieder eingestellt, schon überhaupt aus dem Grunde, weil man besorgt hat, daß die Illumination zu Unordnungen Veranlassung geben könnte, insbesondere aber, weil zwar eine Constitution zugesichert wurde, doch ungewiß ist, ob die diesfällige Verfassungs-Urkunde auch den Wünschen der böhmischen Nation entsprechen würde.

3. Der Stab des Prager Bürgercorps unter dem Kommando des Obristen und Bürgermeisters hat die Bildung von Bürgerwehr-Kompagnien beschlossen, und die Bewohner Prags aufgerufen, sich den bestehenden 3 Bürgercorps ohne Verpflichtung zur Uniformirung einzureihen, daher zur Aufrechthaltung der Ordnung und Ruhe mitzuwirken. Zugleich wurden die Orte zur Einschreibung bezeichnet. (Aufruf Nr. IX.) Der Zudrang war bedeutend, und bis Abends fand man in den Listen viele Adelige, auch Beamte höhern Ranges.

4. Die Künstler und Schriftsteller vereinigten sich in einem besondern Corps, und nebst der Mitwirkung zur Ruhe und Ordnung auch zum Schutze der Monumente und großen Bauwerke Prags. Sie wählten sich aus ihrem Mittel ihre Vorgesetzten.

5. Die Studierenden sämmtlicher Fakultäten (mit Ausschluß der theologischen) versammelten sich in dem Clementinum und zogen von da in die große Aula des Karolinums; da der akademische Senat versammelt war, so wurde die Studenten-Petition demselben durch Deputirte übergeben, und von ihm auch mit Akklamation angenommen, zugleich mit gefertigt (siehe die Petition Nr. X).

6. Graf Franz Thun hat sich mit mehrern Prager Bewohnern zu Sr. kais. Hoheit dem Erzherzog als Interimskommandanten begeben, und das Ansuchen um Ausfolgung einer Zahl von Waffen zur Vertheilung an die Bürgerwehr gestellt. Die Bittwerber wurden hierwegen an die Bewilligung des Herrn Gouverneurs verwiesen, welcher unverweilt mittels des Telegraphes nach Wien berichtet, und in wenigen Stunden hierauf die günstige Entscheidung erhalten hat.

7. Mehre Damen Prags vereinigten sich, eine Petition an Se. Majestät zu stellen, damit die wegen politischer Vergehen Verurtheilten, insbesondere die unglücklichen Pohlen begnadigt werden. Die Petition unterblieb, weil mittlerweile die Amnestie kundgemacht wurde, allein die Listen mit den bisher erfolgten bereits zahlreichen Unterschriften wurden als ein Andenken unserer Zeit im böhmischen Nationalmuseum niedergelegt. Die Damen, welche sich besonders eifrig um

Digitized by Google

die Sache annahmen, verdienen ihrer edlen Handlung wegen bekannt gemacht zu werden, und sind: Fräulein Louise Berka, Ida Chmela, Gabriele Damm, Marie Hanold von Guettern, Frau Eleonore Muauček, Bürgersgattin, Fräulein Karoline Ohmer, Wlastimila Ružička, Frau Spott und Katharina Staněk, Med. Doktors Gattinnen, Fräulein Wilhelmine Wolf und Maria Ladislawa Zeljnka.

8. Gegen den Inhalt des vom Herrn Dr. Pinkas verfaßten Gesuches, nachdem dasselbe bereits mit Tausenden von Unterschriften versehen gewesen, hatten sich Bedenken erhoben. Man bestand darauf, daß alle Punkte in derselben Fassung aufgenommen werden, wie sie ursprünglich im Wenzelsbadsaale beschlossen wurden. So mußte ein Nachtrag abgefaßt, und darin 12 Petitionsgegenstände so gestellt werden, wie im Anhange Nr. XI enthalten ist.

9. Das Comité der Bewohner Prags wählte aus seiner Mitte diejenigen Deputirten, welche mit der Petition nach Wien abgehen sollten. Dies wurde durch öffentlichen Anschlag (siehe Anhang Nr. XII) kundgemacht.

10. Der Nachmittags von Wien angekommene Eisenbahntrain war mit weißen Fahnen, als der Konstitutionsfarbe Wiens, versehen.

11. Die Studentenschaft versammelte sich Nachmittags, um die Berathung über eine zu errichtende Studentenlegion zu pflegen, und die Zuhörer der Technik wurden aufgefordert, sich anzuschließen. Man vereinigte sich dahin: jede Fakultät bildet für sich eine Cohorte. Diese zerfallen in Centurien (jede zu 100) und in Dekurien (jede zu 10 Mann). Der ganzen Legion steht ein Tribunus major vor (welches früher der Bürgermeister war, und gegenwärtig der Dekan Fischer ist.) Und jede Cohorte wird von einem Tribun, jede Centurie von einem Centurion, und jede Dekurie von einem Dekurion befehligt. Die Studenten der einzelnen Fakultäten schritten sogleich zur Wahl ihrer Tribuns und übrigen Chargen. Die juridische Fakultät ernannte als Tribun den Professor Wessely, die medizinische, unter welcher auch Chirurgen und Pharmaceuten begriffen sind, den Professor Patruban, die philosophische früher den Professor Exner, gegenwärtig Professor Koubek, und die Techniker den Professor Wiesenfeld. Man wählte ferner als ein sichtbares Zeichen zur Unterscheidung der 4 Cohorten die Farben der Kappe mit Schild. Die erste Cohorte (Juristen) tragen nun rothe Kappen, die zweite (Hörer der medicinisch-chirurgisch-parmaceutischen Abtheilung) schwarze, die dritte (Philosophen) grüne, endlich die vierte, bestehend aus Technikern, blaue Kappen. Sämmtliche Kappen haben einen weißen und rothen Streifen am untern Rande. Uibrigens wurde als Auszeichnung für die Chargen bestimmt, für den Tribun eine weiß und rothe Schärpe und einem derlei Armbande, für den Centurion eine Schärpe, dagegen einem silbernen Kreuze mit einem rothen Streifen in der Mitte am Arme, und für den Dekurion ein theils silbernes, theils seidenes Kreuz am

Digitized by Google

Arme, während die andern Legionisten das seidene Kreuz am Arme angenommen haben. Die sonst so friedliche Karolina und das Klementinum hat ein kriegerisches Ansehen, und ist mit bewehrten Jünglingen überfüllt. Das schwarze Brett, gewöhnlich nur zu Einladungen für die Vorlesungen oder zu Disputationen bestimmt, enthält die Tagsbefehle für jede Cohorte.

12. Nachmittags eröffnete das Generalkommando, daß selbes mit einer telegraphischen Nachricht zur Ausfolgung von Waffen angewiesen wurde, worauf sogleich von der Studentenschaft und den sich den Bürgercorps Einverleibten die Abfassung aus den Zeughäusern erfolgte.

13. Das Bürger-Comité hat eine Adresse an die Studentenschaft erlassen, und darin nicht nur den Dank der Bewohner für die angebotene Mitwirkung an Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit ausgesprochen, sondern auch die Fakultäten aufgefordert, Deputirte aus ihrer Mitte zu wählen, welche sich an die nach Wien abgehende Deputation der Bewohner Prags mit ihrer besondern Petition anschließen.

14. Am heutigen erfolgte von den der Bürgerwehr Eingereihten unter der Leitung der Kommandanten der Bürger-Corps die Ernennung der provisorischen Leiter der sich gebildeten Kompagnien.

15. Im Theater wurde zur Feier der Ertheilung der Konstitution bei festlicher Beleuchtung die Oper: Der Liebestrank gegeben. Das Haus war überfüllt. Vor dem Beginnen stimmten die Herren und Damen des Theaters, erstere schwarz, letztere weiß gekleidet und sämmtlich mit den Nationalkokarden geschmückt, das Volkslied an, welches von dem Publikum mit Jubel und zahlreichen Beifallsbezeigungen aufgenommen wurde.

Am 17. März.

Am heutigen hat die Stadt die Ansicht eines Feldlagers; es war ein beunruhigender Anblick, in allen Straßen sah man Bewaffnete voll Begeisterung. Mit Grund war man besorgt, die große Zahl der hiesigen Fabriksarbeiter und des Pöbels werde den gegenwärtigen Zustand, wo die Polizei sich außer Wirksamkeit befindet, und alle gesetzliche Gewalt als aufgelöst betrachtet werden muß, benützen.

1. Das a. h. Patent vom 15. März, wodurch die Preßfreiheit, die Einberufung der Stände zum Behufe der Konstitution, und die Errichtung der Nationalgarde zugestanden wurde, ist allgemein kundgemacht worden (siehe Anhang Nr. XIII).

2. Der Literat und Fürstenberg'sche Hofrath Karl Egon Ebert hat die Schriftsteller Prags zu einer Versammlung aufgefordert, um sich darüber zu berathen, wie durch zweckmäßige Flugschriften das Bauernvolk belehrt und beruhigt werden könne, damit auch von dieser Seite alle Besorgniß verschwinde.

Digitized by Google

3. Aufforderung des Gouverneurs wegen gemeinsamen Wirken des Civil- und Militärstandes zur Erhaltung der Ruhe und Ordnung (siehe Anhang Nr. XIV).

4. Eine Zahl von 1200 Arbeitern hat an das Bürger-Comité eine Petition gestellt, in welcher ihre Wünsche vorgetragen wurden.

5. Die Fakultät und die Studentenschaft wählten ihre Deputirten nach Wien; der Senat und der Lehrkörper den Dekan Dr. Fischer und Professor Redtenbacher, die Studierenden Edmund Hollenia, Vertreter der Juristen, Med. Cand. Joseph Přikrka, Vertreter der Mediziner, Uffo Horn im Namen der philosophischen Fakultät und Adolph Bradka für die Politechniker.

6. Am heutigen hat der Patrouillendienst der Nationalgarde sowie der Studentenlegion begonnen.

7. Die Studierenden haben an die Studentenschaft in Wien eine Adresse ausgefertigt, welche von den Ausschüssen der Fakultäten und selbst der theologischen Abtheilung unterfertigt worden ist (siehe Anhang Nr. XV).

8. Die Bürger von Reichenberg, einer Stadt, welche hinsichtlich ihres Gewerbsfleißes einen europäischen Ruf hat, fertiget eine Dankadresse an Se. Majestät aus, sie fanden sich vollkommen beruhigt, und in dem Zugeständnisse der Constitution alle Bürgschaft. Sie stellten keine Petiton (siehe Anhang Nr. XVI).

9. Das Bürger-Comité faßte den Beschluß, seine Wirksamkeit auch dahin auszudehnen, um den Arbeitern, welche der Stadt zugehören, Beschäftigung zu verschaffen.

Am 18. März.

1. Die Preßfreiheit hat sich im ersten Augenblicke in einer Art entwickelt, welche die größte Besorgniß erregen mußte. Abgesehen von den vielen Flugschriften, Bildern, welche den Monarchen, seine Minister, die Staatseinrichtungen und auch die Religion tief herabwürdigten, so traten auch noch Schriftsteller mit Aufsätzen in öffentlichen Blättern auf, welche das enge Band zwischen Herrn und Unterthanen, zwischen den Nationalitäten in Böhmen, nämlich den Czechen und Deutschen bedrohten. So hat Dr. Brauner durch einen Aufruf an die böhmischen Bauern in der Bohemia-letztere offen gegen ihre Beamten aufgereizt, und so hat Hawlíček, das literarische Organ der Ultraczechen, die Slaven in Böhmen aufgefordert, sich in allem nur der czechischen Sprache zu bedienen, und sogar die Cassirung der deutschen Aufschriften auf den Verkaufslokalitäten angetragen.

2. Dankadresse des Ortes Gablonz im Bunzlauer Kreise an Se. Majestät (siehe Anhang Nr. XVII).

3. Mehre Frauen Prags, nämlich die Gattin des Krug, Pinkas, Pleschner, Wischin und Wolf haben sich zu einem Comité gebildet, dessen Zweck war, Sammlungen in den bemittelten Klassen der Stadt zu veranlassen, und dadurch einen Fond zu bilden, aus wel-

Digitized by Google

chem die ohne Erwerb befindliche Arbeiterklasse unterstützt, oder eigentlich beschäftigt werden könne. Das Wirken dieses Comité gründete zu diesem Behufe eine ausgiebige Aushilfskasse, wie wir später erfahren werden, und diese menschenfreundliche Einleitung war ein mächtiger Schutz gegen die Bewegungen der Proletarier.

4. Die Bewohner Prags vermeinten sich durch die außer dem Bereiche der Stadt (der Festungswerke) aber gleich am Thore liegenden Orte Karolinenthal und Smichow, wovon ersteres mit seiner außerordentlichen Bevölkerung bereits um die Erhebung zu einer Stadt eingeschritten, insofern bedroht, als die beiden Orte größtentheils von Fabriksarbeitern bewohnt sind, von welchen schon vor einigen Jahren ein bedeutender Judenauflauf ausgegangen. Allein die Angesessenen haben sich schnell zur Bildung einer Nationalgarde vereinigt, die so thätig wirkte, daß, während in der Stadt mehre gefährliche Bewegungen sich zeigten, Karolinenthal und Smichow in dem erfreulichen Zustand der Ruhe geblieben ist. Dieser Fall möge den gesetzlichen Gewalten Prags zur Lehre dienen, daß dort, wo sie ihre Kraft zu entwickeln, den Zügel zu leiten wissen, eine Volksbewegung selten gefährlich werden kann. Vorzüglich der Thätigkeit des Amtmann Prezibil ist die Ruhe in Karolinenthal zu verdanken.

5. Die Errichtung eines Feuerlöschcorps, wie dieses in mehren Hauptstädten des Auslandes besteht, und sich praktisch als wohlthätig bewiesen, wurde beschlossen, und kaum erfolgte die Aufforderung zur Einzeichnung, so war auch das Pompier-Corps als ein besonderer Theil der Nationalgarde organisirt. Wer weiß, ob, wenn man sich desselben bei mancher Volksbewegung bedient hätte, nicht diese durch Anwendung der Wasserspritzen weit eher als durch Waffengewalt unterdrückt worden wäre, wie es bereits mehrmalen in Paris geschehen ist. Die Mitglieder des Feuerlöschcorps, zur Handhabung der Löschanstalten vorzüglich bestimmt, tragen auf dem Hute eine aus den verschlungenen Buchstaben P. C. (Pompier-Corps) bestehende Kokarde.

6. Am heutigen konstituirte sich ein Verein von Verehrern der böhmischen Zunge unter dem Namen Bratrstvo Svatováčlavské (St. Wenzelsbrüderschaft) zum Andenken des unvergeßlichen Abends des 11. März im Saale des Wenzelsbades. Vorstand derselben ist der czechische Schriftsteller Drahotin Moritz, Baron von Villani, Protektor Graf Albert Deym von Stříteč. Die Mitglieder hielten ihre Versammlung unter freiem Himmel im großen Hofe des klementinischen Kollegiums, und tragen als Abzeichen silberne Löwen auf der linken Brust, und einfache rothe Kreuze am Arme.

7. Die Wenzelsbrüderschaft, aus welcher die Bewegung hervorgegangen, und aus Czechen (meistens Ultra-Czechen) besteht, bildet eine für sich abgesonderte Abtheilung der Nationalgarde, unter dem Namen: Svornost (Eintracht), welche sich im ersten Augenblicke dadurch unterschieden, daß sie rothe und weiße Armbänder mit der Inschrift: „Swornoſt" angenommen. Diese Abtheilung besteht noch immer, und

Digitized by Google

gegenwärtig haben sich die Glieder dahin vereinigt, sich ganz in dem alten slavischen Kostüm zu uniformiren.

8. Der Herr Gouverneur hat bei dem Umstande, daß beunruhigende Nachrichten mit dem Beisatze verbreitet werden, daß sie auf telegraphischen Mittheilungen beruhen, öffentlich ankünden lassen: nur der Oberstburggraf erhalte telegraphische Nachrichten politischen Inhalts, welche auch ohne Verzug zur allgemeinen Kenntniß gebracht werden.

9. Es wurden von dem Bürger-Comité (St. Wenzels-Comité) am heutigen als Ersatzmänner der Deputirten gewählt: 43. Bärenreiter, Fabrikant, 44. Chlumecky, Kaufmann, 45. Feigl, Hoftischler, 46. Gärtner, Kaufmann, 47. Kieman, J. U. Dr., 48. Khom, Bäckermeister, 49. Landau, Buchdrucker, 50. Mišák, Kartenmaler, 51. Nowotny, Baumeister, 52. Paul, Chemiker, 53. Pstros Wácl., Bürger, 54. Rezek, Holzhändler, 55. Rypota, Baumeister, 56. Schubert, J. U. Dr., 57. Schulz Jos., Bürger, 58. Sebek, J. U. Dr., 59. Zdekauer Car., J. U. Dr.

10. Am heutigen Abend versammelten sich die Schriftsteller Prags über die Aufforderung des Karl Egon Ebert, und es sollte die Frage zur Sprache kommen, wie den aufreizenden Flugschriften zu begegnen und das Bauernvolk zu belehren wäre. Ebert brachte in Antrag, es solle sich ein Verein konstituiren, dessen Aufgabe ist, belehrende Flugblätter zu verfassen, auf seine Kosten aufzulegen und unentgeldlich im Lande zu verbreiten. Allein dies fand keinen Anklang, und unter dem Vorsitze des Schafarik kam ein ganz anderer Gegenstand zur Verhandlung, nämlich eine Einigung der Schriftsteller, in allen zur Veröffentlichung gelangenden Aufsätzen sich einer wiewol freien aber mäßigen Schreibart zu bedienen, und aller Ausdrücke zu enthalten, welche dem Gebiete der Preßfrechheit zugehören. Auch dieser Vorschlag wurde von mehreren bekämpft, vermuthlich, um sich zu nichts zu verbinden, was sie nicht halten konnten, doch der größte Theil hat den schriftlichen Akt, der eigentlich gar nichts ist, gefertigt. Aus den zahllosen ekelhaften Aufsätzen, die uns die öffentlichen Blätter täglich bringen, können wir entnehmen, was ein derlei Vertrag für eine bindende Wirkung hat; zum Glück, daß er nicht veröffentlicht wurde, denn es wäre nur eine Schmach gewesen.

11. Mehre Städte, wie: Leitmeritz, Pisek, Nimburg, Kuttenberg und andere haben dem Prager Bürger-Comité Petitionen zur Uiberreichung an Se. Majestät zugesandt.

12. Seit dem 14. März, als die ersten Nachrichten von Wien über die dortigen Begebenheiten einlangten, war selbst unter den gebildeten Klassen der Bewohner eine Aufregung. Während der eine Theil mit Besorgniß in die Zukunft sieht, hat den andern Theil eine freudige Aufregung über die plötzliche Umstaltung des Regierungssystems ergriffen. Wir hörten von vielen Erkrankten und selbst Dr. Frič, welcher den thätigsten Antheil an der Petition genommen, verfiel in ein Nervenfieber, so wie ein Bürger wahnsinnig wurde.

Digitized by Google

13. Da Dr. Frič als gewählter Deputirter nach Wien in seinem kranken Zustande die Sendung nicht übernehmen konnte, so wurde von dem Bürger-Comité an seiner Stelle Dr. Pinkas gewählt.

Am 19. März.

Der heutige Tag bildet eine denkwürdige Epoche in der Geschichte Böhmens, denn mit seinem Beginnen erfolgte die Feier der Abreise der Deputirten nach Wien, welche den Abgeordneten Krug die Leitung der Reiseanstalten überlassen hatten.

1. Nach 5 Uhr Morgens strömte ein großer Theil der Bevölkerung dem so geräumigen Platze: Roßmarkt zu, wo vor der St. Wenzelsstatue ein Zelt mit einem Altar errichtet gewesen. Die einzelnen Corps der Nationalgarde und der Studentenlegion rückten an, und stellten sich in der Nähe des Zeltes auf, in welchem sich bereits die Deputirten und ein zahlreicher Kreis von Prags gebildeten Bewohnern aller Stände befanden. Der Herr Erzbischof las unter zahlreicher Assistenz die heilige Messe, während welcher ein Chor unter Jelens Leitung das vom Prager Bischofe Adalbert gedichtete uralte böhmische Kirchenlied: Gospodine pomiliy nè abgesungen. Zum Schluße der Messe wurde den Abgeordneten der kirchliche Segen ertheilt; als der Herr Erzbischof sich entkleidet hatte, übergab ihm Faster einen Abdruck des Prachtexemplars der Petition mit einer kurzen Anrede, worauf der Herr Erzbischof, aus dem Altarzelt heraustretend, dreimal nach jedesmaligem Absetzen den Ruf: Lebehoch dem König, Lebehoch der Konstitution in böhmischer Sprache ertönen ließ, und das Publikum jedesmal „Slawa" antwortete, worauf sich der Zug ordnete, voran die Garden, nach ihnen eine Abtheilung czechischer Literaten und Bürger, dann Geistliche und Jelens Bürgerchor, der während des Zuges das St. Wenzelslied (Swaty Waclawe) abstimmte, welchem paarweise die Deputirten folgten. Alle waren schwarz gekleidet, mit weißen Westen und weißen Halskrägen; sie trugen weiß und rothe Schärpen am Saume mit gelb und schwarzen Rändern eingefaßt, zum Zeichen, daß Böhmen fest am Kaiserstaate hänge. Die zwei vordern waren Faster und Trojan, der erstere hatte die Petition Prags in prachtvollem rothen Einband, dessen Deckel auf einer Seite mit dem Wappen Oesterreichs, auf der andern mit jenem Böhmens geschmückt waren, der letztere die eingesandten Petitionen von Leitmeritz, Pisek, Nimburg, Kuttenberg und andere in Händen. An die Deputirten der Prager Bewohner reiheten sich die Abgeordneten der Universität und der Studenten mit ihrer abgesonderten Petition, welchen wieder Abtheilungen der Nationalgarde folgten. Der Zug war von beiden Seiten von einem Spalier begleitet, das aus einer Abtheilung der berittenen Scharfschützen, und einer Abtheilung des Konkordia-Corps bestanden, und nahm seine Richtung vom Roßmarkte durch die Heinrichs- und Herrengasse, die Kolowratstraße zu dem Bahnhofe.

Digitized by Google

Eine große Volkszahl war in all diesen Straßen sichtbar, die meisten Häuser waren mit Fahnen geschmückt, aus vielen Fenstern wehten Tücher dem Zuge freundlichen Abschied zu. Vorzüglich nahm sich das mit Blumen, dann weiß und rother Dekoration gezierte gräflich Kinskische Palais aus.

Vor dem Bahnhofe waren bereits die uniformirten Bürgercorps, die nicht uniformirten Corps der Nationalgarde, auch das Pompier-Corps aufgestellt, welche mit dem Volke die Deputirten mit militärischen Honneurs und enthusiastischen Rufen: Sláwa Wám! S Bohem! Wraťte se s dobrau odpowědi! (Ruhm Euch! Mit Gott! Kehret mit einer guten Antwort wieder!) empfingen. Als die Abgeordneten in den Wartsaal des Bahnhofes, wo sich bereits eine zahlreiche Gesellschaft eingefunden, traten, wurde der Chor: „Wše jen ku chwále wlasti a krále" angestimmt, worauf die Deputation von dem Pfarrer zu St. Heinrich noch einmal den kirchlichen Segen erhielt, die Personenhalle betrat, und der Ausschuß der Bürger-Ressource an sie eine böhmische Anrede (siehe Anhang Nr. XVIII) gehalten, die von einem der Deputirten in derselben Sprache beantwortet wurde (siehe Anhang Nr. XIX). Beim Einsteigen in die Waggons hatten Damen den Deputirten Blumen und Gewinde nachgeworfen; der von der Eisenbahndirektion unentgeltlich gestellte Separattrain, eigentlich das Locomotive war festlich mit Fahnen in der Landesfarbe geschmückt. Vor dem Train eilte ein Signallocomotive mit Guirlanden, und an ihrem Kopfe mit dem böhmischen Löwen, roth im weißen Felde, so wie mit gleichfarbigen Fahnen geziert, voraus. Der Zug entfernte sich langsam aus dem Bahnhofe vom Zurufe der auf der Bastei und an allen Stellen, wo der Zug bemerkt werden konnte, versammelten ungeheueren Volksmenge und Schwenken der Hüte, Tücher begleitet. Die Deputirten grüßten aus den geöffneten Fenstern der Waggons.

Die sämmtlichen Nationalgarden und die Studentenlegion mit der alten Universitätsfahne, welche, da sie ein Eigenthum aller Fakultäten ist, abwechselnd von einem Juristen, Mediziner und Philosophen getragen ward, traten ihren Rückweg in einer Haltung an, die man nur bei geübten militärischen Truppen voraussetzen kann. Es war ein imposanter Anblick, dem seine ungeheuere Menge Volks beiwohnte, und allerdings geeignet, den Bewohnern Prags bei drohenden Vorkommnissen Schutz zu sichern.

2. Das Bürger-Comité hat an den Frauen-Verein, der sich zur Unterstützung der Arbeiterklasse bildete, eine Dankadresse (siehe Anhang Nr. XX) erlassen.

3. Die Gymnasialjugend wollte den Studierenden der höhern Lehranstalten nicht nachstehen, und darum vereinigten sich die Humanitätsschüler der drei Gymnasien nach erhaltener Bewilligung des Gymnasial-Studiendirektorates zur Bildung einer eigenen Gymnasialcohorte, zu deren Organisirung sie den Humanitätsprofessor F. X. Kratochwile als Tribun wählten. Sie bilden drei Centurien, im

Digitized by Google

Ganzen ein Corps von 300 Köpfen. Die Abzeichen dieser Cohorte sind ein roth und weißes Kreuz am rechten Arm, bei Dekurionen ist dieses Weiß-Silber, die Centurionen haben nebst dem eine roth und weiße Binde um den Arm unter dem Kreuz. Der Tribun hat das Roth überall von Sammt. Die Kappen sind violet, und haben einen weißen und rothen Streif. Diese Cohorte wurde gleich der Studentenlegion den Befehlen des Kommandanten der Nationalgarde untergeordnet.

4. Der Tribun der Gymnasialcohorte Herr Professor Kratochwile hat an letztere einen Aufruf erlassen, der allerdings veröffentlicht zu werden verdient (siehe Anhang Nr. XXI).

Am 20. März.

1. Die Exerzierübungen der Studierenden nehmen unter der Leitung von Militärindividuen ihren Anfang, jene der Juristen und Mediziner im Karolinum, der Philosophen im Klementinum.

2. Nachmittags erschien eine Dame, welche sich nicht nennen wollte, im Karolinum, und vertheilte unter die Studierenden eine große Anzahl schöner Blumenkränze, welche sie bei dem am folgenden Tage abzuhaltenden Requiem tragen sollten.

3. Der Herr Erzbischof hat eine Weisung an den Curatklerus erlassen, in welcher derselbe die sich von der Kanzel erlaubten Ausfälle auf die Konstitution scharf rügte (siehe Anhang Nr. XXII).

4. Bekanntmachung der a. h. Entschließung vom 17. d. M., über die Bildung eines für die Vollziehung und Durchführung der Grundsätze im Geiste der Konstitution verantwortlichen Ministerrathes, bestehend unter dem Vorsitze des Ministerpräsidenten, aus dem Minister der auswärtigen Angelegenheiten und des Hauses, dem Minister der Justiz, dem Minister der Finanzen und dem Minister des Krieges.

5. Die Schriftsteller in čechischer Sprache haben sich im Museumsgebäude versammelt, und in einer ausgefertigten Erklärung manifestirt, daß sie die vollständige Gleichberechtigung der Deutschen und Czechen in Böhmen vertheidigen wollen.

6. Das Prager fürsterzbischöfliche Konsistorium hat mittels des Cirkulars vom 20. März angeordnet, daß bereits vom Sommerkurs 1848 an in allen Volksschulen der Prager Erzdiözese der gesammte Schulunterricht in beiden Landessprachen vorbereitet werde.

Am 21. März.

1. Am heutigen verbreitete sich das Gerücht, daß der Herr Bürgermeister Müller seine Dienstesresignation in die Hände des Herrn Oberstburggrafen gelegt habe.

2. Die Studierenden hatten für den heutigen Tag die Todtenfeier für ihre am 13. in Wien für die Freiheit gefallenen Brüder in der Teynkirche bestimmt. Es erfolgte die Einladung an den akademischen Senat, den Magistrat und die Nationalgarde. Vor 10 Uhr waren

Digitized by Google

bereits die uniformirten Bürgerkorps, und ein großer Theil der Nationalgarde, die Abtheilungen: Concordia mit schwarzumflorter Fahne auf dem altstädter Ring aufgestellt, eben so alle Studierenden nach ihren Cohorten eingetheilt, mit den Professoren an der Spitze, aber in schwarzer Kleidung mit den Unterscheidungskappen, doch ohne Waffen.

In dem Innern der Kirche — für diese ernste Feier angemessen dekorirt — waren alle Altäre mit schwarzem Tuch verdeckt, und letztere mit Todtenschildern behängt. In der Mitte nahe den Stufen des Presbiteriums erhob sich ein kolossaler Katafalk, welcher in der kurzen Frist von 24 Stunden von den Architekten Grueber und Bergmann aufgerichtet wurde. Auf einem mit dem Löwen Böhmens, dem österreich'schen Doppel-Aar, dem Wappen der vereinten vier Prager Städte und der sechszehn böhmischen Kreise geschmückten Sockel prangte ein im edelsten Styl und den herrlichsten Formen gehaltener Sarkophag, auf dessen Stirnseite ein grüner Palmzweig lag. An der Fronte des Ganzen hing ein einfaches Banner (ein weißes Kreuz im rothen Feld enthaltend) von Fahnen, alten und neuen Waffen, Gewehren, Schwertern, Spießen und Hellebarden malerisch umziert, darunter die Inschrift: „za naše we Widnj padlé bratřy," auch deutsch: „für unsere zu Wien gefallenen Brüder." Am untern Theile waren die Insignien der vier Universitätsfakultäten und der Politechnik, auch Kränze und Guirlanden von Laurus, Immortellen und weißen Rosen angebracht. Studierende aller Fakultäten hielten mit Säbeln die Ehrenwache am Katafalk und an den Eingängen, so wie sie auch Außen mit den bürgerlichen Scharfschützen die Spaliere zum großen Kirchenthor bildeten.

Die Ordnung war in der Kirche meisterhaft; jedem der verschiedenen Körper, wie den Vorgesetzten der Studienanstalten, dem Magistrat, dem Bürgercorps, auch den Offizieren der Bürgercorps, und den übrigen Honoratioren sind von den dazu bestimmten Studenten-Ausschüßen die Plätze angewiesen worden; es hatte sich ein gebildetes Publikum eingefunden.

Am Hochaltare hielt der Rector magnificus Herr Prälat Zeidler unter zahlreicher Assistenz das Hochamt, und während desselben wurden an allen Seitenaltären Seelenmessen gelesen. Als das Hochamt beendet war, betrat der Kreuzherrenordenspriester Dr. Smetana jene geschichtlich berühmte sogenannte nepomucenische Kanzel, und sprach zu den versammelten Akademikern freisinnige Worte in deutscher Sprache, welchem der Weltpriester Wenzeslaus Stule mit einer Leichenrede in böhmischer Sprache nachfolgte.

Nach Beendigung dieser Feier sind die sämmtlichen Studierenden in militärischer Haltung durch das große Thor, in die Kirche bei dem Castrum vorbei, und durch die rechte Seitenthür wieder heraus an ihre gewöhnlichen Versammlungsplätze zur Auflösung gezogen.

3. Das Landespräsidium hat eine Aufforderung an die National-

Digitized by Google

garde wegen fortdauernder thätiger Mitwirkung zur Aufrechthaltung der Ruhe und Ordnung erlassen. (Siehe Anhang Nr. XXIII.)

4. Am heutigen haben die Schriftsteller Prags deutscher und czechischer Zunge in einer abgehaltenen Versammlung die Erklärung abgegeben, mit allen Kräften dahin, daß die Eintracht zwischen der czechischen und deutschen Bevölkerung nicht gestört werde, wirken, und die Vereinigung der böhmischen Krone mit dem österreich'schen Staate durch das Band der konstitutionellen Monarchie in Schrift und Wort auf's kräftigste wahren zu wollen. Diese Erklärung wurde durch alle öffentlichen Blätter kundgemacht. (Siehe Anhang Nr. XXIV.) Daß alle, welche dieses Manifest unterfertigt haben, ihrer Verpflichtung wirklich nachgekommen sind, müssen wir leider bezweifeln.

5. Am gestrigen haben mehre in Prag anwesende Herrschaftsbesitzer eine Petition an Se. Majestät wegen unverweilter Erlassung eines Gesetzes, wodurch die Aufhebung der Robot und die Art der Ablösung ausgesprochen wird, beschlossen und verfaßt. Die Grundherren besorgten, daß ein längerer Verzug dessen eine Bewegung des Bauernstandes herbeiführen, und sowohl die Rechte der Obrigkeiten, als auch die öffentliche Sicherheit gefährden könnte. Es wurde die Petition (siehe Anhang Nr. XXV.) am heutigen in der adeligen Ressource zur Sammlung der Unterschriften hinterlegt, und für die Abreise der fünf Deputirten (Fürst Hugo Salm, Graf Josef Math. Thun, Graf Albert Nostitz, Franz Becher und Dr. Doubek) nach Wien der 23. bestimmt.

6. Uiber die Reise der Deputation der Bewohner Prags sind folgende Berichte zur öffentlichen Kenntniß gelangt: Auf allen Stationen war das Landvolk zahlreich versammelt, und empfing die Reisenden mit Glückwünschen und Jubelrufen; es reihten sich an den Seiten der Bahn ununterbrochen zahlreiche Gruppen, Alles in Festgewändern, und viele waren bereits mit den Nationalfarben geschmückt. Musikbanden spielten die Volkshymne, es war die freundlichste Bewegung auf allen Gesichtern, und viele der Anwesenden mochten auch aus der Ferne herangekommen sein, den Zug zu begrüßen, denn auf allen Stationsplätzen sah man leere Wägen stehen. Als nun vollends die Proklamation des Prager Bürgerausschußes aus den Waggons unter die Menge gestreut wurde, riß man sich um die Blätter, und belagerte deßhalb förmlich den Zugang zu denselben.

Im Orte Běchowič war ein Zimmer zum Kleiderwechsel vorbereitet; ein kleines allerliebstes Mädchen, in die Landesfarben gekleidet, überreichte sämmtlichen Deputirten auf einem silbernen Teller frische Myrthenzweige. In Poděbrad befand sich eine Deputation mit der Nationalfahne, welche eine Adresse übergeben, und aus deren Mitte ein junger Mann eine lange Rede gehalten. In Kolin waren die Zünfte mit ihren Fahnen aufgezogen, und drei Deputationen begrüßten die Abgeordneten unter Pöllerschüßen; darunter erklärten die Kuttenberger in begeisterter Rede, daß man mit Blut und Leben die errun-

Digitized by Google

gene Freiheit bewahren und behaupten wolle. Auch in Pardubitz befanden sich der Magistrat, die Geistlichkeit und die Zünfte mit ihren Fahnen versammelt, und es wurde den Deputirten ein czechisches Gedicht übergeben. Der Bürgermeister von Přelauč begrüßte den Zug mit einer würdigen Rede. In Zamrsk hielten die Deputirten das Mittagmahl, bei welchem begeisterte Toaste für König, Volk und Vaterland unter dem Jubel der zahlreich versammelten Hohenmauther Bürger getrunken wurden. In Wildenschwert war viel Volk ungeachtet des Regens versammelt, auch die meisten Häuser mit der Konstitutionsfahne geschmückt, Pöllerschüße begrüßten die Abgeordneten unter begeistertem Slawa-Ruf des Volkes, eine Rede wurde gehalten und erwidert. Derselbe Empfang wurde der Deputation zu Triebitz und Landskron zu Theil. An der mährischen Gränze war ein Obelisk von frischem Reisig aufgestellt, auf welchem eine große nationale Fahne flatterte. Bei diesem Obelisk stand der Zug still, die ganze Deputation stieg aus, und ein enthusiastisches Slawa rief man der Vereinigung Mährens und Böhmens zu. Man war sehr gespannt auf den Empfang in Mähren, doch die Erwartungen der Deputation wurden übertroffen, als auf der ersten mährischen Station eine dichte Schaar Volkes beim Ankommen des Zuges in ein donnerndes Slawa! ausbrach. An die Damen wurden hier Kokarden vertheilt, welche sie sogleich an die Brust hefteten; dieses geschah auf dem Wege durch ganz Mähren, und überall wurden die Kokarden mit Dank und Freude angenommen.

Die Deputation kam schon in der Dämmerung im ollmützer Bahnhofe an, und wurde von einer sehr zahlreichen Menge empfangen. In Ollmütz waren bereits in den beiden Gasthöfen: „zum Goliath" und „zur Krone" die nöthigen Zimmer, sowie am Bahnhofe die Wägen zur Überführung bestimmt. Die Studenten von Ollmütz waren im Bahnhofe versammelt, und nachdem die Prager Universitätsdeputirten einige Worte an sie richteten, wurde auf den Wunsch der Ollmützer ein Einzug zu Fuß vom Bahnhofe nach der Stadt beschlossen, welcher auch bei Fackelzug und Jubelrufen von den Studierenden durch die ganze Stadt bis zu ihrem Absteigquartier unternommen wurde. Es mußte nur auffallen, daß, während in den kleinsten Dörfern, welche der Zug berührte, Richter und Beamte aus der Umgegend die Deputation begrüßten, nicht ein einziger Beamte des ollmützer Magistrates die Deputation willkommen hieß.

Um 6 Uhr früh des andern Tages erfolgte der Aufbruch, und in Gänserndorf waren Zimmer zum Kleiderwechsel bereitet. In Floridsdorf, eine Stunde von Wien, wurde die Deputation von Abgeordneten der Böhmen in Wien erwartet; der Empfang in Wien selbst, wo die Deputation um 12 Uhr 20 Minuten angekommen, übertraf alle Erwartung. Eine ungeheuere Menschenzahl war im Bahnhofe versammelt, ein Redner legte der Deputation an das Herz, die Interessen Mährens nie und unter keiner Bedingung von denen Böhmens zu sondern, und Kuretic, einer der gefeierten Redner des Tages, forderte die Depu-

Digitized by Google

tirten, und alle Slaven auf, zu einander zu stehen, und die gemeinsamen Interessen zu verfechten. Von da begab sich die Deputation zu Fuß im feierlichen Zuge bis in die kaiserliche Burg, in allen Straßen wurden sie mit Tücher- und Fahnenschwenken begrüßt, aus allen Häusern Kränze, Blumen, weiße Bänder mit Jubel zugeworfen. Die ganze Jägerzeile war gedrängt voll, und nur mit Mühe konnten die berittenen Nationalgardisten, so wie das Spalier des slawischen Corps Platz machen. Die weiße Fahne des letztern mit dem grün begränzten Worte: „Slawa" wurde vorgetragen, die Hauptwache trat ins Gewehr, und erwies der Deputation die militärischen Ehrenzeichen. Der Zug nahm seine Richtung über den Stephansplatz, Graben, Kohlmarkt auf den Josephsplatz.

Die Deputation begab sich durch den Schweizerhof in die Bureaux des Ministeriums des Innern, wo sie sogleich vor Se. Excellenz den Präsidenten des neu ernannten verantwortlichen Ministeriums Herrn Grafen Kolowrat geführt wurden. Es hatte sich auch eine Deputation von Pilsner Bürgern angeschlossen, und als der Ministerpräsident verkündete, daß nun sein und seiner Freunde lang zurückgehaltenes System einer freien plötzlichen Entwicklung den Sieg davon getragen, brach die Deputation in einen Jubelruf aus. Die Herren: Faster, Trojan, Pinkas und Veit erörterten die einzelnen Punkte der Petition, worauf der Minister erwiderte: daß er die Petition bereits kenne, und diese ungesäumt Sr. Majestät vorlegen werde. Einzelne Punkte, sagte er, sind durch das Konstitutionspatent schon bewilligt, andere werden es noch in kürzester Zeit, und über einige können Se. Majestät als konstitutioneller Monarch nicht mehr einseitig entscheiden; darum müssen solche den längstens bis zum 3. Juli zu versammelnden Reichsständen vorbehalten bleiben. Hierauf erhielten auch die Universitätsabgeordneten, welche ihre Bitten vorgetragen, die trostreichsten Versicherungen. Die Deputation verfügte sich in die bestimmten Gasthöfe, und erhielten von den Wiener Studenten eine Ehrenwache an den Thoren und in den Gängen.

7. Dem Kommando der Nationalgarde wurden von dem Generalkommando 10000 Stück scharfe Patronen verabfolgt.

Am 22. März.

1. Die Ereignisse zu Paris, in Italien und in Deutschland haben auf die finanziellen Verhältnisse des österreichischen Staates nachtheilig eingewirkt, die Course der Staatspapiere wurden herabgedrückt, sie verloren an ihrem Werthe immer mehr, und zuletzt äußerte sich auch ein fühlbarer Mangel an Silbermünze, was einen Andrang zu der Prager Verwechslungskasse zur Folge hatte. Diese Verhältnisse wirkten auch auf das Vertrauen zu den öffentlichen Leihanstalten nachtheilig ein, und diejenigen, welche ihre bei der Prager Sparkasse eingelegten Gelder beheben, oder aufkünden wollten, vermehrten sich immer mehr, so daß die Direktion in Verlegenheiten versetzt wurde, welche das Institut

Digitized by Google

mit seiner gänzlichen Auflösung bedrohten. Eine Aufklärung über die Verhältnisse dieser Anstalt war zur Beruhigung nothwendig, welche auch in den öffentlichen Blättern (siehe Anhang Nr. XXVI). erschienen ist.

2. Am heutigen wurde das Cirkular wegen Aufhebung der Verzehrungssteuer hinsichtlich einiger Artikel und wegen deren Herabsetzung hinsichtlich anderer bekannt gemacht.

3. Generalbefehl Sr. kaiserlichen Hoheit, daß das Militär zur Aufrechterhaltung der Ruhe mitwirken soll und muß (siehe Anhang Nr. XXVII).

4. Eine Kundmachung des Herrn Gouverneurs bestätigte das schon am vorigen Tage sich verbreitete Gerücht, daß der Bürgermeister Herr Müller resignirt habe, denn es wurde eine Verordnung erlassen, daß die Bürger Prags in der festgestellten Art zur Wahl eines Ausschußes von 100 Männern schreiten sollen, welche einen Bürgermeister und zugleich den kleineren Ausschuß von 12 Individuen zu wählen haben; letztere mit dem Bürgermeister sollen das Kollegium der Stadtverordneten bilden (siehe die Kundmachung im Anhang Nr. XXVIII).

5. Der Herr Bürgermeister Müller hat mittels der öffentlichen Blätter erklärt, daß ihm nicht die Furcht, nicht das Bewußtsein eines begangenen Unrechtes, sondern reines Pflichtgefühl bestimmt habe, der Aufforderung des Herrn Oberstburggrafen zu entsprechen, und seine Resignation auf das Bürgermeisteramt vorzulegen, weil darin ein Mittel zur Beruhigung der aufgeregten Gemüther erkannt wird (siehe Anhang Nr. XXIX).

6. Am heutigen war der für die in Wien befindliche Deputation bestimmte Tag der Audienz bei Sr. Majestät. Sie wurde im gewöhnlichen Audienzsaale empfangen. Faster hielt eine herzliche Anrede in böhmischer Sprache, Pinkas und Trojan in der deutschen (siehe im Anhange Nr. XXX die Rede des Pinkas), worauf Dekan Fischer für die Studentendeputation das Wort führte. Se. Majestät antwortete in den wenigen aber herzlichen Worten: Witam Wás, mili Češi! přichod Wás mě srdečne těší wůlé swau cisařskau dám Wám ziewit skrz Waše ho krajana ministra presidenta Kollowrata, (deutsch: Ich heiße Euch willkommen, liebe Böhmen! Euere Ankunft freut mich herzlich; meinen kaiserlichen Willen werde ich Euch durch Euren Landsmann den Ministerpräsidenten Kolowrat offenbaren).

Es begaben sich hierauf einige Bürgerdeputirte zu Sr. k. Hoheit Erzherzog Johann, wo sie sehr freundlich aufgenommen wurden. Mehre beschäftigten sich mit dem Entwurfe einiger Vorschläge, die Robot, auch Verzehrungssteuer betreffend, und Herr Minister Kolowrat versprach, diese zu berücksichtigen. Die Universitätsdeputirten, begleitet von einer Studenten-Ehrenwache, verfügten sich mit Dekan Fischer und einigen Bürger-Deputirten in die Aula der Universität, in welcher sie vom Rector magnificus empfangen wurden. Fischer stellte

Digitized by Google

die Studentenschafts-Abgeordneten vor, und sprach sehr schöne Worte von Eintracht und gegenseitiger Annäherung aller österreich'schen Nationen, welche mehrmal von den Versammelten mit Jubelrufen unterbrochen wurden. Hierauf antwortete der Rektor in demselben Geiste, und jubelnd stimmte ihm die Versammlung bei. Nun richtete Uffo Horn begeisterte und kräftige Worte an die Studenten unter stürmischem Jubel, (siehe Anhang Nr. XXXI) und las die Adresse der Prager Studenten (siehe Anhang Nr. XV) in deutscher Sprache, welche der Deputirte Pecjrka in böhmischer Sprache wiederholte, und zugleich die Slawen zu einer innigen Verbrüderung gegen die besonders den Slawen drohenden Angriffe aufforderte (siehe Anhang Nr. XXXII).

Hierauf begleitete unter Vortritt des Universitäts-Pedells mit dem Scepter, der Rector magnificus mit mehren Professoren und Doktoren die Deputirten bis in ihren Gasthof, wo er und Professor Hye mit einigen herzlichen Worten sich beurlaubte.

Am 23. März.

1. Telegraphische Nachricht, mitgetheilt durch das Landespräsidium, daß die Deputation am 22. d. vom Kaiser gnädig empfangen, und mit herzlich-böhmischer Rede begrüßt wurde (siehe Anhang Nr. XXXIII).

2. Die sogenannte St. Wenzelsbrüderschaft (Swornoſt) hatte zum Unterscheidungsmerkmale rothseidene Kreuze am Arme angenommen. Dieses Corps besteht aus Czechen, und zählt in seiner Mitte die Ultračechen, von welchen einige sich gegen ihre deutschen Brüder in sehr bedenklicher Art äußerten. Wenn wir nun an all dieses auch noch die angenommene rothe Farbe reihen, die in der Farbensprache Blut bedeutet, und sogar von den gegenwärtigen Machthabern Frankreichs verbannt wurde, so mußte allerdings die Stimmung der Deutschböhmen Besorgniß und Mißtrauen gegen die Czechen ausdrücken. In der Wenzelsbruderschaft, aus der leider mancher Same der Zwietracht hervorgegangen, mögen mehrere die Kluft bemerkt haben, die sich bei solchen offenen Aeußerungen der Czechen zwischen beiden Nationalitäten immer vergrößerte. Am heutigen Morgens um halb 7 Uhr war eine Versammlung, in welcher Baron Villani, Wozel und Franta den Gliedern die gegen sie herrschenden Gerüchte bekannt machten, und ihnen die Nothwendigkeit einer Eintracht beider Nationalitäten dringend an das Herz legten. Dies wirkte, denn die versammelte Masse erhob einstimmig feierlichen Protest gegen eine solche Beschuldigung, und um allen weitern Mißverständnissen zu begegnen, auch die unschuldigste Veranlassung zu beseitigen, rissen sie die rothen Kreuze vom Arme ab. Es wurde ferner beschlossen, daß sie weiße und rothe Bänder mit der Schrift: Swornoſt (Eintracht) an dem Arme tragen, und nur so lange als ein abgesondertes Corps bestehen wollen, bis die Organisirung der Nationalgarde vollendet ist.

3. Die Offiziere der Nationalgarde haben zur Durchführung des

Digitized by Google

Grundsatzes: Sicherstellung der böhmischen Nationalität und vollkommene Gleichstellung der böhmischen Sprache im Amt, auch das böhmische Kommando in den einzelnen Abtheilungen, wenn sich die Mehrzahl hierüber ausspricht, annehmen zu wollen, erklärt (siehe Anhang Nr. XXXIV).

4. Die israelitischen Studierenden an der Universität hielten am heutigen Nachmittags um 5 Uhr eine Todenfeier für ihre zu Wien gefallenen Kollegen im neuen Bethause.

Zur Theilnahme an derselben wurden die Bewohner der Hauptstadt freundlichst geladen. Die Verzierung des Bethauses war der Feier angemessen; schwarze Drapperien mit schwarzen, von rothen und weißen Rosen gehaltenen Guirlanden und Festons deckten die Wände des Tempels, und machten bei der glänzenden, durch die buntfärbigen Fenster noch gehobenen magischen Beleuchtung des Ganzen einen eigenthümlichen Eindruck. Unter dem Rednerstuhle stand auf mehren schwarztapezirten Stufen ein sargförmiger Catafalk mit der Inschrift: „Bůh jim dej wěčnau radost." Darüber waren der böhmische Löwe, mehre weiße und rothe Fahnen, und zwei Inschriftstafeln angebracht. Vor dem Bethause hatten sich mehre Züge der Nationalgarde und der bewaffneten Studentenschaft aufgestellt; letztere versah die Ehrenwache an den Pforten des Tempels und am Catafalk; es hatte sich vor und in dem Bethause eine zahlreiche Menschenmenge eingefunden. Die Feier eröffnete das gewöhnliche Abendgebet der Juden, ein Psalm, und ein Gebet des Predigers, welchem ein schöner trefflich executirter Chor, dann vom Dr. Saul Kämpf eine gemüthliche Rede an die Anwesenden folgte; den Beschluß machten ein zu einem Text des Wilhelm Wiener von Alois Renner componirter Chor und die gewöhnlichen Trauerpsalmen und Responsorien.

Am 24. März.

1. Der Herr Gouverneur hat in Folge der von den Schriftstellern Prags abgegebenen öffentlichen Erklärung wegen Gleichstellung beider Nationalitäten in Böhmen (Anhang Nr. XXIV) die cechische und deutsche Bevölkerung aufgefordert, in derselben Eintracht zu leben (Anhang Nr. XXXV).

2. Der Redacteur der böhmischen Zeitungen K. Havlíček hat sich in öffentlichen Gesellschaften und auch in seiner Zeitschrift gegen die Deutschböhmen nicht günstig ausgesprochen. Darüber will er sich in einer veröffentlichten Erklärung (Anhang Nr. XXXVI) gerechtfertigt haben. Ob es ihm gelungen, und ob er sein Wort gehalten, darüber möge die Bevölkerung Prags richten.

Am 25. März.

1. Am heutigen wurde in der Kirche der vereinigten deutsch-evangelischen Gemeinde die Todenfeier für die am 13. März zu Wien gefallenen Opfer der Volksbewegung abgehalten.

Digitized by Google

2. Der Herr Gouverneur hat, um Mißverständnissen bei Vornahme der Wahl des Bürgermeisters und der Ausschüße vorzubeugen, hinsichtlich der am 22. d. M. bekannt gemachten Wahlordnung eine Erläuterung erlassen (Anhang Nr. XXXVII).

3. Der Ausschuß der Bürger-Ressource ladet alle Bürger, namentlich die Mitglieder der Bürger-Ressource zu einer Versammlung am 26. März Abends um 6 Uhr in dem gewöhnlichen Locale ein, um sich über die Wahl des Bürgermeisters und der Repräsentanten zu besprechen. (s. Anhang Nr. XXXVIII.)

Am 26. März.

1. Erklärung der beiden Abtheilungen der Nationalgarde: Concordia und Swornoſt wegen Einführung des Kommando in czechischer und deutscher Sprache (siehe Anhang Nr. XXXIX).

2. Am heutigen erfolgte am altstädter Rathhause die Wahl eines Kommandanten der Nationalgarde. Sie fiel auf einen der populärsten, kenntnißreichsten und verdienstvollsten Männer Prags, nämlich den Fürsten Karl von Schwarzenberg, der jedoch als General bei der Armee in Italien sich befindet, und deshalb in einer spätern Erklärung die Wahl abgelehnt hat.

Am 27. März.

Diesen Tag müssen wir in den Denkwürdigkeiten Prags als einen erfreulichen, und auch als einen traurigen bezeichnen. Es wurde die Deputation von Wien rückerwartet, und eine erhebende Feierlichkeit vorbereitet.

1. Schon Morgens war durch einen öffentlichen Anschlag das Programm über den feierlichen Empfang der Deputirten der Prager Bürgerschaft kundgegeben (s. Anhang Nr. XL.)

2. Der feierliche Empfang wurde nicht so ausgeführt, wie das Programm vorgezeichnet hat, weil die Studierenden nach bekannt gewordener a. h. Erledigung der Petition darüber ihr Mißfallen durch einen öffentlichen Act bezeigen wollten.

Um die Mittagsstunde wurde es in Prag außerordentlich lebhaft, besonders in denjenigen Straßen, welche dem Bahnhofe zunächst liegen; aus den Fenstern und Dächern wehten weiß-rothe Fahnen, und die Balkons waren in denselben Farben decorirt. Die verschiedenen Korps der Bürger- und Nationalgarde, so wie die Studentenlegion eilten an den bestimmten Ort, und um 1 Uhr ist Alles theils neben der Eisenbahn, theils vor dem Bahnhofe aufgestellt gewesen. Sowohl in dem Bahnhofe als auch über denselben hinaus bis zum Zizkaberg, auf den Terrassen und auf der Bastei war der Andrang der Zuschauer außerordentlich. Endlich gegen 2 Uhr verkündeten Signalschüße vom Zizkaberge die Ankunft des Eisenbahntrains, der sich langsam der Einfahrt des Bahnhofes näherte. Von allen Seiten empfing die Deputirten ein anhaltender Jubelruf, welcher von ihnen aus den Waggons erwiedert wurde.

Digitized by Google

Am Eingange des Hauptthores in den Bahnhof (gegenüber dem Kaffeehause) harrten an den Stufen 12 Mädchen in weißen Atlaskleidern mit rothen Schärpen, Kocarden in den Haaren, weiße Schleier und grüne Kränze haltend. Vier von diesen Mädchen hatten braunsammtene Leibchen und eine braunsammtene Kopfbedeckung mit weißem Pelzwerk ausgeschlagen. Juristen mit gezogenen Säbeln machten an beiden Seiten dieser Damen die Spalier. An diese Mädchen schloßen sich, gerade am Eingange des Thores, der Klerus aller Konfessionen (katholischer Priester, Pastoren und Rabiner) alles im Ornate, die Universität (Rector, Dekane, Professoren, Pedellen aller 4 Facultäten), ferner ein Ausschuß der Prager Bürger mit roth- und weiß-seidenen Schärpen, gleiche Bänder um den Arm, sowohl Bänder als Schärpen hatten auf beiden Seiten einen schwarzen und gelben Rand. An diese reihten sich Frauen (Gattinnen und Verwandte der Deputirten) Blumen und Kränze in den Händen haltend. In der Personenhalle standen zu beiden Seiten und zwar links die Glieder der Bürger-Resource, dann die 10. Kompagnie Nationalgarde, rechts die 4. und 14. Kompagnie.

Im innern Bahnhofe links war die 9. Kompagnie mit 4 Kompagnien Karolinenthaler Nationalgarde, und rechts die uniformirten bürgerlichen Scharfschützen mit der zu diesem Corps gehörigen Kavallerie, hinter beiden letztern die Studentenlegion der Philosophen aufgestellt. Im äußern Bahnhof links befand sich die 7., 15., 8. Kompagnie der Nationalgarde, von welcher ein Zug dunkelrothe Lanzen hatte, mit besonderer Fahne und klingendem Spiel; rechts die 11., 13. Kompagnie der Nationalgarde und das Smichower-Corps. Unmittelbar an der Einfahrt bildete das Eisenbahnpersonale, zur 7. Kompagnie gehörig, welches metallene Locomotive auf den Hüten hatte, eine Strecke von etwa 100 Schritten zu beiden Seiten Spalier, um Unglück zu verhüten.

Außer dem Bahnhofe selbst standen die Corps der Juristen und Mediziner, die Universitätsfahne in der Mitte, von einer Centurie Juristen und Mediziner, die Flinten mit Bajonneten hatten, als Ehrenwache umgeben. Gegenüber war die uniformirte Infanterie aufgestellt.

Die Deputirten hatten die Prager schon früher verständigt, daß sie fremde Gäste, nämlich Studenten slawischer Nation, welche in Wien studieren, mitbringen, für deren Aufnahme und Bewirthung die Prager Studenten in Vorhinein sorgten. Der Deputation waren mehre Prager Bürger entgegen gefahren.

Die Deputirten wurden bei ihrem Aussteigen mit herzlichen Umarmungen und Händedrücken und mit zahllosem begeisterten Slawa-Rufe empfangen. Der Zug bewegte sich sehr langsam aus dem Bahnhofe; zum Thore angelangt, hielt eines der zwölf hier harrenden Mädchen eine böhmische Anrede, und sowie die Geistlichkeit die Abgeordneten begrüßte, eben so rief der israelitische Rabiner Herr Rapopot denselben entgegen: „Gesegnet seien, die da kommen im Namen des Herrn," welches durch freundliches Händedrücken erwiedert wurde.

Der Zug setzte sich nun unter endlosem Jubel einer sich gesam-

Digitized by Google

melten ungeheuern Volksmenge in Bewegung und zwar unter Läuten aller Glocken durch die Hibernergasse und Kolowratsstraße auf den Roßmarkt in folgender Ordnung: das bürgerliche Grenadiercorps, das Corps „Swornosť" und die slawischen Studenten aus Wien, welche schwarz gekleidet, weiße seidene Binden um den Arm, an weißrothen Schnüren die Seitengewehre, und rothe Mützen (Fez) mit langen weißen Quasten hatten; voran wurden zwei Fahnen getragen, eine weiß mit Gold verbrämt, mit einem Lorbeerkranze, und einer Inschrift „Slawa" und in der Mitte der Fahnenträger schritt ein Student im weißen serbischen Costüme.

Hierauf folgten kleine Mädchen und Knaben, gekleidet schwarz mit rothen Schärpen, welche mit Blumen gezierte Fähnleins in den Händen hielten, ferner die zwölf Mädchen, auf diese die Deputirten, neben welchen Juristen und eine Abtheilung des Concordia-Corps Spalier bildeten, sodann der Clerus, die Universität, und in langer unabsehbarer Aufeinanderfolge in derselben Ordnung, wie sie im Bahnhofe gestanden, die verschiedenen Corps. Auf allen Häusern wehten unzählige Fahnen, und so wie in den Straßen überall ein selbst mit Lebensgefahr verbundenes Volksgedränge gewesen, eben so waren alle Fenster überfüllt, aus welchen unter unaufhörlichem Wehen mit Tüchern, unzählige Lebehoch ertönten. Dieses und das Zusammenschlagen der Klingen der fremden Studenten, und der mit Säbeln bewaffneten Prager gab der ganzen Feier ein imposantes, selbst militärisches Schauspiel.

An der Wenzelsstatue am Roßmarkte angekommen, wurde die Deputation von dem Herrn Fürsterzbischofe und dem gesammten im festlichen Ornat assistirenden Metropolitankapitel empfangen; Faster las die auf die Petition erfolgte königliche Antwort böhmisch, und Trojan deutsch von einer dort errichteten Tribune vor, worauf der Herr Fürsterzbischof das Te Deum angestimmt und den Segen ertheilt hat.

Nach dem Programm sollte sich der Zug nach dem Rathhause begeben, wo ebenfalls von einer errichteten Tribune die Ablesung der a. h. Entschließung geschehen sollte, doch die Deputirten waren zu ermüdet.

Die Stadt gewährte in allen Theilen einen herrlichen Anblick, von allen Thürmen und den meisten Häusern wehten die Fahnen in den Landesfarben, sowie selbst Fenster und besonders Balkone geschmackvoll dekorirt waren. Während dieser Feier war das Pompier-Corps mit den Spritzen an den öffentlichen Plätzen aufgestellt. Auf jeder Spritze stand eine Charge. Nach der Feierlichkeit ist die a. h. Erledigung über die Petitionsgegenstände öffentlich kund gemacht worden (siehe Anhang Nr. XLI).

3. Das Programm enthält die Aufforderung zu einer allgemeinen Beleuchtung von ganz Prag und schon waren hierzu überall Anstalten getroffen. Der größte Theil der Stadt war illuminirt,

Digitized by Google

als plötzlich eine Masse von Studenten, mit Pöbel vermischt, sich in alle beleuchteten Gässen vertheilten, und mit einem schreckenerregenden Geschrei das Auslöschen der Lampen und Lichter, so wie das Herabreißen der ausgesteckten Fahnen begehrten, auch bei längerm Verzug mit Einwerfen der Fenster drohten, was wirklich bei einigen Häusern geschehen ist. Wer in diesem Augenblicke auf der Kleinseite am Stephansplatze das Schreien und Lärmen, welches sich aus tausend Kehlen über die steinerne Brücke durch die Brückengasse vernehmen ließ, hörte, diesem wird jener fürchterliche Abend nicht mehr aus dem Gedächtnisse entschwinden. Er erinnerte mich an eine Revolution im Auslande, der ich zufällig beigewohnt habe. Am andern Tage war von den Tausenden der Fahnen, mit denen Thürme und Häuser längere Zeit geschmückt bleiben sollten, nichts mehr zu sehen, und selbst jene am Gubernialgebäude gänzlich verschwunden.

4. Die Studierenden waren die ersten, welche ihre Mißstimmung gegen die a. h. Erledigung der Petition zu erkennen gegeben; sie wollten sich mit der in dem 14. Punkte derselben enthaltenen Zusicherung nicht begnügen, sondern die Lehr- und Lernfreiheit bestimmt ausgesprochen haben. So wie sie nun ihre von Wien rückgekehrten Deputirten beschuldigten, ihre Rechte nicht verfochten zu haben, eben so haben sie ihrem Unmuthe dadurch freien Lauf gelassen, daß sie die Beleuchtung mit Gewalt zu hintertreiben suchten.

5. Die Mißstimmung der Studentenschaft theilte sich auch den übrigen Bewohnern Prags mit, welche in der a. h. Erledigung die deutliche Bewilligung der Petitionspunkte zu vermissen glaubten, und so wurde noch, während die Studenten die Illumination verhinderten, in dem Saale des Gewerbsvereines vom Bürger-Comité eine Versammlung abgehalten, welche sehr stürmisch gewesen, und in welcher gegen die Petitionserledigung mit kräftigen Worten protestirt, sowie eine neue Petition in Antrag gebracht wurde.

6. Am heutigen versammelte sich ein Theil der in Prag lebenden Ausländer, größtentheils aus Deutschen bestehend, um sich über ihr den Umständen angemessenes Verhalten in Prag zu besprechen.

Ein Redner (aus Dresden) machte seinen Landsleuten den Vorschlag, bei dem in nächster Zeit zu erwartenden Konstitutionsfeste dem Prager Bürger-Comité durch feierlichen Aufzug mit der deutschen schwarz-roth-goldenen Fahne die Theilnahme und Versicherung der innigsten Sympathien, respektive Beglückwünschung der einheitlichen Erhebung und Wiedergewinnung geistiger und nationaler Freiheit im Namen aller deutschen Stämme beizubringen. Diese Worte erhielten allgemeinen Beifall und Zustimmung. Hierauf nahm ein zweiter Redner (aus Berlin) das Wort, und bemerkte, daß, ob er gleich diesem Vorschlage beistimme, so halte er eine Beglückwünschung für den Augenblick noch nicht an der Zeit, denn, wenn zwar die Stadt fast den ganzen Tag den Ausdruck der Freude gehabt, den gewiß jeder von ihnen eben so innig mitgefühlt habe, als wenn er im Lande geboren,

Digitized by Google

so seien doch Abends die Freude verkündenden Lichter wieder erloschen, und neue bittere Gefühle haben die erfreuenden verscheucht. Er bringe daher in Antrag, daß man dem Bürger-Comité eine Adresse übergebe, mit dem Antrage, sich für etwa vorkommende gefährliche Ereignisse mit Gut und Blut zur Verfügung stellen, auch es demselben überlassen zu wollen, ob man sie in die Reihen der Nationalgarde aufnehme, oder ihnen die Bildung eines besondern Corps zugestehe, und mit der fernern Bitte, ihnen im Falle einer Gefahr einen der gefährlichsten Posten anzuvertrauen. Der Redner fügte noch die Worte bei: „aber wir müssen auch Alle aus vollem Herzen so denken.“ Die letzten Worte wurden von Allen aufrichtig bejaht, und ein donnerndes „Bravo“ gebracht. Ein dritter Redner schloß sich derselben Meinung an, und sagte gleich mit kurzen, kräftigen Worten den Inhalt der abzufassenden Adresse mit dem Zusatze: „Wir wollen also für jede eintretende Gefahr uns unter der Böhmen Fahne schaaren.“ Es erfolgte sogleich die Ausfertigung der Adresse, welche in demselben Augenblicke mit beinahe hundert Unterschriften versehen wurde, die übrigen folgten am nächsten Tage.

7. Kundmachung des verstärkten böhmischen Landesausschußes wegen Verschiebung der auf den 30. d. M. bestimmten ständischen Versammlung (s. Anh. Nr. XLII lit. a).

Am 28. März.

1. Im Wenzelsbadsaale fand schon zeitlich früh eine Versammlung Statt, in welcher sich in heftigen Ausdrücken gegen die Erledigung der Petition ausgesprochen worden.

2. Später wurde eine früher bekannt gemachte Versammlung auf der Sophieninsel abgehalten. Es war eine große Zahl Menschen verschiedener Klassen, meistens der untern und den Studierenden zugehörig, anwesend. Die Versammlung in ihrer Zusammensetzung und in ihrem Benehmen gewährte uns das Bild eines englischen Meeting oder eines französischen Clubs. Es wurde ungeheuer geschrien und gelärmt, getobt, und über Regierung, Minister, kurz, über Alles geschimpft. Wer dabei anwesend gewesen, diesem wird der Moment der Aufregung kaum mehr aus seinem Gedächtnisse entschwinden, es ertönten aus der Menge einzelne Rufe, die uns mit Schaudern erfüllten, und eine trübe Aussicht in die Zukunft gewähren mußten. Ich vernahm die Worte: „Republik,“ von einem Andern: „Wir brauchen keine Adeligen mehr.“ Menschen, die nur von dem täglichen Verdienst leben, Proletarier und Jünglinge, die noch keinen Begriff von wahrer constitutioneller Freiheit haben, ließen sich in die Beantwortung staatsrechtlicher Fragen ein.

Mehrere Redner traten auf, wie Dr. Brauner, Ruppert, Uffo Horn und Andere, welche mit kräftigen Worten die drohende Sachlage auseinandersetzten und zur Bestimmung aufforderten, was zu geschehen habe. Der Inhalt ihrer Worte ließ sich dahin erklären, daß man mit der

Digitized by Google

erfolgten Petitionserledigung sich nicht zufrieden stellen wolle und dürfe, es müsse daher der Bürgerausschuß mit Beigebung einiger neuen Comitémitglieder mit der Entwerfung einer neuen Petition, die auf das Schleunigste nach Wien gesendet werden solle, beauftragt werden. Als Hauptpunkte der neuen Petition wurden aufgestellt: Ein eigenes verantwortliches, in Prag residirendes Ministerium für Böhmen und dessen Kronländer, eine Nationalrepräsentation auf sehr breiter Wahlgrundlage, baldige Beeidigung des Militärs auf die Constitution, sofortige Bewaffnung der Nationalgarde. Um Letzteres sogleich in Vollziehung zu bringen, wurde angetragen, daß sämmtliche Corps und Kompagnien sich auf ihren Sammelplätzen einfinden, und von da gemeinsam ausrücken sollten, um bei dem Umstande, da ein großer Theil derselben noch gar nicht bewaffnet ist, die unverzügliche Auslieferung von Waffen und Munition zu verlangen, auch die Thore der Stadt Prag, so wie mehrere andere Posten zu besetzen. Allen diesen Vorschlägen haben die Anwesenden ihre Beistimmung gegeben.

Durch diese Versammlung wurden auch die Studierenden zu einer Demonstration verleitet. Die ganze Legion hatte sich auf dem Roßmarkte aufgestellt, um sich in Bezug auf die noch unbeantwortet gebliebene Petition der Universität zu berathen. Die Studierenden waren in der größten Aufregung; es wurden Reden von dem Kandalaber gehalten, beschwichtigende wollte man nicht hören, aber aufreizende wurden mit Beifall aufgenommen; vorzüglich eines Wiener Studenten, der auf solche Art das Gastrecht, so er in Prag gefunden, arg verletzte. Männer aus dem Bürgerstande theilten den Studenten die abenteuerlichsten Gerüchte mit, suchten den Zustand der Aufregung immer mehr zu steigern, die Professoren waren unvermögend, die Ruhe herzustellen. Man schrie allgemein nach Waffen. Das Zusammenschlagen mit den Waffen und der Lärm der Studenten brachte die umstehenden Zuschauer so in Schrecken, daß sie in eiliger Flucht davon jagten, und dadurch alle Stadttheile in Furcht versetzten.

Die Bewohner Prags befanden sich in einer Lage, von der man sich keinen Begriff machen kann; allgemein verlautete: es sei ein Aufstand ausgebrochen, die Waffen-Magazine würden angegriffen, Nachmittags wolle man das Zeughaus stürmen, Artillerie werde vom Laurenziberge die Stadt beschießen u. s. w. Gerüchte, welche Uibelgesinnte absichtlich zu verbreiten suchten, um nur Alles in Aufregung zu bringen, eine allgemeine Verwirrung herbeizuführen, und diese zu ihrem Vortheile zu benützen. Die Besorgniß war so groß, daß die meisten Läden geschlossen wurden. Den ganzen Tag eilten Deputationen hin und her, zu Sr. k. Hoheit dem Erzherzoge, bei dem am Vormittag allein sieben Deputationen, manche von gar Niemanden abgeordnet, waren, zum Herrn Gouverneur, zum Obercommando der Nationalgarde, zum Bürger-Comité. Es sendeten auch die Studenten Abgeordnete, und begehrten Waffen. Alle Deputationen erhielten die beruhigendsten Zusicherungen, und so legte sich die Aufregung.

Digitized by Google

3. Während der unter der Studentenschaft bestandenen Aufregung war das Bürger-Comité versammelt.

4. Nachmittags erschien von Seite des Herrn Gouverneurs eine Kundmachung, mittelst welcher die Petition der Studentenschaft in bestimmten Ausdrücken erledigt, und derselben Alles zugestanden wurde, was sie begehrt hat (s. Anhang Nr. XLII lit. b), doch sollte dieß nur provisorisch sein.

5. Eine Bekanntmachung des Kommandanten der Nationalgarde setzte die Bevölkerung in Kenntniß, daß Nachmittags 4000 Gewehre an die Nationalgarde vertheilt, und diesem Augenblicke die Stadtthore Prags so wie die vorzüglichsten Wachpunkte im Innern der Stadt mit Einschluß der Hauptwachen mit dem k. k. Militär gemeinschaftlich besetzt, und die Nacht-Patrouillen besorgt werden (s. Anh. Nr. XLIII).

6. Die mit der Zahl 4 und 5 bezeichneten Kundmachungen hatten eine allgemeine Beruhigung zur Folge, und die einzelnen Abtheilungen der Nationalgarde, wie auch der Studentenschaft (für welch' Letztere 1000 Gewehre bestimmt waren) verfügten sich zum Zeughause zur Abfassung der Waffen, von wo sie in militärischer Haltung an ihre Versammlungsplätze rückkehrten. In den Nachmittagsstunden bewegte sich eine Kompagnie mit klingendem Spiele zur Hauptwache auf dem altstädter Ringe, um das Militär abzulösen. Ein ungeheuerer Jubel empfing solche, und zu gleicher Zeit sah man die übrigen Abtheilungen der Nationalgarde und der Studentenlegion den ihnen zugewiesenen Wachposten zueilen. Es war ein eigener Anblick, wie das junge Volk und angesehene Bewohner Prags im Waffenschmucke mit kriegerischer Haltung die Straßen durchgezogen, und die Wachposten versehen haben. Man erkannte in mancher Schildwache einen hochgestellten Beamten, der ein Bureaucheſ ist. Ich muß hier auch in Beziehung auf die fernern Wachtage bemerken, daß die Bewohner Prags sich für die Bewachung der Stadt durch den Civilstand sehr erfreulich ausgesprochen haben, denn in den ersten Tagen kamen den Nationalgarden- und Studentenlegionsposten an den meisten Orten Geschenke an Lebensmitteln zu.

7. Dadurch, daß am heutigen alle k. k. Militärposten zurückgezogen wurden, war das Militär verfügbar. Abends setzte sich auch ein zahlreiches Kommando in Bewegung gegen den Lustgarten „Stern" genannt, wo sich das große Pulvermagazin befindet, weil man besorgte, das Gerücht wegen Bestürmung des Letztern könnte wahr werden. Das aufgestellte Militär mußte das Depot bewachen, und daher die ganze Nacht im Freien kampiren.

8. Nachmittags wurde die Wahl des provisorischen Obersten der Nationalgarde vorgenommen. Sämmtliche Kompagnien haben ihre Stimmen dem Major des bürgerlichen Infanterie-Corps Andreas Haase gegeben, was auch zur öffentlichen Kenntniß gebracht wurde.

9. Eine Kundmachung des Gubernialpräsidiums bestimmet, daß bei dem Wahlakte des Bürgerausschußes vertraute Männer einzuschrei-

Digitized by Google

ten haben, welche sich theils mit der Prüfung der von den Wählern beigebrachten Legitimations-Urkunden, theils als Skrutatoren beschäftigen (s. im Anh. Nr. XLIV).

10. Abends nach 6 Uhr hat das Bürger-Comité, eigentlich der Petitionsberathungsausschuß eine große Sitzung im Gewerbsvereinslokale gehalten, und in dieser vorzüglich über die neue Petition berathen. Die Verhandlung erfolgte öffentlich, es war eine Art von Landtag, man ließ Zuhörer, so viel der Saal fassen konnte, ein, und das Volk nahm lebhaften Antheil an den Berathungen, zuweilen weit stürmischer, als es in konstituirten Landtagsversammlungen gestattet wird, und mit der Würde eines berathenden Comité sich verträgt. Das Publikum war dasselbe, wie Morgens in dem Saale der Sophieninsel. Leider hat sich der ansehnlichere Theil der Bürgerschaft von allen derlei Versammlungen fern gehalten, und dieß ist die Ursache, daß man oft über das Endresultat in banger Besorgniß sein mußte.

In der hier fraglichen Versammlung kamen wichtige Fragen, wenn auch nicht zur genauen Erörterung, so doch zur Sprache. Dr. Brauner legte den Entwurf zur neuen Petition vor, worüber durch zwei Stunden gestritten wurde, und es endlich zu einer Abstimmung gekommen, welche diesen Entwurf mit einigen Abänderungen (Amendements) angenommen.

Am 29. März.

1. Am heutigen Morgen nahmen die Wahlen für den Bürgerausschuß und Bürgermeister den Anfang.

a) Zur Prüfung der Legitimation der Wähler, nämlich über ihre Eigenschaft als Bürger wurden achtbare Männer bestellt, welche an der Thüre des Saales von jedem den Ausweis begehrten, und nur denjenigen, der solchen lieferte, den Eintritt gestatteten. Sie haben dadurch verhütet, daß nicht Stimmzettel Unberechtigter einlangen, und auch nicht Schreier eindringen.

b) In der Versammlung hat sich ein besonderer Fall ergeben. Es haben nämlich die zur Prüfung der Legitimation bestellten Männer den erschienenen Trojan, ein Mitglied des Bürger-Comité, den Eingang verweigert, weil er nicht zu den Wählern gehörte. Ungeachtet dessen bewirkte Dr. Pinkas seine Zulassung zum Eintritte in den Versammlungsort. Als die Wahlen beginnen sollten, erhob Trojan seine Stimme, und über Befragen, was er hier haben wolle, erklärte derselbe, von dem Comité zur Uiberwachung der ordnungsmäßigen Wahl beordert zu sein, worauf eine allgemeine Entrüstung entstanden, und Trojan über den Antrag des Bürgers hinausgewiesen wurde. Was hierauf folgte, werden wir unten vernehmen.

2. Der Herr Gouverneur hat eine Kundmachung erlassen, nach deren Inhalt die Nationalgarde, gemeinschaftlich mit dem Militär, den Wach- und Patrouillendienst versehen wird (s. Anh. Nr. XLV.)

3. Abends wurde von dem Petitionsberathungsausschuße öffent-

Digitized by Google

liche Sitzung in dem Gewerbsvereine abgehalten, und das Volk versammelte sich wieder sehr zahlreich. Der Gegenstand ist die Abänderung des Petitions-Entwurfes in einigen Punkten gewesen. So wurde der 4. Punkt dahin geändert: „daß nicht Umwandlung der der Prager Studentenschaft nur provisorisch zugesicherten Lehr- und Lernfreiheit in eine definitive, sondern vollständige Genehmigung der Prager Studentenpetition vom 15. März" gesetzt werde. Es wurde ferner beschlossen, diese Petition durch Abgeordnete, zusammengesetzt aus vom Comité zu ernennenden Mitgliedern, morgen nach Wien abzusenden. Die Sitzung war sehr stürmisch, und das Volk nahm nur einen zu großen Antheil an den Berathungen, drang auch ausdrücklich darauf, daß Faster, Trojan, Dr. Brauner und Dr. Kliebert unter die Deputationsmitglieder aufgenommen werden.

Am 30. März.

1. Es erfolgte ein Aufruf an die Bürger, einen ernstlichen Antheil an den Wahlen des Ausschußes wie auch des Bürgermeisters zu nehmen, da eine zu geringe Zahl die Stimmzettel abgegeben habe, und darum wurde noch der heutige Tag dazu bestimmt, allein dieser zeigte kein erfreuliches Resultat; die Zahl der Stimmen erreichte kaum den dritten Theil der wahlfähigen Männer. Ein Beweis, daß sie mit den Vorkehrungen der Behörden nicht einverstanden waren, und an den Parteikämpfen sich nicht betheiligen wollten.

2. Am heutigen Abend wurde der provisorische Oberkommandant der Provinzialgarden Andreas Haase definitiv zum Obersten der gesammten Nationalgarden Prags gewählt.

3. Der Erzherzog hat eine Proklamation an die Bewohner Prags erlassen, und darin den bewaffneten Corps seinen Dank für den beschwerlichen Wach- und Patrouillendienst, das gemeinsame Wirken zur Erhaltung der Ordnung und für die zwischen Civil und Militär erhaltene Eintracht ausgesprochen (s. im Anh. Nr. XLVI).

4. Das Comité der Bewohner Prags hat Nachmittags eine Sitzung im Gewerbslokale abgehalten, welcher auch der Herr Gouverneur beiwohnte; es wurde beschlossen, mit der Absendung der neuen Petition bis nach der Wahl des Bürgerausschußes abzuwarten. Das Comité erklärte zugleich, eine Kundmachung über seine bisherige Wirksamkeit erlassen und sich auflösen zu wollen, sobald der Bürger-Ausschuß gewählt, und in's Leben getreten sein wird.

5. Am heutigen Abend erhielten wir das Schauspiel einer Volksdemonstration oder einer offenen Volksmanifestation, wie wir solche Akte oft aus Frankreich vernehmen. Es bleibt immer ein bedauerliches Ereigniß, wenn das gemeine unverständliche, sittenlose Volk von Jemandem benützt wird, der seine persönlichen Leidenschaften gegen einen Zweiten in keiner andern Art, als durch ein solches die Ruhe der Bürger störendes Spektakel zu äußern vermag. Dasselbe bestand in einer Katzenmusik. Sie war vor Allem einem Bürger — auf der Kleinseite gewidmet. Wir haben bereits unter den Tagsereignissen

Digitized by Google

vom 29. d., Zahl 1, lit. b. erwähnt, was dieser achtbare Mann gegen einen sich in die Versammlung Eingedrungenen verschuldete, und können hieraus leicht abnehmen, wer diese beklagenswerthe Serenade hervorgerufen. Nicht genug an dem, sondern auch dem Dr. Pinkas, der doch für die Freiheit so viele Opfer brachte, sollte ein derlei Glück zu Theil werden, aber der gesunde Sinn einiger Männer wußte dieß zu hintertreiben.

6. Die Zeitung „Bohemia" bringet uns eine Erklärung des Uffo Horn, welcher sich gegen die wider ihn herrschenden Gerüchte zu verwahren sucht (s. Anh. Nr. XLVII).

7. Eine große Zahl der in Prag wohnenden, begüterten Adeligen haben eine Erklärung erlassen, in welcher sie sich für die Erweiterung des Stände-Körpers auf alle Volksklassen aussprechen (s. Anh. Nr. XLVIII).

8. Die in Wien wohnenden, in Böhmen begüterten Adeligen haben Sr. Majestät eine Petition überreicht, und darin auf Gleichstellung der čechischen und deutschen Nationalität, so wie auf die Erweiterung der Volksvertretung auf dem Landtage angetragen (s. Anh. XLIX).

Am 31. März.

1. Wir hatten heute wieder einen stürmischen Tag, der, wenn gleich nicht Gefahr drohend, uns ein Schauspiel vorführte, welches als eine Gewaltthat gegen die persönliche Freiheit des Herrn Oberstburggrafen von jedem rechtlichen Manne ausgelegt wurde. Man hat eine Volksversammlung um 9 Uhr Morgens zu veranstalten gewußt; es waren dabei dieselben Personen (Faster, Trojan), welche den Tag vorher in der Sitzung des Comité zu dem Beschluße mit Absendung der Petition bis zur Beendigung der Ausschußwahl zuzuwarten, ihre Einwilligung ertheilten. Man suchte die Menge dahin zu stimmen, daß nicht abgewartet, sondern sogleich die Deputation nach Wien gesandt, und davon der Herr Gouverneur unverweilt in Kenntniß gesetzt zu werden habe. Es versteht sich von selbst, daß die Anwesenden Allem ihren Beifall gaben, und es war schon im Vorhinein nicht anders zu vermuthen. Trojan und Faster, von einer zwar kleinen Menschenmasse, aber von einigen Nationalgardisten, selbst Studierenden mit gezogenen Säbeln und Gewehren umgeben, eröffneten den Zug zu dem Herrn Gouverneur; dem Letzern wurde vorgetragen, daß das Volk die Petiton sogleich abgesendet haben wolle, und er mußte das Gesuch mit der Bestätigung unterfertigen, daß dasselbe Volkswille sei. Im Rückwege forderte man von der Militärhauptwache der Kleinseite die Ehrenbezeigungen unter dem Vorwande, daß man die unterschriebene Petition trage, und während ein Bewaffneter auf dem Bajonette einen Bogen Papier mit dem Worte „Podepsal" getragen, lärmte und jubelte die Menge, daß man für seine persönliche Sicherheit besorgt sein mußte. So ging es von der Kleinseite wieder auf den altstädter Ring zum Rathhause, wo der Magistrat den Volkswillen bestätigen mußte. Wenn wir unsere Freiheit solchen Ereignissen verdanken sollen, dann müßten

Digitized by Google

wir uns wohl eher den frühern Zustand, in dem doch wenigstens gesetzliche Ordnung bestanden, rückwünschen.

Man erzählt sich über die Behandlung des Herrn Gouverneurs durch jenes Volk so Manches, welches, wie wir aus später vorkommenden Rügen und Rechtfertigungen entnehmen, wohl wahr sein dürfte.

2. Die Zeitung „Bohemia" brachte uns eine Erklärung ihres Redacteurs Franz Klutschak (s. Anh. Nr. XL).

3. Die Zeitung „Bohemia" enthielt auch am 1. April eine vom Dr. Pinkas erlassene Rechtfertigung über sein politisches Glaubensbekenntniß, vermuthlich um sich gegen eine künftige Jammer-Serenade, die ihm, wie wir am 30. erwähnten, zugedacht war, zu verwahren. Es ist traurig, wenn man zu solchen Manifestationen seine Zuflucht nehmen muß (s. Anh. Nr. LI).

4. Am heutigen haben die Vorsteher und Repräsentanten der hiesigen vereinigten deutsch-evangelischen Gemeinde unter Vorsitz und auf Antrag des Pastors beschlossen, Schritte zur Erreichung einer vollständigen Gleichstellung aller bisher im österreichischen Kaiserstaate nur tolerirten Christen mit ihren katholischen Glaubensbrüdern zu thun. Alles soll jedoch im streng gesetzlichen Wege und mit Vermeidung jeder Agitation geschehen, da sämmtliche Anwesende von der Uiberzeugung beseelt seien, ihre gerechte und heilige Forderung brauche, um gewährt zu werden, die jetzt herrschende Aufregung nicht zu benützen.

5. Heute sind zwei Kompagnien Artillerie an ihre Bestimmung nach Mainz abmarschirt, und wurden von einer Abtheilung Nationalgarde bis nach St. Margareth auf das Freundschaftlichste begleitet.

6. Mit dem Abendtrain fuhren die Deputirten mit der Petition nach Wien, und zwar Faster, Trojan, D. Kliebert und Dr. Gabriel, an Stelle des Dr. Brauner: Schieferdecker Jarosch, Dachdecker Schulz, Baumeister Rypota ohne Prunk und Feierlichkeit, aber doch von Slava-Rufen einiger auf der Bastei befindlichen Zuseher begleitet. Uffo Horn sollte den andern Tag nachfolgen, allein er blieb zu Hause.

7. Die Prager Vorstadt Karolinenthal hat den Bewohnern Prags manche Besorgniß eingeflößt, weil deren zahlreiche Bevölkerung meistens aus Fabriksarbeitern besteht; doch könnten wir uns in der Stadt derselben Ordnung erfreuen! Die von den Offizieren der Karolinenthaler Nationalgarde erlassene Erklärung wird uns vollkommen beruhigen (s. Anh. Nr. LII).

8. Kundmachung, daß Andreas Haase zum Obersten, und Joseph Eduard Schebelka zum Oberstlieutenant der Nationalgarde gewählt wurde (s. Anh. Nr. LIII).

9. Das Bürger-Comité erläßt zur Beruhigung der Deutschböhmen ein Manifest, in welchem dasselbe die Aufrechthaltung der Eintracht beider Nationalitäten zusichert (s. Anh. Nr. LIV).

Digitized by Google

Sammlung

der

Urkunden und Verordnungen,

ausgefertigt

in dem Zeitraume vom 15. bis 31. März 1848.

Digitized by Google

Nr. I.

A. h. Entschließung mit einer Rüge an den Landtagsdirektor der böhmischen Stände hinsichtlich des vom Fürsten Lamberg in der Herrenstube gehaltenen Vortrages.

Uiber eine Sr. Majestät zugekommene Anzeige des vom Herrn Fürsten von Lamberg bei der am 27. Mai l. J. stattgehabten Landtagsversammlung gehaltenen Vortrags haben Allerhöchst Dieselben über einen allerunterthänigsten Vortrag der k. k. vereinigten Hofkanzlei mit der Allerhöchsten Entschließung vom 26. Oktober l. J. zu bestimmen geruht, daß Abschweifungen von dem Gegenstande der ständischen Berathung und die Entwickelung so unstatthafter Anträge, als sich der Fürst von Lamberg bei der böhmischen Landtagsversammlung vom 27. Mai l. J. erlaubte, für die Zukunft von dem Landtagsdirektor nicht zu dulden, sondern wirksam hintan zu halten seien, wie dies auch in der That vom Landtagsdirektor im vorliegenden Falle beabsichtigt, aber durch die Erklärung des Fürsten von Lamberg vereitelt wurde, er wolle nur sein Votum, welches auf die ungeschmälerte Verwilligung des Postulats hinginge, begründen, eine Erklärung, deren Unrichtigkeit der weitere Vortrag desselben bewies, für welchen Mißbruch des Vertrauens dem gedachten Antragsteller die verdiente Rüge auf eine den Ständen kund werdende Weise zu ertheilen sei.

Ferner haben Se. Majestät zu befehlen geruht, es habe der Landtagsdirektor, sobald ein Mitglied der Versammlung auf Gegenstände und Anträge übergeht, die nicht zur Sache gehören, oder auf der Landesordnung, sei es auf den Landtagen, sei es bei sonstigen ständischen Versammlungen, nicht vorgebracht werden dürfen, den Sprecher vor allem auf die Uiberschreitung seines Befugnisses aufmerksam zu machen und zu erinnern, daß er auf den eigentlichen Gegenstand der Frage zurückzukommen habe. Sollte dieser Erinnerung keine Folge geleistet werden, so habe der Vorsitzende dem Sprecher das Wort ohneweiters zu nehmen, und an den Folgenden zu übertragen. Das Ergebniß sei im Protokolle begründet aufzunehmen, und dem betreffenden Landstande stünde es dann frei, wenn er sich in seinem vermeinten Rechte

verletzt achtet, darüber geeignete Beschwerde zu führen. Der Gang der Verhandlung sei aber dadurch nicht aufzuhalten.

Uibrigens haben Se. Majestät anzuordnen geruht, es sei auch bei den ständischen Versammlungen von dem Vorsitzenden strenge darauf zu halten, daß nur die in das gedruckte Programm explizirte aufgenommen, oder im Falle der Dringlichkeit von ihm nachträglich zugelassenen Gegenstände, und zwar immer nach vorläufiger Instruirung und Begutachtung von Seiten des ständischen Ausschußes zur Erörterung und Abstimmung gebracht werden.

Von dieser mit Hofkanzlei-Präsidial-Schreiben vom 29. November kundgegebenen Allerhöchsten Entschließung setze ich den Landes-Ausschuß zur weiteren Mittheilung an die Stände mit dem Bemerken in Kenntniß, daß ich dem Herrn Fürsten von Lamberg die erwähnte Rüge unter Einem bekannt gebe.

Prag, am 6. November 1847.

Salm,
Vicepräsident.

Nr. II.

Verzeichniß der am 11. März im Wenzelsbadsaale vorgetragenen Petitionspunkte.

1. Repräsentantenverfassung durch Adel, Klerus, Bürger- und Bauernstand, gleiche Wählbarkeit nach Bezirken, Steuerbewilligung und Gesetzgebung, jährliche Einberufung des Landtags in Prag.
2. Unbedingte Freiheit der Rede und Presse.
3. Verminderung des stehendes Heeres.
4. Sitz der höchsten Behörden in Prag.
5. Aufhebung der Robot, der Patrimonialgerichte, der Laudemien und der Lehen.
6. Rechnungslegung für alle Staats-Einnahmen und Ausgaben.
7. Verwendung der Staatseinnahme im Lande.
8. Einführung der böhmischen Sprache in Schulen und Gerichten neben der deutschen.
9. Oeffentlichkeit und Mündlichkeit des Gerichtsverfahrens mit Schwurgericht.
10. Keine Ausländer zu öffentlichen Aemtern zuzulassen.
11. Bürgergarden mit eigener Wahl der Offiziere.
12. Daß der König wenigstens ein viertel Jahr in Prag residire.
13. Garantie der persönlichen Sicherheit.
14. Vollständige Neuerung des Verwaltungssystems.
15. Freie Kongregation, das ist Versammlungsrecht.
16. Unbedingte Freiheit der Religionsübung.
17. Freies Verwaltungsrecht der Gemeinde. Aufhebung der Kontrolle und Bevormundung derselben.

Digitized by Google

18. Organisation der Arbeit und des Lohnes.
19. Aufhebung der bisherigen Polizei. Übertragung derselben an die Gemeinden.
20. Aufhebung aller Accis-Aufschläge.

Nr. III.

Verzeichniß der am 12. März im Rathhause anwesenden Personen.

1. Banzet, Schneidermeister. 2. Batka, Kaufmann. 3. Deym Albert, Graf, Präsident. 4. Ditrich, Holzhändler. 5. Eger, Schlossermeister. 6. Faster, Gastgeber, Vizepräsident. 7. Frič, J. U. D. 10. Lämel, von, Großhändler. 11. Pinkas, J. U. D. 12. Pstros, Lohgärber. 13. Ruppert, Chir. Dr. 14. Schulz, Ziegeldeckermeister. 15. Seidel, Bürger. 16. Thun Franz, Graf. 17. Trojan, J. U. C., Sekretär. 18. Villani, Baron. 19. Wáwra, Müller. 20. Waňka, Bräuer. 21. Wyskočil, Müller. 22. Wyssin, Bräuer.

Nr. IV.

Aufruf an die Bürger zur Einreihung in das Bürgercorps.

In den jetzigen bewegten Zeiten erscheint es als Pflicht, die bewaffnete Bürgerschaft möglichst zu verstärken, um im Falle der Noth gerüstet und kräftig da zu stehen, um zu jedem Dienste bereit zu sein, den das Interesse der Stadt, die Sicherheit und das Eigenthum ihrer Bewohner nöthig machen dürfte.

Unter diesen Umständen fordern die Gefertigten, welche durch die Wahl ihrer Mitbürger an die Spitze der bewaffneten Bürgercorps gestellt wurden, alle Bürger der Stadt auf, ihre Bürgerpflicht zu erfüllen, und sich einem der bestehenden Corps anzuschließen. Es ist dafür gesorgt, daß jeder Bürger persönlich aufgefordert wird, die Erklärung abzugeben, welchem Corps er beitreten wolle.

Um jenen den Beitritt zu erleichtern, welche sich nicht zu uniformiren wünschen, werden bei jedem Corps Kompagnien errichtet, deren Mitglieder in ihrer gewöhnlichen Kleidung, nur mit den nöthigen Waffen versehen, erscheinen können.

Das Exerziren ist nothwendig, da Jeder, der Waffen führt, sie auch zu gebrauchen wissen muß; doch ist dafür gesorgt, daß möglichst wenig und nur in jenen Stunden exerzirt werde, wo es den Bürger am wenigsten stört.

Die Gefertigten hoffen, daß diese Aufforderung bei den jetzigen Zeitverhältnissen hinreichen werde, die Reihen der bewaffneten Bürger

Digitized by Google

vollzählig zu machen, damit Prags Einwohnerschaft der Zukunft in Bezug auf Ordnung ruhig entgegen sehen kann.

Josef Eduard Schebelka,
Major und Kommandant des k. k. priv. bürgl. Scharfschützen-Corps.

Andreas Haase,
Major und Kommandant des k. k. priv. bürgl. Infanterie-Corps.

Mathias Bernt,
Major und Kommandant des k. k. priv. bürgl. Grenadier-Corps.

Nr. V.

Erlaß des Magistrates zur Mitwirkung an Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Einladung zur Unterschrift.

Es ist in dem Drange der Zeit eine Pflicht geworden, unter jeder Bedingung die öffentliche Ruhe aufrecht zu erhalten, damit die Persönlichkeit, Familie und Eigenthum, die heiligsten Güter eines jeden Einzelnen, geschützt und gewahrt werden.

Der Bürgermeister und gesammte Rath der getreuen Stadt Prag wendet sich mit vollem Vertrauen an die gesammte Einwohnerschaft mit der gewiß nicht vergeblichen Anforderung, für die Aufrechthaltung der öffentlichen Ruhe, die Sicherung der Gewerbe und des Verkehrs, und für Bewahrung des Eigenthums aus allen Kräften mitzuwirken und jede Gelegenheit zur öffentlichen Ruhestörung umsomehr zu verhindern, als in eben demselben Augenblicke eine Petition an Se. Majestät unsers gnädigsten Königs und Landesherrn in der Mitte der Bürgerschaft verfaßt wurde, welche die Wünsche zur Verbesserung des geistigen und materiellen Wohles des Volkes, wie sie durch die Bedürfnisse der Zeit angedeutet sind, ausspricht und in nächster Zeit an die Stufen des a. h. Thrones gelangen wird.

Zur größeren Sicherung der öffentlichen Ruhe wird ohnedies im Falle der Noth die Einwohnerschaft der Stadt aufgefordert werden, sich unter die Waffen zu stellen, und es wird sich dieser eben so schönen als heiligen Pflicht gewiß Niemand entziehen.

Die erwähnte Petition erliegt zur Einsicht und Unterschrift in nachstehenden Localitäten.

Im altstädter Rathhause:
im Versammlungssaale des böhmischen Gewerbsvereins;
in der Bürger-Resource;
in der adeligen Resource;
in der kaufmännischen Resource;

Digitized by Google

in den Buchhandlungen der Herren Ehrlich, Calve und Jaroslaw Pospissil, dann auf der Kleinseite beim Herrn Scheib (in der Brückengasse), endlich beim Herrn Faster, im Gasthofe „zur goldenen Gans" Zimmer Nr. 1 des ersten Stocks am Roßmarkte.

Vom Magistrate der k. Hauptstadt Prag.

Nr. VI.

Petition der Bürgerschaft.

Euer kais. königl. Majestät!

Ein großes Ereigniß im Westen Europas leuchtet, ein drohend Meteor, zu uns herüber. Kaum begonnen reißt die mächtige Bewegung, der wir uns ferne wähnten, Deutschlands verbündete Staaten mit sich; rund um Oesterreichs Grenzen gibt mächtige Regung sich kund, haben Euer kais. königl. Majestät hohe verbündete Fürsten die Bewegung beherrscht, indem sie sich großherzig an derselben Spitze stellten, sie zu leiten, sie zu wahren vor gefährlichem Abgrund und Abwegen.

Die Zeit ist eine neue, eine andere geworden, hat die Völker ihren Fürsten näher gebracht, legt den Völkern die Pflicht auf, sich um ihre Fürsten zu schaaren, Vertrauen bietend, Vertrauen flehend in Tagen der Gefahr.

Prags getreue Bevölkerung, berührt von der allgemeinen Bewegung, von dem Drange beherrscht, dem Königreiche voran zu gehen in Loyalität und Wahrheit, legt an Eurer Majestät hohem Throne den innigen Dank dafür nieder, daß ihr nicht verwehrt worden, ein freies Wort zu sprechen unmittelbar aus voller, freier Brust zu ihrem geliebten Könige und Herrn. Möge es Anklang, möge es gerechte Würdigung finden! Wir hoffen im Vertrauen auf Gott und unser Bewußtsein — es wird! —

Neu, ungewohnt ist uns die Wohlthat dieser hohen Gewährung; sind wir minder wählig in Wort und Ausdruck, scheinen wir unbescheiden im Maß der Bitte: unsers hohen Königs väterliche Nachsicht halte uns das gnädig zu gut.

Zwei verschiedene nationale Elemente bewohnen das gesegnete Königreich, die Perle in Eurer Majestät erhabener Kaiserkrone; das eine, das ursprüngliche, welches das nächste Anrecht hat an das Land und seinen König, war bisher in seiner Entwicklung zur Kultur und Gleichberechtigung durch Institution gehindert, die, ohne feindlich, ohne entnationalisirend zu sein, dennoch ihrer Natur nach ein theilweises Abstreifen der Ursprungs-Nationalität zur Bedingung stellten staatsbürgerlicher Geltung.

Freie Entwicklung beider Nationalitäten, der bohmischen wie der deutschen, die durch Schicksalsschluß vereint und verschlungen Böhmen

Digitized by Google

bewohnen, gleiches Streben nach dem Ziele höherer Kultur, wird kräftigend, versöhnend, verbrüdernd beider Wohl begründen.

Daß Böhmen heute noch nicht jene Stellung erreicht hat, welche es bereits inne haben sollte, um den sich entwickelnden, ernsten Ereignissen kräftig die Spitze zu bieten, gehört unter die Folgen der bisherigen Spaltung des gesetzlichen und administrativen Verwaltens deutschen Elementes.

Nicht bloße Duldung, gesetzlich garantirte und anerkannte Gleichstellung beider Nationalitäten allein kann Böhmens Größe neu begründen und befestigen, kann und wird beide Nationen inniger fesseln an den angestammten Thron.

Doch liegen Garantien dieses erhabenen, jedem Patrioten, dem Böhmen wie dem Deutschen, heiligen Erfolges nicht in gewährter Sprachkultur allein, in wesentlicher Aenderung bisheriger Institutionen, in Wegfall hemmender Schranken zwischen Fürst und Volk, in allgemeiner wohlmeinend gewährter Volksbelehrung durch Schule und Schrift können die Grundlagen geschaffen werden der Nationalwohlfahrt, des gemeinsamen Zusammenwirkens beider Volksstämme für Gott, König und Vaterland.

Je klarer des Volkes Begriffe, desto offener, rückhaltloser ist sein Vertrauen, seine auf unmittelbares Vertrauen gegründete Liebe für seinen königlichen Herrn; desto erhebender, veredelnder wirkt diese Liebe, das Fundament der Staatswohlfahrt, zurück auf das Volk.

Unser hochgeliebter König und Herr wisse, erfahre fortan unmittelbar und unverkürzt die Wünsche, die Bitten seines Volkes; Oeffentlichkeit in Allem und für Alle sei diesem gewährt. In ihr verbunden mit freier, unverkümmerter Belehrung liegen alle Garantien vereinigt. Diese heiligen Garantien zu erreichen, wagen wir es in Unterthanentreue und kindlichem Vertrauen Eurer k. k. Majestät hochgnädigster Rücksicht, Eurer k. k. Majestät gerechter Prüfung und Würdigung folgende von Patriotismus und Treue uns eingegebene Wünsche in Unterthänigkeit vorzulegen:

1.

Sicherstellung der böhmischen Nationalität in allen Kronlanden Böhmens und vollkommene Gleichstellung der böhmischen und deutschen Sprache in Schule und Amt.

2.

Zeitgemäße Aenderung und Erweiterung der böhmischen Landesverfassung unter Garantie der Vertretung aller städtischen und Grundbesitz-Interessen durch freigewählte Verordnete, und Anbahnung des Verbandes von Böhmen, Mähren und Schlesien zu gemeinsamer Ständeversammlung.

Digitized by Google

3.

Gewährung selbstständiger Kommunalverfassung mit durchaus freigewählten Magistraten und Gemeindvorständen bei voller Oeffentlichkeit der Kommunalverhandlungen, dann humane und zeitgemäße Verbesserung der bäuerlichen Verhältnisse.

4.

Einführung öffentlichen und mündlichen Schlußverfahrens im Civil- wie im Straf-Prozesse als Uibergang zu durchaus öffentlichem Gerichtsverfahren.

5.

Gewährung freier Presse, bloß beschränkt durch die bestehenden, in Rücksicht auf Preßfreiheit zu modifizirenden und volksthümlich zu garantirenden Strafgesetzen.

6.

Freiheit für alle Kulte.

7.

Garantien persönlicher Sicherheit gegen arbiträre Verhaftung durch Feststellung legaler Bedingungen des Verhaftmandates.

8.

Besetzung der Aemter durch beider Landessprachen gleich kundige Männer.

9.

Anordnung allgemeiner Wehrpflicht, Aushebung der Pflichtigen durch das Loos, neben Organisirung städtischer Bürgerwehr und einer Sicherheitswache des Flachlandes unter Mitwirkung der Landbezirke.

10.

Ermäßigung und allmälige Aufhebung der Verzehrungssteuer mit zunächst eintretender Entlastung der ersten Lebensbedürfnisse, dann Revision des Tax- und Stempelgesetzes mit Rücksicht auf den Umfang des durch dasselbe zu besteuernden Vermögens.

11.

Gründliche Ausbildung, ausreichende und lohnende Dotation der Volkslehrer, böhmischer wie deutscher, zweckmäßige reelle Bildung befördernde Einrichtung der Gymnasien, Lehrfreiheit der Universitäten.

Diese in treuer Ergebenheit Euer k. k. Majestät unterbreiteten Wünsche und Bitten werden, so hoffen wir, so beten wir zu Gott,

Digitized by Google

der die Geschicke der Welten leitet, das heilige Band befestigen zwischen Fürst und Volk, werden in befruchtender Fortwirkung das Volk veredeln, emporheben zur Höhe der Zeit, seine Ansicht, sein Urtheil über Pflicht und Recht sichern und läutern, das Vertrauen, die Liebe, den Glauben an Alles, was heilig und erhaben, erstarken. Alle Reste aus alter, finsterer Zeit schwinden, verfallen der Vergessenheit; was heute als Vorrecht irrsam gegolten, verliert seinen Werth, es erbleicht vor dem Glanze der heiligen Gaben: der Wahrheit, der Oeffentlichkeit, des verbürgten Vertrauens. Es erschließen sich des Landes ungeahnte Schätze; ein Ziel, ein Zweck beseelt die sich befreundete, sich gleicher gewordene Gesammtheit, das Ziel: groß und stark zu sein unter Oesterreichs kaiserlichem Panier.

Das Nationalgefühl, der Stolz auf Vaterland und seinen König veredelt das Volk, macht es unüberwindlich übermüthigem Feinde gegenüber, ob er von West oder von Osten heran stürmet.

Alles mit Gott, unserm Kaiser und König! rufen wir aus in heiliger Begeisterung.

Unser König und Herr sieht unsere treuen Herzen, unser König und Herr zürnt nicht dem freien Worte; treu, innig und offen war es gemeint; in gläubigem Kindesvertrauen sprechen wir es aus: Wir konnten nicht anders!!

Nr. VII.

Telegraphische Nachricht wegen Aufhebung der Censur und Einberufung der Stände.

Nach einer so eben an mich gelangten telegraphischer Nachricht haben Se. k. k. Majestät die Aufhebung der Censur und baldige Veröffentlichung eines Preßgesetzes, ferner die Einberufung der Herren Stände der deutschen und slavischen Reiche und der Central-Kongregation des lombardisch-venetianischen Königreichs beschlossen.

Diese im öffentlichen Interesse liegende Mittheilung beeile ich mich hiemit zur öffentlichen Kenntniß mit dem Bemerken zu bringen, daß die näheren Bestimmungen mir in kurzer Zeit zugesichert sind.

Vom k. k. böhm. Landes-Präsidium.

Rudolph Graf Stadion.

Nr. VIII.

Telegraphische Nachricht über die verliehene Konstitution.

Die Konstitution für alle Provinzen ist proklamirt.
Wien ist im Jubel.
Am 15. März 1848.

Rudolph Graf Stadion.

Digitized by Google

Nr. IX.

Aufruf des Stabs des Bürger-Corps zur Einreihung.

Bewohner Prags!

Jeder wohlgesinnte, für König, Ehre und Vaterland beseelte Einwohner der Hauptstadt Prag, ohne Unterschied des Standes und des Glaubens, wird aufgefordert, zur Aufrechthaltung der Ordnung und Ruhe, zum Schutze der Personen und jedweden Eigenthums mit gutem Willen, Umsicht und Thatkraft mitzuwirken.

Es werden Bürgerwehr-Compagnien gebildet, welche sich den bestehenden 3 uniformirten Bürger-Korps anreihen und dem Kommando dieser Corps unterstehen sollen. Jede einzelne Kompagnie übernimmt die Bürgschaft für die gute Gesinnung und das gesetz- und ordnungsmäßige Benehmen ihrer Mitglieder; dagegen hat auch jede Kompagnie das Recht und die heilige Pflicht, jeden Unfrieden Stiftenden und als unwürdig Erkannten sogleich auszuschließen und seinen Namen bekannt zu machen.

Alle wohlgesinnten Bewohner der Hauptstadt werden ersucht, sich bei dem Kommandanten der Bürger-Corps anzumelden und einzuschreiben, dabei aber auch ihre Wohnung anzugeben.

Die Uniformirung ist nicht nothwendig. Die Anmeldung für das Infanterie-Corps geschieht im Annahofe, für das Grenadier-Corps in Nr. 342—1, und für die Schützen im 2. Stocke des alten Gerichtes Nr. 404—1. Der Vollzug der Organisirung der Kompagnien wird demnächst bekannt gemacht werden.

Josef Müller,
Bürgermeister und Oberst sämmtlicher Prager Bürger-Corps.

Josef Ed. Schebelka,
Major und Kommandant des bürgerlichen Scharfschützen-Corps.

Andreas Haase,
Major und Kommandant des bürgerlichen Infanterie-Corps.

Mathias Bernt,
Major und Kommandant des bürgerlichen Grenadier-Corps.

Nr. X.

Petition der Studenten.

Euere k. k. Majestät!

Uiberzeugt, daß die alten akademischen Institutionen den Stürmen der Gegenwart zu widerstehen nicht mehr stark genug sind, wagen wir

Digitized by Google

es, Euer Majestät unterthänigst zu bitten, das Princip der Reform auch auf die Bildungsanstalten auszudehnen. Was wir erwählte Vertreter der gesammten Prager Studentenschaft einschließlich der Politechniker von Eurer Majestät unterthänigst erbitten, ist die Einführung von Institutionen, welche bei allen gebildeten und mündigen Völkern längst bestehen und sich bewährt haben.

Wir bitten unterthänigst:

1. Kein Talent soll seines religiösen Glaubensbekenntnisses wegen von den Lehrkanzeln der höheren Bildungsanstalten ausgeschlossen sein; Niemand soll deßhalb in seiner Ausbildung und in seinem Fortkommen beschränkt werden.
2. Lehr- und Lernfreiheit sollen vollständig eingeführt und die Erlaubniß zu lehren nicht wie bisher willkürlich beschränkt und verkümmert werden.
3. Soll es Jedem möglich gemacht werden, sich in beiden Landessprachen in allen Lehrgegenständen vollständig zu unterrichten.
4. Der Besuch fremder Universitäten auch während der Studienzeit solle gestattet sein.
5. Das bisherige Prüfungssystem soll dahin abgeändert werden, daß es erlaubt sei, die sogenannten obligaten Gegenstände in beliebiger Ordnung und zu beliebiger Zeit zu hören, und daß die Qualification zum Staatsdienste und zur Praxis lediglich von einer strengeren Staatsprüfung abhängig gemacht werde.
6. Bitten wir, daß das Politechnische Institut der Universität als besondere Fakultät mit allen zustehenden Rechten einverleibt werde.
7. Der Staat möge für die physische Ausbildung durch Errichtung von Turn- und Schwimm-Anstalten und Besoldung der betreffenden Lehrer Sorge tragen.
8. Es möge der Studentenschaft gestattet sein, in Verbindungen zusammenzutreten, und dabei soll das jüngst erlassene Münchner Universitätsstatut über Verbindungen zur Grundlage genommen werden.

Die unterthänigst Gefertigten wagen ihre Bitten vertrauungsvoll an dem Königsthrone niederzulegen, und hoffen, daß der heilige Eifer, der sie beseelt, eine gerechte Würdigung finden werde.

Prag, am 15. März 1848.

Der akademische Senat und die mitgefertigten Lehrkörper treten dieser Petition vollkommen bei.

Prag, am 16. März 1848.

(Folgen die Unterschriften des Rectors, der Studiendirectoren, Dekane, Professoren, sowie vieler Facultätsglieder und Studirenden)

Digitized by Google

Nr. XI.

Die Prager Adresse in ihrer ursprünglichen Form.

1. Aufrechterhaltung und Sicherstellung des staatsrechtlichen Verbandes zwischen den sämmtlichen zur Krone Böhmens gehörigen Ländern in Böhmen, Mähren, Schlesien und deren Vertretung durch einen jährlich einzuberufenden Landtag, abwechselnd in Böhmens und Mährens Hauptstadt.
2. Administrative Vereinigung dieser Länder und Errichtung von verantwortlichen politischen Justiz- und Finanz-Centralbehörden für dieselben in Prag.
3. Ergänzung der landständischen Verfassung des Königreichs Böhmen durch freigewählte Abgeordnete aller Städte und organisirter Land-Wahl-Bezirke.
4. Vollkommene Gleichstellung der böhmischen Nationalität mit der deutschen in den sämmtlichen böhmischen Ländern, in Schulen und Aemtern.
5. Organisirung des Gerichtswesens, durch Aufhebung des priv. Gerichtsstandes, Errichtung unabhängiger Bezirksgerichte, und öffentliches mündliches Verfahren.
6. Allgemeine Ablösung der Robot und anderer Urbariallasten, Aufhebung der Unterthänigkeit, Gleichstellung des Grundbesitzes, in Rechten und Lasten, ausnahmslose Militärpflicht mit der Aushebung durch das Loos und wo möglich nicht längerer als 4jähriger Dienstzeit.
7. Selbstständige Organisirung der Stadt- und Landgemeinden und deren Verwaltung durch freigewählte Municipal- und Kommunal-Behörden. Errichtung von Kommunalgarden.
8. Besetzung der Aemter durch einheimische, der beiden Landessprachen gleich vollkommen mächtige Individuen.
9. Freie Presse mit Repressivmaßregeln gegen Mißbrauch.
10. Verbesserung der Gesetze über Taxen und Stempel. Aufhebung der Verzehrungssteuer.
11. Freies Versammlungs- und Petitionsrecht. Unverletzbarkeit des Briefgeheimnisses. Persönliche Sicherheit gegen Verhaftungen ohne vorausgegangenes richterliches Erkenntniß, oder Betretung auf der That.
12. Volle Freiheit aller Glaubensbekenntnisse.

Nr. XII.

Bekanntmachung des Comité der Wahl der Deputirten zur Uibergabe der Petition.

Es ist eine Petition im Interesse der Wohlfahrt des gesammten Vaterlandes so eben von der Bevölkerung der königl. Hauptstadt Prag

Digitized by Google

verfaßt und im altstädter Rathhause wie auch an anderen Orten in Prag zu Jedermanns Einsicht und Unterschrift ausgelegt worden, dieselbe soll demnächst Sr. Majestät unserem gnädigsten Könige und Herrn in einem feierlichen Zuge überreicht werden. Zum Behufe deren Uibergabe ist eine Deputation aus nachstehenden Prager Bürgern ernannt:

Peter Faster, Gastgeber; Banfel Bernand, Kleidermachermeister; Brabetz Martin und Dittrich Franz, Holzhändler; Eger Wenzel, Schlossermeister; Friedr. Ehrlich, Buchhändler; Dr. Jos. Fryč, Landesadvocat; Halla Josef, Kaufmann; Franz Pstros, Lohgärber; Krug Josef, Handelsmann; Leopold Edler von Lämel, Großhändler; Reichel Franz, Tuchhändler; Seidel Wenzel, Wanka Franz und Wyšjn Albert, Bierverleger; Veit Anton, Gutsbesitzer und Wyskočil Johann, Müller; dann Prawoslaw Alois Trojan, Conceptsbeamte der königlichen böhmischen Kammerprocuratur.

Diese Deputation wird künftigen Sonntag den 19. März nach Anhörung einer in der Teyner Hauptpfarrkirche abzulesenden h. Messe beiläufig um 6 Uhr früh mittels eines eigenen Zuges auf der Eisenbahn von Prag nach Wien abfahren. Die Namen der vorangeführten, von der Bevölkerung selbst erwählten Deputationsglieder bürgen wohl schon dafür, daß die Deputation ihrem Auftrage getreulich nachkommen werde. Damit dieselbe aber mit gutem zuversichtlichem Bewußtsein vor dem Throne Sr. Majestät des Königs hintreten könne, werden alle Mitbürger und Landsleute nicht bloß in Prag, sondern im ganzen Königreiche auf das angelegentlichste aufgefordert, ihren vorgesetzten Aemtern willigen Gehorsam zu leisten, zur Erhaltung der Ordnung möglichst beizutragen, und die allerhöchste Entschließung in Ruhe und Eintracht abzuwarten. Nur so wird Gott die Fürsprecher der Nation mit seinem Segen geleiten, wird der König ihre Bitten leichter erhören.

Die gedachte Petition ist nunmehr auch schon durch den Druck veröffentlicht und in den Eilf Punkten derselben ist Alles berührt, was die Grundbedingungen des Gemeinwohls der Städte und des flachen Landes ausmacht. Insbesondere wird in Angelegenheit der Stadt- und Landgemeinden gebeten:

„Gewährung selbstständiger Kommunalverfassung mit durchaus frei gewählten Magistraten und Gemeindevorständen bei voller Oeffentlichkeit der Kommunal-Verhandlungen; dann zeitgemäße durchgreifende Verbesserung der bäuerlichen Verhältnisse."

In dem Schlußsatze dieses vorstehenden Petits ist natürlich auch die Bitte um die Erleichterung eines geregelten Loskaufs von der Robot mit inbegriffen. Jeder Einwohner betrachte dies nun für einen Samen, der hoffentlich auf guten Boden fällt; doch nicht gleich nach der Saat folgt schon die Ernte, das weiß jeder Landwirth; die Fechsung erfordert menschliches Zuthun und Zeit!"

Digitized by Google

Nr. XIII.

A. h. Patent vom 15. März, die Preßfreiheit, Konstitution und Errichtung der Nationalgarde betreffend.

Wir Ferdinand der Erste u. s. w., haben nunmehr solche Verfügungen getroffen, die Wir als zur Erfüllung der Wünsche Unserer treuen Völker erforderlich erkannten.

Die Preßfreiheit ist durch Meine Erklärung der Aufhebung der Censür in derselben Weise gewährt, wie in allen Staaten, wo sie besteht.

Eine Nationalgarde, errichtet auf den Grundlagen des Besitzes und der Intelligenz, leistet bereits die ersprießlichen Dienste.

Wegen Einberufung von Abgeordneten aller Provinzial-Stände und der Central-Kongregationen des lombardisch-venetianischen Königreiches in der möglichst kürzesten Frist mit verstärkter Vertretung des Bürgerstandes und unter Berücksichtigung der bestehenden Provinzial-Verfassungen zum Behufe der von Uns beschlossenen Konstitution des Vaterlandes ist das Nöthige verfügt.

Sonach erwarten Wir mit Zuversicht, daß die Gemüther sich beruhigen, die Studien wieder ihren geregelten Fortgang nehmen, die Gewerbe und der friedliche Verkehr sich wieder beleben werden.

Dieser Hoffnung vertrauen Wir um so mehr, als Wir Uns heute in Euerer Mitte mit Rührung überzeugt haben, daß die Treue und Anhänglichkeit, die Ihr seit Jahrhunderten Unseren Vorfahren ununterbrochen, und auch Uns bei jeder Gelegenheit bewiesen habet, Euch noch jetzt wie von jeher beseelet.

Gegeben in Unserer kaiserlichen Haupt- und Residenzstadt Wien, den fünfzehnten März, im Eintausend achthundert acht und vierzigsten, Unserer Reiche im vierzehnten Jahre.

Ferdinand.

(L. S.)

Karl Graf von Inzaghi,
Oberster Kanzler.

Franz Freiherr von Pillersdorff,
Hofkanzler.

Josef Freiherr von Weingarten,
Hofkanzler.

Nach Sr. k. k. apost. Majestät höchst eigenem Befehle:
Peter Edler von Salzgeber,
k. k. Hofrath.

Digitized by Google

Nr. XIV.

Erlaß des Landespräsidiums wegen gemeinschaftlichen Wirkens zur Erhaltung der Ruhe und Ordnung.

Aus der gestrigen Wiener Zeitung erlangten wir die erfreuliche Nachricht, wienach alle Nationalisten, das Militär und Civile sich zum gemeinschaftlichen Zwecke, nämlich zur Aufrechthaltung der öffentlichen Ruhe und zur Sicherheit der Gesammtbevölkerung wie der Einzelnen brüderlich vereint haben.

Auch in unserer Hauptstadt ist es dringend geboten, daß sich Alles zu diesem gemeinschaftlichen Zwecke vereine und das k. k. Militär ist insbesondere angewiesen worden, die Einwohnerschaft in ihrer mühsamen Verpflichtung zu unterstützen und auf jedesmaliges Begehren der Führer der Bürgergarde oder ihrer Abtheilungen die schleunigste Verstärkung zu leisten. Somit folgen auch wir dem Beispiele der Residenz und finden in dem gemeinsamen Wirken des Civil- und Militärstandes die schönste Beruhigung für unsere Sicherheit und die Ordnung der Dinge.

Vom k. k. böhmischen Landes-Präsidium.

Prag, am 17. März 1848.

Nr. XV.

Adresse der Studirenden an die Studirenden in Wien.

Akademische Brüder!

Wir blicken mit freudigem Stolze auf Euch, denen es vergönnt war, mit frischer muthiger That voranzugehen. Ihr wart es, die mit offener Brust in den blitzenden Regen sprangen, allem Volke voraus, so wie es der Jugend geziemt, die von den Verhältnissen noch unbehindert Leib und Leben an die hohen Aufgaben setzen kann.

Der Student hat bisher den allgemeinen Druck am schwersten empfunden; denn er hatte ihn nicht allein erst zu tragen, er hatte auch das traurige Loos vor Augen, ihn später in seinem Berufe zum willenlosen Werkzeug herabgewürdigt ausüben zu müssen. Der Druck von Oben schmerzte sein Haupt, der nach Unten sein Herz: es war ein trauriges Loos, Student zu sein.

Ehre Euch, die den ersten Ruf zur Freiheit erhoben, Ehre Euch für das Beispiel, das Ihr uns allein gegeben habt. Ehre und ewigen Ruhm den für die heilige Sache Gefallenen; wir weinen nicht nur mit Euch an ihren Leichen, wir bieten Euch über ihnen die Hand zur treuen Verbrüderung. Ihr Blut hat die Völker Österreichs fester an einander geknüpft; sie haben durch ihren Opfertod nicht nur uns, sie haben

Digitized by Google

auch unsern guten, edlen Kaiser befreit. Er kann nun frei seinem Herzen folgen und uns glücklich machen. Er wird gewiß unsere Bitten erhören, und jener unwürdigen Bevormundung ein Ende haben, die wir so lange mit Unwillen ertragen mußten.

Wir werden nun dem Volke wahrhaft nützen und unsere Bestimmung vollständig erfüllen können!

Brüder, eine strahlende Zukunft liegt vor uns; Freiheit im Staate, Freiheit in der Wissenschaft! Eintracht soll uns für alle Zeit bewahren helfen, was Eure muthige That uns errungen hat. Gott schütze Euch!

Ausschuß der Prager Studentencorporation.

Josef Pečirka, Wilhelm D. Lambel, aus der mediz. Facultät, Edmund Holenia, Josef Jireček, Hörer der Rechte. Krasa, Josef Fryč, Hörer der Philosophie. Adolph Brádka, Wenzel Kleinert, Polytechniker. Ferdinand Sebánek, Josef Baudis, Theologen.

Nr. XVI.

Dankadresse der Stadt Reichenberg an Se. Majestät.

Euer kaiserliche königliche Majestät!

Der Norden und der Süden des großen Oesterreichs ist durchglüht und unaussprechlich beglückt von der hohen Weisheit Euer kaiserl. königl. Majestät.

Durch Ihre väterliche Fürsorge sind die heiligen Rechte aller Bürger Ihres großen und mächtigen Reiches für alle Zukunft fest begründet! Ihre treuen Völker schaaren sich um den jetzt unerschütterlichen Thron des Königreichs und seine Nationen reichen sich die Bruderhand zum unbezwinglichen Bunde gegen alle Feinde. Nur Ein Gefühl durchglüht die Herzen Aller: das Gefühl der innigsten Dankbarkeit, der Liebe und der festesten Treue! Reichenberg, das treue, fleißige Reichenberg, die zweite Stadt der glücklichen Bohemia, eilt mit Millionen freier Brüder an die Stufen des königlichen Thrones, um diese Gefühle mit unaussprechlicher Freude und Ehrfurcht niederzulegen und mit Begeisterung aus Einem Herzen zu rufen: „Segen Oesterreichs hohem Sohne, unserm Kaiser Ferdinand!

Reichenberg, am 17. März 1848.

In tiefster Ehrfurcht Euer kais. königl. Majestät
gehorsamste Bürger Reichenbergs.

Digitized by Google

Nr. XVII.

Dankadresse des Ortes Gablonz an Se. Majestät.

Eure kais. königl. Majestät!

Der Jubel des Dankes durchschallt unsere Thäler, von unseren Bergen tönen Freuden-, Segensrufe für Böhmens größten König, dessen Vaterhuld sein Volk geistig mündig erklärt, die Bande der Bevormundung gebrochen hat. Treu, unzertrennbar wird das Band sein, das uns neu an Euer Majestät konstitutionellen Thron knüpft; stark wie unsere Berge, felsenfest wie sie, gleich den Freudenfeuern, welche die Gipfel unserer Höhen erleuchten, glüht in unseren Herzen das Gefühl innigen Dankes, und begeistert rufen die Bewohner des Riesengebirges:

Heil unserm König Ferdinand!

Gablonz a. N. Bunzlauer Kreises in Böhmen, 18. März 1848.

(Folgen die Unterschriften.)

Nr. XVIII.

Anrede des Ausschusses der Bürger-Ressource an die Wiener Deputation.

Bürger und Brüder!

Gott des Lichtes, der Wahrheit und des Rechtes geleite Sie zu unserem Könige Ferdinand! Sieben Millionen Staatsbürger der böhmischen Krone gründen auf Sie ihre Hoffnung. Die Bürgerschaft Prags ringsum geschaart mit beengten Herzen, mit nach Wahrheit und Recht dürstendem Geiste, wird Ihre Rückkehr sehnlichst erwarten. Zögerung und erfolglose Versprechungen würden auf uns und die mit uns im Schooße der mächtigen Austria verbündeten Völker ein unabsehbares Unglück wälzen. Wollen Sie unserem Könige ehrfurchtsvoll, aufrichtig, aber männlich eines verdienten, lange verkannten Volkes Schmerzen offenbaren, seine tiefgeschlagenen Wunden enthüllen, damit Er dieselben vermög Seiner Hochherzigkeit heile. Das Wohl unser Aller und der Nachkommenschaft erglühe Ihr Herz zum Heldenmuthe, das brüderliche Band aller Völker Oesterreichs stärke Sie zur Ausdauer, die Gegenwart, die hoffnungsvolle Zukunft und die Sicherheit dieses Verbandes auf die moralische Kraft der Völker zu gründen. Sie kennen am besten die tiefgefühlten Bedürfnisse der Bevölkerung, die Sie vertreten. Wir fühlen es wol, daß wir Ihnen eine schwere, aber desto ehrenvollere Sendung übertragen. Wie der Wyšehrader Fels, so fest steht unser Vertrauen, das wir Ihnen schenken, daß Sie sich durch nichts werden beirren lassen; dagegen nehmen Sie die Versicherung mit, daß wir während Ihrer Abwesenheit in Eintracht und Ordnung verharren werden. Wir wollen fest, ruhig und bieder unserem

Digitized by Google

freigewählten Comité der k. Stadt Prag in jeder Beziehung Gehorsam leisten. Wir bürgen Ihnen für die Aufrechthaltung der Ordnung, der Sicherheit des Eigenthums, daß Sie beruhigt im Geiste Ihre Aufgabe vollenden, und daß der König sich seines Volkes freue; und endlich um ein Beispiel aufzustellen, daß große Dinge auch ohne Waffe, ohne Blutvergießen in der strengsten Ordnung sich vollführen lassen. Gott möge Sie geleiten, beschützen und Ihre Schritte segnen. Am Boden des verbrüderten Mährens angelangt, grüßen Sie von uns herzlich alle Brüder und umarmen Sie alle die Wackeren, alle die Braven in unserem Wien! Sagen Sie unserem vielgeliebten Könige, Er könne unserer Liebe vollkommen versichert sein. Sein Herz schlägt für uns und unsere Herzen schlagen Ihm entgegen. Gott mit Ihnen!

Nr. XIX.

Abschiedsworte der Deputation.

Mitbürger, Landsleute, Brüder!

Eueren Stimmen gehorsam, lassen wir das Haus und Alles, was uns theuer, in Euerer Mitte zurück, um Euere Wünsche an den erhabenen Thron unseres Königs zu bringen. Wir stellen nun unsere Familien und unser Gut unmittelbar unter Eueren Schutz mit dem vollen Vertrauen, daß Ihr sie eben so sicher bewahren werdet, wie wir Eueren Aufträgen auf das Gewissenhafteste nachkommen wollen: unversehrt, unentstellt werden wir Euere Bitten in die Hände unseres guten Landesvaters legen, warm werden wir dieselben unterstützen und Euch darüber Rechenschaft abgeben, indem wir den Erfolg unserer Botschaft nach der Rückkehr öffentlich — aufrichtig bekannt machen wollen; wir werden aber, wenn wir daheim kehren, auch von Euch die Stadt in demjenigen Zustande der allgemeinen Ordnung wieder verlangen, in welcher wir selbe verlassen. Gott mit Euch wie mit uns! Der Herr der Könige und Euere Liebe wird uns geleiten, das gegenseitige Vertrauen wird uns stärken. Auf's Wiedersehen!

Prag, den 19. März 1848.

Im Namen der Deputirten:
Peter Faster,
Prawoslaw Alois Trojan.

Nr. XX.

Dankadresse des Bürger-Comité an den zur Sammlung von Unterstützungsbeiträgen für die Arbeiterklasse gebildeten Frauenverein.

Der Edelsinn und die Hochherzigkeit der Bewohner Prags hat sich vielleicht zu keiner Zeit in einem so schönen Lichte gezeigt, als es

Digitized by Google

eben jetzt, wo Einigkeit und gemeinsames Streben die Nation auf eine Stufe heben wird, die vielleicht vor wenigen Tagen noch nur ein schöner Traum gewesen ist. Welch' herrlichen Anblick gewährt eine Nation, die den festen Entschluß gefaßt hat, für Vaterland und König Gut und Blut einzusetzen, um groß und edel sich den Völkern Europa's an die Seite zu stellen! Welch' herrlichen Anblick gewährt eine Nation, die für Freiheit und Einigkeit in würdiger Begeisterung erglüht und mit dem Geist der Zeit fest und kräftig fortzuschreiten entschlossen ist.

Aber auch unsere Frauen der Hauptstadt hat die mächtige Bewegung Europa's berührt und ihr feines Zartgefühl hat den wunden Fleck unserer socialen Zustände entdeckt, die arbeitende Klasse! Doch sie sind nicht bei dieser Entdeckung stehen geblieben, wie der Mann, der erst mit scharfem Geiste prüft: nein, sie haben sich zur That geneigt. Mir wurde die unendliche Freude zu Theil, den Frauen: Krug, Pinkas, Pleschner, Wischin, Wolf im Namen des Bürgerausschusses den innigsten Dank auszusprechen, daß sie unaufgefordert den hochherzigen Entschluß gefaßt haben, durch Sammlung von Beiträgen zur Beschäftigung der Arbeiterklasse den Bürgerausschuß in seinem Streben zu unterstützen, das des Vertrauens würdig ist, welches die Wenzelsbader Bürgerversammlung denselben geschenkt hat. Die drückende Last der Nahrungssorgen, die Sie dadurch von den Herzen vieler Familienväter wälzen, der frohe Blick, den dadurch der Arbeiter in die Zukunft werfen kann, der moralische Werth, den Sie in ihm erwecken, indem er durch Thätigkeit sein Loos verbessern kann, die Freude, die Sie in der Brust so vieler Väter geweckt, für das Wohl seiner Kinder arbeiten zu können, das, hochherzige Frauen! wird Ihr Lohn sein für die Mühe, die Sie freiwillig übernommen und mit wonnigem Gefühle rufe ich mit Schiller aus:

Ehret die Frauen! Sie flechten und weben
Himmlische Rosen in's irdische Leben,
Flechten der Liebe beglückendes Band,
Und, in der Grazie züchtigem Schleier,
Nähren sie wachsam das ewige Feuer
Schöner Gefühle mit heiliger Hand.

Im Namen des Comités:

Albert Graf Deym, Ludwig Ruppert,
Prawoslaw Alois Trojan, Mitglied des Bürgerausschusses.
Dr. Wilhelm Gabler,

Nr. XXI.

Aufruf des Tribuns an seine Gymnasial-Cohorte.

Meine Herren!

Ich wünsche Ihnen Glück dazu, daß Sie das sehr ersehnte Ziel erreicht haben. Sie sind nun den Beschützern der Ruhe und Sicherheit

Digitized by Google

unserer Hauptstadt angereiht. Ohne zu warten, bis etwa die Gegenwart einer wirklichen Gefahr Jedermanns thätige Mitwirkung erfordert, beeilten Sie sich, den Edlen aller Stände schon im Vorhinein sich anzuschließen.

Um das große Werk kräftig zu beginnen und glücklich zu beendigen, folgten Sie der Bildung Ihrer Einsicht, welche rieth, unter der Aegide irgend einer größern Erfahrung und Besonnenheit, die Organisation eines selbstständigen bewaffneten Bewachungscorps zu bewerkstelligen. Ihr Vertrauen ehrte mich; ich konnte diesem nicht widerstehen. Wir haben von da an gemeinschaftlich an der Entwicklung der schwierigen Aufgabe gearbeitet, und — Dank sei Ihrer bescheidenen, gemäßigten Willfährigkeit! — wir haben die Aufgabe glücklich entwirrt.

Nun könnte ich das Geschäft, zu dem ich mich Ihnen gern mit Gegenvertrauen hingab, als beendigt betrachten, und mein Wort als gelöst annehmen, und mich zurückziehen. Aber dieses thue ich nicht. Habe ich Vertrauen um Vertrauen gegeben und angenommen, so will ich fortan meine Thätigkeit in der neu errungenen Sphäre Ihnen im Vollmaß zuwenden. Nur da ich das Tribunat für die Fortdauer annehme, müssen wir uns über einige Punkte vereinigen.

Uns beide nehmen nun doppelte Pflichten in Anspruch: Die Studien, denen unser bisheriger ganz alleiniger Beruf angehörte, und dann die eben eingetretene Verpflichtung.

Der erstern Pflicht getreu zu verbleiben, bindet uns unsere Zukunft, wie die Vergangenheit. Wir haben bisher den Studien mit Eifer obgelegen, um durch erhöhte Bildung des religiösen und moralischen Sinnes, durch erweiterte gründliche allseitige Kenntnisse, durch Erweckung und Erstarkung der Humanität uns für die höheren Studien, und durch diese für den einstigen Wirkungskreis gehörig vorzubereiten. Dazu gehört viel Eifer, Fleiß und Ausdauer. Die bisherige Unterbrechung hat bereits eine ziemliche Lücke im Fortschritt auf der Bahn der Wissenschaft erlitten. Aber da der Zweck gut und edel war, so ist dieses zu entschuldigen. Nur müssen wir nun mit demselben Ernst zu der Schule zurückkehren, von der wir uns auf eine Zeitlang entfernt haben. Sonst würde nicht Hemmung des Fortschrittes, sondern ein bedauerlicher Rückschritt stattfinden. Wir sind es uns, wir sind es den Eltern, wir sind es dem Vaterlande, wir sind es unserm konstitutionellen König, der hoch leben möge! für jetzt und für die Zukunft schuldig. Wir müssen daher jetzt wieder so gut, und während der Studienzeit so ungetheilt den Studien obliegen, als ob uns weiter keine andere Pflicht bände. In der Schule und der der Bildung gewidmeten Zeit müssen Sie daher immer jene sittlich edlen und nach Wissenschaft dürstenden Jünglinge sein, und sich an alle Gesetze und Pflichten gebunden fühlen und mit Uiberzeugung erkennen, die bisher die Aufgabe Ihres Lebens ausmachten.

Digitized by Google

Und nur dieses ist der Weg, auf welchem Sie ehrenvoll dem neugesteckten Ziele sich nähern können. Haben Sie der einen Pflicht Genüge gethan, so sind Sie dann um so stärker und geeigneter, auch die andere gewissenhaft zu erfüllen.

Zu diesem Behufe werden Ihnen solche Stunden zugewiesen werden, in welchen die Studien Sie nicht in Anspruch nehmen. Sie werden zu Ihrem neuen Ziele in solchen Zeiten zugeführt werden, die nicht der nothwendigen jugendlichen Ausbildung angehören. Und so werden Sie zwei heiligen Pflichten Ihre Kräfte zuwenden, und der herrlichste Erfolg wird beiderseits Ihr redliches Bestreben krönen.

Doch strenger Ernst, pünktliche Befolgung des nothwendig Angeordneten, Unterordnung eigener Persönlichkeit unter den Wink höherer Anforderung, Zusammenstimmen im Einzelnen und im Ganzen — das sind Bedingungen, die glücklichen Erfolg versprechen. Darum werden Sie sich Alle zu Einem vereinigen, und dieses dadurch, daß Sie Ihren zerstreuten Willen dem Einen Willen aufopfern, der in höherm Auftrage Ihnen Verhaltungs- und Wirksamkeitsregeln auf freundlichem Wege zuführt. In den Dekurionen vereinen sich die Dekurien, in den Centurionen die Centurien, und das Tribunat ist der Mittelpunkt Ihrer besondern Thätigkeit. In der strengen Pflichtleistung ist der Werth unseres Institutes begründet.

Und wenn Sie den beiden Bestimmungen Ihres gegenwärtigen Lebens gewissenhaft und getreu nachkommen, dann wird Ihnen dieses die Zufriedenheit Ihrer Angehörigen, die hohe Achtung Ihrer Lehrer und Vorgesetzten, die Bewunderung Ihrer Mitbürger, und, woran Ihnen gewiß liegt, meine Hochschätzung und Liebe gewinnen, so daß ich mich glücklich fühlen werde, von Ihnen freiwillig ausgewählt worden zu sein, um mit Ihnen gemeinschaftlich ein so herrliches, rühmliches, aber auch schwieriges Werk zu beginnen und zu vollenden.

Hoch lebe die Wissenschaft! Hoch lebe die Treue in Erhaltung der Ruhe und Sicherheit!

Prag, den 19. März 1848.

Dominik F. X. Kratochwile,
Professor und Tribun.

Nr. XXII.

Erlaß des Erzbischofs an den Kuratklerus über sein politisches Verhalten.

Es ist mir die betrübende Anzeige gemacht worden, daß einzelne Seelsorger ihres heil. Berufes uneingedenk, die Kanzel zur Tribune der Politik umgestalten, und sich, das Volk reizend, Ausfälle gegen die, von unserm Landesvater allergnädigst zugesicherte Constitution, und gegen die Bemühungen der Vaterlandsfreunde, diese allerhöchste Zusicherung für alle Verhältnisse des Landes heilbringend zu machen, erlauben.

Digitized by Google

Da die erwähnte Versicherung des Monarchen eine neue Ordnung unserer Landesverhältnisse begründet, und jedes Entgegentreten derselben als strafwürdig und sündhaft erscheint: so finde ich mich veranlaßt, das erwähnte Benehmen der gedachten Prediger hiermit ernstgemessen zu rügen und die bestimmte Erwartung auszusprechen, daß der wohlehrwürdige Kurat-Klerus in seinen öffentlichen Lehrvorträgen jedes Politisiren sich enthalten, und nur seine Aufgabe, das Reich Gottes auf Erden durch die Glaubens- und Sittenlehre zu fördern, streng im Auge behalten werde. Uibrigens wird die von den Zeitverhältnissen selbst an jeden wahren Vaterlandsfreund gestellte dringende Forderung in seinem Privat-Wirkungskreise auf Beruhigung der aufgeregten Gemüther und Erweckung des Vertrauens in die väterlichen Absichten unsers geliebten Monarchen, so wie auch in die Bemühungen des zu berufenden Landtags und der wahren Vaterlandsfreunde hinzuwirken, gewiß auch vor dem wohlehrwürdigen Klerus die theilnehmendste Beachtung finden. —

Vom Fürst-Erzbischöflichen Ordinariate.

Prag, den 20. März 1848.

Aloys Joseph m. p.,
Fürsterzbischof.

Nr. XXIII.

Erlaß des Landespräsidiums an die Nationalgarde wegen Mitwirkung zur Ruhe und Ordnung.

Es ist erfreulich zu sehen, in welchem Einklange von Seite der bewaffneten Bürger und des Militärs für die Erhaltung der Ruhe und Ordnung hingewirkt wird.

Indem den bewaffneten Bürgern und Einwohnern von Prag für den Eifer, mit welchem sie sich dem beschwerlichen Patrouillendienste unterziehen, der innigste Dank ausgesprochen wird, wendet man sich vertrauungsvoll an dieselben mit der Bitte, in ihrem bisherigen Eifer nicht zu erkalten, und wie bisher kräftig zur Erhaltung der Ordnung beizutragen.

Um verschiedenen Gerüchten, welche etwa aus Anlaß unerläßlicher militärischer Verfügungen verbreitet werden, zu begegnen, wird übrigens bekannt gegeben, daß alle getroffenen militärischen Maßregeln den Zweck haben, wie bisher, das löbliche Bürger-Corps und die Nationalgarde in ihrer mühevollen Pflicht zu unterstützen, im Einklange mit denselben Ordnung und Ruhe zu erhalten, und die Gesammtbevölkerung wie jeden Einzelnen, und das Eigenthum zu schützen.

Vom böhmischen k. k. Landespräsidium.

Digitized by Google

Nr. XXIV.

Erklärung der Schriftsteller Prags wegen Aufrechterhaltung der Nationalitäten.

Die Schriftsteller Prags, böhmischer wie deutscher Zunge, gehoben von dem Gefühle der Freiheit und der in der letzten Zeit an den Tag getretenen Eintracht der böhmischen und deutschen Bevölkerung ihres Vaterlandes, haben in ihrer am 21. März 1848 gehaltenen Versammlung einstimmig den Beschluß gefaßt, öffentlich zu erklären, mit allen Kräften dahin wirken zu wollen, daß dieses glückliche Verhältniß nicht gestört, sondern fest aufrecht erhalten werde. Es soll auf Grundlage vollständiger Gleichberechtigung beruhen, so daß weder die Böhmen vor den Deutschen, noch die Deutschen vor den Böhmen irgend einen Vorzug genießen sollen. Es soll daher auch des böhmischen Theils der Bevölkerung Eifer und Bemühung, dieser Gleichberechtigung in Allem erst wirklich theilhaft zu werden, nicht als eine Störung der Eintracht anzusehen sein.

Sie erklären ferner, die Vereinigung der böhmischen Krone mit dem österreichischen Staate durch das Band der konstitutionellen Monarchie in Schrift und Wort auf's kräftigste wahren zu wollen.

Unterschriften.

Nr. XXV.

Petition der Gutsbesitzer in Beziehung auf die Robot.

Eure k. k. Majestät!

In dem gegenwärtigen Augenblicke, wo Eure Majestät Ihren Völkern den höchsten Beweis eines unbedingten Vertrauens und der regsten Sorge für die allgemeine Wohlfahrt durch Verleihung einer freien Verfassung und des unbedingt freien Wortes zu geben geruht haben, ist es nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht jedes einzelnen Staatsbürgers, seine oder des Landes Anliegen offen und vertrauungsvoll auszusprechen.

Dieser Pflicht gehorchend, wagen es die allerunterthänigst gefertigten Besitzer landtäflicher Güter, E. M. Aufmerksamkeit auf einen Gegenstand zu lenken, der die öffentliche Landeswohlfahrt im hohen Grade berührt.

Es ist die Ablösung der Robot in Böhmen. In der letzten Zeit ist allerdings von Seite der Herren Stände Böhmens durch Vorlage des Projektes für eine allgemeine Realhypothekenbank, dann von Seite E. M. selbst durch die a. h. Verfügung vom 14. Dezember 1846 ernstlich auf die Erleichterung und Beschleunigung derlei Robotablösungen hingestrebt worden; allein der erste Vorschlag wurde nicht in

Digitized by Google

das Leben gerufen, und auch die bezogene a. h. Verfügung kann nur allmälig wirken. Eben so bezeichnet auch die von vielen Einwohnern der Hauptstadt Prag an E. M. gerichtete Petition die Ablösung der Robot zwar als einen dringenden öffentlichen Wunsch, ohne jedoch die Mittel auch nur anzudeuten, durch welche die Erfüllung dieses Wunsches beschleunigt werden könnte.

Diese Beschleunigung aber ist es gerade, die gegenwärtig dringend nothwendig erscheint.

Die Ablösung der Robot war immer ein dringendes Bedürfniß, weil es sich hier darum handelt, der Verschleuderung einer Masse von Arbeitskräften Einhalt zu thun, und eine erhöhte Kultur des Bodens mit allen ihren weiteren Segnungen zu befördern. Diese Dringlichkeit stellt sich in dem gegenwärtigen Augenblicke, wo sich ein neues politisches Leben entwickelt, in noch erhöhterem Maße dar.

Sie begründet sich nicht nur in politischer, sondern auch wesentlich in materieller Hinsicht.

Von der traurigsten Art müßten die Folgen sein, wenn aus Mißverstand der Verhältnisse Störungen in dem regelmäßigen Betriebe der bedeutenden, im Besitze von Obrigkeiten befindlichen Landstrecken eintreten sollten. Dieser Betrieb ist mit nur sehr wenigen Ausnahmen auf die Robotleistung begründet, und kann daher ohne einen billigen, gleich mit der Ablösung eintretenden und sicheren Ersatz nicht plötzlich verändert und umgestaltet werden.

Gar keine, oder nur mangelhafte Bestellung der Saat und Ernte auf großen Strecken, Verminderung der Urproduction, und Mangel an den nothwendigsten Nahrungsmitteln wären die unausbleiblichen Folgen, unter denen nicht nur die allgemeine Wohlfahrt und der betreffende Besitzer, sondern auch der Waise und Gläubiger, der seine Kapitalien sicher auf dem Grundbesitze wähnt, und endlich der Unterthan selbst, der in so vielen Rücksichten an die Unterstützungen der Obrigkeiten gewiesen ist, unbedingt mitleiden müssen.

Diese Betrachtungen haben in den allerunterthänigst Gefertigten die Uiberzeugung begründet, daß gegenwärtig in der Robotablösungsfrage nur jene Maßregel der allgemeinen Wohlfahrt entsprechen könne und werde, welche am schnellsten zum Ziele führt. Die allerunterthänigst Gefertigten wagen es daher, E. M. eine solche Maßregel in nachstehenden Punkten unmaßgeblichst anzudeuten:

1. Gesetzlich gebotene Ablösung der Robot.
2. Bestimmung des Ablösungspreises der jährlichen Leistung mit möglichster Erleichterung für den Unterthan durch ein für jedes Dominium aufzustellendes Schiedsgericht, dessen eine Hälfte von den Unterthanen, und die andere von der Obrigkeit, der Obmann aber von der Regierung gewählt würde.
3. Berechnung dieses Preises auf den landesüblichen Zinsfuß zu Kapital, mit welchem die Obrigkeit mittelst vom Staate garan-

Digitized by Google

tirten Obligationen, mit landesüblicher Verzinsung entschädigt wird.

4. Deckung dieser Staatsschuld sammt Zinsen mittelst billiger Arenitäten, welche durch den früher pflichtig gewesenen Unterthan im Wege der Steuer an den Staat entrichtet werden.

Diese Andeutungen, im Drange des lebhaften Wunsches entworfen, um von Seite der allerunterthänigst Gefertigten zur baldigen Lösung der Frage im Interesse der öffentlichen Wohlfahrt jeden Vorschub zu leisten, geruhen E. M. allergnädigst berücksichtigen, und die schleunigste Erledigung der Robotablösungsfrage einleiten zu wollen.

Die allerunterthänigst Gefertigten ersterben

Prag, am 20. März 1848.

Vom Redactions-Comité.

Unterschriften.

Nr. XXVI.

Die böhmische Sparkasse.

Die verschiedenartigen Ereignisse, die sich seit dem Beginne des laufenden Jahres drängten, haben einen großen Theil jener, welche Gelder in der Sparkasse erliegen haben, mit Furcht erfüllt. Monatelang drängen sich unsere braven Sparer, um ihre Einlagen zu heben. Uiber zwei Millionen wurden bereits in einem Zeitraume von zwei Monaten rückgezahlt. Die Direktion der Sparkasse hat, so viel uns bekannt ist, absichtlich es vermieden, eine öffentliche Erklärung abzugeben, die zur näheren Aufklärung und Beruhigung hätte führen können, indem sie von der Ansicht ausging, daß größtentheils nur böswillige Gerüchte die Furcht hervorriefen oder steigerten, daß häufig der schmutzigste Eigennutz nichtswürdiger Betrüger die Zeitverhältnisse benützte, um minder Unterrichtete zu prellen, ihnen die Büchel mit Verlust eines Theiles der Einlage abzuschwatzen, oder sie zu verlocken, das Erhobene ihnen darzuleihen, um es vielleicht nie wieder zurückzuerhalten, daß daher jede von der Anstalt selbst ausgehende Belehrung von eben diesen Böswilligen nur als eine Beschwichtigung mißdeutet werden würde. Doch hat auch die Direktion der Anstalt es zweckmäßiger gefunden, durch fortwährende pünktliche Zahlung die Ungrundhältigkeit der eingerissenen Besorgnisse thatsächlich zu widerlegen: so ist es Pflicht jedes besser unterrichteten Staatsbürgers, die getäuschten oder weniger kündigen Mitbürger von der eigentlichen Sachlage zu unterrichten, um sie vor Kummer oder sogar wirklichen Verlusten an Zinsen und vielleicht der erhobenen Einlagen selbst zu bewahren.

Wer nur einigermassen mit den Verhältnissen der böhmischen Sparkasse vertraut ist, muß jede Besorgniß der Einleger für eine ganz ungegründete erkennen.

Es liegt in der Natur einer Anstalt, welche von ihr anvertrauten

Digitized by Google

Geldern Zinsen zahlen soll, daß sie das baare Geld nicht in die Kassen vergraben könne, sondern selbes fruchtbringend anlegen müsse und nur jene Baarschaft vorräthig halten dürfe, welche für den täglichen Bedarf unerläßlich ist.

Wie sicher die böhm. Sparkasse bei Anlegung ihrer Gelder vorgeht, weiß jeder auch nur oberflächlich mit deren Vorgange Vertraute. Fast dreizehn Millionen von dem von der Sparkasse verwalteten Gesammtvermögen von sechzehn Millionen sind auf Grund und Boden und zwar nach Grundsätzen angelegt, die häufig noch strenger sind, als jene, welche bei Anlegung von Pupillengeldern gesetzlich zu beobachten sind.

Auf Staatspapiere und Aktien der österr. Nationalbank leiht die Sparkasse nur einen verhältnißmäßigen geringen Theil ihrer Gelder und beachtet hiebei Grundsätze, die Verluste nicht leicht möglich machen.

An eigenthümlichen derlei Papieren besitzt die Anstalt nicht einmal eine Million.

Wo immer die Anstalt leiht, bedingt sie sich die Zurückzahlung in 20 kr. Silberstücken, wovon 3 einen Gulden und zwanzig solcher Gulden eine kölnische Mark feinen Silbers ausmachen. Müssen nun die Schuldner der Anstalt in dieser Münze zahlen, so können auch die Einleger auf Verlangen stets mit solcher Münze befriediget werden.

Wo läßt sich daher ein Verlust denken, der die Einleger gefährden könnte?

Die Anstalt besitzt aus den Ersparnissen eines drei und zwanzigjährigen Bestandes bereits einen eigenthümlichen Reservefond von 520,000 fl. C. M.

Sollte daher auch einmal ein Verlust die Anstalt treffen, sollte was immer für ein Unfall eintreten: so groß kann er nie sein, daß der so bedeutende Reservefond selben nicht zu decken vermöchte. Die Einleger selbst können hiebei nichts verlieren.

Dies diene unseren braven Landsleuten zur beruhigenden Kenntniß und wir hoffen, daß jeder Edelgesinnte diese, eben so wahren als gutgemeinten Worte beherzigen und sie in seinem Kreise möglichst verbreiten werde. Es handelt sich ja nur um das Wohl so Vieler, die die falschen Reden nicht zu beurtheilen vermögen und um ihren mit großen jahrelangen Entbehrungen errungenen Sparpfennig gebracht werden können.

Nr. XXVII.

Generalbefehl an das Militär wegen Mitwirkung zur Aufrechterhaltung der Ordnung.

Se. k. k. Hoheit der Herr F. M. L. Erzherzog Karl Ferdinand haben angeordnet, es solle der Mannschaft wiederholt deutlich aus einander gesetzt werden, daß es unter den gegenwärtigen Verhält-

Digitized by Google

niſſen mehr als je der Beruf des Militärs ſei, in dem Falle öffentlicher Ruheſtörungen und Volksaufläufe die ausgerückten Bürgercorps und Nationalgarden überall, wo es die Umſtände erheiſchen, willfährig und kräftig zu unterſtützen und durch ein derartiges gemeinſames Zuſammenwirken die Ruhe und Ordnung geſichert herzuſtellen und zu erhalten.

Nr. XXVIII.

Landespräſidial-Circular, die Wahl des Bürgermeiſters und der Stadtverordneten betreffend.

Da der Bürgermeiſter von Prag, Joſeph Ritter von Müller, ſeine Dienſtesreſignation in meine Hände gelegt hat und die neue Ordnung der Dinge es gebieteriſch erheiſcht, daß die Stadtgemeinde von Prag in ihrem Magiſtrate durch einen aus ihrer freien Wahl hervorgegangenen Bürgerausſchuß vertreten werde, finde ich mich beſtimmt, bis zum Erſcheinen der zu gewärtigenden neuen Municipalordnung die proviſoriſche Wahl eines Bürgermeiſters und eines größeren Bürgerausſchuſſes, aus Hundert Perſonen beſtehend, zu verfügen.

Der gewählte größere Bürgerausſchuß wird aus ſeiner Mitte einen kleineren Ausſchuß von 12 Individuen und den Bürgermeiſter wählen.

Der gewählte kleinere Ausſchuß wird an die Stelle der früheren Repräſentanten treten und nebſt der Verwaltung des Gemeindevermögens alle jene Angelegenheiten zu beſorgen haben, die unter den gegenwärtigen Verhältniſſen im Intereſſe der öffentlichen Ordnung und der Aufrechterhaltung der Ruhe geboten ſind.

Zur Wahl des großen Ausſchuſſes werden alle Prager Bürger und Hausbeſitzer berufen und haben ſich hiebei über dieſe Eigenſchaften gehörig zu legitimiren.

Wählbar ſind alle Prager Bürger und Hausbeſitzer mit Ausſchuß

a. derjenigen, die zur eigenen Vermögensverwaltung nicht berechtigt ſind (d. i. der Minderjährigen und Kuranden),
b. der Kridatare und
c. derjenigen, die wegen eines Verbrechens in die Unterſuchung gezogen, aber nicht für ſchuldlos erklärt worden ſind.

Die Namen der Wählbaren werden Behufs einer zweckmäßigen Wahl mittelſt Drucks bekannt gemacht und vertheilt werden.

Die Wahlen werden in jedem der 4 unten genannten Stadtviertel ſtattfinden, und zwar:

1. für die Altſtadt Prag im Saale auf der Sophieninſel,
2. für die Neuſtadt Prag in der fürſtlich Lobkowic'ſchen Reitſchule am Heuwagsplatze,
3. für die Kleinſeite in der gräflich Waldſtein'ſchen Reitſchule und

Digitized by Google

4. für den Hradschin in der sogenannten Rudolf'schen Sternwarte im Volksgarten.

Von dem großen Bürgerausschuße von 100 Personen entfallen:
für die Altstadt Prag 32 zu wählende Individuen,
„ „ Neustadt „ 47 „ „ „
„ „ Kleinseite „ 16 „ „ „ und
„ den Hradschin „ 5 „ „ „

Außerdem sind noch als Ersatzmänner zu wählen:
von der Altstadt Prag 6 Personen,
„ „ Neustadt „ 9 „
„ „ Kleinseite „ 3 „ und
vom Hradschin 1 „

Die Prüfung der Legitimationen vor dem Wahlakte, sowie die Einleitung des Wahlaktes selbst wird den gewählten Offizieren des bewaffneten Bürgercorps unter Beiziehung anderer vertrauter Männer übertragen werden.

Die Wahl selbst wird mittelst Abgabe von Stimmzetteln zu vollziehen sein.

Der Wahlakt wird am Montag den 27. März 1848 um 8 Uhr Vormittags in den oben bezeichneten Lokalitäten vorgenommen werden.

Einwohner von Prag!

Ich stelle diesen, für das Interesse der Stadt und ihrer Einwohner so wichtigen Akt vertrauungsvoll unter den Schutz des zur Erhaltung der Ruhe und Ordnung sich gebildeten bewaffneten Bürgercorps.

Es wird seine schöne Aufgabe sein, die freie Wahl der von der Stadtgemeinde zu ihrer Vertretung gewählten Organe zu sichern und für die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe und Sicherheit zu sorgen.

Vom k. k. böhmischen Landespräsidium.
Prag, am 22. März 1848.

Graf Stadion.

Nr. XXIX.

Rechtfertigung des Herrn Bürgermeisters Müller.

Nicht Furcht, nicht das Bewußtsein eines begangenen Unrechts, sondern reines Pflichtgefühl hat mich bestimmt, der Aufforderung Sr. Erlaucht des Herrn Oberstburggrafen zu entsprechen und meine Resignation auf das Bürgermeisteramt in Prag vorzulegen, weil darin ein Mittel zur Beruhigung der aufgeregten Gemüther erkannt wird.

Mein Bewußtsein spricht mich von jedem Verschulden an dieser

Digitized by Google

Aufregung frei und ich verlasse die Stadt mit dem aufrichtigsten herzlichsten Wunsche, daß meine Entfernung dem allgemeinen Besten wahrhaft nützlich werde. Meine wahren Freunde bitte ich, mich immer im wohlwollenden Andenken zu erhalten. Aber auch an alle Bewohner Prags erlaube ich mir bei meinem Abschiede noch eine Bitte zu richten: Erhalten Sie den von mir begründeten Verein zum Wohle hilfsbedürftiger Kinder in seinem kräftigen Bestande und suchen Sie denselben zu fördern und zu befestigen.

Müller,
gewesener Bürgermeister.

Nr. XXX.

Rede des Herrn Dr. Pinkas an Se. Majestät.

Euer Majestät!

Treue Bevölkerung Prags hat uns zum Organ ihrer Wünsche und Bitten gewählt — hat uns verpflichtet, diesen Bitten der Loyalität Form zu geben.

Dem heiligen Mandate treu, legen wir diese Bitten ganz und unverhüllt an hohem Throne nieder.

Böhmen, das treue feste Böhmen, das wir durcheilten, ist mit uns in jubelndem Zuruf. —

Mögen Euer Majestät hohe Geschenke, die wir dankbar erkennen, durch beschleunigte Gewährung unserer Bitten zur vollen, zur lebendigen Wahrheit werden, so hofft Böhmen seine nationale, seine politische Wiedergeburt friedlich und in Eintracht zu vollenden, und den Wahlspruch zu begründen: volle Freiheit durch Ordnung ist Konstitution.

Nr. XXXI.

Worte des Deputirten Horn an die Wiener Studenten.

Als Ihr im Begriffe waret, die politischen Fesseln zu brechen, versuchten wir die geistigen zu zerreißen, unsere Petition sei Euch ein Beweis dafür. Wir haben dieselben Wünsche, dieselben Bedürfnisse: die geistige Freiheit muß mit den materiellen Verbesserungen gleichen Schritt halten, wenn diese dauernd sein sollen. Wir sind deputirt von der ältesten Universität im deutschen Kaiserreiche, von der einzigen, die gegenwärtig auch eine slawische genannt werden kann, seit ihre älteste Schwester aufgehört hat es zu sein — (allgemeiner Ruf „Krakau! Krakau!) —

Wir bringen Euch die Grüße eines Volkes, dessen Schicksale seit jeher mit denen des deutschen im engen Zusammenhange standen, eines

Digitized by Google

Volkes, das, in seiner Entwickelung seit langer Zeit gehemmt, nun in der milden Sonne der Freiheit neu blühen, wachsen und gedeihen wird. In diesem feierlichen Augenblicke weise ich auch den verläumderischen Vorwurf zurück, als hätte das Slawenthum sich jemals zum Werkzeuge des Despotismus herabwürdigen wollen, als hätten wir je daran gedacht, fremde Nationalitäten zu bedrohen und der Herrschaft der Knute den Weg in die freie civilisirte Welt zu bahnen. — Die Slawen verlangen nichts, als daß man sie ungestört sich entwickeln lasse, daß sie die Bildungsresultate der übrigen Völker sich in Ruhe aneignen können. Der Slawe ist stolz, aber dankbar, und es genügt ein Blick auf die Geschichte Böhmens und Pohlens, um darzuthun, daß die Slawen oft genug für die Freiheit Anderer das Schwert zogen, aber nie zu ihrer Unterjochung!

Hierauf wurde die Adresse unter stürmischem Jubel verlesen.

Nr. XXXII.

Worte an die studirenden Slawen.

Slawen-Brüder!

Nie erscheint vielleicht eine gelegenere Zeit, zu dem Slawenthum, als dessen Vertreter ich Euch, Brüder, betrachte, ein aufrichtiges Wort zu sprechen. Erwartet keine glatte Rede, nicht viele Worte; ungeschminkt, wie er's im Herzen fühlt, spricht der Slawe. Mit Stolz blickt die Mutter Slawiens auf Euch, slawisches Blut war das erste, welches für die Freiheit floß, als erstes Siegel unseres neuen Lebens. Kaum war die erste Nachricht von Eurer Heldenthat, Ihr Studenten, zu uns geflogen, alsbald erhoben wir uns, Alle voll Feuer für die Freiheit, und seid versichert, daß wir die Schwerter nicht aus der Faust legen, so lange die Völker nicht in den sicheren Hafen des Glückes geführt sind. Dann aber, Slawen, ist unser Werk noch nicht zu Ende, dann bleibt uns noch eine andere große Aufgabe, die Pflege der slawischen Wechselseitigkeit. Ich wende mich an Euch zuerst, Brüder Slowaken, in der vollen Uiberzeugung, daß Euch an einer engen Vereinigung mit uns Czechen und Mährern sehr gelegen sein muß. Euch droht der gewaltigste Andrang, Ihr müßt unser Bollwerk, unsere Wache sein, und damit Ihr diesem Andrang widerstehen könnet, ist der Bund mit uns das wichtigste Bedürfniß. Die vereinten Czechen und Slowaken werden dann die Vermittler zwischen den Slawenvölkern Oesterreichs sein, die eine Hand werden sie den Brüdern im Süden, die andere den Brüdern im Osten bieten, und dann wird das herrliche, geistige Slawenreich in der österreichischen Monarchie gedeihen. Ruhm Euch!

Digitized by Google

Nr. XXXIII.

Telegraphische Nachricht.

Die Prager Bürger-Deputation ist am 22. d. M. vom Kaiser gnädig empfangen und mit herzlich-böhmischer Rede begrüßt worden.

Prag, am 23. März 1848.

Der Oberstburggraf von Böhmen.
Rudolph Graf Stadion.

Nr. XXXIV.

Erklärung der Offiziere der Nationalgarde hinsichtlich des böhmischen Kommando.

Nicht unüberlegt, nicht bloß „im Vorbeigehen," sondern aus unserer vollen innern Uiberzeugung haben auch wir unsere Namen der Petition der Bewohner Prags beigesetzt, welche die nach Wien abgeordneten Deputirten an den Stufen des erhabenen Thrones Sr. k. k. Majestät niederzulegen haben.

Aufrichtig bekennen auch wir uns zu den in derselben enthaltenen Worten: Sicherstellung der böhmischen Nationalisirung in allen Kroulanden Böhmens und vollkommene Gleichstellung der böhmischen und deutschen Sprache in Schule und Amt.

Für einen Verächter des heiligen Rechtes, für einen Todfeind der öffentlichen Ruhe und Ordnung, für einen böswilligen Störer der uns so wünschenswerthen Eintracht und brüderlichen Verbindung würden wir jeden halten, der es wagen würde, der vollkommenen und wirklichen gleichen Berechtigung beider Landessprachen entgegenzutreten. Nur unter dieser Bedingung wird sich das Band der Bruderliebe immer inniger um beide unser Vaterland bewohnende Stämme schließen; nur unter dieser Bedingung ist das liebevolle, starke, gemeinschaftliche Zusammenwirken beider zu demselben heiligen Zwecke, zur Wahrung und friedlichen Entwickelung der kaum errungenen Freiheiten für alle Zukunft gesichert! Trennung nach Glauben, Abstammung oder corporativen Interessen könnten das kaum geschlungene Band der Einigkeit nur lockern.

Sehr unangenehm und schmerzlich mußte uns deshalb das dem Vernehmen nach in Prag verbreitete Gerücht berühren, daß die böhmische Sprache sich in der Nationalgarde nicht der gleichen Geltung zu erfreuen habe, wie die deutsche.

Um jedem Mißverständnisse im Vorhinein zu begegnen, hält es das unterfertigte gesammte Offizierscorps der uniformirten Bürgergarden und der provisorischen nicht uniformirten Nationalgarde Prags deshalb für nöthig, hiermit öffentlich und ausdrücklich zu erklären, daß nach seiner einstimmigen Meinung die böhmische Sprache in der Natio-

Digitized by Google

nalgarde entschieden die gleiche Berechtigung mit der deutschen zu genießen habe.

Die Unterfertigten sind deßhalb der entschiedenen Ansicht, daß, sobald die Nationalgarde auf der Grundlage der allgemeinen Conscription nach Häusern, die bereits beschlossen und schon morgen begonnen werden dürfte, eine bleibende Organisation erhalten haben wird, jeder einzelne Zug nach Mehrheit der Stimme zu beschließen haben wird, ob er deutsch oder böhmisch kommandirt werden will, daß ebenso jene Compagnien, in denen sich die Mehrzahl der Züge für das böhmische Kommando ausgesprochen haben werden, böhmisch kommandirt werden sollen, daß es endlich ebenfalls lediglich von der Entscheidung der Mehrheit der Kompagnie abhängen soll, in welcher Sprache das Oberkommando stattfinden wird.

Das unterzeichnete provisorische Offiziercorps erklärt ferner, daß es durchaus keinen Anstand nimmt, auch den Zügen und Kompagnien der bisherigen, zur Zeit der Bedrängniß im Fluge gebildeten provisorischen Nationalgarde in dieser Beziehung schon alle jene Rechte der Selbstentscheidung zuzuerkennen, welche diesem auf einer solidern und dauerhaften Basis zu vervollständigenden Institute, wie oben gedacht, zustehen müssen.

Damit jedoch die Gleichstellung beider Landessprachen in dem Kommando baldmöglichst realisirt werden könne, erlaubt sich das gefertigte Offizierscorps die böhmischen Herren Schriftsteller hiermit zu ersuchen, die Belehrung über das böhmische Kommando sobald als möglich durch den Druck zu veröffentlichen.

Prag, den 23. März 1848.

In Vertretung des Offiziers-Corps der uniformirten Bürgergarden:

Unterschriften.

Die gesammten derzeit in Prag anwesenden Offiziere der provisorischen Nationalgarde:

Unterschriften.

Nr. XXXV.

Aufforderung des Herrn Gouverneurs wegen Einigkeit unter der czechischen und deutschen Bevölkerung.

Die Schriftsteller Prags haben durch die in den gestrigen Zeitungen gegebene Erklärung ein schönes Beispiel der Einigkeit und Eintracht gegeben, und man kann nur mit Dankbarkeit ihren einstimmigen Beschluß ehren, nach allen Kräften beizutragen, die volle Eintracht zwischen der deutschen und böhmischen Bevölkerung zu erhalten und zu befestigen.

Digitized by Google

Die Literaten sind berufen, durch die Macht des Wortes zu wirken — lasset nun von unserer Seite die Macht der That nachfolgen!

Durch die uns verliehene Konstitution sind wir Alle, zu welchem Stande wir auch gehören, und welche Zunge wir auch sprechen mögen, Brüder geworden; es falle jede Scheidewand, die uns trennte, und das Band der Einigkeit umschlinge uns fest.

Nur durch Eintracht, inniges Zusammenhalten, Ordnungsliebe, Ruhe und Mäßigung können wir beweisen, daß wir der Freiheiten würdig sind, die uns geworden.

Für alle Klassen der Bevölkerung ist die verliehene Konstitution ein kostbares Gut, für alle Stände ist es heilige Pflicht, zu deren Schutze und Erhaltung mitzuwirken.

Kein Mißtrauen erfülle daher unsere Brust, — Vertrauen auf den Monarchen, Vertrauen auf unsere Brüder, Einigkeit und Eintracht sei unser Losungswort!

Laßt uns zu unsern Beschäftigungen zurückkehren, Gewerbe und Handel ihren gewöhnlichen Gang gehen.

Beschwichtigen wir die fieberhafte Aufregung, die uns dieser Tage bewegte, und laßt uns mit stolzem Bewußtsein des errungenen Gutes in unserer Brust, — die Entwicklung der uns geschenkten Institutionen verfolgen!

Die Intelligenz hat uns das schöne Beispiel gegeben — laßt uns ihrem Rufe nachfolgen!!

Prag, am 24. März 1848.

Vom k. k. böhmischen Landespräsidium.

Stadion.

Nr. XXXVI.

Rechtfertigungen des Schriftstellers Karl Hawlíček.

Nothgedrungene Erklärung.

Personen, welche gewiß nichts Gutes im Schilde führen, machen sich seit einigen Tagen ein ernstliches Geschäft daraus, durch ebenso beunruhigende als unwahre, unwürdige und böswillige Gerüchte nationelle Zwietracht unter den Bewohnern Prags anzufachen, und zwar lediglich in der einen stereotypen Richtung, daß sie einem Theile der hiesigen böhmischen Bevölkerung die feindseligsten, schändlichsten und rohesten Absichten gegen ihre deutschen Landsleute zuschreiben. Ob zwar nun der Gefertigte als Journalist durch vielfach gemachte Erfahrungen in dieser Art endlich zu der Uiberzeugung gelangte, daß es in solchen Fällen am besten ist, ohne irgend ein Zuthun ruhig die Zeit abzuwarten, wo die Lüge von der Wahrheit verdrängt wird: so zwingt ihn in den jetzigen bewegten Tagen die Rücksicht der Ruhe unseres gemeinsamen Vaterlandes, diesen böswilligen Gerüchten eine Erklärung entgegenzustellen.

Digitized by Google

Unter dem Namen St. Wenzelscorps haben wir mit vielen Freunden und Gleichgesinnten nach dem Vorgange Anderer eine Verbindung errichtet, lediglich zu dem Zwecke, um bei derselben böhmisches Commando einzuführen. Ob zwar alle unsere Verhandlungen ganz öffentlich und vor wenigstens 5 bis 700 Männern geführt werden: trägt man sich dennoch in der ganzen Stadt mit den abenteuerlichsten Absichten dieses unseren St. Wenzelscorps herum, worunter auch (!!) nichts weniger als: „Tod den Deutschen, sei unsere Losung!!"

Ohnedieß können ja auch Deutsche Mitglieder unseres Corps werden; böhmische Literaten sind bei dem Corps betheiligt, deren Namen schon für ihre Besonnenheit und Loyalität hinreichend bürgen; wie gewagt ist es aber, von einem geringfügigen Abzeichen (rothes Kreuz), welches wir nur deßwegen annahmen, weil weiße Kreuze und rothweiße schon anderweitig in Anwendung waren, auf die schrecklichsten Absichten zu schließen und unsere Mitbürger zu beunruhigen. Wir würden es gewiß bei jeder Gelegenheit beweisen, daß uns Eintracht, Ruhe und Ordnung viel lieber ist, als jedem, der von uns derartige Gerüchte verbreitet.

Ebenso verbreitet man das sonderbare Gerücht, ich hätte in meiner böhmischen Zeitung verlangt, daß alle Firmen in Prag sogleich böhmisch sein sollen. Ich sollte denken, daß meine Zeitung in hinreichend vielen Exemplaren in Prag betrieben wird, um den unumstürzlichen Beweis der Unwahrheit dieses Gerüchtes zu konstatiren. Ich habe nur meine böhmischen Landsleute aufgefordert, zu Ehren der Constitution sich böhmische Firmen schreiben zu lassen, und glaube damit gar keinen Verstoß gegen nationelle Eintracht begangen zu haben, als es ja gerade diese mit sich bringt, daß entweder Alle böhmische und deutsche Firmen zugleich, oder die Deutschen deutsche, die Böhmen böhmische haben.

Auch ist in meiner böhmischen Zeitung einer Bitte an die hochlöblichen Herren Stände dieses Königreiches erwähnt worden, daß in ihrem Theater nach den Grundsätzen der nationellen Gleichheit wöchentlich viermal deutsch und viermal böhmisch gespielt werden möchte, welche man ebenfalls schlecht zu deuten nicht ermangelte. Ich erlaube mir, zu bemerken, daß dieser mein Vorschlag gar nicht so unausführbar und unpraktisch ist, als es Vielen, die sich noch nicht der neuen Ordnung zu fügen verstehen, scheinen dürfte. Sonntag von 4 — 6 kann so wie bisher böhmisch gespielt werden für den Theil unseres Publikums, der nur diese Zeit vorzüglich frei hat. Einmal der Woche gebe man eine böhmische Oper, welche für deutsch und böhmisch Redende gleiches Interesse hat, und zwei Tage der Woche widme man dem böhmischen Schauspiele. So hält man es in Lemberg mit dem polnischen und deutschen Theater, warum sollte es in Prag unausführbar sein, um so mehr, als die bisherigen Theaterbesucher nur zwei Tage in der Woche verlieren, was bei dem jetzt allgemein verbreiteten Geiste der nationellen Eintracht und dem uns Alle erfüllenden Billigkeitsgefühle gewiß Jeder-

Digitized by Google

mann gerne verschmerzen dürfte! Somit kann ein Wort des hochlöblichen Ständeausschußes diesen wohlgemeinten Vorschlag zur That fördern.

Uibrigens aber, was auch für böswillige Gerüchte cirkuliren mögen, bitte ich nur in unserem Interesse zu erwägen. Die Freunde der böhmischen Nationalität haben es durch ihre langjährige schwierige Opposition gegen das so eben gefallene System unter den ungünstigsten Umständen bewiesen, daß sie einigen Takt in politischen Angelegenheiten besitzen; man sei daher so gerecht, ihnen auch in der jetzigen, viel günstigeren Lage etwas davon zuzumuthen und derartigen abenteuerlichen, mitunter sogar kindischen Sagen kein Gehör zu schenken. Eintracht bei wechselseitiger Anerkennung sei unsere Losung!

Karl Hawlíček,
Redakteur der böhmischen Zeitung.

Nr. XXXVII.

Erläuterung des k. k. Landespräsidiums, die Vornahme der Wahlen der Stadtverordneten betreffend.

Um Mißverständnissen vorzubeugen, welche sich bei der Anwendung der Grundsätze ergeben könnten, die ich in meiner Kundmachung vom 22. März l. J. für die Wahl des größeren und kleineren Bürgerausschußes, dann des Bürgermeisters der k. k. Hauptstadt Prag vorgezeichnet habe, finde ich mich veranlaßt, diesfalls Nachstehendes zu eröffnen:

1. Hausbesitzer, die in einem anderen Stadtviertel wohnen, als wo sich ihr Haus befindet, haben sich bei dem Wahlakte in jenem Stadtviertel zu betheiligen, wo sie ihren Wohnsitz haben.
2. Prager Bürger und Hausbesitzer können nur persönlich an dem Wahlakte theilnehmen; eine Stimmenabgebung mittelst Bevollmächtigter hat nicht Statt.
3. Die israelitischen Hauseigenthümer in der sogenannten Judenstadt haben aus ihrer Mitte 12 gewählte Abgeordnete zu dem obigen Wahlakte abzufertigen. Letztere haben sich dem Wahlkollegium der Altstadt Prag anzuschließen.
4. Die Leitung der politischen Abtheilung des Magistrates hat einstweilen der Vicebürgermeister Pstroß übernommen.

Da der zu wählende kleinere Bürgerausschuß an die Stelle der früheren Gemeinderepräsentanten treten und nebst der Verwaltung des Gemeindevermögens alle jene Angelegenheiten zu besorgen haben wird, die unter den gegenwärtigen Verhältnissen im Interesse der öffentlichen Ordnung und der Aufrechthaltung der Ruhe geboten sind, so ist es nicht nothwendig, daß der zu

Digitized by Google

wählende Bürgermeister sich im Besitze des Wahlfähigkeitsdekretes für das politische oder sonstige Richteramt befinde. Jeder prager Bürger oder Hausbesitzer ist zu dem Bürgermeisteramte fähig, dem keines der Hindernisse entgegensteht, die in meiner Kundmachung vom 22. März 1848 angedeutet worden sind. Uibrigens versteht es sich von selbst, daß der zu wählende Bürgermeister beider Landessprachen vollkommen mächtig sein müsse und daß bei der bevorstehenden Wahl absolute Stimmenmehrheit allein den Ausschlag geben werde.

Die Art der Prüfung der Legitimationen vor dem Wahlakte wird dem Ermessen der gewählten Gardeoffiziere überlassen, zumal sich hierüber keine allgemeinen Grundsätze aufstellen lassen.

Nr. XXXVIII.

Einladung der ehrenfesten Herren Bürger.

Alle Herren Bürger, namentlich die Mitglieder der Bürger-Ressource, sind höflich zur Versammlung am 26. März (Sonntag) Abends um 6 Uhr in dem Ressourcelokale (Ursuliner-Gasse) eingeladen. Dort wird die wichtige Angelegenheit Prags, nämlich die Wahl eines neuen konstitutionellen Bürgermeisters und der Repräsentanten besprochen, damit Alles in bester Ordnung nach dem Grundsatze der Bürgerressource „Swornost, rovnost“ (Eintracht und Gleichheit) vor sich gehe. Es ist höchst räthlich, sich weise aller Leidenschaftlichkeit, Persönlichkeit, Parteilichkeit zu enthalten, damit das allgemeine Wohl Aller an das Recht und die Menschenwürde gegründet werde, und so viel Gutes wie möglich aus der Constitution — dem Geschenke unseres allgeliebten Königs Ferdinand — erfolge.

Prag, den 25. März 1848.

Vom Ausschuße der Bürger-Ressource.

Nr. XXXIX.

Erklärung des Concordia- und Swornost-Corps hinsichtlich des Kommando.

In Bezug auf die gestrige Veröffentlichung der Herren Offiziere der uniformirten Bürger-Corps und einiger Kompagnien der nicht uniformirten Nationalgarde, böhmisches und deutsches Kommando betreffend, erklären die unterzeichneten Hauptleute der beiden Abtheilungen: Concordia und Swornost, daß sie durch freies Uebereinkommen obige Maßregel schon eingeführt haben.

Christoph Ruben,
Hauptmann der Concordia.

Karl Freiherr Villani,
Hauptmann der Kompagnie Swornost.

Digitized by Google

Nr. XL.

Programm über den feierlichen Empfang der Prager Bürgerschaft.

Im innern und äußern Bahnhofe haben die drei alten Garden Spaliere zu bilden und werden die Deputation mit klingendem Spiele empfangen.

Böllersignale vom Žižkaberge werden die Ankunft der Herren Deputirten anzeigen, worauf alle Glocken der Stadt zu läuten sind.

Beim Austreten der Herren Deputirten auf die Gasse werden dieselben von zwölf dazu bestimmten Fräuleins empfangen.

Das vor dem Ausgangsgebäude des Bahnhofes aufgestellte St. Wenzelscorps führt dann den ganzen Zug an, und stellt sich bei der St. Wenzelsstatue wieder im Spalier auf.

Hinter den Herren Deputirten und den Comitémitgliedern gehen ihre Familien, an welche sich die zwölf Fräuleins und dann die von Wien mitgekommenen Gäste anreihen. Besondere Abtheilungen der Studenten-Corps werden den Zug von beiden Seiten begleiten. Den Zug beschließt das Corps der Concordia.

Von dem Bahnhofe durch die Hibernergasse, Kolowratstraße und über den St. Wenzelsplatz bis zur St. Wenzelsstatue bilden die sämmtlichen Studenten-Corps ein Spalier, diesen reihen sich, so weit es geht, die Kompagnien der Nationalgarde an.

Die Studenten-Corps, so weit sie vom Bahnhofe bis zur Bergmannsgasse reichen, haben sich, sobald der Zug vorüber ist, sogleich in der Bergmanns- und Eisengasse in der Richtung gegen das altstädter Rathhaus wieder in Spalier aufzustellen.

Bei der St. Wenzelsstatue wird von einem Herrn Deputirten die mitgebrachte Resolution Sr. Majestät des Kaisers proklamirt, worauf ein Te Deum abgehalten wird.

Nach Beendigung dieses Actes begibt sich der ganze Zug in derselben Ordnung, nun unter Vortritt des Concordia-Corps und Nachtritt des St. Wenzels-Corps über den St. Wenzelsplatz, Kolowratstraße, Bergmanns- und Eisengasse auf den altstädter Ring vor das Rathhaus, wo die inzwischen aus dem Bahnhofe hieher gekommenen alten Garden in Reih' und Glied aufgestellt werden. Die mitgekommenen zwei Corps schließen sich hier denselben an, und stellen sich mit demselben vor der Tribune im Viereck auf.

Hier werden die Schlußreden gehalten. Zum Schluße defiliren sämmtliche Bürger- und Studenten-Corps sammt der Nationalgarde vor der Bürgerhauptwache, und marschiren in der Richtung zum kleinen Ring ab.

Am Abende Beleuchtung der ganzen Stadt.

Digitized by Google

Nr. XLI.

A. h. Erledigung der Petition der Prager Bewohner.

Das h. k. k. Landespräsidium hat mir mittelst Dekretes vom 26. März 1848, Z. 2141 Nachstehendes mitgetheilt:

Seine Excellenz der Herr Minister des Innern hat mir so eben den Inhalt des a. h. Kabinetsschreibens vom 23. März 1848 bezüglich der Erledigung über die Petition der Bewohner Prags und über die darin enthaltenen 14 Punkte mit der Aufforderung mitgetheilt, solche im ordnungsmäßigen Wege der Stadtgemeinde Prags zur Kenntniß zu bringen.

Mit innigster Freude beeile ich mich, ungesäumt der hohen Aufforderung nachzukommen, und theile Ihnen den Wortlaut des a. h. Kabinetsschreibens mit der Weisung mit, sogleich die Verlautbarung desselben zu veranlassen.

„Lieber Freiherr von Pillersdorff! Uiber die mitfolgende Petition der Bewohner Prags und über die darin enthaltenen, in 14 Punkten zusammengefaßten Bitten ist der Stadtgemeinde Prag im ordnungsmäßigen Wege Nachstehendes zu bedeuten:

1. Die Bestimmungen der böhmischen Landesordnung C. H. wegen des Gebrauches der böhmischen Sprache sind da, wo sie bisher nicht vollkommen in Vollzug gesetzt wurden, insbesondere in Beziehung auf die Bedürfnisse des Volkes in der Schule und bei den öffentlichen Aemtern und Gerichtsbehörden in vollständige Wirksamkeit zu bringen und wo eine entgegengesetzte Uebung oder nicht übereinstimmende Vorschriften bestehen, diese aufzuheben.
2. Zeitgemäße Aenderungen der Landesordnung, insbesondere eine ausgedehntere Vertretung der Städte durch selbstgewählte Deputirte werden im Einvernehmen mit den Ständen auf dem in dem Patente vom 15. März l. J. vorgezeichneten konstitutionellen Wege bereitwillig angenommen werden.
3. Durch die Einrichtung verantwortlicher Ministerien, welche das Gesammtwohl der Monarchie und die Interessen und Bedürfnisse aller Länder mit gleicher Sorgfalt zu überwachen und zu befördern haben, bin ich eben so wie durch die Veröffentlichung des Staatshaushaltes und durch die Anordnung der öffentlichen Rechnungslegung den loyalen Wünschen Meiner getreuen Unterthanen bereits entgegen gekommen, und den Wunsch wegen Bildung eines obersten Gerichtshofes für Böhmen in Prag weise Ich Meinem Justizminister zur sorgfältigen Erwägung zu.
4. Die Gewährung eines gemeinschaftlichen Landtages für Böhmen und Mähren würde gegen die Landesordnung beider Reiche verstoßen und kann nur über Einschreiten der Stände beider Länder beschlossen werden, daher dieselben aufgefordert werden, sich darüber zu äußern.
5. Die Verbesserung des gerichtlichen Verfahrens in allen Zweigen

Digitized by Google

der Rechtspflege durch zeitgemäße Einrichtungen soll nach gehöriger Vorbereitung die Aufgabe der Versammlung der Abgeordneten aller Provinzial-Stände sein.

Zur Ablösung der Robot wurden durch die Vorschrift vom 14. Dezember 1846 bedeutende Erleichterungen zugestanden und so wie mehrere größere Dominien in Böhmen sich aus eigenem Antriebe bereits erklärt haben, ihren Unterthanen darin hilfreich an die Hand zu gehen, so habe ich beschlossen, daß die Verpflichtung zur Naturalrobot gegen eine billige Entschädigung mit Ende März Ein tausend acht hundert neun und vierzig aufzuhören hat, worüber Ich Meine Gesinnungen nächstens in einem Patente aussprechen werde.

6. Die Bitte um eine selbstständige Gemeinde-Verfassung bin Ich geneigt, nach Anhörung der diesfalls bereits um ihre Vorschläge vernommenen Stände in angemessener Art zu bewilligen.
7. Dem Wunsche nach Preßfreiheit ist bereits durch das Patent vom 15. März d. J. entsprochen.
8. Der Schutz der persönlichen Sicherheit durch die Hintanhaltung willkürlicher Verhaftungen ist bereits durch die Bestimmungen des Strafgesetzes I. Theils §. 85 und II. Theils §. 86 und durch die Unterordnung der polizeilichen Behörden unter das Ministerium des Innern verbürgt und sollten diese Bestimmungen nicht hinreichen, so hat deren Ergänzung bei der Revision der Strafgesetze zu erfolgen. Für die Unverletzbarkeit des Briefgeheimnisses werden die strengsten Befehle von Mir ertheilt.
9. Ueber die thunlichste Besetzung aller Aemter durch Inländer, welche der Landessprache kundig sind, bestehen bereits gesetzliche Anordnungen, auf deren Befolgung strenge gesehen werden soll.
10. Dem Wunsche der Ermäßigung der Verzehrungssteuer wurde bereits entsprochen und Ich befehle gleichzeitig die Beobachtung und gleichen Verhältnisse der Erleichterung, wie in Wien eingetreten ist und die thunlichste Mäßigung der städtischen Zuschläge und die Ausmittlung geeigneter Quellen für das Einkommen der Städte; über die Revision des Stempel- und Targesetzes werden zweckmäßige Abänderungen erfolgen.
11. Wegen Organisirung einer städtischen Bürgerwache und einer Sicherheitswache auf dem flachen Lande sind die entsprechenden Verhandlungen eingeleitet und Ich werde dieselben einer schleunigen Beendigung zuzuführen bedacht sein.
12. Auf die thunlichste Beschränkung der Ausnahmen von der Militärpflicht, Aushebung durch das Loos und Erleichterung der Dienstzeit ist in dem bereits bearbeiteten Rekrutirungsgesetze der geeignete Bedacht genommen worden, welches der nächsten Ständeversammlung vorgelegt werden wird.
13. Mein Thron soll stets allen Bitten zugänglich, und Meinen Un-

Digitized by Google

terthanen das Recht gesichert sein, sich im legalen Wege über ihre Wünsche und Bedürfnisse zu berathen.

14. Dem öffentlichen Unterrichte werden die den neuen Institutionen zusagenden Verbesserungen im ausgedehnten Maßstabe zugewendet werden, zu welchem Behufe Ich eine Umarbeitung der bereits vorbereiteten Studienplane anordne, für die thunlichste Berücksichtigung des Zustandes der Schullehrer, die Aufbringung der erforderlichen Mittel einleite, und der Lehrmethode, so wie der Wahl der Lehrgegenstände einen freien Spielraum zuzugestehen beabsichtige.

Wien, am 23. März 1848.

Ferdinand, m. p.

Diese allerhöchste Entschließung bringe ich in Folge Auftrages des hohen k. k. Landespräsidiums der Prager Stadtgemeinde zur Kenntniß.

Prag, am 24. März 1848.

Th. Pstroß,
Vice-Bürgermeister.

Nr. XLII lit. a.

Kundmachung des verstärkten böhmischen Landesausschußes wegen Verschiebung der auf den 30. März bestimmten ständischen Versammlung.

Die auf den 30. d. M. bestimmt gewesene ständische Versammlung wird wegen dermaligem Abgang einer entsprechenden Vertretung des Prager Bürgerstandes auf unbestimmte Zeit verschoben.

Vom verstärkten ständischen Landesausschuße.

Prag, am 27. März 1848.

Unterschriften.

Nr. XLII lit. b.

Kundmachung des Landespräsidiums, die Erledigung der Petition der Studenten betreffend.

Nach Einvernehmung des akademischen Senates und der Lehrkörper finde ich provisorisch bis zur Herablangung der definitiven Beschlüße nachstehende Bestimmungen zu erlassen:

1. Die Lehrfreiheit wird in der Art anerkannt, daß in den Fakultäten, welche das Doctorsdiplom ertheilen, allein Doctoren gestattet sei, nach vorläufiger Anmeldung bei dem akademischen Senate, wissenschaftliche Vorträge zu halten; — bei den technischen Fächern soll nach geschehener Anmeldung, vorläufig beim

Digitized by Google

Directorate, die allgemein anerkannte Fachkenntniß die Bedingung zu Lehrvorträgen sein.

2. Diese Lehrvorträge können in beiden Landessprachen, so wie in jeder andern Sprache gehalten werden.
3. Kein Talent soll seines religiösen Glaubensbekenntnisses wegen von den Lehrkanzeln der höhern Unterrichtsanstalten ausgeschlossen sein. Niemand soll deshalb in seiner Ausbildung und seinem Fortkommen beschränkt werden.
4. Zur Sicherung der angesuchten Lernfreiheit wird das bisherige Prüfungssystem dahin abgeändert, daß es erlaubt sei, die sogenannten obligaten Gegenstände in beliebiger Ordnung und beliebiger Zeit zu hören, und daß die Qualifikation zum Staatsdienste und zur Praxis lediglich von einer strengeren Staatsprüfung abhängig gemacht werde. Uibrigens versteht es sich von selbst, daß die bisher erworbenen Studienzeugnisse ihre volle Giltigkeit beibehalten.
5. Da rücksichtlich der Einverleibung des polytechnischen Instituts zur Universität die Zustimmung der Herren Stände nöthig ist, so wird hiemit die Zusicherung gegeben, daß zur Erwirkung derselben sogleich die nöthigen Schritte gethan werden.
6. Es wird der Studentenschaft gestattet, eigene Turnanstalten und Fechtböden zu eröffnen, bis hiefür von Seite des Staates Vorsorge getroffen sein wird.
7. Es wird der Studentenschaft gestattet, in Verbindungen zusammen zu treten, und dabei soll das jüngst erlassene Münchner Universitätsstatut über Verbindungen zur Grundlage genommen werden.

Wegen der definitiven Bestätigung verwende ich mich sogleich nach Wien.

Rud. Graf Stadion.

Nr. XLIII.

Kundmachung des Oberkommando der Nationalgarde wegen Ausfolgung von Waffen.

Vom Oberkommando sämmtlicher Prager Nationalgarden wird bekannt gemacht, daß von heute an die Stadt-Thore Prags, so wie die vorzüglichsten Wachpunkte im Innern der Stadt mit Einschluß der Hauptwachen mit dem k. k. Militär gemeinschaftlich besetzt, und die Nacht-Patrouillen besorgt werden. Ebenso werden heute noch 4000 Stück Gewehre an die Nationalgarden ausgefolgt.

Was im Interesse der öffentlichen Ruhe und Ordnung der Stadt bekannt gemacht wird.

Schebelka,
prov. Kommandant der Nationalgarde.

Digitized by Google

Nr. XLIV.

Gubernial-Präsidial-Kundmachung, die Prüfung der Legitimation der Wähler zum Bürgerausschuße betreffend.

In Betreff der Wahlen des Bürgerausschußes und Bürgermeisters hat das k. k. Landespräsidium zu eröffnen befunden, daß bei dem Wahlakte vertraute Männer zweifacher Art zu interveniren haben:

1. Vertraute Männer, welche die Legitimationen der Wähler zu prüfen haben werden. Da die Prüfung der Legitimationen der Wahlversammlung selbst vorangehen muß, so können die vertrauten Männer, die zur Prüfung der Legitimationen beizuziehen sind, nicht schon von der Wahlversammlung selbst gewählt werden, sondern es wird die Beiziehung derselben den gewählten Offizieren der Nationalgarde überlassen, wie es bereits in der Kundmachung vom 22. März 1848 angedeutet wurde. Als vertraute Männer dieser Art werden jedenfalls nur Bürger und Hausbesitzer beigezogen.
2. Dagegen sind die vertrauten Männer, die als Skrutatoren (Stimmensammler und Zähler) zu fungiren haben, von der Wahlversammlung selbst zu wählen, sobald diese nach erfolgter Prüfung der Legitimationen zusammengetreten sein wird.

Nr. XLV.

Kundmachung des Landespräsidiums, betreffend das Beziehen der Wachen gemeinschaftlich von der Nationalgarde und dem Militär.

Dem von Seite der Nationalgarde ausgesprochenen Wunsche, daß die Wachen in der Stadt und an den Thoren gemeinschaftlich von der Nationalgarde und dem Militär bezogen, und auch der Patrouillendienst gemeinschaftlich geleistet werden möge, ist von Seite des k. k. Generalkommando im Einverständnisse mit dem Landespräsidium bereitwillig entsprochen worden, und schon gestern wurden die Wachtposten in der Stadt von der Nationalgarde versehen.

In diesem Einvernehmen dürfte die sicherste Bürgschaft liegen, daß es diesen beiden Körpern nur um die Erreichung des gemeinschaftlichen Zweckes, Erhaltung der Sicherheit, Ruhe und Ordnung zu thun ist, und die Einwohner von Prag können die volle Beruhigung hegen, daß die Ruhe nicht gestört, und für die Sicherheit der Stadt nichts zu besorgen ist.

Vom böhmischen k. k. Landespräsidium.

Prag, am 29. März 1848.

Graf Stadion.

Digitized by Google

Nr. XLVI.

Proklamation Sr. kais. Hoheit des Erzherzog Karl Ferdinand.

Durch die guten und rechtlichen Gesinnungen der achtbaren Bewohner der Hauptstadt, — durch den in allen Corps herrschenden vortrefflichen Geist, — durch ihre umsichtige Leitung, — endlich durch das sich immer mehr befestigende gegenseitige Vertrauen zwischen Civil und Militär, ist es bisher stets gelungen, selbst im Augenblicke temporärer Aufregungen, die Ruhe zu erhalten. Für dieses gemeinsame Hinwirken zur Erhaltung der Ordnung und zur Wiederbelebung des allgemein sehnsüchtig gewünschten gewöhnlichen Lebensverkehres, nicht minder wie für die Bereitwilligkeit und Ausdauer, mit welcher sich die bewaffneten Corps dem beschwerlichen Wach- und Patrouillendienst abwechselnd mit dem k. k. Militär unterziehen, fühle ich mich auf das Angenehmste veranlaßt, allen Betheiligten insgesammt hiemit meinen aufrichtigsten Dank, gleichzeitig die feste Zuversicht auszusprechen, daß das Fortschreiten auf diesem betretenen schönen Wege die sicherste Bürgschaft gegen jede Ruhestörung darbiete, und daher die Hauptstadt Prag als ruhmvolles Vorbild des stets bewährten ächten biedern Bürgersinnes dastehen werde.

Nr. XLVII.

Erklärung des Uffo Horn.

Ich bin es endlich müde, mir die unsinnigsten Aeußerungen von Leuten, die selbst jetzt, wo die Presse frei ist, die altbeliebten Schleichwege der Heimlichkeit vorziehen, in den Mund legen zu lassen. Bald soll ich darauf angetragen haben, den Adel aus der Nationalgarde auszuschließen, bald die Studenten auffordern, ihre Professoren aus dem Fenster zu werfen, ja ich soll sogar Mitglied eines ganz geheimen Revolutionsausschusses sein, der nichts Geringeres vorhat, als die Republik zu proclamiren und den Kommunismus zu predigen.

Daß in der Angst und Verwirrung viele Leute den Kopf verlieren und das Abenteuerlichste glauben, wundert mich nicht — desto mehr aber, daß Niemand mit diesen Beschuldigungen offen gegen mich auftritt. Wo seid Ihr und wer seid Ihr, die mich beschuldigen? Schämt Euch vor dem Auslande, daß man Euch dazu erst auffordern muß: Männer, die den Werth der freien Presse und ihrer Bestimmung begreifen, sollten nicht erst auf diesen Weg gewiesen werden! Bei Gott, es ist weniger schmachvoll, die Fahne unserer jungen Freiheit mit Blut, als mit dem Kothe der feigen Verleumdung zu beflecken!

Wohlan, Ihr Herren mit den goldenen Sporen, die freie Presse ist der Turnierplatz der neuen Zeit, Ihr Herren mit dem Rechen-

Digitized by Google

stifte, sie ist der Freihafen für alle Flaggen, Ihr Gelehrten, sie ist die prangende Aula, in der Jeder disputiren kann über die Thesen der Gegenwart! Auf diesem Felde stehe ich Jedem: was ich gesagt und gethan habe, werde ich vor meinem Volke vertreten, wie ich es vor meinem Gewissen vertreten kann! Mich schmerzt es nur, daß diese Zeilen die ersten sind, die ich der Oeffentlichkeit übergebe, seit die Presse im Vaterlande frei ist.

Prag, den 30. März 1848.

Uffo Horn,
akademischer Legionär.

Nr. XLVIII.

Erklärung der begüterten Adeligen Prags wegen Erweiterung der Volksvertretung am Landtage.

Um mehrfachen irrigen Gerüchten zu begegnen, und unsere Ansichten dem Publikum offen und klar darzulegen, haben wir Gefertigte uns veranlaßt gefunden, nicht im Namen des Ständekörpers, sondern nur als einzelne Mitglieder desselben, nachfolgende Erklärung zu geben:

Wir begrüßen mit Freude und Dank den Entschluß Sr. Majestät, seinen Völkern eine Constitution zu verleihen, und deshalb als ersten Haupttheil derselben eine Volksrepräsentation zu bilden, welche den Rechten und Ansprüchen, so wie der Bildungsstufe sämmtlicher Klassen, Interessen und Nationalitäten vollkommen entspricht.

Wir erklären, daß nach unserer Ueberzeugung die freigewählte Vertretung der sämmtlichen Municipalstädte, des Bauernstandes, der Industrie, Intelligenz, Künste und Wissenschaften u. s. w. eine Hauptbedingung der künftigen Volksvertretung sein müsse, und daß jene Deputirten, welche seiner Zeit nach dem Wortlaute des Constitutionspatentes vom 15. März d. J. nach Wien abgesandt werden sollen, schon aus einem nach der neu zu bestimmenden Volksvertretung versammelten Landtage hervorgehen sollten.

Wir erklären ferner, daß wir der Ansicht sind, die alte Landesverfassung solle dieser Neugestaltung durchaus nicht im Wege stehen, könne aber sehr wohl dazu dienen, zu der neuen, zeitgemäßen Volksvertretung die nöthigen, von Sr. Majestät abverlangten Vorlagen vorzubereiten.

Wir wünschen deshalb, und werden darauf antragen, daß sogleich ein Landtag einberufen werde, auf welchem alle königlichen Städte durch ihre selbstgewählten Deputirten vertreten sind, damit dem bereits eingelangten Befehle Sr. Majestät — die Vorschläge zur neuen Volksvertretung zu berathen — nachgekommen werde, und zwar der Art, daß diese Vorschläge schon bis Ende dieses Monates vorgelegt werden können; — worauf wieder in kurzer Frist der zweite Landtag nach der neuen Volksvertretung einberufen werden soll, um die Volksbedürfnisse, Wünsche, die deshalb einlaufenden Petitionen und Vorschläge noch früher zu berathen,

Digitized by Google

bevor die im Patente vom 15. März bemerkten Deputirten nach Wien abgehen, und um diese, wie bemerkt, selbst zu wählen. — So kurz dieser Zeitraum auch scheinen mag, so wird er doch genügen, wenn er von den Intelligenzen des Landes benützt wird, um allorts, sowohl mündlich als durch die Presse, aufzuklären, welche der bereits aufgetauchten und bis dorthin noch auftauchenden Ansichten und Wünsche dem Wohle des Ganzen, und welche von ihnen nur Sonderinteressen förderlich seien.

Indem wir hiemit unsere Ansicht aussprechen, glauben und hoffen wir, dadurch den Beweis zu geben, daß wir ehrlich und offen auf der Bahn des Fortschrittes vorgehen, — in Eintracht nach demselben großen Ziele streben wollen, das Wohl des Vaterlandes zu fördern.

Prag, am 3. April 1848.

Karl Fürst Auersberg; Albert Graf Nostitz; Joseph Mathias Graf Thun; Franz Graf von Thun-Hohenstein; Josef Graf Kinsky; Erwein Graf Nostitz; Fr. Karl Graf von Schönborn; Jakob Beer, Generalgroßmeister; Franz Karl Freiherr von Puteany; Ernst Freiherr Mallowetz; M. Josef Graf Altbann; Freiherr von Aehrenthal; Mathias Freiherr von Riese; Karl Graf Althann; Johann Graf Nostitz; Franz Graf Thun, Sohn; Heinrich Graf Kolowrat; Franz Graf von Khevenhüller-Metsch, F. M. L. Großprior in Böhmen; Ernst Graf Waldstein; Adolph Graf Ledebour; Franz Freiherr von Augustinetz; J. Ludwig Graf Harbuval und Chamaré; Johann Nep. Freiherr de Fin; Josef Freiherr von Hruby-Gelenj; Karl Graf Kinsky; Karl Freiherr von Villani; Fr. Graf Boos von Waldeck; Rudolph Graf Morzin; Vincenz Freiherr von Zeßner; Franz Freiherr Mladota von Solopisk; Robert Freiherr Hildprandt; Wilhelm Graf Wurmbrand; Karl Graf Rumerskirch; Leopold Graf Thun; Christian Graf Waldstein; Wenzel Ritter von Bergenthal; Johann Ritter von Neuberg; Johann Ritter von Eisenstein; Karl Ritter von Waidenheim, Vater; Wenzel Ritter von Eisenstein; Zdenko Graf Sternberg; Anton Graf Chamaré.

Nr. XLIX.

Petition der in Böhmen begüterten, und in Wien wohnenden Adeligen.

Eure k. k. Majestät!

Die gefertigten, in Wien anwesenden böhmischen Landstände beabsichtigten bei der auf den 30. v. M. ausgeschriebenen böhm. ständischen Versammlung einen Antrag über zwei wichtige Gegenstände zu stellen,

Digitized by Google

deren unverzügliche bestimmte Entscheidung durch den klar ausgesprochenen a. h. Willen E. M. ihnen mit Rücksichtsnahme auf die dermaligen Zeitverhältnisse als unumgänglich nöthig erscheint. Diese Gegenstände sind: die vollständige Gleichstellung der čechischen und deutschen Nationalität, und die umfassendste Vertretung des Bürgerstandes und aller andern bis jetzt nicht oder nicht entsprechend vertretenen Grundbesitzer.

Eure k. k. Majestät haben durch das a. h. Patent vom 15. März l. J. den a.h. Beschluß einer Constitution des Vaterlandes bekannt gegeben, und mit der a. h. Entschließung vom 23. März l. J., welche über die von der Stadt Prag an E. k. k. Maj. gesendete Deputation erflossen ist, geruhten E. k. k. M. Allerhöchst Ihre Willensmeinung hinsichtlich der Constitution des Königreichs Böhmen dahin näher auszusprechen, daß Allerhöchst Dieselben zeitgemäße Aenderungen der Landesordnung, insbesondere eine ausgedehntere Vertretung der Städte im Einvernehmen mit den Ständen auf dem constitutionellen Wege allergnädigst bereitwillig annehmen werden.

In Bezug auf die Sicherstellung der čechischen Nationalität ist über die obgedachte Deputation der Stadt Prag von E. k. k. Majestät die Anordnung erlassen worden, daß die Bestimmungen der böhmischen Landesordnung E. M. wegen des Gebrauchs der böhmischen Sprache vollständig in Anwendung gebracht werden. Den vorangeführten allergnädigsten Beschlüssen und Anordnungen E. k. k. Maj. dürfte nach dem allerunterthänigsten Dafürhalten der gefertigten böhmischen Landstände gewiß die a. h. Absicht und der Wille E. k. k. Maj. zu Grunde liegen, die Gleichstellung der čechischen und deutschen Nationalität im Königreiche Böhmen und die möglichst vollständige Vertretung des Bürgerstandes und der andern bis jetzt nicht oder nicht entsprechend vertretenen Grundbesitzer in dem genannten Königreiche eintreten zu lassen, und E. k. k. Majestät wollten wahrscheinlich nur nicht durch einen bestimmten umfassenden Ausspruch allerhöchst Ihres Willens den Berathungen und Vorschlägen vorgreifen, welche Allerhöchstdieselben zu Folge des Patentes vom 15. März l. J. von den durch eine größere Zahl von Bürgerabgeordneten verstärkten Ständen erwarten. Es ist jedoch nach dem Erachten der gefertigten Landstände zur Sicherung der Ordnung in ihrem Vaterlande, dem E. k. k. M. und Allerhöchsten Dynastie treu ergebenen Böhmen, und zur Beseitigung jedes Mißtrauens unumgänglich nöthig, schon dermal den a. h. Willen in Absicht auf Sicherstellung der čechischen Nationalität und auf die Art der Vertretung des Bürgerstandes, und der übrigen bis jetzt nicht oder nicht entsprechend vertretenen Grundbesitzer in Böhmen bestimmter, als es bis jetzt geschehen ist, auszusprechen, und da die gefertigten Landstände es von jeher als unzulässig gehalten haben, daß die čechische Nationalität in der Wirklichkeit nicht gleich der deutschen Nationalität in Böhmen gestellt worden ist; da ferner die bis jetzt stattgefundene Unterlassung dieser Gleichstellung beweiset, daß die hinsichtlich der Gleichstellung der čechischen und deutschen Nationalität in Böhmen dermal in Wirksamkeit stehenden gesetzlichen Bestimmungen insbesondere jene der Landesordnung nicht hinreichen: da eine wirkliche Landesvertretung sich ohne die umfassendste

Digitized by Google

Vertretung des Bürgerstandes, und aller übrigen Grundbesitzer nicht denken läßt; da aber endlich den gefertigten Ständen bei der inzwischen erfolgten, ihnen gestern zugekommenen Mittheilung, daß die für den 30. März l. J. ausgeschriebene ständische Versammlung auf unbestimmte Zeit verschoben worden ist, dermal das Mittel genommen ist, ihre Ansichten und Anträge auf verfassungsmäßigem Wege zur a. h. Kenntniß und Entscheidung Euerer Majestät zu bringen, so sind die gefertigten Landstände in die Lage versetzt, die vorliegende Eingabe unmittelbar E. M. zu überreichen, und in derselben die allerunterthänigste Bitte zu stellen:

Euere k. k. Majestät geruhen sogleich im Grundsatze und als Grundlage der zu berathenden Aenderungen der damaligen Verfassung des Königreichs Böhmen Allergnädigst zu erklären, und auszusprechen:

a. daß die čechische Nationalität der deutschen Nationalität überhaupt und insbesondere im Unterrichte und in der öffentlichen Verwaltung in Böhmen vollkommen gleichgestellt werde;
b. daß in der Hinkunft in Böhmen nicht nur der Bürgerstand, sondern so viel als möglich auch die Classe aller andern bis jetzt nicht, oder nicht entsprechend vertretenen Grundbesitzer und zwar auf die umfassendste Weise mittelst selbst gewählter Deputirten auf dem Landtage oder sonstigen Landesverhandlungen vertreten werden.

Euere k. k. Majestät
treu gehorsamste

Ferd. Fürst von Lobkowitz. Johann Adolph Fürst zu Schwarzenberg. Vinzenz Karl Fürst von Auersberg. Fürst von Schönburg und Hartenstein. Eugen Graf Czernin. Franz Ernst Graf Harrach. Karl Fürst Paar. Vinzenz Graf Bubna. Jaromir Graf Czernin. H. Graf Lützow. Ottokar Graf Czernin.

Nr. L.

Erklärung des Franz Klutschak.

Man hat mich mehrseitig in Kenntniß gesetzt, daß Briefe mit der Unterschrift Franz Klutzak circuliren, welche zu einer politischen Demonstration auffordern, die keineswegs mit meinen Ansichten übereinstimmt. Ich erwähne dies nur, damit nicht vielleicht Jemand durch die Aehnlichkeit des wahrscheinlich fingirten Namens sich täuschen lasse, und mich für den Verfasser der erwähnten Briefe halte. (Bohemia Nro. 52.)

Franz Klutschak.

Digitized by Google

Nr. LI.

Rechtfertigung des Dr. Adolph Maria Pinkas (Bohemia).

Mitbürger! Freunde!

Schmerzhaft zieht sich mein Herz zusammen, da ich erfahre, ein großer Theil von Euch halte mich für reactionär, für retrograd, für einen Freund und Anhänger des alten Zopfthums.

Seit Jahren war ich, aus dem Volke hervorgegangen, mit dem Volke. Schon im Jahre 1819 war ich wegen freiheitlicher Richtung verhaftet, bestraft, zu einem Staatsdienste für untauglich erklärt, und jetzt, wo das Licht zum Durchbruch kommt, jetzt soll ich eine Sache verrathen wollen, der ich mein Leben geweiht?

Beurtheilet mich gerecht, glaubt nicht böswilligen Gerüchten, ich will den vollkommenen, den gerechten Fortschritt: doch Ordnung, Freiheit, durch Ordnung ist mein Wahlspruch! der Wahlspruch meines Lebens!

Mein Ehrenwort darauf, daß ich mit keinem Athemzuge von diesem Wahlspruche abwich.

Seit dem 12. März widme ich mich — bis zur Erschöpfung — der Volkssache als ausschließend der meinigen.

Wer einen Zweifel in meine ehrliche Gesinnung setzet, den fordere ich auf, sich vor mir zu stellen, den Zweifel zu begründen, auszusprechen. Fasset Freiheit und Bürgersinn richtig auf, und verunglimpft nicht Eueren treuen Freund und Bruder.

Prag, den 31. März 1848.

Adolph Maria Pinkas.

Nr. LII.

Erklärung der Nationalgarde in Karolinenthal.

Seit einiger Zeit, namentlich seit der Berathung im St. Wenzelsbade zu Prag wurden die Bewohner dieser Hauptstadt fast täglich durch neue Nachrichten über gräuelvolle Szenen der rohesten Gewaltthätigkeit beunruhiget, welche angeblich theils gegen die Sicherheit der Person, theils des Eigenthums der Einwohner in Karolinenthal, bald von fremden Aufrührern, bald sogar von der einheimischen Bevölkerung selbst verübt worden sein soll.

Da diese, wenn gleich meistens an und für sich schon widersinnigen Gerüchte sowohl auf den guten Ruf unserer jugendlichen Gemeinde insgesammt, als auch das persönliche Vertrauen der Einzelnen nur höchst nachtheilig wirken können, so halten wir Unterzeichneten, durch das Vertrauen unserer Mitbürger zu dem Ehrendienste als

Digitized by Google

Offiziere der hiesigen Nationalgarde berufen, es für unsere Pflicht, im Interesse der allgemeinen Beruhigung hiemit zu erklären, daß die öffentliche Ordnung und Sicherheit in Karolinenthal während dieser ganzen Zeit nicht einen Augenblick gestört wurde, und die ganze Bevölkerung im besten Einvernehmen mit der politischen Aufsichtsbehörde bei der Aufrechthaltung der innern Ruhe eine eben so lobenswerthe Gesinnung als eifrige Mitwirkung an den Tag gelegt habe; in welcher Beziehung wir uns zu mehrer Bekräftigung der Wahrheit des Gesagten auf das Zeugniß des hiesigen Löblichen Amtes berufen.

Karolinenthal, am 31. März 1848.

Unterschriften der Offiziere der 3 Compagnien Nationalgarden.

Uiber die Aufforderung der vorbenannten Herren Offiziere ergreift der unterzeichnete Amtsvorsteher mit wahrem Vergnügen diesen willkommenen Anlaß zur Beruhigung des Publikums, um den sämmtlichen Bewohnern Karolinenthals das ehrenvolle Zeugniß öffentlich dahin zu ertheilen, daß die wahrhaft musterhafte Aufrechthaltung der in dem oberwähnten Zeitraume nicht durch einen auch noch so geringen Exceß gestörten öffentlichen Ordnung und Ruhe zunächst der thatkräftigen Unterstützung der ganzen Bevölkerung zum Verdienste gereiche; wofür derselben die volle Anerkennung der Behörden gebührt, und gewiß auch von der Bürgerschaft Prags nicht versagt werden wird. Vom Jurisdiktionsamte zu Karolinenthal, am 31. März 1848.

Anton Karl Přibýl,
Justizamtmann.

Nr. LIII.

Kundmachung der gewählten Commandanten der Nationalgarde.

Die Compagnien der uniformirten Bürgercorps, die Compagnien der nichtuniformirten Garden, und die Cohorten der Studentenlegion haben den bisherigen provisorischen Obercomandanten der Nationalgarde Herrn Major Andreas Haase zum Obersten, und den bisherigen Major Herrn Josef Eduard Schebelka zum Oberstlieutenant der Prager Nationalgarde gewählt. Ich bringe dies mit dem Bemerken zur allgemeinen Kenntniß, daß ich diese Wahl bestättige. Vom k. k. böhmischen Landespräsidium. Prag, am 31. März 1848.

Rudolph Graf Stadion.

Nr. LVI.

Manifest des Bürgercomité an die Deutschböhmen.

Mit tiefer Betrübniß haben wir erfahren, daß in den deutschen Bezirken des Königreiches die Besorgniß umläuft, als wollte der

čechiſche Theil unſeres Volkes die junge Freiheit dazu mißbrauchen, Euere Sprache und Geſittung zu ſtören und zu unterdrücken. Brüder! wir haben in ſtürmiſcher Zeit unſere Geſinnung ausgeſprochen; der erſte Punkt unſerer Petition erklärt die vollkommene Gleichſtellung der beiden Nationalitäten, und hätte Euch über den Zweck der Bewegung vollkommen beruhigen können, wenn dieſes Mißtrauen nicht ſchon aus früheren Zeiten ſtammend, neu angefacht worden wäre. Es wäre namenloſes Unglück für uns Alle, wenn eine Beſchuldigung, wie dieſe die ſchöne großartige Eintracht im Vaterlande ſtören, und Männer des Lichts und Fortſchrittes, wie ihr es ſeid, in die reactionäre Bahn treiben ſollte. Wir erklären Euch daher feierlich, daß wir ſtets bemüht waren, und ſein werden, die Freiheit und die gleiche Berechtigung der beiden Nationalitäten zu wahren, und daß wir nie zu einer Beeinträchtigung einer oder der andern ſtimmen werden. Iſt doch ein großer Theil aus unſerer Mitte Euerem Stamm entſproſſen, und umgekehrt, iſt doch unſer aller Panier: das Recht der Freiheit, der Friede. Harret daher an unſerer Seite aus, und hofft, wie wir, nur von der Eintracht das künftige Glück des Vaterlandes.

Prag, am 31. März 1848.

Das Comité der Prager Bürgerſchaft.

Albert Graf Deym.
Peter Faſter.
Prawoſlaw M. Trojan.
J. B. Riedl.
Uffo Horn.

Digitized by Google

Digitized by Google

Digitized by Google

Wahre und ausführliche Darstellung

der

am 11. März 1848 zur Erlangung einer constitutionellen Regierungs-Verfassung

in der

Königlichen Hauptstadt Prag

begonnenen

Volks-Bewegung

und der

hierauf gefolgten Ereignisse,

als ein

Beitrag zur Geschichte, und ein Angedenken an die verhängnißvolle Zeit

chronologisch verfaßt, auch mit allen Urkunden belegt

von

F. J. Schopf,
Mitglied mehrerer gelehrten Gesellschaften.

Zweites Heft:

Die Begebenheiten vom 1. April bis 3. Mai 1848.

Druck und Verlag von C. W. Medau in Leitmeritz.

Digitized by Google

Digitized by Google

Am 1. April.

1. Am heutigen hat sich die Zahl der Zeitschriften Prags vermehrt mit einem Blatte, welches unter dem Titel: der Freund des Volkes, erstes constitutionelles Volksblatt für Böhmen, in wochentlichen 4 Lieferungen zu einem halben Bogen erscheint. Der erste April bleibt immer ein ominöser Tag.

2. Die Wenzels-Bruderschaft, die unter den verschiedenartigen eigenen Bezeichnungen und zwar einmal als Bürger-Comité, ein andermal als Ausschuß der Bewohner Prags und wieder als Comité der Bewohner Prags öffentlich gegenüber der Regierung auftritt, hat durch das Ereigniß vom 30. März und die öffentliche Demonstration gegen den Herrn Gouverneur das Vertrauen verloren, und sich einem gegründeten Tadel der bessern Klasse der Bürger und aller Stände blos gegeben. Es suchte zwar

a. jener Ausschuß sich in zweien am heutigen erlassenen öffentlichen Kundmachungen mit dem zu entschuldigen, daß es Volkswille gewesen, während wir in der That um unsere kostbarsten Güter besorgt sein müßten, wenn die Mehrzahl jener Versammlung, wie wir solche im Sophiensaale wahrgenommen haben, das Volk Prags, oder gar die Nation repräsentiren würde (s. Anh. Nr. LV.) und ferner gegen die allgemeine Mißstimmung über die angewandte Gewalt zu rechtfertigen (s. Anh. Nr. LVI.), allein

b. die vom Herrn Gouverneur dagegen in einer Kundmachung ausgesprochene allgemein veröffentlichte Rüge (s. Anh. Nr. LVII.) liefert uns den sichersten Beweis, wie drohend der gegen den Herrn Landeschef unternommene Akt gewesen, so auch noch

c. die bekannte Thatsache, daß ein Philosoph und ein Nationalgardist, die sich mit Waffen der Demonstration vom 30. v. M. beigesellten, von ihren Kameraden aus dem Corps ausgeschlossen wurden. Rühmlich bleibt der von der Nationalgarde und der Studentenlegion aus freiem Antriebe erfolgte Antrag, durch eine starke Wache den Herrn Landeschef gegen künftige ähnliche Gewaltthaten zu schützen, und so wurden bis zu seinem Abgehen die sämmtlichen Lokalitäten seines Amtsbureaux und seiner Wohnung zur Tag- und Nachtszeit bewacht.

Digitized by Google

3. Am heutigen erschien eine Kundmachung des Herrn Gouverneurs mit der Nachricht, daß eine außerordentliche Commission, bestehend aus 30 Mitgliedern, aus den verschiedenen Ständen der Einwohner Prags zusammengesetzt wurde, deren Aufgabe es sein soll, für jene wichtigen Verhandlungen, die nach unsern neuen Institutionen den Gegenstand der ständischen Berathungen bilden werden, die nöthigen Materialien und Grundlagen zu liefern (s. Anh. Nr. LVII.)

4. Die 30 slavischen Studenten Wiens, die am 27. v. M. mit der Bürgerdeputation als Gäste hier angelangt waren, sind am heutigen wieder rückgekehrt. Eine zahllose Menge von Studenten aller Facultäten, Nationalgardisten, Bürgern, Frauen und Mädchen begleitete sie. Hier wurden von dem versammelten Publikum zwei čechische Chöre gesungen, und mit stürmischem S Bohem- und Slawa-Ruf Abschied genommen. Unter jenen Studenten waren Böhmen, Mährer, Slowaken und Illirier, in der Mitte der letztern auch der rühmlichst bekannte Schriftsteller Bogdan Kuretic; sie konnten sich hier einer ausgezeichneten Aufnahme erfreuen, die Universität gab den Einzelnen Ehrenwachen, die angesehensten Bürger luden sie zur Tafel, die Bürgerressource veranstaltete für sie ein Festessen, und Director Hoffmann gab ihnen zu Ehren eine böhmische Vorstellung von Tyl, vor dessen Beginnen der Letztere einen Prolog sprach.

5. Am heutigen Morgen rückte die zur Ablösung nach Mainz bestimmte Artillerie-Division von Prag ab. Eine Abtheilung Bürgergarde, Nationalgarde und Studentenlegion gaben derselben das Geleite mit der Musikbande des Bürgercorps bis vor St. Margareth, allwo die Artillerie-Division vorbeidefilirend unter Vivat- und Slawarufen Abschied nahm.

Am 2. April.

1. Die böhmisch-evangelische Gemeinde augsburger Confession hat in ihrem Bethause eine Todtenfeier für die in Wien am 13. März Gefallenen abgehalten.

2. Der Magistrat Prag bringt zur öffentlichen Kundmachung, daß in der Hauptstadt Prag unverzüglich eine Hauptschule mit 3 Klassen errichtet werden solle, in welcher der Unterricht in böhmischer Sprache zu ertheilen ist.

3. Um das gute Einvernehmen der Nationalgarde und des k. k. Militärs öffentlich zu bezeugen, haben am heutigen die Offiziere der Nationalgarde den Offizieren der Prager Garnison ein Festmahl von nahe an 300 Couverts gegeben. Der Waldstein'sche Saal war zu diesem Zwecke mit Rüstungen und andern Kriegstrophäen geschmückt. Se. k. k. Hoheit Erzherzog Ferdinand, und alle in Prag befindlichen Generäle nahmen an dem sehr heitern und freundschaftlichen Mahle Theil. Viele Toaste wurden ausgebracht auf Se. Majestät, auf stets gut kameradschaftliches Einvernehmen u. a. Während des Diners

Digitized by Google

rückte die Artillerie-Musikkapelle mit Kittls Marsch ein, und spielte sodann die Volkshymne.

4. Am heutigen ist die erste Nummer des bei Gottlieb Haase Söhne verlegten constitutionellen Blattes aus Böhmen, redigirt von Franz Klutschak, erschienen. Es ist eine der ausgezeichnetsten Zeitschriften.

5. Das Bürger-Comité hat in der heutigen Sitzung folgende neue Mitglieder durch Wahl aufgenommen: 60. Borrosch, Buchhändler; 61. Friedrich, Goldarbeiter; 62. Hawlicek, J. U. C.; 63. Uffo Horn, Schriftsteller; 64. Kliebert, J. U. Dr.

Am 3. April.

1. Schon gestern Abends wurde dem Herrn Rector magnificus von dem Herrn Gouverneur ein Rescript des Ministers mitgetheilt, welches die definitive Bewilligung aller Punkte der von den Studenten ursprünglich eingebrachten Petition enthält. (s. Anh. Nr. LVIII.) Der Herr Rector veranlaßte heute zeitlich früh die Versammlung der Studirenden, und schon um 8 Uhr begab sich der akademische Senat vollzählig in die Hörsäle der Facultäten. Den Studenten wurde die frohe sehnlichst erwartete Botschaft verkündet, und dieser folgten ein unaufhörlicher Jubel, stürmische Vivats dem König, dem Herrn Minister, dem Herrn Grafen Stadion, dem Rector, sämmtlichen Professoren, auch der Lehr- und Lernfreiheit, der Gleichstellung der Confessionen und der alma mater gebracht. Die begeisterte Studentenschaft war schon aufgestellt, um dem Herrn Grafen Stadion öffentlich ihren Dank abzustatten, als Allarmruf erscholl.

2. Vormittags verbreitete sich das Gerücht, daß Arbeiterversammlungen zum Zwecke der Lohnerhöhung Statt finden würden. Die Nationalgarde und die Studentenlegion wurde aufgeboten, welche sich theils am altstädter Ringe aufstellten, theils starke Patrouillen in den übrigen Theilen der Alt- und Neustadt machten. Aber die ganze Bewegung bestand darin, daß die Maurergesellen in einer Zahl von kaum 50 sich in ihrer Herberge versammelten, um über eine Petition an den Magistrat oder das Bürger-Comité gegen die Meister, eigentlich die Poliere, welche Accordarbeiten übernehmen, und dann die Arbeiter verkürzen, zu berathen. Die Versammlung ging friedlich auseinander. Aber bemerkenswerth bleibt es, daß, als die Arbeiter auch die am Gräflich Schlick'schen Hause angestellten Gesellen zur Theilnahme an der Versammlung zwingen wollten, schnell Abtheilungen der Cohorte der Technik sich sammelten, und durch Aufstellung eines Commando die fleißigen Gesellen gegen die Unbilden ihrer Kameraden schützten. Die Beschwerdeführer haben sich an das Bürger-Comité verwendet, und der Streit wurde ausgeglichen.

3. Am heutigen hielt die vom Herrn Gouverneur der Vorarbeiten zum Landtage wegen zusammengesetzte Commission ihre erste Sitzung; sie dauerte von 10 Uhr bis nach 2 Uhr Mittags.

Digitized by Google

4. Der Herr Landeschef hat in einer eigenen Kundmachung jene Gegenstände veröffentlicht, welche von der berufenen außerordentlichen Commission berathen werden sollen (s. Anh. Nr. LX.).

5. Durch das Amtsblatt der Wiener Zeitung wurde das vom Herrn Minister des Innern gefertigte Preßgesetz bekannt. Die Buchdruckerei Medau hat sogleich einen Abdruck veranlaßt, auch verkauft, wodurch das Gesetz unter das Publikum gelangte. Obgleich dasselbe in Böhmen noch nicht öffentlich publicirt wurde, so ist doch über solches, dessen Inhalt den Schriftsteller gegen Uebergriffe der Polizeibehörden nicht schützet, sogleich in Prag Gericht gehalten worden. Während die Studenten mehre Abdrücke des Preßgesetzes vor dem Carolinum auf offener Straße verbrannten, hielten die Schriftsteller eine Versammlung, in welcher die Abfassung eines Protestes, und zugleich eines Entwurfes zu einem dem Zeitgeiste mehr zusagenden Preßgesetze beschlossen wurde, zu welchem Behufe auch die Versammlung 30 der angesehensten Schriftsteller zu gleichen Theilen der čechischen und der deutschen Literatur, zum Ausschusse berufen hat.

Am 4. April.

1. Die bei den l. f. Behörden beamteten Concepts- und Kanzleipraktikanten haben am heutigen eine Unterredung veranlaßt, und sie wollen ebenfalls durch eine Petition ihr Schicksal zu erleichtern suchen.

2. Der unter dem Nr. XLVIII. von den adeligen Gutsbesitzern abgegebenen Erklärung sind mittels einer öffentlichen Kundmachung auch noch andere Herrschaftsbesitzer beigetreten (s. Anh. Nr. LXII.).

3. Der Schriftsteller-Ausschuß hat in Folge des gestrigen Beschlusses einen öffentlichen Protest gegen das Preßgesetz entworfen, allein es kam nicht zu dessen Unterschrift, weil noch früher die erfreuliche Kunde einlangte, daß das Gesetz in Wien zurückgezogen wurde. Man faßte den Beschluß, die Ansicht der Schriftsteller Prags in einer Verwahrung kundzugeben (s. Anh. Nr. LXIII.). In der Plenarversammlung der Schriftsteller und der Studentenschaft im Carolinum wurde die Verwahrung und der Beschluß, ein Preßgesetz zu entwerfen, mit Acclamation angenommen.

4. Der Herr Landeschef theilt in einer öffentlichen Kundmachung mit, daß die von ihm zusammengesetzte außerordentliche Commission mit mehren Gliedern verstärkt worden sei (s. Anh. Nr. LXIV.).

5. In der heutigen Sitzung der zur Vorbereitung mehrer Operate zum Landtage zusammengesetzten Commission wurde die Bildung von Sectionen vorgenommen, und dies veröffentlicht (s. Anh. Nr. LXV.).

6. Die von den hier lebenden Ausländern erwählte Deputation hat ihre beschlossene Erklärung (s. unterm 27. März Z. 6.) dem Obersten der Nationalgarde übergeben.

Digitized by Google

Am 5. April.

1. Außer den böhmischen Zeitungen: Pražské nowiny und Česká Wčela von Carl Sabina, dann der populären Monatschrift Pražský Posel, von Tyl, erscheint eine neue böhmische Zeitung: Národný nowiny, redigirt von Hawlíček, letztere unter dem Schutze des Grafen Albert Deym.

2. Der Herr Gouverneur macht durch die öffentlichen Blätter bekannt, daß Se. k. Hoheit Erzherzog Franz Joseph zum Statthalter von Böhmen ernannt wurde (s. Anh. Nr. LXVI.).

3. Heute Nachts erschien in einem Lokale ein Prager Bürger und verkündete den Studenten, der Oberst der Nationalgarde habe ausgesprochen, sie entwaffnen zu wollen, worüber keine geringe Aufregung entstanden. Der Oberst, hiervon benachrichtigt, verfügte sich sogleich zu den Studenten, und nachdem er erklärte, daß obige Angabe eine Lüge sei, wurde er mit ungeheuerm Jubel begrüßt.

4. Die Prager Schriftsteller haben beschlossen, eine Erklärung gegen die in Reichenberg verbreiteten Gerüchte zu veröffentlichen (s. im Anh. Nr. LXVII.).

Am 6. April.

1. Die Doctoren der Rechte, welchen noch kein stallum advocandi zukömmt, haben am heutigen im Carolinum eine Versammlung abgehalten, in welcher der Beschluß gefaßt wurde, an Se. Majestät eine Petition um Freigebung der Advokazie an Doctoren der Rechte gegen Ausweis der dreijährigen Advokatenpraxis nach erlangtem Gradum zu richten.

2. Bekanntmachung des k. k. Landespräsidiums, daß Individuen, welche sich für Mitglieder der Prager Compagnie „Swornost" ausgeben, im Lande herumziehen, und das Volk zum Aufstande und zur Verweigerung des Gehorsams gegen die Regierung aufreizen (s. im Anh. Nr. LXIX.).

3. Gubernial-Präsidial-Kundmachung über das Resultat der Wahlen des Bürgerausschusses (s. Anh. Nr. LVIII.).

Am 7. April.

1. Kundmachung des Herrn Gouverneurs, wodurch die Vornahme der Wahl des Bürgermeisters in Prag und des kleinern Bürger-Ausschusses bestimmt wurde (s. Anh. Nr. LXX.).

2. Am heutigen haben die Mitglieder der Concordia der k. k. Garnisons-Militärmannschaft, an der Zahl 80, worunter Feldwebel, Korporale und Gemeine, und auch ein mit dem Kanonenkreuze geschmückter 72jähriger Invalide waren, ein kleines freundschaftliches Mahl gegeben. Die Eintheilung bei der Tafel geschah so zweckmäßig, daß immer ein Militärsmann zwischen zwei Gliedern der Concordia zu sitzen kam. Das

Digitized by Google

Mahl war herzlich; unter den Toasten wurde der erste dem constitutionellen Kaiser gewidmet, dann brachte man ein Lebehoch dem Militär, der Nationalgarde u. s. w. Es wurden auch Lieder gesungen und Reden gehalten, unter welchen jenes eines Soldaten in čechischer Sprache den lebhaftesten Beifall gefunden; er betheuerte nämlich als die Ansicht seines ganzen Standes, daß seine Pflicht sei, nach innen Freiheit und gesetzliche Ordnung, gemeinschaftlich mit den Bürgern, aufrecht zu erhalten, und außen jedem Feinde des freien Staates mannhaft entgegen zu treten; sie alle seien durchdrungen vom Gefühle der innigsten Bruderschaft des Kriegerstandes und des Volkes.

3. Die Studentenschaft feierte am heutigen ein eigenes Fest, nämlich das 500jährige Jubiläum der Universität, denn vom 7. April 1348 ist die Stiftungsurkunde ausgefertigt. Abends versammelten sich um 8 Uhr auf dem vordern Hofe des Carolinums die sämmtlichen Hörer der Rechte und viele Mediziner, so wie wegen Beschränkung des Raumes von der philosophischen Abtheilung nur die geladenen Chargen der Centurien. Die Balkone und Freigänge waren mit Laubwerk, Draperien und Emblemen der böhmischen Kreise geschmückt, an der einen Wand unter einer Trophäe von Fahnen und Waffen war eine Statue Karls IV. angebracht, und alle Fenster wurden mit Kerzen oder Fackeln beleuchtet. Die Militärmusik befand sich auf einem Freigange aufgestellt, und eine fröhlich begeisterte Stimmung herrschte in der Versammlung; dem Universitätsrector, den Professoren, die sich nach und nach einfanden, wurden stürmische Lebehoch gebracht; ein Sängerchor mit zweckmäßigen Gesangstücken, die ganze Versammlung das Gaudeamus igitur dann die Nationalhymne anstimmend, und das Musikchor wechselten ab. Ganz feierlich hat man bei dieser Gelegenheit ein Auto da Fé vorgenommen, und das Philisterthum unter den Symbolen eines runden Hutes und eines Zopfes verbrannt. Endlich brach die ganze Versammlung mit Fackeln versehen auf, der Fackelzug ging bis auf die Brücke, und kehrte unter fröhlichen und ernsten Gesängen gegen eilf Uhr in das Carolinum wieder zurück.

4. Das bestehende Bürger-Comité, welches sich gegenwärtig mit ganz andern Angelegenheiten, als seine frühere Bestimmung, nämlich die Einleitung und Realisirung einer Petition gewesen, beschäftiget, wurde nicht nur von der Mehrzahl der Bewohner Prags, sondern auch von auswärtigen Städten und Orten eigenmächtiger Amtshandlungen, die nur der gesetzlichen Obrigkeit zukommen, beschuldigt, und mußte daher immer mehr das Vertrauen verlieren. In öffentlichen Blättern wurde sich darüber mit Heftigkeit ausgesprochen, und dies bestimmte das Comité, sich durch eine öffentliche Erklärung zu rechtfertigen. Sie wurde unter dem Titel: „Nothgedrungene Erklärung," entworfen, der Bestätigung des Herrn Landeschefs unterzogen, und den Zeitungsblättern eingeschaltet (s. im Anh. Nr. LXXI.).

5. Als der Bürgermeister Müller resignirte, hat derselbe theils mündlich, theils schriftlich dieu nverweilte Scontrirung der Kassen an-

Digitized by Google

gesucht; sie wurde von dem Herrn Landeschef angeordnet, und das Resultat dieses Aktes ist vom Letztern öffentlich bekannt gemacht worden (s. Anh. Nr. LXXII.).

Am 8. April.

1. Wider die vom Herrn Landeschef am 6. d. erlassene Bekanntmachung Nr. LXIX. mit der Beschuldigung, daß Emissäre als sich ausgebende Mitglider des Corps Swornost im Lande herumziehen, und das Volk aufreizen, hat das sogenannte Ehrengericht dieses Corps eine Protestation (s. Anh. Nr. LXXIII.) veröffentlicht. Man wird aus diesem Acte den Geist entnehmen, der in dieser Abtheilung der Nationalgarde herrscht, und die Bevölkerung Prags, so wie des Landes Böhmen, hat längst darüber gerichtet. Der Herr Landeschef hat sich herabgewürdigt, hierauf öffentlich zu repliciren, was allgemein mißbilligt wurde.

2. Am heutigen wurde in einer Versammlung der Practikanten die Petition im Entwurfe genehmigt. Diese wird der darin ausgesprochenen sonderbaren Gründe und Vorschläge wegen beigeschlossen (s. im Anhange Nr. LXXIV.).

Am 9. April.

1. Am heutigen wurde die Wahl des Bürgermeisters durch den größern Bürger-Ausschuß vollzogen, und fiel mit 74 Stimmen gegen 100, von welchen aber mehre abwesend waren, auf den Doctor der Rechte Anton Strobach, einen Mann, der zu dieser Stelle durch Bildung, Rechtskenntniß, Rechtssinn und Vaterlandsliebe am geeignetsten befunden wurde, und für den sich der größte Theil der übrigen Bürger ausgesprochen. Er nahm die Stelle nur provisorisch auf sechs Wochen an, und erklärte, daß er den L. Ruppert zu seinem Sekretär ernennen wolle, für Peter Faster eine Nationalbelohnung beantrage, und das böhmische wie das deutsche Element gleich vertreten werde. Hierauf wurde unter seiner Leitung die Wahl der 12 Glieder des kleinen Ausschusses vorgenommen. Der Herr Gouverneur hat dies öffentlich kundgemacht (s. Anh. Nr. LXXV.) und auch ein bei der Zusammenstellung der Wahlresultate für den großen Bürgerausschuß unterlaufenes Versehen berichtigt (s. Anhang Nr. LXXVI.).

2. Die nicht stallirten Doctoren der Rechte in Böhmen haben den Petitionsentwurf (s. Anh. Nr. LXXVIII.), in welchem sie um Freigebung der Advokazie an Doctoren der Rechte gegen Ausweis einer dreijährigen Praxis nach erlangtem Grade bitten, und der vom Dr. Wenzel Bělský verfaßt wurde, genehmigt, auch den letztern, dann die Doctoren Wolfgang Weßely und Bretschneider als Abgeordnete nach Wien gewählt.

3. Die Mitglieder der philosophischen Cohorte veranstalteten ein glänzendes Diner zu Ehren des Leutenants Hetzel und der Cadetten des Regiments Wellington, welche, besonders der Erstere, mit Zuvorkommen unverdrossen die Cohorte in den Waffen einüben. An diesem Mahle nahm der Tribun Professor Kaubek, der Dekan Dr. Smetana, die Un-

Digitized by Google

tertribune Dr. Volkmann, Bruno und Uffo Horn Antheil. Ein schöner, frischer freier Geist würzte das Mahl, und belebte die hundert und hundert Toaste, die zu Ehren des constitutionellen Königs, des Rectors und Dekans, der Zukunft Oesterreichs, der in Wien Gefallenen, des Regiments Wellington u. s. w. in schäumendem Champagner ausgebracht wurden.

4. Nachmittags gab es eine sehr lärmende Constitutionsfeier im Baumgarten, welche der Wirth veranstaltete. Der größte Theil der Studentenlegion war versammelt, und man forderte die Musik auf, Studentenlieder anzustimmen. In weiten Kreisen umstanden brüderlich vereint rothe, schwarze, grüne und blaue Mützen das Orchester, mehre Studirende standen auf der Brüstung desselben und leiteten die Gesänge. Wir hörten das beliebte: Ich bleib bei meinem Schlendrian — Gaudeamus igitur — das Fuchsenlied — ubi bene — worauf dreimal die Runde durchmarschirt, der Nationalgarde, dem Kaiser, und neuen Bürgermeister, dem Militär, den Damen begeisterte Hochs ausgebracht wurden. Allgemeiner wurde der Jubel, als das Musikcorps die Volkshymne begann, und Alles unter lebhaftem Hüteschwenken mit einstimmte. So war der Abend hereingebrochen, und man beschloß, vereint nach der Stadt zu ziehen; man riß schnell die Fahnen von den Bäumen, stellte sich in Züge, und die Musik an der Spitze — die auf allgemeinen Zuruf Kittls Franzosenmarsch spielte — gings im Jubel der Stadt zu, bis auf den Ring der Kleinseite, wo sich Alles auflöste.

5. Die Abtheilungen der Nationalgarde haben ihre Offiziere und Zugführer gewählt. Jede Compagnie hat einen Hauptmann, einen Oberlieutenant, und zwei, auch drei Lieutenants.

6. Es wurde dem neu gewählten Bürgermeister zu Ehren ein Fackelzug veranstaltet, Nationalgarden, unter welchen Mitglieder der Swornost und Studirende am zahlreichsten waren, bildeten die von Hunderten von Zuschauern umwogten Fackelträger. Der Zug hielt vor der Wohnung des Bürgermeisters, und bildete auf das čechische Commando des Gardehauptmanns Villany zwei Flanken. Der Bürgermeister, mit Jubel empfangen, trat vor die Fronte und hielt in čechischer Sprache eine Anrede, die mit Acclamation und Slawaruf aufgenommen wurde. Der Zug stimmte bei seiner Entfernung čechische Lieder an.

7. Am heutigen hat auch zu Wien ein sich gebildeter Verein der Deutschböhmen beschlossen, gegen die Uebergriffe der Ultra-Czechen in Prag zu protestiren, und eine Erklärung dem Minister zu übergeben. Sie wurde kurz und energisch abgefaßt, sie weist darauf hin, daß Böhmen Alles vermeiden müsse, was nur einer Abtretung von der Gesammtmonarchie im Geringsten ähnlich sähe, also kein verantwortliches Ministerium in Prag u. s. w. Die Protestation war mit mehren 100 Unterschriften versehen (s. im Anh. Nr. XCIV. lit. a.). Die Versammlung wählte ein Comité von zehn, welchen die weitern Schritte übertragen wurden; das Comité erhielt auch von dem Minister die beruhigendste

Digitized by Google

Versicherung, daß die Rechte der Deutschen von der Regierung kräftigst gewahrt werden würden. Der Zufall wollte es, daß diese Deputation mit der Prager im Vorsaale der Minister sich zugleich einfanden.

Am 10. April.

1. Da die Prager Zeitung mehre Aufsätze, welche beendete Civil-, Justiz- und Kriminalfälle tadelnd zur Sprache bringen, und die Justizbeamten verdächtigen, aufgenommen, so ist das k. k. Appellationsgericht höchsten Orts um die Ermächtigung der Justizbeamten eingeschritten, in jedem derlei Falle den actenmäßigen Sachverhalt veröffentlichen zu dürfen, was allgemein kundgemacht wurde (s. Anh. Nr. LXXIX.).

2. Da der gebildete kleinere Bürger-Ausschuß immer in der bestimmten Zahl von 12 versammelt sein muß, so wurden für den Verhinderungsfall einiger oder aller, 24 Ersatzmänner gewählt; das Verzeichniß im Anhange Nr. LXXX weiset die Namen der Gewählten nach.

3. Während wir schon im Hafen der Ruhe zu sein glaubten, hat uns der heutige Tag abermals Scenen vorgeführt, deren Resultat wir immer in banger Erwartung entgegen sehen. Es wurde eine Volksversammlung im St. Wenzelsbade vorbereitet, und es erschienen auf den Ruf vielleicht an 2000 Menschen; die Redner standen auf einer Art Söller vor dem Saale. Die Sprecher hatten eine schwierige Aufgabe, um sich einer so zahlreichen Versammlung im Freien verständlich zu machen, und überdies mußte jeder seine Rede zweimal halten, böhmisch für die Czechen, deutsch für die Deutschen. Das Programm, welches man schon Tags zuvor austheilte, bestimmte als ersten Punkt der Berathung: Erweiterung des St. Wenzels-Comité und dessen Eintheilung in Sectionen, z. B. zum Entwurfe eines Programms der Konstitution, zur Erledigung von Gegenständen außerhalb Prags, für einheimische sociale Verhältnisse. Als Redner zeichneten sich besonders Bürgermeister Strobach, Uffo Horn, Wodka und Hawlíček aus. Der Letztere führte an die Versammlung kräftige Worte, welche vorzüglich darauf aufmerksam machten, daß wir auf die schöne Haltung der Bewohner Prags mit Stolz hinweisen können, indem dies in der ganzen verhängnißvollen Epoche die einzige Stadt ist, in welcher eine riesige Umwälzung der Dinge vor sich gegangen, ohne daß auch nur eine einzige Fensterscheibe zertrümmert worden wäre. Nun ist es freilich ganz anders; es wurde nicht nur eine größere Zahl von Scheiben zerschlagen, sondern noch weit Aergeres getrieben.

Der erste Punkt des Programms wurde beifällig aufgenommen; das St. Wenzels-Comité sollte ungeachtet seine Aufgabe durch die Erledigung der zweiten Petition schon gelöst war, fortdauern, und den Namen: National-Comité (Narodni zbor) annehmen, auch mit allen Stadt- und Landgemeinden Böhmens in Verbindung treten. Hawlíček brachte ein großes Locale in Vorschlag, den Konvikt- oder Platteisaal, weil das Comité sich verstärken, daher zahlreich werden, und die Verhandlungen öffentlich sein sollten.

Digitized by Google

Hierauf trat Bürgermeister Strobach auf, der mit Jubel begrüßt wurde, und trug an, daß das Comité, welches bisher seine Sitzungen im Gewerbsvereine hielt, und nach dem Orte, in welchem dasselbe ins Leben gerufen wurde, auch das St. Wenzels-Comité genannt wird, mit der von dem Herrn Oberstburggrafen zusammen berufenen Kommission in einen Körper verschmolzen, und dieser durch neu zu wählende Mitglieder verstärkt werde. Sowohl Dr. Strobach als Uffo Horn und andere Redner machten wiederholt darauf aufmerksam, daß man bei der Abstimmung sich durch keine Partei- oder Privatrücksichten leiten lassen solle, der Deutsche wie der Böhme, jedes politische, jedes religiöse Glaubensbekenntniß müsse vertreten sein. Auch dies wurde von der Versammlung angenommen. Nur eine Stimme machte die Einwendung, daß die vom Herrn Grafen Stadion eingesetzte Kommission das Vertrauen des Volkes nicht besitze.

Es verlas nun Wodka die Namen der zur Verstärkung des Comité Vorgeschlagenen, welche in dem Verzeichnisse (Anhang Nr. LXXXI) angeführt sind. Anfangs wurde über die Namen einzeln (durch Hutaufheben) abgestimmt, bald aber erklärte die Versammlung, da nicht Jeder die gerufenen Personen kenne, so nehme man Alle an und überlasse allfällige Ausscheidungen dem Comité. Damit aber auch alle Interessen vertreten seien, wurde ferner in Vorschlag gebracht, Geistliche sowohl katholische als protestantische Lehrer, ferner Studirende und Israeliten in das Comité zu wählen. Hinsichtlich der Studirenden ward beschlossen, jede Facultät solle selbst aus ihrer Mitte ein Mitglied in das Comité wählen; und auch die Judengemeinde.

Mit diesem erklärte Dr. Strobach die Versammlung für heute geschlossen, da die übrigen im Programm enthaltenen Punkte ohnehin den Berathungen des National-Comité vorbehalten bleiben müssen. Zum Schluße dankte er noch der Versammlung, daß sie ihm sein neues Amt als Bürgermeister durch die musterhafte Ordnung, welche während des zweistündigen Meeting herrschte, erleichtert hatte, welche Anrede mit einstimmig wiederholtem enthusiastischen Ak Žije beantwortet wurde. Die Versammlung ging auseinander, allein das bunte Gemenge, worunter leider nur eine geringe Zahl wahrhaft Antheil nehmender Männer von Gewicht anwesend gewesen, betrug sich nicht so ganz ruhig.

4. Es wurde dieser Tage bemerkt, daß mehre Bewohner Prags die deutsche Kokarde (schwarz-roth-gold oder gelb) tragen, was schon einigemal beanständigt wurde. Bei einer am heutigen stattgefundenen Versammlung der außerhalb der österreich'schen Staaten gebornen Deutschen, kamen die Beleidigungen, die Mehren widerfahren, öffentlich zur Sprache, und der Redner forderte zur Besprechung geeigneter Schutzmaßregeln gegen dergleichen Fälle auf. Ein zweiter Redner äußerte sich gegen jede Schutzmaßregel, die etwa von den Behörden ausgehen solle, weil ihm diese nicht konstitutionell zu sein scheinen. Man solle sich eher an die Böhmen, an die Nation selbst wenden, und mit kurzen

Digitized by Google

kräftigen Worten, wie freie Männer zu freien Männern sprechen, der Art, daß in allen Städten des großen deutschen Reiches die böhmische Kokarde von dort sich befindenden Böhmen getragen und respectirt werden solle, wohin sie alle durch Korrespondenz und Journalartikel nach Kräften wirken wollen, wiewohl dies ohne ihr Mitwirken im Geiste eines jeden freien Volkes begründet sei, wogegen sie hier das Tragen der deutschen Kokarde als ein constitutionelles Recht ebenfalls beansprechen, und er kenne die Böhmen durch eine Reihe von Jahren genug, um sich überzeugt fühlen zu können, daß, wenn man sich an das gewiß schätzenswerthe Gemüth des böhmischen Volkes wende, so wäre an ihrer Zustimmung nicht zu zweifeln.

Am 11. April.

1. Morgens war bereits angekündet, daß die Deputation der Prager Bürgerschaft mit der Erledigung der zweiten Petition eintreffen werde. Still und prunklos zog dieselbe ein; die Mehrzahl der Mitglieder des neuconstituirten Nationalausschußes warteten ihrer im Bahnhofe, von wo aus der Zug vereint unter Begleitung einer großen Volksmasse seinen Weg auf den altstädter Ring nahm.

Hier war eine Tribune errichtet, um welche eine Abtheilung: „Swornost" als Ehrenwache gestanden. Von den zahlreich mit Menschen besetzten Fenstern des Rathhauses wehten österreichische und böhmische Fahnen. Nachdem der neue Bürgermeister in einigen einleitenden Worten die mit Jubelruf begrüßten Deputirten der versammelten Menge vorgestellt, wurde die a. h. Entscheidung von dem Deputirten Faster in böhmischer und von Trojan in deutscher Sprache verlesen. Während dessen herrschte lautlose Stille, die sich am Schluße bei Nennung des Königs in ein tausendstimmiges Slawa und Vivat, begleitet vom Trommelwirbel, Hüte- und Fahnenschwenken auflöste.

Es wurde dem Landesfürsten, dem Herrn Minister Pillersdorff, den Deputirten und dem Bürgermeister nach einander ein dreimaliges Hoch gerufen, und zugleich eine Zahl schon fertiger Abdrücke der a. h. Entschließung unter das Volk vertheilt. Die Deputation begab sich hierauf, von dem Bürgermeister und einigen Stadtverordneten begleitet, in den alten sogenannten goldenen Rathhaussaal, wo beschlossen wurde, eine kirchliche Festlichkeit in der Metropolitankirche zu St. Veit zu veranlassen. Von da begaben sich die Deputirten in das Locale des Gewerbsvereins, um hier noch einmal von sämmtlichen Mitgliedern des National-Comité begrüßt zu werden, und gemeinschaftlich über die demnächst zu thuenden Schritte zu berathen. Hier berichteten sie über den Erfolg ihrer Sendung, erwähnten der Protestation der in Wien lebenden Deutschen, und die Versammlung ertheilte laut der Deputation und mehren einzelnen Gliedern ihren Beifall. Die Petitionserledigung ist in dem Anhange Nr. LXXXII beigeschlossen.

2. Unser verehrter Historiograph Franz Palacky hat von der Frankfurter Versammlung der Deutschen in den sich gebilde-

Digitized by Google

ten Fünfziger-Ausschuß, der die Anträge für die bevorstehende Versammlung der Volksvertreter Deutschlands vorbereiten sollte, den ehrenvollen Ruf erhalten. Aber er lehnte solchen ab, und erließ, während er sich mit seinen Privatverhältnissen entschuldigen konnte, und sogar auf die erst zu erwirkende Bewilligung der öster. Regierung berufen mußte, eine förmliche Staatsschrift, wodurch er die Vereinigung Oesterreichs mit Deutschland als eine Unmöglichkeit darstellte, und so nicht nur dem Beschluß des Ministeriums vorgegriffen, sondern auch das Wirken desselben in dieser Sache verhindert hat. Palacky bewegt sich auf den hystorischen Boden, vergaß aber hierüber die gegenwärtige Stellung Oesterreichs und die drohenden Gefahren. Da die öffentliche Erklärung des Palacky der Zwietracht zwischen den Böhmen (Czechen und Deutschen) reichlichen Stoff zuführte, so müssen wir auch solche beischließen (s. im Anhange Nr. LXXXIII).

3. Auch Inländer und besonders die Studenten fingen an, die deutschen Farben zu tragen. Sie wurden deshalb in Prag bei mehren Gelegenheiten beschimpft, vorzüglich mußten sich die Studierenden Nekereien ausgesetzt sehen; und es hatte sich sogar der Professor der böhmischen Sprache Kaubek, Tribun der philosophischen Facultät, erlaubt, einen mit der deutschen Kokarde gezierten Studirenden hinauszuweisen. All dieses mußte unter den Deutschen Unwillen hervorrufen. Sie veranstalteten nun durch mündliche Verabredung eine Versammlung im sächsischen Hofe, um sich über ihre Nationalangelegenheiten zu berathen; der Saal war ganz gefüllt, die Stimmung nach solchen Angriffen eine sehr aufgeregte, dennoch wollte man darin keine böse Absicht erkennen, man nahm an, daß die fraglichen Beleidigungen nur ein Mißverständniß hervorgerufen haben dürfte.

Der erste Akt dieser Versammlung nach einer heftigen Konstatirung von Thatsachen war die feierliche Betheuerung, daß weder das Versammeln selbst, noch das Tragen der deutschen Farben eine Demonstration gegen ihre Brüder, die Czechen, noch weniger das Verlangen einer staatlichen Abtrennung bezweckte, welche Gesinnung in mehrfacher Wiederholung manifestirt wurde. Dagegen nahm die Versammlung das unbestreitbare Recht jedes freien Staatsbürgers in Anspruch, seine Meinung offen, durch Abzeichen wie durch Worte kundzugeben, von welcher Meinung man sich durch keine Einschüchterungsversuche abwendig machen lassen wolle. Es wurde einmüthig beschlossen, die deutschen Farben zu tragen, immer mit der Verwahrung, nur die eigenen nationalen Gefühle auszudrücken, ohne einer Beeinträchtigung der eben so vollberechtigten czechischen Nationalität. Dr. Kliebert versuchte Anfangs, ehe noch die Versammlung ihre Ansichten und Wünsche formulirt hatte, gegen eine diesfällige Verhandlung Einsprache zu machen. Später suchte der Buchhändler Borrosch, als schon viele Fälle von Insultirung durch die Betreffenden konstatirt waren, in einer langen Rede aus eben diesen Fällen die nahe drohende Gefahr einer Spaltung zwischen beiden Nationen als Schreckbild aufzustellen, statt vor allem durch Aufklärung

Digitized by Google

der Rechtsfrage der gerechten Entrüstung den Boden zuzugestehen. Die Gereiztheit durch eine unbillige Herausforderung blieb immer noch in voller Kraft, aber trotz der heftigen Gemüthsbewegung und obgleich die Versammlung ohne leitenden Vorsitzer war, kam sie doch zu bestimmten Beschlüßen. Es wurde ein Ausschuß gewählt, und mit Ausführung der Wünsche beauftragt, man mäßigte sich so weit, das Tragen der deutschen Farben auf 48 Stunden zu verschieben, bis der Ausschuß der Versammlung von seinen Schritten Rechenschaft gelegt. Der letztere hat nun beschlossen, eine Erklärung (s. Anhang Nr. LXXXIV) zu verfassen, und dem National-Comité zu übergeben.

4. Heute Abends brachte man dem Bürgermeister Dr. Strobach eine Serenade mit einem Fakelzug, an welchem Menschen aller Klassen, aller Stände Theil nahmen, der Zug, von zwei Musikbanden der uniformirten Bürgerkorps begleitet, wälzte um 8 Uhr sich in unabsehbarer Masse, vielleicht bei 8000, aus denen die Uniformen der Nationalgarde und die Kappen der Studenten beim Scheine der Fakeln, die sich in den blanken Waffen spiegelten, hervor leuchteten, vom Roßmarkte aus durch die neue Allee auf den Franzensquai zur Wohnung des Bürgermeisters. Dr. Strobach verfügte sich herab, und die 9. Compagnie der Nationalgarde, welche sich in den ersten Tagen der Aufregung zur Aufrechthaltung der Ruhe und Ordnung durch ihn gebildet, und welche derselbe als Hauptmann befehligt hat, übergab eine Adresse (s. im Anhange Nr. LXXXV). Dr. Strobach beantwortete diese unter andern dahin: daß es sein Stolz bleibe, durch die Wahl der Mitbürger zu dem ehrenvollen Posten eines Prager Bürgermeisters gelangt zu sein, und er diese Auszeichnung viel höher zu schätzen wisse, als die sehr zweifelhafte Ehre, auf der Stufenleiter der Bureaucratie zu hohen Würden emporgestiegen zu sein. Ein vieltausendstimmiges Hoch folgte dieser herzlichen Anrede, die Musikkapellen spielten abwechselnd Nationalmelodien und Märsche. Nach einem ungefähr einstündigen Verweilen bewegte sich der Zug dem Quai entlang unter unaufhörlichen Slawarufen, Gesang und Klirren der Säbelklingen durch die Jesuitengasse über den altstädter Ring auf den Roßmarkt zurück, wo sich die Masse auflöste.

Am 12. April.

1. Die Doctoren und Kandidaten der juridischen Doctorswürde haben in einer Versammlung den Beschluß gefaßt, der bewaffneten Juristen-Cohorte als fünfte Centurie beizutreten.

2. Wie bereits gestern erwähnt worden, wurde beschlossen, als Danksagung für die so günstig erledigte Petition ein Dankamt in der St. Veitskirche auf dem Hradschin abzuhalten. Es erfolgten aber die Einladungen so spät, daß von den berufenen Nationalgarden und Studenten weit weniger erschienen sind, als man bei einer so erhebenden Feierlichkeit mit Recht erwarten konnte.

Digitized by Google

Nach 10 Uhr ging der Zug vom altstädter Rathhause aus, bestehend aus den festlich gekleideten Deputirten mit weißrothen schwarzgelb eingefaßten Schärpen, gefolgt von dem gesammten Bürgerausschuße und den Magistratsbeamten unter Vortritt des Bürgermeisters, dann den Mitgliedern des National-Comité, welchen sich mehre hiesige Bürger, Literaten, Künstler und andere anschloßen, paarweis, in würdig ernster Haltung über die Karlsbrücke auf den Hradschin in die Domkirche. Der Zug wurde von mehren Kompagnien der Nationalgarde, einigen Centurien der Studentenlegion und Ehrenwachen des Bürgerkorps mit Musikchören begleitet. Auf dem Burgplatze ward ein Bataillon Grenadiere und eine Abtheilung der uniformirten Bürgergarde nebst drei Musikbanden aufgestellt. Im Dome selbst hatte sich eine zahlreiche Volksmenge eingefunden, und gegen den Andrang in den Räumen der Kirche war eine Abtheilung Nationalgarde kommandirt.

Auch der Herr Oberstburggraf, viele Staatsbeamte, mehre hohe Stabsoffiziere, an der Spitze derselben Se. k. Hoheit der Erzherzog Karl Ferdinand, und der academische Senat hatte sich eingefunden. Bei dem Gottesdienste fungirte der Herr Fürsterzbischof unter zahlreicher Assistenz, das Glockengeläute und Gewehrsalve des aufgestellten Militär-Grenadier-Bataillons bezeichneten den Anfang der feierlichen Handlung, eine zweite Salve verkündete die Wandlung, eine dritte den Schluß des Gottesdienstes.

Der Abzug war ebenfalls ein feierlicher, und die aufgestellten Truppen, so wie die in den Burghöfen zerstreuten Ehrenwachen ordneten sich. An der Spitze marschirte ein Bataillon der Bürgergarde mit Musik, diesem folgten die academische Legion, in deren Mitte der Bürgermeister und die Deputirten einherschritten, hierauf die andern Mitglieder des Zuges, dann die Nationalgarde mit einer Regimentsmusik und den Schluß des Ganzen bildete das Grenadier-Bataillon. Aus den Fenstern vieler Häuser wurde der Zug durch Schwenken von Fahnen und Tüchern begrüßt; erst gegen 2 Uhr kam derselbe vor dem altstädter Rathhause an.

3. Der ersterwähnte feierliche Zug hielt vor dem Gubernialgebäude an, und die Glieder des National-Comité, die Wiener Deputirten an der Spitze, begaben sich zu dem Herrn Gouverneur, von welchem das National-Comité als constituirt erklärt wurde.

4. Heute früh wurde den Bewohnern durch einen Maueranschlag von dem Bürgermeister und den Stadtverordneten mitgetheilt, daß zwar von mehren Seiten der Wunsch einer Illumination der Stadt ausgesprochen wurde, aber kein Zwang statt finden dürfe, daher es Jedermann frei stehe, zu beleuchten, oder dies zu unterlassen. Ungeachtet dessen sahen wir die Beleuchtung allgemein, und wenn auch Manche wenig Lust dazu hatten, so konnten sie sich doch nicht der Gefahr des Fenstereinwerfens aussetzen, gegen welches in Prag kein Maueranschlag einer Behörde zu schützen vermag. Die Beleuchtung war zwar allgemein, aber sehr einfach, wenige Häuser ausgenommen, bloß auf Kerzen-

Digitized by Google

licht beschränkt; davon läßt sich nicht auf eine innige Freude schließen. Die wenigen Transparente können wir, ohne viel Raum zu verlieren, aufnehmen:

a. An den Fenstern des Buchhändlers Borrosch waren Ursache, Wirkung und Folgen in 3 Transparenten versinnlicht: 1. der Schutzgeist Oesterreichs als Erzengel Michael mit der Kaiserkrone und der Uiberschrift „Austria" stürzt das teuflische System (Satan) in den höllischen Abgrund, 2. der die Geistesfesseln niedertretende böhmische Löwe richtet sich freiheitsmuthig empor, im Hintergrunde links Prag (Hradschin) mit dem friedenkündenden Regenbogen, rechts Wien durch die Stephans- und Karlskirche repräsentirt. 3. Lehr-, Nähr- und Wehrstand als drei mittelalterlich gekleidete Individuen schwören vor dem Nationalbanner auf die Konstitution. Uiber dem Mittelbilde schwebt ein mit der Kaiserkrone geschmücktes F., um den hohen Geber aller dieser Güter symbolisch anzudeuten.

b. Bei Witek war ein Transparent mit Böhmens Wappen und der Inschrift: Sláwé Cechum at žije swoboda tisku, in einem zweiten Fenster ein Brustbild des Kaisers mit der Inschrift: Sláwa laskawému, králi und im Zwischenfenster zwei böhmische Disticha des Inhalts: „Satan habe mit ächt jesuitischer List Mundschlösser erfunden, auf daß man nicht offenbaren könne, wie man im Herzen gesinnt sei; Ferdinand dagegen habe mit gnädiger Hand die Censur vernichtet, auf daß sich der Geist offenbare. Ewiger Ruhm dem König.

c. An einem Hause in der Brenntengasse zeigte ein großes brillantes Transparent-Tableau die Sonne der Freiheit ober dem Ziskaberge aufgehend, mit ihren ersten Strahlen das hundertthürmige Prag begrüßend, die Finsterniß und ihre Genossen, Censur und geheime Polizei verscheuchend. Dabei ein Chronodistichon.

d. In der Nikolandergasse an dem Hause des Grafen Friedrich Deym war am Giebel Böhmens Löwe und Oesterreichs Adler, über dem einem Thore: Swornost bratři sila naše (Eintracht Brüder unsere Stärke) über dem zweiten: Cech a Němec jedno telo (der Deutsche und der Böhme ein Leib), überdies befanden sich alle Fenster festlich geschmückt.

e. In der Zeltnergasse war an einem Fenster zu lesen: Pereat Metternich.

f. Auf der Kleinseite, dem Hause des Grafen Johann Kollowrat, bemerkten wir herrliche Transparente, Bilder von Lhota gemalt, und mit böhmischen Inschriften geziert; Allegorien von Böhmens Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft, und

g. an der Front des Karolinums die Aufstellung einer beleuchteten Schrift; aber aus dem Universitätsgebäude stieg auf Veranlassung der medicinischen Facultät ein Konstitutionsballon, nationalfärbig illuminirt, in die Höhe, der sich über den Josephsplatz gegen das Karolinenthal zu bewegte.

5. Es bildet sich in Prag eine Freischaar für Schleßwig-Holstein.

Digitized by Google

Am 13. April.

1. Der Legion der Techniker wurde von der Kaufmannsgattin Anna Melichar eine Fahne zugesichert, welche sie theils aus dem Uiberreste einer zum feierlichen Empfange der aus Wien zurückgekehrten Prager Deputirten eingeleiteten Sammlung, größtentheils aber aus eigenen Mitteln beigeschafft hat. Die Fahne enthält, reich in Seide ausgestattet, auf der einen Seite den böhmischen Löwen, silbern im rothen Felde, auf der andern das technische Wappen, ferner silbergestickte Bänder mit böhmischen und deutschen Inschriften. Am heutigen Vormittags holte eine große Abtheilung der technischen Cohorte, die festlich geschmückt und vollkommen gerüstet war, mit klingendem Spiele die Fahne feierlichst aus der Wohnung der genannten Frau am Roßmarkte. Der Tribun überreichte die Fahne den Anwesenden mit einer vor der Fronte gehaltenen kurzen begeisternden Anrede, während die Musik die Volkshymne anstimmte, worauf man ein wiederholtes Sláwa als Dank der Geberin brachte. Sodann wurde die Fahne über den altstädter Ring bei der Bürgerwache, welche ins Gewehr trat, und die Trommeln rührte, vorüber, ferner vorbei der Technik nach der Wohnung des Tribuns zur Deponirung getragen.

2. Das sich gebildete National-Comité wollte sich heute um 10 Uhr in dem Lokale des Gewerbsvereins zu einer vorbereitenden Sitzung versammeln, um vor allem über die Geschäftsordnung dieses Vereins zu berathen. Der Herr Oberstburggraf hat aber die Glieder in den Sitzungsaal des k. k. Guberniums geladen, und so wurde unter dessen Präsidium die erste Sitzung abgehalten. Der Gegenstand der Verhandlung war das Geschäftsreglement, und es wurde der Beschluß gefaßt, daß der Verein sich als National-Ausschuß constituire.

Während der Berathung wurde die eingelangte Erklärung des Ausschußes der Deutschen in Beziehung auf die deutsche Cocarde (Anh. Nr. LXXXIV) vorgetragen, worüber heftige Debatten entstanden. Man faßte den Beschluß, hierüber eine Antwort zu ertheilen, die Ausschüße der Deutschen in den Ausschuß zu laden, und es sollen vorläufig Graf Franz Thun, Dr. Kliebert, Hartmann und Borrosch den Deutschen eine mündliche Mittheilung machen.

3. Die Deutschen hielten heute Abends die zweite Versammlung im sächsischen Hofe. Der Ausschuß erstattete Bericht über sein bisheriges Einschreiten in Beziehung auf das Tragen der National-Cocarde, und setzte von der erhaltenen Einladung in den National-Ausschuß die Anwesenden in Kenntniß. Die Versammlung wollte sich damit nicht begnügen, und man erklärte ausdrücklich, sich das Recht, seine Nationalität auch äußerlich zu bekennen, auf das Entschiedenste zu sichern. Besondere Entrüstung erregte abermalen das unangemessene Benehmen eines academischen Lehrers gegen die deutschen Farben. Indessen wurde die Stimmung durch die Bemühungen des Hartmann und Reitter

Digitized by Google

versöhnlicher, und man wollte die Antwort des National-Ausschußes abwarten.

4. Der Herr Gouverneur hat einen Ministerialbeschluß, enthaltend die Grundsätze der Organisirung der Nationalgarde, mitgetheilt (s. Anhang Nr. LXXXVI).

5. Am heutigen bildete sich ein Ausschuß des Prager subalternen Lehrpersonals, um seine Ansichten über den Zustand des gesammten Volksschulwesens dem National-Ausschuß ungesäumt vorzulegen.

6. Mit dem Abendtrain ist die Doctoren-Deputation, bestehend aus Wolfgang Wessely, Wenzel Bělsky, Leopold Ehrenfeld, Federsell, Schwez und Petruschka nach Wien abgegangen.

Sie verfügten sich aus dem Karolinum um 5 Uhr Nachmittags in den Bahnhof. Die Juristencohorte mit ihrem Tribun Professor Wessely gab den Deputirten bis dahin das Geleite, dem sich auch der Bürgermeister Dr. Strobach angeschlossen. Im Bahnhofe angelangt, sprach Dr. Wolfgang Wessely die Juristencohorte an, und erörtete derselben vorzüglich, daß jener Schritt, den die Deputirten gegenwärtig unternehmen, wenn er gelingt, den Studirenden eine frohere Aussicht eröffnen werde. Tribun Dr. Wessely erwiderte diese Rede mit herzlichen Worten, und unter einstimmigem Sláwa-Rufe eilten die Deputirten dahin.

7. Heute Abends hörten wir eine Katzenmusik. Sie war einem vom Lande hereingekommenen Kreishauptmann, der beschuldigt wurde, Prager, die man in dem Kreise wegen Aufwieglung betreten (s. Anh. den Erlaß des Herrn Gouverneurs Nr. LXIX), verhaftet zu haben, dann dem Großhändler Fiedler, der in einem Briefe nach Wien die dahin gesandte Deputation verdächtigt haben soll (s. Anhang Nr. LXXXVII) und einem Professor der Philosophie gewidmet. Es war noch Jemanden vermeint, allein dies verhinderte Bürgermeister Strobach.

Am 14. April.

1. Es ist die gegründete Besorgniß eingetreten, daß Nationalgardisten die ihnen anvertrauten Aerarial-Waffen veräußern, und darum hat der Bürgermeister den Ankauf derselben Jedermann verboten (s. Anh. Nr. LXXXVIII).

2. Die öffentlichen Blätter bringen uns eine Erklärung des Schriftstellers Johann Erasmus Wocel, wodurch er sich gegen das verbreitete Gerücht verwahret, als ob er das Preßgesetz gebilligt habe. Wir werden hieraus entnehmen, wie sich Alles populär zu machen bemüht ist, und wie jeder ängstlich nach allgemeiner Gunst zu haschen sucht, und darum wird die fragliche Erklärung (s. Anhang Nr. LXXXIX) beigeschlossen.

3. Der National-Ausschuß hat seine zweite Sitzung abgehalten. Es kam in derselben zur Sprache:

Digitized by Google

a. die Antwort auf die Erklärung des Comité der Deutschen, welche so ausgefertigt wurde, wie in dem Anhang Nr. XC enthalten ist. Es erfolgte ferner

b. eine mündliche Abrede mit den erschienenen Deputirten der Deutschen, und obgleich der National-Ausschuß zugestanden, daß den Deutschen das Recht zukomme, die Farben ihres Volkes zu tragen, so stelle derselbe doch den Antrag, es in diesem Augenblicke der herrschenden Aufregung wegen nicht zu thun. Die Deputirten erwiederten hierauf, für ihre Comittenten keine Verpflichtung eingehen, wohl aber diese dafür stimmen zu wollen, nur erbaten sie sich die Mitwirkung des Grafen Thun Namens des Ausschußes, welcher letztern auch autho-risirte. Uiber den Vorschlag des Herrn Oberstburggrafen wurden Mitglieder der deutschen Deputation durch allgemeinen Zuruf in den National-Ausschuß aufgenommen, worauf man über die Theilung der Geschäfte in Sectionen berathen hat.

4. Am Abend versammelten sich die Deutschen zum drittenmal im sächsischen Hof. Der im Namen des National-Ausschußes erschienene Graf Franz Thun legte in einer umfassenden herzlichen und eindringlichen Rede den Versammelten seine und des Ausschußes Gründe, warum die Annahme der deutschen Farbe bedenklich sei, ja folgenschwer wirken könne, auseinander, und forderte sie mit Unterstützung ihres Ausschußes auf, ihrem anerkannten Rechte vorläufig freiwillig zu entsagen. Die Versammlung unter dem Vorsitze des kräftigen Redners Kolb stimmte bei, und nach mehren Vorträgen, auch Bemühen des Deputirten Bibus, so wie des Subtribuns der philosophischen Cohorte wurde der Beschluß gefaßt, die deutschen Farben einstweilen nicht zu tragen; doch behielt man sich die Gesinnung auf das Entschiedenste vor. Die Deutschen haben hierüber eine öffentliche Erklärung erlassen (s. Anhang Nr. XCI). So wurde ein Streit zwischen Czechen und Deutschen geschlichtet, leider nur vor der Hand, denn wir werden später erfahren, daß derselbe in eine Gewaltthat übergangen ist.

Am 15. April.

1. Die hiesigen Kaufleute hielten Nachmittags um 4 Uhr eine Versammlung im Saale des Gasthauses zum Erzherzog Stephan. Sie haben bei dem Umstande, da in dem gegenwärtigen Zeitpunkte die Interessen des Handels kräftig vertreten werden müssen, den Beschluß zur Bildung eines Comité gefaßt, und morgen sollen die verschiedenen Abtheilungen des Handels die Ausschüße wählen.

2. In Beziehung auf die vorgestern veranstalteten Katzenmusiken und die dadurch gestörte Ruhe ist von dem Magistrate eine Warnung, und zugleich an die Nationalgarde die Aufforderung erlassen worden, zur Aufrechthaltung der Ruhe und Ordnung thätigst mitzuwirken (s. Anhang Nr. XCII).

Digitized by Google

3. Der Herr Oberstburggraf Graf Stadion hat veröffentlicht, daß Se. Majestät seine Dienstesresignation angenommen, und den k. k. Gubernialrath zu Lemberg Herrn Grafen Leo Thun zum Präsidenten des böhmischen Landesguberniums ernannt habe (s. Anhang Nr. XCIII). Er erließ zugleich eine Aufforderung an die Mitglieder des National-Ausschußes wegen eifriger und gewissenhafter Fortsetzung ihrer Arbeiten. (s. Anhang Nr. XCIV).

4. Das Repräsentations Comité der k. Hauptstadt Brünn überreichte a. h. Orts eine Protestation gegen die Vereinigung der Provinzen Mähren und Schlesien mit Böhmen (s. Anhang Nr. XCIV. b).

Am 16. April.

1. Die Handlungscommis Prags haben sich zur Abhaltung einer Versammlung im Saale des Hôtel de Saxe zu einer gemeinschaftlichen, in ihrem Interesse liegenden Berathung vereinigt.

2. Die böhmische Sparkasse hat den National-Ausschuß angegangen, einige Glieder abzuordnen, welche von der Gebahrung der Anstalt in allen Details Einsicht nehmen, und das Ergebniß veröffentlichen wollen, damit hiedurch den Interessenten die Uiberzeugung und Beruhigung, und der Vorstand selbst aller Verdächtigung enthoben werde. (s. Anhang Nr. XCV). Der National-Ausschuß hat eine Kommission abgeordnet.

3. Am heutigen war die Einführung des Bürgermeisters Dr. Strobach in sein Amt. Gegen 9 Uhr Morgens hatte sich der ganze Magistrat, der Bürgermeister, die Stadtverordneten und der große Ausschuß mit den zwei Vicebürgermeistern an der Spitze vom großen Rathhaussaale in die Teynkirche begeben, wo ein feierlicher Gottesdienst abgehalten wurde. Als der Zug in das Rathhaus rückgekehrt war, erfolgte der Akt der Installation durch den Herrn Oberstburggrafen, welcher in einer kurzen Rede den Bürgermeister der versammelten Menge vorstelte, und zugleich den neuen Wirkungskreis des Magistratsvorstehers bezeichnete. Der Bürgermeister sprach entgegen seinen Dank aus für das Vertrauen, das die Bürgerschaft Prags in ihn gesetzt, versicherte sie aber auch zugleich seines heiligsten Entschlußes, alle seine Kräfte aufzubiethen, um im Verein mit den würdigen Männern, die sie ihm als Stadtverordnete an die Seite gestellt, ein neues Gebäude städtischen Gemeinwesens aufzuführen, und die errungenen Rechte der Stadt gegen jede Macht, komme sie von woher immer, kräftigst zu wahren. Öffentlichkeit sei das Princip unserer neuen Verfassung, Oeffentlichkeit werde auch sein Princip sein. Was der Landtag für Böhmen, das solle das Prager Stadtverordnete-Kollegium und der Rath der Hundert für Prag werden. Schließlich fordere er die Presse auf, alle Schäden aufzudecken, alle Mißgriffe entschieden zu rügen, und seine Verwaltung der strengsten Kritik zu unterziehen. Jede gerechte Mahnung werde mit Freuden aufgenommen, und ihre Rathschläge

Digitized by Google

befolgt werden, ungerechte Vorwürfe werde man durch eben die Presse zu widerlegen, und sich zu rechtfertigen wissen. Der Vice-Bürgermeister Pstroß legte im Namen der beiden Senate und der Magistratsbeamten dem Bürgermeister dringend ans Herz, das längst gebrochene und in der Letztzeit fast ganz untergegangene Ansehen der städtischen Behörden wieder zur Geltung zu bringen. Hierauf haben die Räthe dem Bürgermeister den Handschlag ertheilt, und nach diesem Akte schloß der neue Vorsteher die ganze Feier mit einer ergreifenden Rede. Zuletzt brachte er noch ein Hoch aus auf den Herrn Oberstburggrafen, der die neue Ordnung der Dinge zuerst und so schnell ins Leben gerufen, und auf ein von der Menge enthusiastisch ausgebrachtes Vivat auf den Bürgermeister selbst ließ dieser die Bürgerschaft leben.

Der Wirkungskreis des neuen Stadtvorstehers ist von dem frühern weit unterschieden. Er umfaßt vorzugsweise das Oeconomicum und die Stadtpolizei; das sogenannte publico Politicum steht nur unter seiner Oberleitung, die mit dem Magistrate noch verbundenen Gerichtsstellen des Judicial- und Kriminalsenates, sowie des Wechselgerichtes haben selbstständig unter den Präsidien der beiden Vicebürgermeister zu wirken.

Am 17. April.

1. Die Stadt Prag hat uns heute wieder ein trauriges Bild dargeboten, und uns einen Judenkrawall vorgeführt, der bedenkliche Folgen haben konnte. Diese Stadt zählt eine bedeutende israelitische Bevölkerung, wie sie selten in einer Stadt zu finden ist; in beinahe 300 Häusern vertheilt, eine eigene Gemeinde für sich bildend, wohnt der vermöglichere Theil in der Christenstadt. Der Groß- und Kleinhandel, das Fabrikswesen befindet sich größtentheils in Händen der Juden, ihnen kömmt schon seit undenklichen Zeiten die besondere Begünstigung zu, in der Christenstadt Verschleißgewölber am sogenannten Tantelmarkte zu errichten, eigenthümlich zu besitzen, und gegen Entgeld an Andere zu übertragen. Die Zahl dieser Verschleißlokalitäten und Kramladen ist über 800, und nicht genug an dem, sie verlegten ihre Gewölber auch in Häuser, die ihnen nicht zugewiesen waren, und hausiren noch von Haus zu Haus. Dies konnte allerdings den christlichen Handelsleuten nicht gleichgiltig bleiben, es entstanden dadurch Beschwerden, die meistens keinen Erfolg hatten. Endlich erschien die Hofentscheidung, die Juden seien hinsichtlich ihrer Wohnungen auf die Judenstadt und hinsichtlich ihrer Verschleißgewölber auf den Tandelmarkt beschränkt, allein bis heute besteht noch der alte Zustand, denn durch Rekurse ist die Vollziehung jener Entschließung verzögert worden.

Die Israeliten nehmen aber auch auf die von den Christen betriebenen Gewerbe einen mittelbaren Einfluß, da die ärmere Klasse bei ihnen Geldanlehen und Kredit von Waaren suchet, auch gegen meistens hohe Procente findet.

Wir werden aus diesem kleinen Bilde entnehmen, daß die Gewerbs-

Digitized by Google

und Handelsleute mit Neid und auch mit Unmuth den Beschäftigungen der Juden ihre Aufmerksamkeit zuwandten. Schon vor mehreren Jahren bei Gelegenheit einer Bewegung der Fabriksarbeiter waren die Israeliten bedroht, und nur Waffengewalt konnte die Ruhe herstellen.

Endlich trat die denkwürdige März-Epoche ein. Die Petition der Prager war auf Gleichstellung aller Staatsbürger in ihren Rechten, also auch auf Emancipation gerichtet; in demselben Geiste erschien die Erledigung, doch sollte die Frage, welche Rechte den Juden in Böhmen einzuräumen wären, der Verhandlung des Landtages vorbehalten bleiben.

Das Comité, welches sich mit der Petition beschäftigte, hat dieser Bitte Humanität, Gleichheit und Freiheit aller Staatsbürger zum Grunde gelegt, allein nicht bedacht, daß die Ausführung dieser Maßregel in dem gegenwärtigen Momente unübersteigliche Hindernisse finden werde, um so mehr, als sich mehrere Stimmen gegen einen solchen Akt erhoben hatten.

Es war daher nothwendig, daß man das Volk auf die Emancipation durch Flugschriften vorbereite, ob die Juden dazu mitgewirkt haben oder nicht, ist mir keineswegs bekannt. So erschienen nach erfolgter Preßfreiheit mehrere Brochüren, die für die Juden das Wort führten, aber sie wurden auch wieder durch ein Heer von Schmähschriften beantwortet, die einen mehr aufreizenden Charakter gegen die Juden annahmen. Man sagt, christliche Bewohner Prags und zwar Handels- oder Gewerbsleute hätten sogar Geldopfer gebracht, um auf das gemeine Volk zu einer Demonstration gegen die Juden zu wirken, und dieses Volk konnte einer solchen Aufforderung um so weniger widerstehen, als dadurch demselben eine reiche Beute in Aussicht gestellt wurde.

Der erste Angriff war gegen den israelitischen Handelsmann Wehli gerichtet, der auf eine unbegreifliche Art das Recht zur Eröffnung eines Verschleißgewölbes mit Modewaaren in der Christenstadt erworben, und gegenwärtig sich an den belebtesten Theil dem Ecke des Roßmarktes und des Grabens festsetzte. Er hatte ein großes Waarenlager und bedeutenden Zulauf, dies war den christlichen Handelsleuten längst ein Dorn im Auge.

Schon am gestrigen fand man früher auf der Gewölbthüre Todtenköpfe mit der Unterschrift: „Tod den Juden" gezeichnet, und ein dumpfes Gerücht verkündete die Verjagung des Wehli. Man rieth ihm, am heutigen nicht zu öffnen, aber er wollte der Gewalt trotzen. Es geschah Morgens ein förmlicher Angriff auf diesen Laden, die herbeigerufene Nationalgarde zerstreute zwar bald die Unruhestifter, doch diese zogen nun gegen den in der Nähe befindlichen Tandelmarkt, wo sie ihre Wuth an Läden, Auslagskästen und Handelsbuden ausließen. In Zeit von fünf Minuten waren sämmliche Läden der israelitischen Verkäufer geschlossen und kein Jude mehr zu erblicken. Die schnell allarmirte Nationalgarde und Studenten sperrten

Digitized by Google

die Gäſſen, nahmen mehre der Unruhigen gefangen, und ſtellten die Ruhe auf friedlichem Wege wieder her. Unter den Tumultuanten bemerkte man leider Menſchen, der beſſern Klaſſe zugehörig. Nachmittags erklärte der iſraelitiſche Handelsmann Wehli, daß er der Ruhe ein Opfer bringen wolle, und ſein Gewölb ſchließe. Noch in der Nacht führte er ſein Waarenlager hinweg.

2. Es verlautete ſchon früher, daß Wiener Studenten in größerer Zahl, ſelbſt mit einigen Profeſſoren die Oſterferien zu einem Beſuche Prags benützen wollen, und nach den letzten Berichten ſollte die Zahl bei 300 betragen. Unſere Studentenſchaft bereitete ſchon mehre Feſtlichkeiten, doch heute erhielten wir die Nachricht, daß die Studenten nicht kommen. Dies wurde von Prag aus veranlaßt, weil man mit Grund beſorgen mußte, daß die beſtehende Aufregung wieder mehr Stoff erhalten würde.

3. Der Herr Gouverneur zeigte an, daß der National-Ausſchuß ſeine Sitzungen im alten Landhauſe auf der Kleinſeite abhalten, und morgen dort eröffnen werde. Der Zutritt ſollte nur gegen Eintrittskarten geſtattet ſein (ſ. Anh. Nr. XCVI.), doch von dieſer Beſchränkung iſt es abgekommen, und da man Jedermann zuläßt, ſo iſt des Andranges wegen der gebildetere Theil ausgeſchloſſen, und darum werden die Verhandlungen oft geſtört.

4. Die in Prag befindlichen Deutſchen haben für nothwendig befunden, zur Wahrung ihrer Nationalität einen Verein zu bilden, deſſen Zweck die kräftigſte konſtitutionelle Entfaltung der beiden gleichberechtigten Nationalitäten Böhmens in innigſter Vereinigung mit den übrigen zum deutſchen Bunde gehörigen Ländern Oeſterreichs und in möglich nächſter Verbindung mit Deutſchland ſein ſolle. Sie haben zur Berathung deſſen am heutigen eine Verſammlung abgehalten.

Am 18. April.

1. Sitzung des National-Ausſchuſſes. In derſelben kam die proviſoriſche Wahlordnung für die zum künftigen Landtage einzuberufenden Deputirten zur Sprache. Es ereignete ſich auch ein Zwiſchenfall, ein Techniker begehrte nämlich die Ausſcheidung zweier Studenten, und zuletzt erklärte er gegen die Verſammlung offen, daß in ſolcher Mehre vorkommen, die nicht dahin gehören.

2. Der Bürgermeiſter und die Stadtverordneten haben durch öffentlichen Anſchlag zur Kenntniß des Publikums gebracht, daß jene, welche ſich bei der geſtern vorgefallenen ſtürmiſchen Demonſtration Aufreizungen zu öffentlichen Gewaltthätigkeiten zu Schulden kommen ließen, dem Kriminalgerichte zur Unterſuchung und Beſtrafung übergeben worden ſeien. Zugleich wurde dem Eifer der Nationalgarde und der Studentenlegion das größte Lob geſpendet, auch Eltern und Lehrherren ermahnt, die häusliche Obhut über ihre Angehörigen ſich angelegen ſein zu laſſen.

3. Profeſſor F. Exner, welcher nach Wien zur Mitwirkung an

Digitized by Google

der Bearbeitung des neuen Schulplans berufen wurde, hat von dort aus dem Gerüchte, als ob er Präsident einer Gesellschaft sei, welche den Zweck hat, die Slawen in Böhmen und Mähren zu unterdrücken, durch eine öffentliche Erklärung (s. Anh. Nr. XCVII.) entgegnet. Abermals ein Beweis, wie sehr Männer von unbescholtenem Rufe und immer freisinnigem Charakter nach Volksgunst streben.

Am 19. April.

1. Die Richteramtskandidaten haben eine Versammlung im Gasthause zum sächsischen Hofe abgehalten, und es wurde beschlossen, höchsten Orts dahin einzuschreiten, damit allen zum Richteramte bereits befähigten Juristen das Recht zur Advokatenpraxis eingeräumt werde. Die Ausarbeitung des Entwurfes wurde einem gewählten Ausschuße von fünf Gliedern übertragen.

2. Die Konsistorialkundmachung vom 20. März wegen Einführung böhmischer Schulen hat in den deutschen Gegenden Zweifel und Unwillen erregt; daher hat der Herr Erzbischof am heutigen in einem Konsistorialerlasse hierüber die Aufklärung gegeben, (s. Anh. Nr. XCVIII).

3. Die Smichower Nationalgarde erklärt in einer Bekanntmachung, daß sie den ihrem Gewissen und ihrer Ehre anvertrauten Schutz des Eigenthums und der Person eines Jeden, welchem Glauben er auch angehöre, ausüben werde, und fordert daher auf, den getroffenen Anordnungen zum Zwecke der öffentlichen Sicherheit unbedingt Folge zu leisten, widrigenfalls Verhaftung und strenge gesetzliche Ahndung statt finden werde.

4. Mit dem Abendtrain der Eisenbahn sind die erwarteten Wiener Studenten angekommen. Ein großer Theil derselben begab sich in den Speisesalon des Gasthofes: „zum blauen Stern" und wurde von den Anwesenden auf das Herzlichste bewillkommt; sie brachten allen Böhmen ein Lebehoch, und haben beschlossen, neben den schwarz-roth-goldenen Kokarden auch die böhmischen Landesfarben zu tragen. Zugleich wurde von ihnen über den Zweck ihrer Erscheinung eine öffentliche Erklärung (s. Anh. Nr. XCIX) abgegeben.

5. Die Deutschböhmen haben am heutigen eine Versammlung abgehalten, und über den Vortrag des Ausschußes wurde einstimmig die Bezeichnung; constitutioneller Verein angenommen, und die Gründung einer Zeitung zur Vertretung der deutschen Nationalität mittels Actien beschlossen.

Das Mitglied des Ausschußes Kolb als Führer der nach Schleswig ziehenden freiwilligen Böhmen hielt eine Abschiedsrede.

6. Der Nationalausschuß war am heutigen versammelt und beschäftigte sich vor allem mit der Bildung der Sectionen, von welchen die einzelnen Gegenstände bearbeitet werden sollten, und man erkannte die Nothwendigkeit, damit zu eilen; die Berathung der Wahlordnung wurde fortgesetzt, und zugleich der Beschluß gefaßt, Abendsitzungen um 5 Uhr abzuhalten. Im Verlaufe der Sitzung wurde noch eine Depu-

Digitized by Google

tation von Landleuten aus dem Berauner Kreise empfangen, die in einer eigenen Adresse ihr Vertrauen zu dem Nationalausschuße in einfachen würdigen Worten aussprach. Als Gegensatz dessen langte eine Adresse der Stadt Saaz ein, die sich gegen den National-Ausschuß und die in ihm sitzende czechische Partei in mehreren Punkten ausläßt. (s. im Anh. Nr. C.) Sie wurde der Section für innere Angelegenheiten zur Abfassung einer Rechtfertigungsantwort zugewiesen, und zugleich der Beschluß gefaßt, das Landespräsidium anzugehen, eine beruhigende Erklärung in die deutschen Kreise gelangen zu lassen, vorzüglich aber die dort lebenden Gerichtsbeamten und Schullehrer, welche den Grundsatz der Sprachengleichstellung mißverstehend, von der neuen Ordnung der Dinge eine Gefährdung ihrer bisherigen Stellung befürchten, über die eigentliche Geltung dieses Principes zu belehren.

Am 20. April.

1. Auf den heutigen war der Abmarsch des kleinen Corps der sich in Prag zusammengeschaarten Freiwilligen zur Hilfe der Schleswig-Hollsteiner gegen Dänemark bestimmt. Zu ihrer Bekleidung und Bewaffnung, die sehr zweckmäßig gewesen, und zur Bestreitung der Reiseauslagen sind ihnen reichliche Beiträge zugeflossen, auch erhielten sie von schönen Händen eine Fahne. Heute Morgens um 6 Uhr zogen sie unter Anführung des wackern Kolb vom Hôtel de Saxe ihrer selbst gewählten Bestimmung entgegen. Es waren nur 10 Mann, doch sollen schon etwa 20 voraus abgereist sein, theils noch welche nachfolgen. Zahlreiche Freunde, unter ihnen viele Studierende hatten sich eingefunden, den Scheidenden ein herzliches Lebewohl zu sagen.

2. Die Stadt Reichenberg hat gegen die Beschlüße des National-Ausschußes (St. Wenzels-Comité) eine Protestation nicht nur bei dem Landespräsidium, sondern auch bei dem Ministerium überreicht, und von der erstern Abdrücke im ganzen Lande verbreiten lassen, (s. Anh. Nr. CI.)

3. Die Bürger und Steuerpflichtigen der nächst Prag liegenden k. Bergstadt Wischehrad faßten in einer am heutigen im Rathhause abgehaltenen Versammlung den Beschlnß, bei dem National-Ausschuß zu beantragen, daß Wischehrad mit Prag vereinigt werde, indem ersterer Stadt die Hauszinssteuer in gleichem Maße wie der Hauptstadt obliege, und sie sich in ununterbrochenem Verkehr mit Prag befinde. Es wurde zugleich begehrt, eine Kommission abzuordnen, welche die Verhältnisse der Vereinigung der Art regle, daß Wischehrad aus seinen historisch begründeten Verhältnissen nicht herausgerissen werde.

4. Der National-Ausschuß war versammelt. Es kam die petitionirte Aufnahme neuer Mitglieder in den Ausschuß zur Verhandlung. Die Debatten über das Wahlgesetz wurden fortgesetzt. In dieser Sitzung erschien eine Deputation aus dem Saazer Kreise, welche ihre auf neuem Mißverständniß beruhenden Befürchtungen schriftlich der Versammlung vorlegte. Graf Mathias Thun belehrte sie über die

Digitized by Google

Unhaltbarkeit ihrer Beschwerden, und sie schieden, wie es schien, beruhigt aus der Versammlung.

5. Am heutigen gab eine Anzahl Mitglieder des Vereins der Deutschböhmen (constitutionellen Verein) zu Ehren der eben anwesenden deutsch-böhmischen Studenten aus Wien, welche in den Osterferien ihre Heimath besuchten, ein kleines Festmal, wobei Toaste auf Deutschlands, auf Oesterreichs Größe, auf das deutsche Parlament, auf das Wohl beider Nationen Böhmens, aller großen verstorbenen Vorkämpfer deutscher Freiheit gebracht wurden.

6. Der böhmische ständische Ausschuß erhält eine Zuschrift aus Galizien, als Dank der Pohlen für die von den Böhmen und hauptsächlich der böhmischen Damen geäußerte Sympathie für die unglücklichen Pohlen (s. Anh. Nr. CII.)

Am 21. April.

1. Die nach Wien mit der Petition der Prager Doktoren der Rechte abgesandten Deputirten sind mit einer günstigen Antwort rückgekehrt.

2. Die Gesellen der hiesigen Schneiderzunft haben eine Versammlung gehalten, und den Beschluß gefaßt, folgende Forderungen an ihre Meister zu stellen:

a. die Arbeitszeit von 7 Uhr Morgens bis 7 Uhr Abends, am Sonnabend aber bis 6 Uhr Abends festzusetzen;
b. den Lohn mit 1 fl. C. M. täglich zu bestimmen, und
c. die Arbeit nicht nach der Zahl der gelieferten Stücke, sondern tagweise zu zahlen.

3. Zur Unterstützung der hilflosen Bewohner des Erz- und Riesengebirges hat sich ein Comité gebildet, welches vom heutigen angefangen, durch 8 Tage an beiden Endpunkten der steinernen Brücke von jedem die Brücke Passirenden mit Ausnahme der ärmern Klasse einen milden Beitrag von 1 kr. W. W., ohne der Wohlthätigkeit Schranken zu setzen, eingehoben.

Männer des Adels, der höhern Staatsbeamten und geachtete Bürger unterzogen sich persönlich der Mühe der Sammlung unter den beiden Brückenthürmen.

4. In der Zeitschrift: „Kwěty" finden wir das Programm eines Vereins böhmischer Studirenden, der sich Slawia nennt, und zu seinem Wahlspruch die Wort: rownost a swornost (Gleichheit und Eintracht) gewählt hat. Mitglieder des Vereins können nur Akademiker werden, jedoch ohne Unterschied der Nationalität und des Glaubens) bis zur Erlangung des Doktorgrades oder dem Antritte eines Amtes. Die Mitglieder wählen einen Ausschuß, dieser einen Vorsitzer, welcher seinerseits den Kassier und Sekretär ernennt und die innern und äußern Angelegenheiten des Vereines leitet. Die Aufnahme neuer Mitglieder, so wie die Einführung von Gästen steht dem Ausschuße zu. Die Versammlung geschieht wöchentlich einmal, die Verhandlungen werden

Digitized by Google

in böhmischer Sprache geführt. Die Hauptgegenstände der Verhandlung sind Literatur und Politik, sowie die Unterhaltung einer wechselseitigen Verbindung mit anderen slawischen Stämmen. Als Organ der Slawia wird die böhmische National-Zeitung (Narodny nowiny) genannt.

Der Ausschuß bildet zugleich das Ehrengericht des Vereins, die Entscheidung jedoch steht der Generalversammlung zu. Die äußeren Abzeichen des Vereines sind noch unbestimmt.

5. Der National-Ausschuß hielt eine Sitzung. Die Antwort auf die Saazer Adresse wurde berathen, und nach vielen Debatten in der Form eines Manifestes ausgefertigt,(s. im Anh. Nr. CIII.)

Die Wahlordnung kam wieder zur Verhandlung.

Am 22. April.

1. Da sich das Gerücht verbreitete, daß die Abwesenheit der Nationalgarde bei der am 25. beim Invalidenhause Statt findenden Feierlichkeiten zur Geburtsfeier des Kaisers vom Pöbel zu einem Sturm auf die Judenstadt benützt werden will, so hat Herr Oberst Haase am heutigen zur Beruhigung bekannt gemacht, daß zur Erhaltung der Ruhe und Ordnung während der Feierlichkeit eine hinreichende Mannschaft der Nationalgarde, sowie auch die Cohorten der Realschule und das Pompiercorps in Prag zurückbleiben werden.

2. Da seit dem Augenblicke der aufgehobenen Censur Prag fortwährend mit einer ungeheuern Zahl eckelhafter Pamphlete und Flugschriften überschwemmt, und überdies die Bewohner durch die Zudringlichkeit der Ausrufer, welche, in den belebtesten Straßen aufgestellt, die Passage beengen, belästiget werden, so hat der Bürgermeister und die Stadtverordneten hierüber ein Cirkular erlassen. (s. Anhang Nr. CIV.)

3. Eine Zahl von 4000 Arbeitern Prags hat dem Bürgermeister in einer Eingabe erklärt, zur Aufrechthaltung der Ruhe und Ordnung der Stadt mitwirken zu wollen, welches derselbe zur allgemeinen Kundmachung brachte. (s. Anh. Nr. CV.)

Am 23. April.

1. Der Herr Erzbischof hat eine Bitte erlassen, in welcher die christkatholische Bevölkerung ersucht wird, daß jeder nach Maßgabe seines Wirkungskreises auf Beruhigung der Gemüther, in Betreff der feindlichen Stimmung, die sich gegen die israelitische Bevölkerung gezeigt hat, einwirken möge. Eine alle Menschen ohne Unterschied des Glaubens umfassende Liebe sei das Hauptgebot der heiligen christlichen Religion, und es wäre zu besorgen, daß man glauben könnte, diese gefahrdrohenden Demonstrationen würden als ein Ausfluß religiösen Fanatismus betrachtet, wenn nicht jeder gebildete Christ sich die Erhaltung des allgemeinen Friedens zur Pflicht mache.

2. Die bürgerlichen und einfach geadelten Besitzer landtäflicher

Digitized by Google

Güter in Böhmen, welche 265 landtäfliche Herrschaften und Güter besitzen, haben aus ihrer Mitte die Herren Dr. Theimer, Endler, Merolt, dann die Herren Anton Veit, Franz Becher und Maximilian Berger als Deputirte mit einer Petition (s. Anh. Nr. CVI.) an Se. Majestät gesandt. Sie sind ungeachtet eines so bedeutenden Grundbesitzes nach dem alten ständischen Institute von aller Theilnahme an den Berathungen ausgeschlossen gewesen, und auch in den Bestimmungen über den nächstens einzuberufenden Landtag gänzlich übergangen worden.

3. Die Bürgerschaft der Badestadt Teplitz erließ an den National-Ausschuß eine Erklärung (s. Anh. Nr. CVII.)

4. Die Typographen Prags haben am heutigen eine berathende Versammlung Behufs einer günstigern Gestaltung ihrer Lage abgehalten, und darüber zur Beruhigung eine Erklärung (s. Anh. Nr. CVIII.) abgegeben.

Am 24. April.

1. Dem National-Ausschuß ist ein Erlaß des Landespräsidiums wegen Vornahme der Wahlen für die Nationalversammlung in Frankfurt am Main zugekommen (s. Anh. Nr. CIX.); der Nationalausschuß hat ferner in derselben Angelegenheit eine Zuschrift des Wiener Central-Comité für die Wahlen zu diesem Parlament erhalten. (s. Anh. Nr. CX.) Derselbe verhandelte über diesen Gegenstand, und faßte den Beschluß, eine Petition an Se. Majestät zu überreichen, es einstweilen und zwar bis zum nächsten Landtage, der die Anschlußfrage in Betreff Böhmens entscheiden solle, von den ausgeschriebenen Wahlen abkommen zu lassen. Der Entwurf des Gesuches (s. Anh. Nr. CXI.) wurde einstimmig angenommen, und Graf Wurmbrand, Vorrosch, dann Jarrosch als Abgeordnete gewählt.

2. Die Bewohner der Stadt Deutschbrod, durchaus czechischer Zunge, haben am heutigen eine Versammlung gegen die Beschlüße des Prager National-Ausschußes hinsichtlich der deutschen Farben abgehalten, und die Beschickung des Parlaments in Frankfurt als nothwendig erklärt, auch eine Protestation (s. Anh. CXII.) gegen den National-Ausschuß veröffentlicht.

3. Der konstitutionelle Verein hat bei dem Umstande, da der Herr Gouverneur sich wieder den Ausschuß ausdrücklich gegen die Beschickung des Parlaments ausgesprochen, eine Deputation an das Ministerium abgesandt, um dahin zu wirken, daß die Wahlen für das Parlament in Frankfurt vorgenommen werden.

Am 25. April.

1. Der heutige Tag war ein besonderer Festtag, und bot den Bewohnern ein großartiges militärisches Schauspiel. Es wurde das Geburtsfest Sr. Majestät nächst dem Invalidenhause gefeiert. Schon mit Tagesanbruch donnerten vom St. Lorenzberge 36 Freudenschüsse über die Stadt, während man bei den Hauptwachen die lustigen Töne

Digitized by Google

der Tagreveille vernommen. Um 6 Uhr war bereits Alles lebendig in den Gässen, von allen Seiten eilten die uniformirten Bürger, Nationalgardisten und Studenten in festlicher Kleidung, mit grünen Feldzeichen geschmückt, zu ihren Sammelplätzen; aus den Häusern wurden schwarzgelbe und rothweiße Fahnen gesteckt. Gegen 9 Uhr rückten die durch Tagbefehl zur Feier beorderten Truppen unter klingendem Spiele mit wehenden Fahnen auf die Invalidenwiese, die bereits festlich ausgeschmückt war. Mehre Zelte mit abwechselnd österreichischen und böhmischen Fahnen, in der Mitte das Altarzelt, waren am Fuße des Ziskaberges aufgerichtet, auch von der Tribune in der Nähe wehten zahlreiche Fahnen. Sämmtliche Truppen-Linien und Bürgermilitär waren in einem Doppelkarré aufgestellt. Um 10 Uhr begann der Gottesdienst, den der Fürst Erzbischof abgehalten, die gesammte Generalität wohnte zu Pferde bei. Das Grenadierbataillon Frischeisen gab die vorgeschriebenen drei Dechargen, welchen die Artilleriesalven vom Ziskaberge folgten. Nach beendetem Gottesdienste besichtigte Se. kais. Hoheit Erzherzog Karl Ferdinand die sämmtlichen unter dem Commando des Generals Khevenhüller stehenden Truppen und die Nationalgarden, worauf alle Waffengattungen vor Sr. kais. Hoheit defilirten. Der Zug wurde von dem 5. Jägerbataillon eröffnet, hierauf folgten die Pionierdivision, das zweite Bataillon Wellington und Hohenegg, die Compagnie Concordia, die sämmtlichen Studentencohorten (mit Ausnahme der Cohorte der Realschüler, die nebst einigen Compagnien Nationalgarde und dem Pompiercorps die Ruhe in der Stadt hütete), das Bataillon der uniformirten Bürgerinfanterie, das 5. und 9. Bataillon der Nationalgarde, die Nationalgarde von Karolinenthal und Smichow, die Kompagnie Swornoſt, deren Fahnengarde mit ihrem reichen slawischen Costum sich vorzüglich gut ausnahm, dann das Bataillon der uniformirten Schützen, das 4., 8. und 6. Bataillon der Nationalgarde, das Bataillon der Bürgergrenadiere und schließlich die in Prag garnisonirenden drei Grenadierbataillone. Zwei Batterien mit einem Bataillon Artillerie, dann die uniformirte Bürgerkavallerie, 3 Eskadronen Husaren und eine Division Kaiser-Küraſſire schloßen den langen, eine volle Stunde dauernden Zug. Die verschiedenen Regiments- und Corps-Kapellen spielten abwechselnd. Tausende von Menschen wohnten dieser militärisch-bürgerlichen Feier bei, die vom schönsten Wetter begünstigt wurde.

2. Es hat sich am heutigen der unangenehme Fall ergeben, daß ein Mitglied jenes menschenfreundlichen Comité, welches die Sammlung an der Brücke für die Gebirgsbewohner übernommen, beschuldigt wurde, einen nur unbedeutenden Betrag an sich gezogen zu haben. Das Comité hielt hierüber strenges Gericht und setzte hievon das Publikum in Kenntniß.

3. Diejenigen 6 Ausschußglieder des konstitutionellen Vereins (deutsche), welche am 14. in den National-Ausschuß aufgenommen wurden, konnten in dieser Versammlung, in welcher das czechische Element vor-

Digitized by Google

herrschet, und sich in seinen Aeußerungen nicht immer innerhalb der Grenzen der Mäßigung bewegt, nicht mehr bleiben; sie waren in die Nothwendigkeit versetzt, aus dem National-Ausschuße wieder auszutreten, und haben sich hierüber in einer öffentlichen Erklärung (siehe Anhang Nr. CXIII) gerechtfertigt.

4. Der konstitutionelle Verein hat in einem öffentlichen Manifeste (siehe Anhang Nr. CXIV) den Zweck und die Bestimmung seiner Wirksamkeit angegeben.

5. Der konstitutionelle Verein hielt am heutigen seine zweite öffentliche Sitzung im Convictsaale, und obgleich sie halb improvisirt war, erfüllte doch eine sehr achtbare Versammlung den ganzen Saal und die Gallerien. Nachdem der Ausschuß den Rechtfertigungsbericht über das Veranlaßte erstattet hat, traten zwei Redner auf, nämlich Reitter und Kreutzberg, die den Anschluß an Deutschland dringend darstellten. Kreutzberg brachte zugleich den Beschluß des National-Ausschußes zur Sprache, daß er durch abgesandte Mitglieder die Wahlen zum Landtage leiten, und für diese Wahlkommissäre Diäten aus der Kameralkasse in Anspruch nehmen wolle. Wenn auch dieser Beschluß in Prag überhaupt, so wie auf dem Lande getadelt wurde, und die Rede des Kreutzberg einen stürmischen Beifall erhalten, so war doch dem gebildeten Zuhörer die Art des Vortrages im höchsten Grade verletzend. Dieser Redner als Fremder sollte die Gastfreundschaft einer Nation, die schon mehre seiner witzlosen anmaßenden Ausfälle, durch welche er den Mangel seiner rethorischen Kraft ersetzen will, erdulden mußte, mehr achten. Er hat durch sein Benehmen am heutigen nicht nur die würdigen Männer des National-Ausschußes tief verletzt, sondern auch den Vorfall am 29. hervorgerufen.

Am 26. April.

1. Im St. Wenzelsbadsaale wurde eine Versammlung der Meister der Innungen Prags abgehalten, und beschlossen, daß jede Corporation aus ihrer Mitte Repräsentanten wählen solle, um sich über die Interessen einer jeden Innung zu besprechen.

2. Heute in den Abendstunden ereignete sich wieder ein Vorfall, der den Haß für die Judenbevölkerung immer mehr bestärkt. Bereits in den Nachmittagsstunden sah man zahlreiche Gruppen auf dem kleinen altstädter Ringe unbeweglich stehen, Niemand wußte, was sie eigentlich im Schilde führen. Nachmittags wurde die Bitte des Erzbischofs (siehe 23. April Zahl 1) an den Straßenecken angeschlagen; es versammelten sich viele Neugierige zum Lesen und ein Mann suchte den Zettel herabzureißen, was die dabei stehenden Juden zu verhindern bemüht waren. Darüber entstand ein Zank, die ganze Masse des Volkes strömte herbei, und da gerade die israelitischen Handelsleute aus ihren Gewölbern in die Judenstadt zogen, so ging das zügellose Volk auf die Juden los und ergötzte sich mit dem hier so beliebten Hutantreiben. Einige Abtheilungen Nationalgarden wurden aufgeboten, durch-

Digitized by Google

zogen den altstädter Ring in allen Richtungen und machten der Ergötzlichkeit der Gassenjungen ein Ende. Da es zugleich heftig zu regnen angefangen, und die Nationalgarde unter Dach zu kommen suchte, so nahm sie ihre Stellung unter den dem Rathhause gegenüber liegenden Lauben ein, wodurch die Tumultuanten in das Freie unter Strömen Wassers getrieben, sich allmählig verloren haben.

3. Der National-Ausschuß hat eine Adresse der Stadt Liebenau erhalten (siehe Anhang Nr. CXV).

4. Abends hielt der National-Ausschuß Sitzung. Die Berathung der Wahlordnung wurde fortgesetzt, und auf einen Antrag Dr. Brauners der Beschluß gefaßt, daß politische und Gerichtsbeamte, die nicht aus freier Wahl hervorgegangen sind, in demjenigen Bezirke, in welchem sie ihre Amtsgewalt unmittelbar in erster Instanz ausüben, nicht wählbar sind. Am Schluße der Sitzung kamen wieder die nationalen Zerwürfnisse zur Sprache. Der Ausschuß beschloß, den Protestationen und Anfeindungen, die namentlich von dem constitutionellen Verein gegen ihn ausgesprengt werden, durch eine öffentliche Erklärung entgegen zu treten.

5. Am heutigen ist von dem Schriftsteller-Ausschuße Prags der beendete und gehörig textirte Preßgesetzentwurf, sowie das Concept der Einbegleitung an den Minister genehmigt worden. Es durfte kaum davon ein Gebrauch gemacht werden, da man auch in Wien dazu fähige Männer besitzt, und eine Commission bereits besteht. So will denn jetzt Alles Gesetzgeber werden, nun wir werden sehen, was aus diesem hervorgeht!

Am 27. April.

1. Die Constitution wurde proklamirt, das Petitionsrecht zugestanden, und kaum, daß man nur begriffen, worin die eigentliche Freiheit bestehe, sind auch die Geistlichen in Prag bei ihrem Vorstande um die Bewilligung, lange Beinkleider tragen, und die hohen Stiefeln ablegen zu dürfen, eingeschritten. Wenn auch wirklich diese Art zu kleiden nicht gebilligt werden konnte, so war es doch nicht schicksam, zugleich jene dem Priesterstande zukommende Halsbinde mit einer von den Lions getragenen Halskravate zu vertauschen. So ist das Unterscheidungsmerkmal des Priesterstandes vertilgt, ein kennbares Zeichen, das manchen Geistlichen von einer Thorheit heilen konnte. Wir wollen die veröffentlichten Bemerkungen eines Gliedes dieses Standes beifügen, der nachweiset, daß der Clerus in Prag seine Petition weit nützlicheren Gegenständen zuwenden sollte (s. Anh. Nr. CXVI).

2. Der National-Ausschuß, eigentlich die 10. Sektion für innere Angelegenheiten hat zum Beitritte zur Gründung eines eigenen Volksblattes, welches sich die Tendenz der Belehrung und Beruhigung, wie auch der Berichtigung und Widerlegung reactionärer Gerüchte zur Aufgabe machen solle, aufgefordert (s. Anh. Nr. CXVII).

3. Am heutigen wurden die Abgeordneten des constitutionellen

Digitized by Google

Vereins bei dem Ministerium des Innern in Wien empfangen, und ihnen in Beziehung auf die Parlamentswahlen für Frankfurt im Wesentlichen die Antwort ertheilt, daß dieselben in den deutschen Kreisen Böhmens ihren Fortgang nehmen sollen, und das Ministerium vor der Hand in Betreff der andern Kreise nicht gegen die Wahlen ist, sondern sich eine nähere Entscheidung vorbehält, welche binnen 10 oder 12 Tagen erfolgen wird.

4. Die Bürgerschaft der Stadt Eger hat eine Adresse an Se. Majestät beschlossen, und das gewählte Comité beauftragt, folgenden Petitionspunkt aufzunehmen, nämlich: Trennung des Egerer Bezirkes von den böhmischen Ständen und Aufrechthaltung der deutschen Nationalität im Egerer Bezirke, auch Anschließung an den deutschen Bund. Die Deputirten sind am heutigen nach Wien abgegangen.

Am 28. April.

1. Die von dem Fünfziger-Ausschuß des Parlaments in Frankfurt zum Behufe eines Anschlußes von Böhmen an Deutschland nach Prag Abgeordneten, nämlich Kuranda (Redacteur des Grenzboten) und Kanzler von Wächter (Präsident der Würtemberg'schen zweiten Kammer) sind am heutigen hier eingetroffen.

2. Schon am frühen Morgen zeigten sich kleine Gruppen aus der niedern Volksklasse vor dem Rathhause. Mittags zog auf die Hauptwache am Rathhause ein Nationalgarde-Kommando auf, unter welchem einige Israeliten als Gardisten sich befanden. Um 3 Uhr bezog einer dieser letztern den Außenposten (Schnurrposten). Augenblicklich drängte sich an ihn ein Haufe Gassenjungen, dem sich allmählig mehre Leute aus der untern Klasse anschlossen; man höhnte und neckte die Wache mit Geberden und Worten, und trat endlich so dicht an dieselbe, daß sie sich mit dem Gewehr Platz zu machen bemüssigt sah. Doch dieß war der Menge nicht recht; man drang ernstlicher gegen den Juden vor, so daß er den Posten verlassen, und ins Wachzimmer flüchten mußte. Fast zu gleicher Zeit war auf dem Tandelmarkte ein Handelsjude, der mit einem Käufer in Wortwechsel gekommen und unklugerweise sich mit einer Pistole gegen letztern gewehrt hatte, von dem Volke mißhandelt worden. Das Zusammenströmen von Menschen nahm von Stunde zu Stunde zu; aus den einzelnen Haufen bildeten sich große Klumpen, und die Aufregung, die sich gegen Abend durch wiederholtes heftiges Geschrei kund gab, wurde bedenklich. Die bewaffneten Bürgercorps mußten aufgeboten werden, sie durchkreuzten den Ring in allen Richtungen, der Platz vor dem Rathhause war durch eine Doppelspalier von Studenten rein gehalten, und im Hofe des fürstlich Kinskyschen Palais war eine Reserve von Nationalgarde und Grenadieren mit scharfen Patronen für mögliche Fälle in Bereitschaft, auch in der Judenstadt streiften zahlreiche Patrouillen. Das Volk war über diese Sicherheitsmaßregeln entrüstet, und Murren, Verhöhnung, Drohworte gegen die thätigen Abtheilungen der Patrouillen hörte man

Digitized by Google

allenthalben. Die Massen stellten sich an manchen Orten so dicht, und der Widerstand wurde so groß, daß man nur mit gefälltem Bajonette durchzudringen vermochte.

Erst nach 10 Uhr war der Platz theilweise gesäubert, doch wurden die ganze Nacht die Patrouillen verstärkt gehalten. Unter dem Vorwande einer Abendandacht hatten sich bei der Marterſäule auf der Mitte des Ringes die Menschen dichter gehäuft, emporgehaltene Redner haranguirten die Beifall jauchzende Menge, während dicht daneben vor dem Muttergottesbilde heilige Lieder gesungen wurden. Mehre der ärgsten Ruhestörer sind verhaftet worden.

3. Die Wiener Zeitung vom heutigen enthält einen officiellen Artikel in Beziehung auf die verzögerte Ankunft des Statthalters Sr. k. Hoheit Erzherzog Franz Joseph in Prag (s. Anh. Nr. CXVIII).

4. Der National-Ausschuß war versammelt. Vor Allem kam ein noch vom vorigen Jahre übertragener Unterstützungsfond für die Verarmten des Erzgebirges zur Sprache; sodann wurde eine Deputation der Pürglitzer Bauern vorgelassen, welche eine Robotbeschwerde mündlich vorbrachte, die man dahin beschieden, daß ein schriftliches Gesuch beim National-Ausschuße eingebracht werden solle. Ein Entwurf zur Anleitung des Gebrauches des Wählerregisters wurde angenommen, und eine Zuschrift des Turnauer Bürger-Ausschußes vorgelesen, worin dieser die an ihn vom Wiener Central-Comité ergangene Einleitung zur Vornahme der Parlamentswahlen meldet, zugleich erklärt, dem Begehren keine Folge leisten, im Gegentheile sich vollständig dem National-Ausschuße unterordnen zu wollen.

Am 29. April.

1. Sonderbare Gerüchte sind verbreitet. Bald wird von neuen Demonstrationen gegen die Juden, bald von derlei Sachen gegen die gestern eingelangten Abgeordneten und auch gegen den Chef der Nationalgarde gesprochen, die alle heute oder morgen zur Ausführung kommen sollen.

2. Der große Bürger-Ausschuß hat ein Comité gebildet, dessen Aufgabe bleibt, geeignete Vorschläge zu verfassen, wie der künstlichen Vertheuerung der Lebensmittel und den aus Gewinnsucht dabei vorkommenden Fälschungen kräftigst entgegen gewirkt werden könne (siehe Anh. Nr. CXIX).

3. Die Deputirten des Fünfziger-Ausschußes von Frankfurt hatten am heutigen eine lange Conferenz mit der 9. und 10. Sektion des National-Ausschußes wegen Absendung von Deputirten Böhmens zum Parlamente.

4. Es war bereits gestern bekannt, daß Deputirte des Fünfziger-Ausschußes in Prag angekommen seien, daß der constitutionelle Verein sie in seine Versammlung geladen habe, und daß bei derselben von den aus Wien rückgekehrten Abgeordneten öffentlicher Bericht erstattet

Digitized by Google

werden solle. Es verlautete auch schon von mehreren Seiten, vorzüglich von Gliedern der Swornost, daß man die Versammlung stören, und wenn es nothwendig ist, mit Waffengewalt austreiben werde.

Dieses Vorhaben war selbst dem Herrn Bürgermeister bekannt, und er soll bemüht gewesen sein, die Leiter dieses Anschlages davon abzubringen; ist es wirklich so, dann muß man sich in der That wundern, daß jener Vorsteher nicht in der Zeit durch ein kräftiges Einschreiten sich angelegen sein ließ, das freie Versammlungsrecht zu schützen.

Schon gegen 6 Uhr, also eine Stunde früher, fanden sich Menschen ein, und um 6¾ Uhr waren Saal und Gallerien bis zum Erdrücken überfüllt. Während man sonst an andern Orten jene Gelegenheiten, wo ein öffentlicher Tumult entstehen kann, meidet, versammelte sich gerade eine zahllose Menge an einem Orte, wo man wußte, daß es zu Thätlichkeiten kommen soll. Ich habe von 6 Uhr die sich allmählig Einfindenden genau beobachtet. Es zeigten sich Gesichter, von denen ich schon im Voraus erstarrte, wohl bewaffnet, und während sich die immer schlagfertige Jugend in der Mitte des Saales mit Säbelgeklirre zusammenschaarte, hielten die Führer unter den Gallerien, um vermuthlich gleich bei der Hand zu sein.

Die Versammlung wurde mit einem Geschäftsberichte eröffnet, und als das Schreiben des Grafen Deym wegen Beschickung des Parlaments mit dem Schreiben des Freiherrn Andrian, so wie die Erklärung der k. Stadt Deutschbrod, daß sie den National-Ausschuß nicht anerkenne, vorgetragen wurde, bemerkte man unter dem Beifalle ein Zischen, man konnte hievon schon auf eine Opposition schließen. Nun erstattete Dr. Große im Namen der nach Wien gesandten Deputirten über den Erfolg Bericht; bei der Mittheilung: „der Minister des Innern habe erklärt, die deutschen Kreise, wenn sie für Frankfurt wählen wollen, mögen wählen, für die böhmischen Kreise werde er in einem spätern Erlaß die Wahlen anordnen" wurde die Unterbrechung leidenschaftlich heftig, und gellende Pfiffe auch mit Instrumenten ließen sich vernehmen. Eine Zahl Anwesender erklärte sich laut gegen diese Unterbrechung. So entstand ein arger Tumult, ein Lärmen, Toben und Stimmengewirre. Alles Rufen zur Ordnung, alles Klingen mit der Glocke blieb fruchtlos. Der Ausschuß hielt es für zweckmäßig, um jeden thatsächlichen Zusammenstoß zu vermeiden, die Sitzung aufzuheben, und den Saal zu verlassen. Ungeachtet dessen dauerte der Tumult fort, unter den Lärmenden bemerkte man vorzüglich Glieder des Corps: Swornost, Studenten; Fäuste mit Stöcken und Säbeln bewaffnet hoben und senkten sich, mehre der Furchtsamsten, es waren sogar Damen im Saale, retteten sich durch das Parterrefenster ins Freie.

Erst nach langem fruchtlosen Bemühen gelang es dem Hawlíček, sich vernehmbar zu machen, allein eben so wenig die tobende Menge zu beschwichtigen, als Uffo Horn, bis zuletzt Bürgermeister Strobach erklärte: die Sitzung sei aufgehoben und der Saal zu räumen. Mittlerweile wurde in dem Bezirke des nächsten Bataillons der National-

Digitized by Google

garde Allarm geschlagen, und eine Abtheilung war schon aufmarschirt, um jeden Zusammenstoß zu verhindern. Dieß gewährt uns ein trauriges Bild der Zustände Prags, und der fragliche Vorfall zeiget uns, wie die Ultraczechen die constitutionelle Freiheit für sich zum Drucke der Deutschen ausbeuten.

5. In der Aula des Karolinums wurde eine Versammlung sämmtlicher Facultäten abgehalten, um über den Wahlmodus zum künftigen Landtage zu berathen.

Am 30. April.

1. Die Versammlung der zum Richteramte geprüften Juristen haben am heutigen den Entwurf der Petition angenommen.

2. Herr Graf Leo Thun, als ernannter Präsident des böhmischen Guberniums, ist heute in Prag angekommen.

3. Im St. Wenzelsbade war am heutigen große Versammlung der Czechen, welcher der als slawischer Schriftsteller bekannte Ljudevit Stur beigewohnt hat. Der Letztere brachte die Gründung eines ausgebreiteten Vereines unter dem Namen: Slowanska lipa (slawische Linde) in Antrag, welcher in den böhmischen Kreisen und in allen Slawenländern Filialen haben soll. Die Hauptzwecke dieses Vereins sind: die Wahrung des konstitutionellen Princips und dessen ausgebreitetste Entwicklung in den Gränzen der Monarchie, strenges Wachen über die Realisirung der völligen Gleichstellung der czechischen Sprache mit der deutschen in allen Zweigen der Verwaltung und des Unterrichtes im Königreiche Böhmen, Verwahrung der Selbstständigkeit der böhmischen Krone gegenüber den Usurpationen des deutschen Parlaments und Völkerbundes und legale Befestigung der slawischen Wechselseitigkeit und engen Verbrüderung aller Slawenstämme. Zur Besprechung seiner Angelegenheiten wird die Slowanska lipa an verschiedenen Punkten neue slawische Zeitschriften gründen. Bei der heutigen Versammlung wurde ein provisorischer Ausschuß gewählt, welcher die Einschreibung der Mitglieder und die Bestimmung der ersten Generalversammlung, die baldigst stattfinden wird, zu besorgen hat. Die Wahl ist auf folgende Personen gefallen, nämlich: auf den Grafen Josef Mathias Thun zum Präsidenten, Landrath Ritter Johann v. Neuberg Vizepräsidenten, dann als Ausschüsse aus dem Stande der Literaten: Erben, Hanka, Jordan, Chrzybowsky, Palaczky, Rieger, Stule, Baron Villany, Worel, Zap, aus dem Bürgerstande: Brabec, Graf Albert Deym, Jarosch, Dr. Kaspar, Mnoucek, Rypota und Slawik. Geschäftsleiter ist Zap, und Sekretäre sind: Krejci und Mikowec. Dem Stur wurden bei seiner Anwesenheit viele Ehrenbezeigungen erwiesen, selbst Ehrenwachen gegeben, er ist wieder abgereist, um die Slawen aller Gegenden zu besuchen.

4. Heute Nachts wurden in dem Hause des Grafen Leopold Thun in der neuen Allee und dem Fürsten Schwarzenberg, der sich

Digitized by Google

doch in Italien bei der Armee befindet, die Fenster eingeworfen, vielleicht nur aus Irrthum.

5. Das zur Unterstützung der armen Erz- und Riesengebirgsbewohner sich gebildete Comité macht bekannt, daß der an der Brücke durch 8 Tage eingehobene Betrag zusammen 3674 fl. 25 1/2 kr. C. M. nebst einen Louisdor, 4 Dukaten und 3 silbernen Krönungsmünzen ausmache.

6. Schon gestern fand man gedruckte Maueranschläge, durch welche die Glieder der uniformirten und nicht uniformirten Bürgercorps aufgefordert wurden, am heutigen im Wenzelsbadsaale zu erscheinen. Von mehren Seiten hatten sich Stimmen erhoben, den Obersten Haase zu entsetzen, weil er bei dem am 28. d. M. vorgefallenen Krawall gegen die Juden zu energische Maßregeln zum Schutze der letztern getroffen hatte. Doch der ansehnlichere einsichtsvollere Theil derselben hat diesen Antrag mit Entschiedenheit verworfen.

Am 1. Mai.

1. Der Ausschuß des Slawen-Vereins in Prag hat eine Versammlung auf den 31. Mai d. J. beschlossen, und durch öffentlichen Aufruf angeordnet, auch die im öster. Staate wohnenden Slawenstämme zur Erscheinung aufgefordert (s. Anh. Nr. CXX), zugleich in einer verlautbarten Erklärung sich gegen jede irrige Auslegung dieses Aufrufes (s. Anh. Nr. CXXI.) verwahrt.

2. Der erste Mai, den man sonst zu Prag im Freien zu feiern gewohnt ist, war für uns ein schmerzlicher. Blut ist geflossen, Christenblut und Judenblut! Wir haben bereits mehrer Kravallen gegen die Juden erwähnt, allein der am heutigen vorgefallene mußte mit Gewalt unterdrückt werden, denn solcher war von den bedenklichsten Folgen, und hat, man kann sagen, den Bewohnern Prags Schrecken und Furcht eingeflößt. Würde die öffentliche Gewalt die ihr zu Gebote stehenden Kräfte weniger energisch entwickelt, und so dem zügellosen Volke nicht Einhalt gethan haben, dann würde der heutige Tag in der Geschichte des Landes als einer der blutigsten bezeichnet worden sein. Die öffentliche Gewalt, welche schon ganz gelähmt zu sein schien, und dadurch so viele ungeahndet gebliebene Exzessen hervorgerufen hat, trat am heutigen mit einer imposanten Macht auf, und zeigte uns durch die thätigen bewaffneten Schaaren, daß wir einen Schutz zu erwarten haben.

Ich muß vor allem andern bemerken, daß schon früher von Seite des Magistrates die Weisung erlassen wurde, daß die Juden, welche in Christenhäusern unberechtigt wohnen, oder nur offene Gewölber halten, diese bis zur künftigen Ausziehzeit verlassen sollen. Es war auch schon zur Sprache gekommen, die Israeliten mögen den Tandelmarkt räumen, und die Verkaufsbuden in ihrem Friedhofe in der Judenstadt aufstellen, allein dazu dürften sie sich kaum entschließen, denn

Digitized by Google

die Gewölber und Kramstellen am Tandelmarkt sind nicht gemiethet, sondern ihr Eigenthum, welches durch Kauf und Erbschaft an einen Andern übergehen kann. Der im Grundbuche eingetragene christliche Besitzer des Hauses steht nur in dem Verhältnisse einer Herrschaft zu ihrer emphiteutischen Dominikalansiedlung, das heißt: er erhält von dem Nutznießer des Gewölbes bloß einen ewigen unwandelbaren Zins, und führet über die Gewölber, worunter auch alle in den obern Stockwerken befindlichen Lokalitäten begriffen sind, ein Grundbuch. Wenn daher die Juden den Tandelmarkt verlassen sollen, so können sie mit Recht eine Entschädigung in Anspruch nehmen. Nun weiter zu dem Kravall.

Wer in der Nähe der Schwefelgasse des Tandelmarktes gekommen und die Gruppen zweideutigen Gelichters wahrgenommen, mußte besorgen, daß man nur eine Gelegenheit erwarte, um einen Angriff auf die Juden zu unternehmen, und mußte vermuthen, daß hier ein besonderer Einfluß thätig sei. Schon bei der Vertreibung des Wehli verbreitete sich das Gerücht, Prager Handelsleute haben zu seiner Vertreibung Leute gedungen. Ich hoffe, die gerichtliche Untersuchung wird uns hierüber Aufschluß ertheilen, denn es wäre traurig, eine so schändliche Handlung elender Krämerseelen ungeahndet zu lassen, in einem Falle, wo die Bevölkerung Prags in Unruhe versetzt wurde. Man will sogar behaupten, dem heutigen Auftritte liege die nämliche Veranlassung zum Grunde.

Früh verlautete in der Judenstadt: es versammeln sich Leute in Smichow, die gegen die Juden ziehen wollen; man sandte Boten dahin, allein sie kamen zurück, daß das Gerücht unwahr sei. Die Juden, von den Vorstehern aufgefordert, haben heute auf dem Tandelmarkt die Gewölber mit Vorsicht geöffnet. Plötzlich entstand in einem Laden ein Streit zwischen einem jüdischen Handelsmann und einem christlichen Käufer, der die Zahlung verweigerte; es versammelte sich gleich eine große Masse Menschen, die Juden wehrten gegen die andringenden Leute, die durch diesen Widerstand nur mehr erbittert wurden, es folgten hierauf Scenen wilder Brutalität und roher Zerstörungssucht an Menschen und Sachen. Nach und nach gelang es den Juden, ihre Läden zu schließen und sich in selbe zu versperren. In kurzer Zeit war bewaffnete Macht auf dem Platze, doch der Krawall konnte nicht mehr unterdrückt werden. Der Pöbel war durch lügenhafte Gerüchte fanatisirt worden: die Juden hätten Feuerwaffen, besäßen Gift, Vitriol und andere Zerstörungsmittel gegen die Christen in Menge, man habe von Juden auf unschuldig Vorübergehende Steine werfen, und Vitriol herabgießen gesehen.

So wagte sich eine immer vergrößerte Masse gegen die Judenstadt, und es folgten hierauf Gewaltthätigkeiten gegen die Juden aller Art, selbst in der Christenstadt an den Wohnungen der Israeliten. Die Juden mußten zu dem Mittel der Nothwehr die Zuflucht nehmen und vertheidigten sich in ihren Häusern. Wo sich ein Jude blicken

Digitized by Google

ließ, und dies geschah Anfangs sehr häufig, wurde ihm unter lautem Geschrei der Hut angetrieben und er auf die unbarmherzigste Art mißhandelt. Schnell bildeten sich kleine Commando des uniformirten Bürgercorps, der Nationalgarde und der Studentenlegion, welche gegen die Judenstadt eilten, aber von den Ruhestörern mit Steinen empfangen wurden, was mehrere Verwundungen zur Folge hatte. Die Commando wurden durch den Gebrauch der Waffen endlich der Bewegung Meister und verdrängten das lärmende Volk allmählig aus der Judenstadt. Während sich dieses in der letztern ergeben, ist eine kleine Schaar auf den Josephplatz, wo ein Israelite ein Möbelmagazin hatte, und in die lange Gasse zur Fabrik des Bondi geeilt, welche besonders in dem letztern alle Fenster mit Steinen zertrümmerte, aber auch durch ein herbeigeeiltes Kommando vertrieben wurde.

Auf das allgemeine Allarmzeichen rückten alle Bürgercorps, die Nationalgarde, die Studentenlegion und ein großer Theil der Garnison zur Unterdrückung des Auflaufes aus, und die Bewaffneten erhielten scharfe Patronen. Die ganze Judenstadt an allen Eingangsplätzen, auch der israelitische Tandelmarkt wurde besetzt, abgesperrt und Niemand hineingelassen. Auf dem Altstädter Ringe stand eine bedeutende Masse Militär, um an die bedrohten Punkte schnell eilen zu können; Prag sah an diesem Tage einer in Kriegszustand versetzten Stadt ähnlich, und diese Maßregeln dauerten die ganze Nacht fort. Die bewaffnete Macht, gewiß bei 9000, war zu groß, als daß die Unruhestifter noch etwas wagen durften.

Aber selbst Abends wurde das Volk noch aufzureizen versucht, man führte einen jungen Burschen verbunden herum, und sein Begleiter gab vor, ersterer sei in der langen Gasse aus einem obern Stockwerke mit Vitriol begossen, und von ihm ohnmächtig gefunden worden. Das mitgelaufene Volk schrie und lärmte, forderte zur Rache auf, und so wälzte sich der Zug auf den Altstädter Ring. Man brachte den vermeintlich Verwundeten auf das Rathhaus; der Magistrat leitete die Vernehmung desselben ein, und die herbeigerufenen Aerzte erklärten, daß keine Spuren von Vitriol wahrzunehmen seien, sondern der Bursche sich mit Lampenöl bestrichen habe. Dies wurde vom Rathhause kundgegeben, allein das Volk wollte es nicht glauben, tobte und lärmte so, daß eine Abtheilung Nationalgarde mit gefälltem Bajonette in die Masse eindringen mußte, wodurch endlich der Platz wieder gesäubert wurde.

Leider hat dieser Aufstand mehre Opfer gefordert, und leider waren hierunter gerade diejenigen, welche zur Herstellung der Ruhe mitgewirkt haben. Ein Bäckergeselle, der einem uniformirten Bürger das Gewehr entrissen, und diesen mit dem Kolben zu Boden geschlagen, erhielt von des letztern Kameraden mit dem Bajonette einen Stich; dafür hat das Volk dem Bürger die Fenster eingeschlagen, und würde noch mehr Gewalt ausgeübt haben, wenn nicht die am Marienplatze aufgestellten Abtheilungen der Nationalgarde und Stu-

Digitized by Google

dentenlegion schnell herbeigeeilt und zur Räumung der Gasse geschritten wären. Nachmittags erschien die Kundmachung des Landespräsidiums, deren Inhalt jede weitere Ruhestörung mit dem Standrechte bedroht (s. Anh. Nr. CXXII.)

Die Haltung unserer Nationalgarde und der Studentenschaft war die ausgezeichneteste, die je eine Bürgerschaft irgend einer großen Stadt bewiesen haben kann. Mit Lebensgefahr trotzte sie der Masse des zügellosen Volkes, und setzten sich dadurch dem Hohn und den Neckereien desselben aus, man nannte sie schreiend: Judenpolizei, Judenschutzgarde und die Bürger-, auch Linientruppen, mußten oft unter dem dichtesten Steinhagel gegen die zusammengeballten Massen anrücken, und von der blanken Waffe Gebrauch machen. Bei einer Attaque in der Nähe der Niklaskirche erhielt ein junger Doctor Medizinä einen Steinwurf auf den Kopf, er wurde ohne einem Lebenszeichen vom Platze getragen, einem Gardisten wurden im Handgemenge zwei Finger abgebissen, einem Studirenden der Arm zerschmettert; unter die lebensgefährlich Verwundeten gehört auch ein Offizier des Grenadiercorps. Mit Entrüstung habe ich das Volk den Major des bürgerlichen Grenadier-Corps auf dem altstädter Ringe höhnend, und manchen Nationalgardisten, der dabei agirte, wahrgenommen. Ich selbst bedeutete mehren, daß sie sich bei dem allgemeinen Allarmzeichen auf ihre Sammlungsplätze zu begeben haben.

Abends suchten die am Tandelmarkte eingeschlossenen Juden in ihre Judenstadt rückzukehren, vermummt wurden sie von den Studenten dahin geleitet und beschützt.

3. Mittags wurde ein arbeitsloser Sattlergeselle angehalten, während er in dem gräflich Klebelsberg'schen Hause in der Ursulinergasse ganz allein die Fenster einzuwerfen anfing. Er gestand im Verhöre ein, in den beiden letzten Nächten dasselbe in dem Hause des Grafen Leopold Thun in der neuen Allee und drei anderen Häusern aus bloßer Bosheit gethan zu haben. Es wurde gegen ihn die Untersuchung wegen öffentlicher Gewaltthätigkeit vom Kriminalgerichte eingeleitet.

4. Die Nationalversammlung hielt Abends Sitzung, welche von einer geringern Zahl der Mitglieder besucht wurde. Deputationen von der Herrschaft Kosteletz am Adler und der Stadt Sobotka wurden vorgeführt, erstere bat um Uibergabe des Gemeindvermögens in die Hände der Gemeinde, die andere klagte wegen Robot und Wildschaden, und überbrachte zugleich eine Loyalitätserklärung des Sobotkaer Bürgerausschußes an das National-Comité. Man vertröstete die Abgeordneten auf den Zusammentritt des Landtages. Uiber die Vorfälle vom 29. im constitutionellen Verein erklärte der National-Ausschuß, daß er dieses Ereigniß höchlich bedauere und mißbillige.

5. Der constitutionelle Verein hat in Beziehung auf den Vorfall vom 29. April eine Erklärung (s. Anh. Nr. CXXIII.) veröffentlicht.

Digitized by Google

Am 2. Mai.

1. Auch heute dauerte die Bewachung der Judenstadt und des Tandelmarktes fort, doch mit Aufbiethung einer geringern Zahl Bewaffneter. Die Kravallsucht schien noch nicht ganz gedämpft zu sein; denn gleich früh strömten Menschen nach dem Tandelmarkte, die ihre Wuth an den Tandelmarktbuden und Schildern der Juden ausließen, und letztere klein gehackt als Feuerungsmaterial nach Hause getragen haben. Man besorgte Abends eine Erneuerung der gestrigen Auftritte, und darum wurde wieder die bewaffnete Macht aufgeboten, eine Kundmachung des Bürgermeisters forderte die Hausbesitzer und Wohnparteien auf, wenn vor dem Hause die Straßenlaternen eingeworfen würden, das erste Stockwerk zu erleuchten. Die öffentliche Sicherheit wurde zwar nicht bedroht, aber doch entstand spät Abends in Folge einer Beleidigung, welche ein mit einer rothen Kappe bekleideter Doctor der Rechte von dem Pöbel erlitten, ein massenhaftes Zuströmen auf dem Roßmarkte, so daß auch hier Militärmacht einschreiten mußte. Der sonst so lebhafte Tandelmarkt gewährt einen traurigen Anblick, an mehren der festverschlossenen Laden sind Vermiethungszettel angeklebt; die Firmenschilder fast gänzlich verschwunden. Es haben sich bereits mehre jüdische Familien geflüchtet.

2. Das Landespräsidium hat in Beziehung auf die gestrigen Ereignisse eine Kundmachung erlassen (s. Anh. Nr. CXXIV.)

3. Nachmittags erfolgten Angriffe gegen Bäckerläden und Wohnungen reicher Bäcker in der Neustadt, ohne daß außer Entfremdung des Gebäckes besondere Excessen verübt worden wären. Das Volk wurde dazu durch den Vorwand gereizt, man habe das Brod gewogen und nicht tarmäßig schwer gefunden, was sich nicht bestättigt hat.

4. Die Zünfte haben unter dem Vorsitze des Grafen Albert Deym eine Versammlung im Saale des böhmischen Gewerbsvereins abgehalten. Es waren 31 Zünfte durch 117 Ausschüße vertreten. Der Zweck, welchen die Versammlung verfolgt, ist: die Regelung und Ordnung der Handwerke, Abschaffung der Mißbräuche und aller jener Uibergriffe, durch welche die einzelnen Handwerke bisher in ihrem Erwerbe beeinträchtigt wurden.

5. Am heutigen war auch eine Versammlung der Handwerker im Wenzelsbade. Sie wollen durch eine Art Lotterie einen Fond gründen, der dazu dienen soll, den armen Meistern Vorschüsse zu leisten, welche sie dann in Raten abzahlen.

9. Am heutigen Nachmittags zog über die Bruska eine bedeutende Anzahl Kottondrucker, die seit den letzten Unruhen im Jahre 1845 noch immer Besorgnisse erregen, in geschlossenen Reihen ruhig der Neustadt zu, um im Wenzelsbade eine Versammlung zu halten. Der Zweck war Berathung von Maßregeln, wie sie sich in der jetzigen Zeit Beschäftigung und Erwerb sichern könnten. Der Bürgermeister erschien in Begleitung des Bürgers Wischin in der Mitte, und forderte sie

Digitized by Google

auf, ruhig auseinander zu gehen, er wolle selbst die Fabrikanten Prags zu einer Berathung über diesen Gegenstand rufen, und wünsche, daß dieser Berathung einige aus ihrer Mitte, denen sie volles Vertrauen schenken, beiwohnen möchten. Die Versammlung ging ruhig auseinander.

Am 3. Mai.

1. Am heutigen hat der Bürgermeister eine Berathung und Einigung der Prager Fabrikanten und Kattondrucker-Abgeordneten eingeleitet. Es wurde ein drei Wochen zu gelten habendes Provisorium beschlossen, dem zu Folge jeder der anwesenden fünf Fabrikanten sich verbindlich machte, 40 der gegenwärtig arbeitslosen Fabriksarbeiter in Dienst und Lohn zu übernehmen. Bis zum Ablauf dieser Frist versprach der Bürgermeister, solle eine die gesammten Arbeiterverhältnisse regelnde und zugleich den Gebrauch der Maschinen modificirende Fabriksordnung ausgearbeitet werden. Der anfängliche Wunsch der Drucker-Abgeordneten ging auf gänzliche Abschaffung alles Maschinenwesens in den Fabriken; sie ließen sich jedoch durch die vernünftigen Gegengründe des Bürgermeisters, auch ihrer Arbeitsherren beschwichtigen, und stellten sich mit den ihnen gemachten Zugeständnissen zufrieden.

2. Es befinden sich in unsern Mauern Deputirte der Pohlen an den böhmischen National-Ausschuß.

Ich war entschlossen, mit diesem Hefte die Reihe der denkwürdigen Begebenheiten Prags zu schließen, aber es sind bis zum heutigen wieder Ereignisse roher Gewalt eingetreten, die uns eine baldige Ruhe und Ordnung noch keineswegs in Aussicht stellen. Wir können leider die Bewegung in unserer Hauptstadt nicht für beendet halten, und müssen den künftigen Ereignissen mit banger Erwartung entgegen sehen. So wird also auch ein drittes Heft folgen, wozu bis heute wieder reichlicher Stoff gesammelt ist.

Prag, am 11. Mai 1848.

Der Verfasser.

Digitized by Google

Sammlung

der

Urkunden und Verordnungen,

ausgefertigt

in dem Zeitraume vom 1. April bis 3. Mai 1848.

Digitized by Google

Digitized by Google

Nro. LV.

Bekanntmachung des Bürger-Comité wegen Absendung der Deputation.

Wie bekannt, wurde die Absendung einer neuerlichen Petition vorzüglich wegen Bewirkung einer vollständigen Volksvertretung an Se. Majestät den König beschlossen; doch konnte die Deputation nicht früher abgehen, bevor sie nicht der allgemeinen Zustimmung versichert war, weßhalb die Vollendung der gegenwärtigen Ausschußwahlen abgewartet werden wollte. Nachdem sich jedoch der Volkswille heute unzweideutig dafür aussprach, so wird für die unverzügliche Abfahrt der Deputirten gesorgt. Im Namen des Ausschusses:

Peter Faster. Prawoslaw Trojan. Johann Batka.

Nr. LVI.

Erklärung des Bürger-Comité hinsichtlich der bewirkten Fertigung der Petition durch den Gouverneur.

Bekanntmachung. Zur Beruhigung des Publikums fühlt sich das Comité verpflichtet, zu erklären, daß Se. Erlaucht der Herr Oberstburggraf die an Se. Majestät gerichtete zweite Petition über die Hochdemselben gemachten Eröffnungen aus vollkommen freiem, patriotischem Entschluße deshalb unterfertigt habe, um zu beurkunden, daß diese Petition in dem Wunsche der großen Majorität des Publikums liege, und keineswegs etwa bloß von einer kleinen Faktion der Stadtbewohner ausgegangen sei. Von Drohung oder Gewaltthätigkeit war bei dem Fertigungsakte durchaus keine Rede, und die bewaffnete Begleitung hat blos der Deputation des Comité und der bereits ausgefertigten Petition militärische Ehren erweisen wollen. Zugleich wird das Publikum in Kenntniß gesetzt, daß die Protokolle über sämmtliche Verhandlungen und Beschlüße des Ausschußes demnächst durch den Druck veröffentlicht werden, um durch diesen Veröffentlichungsakt alle falschen und irrigen Ansichten über die Tendenzen des Bürgerausschußes thatsächlich zu widerlegen.

J. B. Riedl, Stellvertreter des Präsidenten. Ludwig Rupp ert.

Digitized by Google

Nr. LVII.

Bekanntmachung des Herrn Gouverneurs über das Ereigniß vom 31. März.

Wir haben heute die bedauerliche Erfahrung gemacht, daß mehrere Bewohner Prags, denen die Regierung bereitwilligst durch Verleihung der Waffen entgegen gekommen ist, diese, statt sie zur Aufrechthaltung der öffentlichen Ruhe und Ordnung anzuwenden, zu einem ungeregelten Aufzuge ohne Anführung benützten, und dadurch zu lärmenden Auftritten Anlaß gaben, die die Bürger in ihrer Ruhe störten.

Dieser Vorgang ist um so bedauerlicher, als bisher die Ruhe in der Stadt Prag nicht gestört wurde, und von allen Seiten dahin gewirkt wird, derlei betrübende Vorgänge, wie sie in andern Städten eingetreten sind, zu vermeiden.

Es ergeht daher an alle Körper Prags, an das k. k. Militär der Aufruf, das Gesetz mit allen zu Gebot stehenden Mitteln zu schützen, Willkürlichkeiten hintanzuhalten, und Gewalt abzuwehren, die von einigen Wenigen zum Gesammtnachtheile der Prager Bewohner geübt werden will. Prag, am 31. März 1848.

Rudolph Graf Stadion.

Nr. LVIII.

Kundmachung des Herrn Gouverneurs wegen Zusammensetzung einer Kommission.

Um die sich drängenden Zeitfragen einer schleunigern Erledigung zuzuführen, als es nach dem bisherigen Geschäftsgange möglich ist, und für jene wichtigen Verhandlungen, welche nach unseren neuen Institutionen den Gegenstand der ständischen Berathungen bilden werden, die nöthigen Materialien und Grundlagen zu liefern, finde ich mich bestimmt, eine außerordentliche Kommission, bestehend aus 24 Mitgliedern aus den verschiedenen Ständen der Einwohner Prags zu berufen. Die Mitglieder sind: Auersberg Fürst Karl. Becher, Gutsbesitzer. Borrosch, Buchhändler. Deym Graf Albert. Dittrich, Apotheker. Eisenstein Ritter von, Wenzl, Gutsbesitzer. Ellenberger, Hausbesitzer. Haimerl, Professor. Helminger, Advokat. Herget, Hausbesitzer. Klutschak, Zeitungsredacteur. Kolb, Großhändler. Lämmel, Banquier. Morzin, Graf. Mudroch, Gutsbesitzer. Neuberg, Ritter von. Nostitz Graf Albert. Nostitz Graf Erwein. Palacky, Historiograph. Pinkas, Advokat. Pleschner, Großhändler. Riedl, Großhändler. Schafarik, Bibliothekskustos. Strobach, Dr. juris. Thun Graf Franz (Sohn). Thun Graf Josef Mathias. Veit, Herrschaftsbesitzer von Liboch, und Wessely, Professor.

Digitized by Google

Die Gegenstände, die in Berathung kommen, werden öffentlich durch die Zeitungsblätter kundgemacht, so wie das seinerzeitige Resultat derselben.

Vom k. k. Landespräsidium. Rudolph Graf Stadion.

Nr. LIX.

Kundmachung der definitiven Erledigung der Studentenpetition.

Das hohe Ministerium hat mit dem mir so eben zugekommenen Dekrete vom 31. März 1848, Z. 252 über einen vom akademischen Senate gemachten, und von mir unterstützten Antrage die Einführung der Lehr- und Lernfreiheit genehmigt, und in Erledigung der von Studierenden überreichten Petitionspunkte definitiv ausgesprochen, wie folgt:

1. Die Lehrfreiheit wird in der Art anerkannt, daß in den Fakultäten, welche das Doktordiplom ertheilen, allen Doktoren von nun an gestattet ist, nach vorläufiger Anmeldung bei dem akademischen Senate wissenschaftliche Vorträge zu halten. Bei den technischen Fächern wird nach geschehener Anmeldung vorläufig beim Direktorate die allgemein anerkannte Fachkenntniß die Bedingung zu Lehrvorträgen sein.
2. Diese Lehrvorträge können in der böhmischen oder deutschen Landessprache, so wie in jeder andern Sprache gehalten werden.
3. Kein Talent ist seines religiösen Glaubensbekenntnisses wegen von den Lehrkanzeln der höheren Unterrichtsanstalten ausgeschlossen, und Niemand wird deshalb in seiner Ausbildung und in seinem Fortkommen beschränkt.
4. Zur Sicherheit der Lernfreiheit ist es von nun an erlaubt, die sogenannten obligaten Gegenstände in beliebiger Ordnung und Zeit zu hören, und die Qualifikation zum Staatsdienste und zur Praxis ist lediglich von einer strengen Staatsprüfung abhängig. Die bisher erworbenen Studienzeugnisse behalten ihre volle Giltigkeit.
5. Wegen Einreihung des technischen Studiums in die Universitätsfakultäten wurde sich bereits an die böhmischen Herren Stände verwendet.
6. Den Studierenden ist gestattet, eigene Turnanstalten und Fechtböden zu eröffnen, bis von Seite des Staates die dießfälligen Vorkehrungen getroffen sein werden.
7. Der Studentenschaft wird von nun an gestattet, in Verbindung zusammen zu treten, und hiebei wird das jüngst erlassene Münchner Universitätsstatut über Verbindungen zur Grundlage vorgezeichnet.
8. Endlich ist es jedem Studierenden gestattet, auswärtige, unter dem Schutze der Regierungen stehende Universitäten zu besuchen.

Digitized by Google

Ich setze den akademischen Senat von diesem hohen Ministerialerlasse mit der Aufforderung in die Kenntniß, solchen unverweilt den Fakultäten und Studierenden zu dem Ende mitzutheilen, damit dieselben hierin einen neuen Beleg erkennen, daß die Regierung jede Erleichterung zu gewähren geneigt ist, welche die Verbreitung wahrer Bildung befördert, und dem Streben der Jugend, sich zu nützlichen Bürgern eines constitutionellen Staates auszubilden, frommt, endlich mit den Institutionen eines Landes, in welchem der bürgerlichen Freiheit der ausgedehnteste Spielraum zugestanden werden soll, verträglich ist.

Vom k. k. böhmischen Landespräsidium. Prag, am 2. April 1848.

Graf Stadion.

Nr. LX.

Kundmachung der von der zusammengesetzten Gubernial-Kommission zu berathenden Gegenstände.

Die mit einer Kundmachung vom gestrigen Tage in das Leben gerufene außerordentliche Kommission, deren Zweck es ist, in jedem Zweige der politischen Entwickelung und der Administration die wichtigsten Vorarbeiten für die Berathungen der nach unsern erhaltenen, constitutionellen Institutionen begründeten neuen Landesvertretung zu liefern, hat in der heute Statt gefundenen Sitzung nachstehende Fragen zum Gegenstande ihrer ungesäumt zu pflegenden Berathungen gemacht:

1. Vorschlag zu einer vorläufigen interimistischen Erweiterung der Landesvertretung für den in der nächsten Zeit abzuhaltenden Landtag.
2. Ausarbeitung eines definitiven Entwurfes der Volksvertretung mit Festhaltung des Grundsatzes, daß durch dieselbe alle Interessen des gesammten, daher auch des bürgerlichen Grundbesitzes, der Gewerbsthätigkeit in allen ihren Zweigen und der Intelligenz vertreten werde.
3. Vorschlag zur praktischen Durchführung des bereits a. h. sanktionirten Grundsatzes der Gleichstellung beider Landessprachen in Schule und Amt.
4. Vorschlag zur möglichst schleunigen Durchführung der bereits mit a. h. Anordnung binnen Jahresfrist zu vollziehenden, allgemeinen Robotablösung auf Grundlage der Billigkeit mit besonderer Berücksichtigung der Interessen des Robotpflichtigen.
5. Entwurf einer Kommunalverfassung für Städte und Landgemeinden.

Die durch die Abreise des Bibliothekscustos Schafařik und Verhinderung des Advokaten Pinkas in Abgang gekommenen Kommissionsmitglieder sind durch den Erasmus Wocel und Dr. Brauner ersetzt worden. Die Doktoren der Medizin Reisich und Jaksch sind

Digitized by Google

ebenfalls zu der Kommission zugezogen worden, die sich überhaupt, ohne an eine bestimmte Zahl der Mitglieder zu binden, je nachdem es durch den Drang der Geschäfte und die Wichtigkeit der auftauchenden Fragen geboten erscheint, durch andere, das Vertrauen des Landes verdienende Organe verstärken wird.

Prag, am 3. April 1848. Graf Stadion.

Nr. LXI. LXII.

Nachträgliche Erklärung mehrerer adeligen Gutsbesitzer.

Die Zeitungen enthalten eine Erklärung vieler Herren des böhmischen begüterten Adels über ihr bereitwilliges Zusammenwirken zur Zustandebringung einer zeitgemäßen volksthümlichen Regierungsverfassung im Vaterlande. Die Gefertigten, theils aus Unkenntniß der beabsichtigten Manifestation, theils durch den Drang anderweitiger Geschäfte, theils aus andern Gründen an der Theilnahme gehindert, sehen sich veranlaßt, nachträglich zu erklären, daß sie den darin ausgesprochenen, unbedingten, freisinnigen Tendenzen ihrer Herren Standesgenossen beitreten.

Hieronymus Joseph Zeidler, Abt zu Strahof. Wenzel Ritter von Bohusch. Johann Ritter von Limbek. Adalbert Ritter von Eisenstein. Vinzenz Ritter von Brechler. Gottfried Ritter von Nöling. Ernest Freiherr von Fleißner. Fr. Xav. Chanowsky von Langendorf. Wenzel Freiherr Perglas. Michael Dobrzensky Freiherr von Dobrzenitz. Johann Josef Dobrzensky von Dobrzenitz.

Nr. LXIII.

Verwahrung der Schriftsteller gegen das Preßgesetz.

Da so eben die Nachricht eintrifft, daß das neue Preßgesetz vom Ministerium des Innern zurückgezogen ist, die Publikation in Böhmen aber ganz unterbleibt, so entfällt die Nothwendigkeit des gestern beschlossenen solennen Protestes gegen dasselbe. Wir halten es jedoch für unbedingt nothwendig, zu erklären, daß wir nach den am 18. und 21. März gegebenen, freiwilligen Loyalitätserklärungen der čechischen und deutschen Literaten dieses Preßgesetz als den Ausdruck eines unverdienten Mißtrauens zurückweisen, daß wir den faktischen Erlaß dieses Gesetzes als ein Attentat gegen die Freiheit, als einen entschiedenen Schritt zur Reaktion betrachten, und daß wir gegen jede Wiederholung eines solchen Versuches uns auf das Bestimmteste verwahren.

Digitized by Google

Wir erklären, daß wir, wenn überhaupt einem Preßgesetze nicht ausgewichen werden könnte, uns nur mit einem solchen zufrieden stellen können, das aufrichtig und rückhaltlos das gegebene kaiserliche Wort verwirklicht. Vor der Hand wollen wir aber den Entwurf eines solchen mit Berücksichtigung der eigenthümlichen literarischen Verhältnisse unseres Landes in so kurzer Frist, als es die Wichtigkeit des Gegenstandes erlaubt, bearbeiten, und dieses dann dem Urtheile der Versammlung vorlegen, welche uns als Organe ihrer Gesinnung erwählt hat. Nach erfolgter Annahme soll dieser Entwurf auf constitutionellem Wege ungesäumt der Regierung vorgelegt werden.

Prag, den 4. April 1848. Der Schriftstellerausschuß.

Nr. LXIV.

Kundmachung des Herrn Gouverneurs wegen Berufung mehrerer Glieder zur Kommission.

Zu der nach meiner Kundmachung vom 2. l. M. in's Leben gerufenen außerordentlichen Kommission finde ich noch nachstehende Mitglieder beizuziehen: Beer, Generalgroßmeister; Dietrich, Holzhändler; Přibram, Fabrikant; Wanka, Bräuermeister; und Wyskoczil, Müllermeister. Prag, am 4. April 1848.

Graf Stadion.

Nr. LXV.

Kundmachung des Herrn Gouverneurs wegen Bildung mehrerer Sektionen der außerordentlichen Kommission.

Die unter meinem Vorsitze heute zusammengetretene außerordentliche Kommission hat es zweckmäßig gefunden, die in meiner Kundmachung vom gestrigen Tage hervorgehobenen fünf Besprechungspunkte, bevor sie der Berathung der aufgestellten Kommission in pleno selbst unterzogen werden, früher in einzelnen Abtheilungen von Mitgliedern, die sie aus ihrer Mitte gewählt hat, vorbereiten und gründlich beleuchten zu lassen. — Sie hat sich demnach, da die Punkte 1 und 2 in enger Verbindung stehen, in 4 Sektionen geschieden. Der Sektion I wurde zugewiesen:

1. Vorschlag zu einer vorläufigen interimistischen Erweiterung der Landesvertretung für den in der nächsten Zeit abzuhaltenden Landtag.

2. Ausarbeitung eines definitiven Entwurfes zur Volksvertretung mit Festhaltung des Grundsatzes, daß durch dieselbe alle Interessen des gesammten, daher auch des bäuerlichen Grundbesitzes, der Gewerbsthätigkeit in allen ihren Zweigen und der Intelligenz vertreten werden. Die Sektion I besteht aus nachfolgenden Mitgliedern:

Digitized by Google

Herren Beer, Generalgroßmeister; Haimerl, Professor der Rechte; Jaksch, Professor der Medizin; Neuberg Ritter von, k. k. Landrath; Nostitz Graf Albert; Palacky, Historiograph; Přibram, Fabrikant; Strobach, Doktor der Rechte; Thun Graf Franz (Sohn); Wessely, Professor der Rechte; Wyskočil, Müllermeister.

Der Sektion II wurde zugewiesen:

3. Vorschlag zur praktischen Durchführung des bereits a. h. sanktionirten Grundsatzes der Gleichstellung beider Landessprachen in Schule und Amt. Diese Sektion II besteht aus nachfolgenden Mitgliedern:

Herren Beer, Generalgroßmeister; Borrosch, Buchhändler; Haimerl, Professor; Klutschak, Redakteur; Neuberg Ritter von, Landrath; Palacky, Historiograph; Reisich, Doktor der Medizin; Wocel, Literat.

Der Sektion III wurde zugewiesen:

4. Vorschlag zur möglichst schleunigen Durchführung der bereits auf a. h. Anordnung binnen Jahresfrist zu vollziehenden Robotablösung auf Grundlage der Billigkeit mit besonderer Berücksichtigung der Interessen der Robotpflichtigen. Die Sektion III besteht aus nachstehenden Mitgliedern:

Herren Becher, Gutsbesitzer; Brauner, Doktor der Rechte; Eisenstein Ritter von, Gutsbesitzer; Kolb, Handelsmann; Lämmel von, Großhändler; Morzin Graf Rudolf; Mudroch, J. U. Dr., Gutsbesitzer; Nostitz Graf Erwein; Riedl, Großhändler; Strobach, Doktor der Rechte; Thun Graf Josef Mathias; Veit, Herrschaftsbesitzer.

Der Sektion IV wurde zugewiesen:

5. Entwurf einer Kommunal-Verfassung für Städte und Landgemeinden. Diese Sektion besteht aus nachstehenden Mitgliedern:

Herren Auersperg Fürst Karl; Brauner, Doktor der Rechte; Deym Graf Albert; Dietrich, Holzhändler; Dittrich, Apotheker; Ellenberger, Hausbesitzer; Helminger, J. U. Dr., Advokat; Herget, Hausbesitzer; Pleschner, Handelsmann; Strobach, Doktor der Rechte; Wanka, Bräuermeister.

Die Sektionen haben sich in Folge der erhaltenen Ermächtigung ausdrücklich bereit erklärt, sich auch mit sachverständigen Personen, die nicht Mitglieder der Sektion der außerordentlichen Kommission sind, zum Behufe ihrer Sektionsarbeiten zu berathen, und Gutachten einzuholen.

Insbesondere hat die für die Robotfrage gewählte Sektion sich dahin ausgesprochen, durch Einvernehmung und Rücksprache mit einzelnen robotpflichtigen Landleuten sich auch über deren Wünsche und Interessen unterrichten zu wollen. Uiberdieß fordert die außerordentliche Kommission jeden Vaterlandsfreund auf, über die oben bezeichneten, hochwichtigen Fragen begründete Ansichten, Pläne und Entwürfe derselben zu übergeben.

Prag, am 4. April 1848. Graf Stadion.

Digitized by Google

Nr. LXVI.

Kundmachung, daß Erzherzog Franz Joseph als Statthalter ernannt wurde.

Nach einer so eben an mich gelangten Eröffnung des Ministers des Innern ist der durchlauchtigste Erzherzog Franz Joseph zum Statthalter ernannt, und wird seine Bestimmung demnächst antreten. Diese erfreuliche Nachricht, welche einen neuerlichen Beweis liefert, mit welcher väterlichen Liebe Seine Majestät seine treuen Böhmen umfaßt, beeile ich mich zur allgemeinen Kenntniß zu bringen.

Prag, am 5. April 1848. Graf Stadion.

Nr. LXVII.

Erklärung der Prager Schriftsteller.

Wir sind fortwährend bemüht, die Eintracht zwischen den Böhmen und Deutschen aufrecht zu erhalten, wohl wissend, daß unsere beiden Nationalitäten um ihre Freiheit gebracht werden könnten, wenn zwischen uns eine nationale Zwietracht entstände. Darum bemerken wir mit Unwillen, wie gerade in Reichenberg böswillig dieser nationalen Eintracht zuwider gehandelt, und durch offenbare lügenhafte Beleidigung der Czechen nationaler Zwist unter uns angefacht wird. Wir sprechen hiemit öffentlich unsern Unwillen aus, zugleich als Beweis der Unwahrheit dieser zur Beunruhigung der Gemüther ausgestreuten Gerüchte. Prag, den 4. April 1848.

Unterschriften.

Nr. LVIII.

Kundmachung der Wahlen des großen Bürgerausschußes.

Bei den in Folge Landespräsidialdekretes vom 27. März 1848, am 29. und 30. März 1848 stattgefundenen Wahlen zu dem großen Bürgerausschuße von 100 Gliedern und 19 Ersatzmännern fungirten, als von den erschienenen Wahlberechtigten per acclamationem gewählte Scrutatoren, und zwar:

1. auf der Altstadt, die Herren: Mathias Bernt, Apotheker. — J. U. Dr. Johann Roskoschny. — J. U. Dr. Jakob Daublebsky von Sterneck. — Vinzenz Schimmer, Fabrikant. — Dionys Loos, Gutsbesitzer. — Karl Brosche, Kaufmann. — Adalbert Wischin, Braumeister. — Johann Batka, Kaufmann. — Friedrich Willigk, Apotheker. — Alois Borrosch, Buchhändler. — Karl Lumbe, Med. Dr. — Karl Pstroß, Hausbesitzer, und J. U. Dr. Karl Helminger.

2. auf der Neustadt, die Herren: Franz Graf Thun-Hohenstein, Sohn. — J. U. Dr. W. J. Mayer. — Joseph Turetzky, Wirthschaftsrath. — Philipp Bachhaibl, Hausbesitzer. — Joseph Reßek, Zimmermeister, und Martin Kubasek;
3. auf der Kleinseite, die Herren: J. U. D. August Likawetz-Oberhauser. — Vinzenz Dittrich, Apotheker. — J. U. D. Anton Herget. — Vinzenz Falk, k. k. Rath. — Ludwig Fortner, Silberarbeiter. — Med. Dr. Zimmer und Karl Brust, Zimmermeister;
4. auf dem Hradschin, die Herren H. E. Gindrich, Kaufmann. — Eduard Landauer, Kaufmann. — Martin Brabetz. — Josef Demartini und Karl Zeltsch, Landtafelingrossator.

Gewählt wurden durch Stimmenmehrheit und zwar:

I. Für die Altstadt, als Ausschußmitglieder:

1. Veit Anton, Herrschaftsbesitzer.
2. Haase Andreas, Buchdrucker.
3. Ursus Franz, Kaufmann.
4. Von Helly Karl, Apotheker.
5. Fiedler C. A., Großhändler.
6. Berndt Mathias, Apotheker.
7. Strobach Anton, J. U. Dr.
8. Borrosch Alois, Buchhändler.
9. Ellenberger Franz, Ziegelhüttenbesitzer.
10. Pleschner Eduard, Kaufmann.
11. Roskoschni Johann, J. U. Dr.
12. Brosche F. X., Kaufmann.
13. Hetzner Friedrich, Kaufmann.
14. André, Buchhändler.
15. Richter Prokop, Goldarbeiter.
16. Batka Johann, Materialist.
17. Pitschmann Anton, Kaufmann.
18. Helminger Karl, J. U. Dr.
19. Kose Franz, Kaufmann.
20. Ehrlich F., Buchhändler.
21. Bergmann Josef, Kaufmann.
22. Rziwnatz, Buchhändler.
23. Wischin Adalbert, Bräuer.
24. Dotzauer Josef, Kaufmann.
25. Hennig, Lithograph.
26. Zdekauer Friedrich, Großhändler.
27. Gärtner Fried. jun., Kaufmann.
28. Krach Erasmus, Hausbesitzer,
29. Pstroß Karl, Hausbesitzer.
30. Haasche Anton, Kaufmann.
31. Trojan, J. U. Candidat.
32. Schwertner, Mechaniker.

Als Ersatzmänner:

1. Rangheri, Materialist.
2. Brabetz Martin, Holzhändler.
3. Eichler Josef, Kaufmann.
4. Lumbe Karl, Med. Dr.
5. Credner F., Buchhändler.
6. Ratzenbek Prokop, Kaufmann.

II. Für die Neustadt, als Ausschußmitglieder:

1. Wanka Franz, Bräuer.
2. Ripota Johann, Baumeister.
3. Pstroß Franz, Lohgärber.
4. Kolb Ignaz F., Großhändler.
5. Faster Peter, Gastgeber.
6. Halla Josef, Kaufmann.
7. Wiskocil, Müller.
8. Dietrich Franz, Holzhändler.
9. Hofmeister Jos., J. U. Dr.
10. Thun Franz Graf jun.
11. Meißner Anton, Kaufmann.
12. Krug J. E., Kaufmann.
13. Wagner Ignaz, Weinhändler.
14. Kranner Josef, Baumeister.
15. Zurein Leopold, Hausbesitzer.
16. Reßek Josef, Zimmermeister.
17. Grund F. J., Kaufmann.
18. Thierhier Peter, Tischlermeister.
19. Wanka Wenzel, J. U. D.

Digitized by Google

20. Kalkbrenner Martin, Hutmacher.
21. Zintl Ignaz, Kaufmann.
22. Brauner, J. U. D.
23. Loos Dionys, Hausbesitzer.
24. Pleschner J. D., Hausbesitzer.
25. Milde Ignaz, Bräuer.
26. Michalowitz, Müller.
27. Bachhaidl Philipp, Hausbesitzer.
28. Wawra Wenzel, Müller.
29. Kinzelberger, Kaufmann.
30. Bellmann Karl, Glockengießer.
31. Kurzak Karl, Holzhändler.
32. Binder Jakob, Kaufmann.
33. Popel Ludwig, Bäcker.
34. Haneder, Kaufmann.
35. Uhlir, Holzhändler.
36. Merklas Wenzel, Kupferstecher.
37. Habich Norbert, Glasermeister.
38. Reßek Franz, Holzhändler.
39. Wagner Martin, Gutsbesitzer.
40. Wawra Mathias, Müller.
41. Melzig Karl, Gastwirth.
42. Treffler Johann, Gastgeber.
43. Popelka Lambert, Kaufmann.
44. Horaczek, Fleischer.
45. Horaczek, J. U. D.
46. Milde Josef, Bräuer.
47. Wurm Prokop, Hausbesitzer.

Als Ersatzmänner:

1. Eisenstein Johann Ritter von, Hausbesitzer.
2. Beaufort, Hausbesitzer.
3. Fritsch Josef, J. U. D.
4. Duda Wenzel, Baumeister.
5. Gindrich Johann, Bräuer.
6. Berger Marmilian, Gutsbesitzer.
7. Hegewald Franz, Schneidermeister.
8. Karasek, Bräuer.
9. Wambersky T., Fabrikant.

III. Für die Kleinseite als Ausschußmänner:

1. Pinkas Adolph jun., J. U. Dr.
2. Urban Johann, Bierverleger.
3. Schebelka, Wachszieher.
4. Dittrich, Apotheker.
5. Herget Anton, Hausbesitzer.
6. Brust Karl, Zimmermeister.
7. Slawik Johann, Müllermeister.
8. Fortner Ludwig, Silberarbeiter.
9. Burian Franz, Lohgärber.
10. Gelinek Anton, Zimmermeister.
11. Veit Wenzel, Gutsbesitzer.
12. Scheib Ferdinand, Schlossermeister.
13. Scheib Franz, Buchhändler.
14. Seidl Wenzel, Bräuer.
15. Schubert Eduard, J. U. D.
16. Falk Vinzenz, k. k. Rath.

Als Ersatzmänner:

1. Bělsky Johann, Baumeister.
2. Riedl Josef, Spenglermeister.
3. Schöbl Josef, Lebzeltnermeister.

IV. Für den Hradschin, als Ausschußmänner:

1. Žak, Schlossermeister.
2. Jäger, Seilermeister.
3. Czarda Wenzel, Weinhändler.
4. Sidek Wenzel, Hausbesitzer.
5. Landauer junior, Kaufmann.

Als Ersatzmann:

Schrödl, Bäckermeister.

Die Nachweisung der erhaltenen Stimmen mit Rücksicht der Wahlresultate in den einzelnen Stadttheilen wird in speciellen Ausweisen durch die Prager Zeitung bekannt gemacht werden.

Prag, 6. April 1848.

Das Landespräsidium.

Digitized by Google

Nr. LXIX.

Kundmachung der im Lande herumziehenden Emissäre wegen.

In den ersten drei Tagen des laufenden Monats durchzogen zwei Individuen, welche sich für Mitglieder der Prager Compagnie „Svornost" ausgaben, die Orte Brandeis, Altbunzlau, Turzitz, Benatek und Münchengrätz, theilten an die Bewohner Pamphlete aufrührerischen Inhalts aus, und suchten das Volk durch Reden im communistischen Sinne zum Aufstande und zur Verweigerung des Gehorsams gegen die Regierung aufzureizen.

Ihre Reden fanden jedoch bei der Bevölkerung keinen Anklang, und die Nationalgarde der Stadt Münchengrätz hielt es selbst für nothwendig, diese Aufrührer festzuhalten, und der Behörde zu überliefern.

Indem ich diesen Vorgang der Münchengrätzer Nationalgarde lobend zur allgemeinen Kenntniß bringe, finde ich mich zugleich veranlaßt, die Bevölkerung des flachen Landes vor den Bestrebungen übelgesinnter Individuen zu warnen, und gebe mich der Hoffnung hin, daß sie dem lobenswerthen Beispiele der wackern Münchengrätzer Nationalgarde folgen werden. Vom böhmischen k. k. Landespräsidium.

Prag, am 6. April 1848.

Rudolph Graf Stadion.

Nr. LXX.

Kundmachung wegen Vornahme der Bürgermeisterwahl.

Damit die Wahl des Bürgermeisters der Hauptstadt Prag, als auch des engeren Bürgerausschusses, wozu ich den 9. April 1848 festgesetzt habe, keinen Verzug erfahre und ordnungsmäßig vor sich gehe, finde ich Nachstehendes zu bestimmen:

1. Die Leitung der Versammlung des größeren Bürgerausschusses übernimmt jenes Mitglied, welches das höchste Alter hat. Bei gleichem Alter entscheidet das Loos.

2. Der Alterspräsident hat sofort, nachdem er den Präsidialstuhl eingenommen hat, vier Skrutatoren aus der Mitte des größeren Bürgerausschusses wählen zu lassen.

3. An den Wahlen, welche der größere Bürgerausschuß zu vollziehen hat, haben nur jene Glieder Theil zu nehmen, welche in der Versammlung selbst anwesend sind. Eine Stimmenabgabe mittelst Bevollmächtigung findet nicht statt.

4. Vor Allem ist der Bürgermeister aus der Mitte des größeren Bürgerausschusses mittelst Abgabe von Stimmzettel zu wählen. Bei der Wahl desselben entscheidet die absolute Stimmenmehrheit, die nach

Digitized by Google

der Zahl der Wähler zu berechnen ist, welche an der Wahl wirklich Theil nehmen. Sollte jedoch bei dreimaliger Wiederholung des Wahlaktes die absolute Stimmenmehrheit nicht erzielt werden, so hat bei der vierten Abstimmung die relative Stimmenmehrheit und bei gleichgetheilten Stimmen vorerst das höhere Alter aber das Loos, bei gleichem Alter den Ausschlag zu geben.

An den gewählten Bürgermeister hat der Alterspräsident sogleich die weitere Leitung der Versammlung abzugeben.

5. Hierauf ist zur Wahl des engeren Bürgerausschusses zu schreiten. Dieser ist gleichfalls aus den Gliedern des größeren Bürgerausschusses ohne Rücksicht auf das Stadtviertel, in welchem sie wohnen, mittelst Stimmzetteln zu wählen, und es entscheidet diesfalls sogleich die relative Majorität, bei gleichgetheilten Stimmen aber das höhere Alter, und bei gleichem Alter das Loos.

6. Den Schlußakt der Versammlung des größeren Ausschusses bildet die Wahl der 24 Ersatzmänner für den kleineren Bürgerausschuß. Bei der Wahl derselben ist der größere Bürgerausschuß nicht bloß auf seine eigenen Glieder beschränkt, sondern er kann auch hiezu jene Männer wählen, welche von den Urversammlungen als Ersatzmänner des größeren Bürgerausschusses bezeichnet worden sind. Bei der Wahl der 24 Ersatzmänner gelten jene Grundsätze, welche im 5. Absatze dieser Kundmachung aufgestellt worden sind.

7. Über die Wahl des Bürgermeisters und des engeren Bürgerausschusses, dann über die Wahl der 24 Ersatzmänner sind zwei abgesonderte Protokolle aufzunehmen, und das Protokoll über den ersteren Wahlakt gleich nach seinem Abschlusse mir zu übergeben, damit der Bürgermeister mit dem engeren Bürgerausschusse (dem Stadtrath) sogleich in Wirksamkeit treten könnte.

8. Die Ersatzmänner, welche die Urversammlungen für den größeren Bürgerausschuß gewählt haben, haben zunächst die Ausschußmitglieder ihres Stadtviertels im größeren Ausschusse zu ersetzen. Die Ordnung, in welcher die Ersatzmänner desselben Viertels einzutreten haben, bestimmt zunächst die größere Anzahl der ihnen in der Urversammlung zugefallenen Stimmen, bei gleichgetheilten Stimmen das höhere Alter und bei gleichem Alter das Loos.

Sollten jedoch die sämmtlichen Ersatzmänner eines Stadtviertels bereits in den großen Bürgerausschuß eingetreten sein, so sind die allenfalls noch abgängigen Ausschußmänner dieses Viertels durch die in andern Stadtvierteln gewählten Ersatzmänner zu ersetzen und zwar in der Ordnung, in welcher sie nach Maßgabe der ihnen zugefallenen Stimmen, bei gleichen Stimmen nach dem höheren Alter und bei gleichem Alter nach dem Loose ohne Rücksicht auf ihr Stadtviertel auf einander folgen.

9. Die Ersatzmänner werden zunächst jene Glieder des größeren Bürgerausschusses bei der Versammlung am 9. April l. J. zu ersetzen haben, welche bei derselben nicht persönlich erscheinen werden. So bald

Digitized by Google

der Bürgermeister gewählt sein wird, hat sogleich ein Ersatzmann, den die Reihe nach den im 8. Absatze aufgestellten Grundsätzen trifft, als wirkliches Mitglied in den größeren Bürgerausschuß einzutreten.

In ganz gleicher Art haben 12 Ersatzmänner als wirkliche Ausschußmitglieder an die Stelle jener 12 Personen in den großen Ausschuß zu treten, welche aus diesem als Glieder des engern Bürgerausschusses ausscheiden werden.

10. Die Wahl zum Mitgliede des größeren Bürgerausschusses so wie auch zum Ersatzmanne des größeren oder kleineren Bürgerausschusses darf Niemand von sich ablehnen.

Vom k. k. böhmischen Landespräsidium.

Prag, am 7. April 1848.

Rudolph Graf Stadion.

Nr. LXXI.

Nothgedrungene Erklärung des Bürgercomité.

In der gestrigen Nummer der böhmischen Zeitung „Národni Noviny" finden wir folgende Angabe, die einem Reichenberger Blatte entnommen ist.

„Heutige Post:"

„Aus Prag von Gestern: Anarchie in allen Enden. Unzählige „Clubbs, worunter der Gewerbsverein der arroganteste. Die wider„sinnigsten Maueranschläge. Die Nationalgarde noch nicht organi„sirt; die čechischen Ultras oben an, doch im Kampfe unter einander, „aber in dem lächerlichsten, wenn jetzt etwas Lächerliches sein könnte. „Aufgepaßt!

„Einigkeit, ihr deutschen Brüder!!"

Seit der ersten Minute unserer Wirksamkeit, wozu uns am 11. März freie Volkswahl berief, bis zum gegenwärtigen Augenblicke waren unsere allseitigen Kräfte mit Hintansetzung eigener Interessen und anderer noch kostbarer Güter dem Wohle unseres Volkes und der Hauptstadt geweiht, so daß es uns an Zeit und insbesondere an Willen fehlte, unser Thun und Wirken einer Rechtfertigung zu unterziehen. Wenn gleich unsere erste Mission sich bloß darauf beschränkte, die allgemein bekannten Petitionspunkte zu formuliren, so brachten die Ereignisse, welche dem letzten Blatte der Geschichte unserer Hauptstadt angehören, einen solchen Umschwung in alle damals bestandenen Verhältnisse hervor, daß, wenn auch unsere Mission als beendet in den Augen der Bewohner unserer Hauptstadt erschien, wir mit Wissen der höchsten Behörde im Lande unsere Funktionen fortsetzen.

Das Vertrauen in die noch nicht constitutionell umgeformten Behörden war in diesen Tagen erschüttert, und so gelang es uns, da wir Vertrauen vom Volke hatten, Vertrauen im Volke zu

Digitized by Google

erhalten. Dies war unsere erste und wichtigste Aufgabe, von ihrer Lösung hing die Ruhe, der Fortschritt, nach unserer Ansicht nur möglich, wenn auf Gesetz und Recht basirt — nicht nur der Hauptstadt, sondern die Ruhe des ganzen Landes ab.

Als der erste Punkt, dem wir unser rastloses Wirken zuwandten, schien uns dringlich nothwendig, auf die Ermäßigung der ersten und unentbehrlichsten Lebensbedürfnisse hinzuwirken. Große Garantien mußten im ersten Momente geboten werden, um die Preise von Brod und Bier zu ermäßigen. Dank sei es der Großherzigkeit der Herren Gewerbsmitglieder dieser ersten Lebensbedürfnisse, welche auf die Ersätze verzichteten. Der arbeitslosen Klasse mußte augenblicklich Verdienst geschafft werden. Ein Filialausschuß bildete sich aus unserer Mitte zu diesem Zwecke, ein Frauen-Comité übernahm die Sammlung edelmüthiger Spenden und unterstützte unser Wirken. Bis heute betragen dieselben 26,639 fl. 30 kr. C. M., vermöge unten detailirter Subscriptionsliste und es stehen

1299 männliche
129 weibliche
} Arbeiter im Lohne des Comités.

275 männlichen Arbeitern hat es durch seine Intervenirung, daß Aerarial- und ständische Arbeiten so schnell als thunlich in Angriff genommen werden, Brod zugewendet. Aus der Mitte des Comités ging die Deputation nach Wien ab, um Sr. Majestät, die durch den Anklang, den sie im ganzen Lande fand, sowie durch die Beistimmungsadressen zur Landespetition erhobenen zu überreichen. Daß die Mission des Comités für Stadt- und Landinteressen keine verfehlte war, ist wol zu bekannt, als daß es noch eines Wortes bedürfte.

Kurz, unsere heiligste Aufgabe war und wird bleiben, die Dissonanzen unserer socialen, sprachlichen und nationalen Zustände und Verhältnisse in ein harmonisches Ganze zu bringen. Daß wir diese Aufgabe zu lösen verstanden haben, mit Hinblick auf unsere Vaterstadt, darüber sind wir beruhigt, wenn auch da, wir verkennen es nicht, die Elemente sich schroff entgegenstanden und unser Wirken häufig mißdeutet wurde.

Jetzt beginnen wir einen neuen Abschnitt unseres Wirkens im angedeuteten Sinne für's ganze Land, um fernerhin Belehrung und sonstige Mittheilungen, welche auf die Erhaltung der Ruhe auf dem flachen Lande und in den Städten hinwirken können. Wir erklären uns bereit, jede Mittheilung von Städten und Gemeinden entgegen zu nehmen, und sie in zweifelhaften Fällen zu leiten, daß der Böswilligkeit und dem widerwärtigen Egoismus der Weg abgeschnitten werde, den sie so leicht bei dem aufgeregten Zustande in die unbewachten Herzen unserer geliebten Brüder finden könnten.

Prag, am 7. April 1848.

Prager Bürger-Comité:

Albert Graf Deym.
Matey Misak in Subst. v. Peter Faster.

Digitized by Google

J. E. Krug, Geschäftsleiter. Joh. B. Batka, als subst. Sekretär. J. B. Riedl; Joh. Wiskočil; Ludw. Ruppert; Hynek Kohn; M. D. Kiemann in Subst. von Anton Veith; F. Brabetz; M. D. Karl Amerling; J. B. Schulz; B. Paul; L. Lämmel; J. Halla; Adalbert Wischin; Wáclaw Eger; Mart. Karl Brabetz; Bernard Banfett; Jos. Friedrich; Uffo Horn; Franz Wanka; Franz Hawliczek; Mathias Wawra; Joh. Nowotny; Wenzl Seidl; Leopold v. Portheim; J. U. D. Edmund Sebek; J. B. Chlumetzky, als Stellvertreter von Jos. Reichel; J. U. D. Carl Zdekauer in Subst. J. T. Ferd. Kolb; Friedrich Ehrlich.

Nr. LXXII.

Kundmachung des Herrn Gouverneurs, die Scontrirung der städtischen Kassen betreffend.

Bei der in Folge meiner Kundmachung vom 25. März 1848 vorgenommenen Scontrirung der unter Aufsicht des Prager Magistrats und Kontrolle des Bürgermeisters stehenden städtischen Gemeind- und öffentlichen Fondskassen hat sich in keiner Beziehung ein Anstand ergeben, und es herrschte überall die größte Ordnung, und die genaueste Befolgung der bestehenden Vorschriften.

Indem ich dies hiemit zur öffentlichen Kenntniß bringe, fühle ich mich verpflichtet, dem abgetretenen Bürgermeister Ritter v. Müller aus voller Uiberzeugung das ehrenvollste Zeugniß über seinen ehrenwerthen Charakter, und seine tadellose ersprießliche Dienstleistung zu geben, und aus diesem Anlasse zu erklären, daß der vom Bürgermeister Ritter v. Müller auf meine Aufforderung eingereichten Dienstesresignation keine andere Rücksicht zum Grunde lag, als in diesen bewegten Zeiten im Interesse der Ruhe und öffentlichen Ordnung der Stadtgemeinde die Beruhigung zu geben, sich durch einen aus eigener Wahl hervorgegangenen Vorsteher vertreten zu wissen. Bei den Kassen des Gutes Lieben, worüber dem Magistrate keine unmittelbare Controlle zusteht, haben sich nur bezüglich der Rechnungsmanipulation einige Unrichtigkeiten herausgestellt, welche bei der stattfindenden Kassenliquidation ihre Aufklärung erhalten dürften.

Prag, am 7. April 1848.

Graf Stadion.

Nr. LXXIII.

Erklärung des Corps Swornost.

Erklärung.

Mit Bezug auf den in der „Prager Zeitung" enthaltenen Erlaß des hochlöbl. k. k. Landespräsidiums vom 6. April l. J., betreffend zwei

Digitized by Google

Individuen, welche sich als Mitglieder unserer Compagnie ausgegeben haben sollen, müssen wir im Namen des ganzen Corps, welches uns hiezu einstimmig ermächtigt hat, öffentlich aussprechen, daß diese zwei Personen nicht Mitglieder unseres Corps sind, und daß wir an dieser ganzen Angelegenheit gar keinen Antheil haben, daher die Verantwortung und Rechtfertigung den ob mit Recht oder Unrecht beschuldigten Personen selbst überlassen.

Dagegen können wir nicht umhin, unsern Unwillen darüber zu äußern, daß das hochlöbl. k. k. Landespräsidium so wenig Umsicht im Gebrauche der Presse und eine so offenbare Mißachtung unseres St. Wenzels-Corps an den Tag legt, daß es unser schönes, allen unsern lieben Landsleuten geltendes Losungswort „Swornost" (Eintracht) in seinem obgenannten Erlasse ohne alle Nothwendigkeit gebraucht hat, da wir mit aller Kraft darauf bestehen müssen, daß auch nicht der geringste Schatten einer ungerechten Verdächtigung auf unser Corps falle.

Prag, am 8. April 1848.

Ehrengericht der Compagnie „Swornost."

Drahotin Baron Villani, přednosta. Josef Kaj. Tyl. Jan B. Tyl. Jos. Alois Prokop. Dr. Fratišek Kowářowic. Václav Seidl. Dr. Vilém Kraus. Hynek Jaroš. František Havliček. Vincenc Vávra. Dr. Ferdinand Viták.

Nr. LXXIV.

Petition der Praktikanten bei den k. k. Behörden.

Eure k. k. Majestät!

Das große, inhaltschwere Wort, welches Eure k. k. Majestät am 15. März dieses so ereignißvollen Jahres zu Oesterreichs Völkern gesprochen, dieses erhabene kaiserliche Wort riß mit Einemmal die Scheidewand nieder, die bisher zwischen dem Fürsten und seinem Volke stand. Die Wahrheit, das freie Wort finden nun ungehindert Zutritt zu dem Throne Eurer k. k. Majestät.

Kein Stand, kein Einzelner, und wäre es der geringste Unterthan, braucht sich zu scheuen, eine auf Recht und Wahrheit gegründete Bitte im Angesichte seiner Mitbürger vor Euerer k. k. Majestät vertrauungsvoll auszusprechen.

Bereits trat der Bürger, der Studirende erhört von dem Throne Eurer k. k. Majestät und verkündete jubelnd der Heimat die Güte seines milden Herrschers und liebevollen Vaters!

Gestützt auf diesen Beweis der Liebe und auf die Gerechtigkeit unseres huldvollen Monarchen, wagen auch wir, die unbesoldeten, im Staats-Dienste stehenden Praktikanten, vor Eure k. k. Majestät zu treten und, unter Hindeutung auf vergangenes Elend, unsere demüthi-

Digitized by Google

gen Bitten für die Zukunft vertrauungsvoll zu den Stufen des Thrones niederzulegen:

Es gab wol keinen Stand in der bürgerlichen Gesellschaft, dessen Interessen weniger Berücksichtigung, weniger Unterstützung gefunden hätte, als den der im Staatsdienste stehenden Praktikanten, und doch sollte gerade dieser Klasse von Staatsbürgern die größte Aufmerksamkeit, die sorgsamste Pflege zugewendet werden, da in ihr zunächst die Stoffe keimen, um das neugeschaffene Leben unseres mächtigen Kaiserstaates zu vergiften.

Das Institut der Praktikanten soll die Pflanzschule der künftigen Repräsentanten der Staats-Verwaltung sein; hier soll der junge Mann lernen, was er als Beamte dem Staate und dem Vaterlande schuldig ist, hier soll sein Rechtlichkeitsgefühl, — das Einzige, was ihn bei den so beispiellos geringen Gehalten der Staatsbeamten vor Corruption jeder Art schützen kann, — erst recht ausgebildet werden; hier endlich soll er die in den Schulen begonnene wissenschaftliche Ausbildung seines Geistes fortsetzen.

Diese Anforderungen kann und muß man an den Praktikanten stellen. Sind aber die Verhältnisse, in denen er lebt, von der Art, daß er diesen Anforderungen nicht entsprechen kann, so ist seine Stellung offenbar verfehlt, und Beamte, die unter solchen Auspicien herangebildet werden, dürften in den seltensten Fällen ihrem Zwecke entsprechen.

Durch wen können aber die herrlichen Institutionen, die Oesterreich in der neuesten Zeit theils schon erhalten, theils noch zu erwarten hat, mehr gefährdet und untergraben werden, als durch die Organe, die berufen sind, diese Institutionen im Staate zu realisiren.

Was werden alle Anstrengungen unseres hochherzigen Landesvaters, seine Völker glücklich zu machen, nützen, wenn er bei jedem Schritte, den er auf dieser erhabenen Bahn vorwärts thun will, durch die Unfähigkeit, ja oft sogar durch den bösen Willen derjenigen gehemmt wird, die Er zur Durchführung seiner Maßregeln berufen hat.

Und endlich, wen trifft zunächst der Tadel der Menge, wenn selbst zweckmäßige Regierungsmaßregeln durch schlechte Beamte vereitelt werden? — Die Regierung trifft er; sie allein muß die Sünden untauglicher Beamten tragen, sie allein wird von der öffentlichen Meinung gerichtet und verliert das Vertrauen der Völker, da nur in den seltensten Fällen es möglich ist, den einzelnen Beamten zu entdecken, der seine Pflicht vergessen und die Interessen der Regierung verrathen hat.

Hat aber die Einrichtung des Praktikanten-Instituts auf die darin gebildeten Beamten, die Beamten aber auf das Vertrauen, das die Regierung im Volke genießt und ohne welchem alle ihre Bemühungen nur ohnmächtig sind, — einen wesentlichen Einfluß; so muß es auch für die Regierung von der höchsten Wichtigkeit sein, alle die Elemente

Digitized by Google

zu beseitigen, die auf die geistige und sittliche Ausbildung der Beamten einen nachtheiligen Einfluß üben.

Aus diesem Grunde, und nicht allein der eigenen Interessen wegen, halten die Gefertigten es für ihre heilige Pflicht, jetzt, wo die neue Staats-Verfassung auch die Reorganisirung der Staats-Verwaltung zur nothwendigen Folge haben muß, Eurer k. k. Majestät alle die Mängel vorzustellen, die das unbesoldete Praktikanten-System an sich trägt, um es Eurer k. k. Majestät möglich zu machen, Oesterreich's Staats-Verwaltung auch in den untersten Zweigen von allen jenen Einrichtungen zu befreien, die der Gerechtigkeit, den Zeitverhältnissen und selbst den unmittelbaren Interessen der Regierung geradezu entgegen sind.

Die Grundsätze, die bisher bezüglich der Praktikanten beobachtet wurden, sind keineswegs geeignet, tüchtige Beamte heranzubilden, sie verhindern vielmehr nur zu häufig jede freie Geistesentwicklung, ersticken das Talent und entziehen dem Staate Kräfte, die besser hätten benützt werden können.

Gegenwärtig muß ein Praktikant 5 — 10 — 15, ja sogar 20 Jahre dem Staate dienen, ehe er die niederste Besoldungsstufe erreicht.

Seine Dienstleistung jedoch ist bei Weitem den größten Theil dieser Zeit nicht die eines eigentlichen Praktikanten, sondern die eines wirklichen Beamten. — Selbst der Reiche, den keine Nahrungssorgen drücken, der sich kein Vergnügen zu versagen braucht, wird durch eine so lange unentgeldliche Dienstleistung aller Energie beraubt, und kann dem Staatsdienste keine andere Seite abgewinnen, als die einer undankbaren Last.

In welche Lage aber wird hiedurch erst der Vermögenslose versetzt? — Welchem Elende ist er durch eine so lange Reihe von Jahren preis gegeben?

Ist es ihm möglich, seine Berufspflichten mit Lust und Liebe zu erfüllen, da er Zwei-Drittheile des Tages, wo nicht mehr am Arbeitstische gefesselt, abgesehen von der trostlosen Aussicht in die Zukunft, vielleicht nicht weiß, wie am Abende, dem unabweislichen und stets wiederkehrenden Feind der Armuth — dem Hunger — zu widerstehen?

Muß ihn nicht der Gedanke an seine darbenden Eltern, die bereits ihre letzte Habe zu seiner Ausbildung und Erhaltung im Staatsdienste geopfert haben, und nun einer Unterstützung von seiner Seite bedürfen, gänzlich zu Boden drücken?

Müssen ihm nicht die Gewissensbisse über das Unrecht, das dadurch den übrigen Familiengliedern zugefügt wurde, jede Arbeit verbittern?

Und dann, wie kann er der Oeffentlichkeit gegenüber sich als Organ der Staatsverwaltung repräsentiren, da er in seinem vielleicht einzigen, schon etwas fadenscheinig gewordenen Kanzleirocke herumzugehen und durch mitunter sehr drückende und karg entlohnte Unterrichtsertheilung ein Stück Brod mühsam zu erkämpfen sich gezwungen sieht.

Digitized by Google

Ist nicht unter der Last dieser Verhältnisse selbst sein moralischer Charakter gefährdet?

Ja fürwahr, ein solcher Praktikant ist in einer viel traurigeren Lage, als der niedrigste Bettler.

Für den Bettler sorgt der Staat, sorgt die Gemeinde, — für den Praktikanten sorgt aber Niemand. —

Die Regierung erkannte zwar diesen Uibelstand, und glaubte ihn durch die Abforderung der Sustentationsreverse von den eintretenden Praktikaten beseitigt zu haben, allein die Erfahrung lehrt, daß solche Reverse in den meisten Fällen die gewünschte Garantie nicht bieten, da die von Jahr zu Jahr zunehmende Theuerung und Unglücksfälle verschiedener Art einen solchen Einfluß auf die Vermögensverhältnisse des Reversausstellers üben können, daß ihm die Erfüllung der reversirten Verbindlichkeit geradezu unmöglich wird.

Aber auch positive Nachtheile sind mit der Abforderung solcher Reverse verbunden; denn da von Jedem, der in den Staatsdienst treten will, ein auf unbestimmte, bloß bis zur Erlangung einer Besoldung überhaupt lautende Zeit ausgestellter Revers beigebracht werden muß, was ein solches Kapital voraussetzt, von dessen Interessen man leben kann, so ist hiedurch faktisch nur dem Reichen, nicht aber auch dem Armen, wenn gleich noch so Talentvollen, der Eintritt in den Staatsdienst gestattet, und wollte Letzterer dennoch diese Laufbahn betreten, so bleibt ihm kein anderer Ausweg, als mittelst eines Scheinreverses sich in den Staatsdienst einzuschleichen.

Ja es sind Fälle vorgekommen, wo Gewissenlose die Gutmüthigkeit und Unwissenheit ihrer Verwandten benützend, sie zur Ausstellung solcher Sustentationsreverse gegen Einhändigung geheimer Verzichtsreverse bewogen, sodann aber gegen den Reversaussteller im Rechtswege auftraten und seine Vermögensverhältnisse gänzlich zu Grunde richteten.

Abgesehen von dem Unmoralischen eines solchen durch die Sustentationsreverse veranlaßten Treibens wird es gewiß nicht im Interesse der Regierung liegen, blos jene Personen als Beamte zu berufen, die ein bedeutendes Vermögen besitzen; denn geht man nur auf die Motive zurück, die in materieller Beziehung nur abhängige Personen zum Eintritte in den Staatsdienst bewegen, so wird man finden, daß meistens die Sucht, eine „Stellung" in der bürgerlichen Gesellschaft zu erobern, bisweilen der Wunsch durch eine „solide" Beschäftigung sich die lange Weile zu vertreiben, in den seltensten Fällen aber das innere Pflichtgefühl, dem Staate zu dienen, sie zu Beamten gemacht hat, wie viel aber der Staat von der erstern Klasse dieser Beamten zu erwarten hat, bedarf wohl keiner weitern Auseinandersetzung.

Die Sustentationsreverse sind somit weder eine Garantie für die Wohlhabenheit des Producenten, noch ist ihre Abforderung beim Eintritte in den Staatsdienst räthlich.

Eure k. k. Majestät können und werden das Elend Ihrer Staats-

Digitized by Google

diener nicht wollen, und mit vollem Vertrauen stellen wir daher die ehrfurchtsvolle Bitte:

„Um Zusicherung einer definitiven Besoldung nach Ablauf einer durch die Geschäfts-Verhältnisse der einzelnen Behörden und Gerichte fest zu bestimmenden unentgeldlichen Dienstzeit."

Die Gerechtigkeit, die Eure k. k. Majestät besonders in der neuesten Zeit in Oesterreichs Kaiserstaate zur vollen ungeschmälerten Wahrheit gemacht haben, und in deren Begriffe es liegt, daß jede noch so unbedeutende Dienstleistung entlohnt werde, dürfte unsere Bitte am kräftigsten unterstützen.

Allerdings kann eine solche Entlohnung dem eben erst eintretenden Praktikanten nicht sogleich zugestanden werden, da die bloßen Schulkenntnisse durchaus nicht zureichen, um den Anforderungen seiner neuen Stellung zu genügen; allein von dem Augenblicke an, wo der Praktikant mit voller Verläßlichkeit zum Staatsdienste verwendet werden kann, und auch wirklich verwendet wird, von diesem Augenblicke an fordert es die Idee der Gerechtigkeit, daß er für seine Dienste entlohnt werde; wann jedoch dieser Zeitpunkt nach den bisher gemachten Erfahrungen eintritt, kann nur Eure k. k. Majestät bestimmen, die am besten die Befähigung kennt, welche die Dienstleistung bei den einzelnen Behörden und Gerichten fordert.

Daß aber dieser Zeitpunkt nicht erst dann eintritt, wann bisher die Praktikanten zu einer Besoldung gelangten, geht am deutlichsten aus dem Umstande hervor, daß dieselben, wie bereits früher gesagt wurde, kurz nach ihrem Dienstantritte und sofort durch eine lange Reihe von Jahren zu Geschäften verwendet werden, die den Wirkungskreis selbst hochbesoldeter Beamten bilden.

Die segensreichen Folgen solcher Grundsätze würden sich bald zeigen; selbst der niedrigste Beamte würde die Zeit, die er bei seinem Arbeitstische zubringt, vollkommen gesammelt, durch keine materiellen Sorgen gedrückt, ausschließlich dem Staatsdienste widmen, die freien Stunden aber einer wissenschaftlichen, seiner socialen Stellung angemessenen Ausbildung zuwenden, er würde aufhören in den Augen der Welt ein einseitig gebildeter, für alle höheren Interessen abgestorbener Kanzleimensch zu sein: und dieser Umstand scheint den Gefertigten in Hinblick auf die Stellung, die der Beamte bei der jetzigen neuen Gestaltung der Dinge künftig einzunehmen haben wird, — von der größten Wichtigkeit; nicht blos die zu den gewöhnlichen Amtsgeschäften erforderlichen Kenntnisse werden für seine Stellung mehr genügen, er muß auch wissenschaftlich, muß politisch gebildet sein, um als Organ der Staatsverwaltung auch die politischen Tendenzen der Regierung dem Volke gegenüber wirksam zu vertreten; und aus diesem Grunde ist es unerläßlich, daß der Beamte in materieller Beziehnng durchaus unabhängig gestellt werde.

Durch die Besoldung und Einreihung in eine bestimmte Dienstkategorie würde auch der Name „Praktikant" entfallen, der durch die

Digitized by Google

bisher ihn begleitenden Mißverhältnisse einen so traurigen Klang in der öffentlichen Meinung erhalten hat, daß der Betheiligte über seinen Charakter befragt, jede mögliche Umschreibung wählt, um nur den Namen Praktikant nicht nennen zu müssen.

Wir verkennen übrigens keineswegs die Opfer, welche ein solches Besoldungssystem der Finanz-Verwaltung kosten würde.

Kann aber eine zweckmäßige Staatsverwaltung überhaupt je zu kostspielig genannt werden?

Auch dürfte die sich herausstellende Mehrauslage eine nicht unbedeutende Deckung in dem Einziehen der bisherigen Adjuten, Gnadengehalte und Unterstützungsbeiträgen finden, die zwar als Totalsumme bedeutend, durch die Zersplitterung aber nur theilweise ihrem Zwecke entsprechen.

Das größte Ersparniß aber würde durch die gänzliche Abschaffung des so kostspieligen Diurnisten-Instituts herbeigeführt.

Ein Diurnist, meist ohne aller andern Vorbildung, als daß er lesen und schreiben, oft auch nur schlecht schreiben kann, bezieht eine Besoldung von 365 fl. C. M.

Diese Summe wird ihm nicht für die Arbeit, die er leistet, sondern blos für die Zeit, die er beim Schreibtische zubringt, angewiesen; er mag viel oder wenig arbeiten, stets bekommt er sein Diurnum, nie mehr, nie weniger; er weiß dieß, wozu sich also anstrengen? warum mehr arbeiten, als gerade nöthig, um nicht fortgejagt zu werden?

Solche Leute nun entziehen den Praktikanten, welchen bei ihrer Aussicht auf Beförderung doch offenbar mehr Eifer und Ausdauer zuzumuthen ist, eine Entlohnung, auf die Letztere schon durch ihre definitive Aufnahme in den Staatsdienst einen gerechten Anspruch haben. Daß übrigens eine so lange unbesoldete Dienstleistung der Praktikanten niemals in dem Willen Euer k. k. Majestät lag, ersehen wir aus der a. h. Verordnung, durch welche Staatsdienern nach einer zehnjährigen Dienstleistung im Falle ihrer physischen Dienstunfähigkeit eine Pension zugesichert wird und zu der der bezogene Gehalt den Maßstab liefern soll, was daher offenbar einen Gehalt voraussetzt. —

Erlauben Euer k. k. Majestät noch einen Punkt zu berühren, der zwar an und für sich nur eine Sache der Manipulation ist, in seinen Folgen aber oft über das Wohl und Wehe nicht nur einzelner Personen, sondern häufig ganzer Familien entscheidet.

Wir meinen hier die Geheimhaltung der Konduitlisten, mit denen die einzelnen Vorsteher der Behörden, ohne einer andern Verantwortlichkeit, als der ihres Gewissens, über die Fähigkeiten und Handlungen ihrer Untergebenen ein unabänderliches Urtheil fällen.

Männer, die selbst, wenn sie den besten und redlichsten Willen und die möglichst größte Menschenkenntniß haben, Irrthümer und persönliche Zu- oder Abneigungen, nie ganz von sich abwehren können,

Digitized by Google

wenn sie bei Abfassung der Konduitliste über die Zukunft eines Beamten absprechen.

Geruhen daher Euer k. k. Majestät das Geheimniß der Dienstabellen, diesen Krebsschaden des Beamten-Wesens, aufzuheben, die Offenhaltung der Konduitlisten zur Einsicht für jeden Mitbeamten und Kontrassignirung des Betheiligten anzuordnen, und so auch in diesem Zweige dem von Euer k. k. Majestät sanctionirten Principe der Oeffentlichkeit die nöthige Geltung zu verschaffen.

Wohl wissend, daß es bei der jetzigen Gestaltung der staatlichen Verhältnisse Oesterreichs in das Reich der Unmöglichkeit gehört, unsere Bitten einer sogleichen Erledigung und Gewährung zuzuführen, und uns in dieser Beziehung sehr leicht der Vorwurf treffen dürfte, die gegenwärtigen Bedrängnisse des Kaiserstaates nicht berücksichtiget zu haben: wagen wir es dennoch, Eurer k. k. Majestät unserem gnädigsten Kaiser und Herrn dieselben in eben diesem Augenblicke vorzulegen, weil nur vor Feststellung des neuen Verwaltungssystems darauf Rücksicht genommen werden kann.

Wir bitten schließlich Eure k. k. Majestät bei der, durch die Reorganisirung der Staats-Verwaltung wahrscheinlich eintretenden Herabsetzung der Zahl der Beamten das Loos der entbehrlich Gewordenen väterlich zu beherzigen, und Jene, welche ihre ganze Jugend ausschließlich mit der Vorbereitung für den Staatsdienst zugebracht haben, nicht dem Elende preis zu geben; und hoffen zugleich zu Gott, daß Eure k. k. Majestät die Bitten einer gewiß nicht unbedeutenden Anzahl Ihrer Unterthanen und Diener, die jeden Augenblick selbst ihr Leben für ihren Kaiser und Herrn aufzuopfern bereit sind, nicht ungnädig aufnehmen werden.

Im Namen des Comité.

Nr. LXXV.

Gubernial-Kundmachung, die Wahl des Bürgermeisters und kleinern Ausschußes betreffend.

Bei der am 9. l. M. abgehaltenen Versammlung des größeren Prager Bürger-Ausschußes wurde zu Mitgliedern des kleinern Ausschußes unter dem Vorsitze des neu erwählten Bürgermeisters Herrn J. U. Dr. Strobach erwählt: 1. Franz Pstroß, Lohgärber, 2. Alois Borrosch, Buchhändler, 3. Franz Ellenberger, Ziegelhüttenbesitzer, 4. Franz Graf Thun, Sohn, 5. Wiskozil, Müllermeister, 6. von Helly, Apotheker, 7. Johann Slawjk, Müllermeister, 8. Peter Faster, Gastwirth, 9. Adalbert Wischin, Bräuer, 10. J. U. Dr. Johann Roskoschny, 11. Franz Wanka, Bräuer, 12. Johann Ripota, Baumeister.

Digitized by Google

Ich bringe dies mit dem Bemerken zur allgemeinen Kenntniß, daß ich diese Wahl bestättigt habe.

Prag, am 9. April 1848.

Vom böhmischen k. k. Landesgubernium.

Rudolph Stadion.

Nr. LXXVI.

Gubernial-Kundmachung in Beziehung auf die Wahl des großen Ausschußes.

Bei der Zusammenstellung der Wahlresultate für den großen Bürger-Ausschuß der Hauptstadt Prag ist ein Versehen unterlaufen, indem der Kaufmann Johann Baptist Riedel, obwohl er auf der Neustadt eine Stimmenanzahl von 269 und auf der Altstadt von 76 Stimmen für sich hatte, daher als gewählt anzusehen war, nicht in das Verzeichniß der gewählten Ausschußmänner aufgenommen wurde.

Ich bringe daher zur allgemeinen Kenntniß, daß J. B. Riedel als gewähltes Ausschußmitglied für die Neustadt anzusehen, der Stimmenanzahl nach zwischen Peter Faster und Josef Halla zu reihen ist, daß somit der in der frühern Kundmachung als letztes Ausschußmitglied bezeichnete Prokop Wurm in die Reihe der Ersatzmänner tritt, und der letzte Ersatzmann wegzulassen ist. Uebrigens wurde J. B. Riedel hiervon bereits am 8. l. M., daher noch vor der Wahl des Bürgermeisters und kleineren Ausschußes, in die Kenntniß gesetzt.

Prag, am 9. April 1848.

Vom böhmischen k. k. Landesgubernium.

Rudolf Graf Stadion.

Nr. LXXVII. LXXVIII.

Petition der nicht stallirten Doktoren der Rechte.

Euere k. k. Majestät!

Die hochherzigen Zugeständnisse, mit welchen Euere k. k. Majestät in den jüngsten Tagen die Völker Ihrer Monarchie beglückten, haben in allen Ständen das tiefgesunkene Vertrauen zu der Regierung wieder erweckt; das Vertrauen, daß die nun verliehenen Reformen das bestandene Verwaltungssystem ganz aus dem Wege räumen und auch dessen zurückgelassene Uibel in jeder Richtung hin heilen werden. An dieses Vertrauen knüpft sich denn die Hoffnung, daß auch für den Advokatenstand eine neue Aera beginnen, und das Princip freithätiger und selbstständiger Entwicklung auch ihm die drückenden Fesseln lösen werde. Der Advokatenstand ist eine jener Institutionen in Oesterreich, welche durch das bureaukratische System am meisten geknechtet und geächtet war. Wie hart auch ein solches Urtheil erscheinen mag, so fehlte es

Digitized by Google

doch nicht an mannigfachen Belegen für die Wahrheit desselben. Als solche führen wir an: Die ursprünglich auf 70 festgesetze Zahl der Prager Advokaten wurde auf 65 reducirt. Dem Appellationsgerichte war es eine Zeitlang verboten, eine Advokatenprüfung vorzunehmen. — Die Bestellung der Advokaten für das flache Land Böhmen wurde untersagt, und erst in der jüngsten Zeit eine unbedeutende Anzahl derselben für das Land zugestanden, welchen jedoch permanente Wohnsitze angewiesen wurden, die ihnen weder eine Subsistenz sicherten, und auch nicht immer dem Bedürfnisse entsprachen. — Nicht genug daran; es durften sogar die Appellationsgerichte, um von der Advokatie abzuschrecken, eine Zeitlang nur solche Doktoren zur Advokatenprüfung zulassen, die sich ausgewiesen, das Doktorat in der Absicht, um Advokaten zu werden, genommen zu haben. — Doktoren der Rechte wurden für militärpflichtig erklärt, — die Advokaten durch Vorschreibung der Erwerbsteuer der gewerbtreibenden Klasse gleichgestellt, und durch das dem Unterrichter eingeräumte Strafrecht sowie die Einführung von Correctionsbüchern u. dgl., in eine solche Abhängigkeit versetzt, daß es kein Wunder gewesen wäre, wenn sie bei dieser Herabwürdigung von Seite der Staatsverwaltung und bei dem hiedurch geweckten Mißtrauen des Volkes die Achtung vor dem eigenen Stande verloren hätten.

Darum treten wir vertrauungsvoll an den Thron E. M., um uns über die empfindlichsten, der Ausübung der Advokatie entgegenstehenden Beschränkungen schwer zu beklagen. Als solche heben wir vorzüglich diejenigen hervor, die nicht mit dem Princip der Gerechtigkeit, nicht mit der unserem Stande gebührenden Ehre, aus dessen Mitte — wir sind stolz darauf, — fast allenthalben die Vorkämpfer der nun siegreichen Freiheit hervorgegangen sind, am allerwenigsten aber mit dem erwachten Geiste der jüngsten Tage im Einklange stehen, wo die Intelligenz sich auch in unserem Kaiserreiche siegreiche Bahn gebrochen, und E. k. k. M. selbst das ihr ohne Ihrem a. h. Willen bisher versagte Vorrecht wieder anerkannten.

Wir wollen nicht auf die Beschränkung der Anzahl der Advokaten in der Hauptstadt wie auf dem Lande hinweisen, wir wollen nicht die Uibelstände hervorheben; die für die bisherige Advokatenpraxis nur zu fühlbar hervortreten, wir wollen nicht in Erwägung bringen, daß die bisherige Anzahl von 25 Landadvokaten, besonders bei der dermaligen unzweckmäßigen, blos nach geographischen Dimensionen ohne Rücksicht auf Geschäftsverhältnisse stattfindenden Vertheilung nicht genügend sei; daß selbst in den Kreisstädten bisher nicht einmal zwei Advokaten bestellt sind, ein Minimum, das doch zur Vertretung zweier einander entgegenstehender Streittheile unumgänglich gefordert werden muß, daß ferner die Landadvokaten von der Parteienvertretung bei den Gerichtsständen der Hauptstadt ausgeschlossen sind. Nicht blos diese Uibelstände allein sind es, auf die wir unsere Bitte gründen, — sondern wir nehmen ein Recht in Anspruch, das ohne Verletzung der persönlichen Existenz keinem Stande der bürgerlichen Gesellschaft verweigert werden

Digitized by Google

darf, nämlich das des freien Gebrauches unserer Kräfte, und daher die Aufhebung eines Monopols, welches noch auf dem Stande der Doktoren der Rechte um so drückender und entehrender lastet, als es selbst fast bei allen Gewerben bereits gebrochen ist. Das bisher bestandene Verhältniß genügte in keiner Weise, und dürfte um so weniger für die Zukunft genügen. Eine der empfindlichsten Folgen desselben ist die sichbar in's Beispiellose gehende, und nicht zu hemmende Winkelschreiberei, mit welchem Ausdrucke man im Allgemeinen die unberechtigte praktisch-juristische Thätigkeit derjenigen bezeichnet, welche nach den jetzt geltenden Gesetzen zur Parteienvertretung nicht befugt sind. In diese Kategorie gehören leider nicht nur Männer, welche ohne Advokaten zu sein, zum Richteramte entweder blos befähigt, oder auch berechtigt sind, sondern größtentheils solche Leute, welche weder nach ihren zurückgelegten Studien, juridischen Kenntnissen, noch nach ihren moralischen Eigenschaften zu diesem Behufe sich eignen, daher nur zum Verderben der Parteien in der Rechtspraxis ihr Unwesen treiben, und die herrschenden Vorurtheile gegen den Advokatenstand leider vollends noch zur Wahrheit machen.

So geschieht es, daß sich der Advokatie nicht nur Richter, Richteramtskandidaten, absolvirte Juristen ohne eine Richterprüfung, sondern sogar reprobirte Studenten, ruinirte Kaufleute, entlassene Wirthschaftsbeamte, Individuen der Finanzwache u. dgl. Leute bemächtigen, die keinen Begriff von Recht und Gesetz haben, nur Uneinigkeiten stiften, den Unterthanen Geld ablocken, und sie in unnütze Streitigkeiten verwickeln. Während dieses Uibergreifens, dieses Mißbrauches auf der einen Seite — verkümmert andererseits eine große Anzahl junger thatkräftiger Männer, welche im Vertrauen auf die a. h. Entschließung E. M., wornach nur Doktoren der Rechte auf die Befugniß zur Advokatie Anspruch machen können, sich dem Advokatenstande zugewendet, und den Doktorsgrad erlangt haben; sie verkümmern, weil sie hingewiesen sind, lange Jahre auf ihre wirkliche Einreihung in den Stand stallirter Advokaten zu warten; weil sie, so lange sie nicht eine der monopolisirten Stellen erlangen, die überdies zumeist nur durch das unter dem gestürzten Verwaltungssysteme wie ein Krebsschaden emporgewucherte Protectionswesen zu erringen waren, von dem Gesetze und den Justizbehörden zu Winkelschreibern gestempelt — weder bei den Richtern, noch bei den stallirten Advokaten, noch bei dem rechtsbeistandbedürftigen Volke der gebührenden Anerkennung sich erfreuen.

Wir, die wir eben auch auf den Scepter der Themis geschworen, gleich unsern ältern Collegen den Advokaten; wir, die wir die besten Kräfte unserer Jugend, unseres Geistes dem von uns erwählten heiligen Berufe, die wahren Rechte unserer Mitbürger zu schützen, geopfert; wir, die man — es klingt wie bittere Ironie — mit Pauken- und Trompetenschall von dem höchsten Staffel der Universitätsaula in die Welt gesandt hat, um, wie es in dem Promotionseide heißt: linguam, stylum, conatus suos patriae, civium juribus, tutando, consulendo, respondendo,

Digitized by Google

patrocinando dicare: — wir stehen nun da, nicht geachtet nach Außen, ohne Subsistenz, ohne Recht! Das, wozu man uns gebildet, ist uns verwehrt, sogar die Befugniß, uns selbst zu vertreten, incredibile dictu! — ist uns versagt. Erst, wenn wir grau geworden, wenn unsere besten Geisteskräfte versiegt sind, wird uns die Aussicht, den Beruf auszuüben, den wir vor Jahren erwählt haben. Hat wohl eine andere Facultät und namentlich die mediciniſche, deren Wiſſenſchaften zunächſt gleich den unſrigen eine praktiſche Tendenz haben, eine ſolche Beſchränkung aufzuweiſen? Nein! Jeder Doktor der Medicin kann aus dem Promotionsſaale frei in die Welt gehen und alſogleich wo immer ſeine Kunſt ausüben, ſeinem Berufe leben; und doch iſt ihm ein weit koſtbareres Gut — das Leben anvertraut! — Wie der Zeitgeiſt die Geſtalt der Dinge auch immer umändern mag, ſo wird, ſo lange die Welt beſtehen, ſo lange es Recht und Geſetz unter den Menſchen geben wird, das Bedürfniß eines Advokatenſtandes eines zahlreichen, aber eines in der Meinung des Volkes und des Richters geachteten, intelligenten, theoretiſch und praktiſch gebildeten fortbeſtehen.

Ja es dringt ſich deſſen Nothwendigkeit in der gegenwärtigen Zeit, bei der in Ausſicht geſtellten totalen Reform unſeres geſammten Rechts- und Gerichtsweſens und bei der durch die bevorſtehende Einführung der Mündlichkeit und Oeffentlichkeit für das Civil- und Criminalgerichtsverfahren eintretenden neuen Phaſe deſto gebieteriſcher auf. Aber eben ſo klar iſt es, daß die rechtsfreundliche Vertretung der Parteien ohne Controle der höhern Juſtizbehörde, ohne Garantien für die juridiſche und moraliſche Ausbildung ihrer Träger nicht ganz freigegeben, und die Exiſtenz eines zahlreichen, im Vertrauen auf die a. h. Geſetze entſtandenen Nachwuchſes der Advokaten nicht gefährdet werden darf. Bei ſo bewandten Verhältniſſen glauben wir gefertigte nichtſtallirte Doktoren der Rechte in Böhmen um ſo mehr die Befugniß zur Advokatie in Anſpruch nehmen zu dürfen, als wir im Vertrauen auf die von Eurer Majeſtät uns gegebene Zuſicherung, daß nur Doktoren der Rechte auf die Befugniß zur Advokatie Anſpruch machen können, mit großer und mühſamer Geiſtesanſtrengung und mit nicht unbedeutenden Geldopfern die erforderliche Befähigung uns erworben, und den Doktorsgrad erlangt haben. Wir ſind daher die durch die Anordnungen E. M. zu Advokaten zunächſt Berechtigten! Wir erachten uns aber auch für befähigt dazu, und glauben in den von uns zurückgelegten juridiſch-politiſchen Studien, in den überſtandenen 4 ſtrengen Prüfungen aus dem geſammten Rechtsgebiete in dem erlangten Doktorsgrade, ſowie in der dreijährigen Praxis eine beruhigende Garantie nicht minder für unſere theoretiſche wie für unſere praktiſche Eignung zu gewähren, zumal nach der Miniſterial-Verordnung vom 31. März 1848 ſelbſt zur Berechtigung, auf der Hochſchule theoretiſch und praktiſch zu doceiren, kein anderes Erforderniß als der Doktorsgrad verlangt wird. Darum ſtellen wir in tiefſter Ehrfurcht die Bitte: E. k. k. M. geruhen anzuordnen, daß alle Doktoren der Rechte, welche ſich mit einer nach erlangtem Doktorsgrade genommenen

Digitized by Google

dreijährigen Praxis ausgewiesen, zur Parteienvertretung bei allen Gerichtsstellen ohne Beschränkung auf ein gewisses Domicil berechtigt seien. Nur durch eine solche Maßregel kann die juridische Doktorswürde auf ihre ursprüngliche, auch in dem Sinne des Promotionseides liegende Bedeutung zurückgeführt, und die oben citirte Eidesformel zur Wahrheit werden. Das Vertrauen auf den von E. M. gewählten Wahlspruch „Recta tueri" gibt uns die erfreuliche Aussicht, daß unsere gegründete und gerechte Bitte die verdiente Gewährung finden werde.

Prag, am 7. April 1848, als dem Gründungstage der 500 Jahre bestehenden Prager Karl-Ferdinands-Universität.

Nr. LXXIX.

Appellations-Kundmachung, die Rechtfertigung der Justizbeamten betreffend.

Aus Anlaß des in dem Hauptblatte der „konstitutionellen Prager Zeitung" vom 7. April l. J., Nr. 56, enthaltenen Ausfalles auf Justizbeamte hat sich das k. k. böhmische Appellationsgericht bewogen gefunden, höchsten Orts um die Ermächtigung der Justizbeamten einzuschreiten, in jedem solchen Falle den aktenmäßigen Sachverhalt veröffentlichen zu dürfen. Vom k. k. Appellationsgerichte.

Prag, am 10. April 1848.

Nr. LXXX.

Verzeichniß der als Ersatzmänner für den kleinen Ausschuß Gewählten.

Die Prager Bürger: Dr. Helminger Karl, Hezner, Kaufmann, Popel Ludwig, Reffek Josef, Doktor Brauner, Kramer, Architekt, Doktor Pinkas, Jurain, Gärtner junior, Apotheker Dittrich, Urfus Franz, Pleschner Eduard, Schwertner, Brust, Zimmermeister, Krug Eduard, Wagner Josef, Weinhändler, Zintl J. Kaufmann, J. U. D. Trojan, Richter Prokop, Goldarbeiter, Treffler Josef, Gastgeber, Urban Josef, Bierverleger, Halla Josef, Kaufmann, Michalowitsch, Müller, Herget Anton, Ziegelhütteninhaber.

Digitized by Google

Nr. LXXXI.

Verzeichniß der am 10. April neu gewählten Mitglieder des National-Comité.

65. Bolzano, Dr. der Theologie.
66. Brzorad, J. U. Dr.
67. Bouquoi, Graf.
68. Carda, Weinhändler.
69. Cejka, Med. Dr.
70. Daniček, J. U. Dr.
71. Deym, Friedrich Graf.
72. Ebert Egon, Schriftsteller.
73. Erben, Schriftsteller.
74. Fanta, Chyr. Dr.
75. Filip, Lehrer.
76. Hamernik, Dr. Med.
77. Hanka, Custos.
78. Hanzak, Goldarbeiter.
79. Hartman Moritz, Schriftsteller.
80. Hauschild, J. U. Dr.
81. Hickel, Schriftsteller.
82. Horaček, J. U. Dr.
83. Hofmeister, J. U. Dr.
84. Chrudimsky, J. U. Dr.
85. Koubek, Professor.
86. Kinzelberger, Kaufmann.
87. Klutzak, Redakteur.
88. Klicpera, Professor.
89. Kosut, Pastor.
90. Krolmus, Pfarrer.
91. Lincke, Bürger.
92. Maly, Redakteur.
93. Mayer, J. U. Dr.
94. Meißner, Schriftsteller.
95. Nebesky, Schriftsteller.
96. Neuberg, Ritter.
97. Nostiz Albert, Graf.
98. Nostiz Erwein, Graf.
99. Nikodem, Bürger.
100. Palacky, Historiograph.
101. Přibram, Fabrikant.
102. Ratzenbek, Dr. Med.
103. Richter Prokop, Goldarbeiter.
104. Rieger, J. U. Dr.
105. Rohan Camil, Fürst.
106. Rott, Kaufmann.
107. Roskosny, J. U. Dr.
108. Rywola, Schneidermeister.
109. Ruzicka, Katechet.
110. Sabina, Redakteur.
111. Schneider, Professor Juris.
112. Smetana, Professor.
113. Schwerdtner, Bürger.
114. Swoboda, Professor.
115. Stulc, Weltpriester.
116. Schafařik, Professor.
117. Tesarcz, Lehrer.
118. Tomiček, Schriftsteller.
119. Tyl, Bürger.
120. Wawra, Müller.
121. Welc, Sekretär.
122. Wenzig, Professor.
123. Wesemann, Bürger.
124. Witak, J. U. Dr.
125. Wlček, Weltpriester.
126. Wurmbrand, Graf.

Nr. LXXXII.

Allerhöchste Erledigung der zweiten Petition.

Seine Majestät der Kaiser haben das nachstehende Allerhöchste Cabinetsschreiben an mich herabgelangen zu lassen geruht:

„Lieber Freiherr von Pillersdorff!

Um meinen treuen Pragern einen wiederholten Beweis Meiner offenen landesväterlichen Gesinnung und Meiner Sorgfalt für das

Digitized by Google

Wohl des Königreiches Böhmen zu geben, fordere Ich Sie auf, den Abgeordneten im geeigneten Wege auf das Mir überreichte Gesuch Folgendes zu bedeuten:

1 Die böhmische Nationalität hat durch vollkommene Gleichstellung der böhmischen Sprache mit der deutschen in allen Zweigen der Staatsverwaltung und des öffentlichen Unterrichtes als Grundsatz zu gelten.

2. Zu dem ersten, nächstens einzuberufenden böhmischen Landtage sind alle Stände des Landes zu versammeln. Diese Versammlung hat aus einer, alle Interessen des Landes umfassenden, gleichmäßigen Volksvertretung auf der möglichst breiten Basis der Wahlfähigkeit und Wählbarkeit mit dem Rechte, über alle Landesangelegenheiten zu berathen und zu beschließen, zu bestehen.

In Folge dessen genehmige Ich über ein neuerliches Ansuchen der dermaligen Petenten, daß an dem nächsten böhmischen Landtage nachstehende Volksvertreter Theil zu nehmen haben:

a. Diejenigen, welche bisher landtagfähig waren, mit der, die königlichen Städte betreffenden Abänderung, daß
b. die königliche Hauptstadt Prag Zwölf Vertreter aus dem Bürgerstande, jede der übrigen königlichen Städte des Königreiches aber wenigstens Einen,
c. jede andere Landstadt, welche wenigstens Viertausend Seelen zählt, gleichfalls Einen Deputirten zu wählen berechtigt ist.
d. Bei einer Bevölkerung von Achttausend Personen und darüber kann jede Landstadt Zwei Deputirte in den böhmischen Landtag senden.
e. Die Prager Universität ist durch den Rector Magnificus, und überdies jede Fakultät derselben, sowie auch die Technik, je durch Einen Deputirten zu vertreten.
f. Zur Vertretung aller übrigen Volksklassen, welche nicht schon in den vorstehenden Absätzen begriffen sind, hat jeder Vicariats-Bezirk Zwei Deputirte abzusenden.

Zur Wahl der Volksvertreter ist auf dem Lande jeder Staatsbürger berechtiget, welcher eine Steuer zahlt, in den Städten aber jeder Bürger. Außerdem wird zur activen Wahlfähigkeit das zurückgelegte 25. Lebensjahr gefordert. Die passive Wahlfähigkeit hingegen wird durch die Landeseingeburt und durch ein Alter von mindestens 30 Jahren bedingt. In beiden Beziehungen sollen aber von der Wahl und Wählbarkeit ausgeschlossen sein:

Alle unter Curatel stehenden Personen, ferner alle Cridatare, so lange nicht ihre Unschuld durch gerichtliche Erkenntnisse sichergestellt ist, und alle jene, welche wegen eines entehrenden Verbrechens, oder wegen einer derartigen schweren Polizei-Uebertretung in Untersuchung gestanden, und nicht für schuldlos erklärt worden sind.

Diese Bestimmungen über die Verstärkung und Art der Wahl der

Digitized by Google

Volksvertretung haben jedoch nur in so lange zu gelten, als hierüber im constitutionellen Wege nichts Anderes definitiv beschlossen wird.

3. Die Errichtung verantwortlicher Central-Behörden für das Königreich Böhmen in Prag mit einem ausgedehnteren Wirkungskreise wird bewilligt.

4. Die Bitte um die Vereinigung der Länder: Böhmen, Mähren und Schlesien unter Einer Central-Verwaltung in Prag und unter einem gemeinschaftlichen Landtage, hat einen Gegenstand der Verhandlung auf dem nächsten Reichstage zu bilden, wobei die eben genannten Länder: Böhmen, Mähren und Schlesien vertreten sein werden.

5. Die Aufhebung der privilegirten und Patrimonial-Gerichte, die Einführung unabhängiger Bezirksgerichte, des öffentlichen und mündlichen Verfahrens, wie auch die Auflösung des Unterthans-Verhältnisses sollen Gegenstände constitutioneller Beschlüsse der neuen Landstände und die Aufgabe einer vorzüglichen Fürsorge Meines Ministeriums des Inneren sein.

Doch will Ich jetzt schon, daß der §. 10 des Unterthans-Patentes vom 1. September 1781, dann die beiden §§. 2 und 7 des Unterthans-Straf-Patentes vom 1. September 1781, insoferne dieselben den Vollzug der obrigkeitlichen Verfügungen ohne Rücksicht auf vorliegende Recurs-Beschwerden des Unterthans zulassen, sogleich als aufgehoben betrachtet werden.

Wegen gänzlicher Aufhebung der Robot gegen Entschädigung ist in Meinem Patente vom 28. März 1848 bereits die Verfügung getroffen.

Die freie Religionsübung der christlichen und des israelitischen Cultus neben der katholischen als Staatskirche aufrecht erhaltenen Religion wird zugestanden.

Die der Zeit und den Localverhältnissen angemessene bürgerliche Stellung der Juden in Böhmen hat einen Gegenstand reiflicher Erwägung am böhmischen Landtage zu bilden.

6. Eine selbstständige Gemeindeverfassung mit eigener Vermögensverwaltung und freier Wahl der Beamten ist bereits angeordnet, und die näheren gesetzlichen Bestimmungen hierüber werden gleichfalls auf den Landtag verwiesen.

7. Dem Wunsch nach Preßfreiheit ist bereits durch das Patent vom 15. März l. J. und durch das seitdem erlassene provisorische Preßgesetz vom 31. März d. J. entsprochen, und ein neues Preßgesetz wird dem nächsten Reichstage zur definitiven Schlußfassung vorgelegt werden.

8. Der Bitte um den Schutz der persönlichen Freiheit gegen willkürliche Verhaftungen ist durch den Erlaß Meines Ministers des Inneren vom 28. März l. J. und durch das zugesicherte öffentliche Verfahren entsprochen.

9. Von nun an sollen in Böhmen alle öffentlichen Aemter und Gerichtsbehörden nur durch Individuen, welche beider Landessprachen kundig sind, besetzt werden.

Digitized by Google

10. Die theilweise Aufhebung und Ermäßigung der Verzehrungssteuer ist bereits verfügt worden, und was die neuerliche Bitte der böhmischen Deputirten um weitere Mäßigung oder wo möglich gänzliche Aufhebung der Verzehrungsteuer für die nothwendigsten Nahrungsmittel, insbesondere für Brod, Korn, Kornmehl und Bier in Prag betrifft, so wird hierüber bei den administrativen Behörden gleichzeitig die Verhandlung eingeleitet.

11. Die Nationalgarde, sowol für Städte, als auch für das flache Land, ist durch das Patent vom 15. März l. J. bewilliget. Uiber die Bewaffnung und Organisirung derselben wird nächstens ein besonderes Gesetz erfolgen.

12. In Betreff der Bitte um ein neues Militär-Rekrutirungs-Gesetz enthält Mein Cabinetsschreiben vom 24. März l. J. bereits die Zusicherung.

13. Freies unbedingtes Petitions-Recht ist bereits zugestanden, sowie auch das Associations-Recht durch das Staats-Grundgesetz geregelt werden wird.

14. Für die gründliche Ausbildung und für eine ausreichende Dotation der böhmischen und deutschen Schullehrer wird ebenso, wie für eine zweckmäßige Einrichtung der Gymnasien und aller Bildungsanstalten durch einen neuen Studienplan im Wege des, zu diesem Ende errichteten Ministeriums des öffentlichen Unterrichtes Sorge getragen.

Die Petition der Prager Studierenden erhielt bereits die definitive Genehmigung.

Was die gebetene Mitbeeidigung des gesammten k. k. Militärs und aller Staatsbehörden auf die Constitution betrifft, so erwarte Ich von dem Vertrauen und einer ruhigen Würdigung die allgemeine Ueberzeugung, daß dieser Punkt nur in dem Staatsgrundgesetze selbst festgesetzt werden kann.

Wien, am 8. April 1848.

Ferdinand m. p."

In Vollziehung des Allerhöchsten Befehles setze ich die geehrten Herren Abgeordneten aus Prag mit dem vollen Vertrauen in die Kenntniß, daß Sie in den Allergnädigsten Zugeständnissen die beruhigendsten Garantien für die gewünschte Entwicklung der Constitution des Vaterlandes erkennen, und Ihrerseits nach Kräften zur gänzlichen Beruhigung der Gemüther einzuwirken bemüht sein werden.

Wien, am 8. April 1848.

Der Minister des Inneren:

Freiherr von Pillersdorff m. p.

Digitized by Google

Nr. LXXXIII.

Antwort des Franz Palacky an Fünfziger-Ausschuß in Frankfurt.

P. P.

Das Schreiben vom 6. April l. J., womit Sie, hochgeehrte Herren! mir die Ehre erwiesen, mich nach Frankfurt einzuladen, um an Ihren hauptsächlich die schleunigste Berufung eines deutschen Parlaments" bezweckenden Geschäften Theil zu nehmen,— ist mir so eben von der Post richtig zugestellt worden. Mit freudiger Uiberraschung las ich darin das vollgiltige Zeugniß des Vertrauens, welches Deutschlands ausgezeichnetste Männer in meine Gesinnung zu setzen nicht aufhören; denn indem sie mich zur Versammlung „deutscher Vaterlandsfreunde" berufen, sprechen sie mich selbst von dem eben so ungerechten als oft wiederholten Vorwurfe frei, als habe ich mich gegen das deutsche Volk jemals feindselig bewiesen. Mit wahrem Dankgefühle erkenne ich darin die hohe Humanität und Gerechtigkeitsliebe dieser ausgezeichneten Versammlung an, und finde mich dadurch um so mehr verpflichtet, ihr mit offenem Vertrauen, frei und ohne Rückhalt zu antworten.

Ich kann Ihrem Rufe, meine Herren! weder in eigener Person, noch durch Abordnung eines andern „zuverlässigen Patrioten" an meiner Statt Folge leisten. Erlauben Sie mir, die mich bestimmenden Gründe Ihnen so kurz als möglich vorzutragen.

Der ausgesprochene Zweck Ihrer Versammlung ist, einen deutschen Volksbund an die Stelle des bisherigen Fürstenbundes zu setzen, die deutsche Nation zu wirklicher Einheit zu bringen, das deutsche Nationalgefühl zu kräftigen und Deutschlands Macht dadurch nach Innen und Außen zu erhöhen. So sehr ich auch dieses Bestreben und das ihm zu Grunde liegende Gefühl achte, und eben weil ich es achte, darf ich mich daran nicht betheiligen. Ich bin kein Deutscher, fühle mich wenigstens nicht als solcher,— und als bloßen meinungs- und willenlosen Ja-Herrn haben Sie mich doch gewiß nicht zu sich berufen wollen, folglich müßte ich in Frankfurt entweder meine Gefühle verläugnen und heucheln, oder bei sich ergebender Gelegenheit laut widersprechen. Zum ersten bin ich zu offen und zu frei, zum zweiten nicht dreist und rücksichtslos genug; ich kann es nämlich nicht über's Herz gewinnen, durch Mißlaute einen Einklang zu stören, den ich nicht allein in meinem eigenen Hause, sondern auch beim Nachbar wünschenswerth und erfreulich finde.

Ich bin ein Böhme slawischen Stammes, und habe mit all dem Wenigen, was ich besitze und was ich kann, mich dem Dienste meines Volkes ganz und für immer gewidmet. Dieses Volk ist nun zwar ein kleines, aber von jeher ein eigenthümliches und für sich bestehendes; seine Herrscher haben seit Jahrhunderten am deutschen Fürstenbunde Theil genommen, es selbst hat sich aber niemals zu demselben Volke

Digitized by Google

gezählt, und ist auch von Andern im Ablauf aller Jahrhunderte niemals dazu gezählt worden.

Die ganze Verbindung Böhmens zuerst mit dem heil. römischen Reiche, dann mit dem deutschen Bunde, war von jeher ein reines Regale, von welchem das böhmische Volk, die böhmischen Stände, kaum jemals Kenntniß zu nehmen pflegten. Diese Thatsache ist allen deutschen Geschichtsforschern wohl eben so gut, wie mir selbst bekannt; und sollte sie ja noch von Jemanden in Zweifel gezogen werden, so bin ich erbietig, sie seiner Zeit bis zur Evidenz sicher zu stellen. Selbst bei der vollen Annahme, daß die böhmische Krone jemals im Lehensverbande zu Deutschland gestanden (was übrigens von böhmischen Publicisten von jeher bestritten wird), kann es keinem Geschichtskundigen einfallen, die ehemalige Souverainität und Autonomie Böhmens nach Innen in Zweifel zu ziehen. Alle Welt weiß es, daß die deutschen Kaiser, als solche, mit dem böhmischen Volke von jeher nicht das Mindeste zu thun und zu schaffen gehabt haben, daß ihnen in und über Böhmen weder die gesetzgebende, noch die richterliche oder vollziehende Gewalt zukam, daß sie weder Truppen noch irgend Regalien aus dem Lande jemals zu beziehen hatten, daß Böhmen mit seinen Kronländern zu keinem der ehemaligen zehn deutschen Kreise gezählt wurde, die Competenz des Reichskammergerichtes sich niemals über dasselbe erstreckte u. s. w., daß somit die ganze bisherige Verbindung Böhmens mit Deutschland als ein Verhältniß, nicht von Volk zu Volk, sondern nur von Herrscher zu Herrscher aufgefaßt und angesehen werden muß. Fordert man aber, daß über den bisherigen Fürstenbund hinaus nunmehr das Volk von Böhmen selbst mit dem deutschen Volke sich verbinde, so ist das eine wenigstens neue und jeder historischen Rechts-Basis ermangelnde Zumuthung, der ich für meine Person mich nicht berechtigt fühle, Folge zu geben, so lange ich dazu kein ausdrückliches und vollgiltiges Mandat erhalte.

Der zweite Grund, der mir verbietet, Ihren Berathungen Theil zu nehmen, ist der Umstand, daß nach Allem, was über Ihre Zwecke und Absichten bisher öffentlich verlautet hat, Sie nothwendiger Weise darauf ausgehen wollen und werden, Oesterreich als selbstständigen Kaiserstaat unheilbar zu schwächen, ja ihn unmöglich zu machen, — einen Staat, dessen Erhaltung, Integrität und Kräftigung eine hohe und wichtige Angelegenheit nicht meines Volkes allein, sondern ganz Europas, ja der Humanität und Civilisation selbst ist und sein muß. Schenken Sie mir auch darüber ein kurzes und geneigtes Gehör.

Sie wissen, welche Macht den ganzen großen Osten unseres Welttheils inne hat; Sie wissen, daß diese Macht, schon jetzt zu kolossaler Größe herangewachsen, von Innen heraus mit jedem Jahrzehend in größerem Maße sich stärkt und hebt, als solches in den westlichen Ländern der Fall ist und sein kann; daß sie, im Innern fast unangreifbar und unzugänglich, längst eine drohende Stellung nach Außen angenommen hat, und wenn gleich auch im Norden aggressiv, dennoch vom na-

Digitized by Google

türlichen Instinct getrieben, vorzugsweise nach dem Süden zu sich auszubreiten sucht und suchen wird; daß jeder Schritt, den sie auf dieser Bahn noch weiter vorwärts machen könnte, in beschleunigtem Lauf eine neue Universalmonarchie zu erzeugen und herbeizuführen droht, d. i. ein unabsehbares und unnennbares Uibel, eine Calamität ohne Maß und Ende, welche ich, ein Slawe an Leib und Seele, im Interesse der Humanität deshalb nicht weniger tief beklagen würde, wenn sie sich auch als eine vorzugsweise slawische ankündigen wollte. Mit demselben Unrecht, wie in Deutschland als Deutschenfeind, werde ich in Rußland von Vielen als Russenfeind bezeichnet und angesehen. Nein, ich sage es laut und offen, ich bin kein Feind der Russen; im Gegentheil, ich verfolge von jeher mit Aufmerksamkeit und freudiger Theilnahme jeden Schritt, den dieses große Volk innerhalb seiner natürlichen Gränzen auf der Bahn der Civilisation vorwärts thut: da ich jedoch, bei aller heißen Liebe zu meinem Volke, die Interessen der Humanität und Wissenschaft von jeher noch über die der Nationalität stelle, so findet schon die bloße Möglichkeit einer russischen Universalmonarchie keinen entschiedeneren Gegner und Bekämpfer, als mich; nicht weil sie russisch, sondern weil sie eine Universalmonarchie wäre.

Sie wissen, daß der Süd-Osten von Europa, die Gränzen des russischen Reichs entlang, von mehren in Abstammung, Sprache, Geschichte und Gesittung merklich verschiedenen Völkern bewohnt wird,— Slawen, Wallachen, Magyaren und Deutschen, und der Griechen, Türken und Schkipetaren nicht zu gedenken, — von welchen keines für sich allein mächtig genug ist, dem übermächtigen Nachbar im Osten in alle Zukunft erfolgreichen Widerstand zu leisten; das können sie nur dann, wenn ein einiges und festes Band sie alle mit einander vereinigt. Die wahre Lebensader dieses nothwendigen Völkervereins ist die Donau; seine Centralgewalt darf sich daher von diesem Strome nicht weit entfernen, wenn sie überhaupt wirksam sein und bleiben will. Wahrlich, existirte der österreichische Kaiserstaat nicht schon längst, man müßte im Interesse Europa's, im Interesse der Humanität selbst sich beeilen, ihn zu schaffen.

Warum sahen wir aber diesen Staat, der von der Natur und Geschichte berufen ist, Europa's Schild und Hort gegen asiatische Elemente aller Art zu bilden, — warum sahen wir ihn im kritischen Momente, jedem stürmischen Anlauf preisgegeben, haltungslos und beinahe rathlos? — Weil er, in unseliger Verblendung, so lange her die eigentliche rechtliche und sittliche Grundlage seiner Existenz selbst verkannt und verläugnet hat: den Grundsatz der vollständigen Gleichberechtigung und Gleichbeachtung aller unter seinem Scepter vereinigten Nationalitäten und Confessionen. Das Völkerrecht ist ein wahres Naturrecht, kein Volk auf Erden ist berechtigt, zu seinen Gunsten von seinem Nachbar die Aufopferung seiner selbst zu fordern, keines ist verpflichtet, sich zum Besten des Nachbars zu verläugnen oder aufzuopfern. Die Natur kennt keine herrschenden, so wie keine dienstbaren Völker.

Digitized by Google

Soll das Band, welches mehre Völker zu einem politischen Ganzen verbindet, fest und dauerhaft sein, so darf keines einen Grund zur Befürchtung haben, daß es durch die Vereinigung irgend eines seiner theuersten Güter einbüßen werde, im Gegentheil muß jedes die sichere Hoffnung hegen, bei der Centralgewalt/ gegen allenfällige Uibergriffe der Nachbarn Schutz und Schirm zu finden; dann wird man sich auch beeilen, diese Centralgewalt mit so viel Macht auszustatten, daß sie einen solchen Schutz wirksam leisten könne. Ich bin überzeugt, daß es für Oesterreich auch jetzt noch nicht zu spät ist, diesen Grundsatz der Gerechtigkeit, die sacra ancora beim drohenden Schiffbruch, laut und rückhaltlos zu proklamiren und ihm praktisch allenthalben Nachdruck zu geben: doch die Augenblicke sind kostbar, möchte man doch um Gottes willen nicht eine Stunde länger zögern! Metternich ist nicht blos darum gefallen, weil er der ärgste Feind der Freiheit, sondern auch darum, weil er der unversöhnlichste Feind aller slawischen Nationalität in Oesterreich gewesen.

Sobald ich nun meine Blicke über die Gränzen Böhmens hinaus erhebe, bin ich durch natürliche wie geschichtliche Gründe angewiesen, sie nicht nach Frankfurt, sondern nach Wien hinzurichten, und dort das Centrum zu suchen, welches geeignet und berufen ist, meines Volkes Frieden, Freiheit und Recht zu sichern und zu schützen. Ihre Tendenz, meine Herren! scheint mir aber jetzt offen dahin gerichtet zu sein, dieses Centrum, von dessen Kraft und Stärke ich nicht für Böhmen allein Heil erwarte, nicht nur, wie gesagt, unheilbar zu schwächen, sondern sogar zu vernichten. Oder glauben Sie wohl, die österreichische Monarchie werde noch ferner Bestand haben, wenn Sie ihr verbieten, innerhalb ihrer Erblande ein eigenes, von dem Bundeshaupt in Frankfurt unabhängiges Heer zu besitzen? Glauben Sie, der Kaiser von Oesterreich werde sich auch dann noch als Souverain behaupten können, wenn Sie ihn verpflichten, alle wichtigeren Gesetze von Ihrer Versammlung anzunehmen, und somit das Institut der österreichischen Reichsstände so wie alle durch die Natur selbst gebotenen Provinzial-Verfassungen der verbundenen Königreiche illusorisch zu machen? Und wenn dann z. B. Ungarn, seinem Triebe folgend, von der Monarchie sich ablöst, oder, was beinahe gleichbedeutend ist, zu ihrem Schwerpunkt sich gestaltet,— wird dieses Ungarn, das von einer nationalen Gleichberechtigung innerhalb seiner Gränzen nichts wissen will, in die Länge sich frei und stark behaupten können? Nur der Gerechte ist wahrhaft frei und stark. Es kann aber von einem freiwilligen Anschluß der Donauslawen und der Wallachen, ja der Polen selbst, an einen Staat, der den Grundsatz aufstellt, daß man vor allem Magyare, und dann erst Mensch sein müsse, nicht die Rede sein; und von einem gezwungenen noch weniger. Um des Heils von Europa willen darf Wien zu einer Provinzialstadt nicht herabsinken. Wenn es aber in Wien selbst Menschen gibt, die sich Ihr Frankfurt als Capitale wünschen, so muß man ihnen zurufen: Herr! vergib Ihnen, denn sie wissen nicht, was sie wollen!

Digitized by Google

Endlich muß ich noch aus einem dritten Grunde Anstand nehmen, bei Ihren Berathungen mitzuwirken: ich halte nämlich alle bisherigen Projekte zu einer Reorganisirung Deutschlands auf Grundlage des Volkswillens für unausführbar, und in die Länge unhaltbar, wenn sie sich nicht zu einem echten Kaiserschnitt entschließen, — ich meine die Proklamirung einer deutschen Republik — wäre es auch nur als eine Uibergangsform: Alle versuchten Vorschriften von Theilung der Gewalt zwischen halbsouverainen Fürsten und dem souverainen Volke erinnern mich an die Theorien der Phalanstere, die gleichfalls von dem Grundsatze ausgehen, die Betheiligten werden wie Ziffern in einem Rechenexempel sich verhalten, und keine andere Geltung in Anspruch nehmen, als welche die Theorie ihnen anweist. Möglich, daß meine Ansicht unbegründet ist, daß ich in meiner Uiberzeugung mich täusche, — aufrichtig gesagt, ich wünsche selbst, daß solches der Fall sei, — aber diese Uiberzeugung ist da, und ich darf diesen Compaß keinen Augenblick aus der Hand geben, wenn ich in den Stürmen des Tages nicht haltungslos mich verlieren will.

Was nun die Einführung einer Republik in Deutschland betrifft, so liegt diese Frage so ganz außerhalb des Kreises meiner Competenz, daß ich darüber nicht einmal eine Meinung äußern will. Von den Grenzen Oesterreichs muß ich aber jeden Gedanken an Republik in Vorhinein entschieden und kräftig zurückweisen. Denken Sie sich Oesterreich in eine Menge Republiken und Republikchen aufgelöst, — welch ein willkommener Grundbau zur russischen Universalmonarchie!

Um endlich meine lange, und doch nur flüchtig hingeworfene Rede zu schließen, muß ich meine Uiberzeugung in kurzen Worten dahin aussprechen, daß dies Verlangen, Oesterreich (und mit ihm auch Böhmen) solle sich volksthümlich an Deutschland anschließen, d. h. in Deutschland aufgehen, eine Zumuthung des Selbstmordes ist, daher jedes moralischen und politischen Sinnes ermangelt; daß im Gegentheil die Forderung, Deutschland möge sich an Oesterreich anschließen, d. h. der österreichischen Monarchie unter den oben angedeuteten Bedingungen beitreten, einen ungleich besser gegründeten Sinn hat. Ist aber auch diese Zumuthung der deutschen Nationalgefühle gegenüber unstatthaft, so erübrigt Nichts, als daß beide Mächte Oesterreich und Deutschland nebeneinander gleichberechtigt sich constituiren, ihren bisherigen Bund in ein ewiges Schutz- und Trutzbündniß verwandeln, und allenfalls noch, wenn solches ihren beiderseitigen materiellen Interessen zusagt, eine Zolleinigung untereinander abschließen. Zu allen Maßregeln, welche Oesterreichs Unabhängigkeit, Integrität und Machtentwicklung, namentlich gegen den Osten hin nicht gefährden, bin ich mitzuwirken immer freudig bereit. Genehmigen Sie, meine Herren! den Ausdruck meiner aufrichtigen Verehrung und Ergebenheit.

Prag, am 11. April 1848.

Franz Palacky.

Digitized by Google

Nr. LXXXIV.

Erklärung des Ausschußes der Deutschen an das National-Comité.

An das löbliche National-Comité!

Im Laufe des gestrigen und vorgestrigen Tages wurden mehre Deutsche, welche das deutsche schwarz-roth-goldene Abzeichen in Bändern oder Cocarden, zum Theil mit dem weiß-rothen vereint, trugen, an öffentlichen Orten beleidigt, die deutschen Farben beschimpft. Entrüstet über diese durch nichts hervorgerufene Unbill, versammelte sich gestern Abends eine große Zahl von Deutschen, dem Lande Böhmen durch Geburt und Liebe angehörig, um die Mittel zu berathen, ihre Nationalität vor jedem Angriffe oder Uebergriffe zu sichern, und das Symbol dieser Nationalität zu wahren. Zuvörderst erkläret die Versammlung einstimmig, feierlich und in oftmaliger Wiederholung, die der gemeinsamen Heimat angehörigen Deutschen seien fest entschlossen, Hand in Hand mit ihren czechischen Brüdern, mit Wort oder That kämpfend, der Zukunft entgegen zu gehen. Sie erklärte, daß die Deutschen zwar definitiv allgemein und unwiderruflich beschlossen, die deutschen Farben zu tragen, als Kundgebung, daß sie sich als Genossen und Glieder des großen freien deutschen Volkes fühlen, mit dieser Kundgebung jedoch keinerlei Beeinträchtigung der czechischen Nationalität oder gar eine Lossagung vom Staatsverbande, von Böhmen insbesondere beabsichtigen. Sie sprach ihre unerschütterliche Ueberzeugung aus, daß, da nicht blos die Sprachen, sondern grundgesetzlich die beiden Nationalitäten Böhmens gleichberechtiget seien, einer jeden von ihnen die freieste, selbstständige Entwicklung innerhalb des gemeinsamen Interesses zustehe. Sie erklärte, daß sie diese Gleichberechtigung durch zwei Umstände beeinträchtigt finde, durch die verhältnißmäßig viel zu geringe Vertretung der deutschen Nationalität im Nationalcomité, und durch die Beleidigung des deutschen Nationalgefühles in seinen Abzeichen. In Betreff des ersten Umstandes faßte die Versammlung den Beschluß:

a. Das Nationalcomité aufzufordern, sich durch eine von der deutschen Bevölkerung Prags frei gewählte, entsprechende Anzahl von Mitgliedern zu verstärken und durch diesen Akt der Gerechtigkeit die Aufregung der deutschen Bevölkerung der der Kreise zu beschwichtigen. Was den zweiten Umstand anbelangt, so entschied die Versammlung

b. zugleich an das Nationalcomité das Ersuchen zu stellen, durch die ihm zu Gebote stehenden Mittel zur Kenntniß des czechischen Volkes zu bringen, daß das Tragen der deutschen Farben keinerlei Demonstration gegen das uns verbrüderte Volk der Czechen, keine Lossagung vom gemeinsamen Vaterlande, sondern lediglich die Kundgebung einer Nationalität beabsichtige, deren gleiche Berechtigung durch das Wort des Landesfürsten sanctionirt wurde. Zur

Digitized by Google

Ausführung dieser Beschlüsse und zu fernerer Berathung über deutsche Interessen erwählte die Versammlung den unterzeichneten Ausschuß. Demzufolge legt derselbe hiemit im Namen der deutschen Bevölkerung Böhmens dem Nationalcomité die unter den Zeichen a und b angeführten Begehren vor.

Zur Beurkundung ihrer zwar entschiedenen, aber brüderlich wohlwollenden Gesinnung kam endlich die Versammlung überein, um der Verständigung über irrige Ansichten Raum zu geben, das, wie gesagt, allgemein und unwiderruflich beschlossene Tragen der deutschen Farben um 48 Stunden zu verschieben. Der unterzeichnete zur Abgabe dieser Erklärung erwählte Ausschuß ersucht das Nationalcomité inzwischen um eine bestimmte Antwort auf die oben angeführten zwei Punkte a und b entweder gleich, oder im Verlaufe des heutigen Tages. Zugleich versprechen wir, alle Ergebnisse der ferneren Berathungen, und alle weitern Schritte durch die Presse alsogleich zu veröffentlichen.

Prag, am 12. Juni 1848.

Der deutsche Ausschuß: Peter Libus, Rechtshörer; Bernhard Gutt; Dr. Franz Klier; Karl Kolb; Dr. Joseph Schwarz; Dr. Wunschheim Ritter von Lilienthal, Landesadvokat; M. Dr. Zimmer.

Nr. LXXXV.

Adresse der 9. Kompagnie der Nationalgarde an Dr. Strobach.

Wohlgeborner Herr Bürgermeister!

Mit dem Gefühle der innigsten Freude hörten wir an dem entscheidenden Abende des 9. April den Mann zum Bürgermeister Prags ausrufen, dessen Name in treuer Erinnerung, in dem geachtetsten Andenken der 9. Kampagnie der Nationalgarde lebt; darum mag es Sie nicht befremden, daß wir unseren Gefühlen Worte leihend, — diese Zeilen an Sie richten, die weit entfernt von schmeichelnden Redeweisen blos den Zweck haben sollen, Ihnen und unserer tausendjährigen Stadt das verdiente Glück zu wünschen.

Sie können stolz darauf sein, der erste konstitutionelle Bürgermeister Prags zu heißen; die Stadt aber stolz darauf, in Ihnen einen Mann, den ersten constitutionellen Bürgermeister zu begrüßen, dessen Vorzüge an Geist und Herz gleich hoch stehen, der die Wichtigkeit und Schwierigkeit seines gegenwärtigen Standpunktes erfassend, so viel Hochachtung vor dem anzustrebenden Ziele hegt, daß er lieber sich selbst vergessend, nicht eher ruhen wird, bis ihm das große Wort gelungen ist, auftauchenden verderblichen Sonderinteressen kräftigst zu begegnen, und die Wünsche und Gesinnungen aller Stadtbewohner unter Beihilfe Gottes und des erwählten großen Rathes auf gesetzlichen Wegen zu dem einen hohen Ziele, zu dem Tempel der gesetzlichen Freiheit zu

Digitized by Google

leiten, von wo aus sich die Segensstrahlen auf die einzelnen Zeitbedürfnisse ergießen sollen.

Drei Sterne mögen Ihnen leuchten, Herr Bürgermeister, auf dem schwierigen Pfade, den Sie betreten haben! der Stern des Glaubens an dem Biedersinn der Böhmen, der Stadtbewohner, der Stern der Hoffnung auf Beseitigung aller Hindernisse Ihres edlen Strebens, der Stern der Liebe zu unserem Monarchen zu unserem gütigen Kaiser und König.

„Alles für Gott, König und Vaterland."

Alles für die Errungenschaften des Jahres 1848, die wir dem Walten eines unerforschlichen Geschickes, der Gnade unseres gütigen Monarchen verdanken.

Dies sind die Wahlsprüche der Nationalgarde, die, ihrer Pflicht eingedenk, den von Ihnen, Herr Bürgermeister, betretenen Pfad schirmen wird, daß er nicht durch unberufene Friedensstörer, durch schädliche Reaktionen vertreten werde, und mag es, wann und wo immer gelten, die Nationalehre zu retten, da werden Sie, Herr Bürgermeister, gewiß unsere Kompagnie in den vordersten Reihen finden, eine Kompagnie, deren Begründer und Hauptmann Sie einst waren.

Die 9. Kompagnie der Nationalgarde.

Nr. LXXXVI.

Grundsätze über die Organisirung der Nationalgarde.

Se. Excellenz der Herr Minister des Innern Freiherr von Pillersdorff haben mir mit dem Schreiben vom 8. April l. J. folgende Grundzüge der Organisirung der Nationalgarde mitgetheilt.

Die Nationalgarde, eine der festesten Stützen der constitutionellen Einrichtungen kann nur durch ein von den versammelten Abgeordneten aus allen Provinzen zu berathendes Gesetz ihre definitiv bleibende Organisation erhalten.

Bis zu diesem Zeitpunkte werden als vorbereitende Maßregeln und um der Wirksamkeit dieses Institutes die durch die Umstände gebotene Ausdehnung geben zu können, folgende Anordnungen getroffen:

§. 1. Die Bestimmung der Nationalgarde des österreichischen Kaiserstaates ist: Schutz des konstitutionellen Landesfürsten, Schirm der Verfassung und der Gesetze, Erhaltung der Ruhe und Ordnung im Innern, Wahrung der Unabhängigkeit und Integrität des Gesammt-Staates, sohin Abwehr jedes feindlichen Angriffes von Außen.

§. 2. Zum aktiven Dienste in der Nationalgarde sind alle Staatsbürger an ihrem bleibenden Wohnorte in dem Alter vom vollendeten 19. bis zum vollstreckten 50. Jahre verpflichtet, welche nicht in die Klasse der Handwerksgesellen, Dienstboten oder Jener gehören, die sich vom Tag- oder Wochenlohne erhalten.

Digitized by Google

Personen, welche das Alter von 50 Jahren überschritten, jedoch jenes von 60 Jahren noch nicht vollstreckt haben und zum aktiven Dienste geeignet sind, ist der freiwillige Eintritt in die Nationalgarde gestattet.

Die akademischen Legionen und die bewaffneten Bürgercorps bilden integrirende Theile der Nationalgarde unter demselben Oberkommando, erstere folgen aber in Beziehung auf ihre Verwaltung und Organisirung besonderen Bestimmungen.

§. 3. Von der Verpflichtung zur aktiven Dienstleistung in der Nationalgarde sind enthoben:

a. die Geistlichen aller Confessionen;
b. das Linien-Militär und die zum aktiven Dienste einberufene Landwehr;
c. alle besoldeten Finanz- und Sicherheitswachen ohne Unterschied, ob sie im Dienste des Staates oder einer Gemeinde stehen;
d. Personen, welche wegen ihrer körperlichen Beschaffenheit oder Gesundheitszustandes zum Garde-Dienste nicht tauglich sind.

§. 4. Ausgeschlossen von dem Dienste in der Nationalgarde sind jene, welche wegen einer entehrenden Handlung bestraft worden.

§. 5. Die Nationalgarde unterstehet der Civil-Autorität, und zwar in der obersten Leitung dem Minister des Innern.

§. 6. Die Nationalgarde beruhet auf der Grundlage der Gemeindeverfassung und ist daher nach Gemeinden organisirt.

§. 7. Vorläufig kann die Nationalgarde nur in Ortschaften, und zwar in Städten, Märkten und Dörfern mit einer Bevölkerung von mehr als 1000 Einwohnern errichtet werden.

§. 8. In jeder Gemeinde, in welcher nach §. 7. die Nationalgarde in's Leben tritt, bestehet für alle Angelegenheiten der Nationalgarde, welche nicht eigentliche Kommandosachen sind, ein Nationalgarde-Verwaltungsrath, zu dessen Obliegenheiten sohin insbesondere die Bildung der Nationalgarde auf Grundlage der Stammregister über die für den aktiven Dienst einzureihende Mannschaft, die Uniformirung, Rüstung und Bewaffnung gehört.

Vorsitzender dieses Rathes ist der Nationalgarde-Kommandant des Ortes. Ein Administrationsorgan, und mindestens 5, höchstens 11 Nationalgarden aus den verschiedenen Dienstgraden, von ihnen selbst gewählt, sind die Beisitzer.

§. 9. Der Nationalgarde-Verwaltungsrath hat sich in allen Angelegenheiten, welche seinen Wirkungskreis überschreiten, unmittelbar an den Landeschef, jener in Wien an den Minister des Innern zu verwenden.

§. 10. Die für die Zwecke der Nationalgarde nothwendigen Auslagen, insoweit als solche von den einzelnen Mitgliedern der Garde nicht aus Eigenem bestritten werden können, hat ebenso wie alle aus öffentlichen Rücksichten erforderlichen Gemeindeausgaben die Gemeinde zu bestreiten.

Digitized by Google

Ich bringe diese Prinzipe der Organisirung der Nationalgarde zur allgemeinen Kenntniß.

Prag, 13. April 1848.

Vom k. k. böhmischen Landespräsidium.

Rudolph Graf Stadion.

Nr. LXXXVII.

Rechtfertigung des Karl Anton Fiedler.

Erklärung.

Es hat sich hier die Meinung verbreitet, ich hätte einen Brief nach Wien geschrieben, in welchem ich die Punkte der zweiten Petition als nicht zu gewährend bezeichnet haben soll. Dieses Gerücht, welches ich öffentlich für eine Lüge erkläre, hat gestern einen bedauernswerthen Vorfall hervorgerufen, woher ich es für meine Pflicht halte, mich offen darüber auszusprechen, daß ich die Punkte der zweiten Petition vollkommen billigte, daß ich deren Gewährung wie jeder Vaterlandsfreund wünschte, und daß ich mich weder schriftlich, noch mündlich dagegen geäußert, sondern im Gegentheil deren baldige befriedigende Erledigung als höchst nothwendig erkannt habe.

Prag, den 14. April 1848.

Karl Anton Fiedler,
Großhändler.

Nr. LXXXVIII.

Verbot des Verkaufes von Aerarialwaffen.

Dem Vernehmen nach sollen Fälle vorgekommen sein, daß ärarische Waffen, die der provisorischen Nationalgarde zum Sicherheitsdienste der Hauptstadt Prag anvertraut worden sind, zum Verkaufe ausgeboten wurden. Um jeder Störung in der Dienstleistung der Nationalgarde, welche in dieser Zeit von großer Wichtigkeit ist, und in ihrer Hand größtentheils die Aufrechthaltung der Ordnung und Ruhe der Hauptstadt gelegt ist, für immer zu steuern, geht an alle Käufer die wohlmeinende Mahnung, jeden Ankauf solcher ärarischen Waffen sorgfältig zu meiden, um nicht in den Fall zu kommen, in die Strafe, welche auf die schwere Polizei-Uibertretung an der Veruntreuung gesetzt ist, zu verfallen. Vor allem aber glauben die Stadtverordneten das Rechtlichkeitsgefühl der Käufer dieser Waffen in Anspruch nehmen zu können, um jede gesetzliche Einmischung fern zu halten.

Prag, am 14. April 1848.

Der Bürgermeister und die Stadtverordneten.

Digitized by Google

Nr. LXXXIX.

Erklärung des Joh. Erasmus Wocel.

Seit jenem Tage, als das provisorische Preßgesetz in Prag auftauchte, verbreitet sich das Gerücht, daß ich jenes Gesetz gebilligt habe, und mit demselben einverstanden sei. Da dieses Gerücht immer entschiedener und meine schriftstellerische Ehre verletzender auftritt, so sehe ich mich genöthigt, öffentlich zu erklären, daß ich am 4. April um die Mittagsstunde gegen einige Herren Mitglieder des St. Wenzelscorps, die mir die erste Nachricht von dem Erscheinen jenes Gesetzes gaben, offen und unumwunden meine Ansicht ausgesprochen habe: als Offizier jenes höchst ehrenvollen Corps könne ich meine Zustimmung zu einer tumultuarischen Demonstration, die, wie ich zu verstehen glaubte, einige Mitglieder jenes Corps gegen das Preßgesetz beabsichtigten, nicht geben, weil eben das St. Wenzelscorps sich zur Garantirung der Ruhe, Ordnung und Sicherheit, die unserer Hauptstadt vor Allem nothwendig ist, gebildet hatte. Ich sprach mich endlich dahin aus, daß man das Urtheil über jenes Gesetz der Universität und den Schriftstellern Prags überlassen möge. Die Studierenden hatten am selben Tage noch strenger als die Schriftsteller Prags dies berüchtigte Gesetz abgeurtheilt. In den Schriftstellerausschuß gewählt hatte ich einige Stunden später mich nicht blos mündlich gegen jenes verwerfliche Gesetz erklärt, sondern auch die kräftige Verwahrung des Schriftstellerausschusses gegen dasselbe eigenhändig unterschrieben. Uibrigens bin ich überzeugt, daß alle Patrioten, welche seit etwa 12 Jahren den Gang der böhmischen Nationalangelegenheit verfolgt hatten, mir das Zeugniß geben werden, daß ich einer der wenigen Publizisten gewesen, die zu einer Zeit, wo es galt, den männlichen liberalen Charakter in bedrängten Verhältnissen zu zeigen, für die unterdrückte böhmische Volkssprache als Vorkämpfer muthig auftraten. An meine übrigen literärischen Leistungen zu appelliren, halte ich für überflüssig, und überlasse das Urtheil über jene auf einem Mißverständnisse beruhende Verunglimpfung eines literärischen Charakters getrost der öffentlichen Meinung.

Prag, den 14. April 1848.

Joh. Erasmus Wocel.

Nr. XC.

Antwort des Nationalausschusses auf die Erklärung des Comité der Deutschen.

Der Ausschuß der hier in Prag lebenden Böhmen deutscher Zunge hat an den National-Ausschuß eine Eingabe vom 12. April l. J. überreicht, in welcher er zur Kenntniß bringt, daß am 10. und 11. d. M.

Digitized by Google

mehre deutsche Brüder wegen des deutschen Abzeichens an öffentlichen Orten beleidigt worden sind.

Unter der Erklärung des festen Anschlusses an die czechischen Brüder spricht der deutsche Ausschuß sich aber auch dahin aus, daß das Tragen der deutschen Farben als Kundgebung, „man sei ein Glied des großen freien deutschen Volkes" — jedoch ohne Beeinträchtigung der czechischen Nationalität, oder gar als Zeichen der Lossagung von Böhmen — unwiderruflich beschlossen sei.

Unter Berufung auf die grundgesetzliche Gleichstellung beider Nationalitäten begehrt der deutsche Ausschuß:

a. daß sich der Nationalausschuß durch eine von der deutschen Bevölkerung Prags gewählte entsprechende Anzahl von Mitgliedern verstärke, und

b. daß der czechischen Bevölkerung Böhmens zur Kenntniß gebracht werde, das Tragen der deutschen Farben beabsichtige keine Demonstration, keine Lossagung vom Staatenverbande überhaupt und von Böhmen insbesondere, sondern lediglich die Kundgebung der deutschen Nationalität.

Diese Eingabe des Ausschusses der in Prag lebenden Deutschböhmen wird gemäß Beschlusses des Nationalcomité vom 13. April l. J. mit Nachstehendem beantwortet.

Vor allem erklärt der National-Ausschuß:

a. daß er es sich bereits in seiner ersten Sitzung vom 13. April l. J. noch vor Einlangung obiger Eingabe durch Stimmeneinhelligkeit zur besondern und heiligen Aufgabe gemacht habe, die brüderliche Eintracht zwischen den beiden im Vaterland bestehenden Volksstämmen in allen Beziehungen aufrecht zu erhalten;

b. daß die allgemein getragene Cokarde in den böhmischen Farben von Roth und Weiß nicht als ein nationelles Abzeichen für das Czechenthum, sondern als ein politisches constitutionelles Abzeichen für das ganze Königreich Böhmen, von einer Gränze bis zur andern sei; somit als Symbol der brüderlichen Eintracht beider das Land bewohnenden Volksstämme zu gelten habe.

1. An beide Böhmen bewohnende Volksstämme wird das dringende Ersuchen gestellt, sich außer den allgemeinen Landesfarben des Königreiches Böhmen, entweder allein oder vereint mit den Farben des österreichischen Kaiserthums, keiner andern blos auf die czechische oder blos auf die deutsche Nationalität hindeutender Abzeichen zu bedienen, indem das Tragen eines derlei blos nationellen Abzeichens, besonders in der gegenwärtigen aufgeregten Zeit sehr leicht als eine Art von Demonstration gegen die zweite, Böhmen mitbewohnende Nation angesehen werden dürfte, somit mindestens das Tragen des Abzeichens der zweiten Nation ein gleichfalls nationelles Abzeichen hervorrufen, daher eine Theilung zwischen den Bewohnern unsers Vaterlandes zwar Anfangs nur markiren würde, welche Theilung aber sehr leicht in eine wirkliche entsetzliche Spaltung übergehen könnte.

Digitized by Google

2. Betreffend die begehrte Verstärkung des National-Comité durch deutsche, von Außen her gewählte Mitglieder, wird dem Ausschuße der in Prag lebenden Deutsch-Böhmen bemerkt, daß bereits in der ersten Volksversammlung am 11. März l. J. über ausdrückliche Aufforderung der die Versammlung leitenden Männer mehre Deutsch-Böhmen in den Ausschuß gewählt wurden, und daß bei den späteren Ergänzungswahlen dieses Ausschußes, so wie bei der Wahl der Gubernialverfassungskommission, und endlich bei der am 10. April l. J. in der Volksversammlung bei St. Wenzel vorgenommenen Ergänzungswahl des St. Wenzels-Comité zwischen Czechen und Deutschen durchaus kein Unterschied gemacht wurde.

Nachdem der gegenwärtige Nationalausschuß aus der Vereinigung aller so eben genannten Elemente besteht, so erscheinen die deutschen Brüder und Landsleute durch so viele Mitglieder vertreten, daß dem Verhältnisse beider Nationen der Seelenanzahl nach wohl entsprochen sein dürfte. Die deutschböhmischen Mitglieder des National-Comité werden insbesonders auf Verlangen namentlich bekannt gegeben werden.

Eine sogleiche Verstärkung des National-Comité überhaupt, und durch deutsche, von Außen her gewählte Mitglieder insbesondere, ist wegen der bereits geschehenen Konstituirung nicht zulässig und aus den oben zur Beruhigung der deutschen Landsleute angeführten Gründen auch wohl überflüssig.

Doch wird den deutschen Brüdern und Landsleuten zur noch mehren Beruhigung die Versicherung gegeben, daß bei der Zuziehung von Fachmännern zu den einzelnen Sectionen, so wie bei der Wahl neuer Mitglieder und Ersatzmänner zwischen böhmisch- und deutschsprechenden Landsleuten so wie bisher auch in Zukunft durchaus kein Unterschied gemacht werden wird, und daß die Plenarsitzungen des Nationalausschußes, in welchen alle Anträge der einzelnen Sectionen zum Vortrage gebracht werden müssen, zweimal der Woche, jeden Montag und Donnerstag in dem Lokale des ehemaligen k. k. Kameralzahlamtes öffentlich abgehalten werden, so daß alle übrigen, im Nationalausschuße nicht befindlichen deutschen Mitbrüder durch eigene Anhörung in steter Kenntniß des Beantragten und Beschlossenen sein werden.

Das National-Comité ersucht schließlich den verehrten deutschen Ausschuß, gegenwärtige Erklärung als den Ausfluß einer die czechischen und deutschen Landsleute gleich umfassenden Vaterlandsliebe mit ganz gleicher Vaterlandsliebe hinzunehmen und hofft, so wie es die vorzüglichste Sorge des Nationalausschusses sein wird, alle blos czechisch nationellen Abzeichen sogleich zu entfernen und allenfallsigen versuchten Uibergriffen und Aufreizungen, die ohnedies nur von Einzelnen ausgehen können, kräftig zu begegnen, daß auch der geehrte deutsche Ausschuß von gleichem Eifer für das Wohl unseres schönen Vaterlandes beseelt, alles aufbieten wird, um brüderliche Eintracht zwischen beiden Volksstämmen zu erhalten und alles zu beseitigen, was auch nur ent-

Digitized by Google

fernterweise zu einer wenn auch vorläufig bloß angezeigten **Trennung** unserer beiderseitigen Brüder und Landsleute führen könnte.

Vom Nationalausschuße für's Königreich Böhmen.

Prag, am 14. April 1848.

Graf Stadion.
J. U. D. Johann Kliebert.

Nr. XCI.

Erklärung der Deutschen der deutschen Cocarde wegen.

Bei der am 14. d. M. abgehaltenen Versammlung der Bewohner Prags deutscher Zunge wurde der einhellige Beschluß gefaßt, daß, wenn gleich das löbliche National-Comité dies Recht einem jeden Deutschböhmen zum Tragen der schwarz-roth-goldenen Cocarde ausdrücklich anerkannt hat, dennoch zum Beweise der besonnenen Mäßigung und brüderlichen Eintracht mit der gesammten Einwohnerschaft Prags dieses Abzeichen deutscher Nationalität einstweilen nicht angelegt werde. Dieser Beschluß wird hiemit von dem gefertigten deutschen Ausschuße im Auftrage der Versammlung zur allgemeinen Kenntniß der Bewohner der Hauptstadt gebracht, und zugleich die dringende Bitte gestellt, im Interesse der öffentlichen Ruhe demselben beipflichten zu wollen.

Prag, am 15. April 1848.

Peter Libus. Bernhard Gutt. J. U. Dr. Franz Klier. Karl Kolb. J. U. Dr. Joseph Schwarz. J. U. Dr. Wunschheim Ritter v. Lilienthal, Landesadvokat. M. Dr. Karl Zimmer.

Nr. XCII.

Aufforderung des Magistrates wegen Aufrechthaltung der Ruhe.

Die bedauerlichen Ruhestörungen, welche neuerlichst hierorts dadurch statt fanden, daß einigen Mitbürgern öffentliche Mißfallensbezeigungen dargebracht wurden, haben zwar bis jetzt die Gränzen eines Straßen-Tumultes nicht überschritten, auch will man gerne glauben, daß nur wenige Einzelne durch diese Demonstrationen eine widergesetzliche Selbstgenugthuung beabsichtigten, und daß die übrigen Theilnehmer blos aus unbesonnenem Muthwillen sich anschloßen; — allein es können leicht Uibelgesinnte diese ihnen dargebotene willkommene Gelegenheit zu Beschädigung von Eigenthum oder Personen benützen.

Die durch das Vertrauen der Gesammtbürgerschaft neu gewählten gesetzlichen Organe zur Schirmung der Ordnung, der Personen und des Eigenthums, nämlich der Bürgermeister und die Stadtverordneten der Hauptstadt Prag, haben nun die durch Vaterlandsliebe, Gewissen,

Digitized by Google

und Ehre gebotene Verpflichtung übernommen, das Ansehen der Gesetze sowohl, als den von diesen ausgesprochenen Schutz jedes Einzelnen und dadurch der ächten constitutionellen Freiheit Aller aufrecht zu erhalten. Der bisherige gute Geist der Gesammtbevölkerung Prags hat sich den schönen Ruhm erworben, die höchsten Güter des Lebens: staatsbürgerliche Freiheit und eine ihr gewidmete Wirksamkeit, ohne irgend eine Verletzung von Personen oder Eigenthum errungen zu haben. Der Bürgermeister und die Stadtverordneten hegen daher das volle Vertrauen, daß dieser gute Geist auch ferner sich bewähren, und jeden wohlgesinnten Bürger bestimmen werde, die oben Genannten in ihren friedlichen Bemühungen für die Wahrung der öffentlichen Ordnung eifrigst zu unterstützen. Mit dieser vertrauensvollen Aufforderung an den Gemeinsinn, mit dieser Bitte um die Beihilfe der hochverehrten Mitbürger im Interesse der Wohlfahrt Aller muß zugleich die ernste Warnung an einzelne Friedensstörer ausgesprochen werden, daß der gesetzliche Schutz für Personen und Eigenthum erforderlichen Falles auch durch die Beiziehung der Nationalgarde gehandhabt werden müßte, wenn bedauerlicher Weise alle vorher versuchten gütlichen Mittel gegen Hoffen und Erwarten als fruchtlos sich erweisen sollten.

Nr. XCIII.

Kundmachung wegen Ernennung des Herrn Grafen Leo Thun zum Gubernial-Präsidenten.

Seine Majestät haben meine Dienstesenthebung zu genehmigen, und den k. k. Gubernial-Rath in Galizien Leo Grafen Thun zum Präsidenten des böhmischen Guberniums zu ernennen geruht.

Seit dem eine neue Aera für unser politisches Leben begonnen, ist es dringend geboten, daß ein Mann an der Spitze der Verwaltung Böhmens steht, der einen in Böhmen bekannten Namen trägt, an der Entwicklung der politischen Zustände seines Vaterlandes der letztern Jahre selbst regen Antheil genommen hat, durch seinen längern Aufenthalt in Böhmen mit den Wünschen und Bedürfnissen des Landes vertraut ist, und das Vertrauen der Nation genießt.

Diese Umstände machen es mir zur gebieterischen Pflicht, wenn auch mit schwerem Herzen aus meiner bisherigen Stellung zu scheiden, und die Leitung der Geschäfte einem Manne zu überlassen, dessen Name, Charakter und Intelligenz eine sichere Bürgschaft bieten, daß er den an ihn gestellten Erwartungen gewiß entsprechen wird.

Möge das Land Böhmen die Bahn seiner politischen Entwicklung mit festem raschen Schritte betreten, und jene schöne Zukunft bald verwirklicht sehen, die der Nation in ihren neuen politischen Institutionen geboten ist — dieß ist der heiße Wunsch, der meine Brust bis an meine letzten Lebenstage beseelen wird.

Digitized by Google

Uibrigens wird es meine heiligste Pflicht sein, meine Kräfte bis zur Ankunft meines Nachfolgers meinem Vaterlande zu weihen.

Prag, am 15. April 1848.

Rudolph Graf Stadion.

Nr. XCIV.

Erlaß des Herrn Gouverneurs an den National-Ausschuß.

Die Vereinigung der von mir berufenen Commission für Verfassungs-Vorarbeiten, so wie des erweiterten St. Wenzels-Comité unter dem gemeinsamen Namen „Nationalausschuß" ist von mir den 13. l. M. bereits faktisch vollzogen worden.

Ich hege nun das feste Vertrauen, daß die Mitglieder des National-Ausschußes ihrer hohen Aufgabe, die Verfassung des Königreiches vorzuberathen, mit Eifer und Gewissenhaftigkeit sich unterziehen, daß aber auch die Bewohner der Hauptstadt und des Landes mit Ruhe und Vertrauen die Resultate dieser Bemühungen erwarten werden.

Nur durch Vereinigung aller Kräfte kann das für Regierung und Volk gleich wichtige Ziel, die Einberufung des constituirenden Landtags in kürzester Frist erreicht werden.

Die Verhandlungen des National-Ausschußes werden öffentlich gepflogen, und von nun an Tag und Stunde jedesmal dem Publikum kund gegeben werden. Eben so wird die Veröffentlichung der Protokolle ungesäumt erfolgen.

Prag, am 14. April 1848.

Der Oberstburggraf
Rudolph Graf Stadion.

Nr. XCIV. lit. a.

Adresse der in Wien lebenden Deutschen aus Mähren und Schlesien an das Ministerium des Innern.

Euer Excellenz, Herr Minister!

Die Nachricht, daß ein slavischer Theil der Bevölkerung Prags sammt seinem Anhange sich als den Repräsentanten und Stimmführer des ganzen Landes Böhmen aufgeworfen, und Sr. Majestät unserm gütigsten Kaiser in einem Augenblicke, wo Einigkeit zum Wohle, ja zur Erhaltung des Staates so Noth thut, einige derartige Forderungen unterbreitet, die ein großer Theil Böhmens nicht hegt, ja entschieden zurückweiset, hat uns derzeit in Wien lebende Deutsche aus Böhmen, Mähren und Schlesien mit gerechtem Unwillen erfüllt.

Wir, die wir aus allen deutschen Gegenden dieser Länder uns hieher zusammen gefunden, können auch die Gesinnung und die Wün-

Digitized by Google

sche aller dieser Gegenden, deren Bewohner mehr als den dritten Theil der Landesbevölkerung ausmachen, und sowohl durch Intelligenz, als durch die größtentheils von ihnen geübte Industrie für die Blüthe des Lebens sorgen.

Wir sehen uns daher gedrungen, die Gesinnungen vor Euer Excellenz auch auszusprechen:

1. Wir protestiren gegen jede Absonderung Böhmens, Mährens und Schlesiens von den übrigen österreich'schen deutschen Ländern, und deren Interessen, welche offenbar durch das Verlangen nach einem eigenen verantwortlichen Ministerium in Prag beabsichtigt wird.
2. Wollen wir uns auch mit den übrigen österreich'schen deutschen Ländern an Deutschland anschließen.
3. Wir protestiren gegen jede Beeinträchtigung unserer deutschen Nationalität in den genannten Ländern, mithin
   a. gegen Einführung der slavischen Sprache in den Volksschulen deutscher Ortschaften;
   b. gegen das Einführen derselben als Unterrichtssprache in den ordentlichen Lehrgegenständen;
   c. sprechen wir uns aus für die Aufrechthaltung des deutschen Elementes an der Prager Hochschule;
   d. für die Wahrung deutscher Sprache bei der Volksvertretung dieser Länder;
   e. für die Nichtausschließung solcher Beamten in blos deutschen Gegenden, welche der böhmischen Sprache nicht mächtig sind.
4. Protestiren wir feierlich gegen jede einseitige Besetzung öffentlicher Aemter und Bedienstungen blos durch Eingeborne, indem dann die übrigen Provinzen Oesterreichs sich zu demselben Schritte gezwungen sehen müßten, und dadurch das schöne und feste Band der österreich'schen Monarchie faktisch zerrissen wäre.

Euer Excellenz! Alle Völker der constitutionellen Monarchie sehen Sie mit vollem Vertrauen als Minister an der Seite unseres allgeliebten Kaisers stehen! Wir Deutsche in Böhmen, Mähren und Schlesien, fest überzeugt, daß das wahre Wohl der genannten Länder nur durch eine unmittelbare Vereinigung mit Oesterreich, und durch dieses mit Deutschland erzielt werden könne, hegen die Zuversicht, Euer Excellenz werden diesen Ausdruck der Gesinnungen der deutschen Bewohner genannter Länder bei der Beschlußnahme über die Prager Petition berücksichtigen.

Wien, am 9. April 1848.

Digitized by Google

Nr. XCIV. lit. b.

Protestation des Brünner Repräsentations-Comité gegen die Vereinigung Mährens und Schlesiens mit Böhmen.

Allerdurchlauchtigster Allergnädigster Kaiser und Herr!

Die von einem Theile der Prager Bevölkerung unbegründet petitionirte Erneuerung des unauflösbaren Verbandes zwischen den sämmtlichen zur königlichen Krone Böhmens gehörigen Ländern und deren Vereinigung durch eine allgemeine böhmisch-mährisch-schlesische Nationalvertretung, durch eigene Centralbehörden unter einem besonderen verantwortlichen Ministerium des Innern hat die Bevölkerung der k. Hauptstadt Brünn schmerzlich ergriffen, und deren allerunterthänigst gefertigtes Repräsentations-Comité findet sich verpflichtet, an den Stufen des Thrones Euer Majestät die ehrfurchtsvollste Bitte niederzulegen: Euer Majestät wolle geruhen, bei allerhöchster Schlußfassung über die obgedachte Petition der tief gewurzelten Uiberzeugung der Einwohnerschaft Brünns gerechteste Würdigung zu schenken, daß sie nur in dem engsten Verbande Mährens und Schlesiens mit der constitutionellen Gesammtmonarchie und in Wahrung der provinziellen, mit dem Wohle des Gesammt-Staates verträglichen Selbstverwaltung, Heil, Segen und Gedeihen finden werde, so wie die loyalste Versicherung der Abneigung gegen alle separatistischen Bestrebungen allergnädigst aufzunehmen.

Die begehrte Vereinigung Mährens und Schlesiens mit Böhmen wäre dem historischen Rechte, den bestehenden Provinzialverfassungen und vor Allem den Wünschen, Anstrebungen und der Sympathie der Bewohner sowohl mährischer, als deutscher Zunge entzogen.

Mähren war und ist seit mehr als einem halben Jahrtausend ein freies selbstständiges, der Krone Böhmens durch kein Lehens- oder anderes Band untergeordnetes Land. Ein Kronland Böhmens wird es bloß deßhalb genannt, weil die Markgrafschaft mit dem Königreiche Böhmen seit Jahrhunderten einen und denselben Landesfürsten hatten und haben.

Mähren hatte von jeher seine eigene Verfassung, seine eigenen Gesetze, die sich dessen Stände machten, und die Landesfürsten als Markgrafen von Mähren bestätigten; es hat unter dem Szepter der glorreichen Dynastie Euerer Majestät durch drei Jahrhunderte als selbstständige Provinz Oesterreichs Schicksale getheilt, mit Gut und Blut zu dessen Bestand und Ehren kräftigst beigetragen, und wird bei dem freudigen constitutionell sich gestaltenden neuen Aufbaue der Monarchie gewiß nicht zurückbleiben, wo es sich um Wohlfahrt, Kräftigung, Einigung und treues Schaaren um den Thron E. M. handelt.

Der festen Ueberzeugung lebend, E. M. werden der gerechten

Digitized by Google

Bitte der Einwohnerschaft Brünns die huldvollste Gewährung nicht versagen, ersterben wir in pflichtschuldigstem Gehorsam.

Nr. XCV.

Einschreiten des Ausschußes der Spaarkasse bei dem National-Ausschuße.

In Erwägung des außerordentlich wichtigen Einflußes der böhmischen Sparkasse auf das Volksleben, und den Geldverkehr, und in Würdigung der kaum zu ahnenden schweren Folgen, die durch die Kündigung einer größern Masse von Sparkassakapitalien hervorgerufen werden müßten, hat das Löbliche Comité der Prager Bürgerschaft unaufgefordert durch einen öffentlichen Aufruf auf die Beruhigung der grundlos besorgten Gemüther einzuwirken, und hiedurch eine Verminderung der Rückzahlungen herbeizuführen gesucht. Die günstige Wirkung dürfte diesem edlen Streben wohl kaum fehlen, denn wo Vertrauen ist, dort ist auch Glaube. Der gefertigte kleine Ausschuß kann den hohen Werth, den er in jenen Aufruf legt, und den warmen Dank, den er fühlt, nicht genug lebhaft schildern.

Um jedoch auch für die Zukunft das Vertrauen in die Gebahrung der Anstalt zu erhalten, und wo möglich noch zu steigern, oder wenigstens gegen ungerechte Anfeindungen falscher Volksfreunde zu sichern: gibt sich der kleine Ausschuß die Ehre, Einen Hochlöblichen National-Ausschuß zu ersuchen, einige Glieder gefälligst zu bestimmen, welche von der Gebahrung der Anstalt in allen Details Einsicht nehmen, und das Ergebniß veröffentlichen wollen.

Die Verwaltung scheut keine Oeffentlichkeit, keine Kontrolle; sie wünscht sie vielmehr im Interesse der Anstalt.

Vom kleinen Ausschuße der böhmischen Sparkassa.

Prag, am 16. April 1848.

Jos. Math. Graf v. Thun-Hohenstein.

Nr. XCVI.

Ankündigung der Versammlung des National-Ausschußes.

Da der Eintritt zu den Sitzungen des National-Ausschußes im alten Landhause auf der Kleinseite der räumlichen Verhältnisse wegen nur gegen Karten fortan gestattet werden kann, so wird jedes Mitglied des National-Ausschußes ersucht, die zwei Eintritskarten, welche auf ihn entfallen, noch heute Abend bis 8 Uhr in der Buchhandlung des Herrn Friedrich Ehrlich auf dem altstädter kleinen Ring oder in der Scheib'schen Buchhandlung auf der Kleinseite abholen zu las-

Digitized by Google

sen, selbe zu unterfertigen, das Datum auszufüllen, und selbe dann auszugeben.

Die morgige Sitzung findet um 9 Uhr statt; es werden daher die Mitglieder des National-Ausschußes ersucht, sich möglichst zahlreich um 8½ Uhr im Sitzungssaale einzufinden.

Diejenigen P. T. Herren aus dem Publikum, welche der Sitzung beizuwohnen wünschen, werden daher ersucht, sich um die Karten an die ihnen bekannten Mitglieder des National-Ausschußes zu wenden.

Prag, am 17. April 1848.

Rudolph Graf Stadion.

Nr. XCVII.

Rechtfertigung des Professor Exner.

Erklärung.

Ich erfahre soeben, daß eine Prager Zeitung die Nachricht enthält, ich sei Präsident einer Gesellschaft, welche den Zweck hat, die Slawen in Böhmen und Mähren zu unterdrücken.

Ich erkläre hiemit, daß mir das Bestehen einer Gesellschaft mit diesem eben so thörichten als verbrecherischen Zwecke völlig unbekannt ist, und daß ich der Präsident von was immer für einem politischen Vereine nie war, nicht bin, und wohl auch nie sein werde.

Ich habe den Grundsatz der gleichen Berechtigung aller den österreich'schen Kaiserstaat bewohnenden Nationalitäten zu Hause stets behauptet, ich bin hier beschäftigt, die Durchführung desselben in einem der wichtigsten Zweige des öffentlichen Lebens im innigsten Vereine mit unserem edlen Šafařík vorzubereiten. Es ist gegenwärtig wohl Niemanden möglich, dem Mißtrauen, den Verdächtigungen, den Mißverständnissen ganz zu entgehen; ich hoffe jedoch in Prag noch nicht so sehr vergessen zu sein, daß es nöthig wäre, in dieser Angelegenheit mehr als einige Worte zu sagen.

Wien, am 18. April 1848.

Professor F. Exner.

Nr. XCVIII.

Konsistorial-Erlaß wegen Einführung der böhmischen Sprache.

An den sämmtlichen wohlehrwürdigen Curat-Clerus des Prager Erzdiözes!

Um allenfälligen Mißdeutungen der unterm 20. verg. Monats erflossenen, den in beiden Landessprachen einzuführenden Schulunterricht betreffenden Anordnung zu begegnen, findet man sich veranlaßt zu bemerken, daß, so wünschenswerth auch die Kenntniß beider Landespra-

Digitized by Google

chen für jeden sein muß, der sein Fortkommen in Böhmen finden will, dennoch von keinem Zwange zur Einführung des Unterrichtes in beiden Landessprachen an den Volksschulen die Rede sein kann; zumal derselbe ohnehin dort, wo die Lehrer und das Volk nur einer der beiden Landessprachen kundig sind, gar nicht Platz greifen könnte. In solchen Gegenden soll daher der Schulunterricht auch ferner nur in der daselbst herrschenden Sprache statt finden; nur wünscht man, daß an den Stadt- und Hauptschulen den Kindern Gelegenheit geboten werde, beide Landessprachen sich in soweit anzueignen, daß die böhmischen Kinder auch ihre deutschen Landsleute, und umgekehrt, die Deutschen die Böhmen verstehen lernen. Die Muttersprache muß aber auch hier stets die Unterrichtssprache bilden, die andere blos als besonderer Lehrgegenstand behandelt werden. In wieweit diese angeordnete Maßregel schon dermal an den einzelnen Stadtschulen mit Benützung der in dem angeführten Consistorial-Erlasse empfohlenen Lehrbücher ausführbar sei, muß vor der Hand dem Ermessen der mit den Lokal-Verhältnissen vertrauten Herren Schuldistriktsaufseher, und dem weiteren freiwilligen Einvernehmen der Eltern und Lehrer anheim gestellt bleiben.

Prag, am 19. April 1848.

Nr. XCIX.

Erklärung der angekommenen Wiener Studierenden.

Erklärung.

Um jedem irrigen oder böswilligen Gerüchte vorzubeugen, erklären die Unterzeichneten hiemit, daß sie und die mit ihnen am 19. d. aus Wien angekommenen Collegen nicht als Deputirte der Wiener Universität, sondern lediglich in der Absicht, die Osterferien in ihrer Heimath zu verbringen, Wien verließen, und den Aufenthalt in Prag blos dazu benützten, um ihre lieben Collegen und Bekannte zu begrüßen. Adolph Melzer, Jurist. Robert Funk, Akademiker. Karl Merlet, Techniker. Franz Mühlwenzl, Mediziner. Gustav Lauda, Mediziner. Anton Hennemann, Techniker.

Nr. C.

Adresse der Stadt Saaz an den National-Ausschuß.

Wir gefertigten Bürger der k. Kreisstadt Saaz: Doktoren, Beamte, Handels- und Gewerbsleute geben Angesichts des ganzen Landes, und der sämmtlichen deutschen Bevölkerung nachstehende Erklärung:

1. Die Bürger, Doktoren, Beamte, Handels- und Gewerbsleute der k. Kreisstadt Saaz bezeugen ihre ungetrübte Ergebenheit und Treue an unser erlauchtes Kaiserhaus, und ihren geliebten Kaiser Ferdinand I.

Digitized by Google

2. Die Gefertigten sind hocherfreut über die von Sr. Majestät in dem Cabinetsschreiben vom 8. April d. J. sub I. gewährte Gleichstellung der böhmischen mit der deutschen Sprache, protestiren jedoch feierlichst gegen die von einem Theil der slavischen Bevölkerung Prags ohne unser Wissen und Zustimmung sammt seinem Anhange aufgeworfenen nachfolgenden Forderungen, als:

I. Protestiren wir gegen jede Absonderung Böhmens, Mährens und Schlesiens von den übrigen deutschen Ländern und deren Interessen, welche offenbar durch das Verlangen nach einem eigenen verantwortlichen Ministerium in Prag beabsichtiget wird.

II. Wollen wir uns auch mit den übrigen österreich'schen deutschen Ländern fest an Deutschland anschließen.

III. Protestiren wir gegen jede Beeinträchtigung unserer deutschen Nationalität in den deutschen Kreisen Böhmens, und den österreich'schen deutschen Ländern, mithin

a. gegen gezwungene Einführung der slavischen Sprache in den Volksschulen deutscher Ortschaften;

b. gegen das Einführen derselben als Unterrichtssprache in den ordentlichen Lehrgegenständen, in den itzt bestehenden Gymnasien, Stadt- und Volksschulen;

c. sprechen wir uns aus für die Aufrechthaltung der deutschen Elemente an der Prager Hochschule;

d. für Wahrung der deutschen Sprache bei der Volksvertretung der deutschen Städte und Länder;

e. für die Nichtausschließung solcher Beamten in blos deutschen Gegenden, welche der böhmischen Sprache nicht mächtig sind.

IV. Protestiren wir feierlichst gegen jede einseitige Besetzung öffentlicher Aemter und Bedienstungen blos durch Eingeborne, indem dann die übrigen Provinzen Oesterreichs sich zu demselben Schritt gezwungen sehen müssen, und dadurch das schöne und feste Band der österreich'schen Monarchie faktisch zerrissen wäre.

V. Verwahren wir uns gegen jeden Uibergriff, Unterdrückung und Anmaßung der Czechen gegen die Deutschen in Hinsicht der jedem Staatsbürger zukommenden Rechte, und wollen in jeder Hinsicht die vollkommene Gleichstellung mit den Czechen genießen.

VI. Sogleiche Vertretung der zum deutschen Bunde gehörigen Provinzen durch Abgeordnete beim deutschen Parlamente.

Diese hier ausgesprochenen Grundsätze offen gegen jede Anmaßung von Seite der Czechen in der Hauptstadt Prag und dem Lande zu vertreten, durch Druck zu veröffentlichen im Namen der Deutschen, im nöthigen Falle vor dem Throne Sr. Majestät als entschieden ausgesprochene Wünsche der Stadt Saazer Bevölkerung vorzubringen, bevollmächtigen die Gefertigten die Herren Joseph Heller und Ema-

Digitized by Google

nuel Broudre in Prag, und ermächtigen sie, diese Gesinnungen an allen Orten und zu jeder Zeit mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln aufrecht zu erhalten.

Saaz, am 15. April 1848.

Unterschriften.

Nr. CI.

Protestation der Stadt Reichenberg.

Hochlöbliches k. k. Landespräsidium!

Aus dem, den Bewohnern Reichenbergs zugekommenen Entwurfe der Wahlordnung, und der mit der Ausführung der Wahlen zum nächsten Landtage verbundenen Maßregeln, haben wir entnommen, daß die Wahlkommission aus einem Abgeordneten des sogenannten Prager Nationalausschußes als Leiter der Wahlen, dann aus einem kreisämtlichen Kommissär und dem Bezirksvikär, oder dem von ihm zu bestellenden Stellvertreter bestehen soll.

Wenn ein Nationalausschuß, d. i. eine Versammlung von Männern, aus der Mitte der gesammten Bevölkerung Böhmens, mit deren Wissen und Willen, zu dem Zwecke, um im Namen derselben und für dieselbe, über die wichtigsten Angelegenheiten des Landes, als Vertreter der Nation zu berathen, und zu beschließen genehmigt worden wäre, dann müßte das Volk die von einer, mit solcher Ermächtigung betheilten Versammlung berathene und beschlossene Wahlordnung anerkennen; es müßte sich die schmachvolle Zumuthung, daß es nicht reif genug sei, den Wahlakt ohne Beistand eines Sct. Wenzelscomité-Mitgliedes zu begehen, gefallen lassen.

Allein die Versammlung in Prag, die sich eigenmächtig, ohne Wissen und Willen der hierum nichtbefragten Bevölkerung des Landes, als Nationalausschuß konstituirt hat, deren Mitglieder zum großen Theil aus dem sich seit dem 11. März d. J. gebildeten Wenzels-Comité bestehen, — welch letzteres seit seiner unheilvollen Existenz Prag und das ganze Land in die fieberhafteste Aufregung versetzt, dessen unmäßiges, unselige Zwietracht hervorrufendes Treiben ein großer Theil der Bevölkerung Prags selbst verwünscht und verdammt, welches sich eigenmächtig der von dem hochlöblichen k. k. Landespräsidium ernannten Verfassungskommission ohne irgend eine behördliche Weisung aufgedrungen hat, — wird und kann das Land nun und nimmermehr als Nationalausschuß anerkennen; diese Versammlung ist nicht durch das Zutrauen des Volkes berufen worden, das Volk hat an deren Entstehen nicht den mindesten Antheil genommen; denn die am 10. April d. J. im St. Wenzelsbade im Beisein eines geringen Theils der Bevölkerung Prags vorgenommene, und höchst willkürlich geleitete Wahl kann doch wohl nicht als die Stimme des ganzen Landes bezeichnet werden; die auf solche Weise gewählten Männer haben nur das Mandat jener Wenigen erhalten, deren Stimme ihnen wirklich zu Theil geworden ist.

Digitized by Google

Die Bewohner Reichenbergs in die Kenntniß gesetzt, daß das hochlöbl. k. k. Landespräsidium die, von der, sich unter dem usurpirten Titel: „Nationalausschuß" konstituirten prager Versammlung entworfene Wahlordnung mit einigen unwesentlichen Abänderungen genehmigt habe, finden sich bemüssigt zu erklären, daß sie sich dieser Wahlordnung, vermöge welcher sich die Bewohner der Landstädte und des flachen Landes der Leitung eines der Mitglieder, dieser, von einem großen Theile der Landesbewohner nicht anerkannten Versammlung unterziehen sollen, nun und nimmermehr fügen werden; da ein solcher unerhörter, in keinem constitutionellen Staate noch vorgekommener Vorgang in der allerhöchsten Erledigung der Petition vom 8. April d. J. nicht enthalten ist, und die Genehmigung solcher in der Gesinnung des böhmischen Volkes nichts weniger als gelegenen Beschlüsse, als ein Zugeständniß betrachtet werden muß, durch welches — in der Besorgniß, es könne eine unruhige Fraktion der sonst so ehrenwerthen Bevölkerung Prags daselbst Unruhe und Verwirrung stiften, der selbstständige Wille der ganzen böhmischen Nation zum Opfer gebracht, und die letztere den Uebergriffen jener, die sich fälschlich als die Stimme der Nation ausgeben, überliefert wird.

Wir Gefertigten sind sonach beauftragt, im Namen aller Bewohner Reichenbergs, und wie wir überzeugt sind, in Uebereinstimmung mit allen Bewohnern der an Sachsen, Schlesien und Baiern angränzenden böhmischen Kreise, gegen jede Verfügung, gemäß welcher die Wahlen für den Landtag auf dem Lande unter der Leitung eines Abgeordneten des sogenannten Nationalausschußes aus Prag und des Bezirksvikärs oder dessen Stellvertreters stattfinden sollen, feierlichen Protest mit dem Anhange einzulegen, daß sie lieber auf jede Wahl verzichten, ehe sie sich einer solchen, das ganze Volk kompromittirenden Leitung unterwerfen, weil:

1. ein Nationalausschuß in Prag nicht besteht, ein solcher von der Nation nicht gewählt wurde, die Männer in Prag, welche sich zu Vertretern des ganzen Landes aufwerfen, nicht einmal die Prager Majorität, geschweige jene des Landes für sich erprobt haben, und das Volk nicht gewillt ist, sich in das Schlepptau eines Klubs, der sich auf das Geschrei einiger tausend, durch sie aufgeregten Personen hin, als Repräsentanten einer Nation von 4 Millionen freigewordener Menschen darstellen, und solche tyranisiren möchte, ziehen zu lassen; —
2. das Volk auf dem Lande, abgesehen davon, daß die industriellen Bewohner der Gränzmarken Böhmens sich an Intelligenz und Bildung mit jenen Herren, die sich als ihre Leiter aufdringen, auf gleicher Stufe mit vollem Rechte dünken, reif genug und fähig ist, sich selbst ohne fremde Einmischung seine Vertreter herauszusuchen, die gehegte Besorgniß, als könnte der freien Wahl ein hemmender Einfluß sich entgegen stellen, nur durch den Hinzutritt derlei Partheigänger aus dem Sct. Wenzelsbade begründet würde;
3. ebenso wenig der konservative geistliche Einfluß geeignet erscheint, eine Leitung der Wahlen im liberalen Sinne zu bewerkstelligen;
4. die allerhöchste Erledigung vom 8. April 1848 eines solchen an-

Digitized by Google

maßenden Einflußes auf das Land, wie ihn jene Männer, welche die Petition Sr. k. k. Majestät überreicht haben, geltend machen wollen, nicht mit einer Silbe erwähnt, vielmehr, nach dem Sinne dieser allerhöchsten Erledigung, die Wahlen der Deputirten der gesunden Einsicht der Wählenden überlassen bleiben sollen, und weil endlich

5. die Großjährigkeit des Volkes durch die Constitution feierlichst proklamirt worden ist, die Absicht jener Männer daher, welche sich aus eigenem Willen berufen glauben, das Volk zu leiten und ferner zu bevormunden, den sträflichen Verrath an demselben involvirt, der nicht länger geduldet werden darf. —

Geruhe das hochlöbliche k. k. Landespräsidium diese unsere, im Namen der gesammten hiesigen Einwohnerschaft eingelegte, und unter Einem an das hohe Ministerium des Innern abgesendete Protesterklärung zur hochgeneigten Kenntniß zu nehmen, und in hoher Würdigung derselben, die unberufenen Vorschläge jener Versammlung, die es sich herausnehmen will, das konstitutionelle Princip durch Autokratie zu begründen, mit Kraft von sich zu weisen, damit dem Lande doch einmal die Wohlthat, welche ihm durch die, von unserem erhabenen Monarchen verliehene Constitution zu Theil werden soll, begreiflich, dasselbe dem Genuße seiner Freiheit zugeführt, und dem Volke unbenommen werde, die Realisirung seiner Wünsche und Abhilfe seiner Beschwerden, frei von dem verwirrenden Einfluße des von jenen Männern ausgehenden Terrorismus, durch die Oeffentlichkeit und freie Volksvertretung zu bewerkstelligen.

Reichenberg, am 20. April 1848.

Unterschriften.

Nr. CII.

Dankadresse der Pohlen an den ständischen Landes-Ausschuß.

Durchdrungen von dem Gefühle der herzlichsten Anerkennung haben wir in dem Wiener Zeitungsblatte Nr. 88 die Sympathien, und zugleich die Bitte der Böhmen und hauptsächlich der hochherzigen böhmischen Damen um Amnestirung der unglücklichen Pohlen gelesen.

Es war vorauszusehen, daß eine verbrüderte Nation für die unglücklichen Pohlen Gefühle des Mitleides entwickeln wird.

Geruhen Sie, meine Herren Stände, die Gesinnung der tiefsten Anerkennung der edlen Böhmen, und hauptsächlich den gefühlvollen Damen mitzutheilen, die uns Edelleute und Bürger des Sanoker Kreises beseelen.

Sanok, am 27. März 1848.

Folgen 46. Unterschriften.

Der ständische Landes-Ausschuß hält sich für verpflichtet, dieses zur öffentlichen Kenntniß zu bringen.

Vom ständischen Landesausschuße.

Digitized by Google

Nr. CIII.

Antwort des National-Ausschußes auf die Saazer Adresse.

Geehrte Herren und Landsleute!

Dem unter dem Vorsitze Sr. Erlaucht des Herrn Oberstburggrafen vom gestrigen Tage versammelten National-Ausschuße wurde Ihre Erklärung vom 15. d. M. durch Herrn Emanuel Broudre mitgetheilt.

Auf diese Erklärung, welche nur in den sich mit jedem Tage mehrenden Mißverständnissen und einseitigen, oder doch wenigstens übereilten Einflüsterungen und Gerüchten ihren Ursprung gefunden haben kann, findet sich der Nationalausschuß bemüssiget, Nachfolgendes zu erwiedern, und zwar:

ad I. In den patriotisch ausgesprochenen Gefühlen der ungetrübten Ergebenheit und Treue an unser erlauchtes Kaiserhaus und unseren geliebten Kaiser Ferdinand, hat der National-Ausschuß den getreuen Wiederhall seines eigenen Gefühles erkannt, und hat nur noch zuzusetzen, daß er mit derselben unverbrüchlichen Treue nicht nur an der Dynastie, sondern auch am Vaterlande und folglich auch an allen Staaten, welche den großen Kaiserstaat Oesterreich bilden, festhält.

ad 2. I. Mit Bedauern bemerkt der National-Ausschuß, daß das Verlangen, Böhmen mit Mähren und Schlesien unter einem eigenen Ministerium zu vereinen, als ein Absonderungs-Gelüste vom Kaiserstaate gedeutet wurde, während es doch nur dem Wunsche, dem österreichischen Kaiserstaate durch eine enge Vereinigung der böhmischen Kronländer auf Grundlage ihrer historischen staatsrechtlichen Verbindung, — ihrer nationellen Verwandtschaft — und ihrer gleichartigen geistigen und materiellen Interessen, eine feste Stütze zu bieten, entsprang. Uibrigens versteht es sich von selbst, daß dieser Anschluß dem freien Willen der genannten Länder, das ist dem Ausspruche ihrer auf der Basis wahrer Volksvertretung zusammengesetzten Landtage überlassen bleiben soll.

Die von den Herren Einsendern angeregte Frage rücksichtlich des Anschlußes an die übrigen deutschen Länder, worunter sie doch nur jene verstehen können, welche nicht zum Kaiserstaate gehören, ist noch nie, weder vor dem Skt. Wenzels-Comité, noch vor dem National-Ausschuß in Anregung gebracht, um so weniger also verhandelt worden. Was aber die unlösliche Vereinigung Böhmens mit allen Ländern Oesterreichs, demnach auch mit den deutschen Ländern des Kaiserstaates betrifft, so ist der feste Wille, diese aufrecht zu erhalten, bereits oben ausgesprochen worden. Die Bitte um ein eigenes Ministerium in Prag beweiset aber durchaus nicht die Absicht einer Absonderung.

Digitized by Google

Ein eigenes Ministerium für die innere Landesverwaltung in Böhmen wurde insbesondere deßhalb begehrt, weil die nationellen und geographischen Verhältnisse in den böhmischen Kronlanden so eigenthümlicher Natur sind, daß sie besondere Berücksichtigung und daher auch eigene Verwaltungsorgane geradezu erheischen. So erscheint es namentlich zur gleichartigen Wahrung der Rechte und sonstigen Interessen aller Bewohner dieser Kronlande vor Allem insbesondere nothwendig, daß die Amtspersonen der Ober- und höchsten Behörden, denen die Leitung aller von Slawen und Deutschen bewohnten Landtheile gemeinschaftlich obliegt, der beiden Landessprachen mächtig seien. In gerechter Würdigung dessen geruhte Se. k. k. Majestät in der That dem Königreiche Böhmen für sich allein schon eigene verantwortliche Centralbehörden mit einem ausgedehnten Wirkungskreise zu bewilligen; und der dadurch offenbar erzielte Vortheil einer größeren Nähe der höchsten Instanzen, deren genauere Lokalkenntniß u. dgl. m. wird den deutschen Landsleuten eben so sehr, wie den slawischen zu Statten kommen. Endlich liegt gerade hierin mit eine der geforderten Garantien zur gehörigen Wahrung und Gleichstellung beider im Lande bestehenden Nationalitäten. Dadurch wird übrigens der feste Verband der Gesammtmonarchie keineswegs gefährdet, da er ja durch den vorausgesetzten unbeirrten Fortbestand der allen österreichischen Ländern gemeinschaftlichen Ministerien für den Krieg, Handel, die Civilliste und für die äußeren Angelegenheiten vollkommen garantirt sein wird.

Uiber die besonderen und gemeinschaftlichen Ministerien aber die geeigneten Vorschläge und Bitten zu berathen, das muß der seinerzeitigen constitutionellen Nationalrepräsentation vorbehalten bleiben, und nur diese kann sie seiner Zeit vor den Thron bringen.

ad II. Ist es die Ansicht des gefertigten National-Ausschußes, daß vorerst der Anschluß der österreichischen Lande aneinander befestigt werden müsse, damit sowohl die einzelnen Länder als auch der Gesammtstaat Oesterreich ein freundnachbarliches Verhältniß mit Deutschland ehestens eingeben können; was um so sicherer und um so schneller erreicht werden wird, wenn diese Vereinigung dem materiellen Vortheile der einzelnen Länder Oesterreichs und des Gesammtstaates förderlich, der constitutionellen Entwickelung in denselben aber nicht hinderlich ist.

Der National-Ausschuß hält fest an der Integrität des Kaiserstaates Oesterreich und verwirft die unpatriotische Lehre, daß „Oesterreich" nur mehr ein „geographischer Ausdruck" sei. — Der National-Ausschuß ist der festesten und innigsten Uiberzeugung, daß sich Böhmen nicht von Oesterreich trennen will, und blickt mit wahrem Bangen auf jene Bestrebungen hin, welche ganz geeignet sind, Oesterreich Deutschland zu subordiniren, statt den großen, starken Kaiserstaat demselben zu coordiniren.

Uiber die Coordination abzusprechen ist aber außer der Compe-

Digitized by Google

tenz des National-Ausschußes, und muß unserem Kaiser und dem Landtage vorbehalten bleiben; wird aber auch diesen nach der unvorgreiflichen Ansicht des National-Ausschußes erst dann möglich sein, wenn Deutschland sich nach Innen beruhiget und festgeordnet haben wird.

ad III. a. Ist von einer Einführung der slawischen Sprache in den Volksschulen deutscher Ortschaften überhaupt nie die Rede gewesen und liegt auch wohl nicht im Sinne des allerhöchsten Kabinetsschreibens vom 7. April l. J. —

ad b. Ist der National-Ausschuß mit der Ansicht der Saazer in Betreff der Mittelschulen vollkommen einverstanden, inwiefern sich auch dieser Absatz wieder nur auf deutsche Gegenden beschränkt. Der National-Ausschuß nimmt aber im umgekehrten Verhältnisse folgerecht einen gleichen Grundsatz auch für die böhmischen Gegenden in Anspruch, so, daß also an den höheren Bildungsanstalten, in böhmischen Gegenden die böhmische Sprache als Unterrichtssprache, die deutsche aber nur als Lehrgegenstand obligat eingeführt werde. Dies liegt im Begriffe wirklicher Gleichstellung und im Interesse beider, unser Vaterland bewohnender Volksstämme; es kann nur zur Erleichterung des gemeinsamen Verkehrs und der gegenseitigen, so wünschenswerthen brüderlichen Verständigung dienen.

ad c. Die Gleichstellung beider Landessprachen hat sich ohne Zweifel auch auf die Hochschule zu erstrecken, wie dieses in der a. h. Erledigung einer besonderen Petition der Prager Universität ausdrücklich zugesichert ist.

ad d. Gleichwie die Verhandlungen in dem Nationalausschuße selbst in beiden Landessprachen geführt werden, eben so ist das Recht, sich beim böhm. Landtage auch der deutschen Sprache zu bedienen, von Niemanden noch bestritten worden.

ad e. Es dürfte nicht im Sinne des allerhöchsten Cabinetsschreibens liegen, daß bei Beförderungen, oder wie immer gearteten Uibersetzungen von bereits angestellten Beamten in deutschen Gegenden die Kenntniß der böhmischen Sprache gefordert werde; und es kann sich der Wunsch, auch in deutschen Gegenden bei jeder öffentlichen Behörde nach und nach wenigstens einige Beamte zu finden, welche beider Sprachen mächtig sind, — wie dies in den böhmischen Bezirken überall ebenfalls der Fall sein wird, — nur auf die neu anzustellenden Beamten beziehen; endlich hat das erwähnte allerhöchste Kabinetsschreiben auf bloße Wirthschafts-Beamte und Gemeinde-Verordnete gar keinen Bezug, denn die doppelte Sprachkenntniß sollen nur die künftig anzustellenden Beamten bei den öffentlichen Aemtern und Gerichtsbehörden in deutschen wie in böhmischen

Digitized by Google

Gegenden haben, und zu bewähren verpflichtet sein, damit jeder Landbewohner, gleichviel, ob Slawe oder Deutsche, überall — im ganzen Königreiche gleich — Schutz suchen könne, und finden möge.

Indem die Punkte, welche in der geehrten Erklärung sub a. b. c. d. e. berührt sind, den verschiedenen Sectionen des National-Ausschußes zugewiesen wurden, und erst der Landtag die näheren Bestimmungen über Schul- und Gerichtswesen festsetzen wird, so kann man nur den dringenden Wunsch, ja selbst die Bitte aussprechen, sich von keinen Gerüchten beirren zu lassen, sondern mit jedem Urtheile zurückzuhalten, bis die diesfälligen Verhandlungen veröffentlicht sein werden.

Unter Einem wird bemerkt, daß es dem National-Ausschuße sehr angenehm sein würde, wenn die geehrten Herren Einsender einen oder zwei Deputirte aus ihrer Mitte wählen wollten, um den hierortigen Berathungen beizuwohnen, wo sie die vollste Uiberzeugung von dem aufrichtigen Bestreben der vollen Gleichstellung beider Volksstämme unseres Vaterlandes gewinnen würden.

ad IV. Wenn auch im Punkte 9 der ersten Prager Petition um die Besetzung aller Aemter durch Inländer gebeten worden ist, und wenn sich auch dieses Wort allerdings dahin deuten ließe, daß alle Nichtböhmen auszuschließen seien, so muß dies doch nicht im Sinne aller Petenten gelegen haben; denn das allerhöchste Cabinetsschreiben vom 8. April l. J., welches die Besetzung aller Aemter durch beider Landessprachen kundige Individuen (nicht bloß durch Eingeborne) anordnet, wurde mit allgemeiner Zufriedenheit aufgenommen. Die Besorgniß der Herren Einsender, daß sich die übrigen Länder Oesterreichs zu denselben Schritten gezwungen sehen, und das schöne und feste Band der österreichischen Monarchie dadurch faktisch zerrissen werden würde, entfällt demnach von selbst.

ad V. Gibt sich der Nationalausschuß so wie der Bürgermeister und die Verordneten der Hauptstadt Prag alle erdenkliche Mühe, jeden Uibergriff, jede Unterdrückung und jede Anmaßung einzelner Böhmen slawischen Stammes gegen ihre Landsleute deutschen Stammes, eben so aber auch umgekehrt, hintanzuhalten; und es dürfte den Herren Einsendern schwer werden, zu beweisen, bei welchem Stamme diese Verirrungen Einzelner überwiegender sind. Rücksichtlich der sich gebildet habenden Corporationen und Comités aber wird ein einziger solcher Uibergriff gar nicht erwiesen werden können.

ad VI. Ist die Ansicht des National-Ausschußes über den Anschluß an Deutschland bereits ausgesprochen, woraus erhellt, daß die Beschickung des deutschen Parlaments durch Deputirte Böhmens vor der Hand nicht thunlich ist.

Indem der National-Ausschuß anmit alle Besorgnisse der Herren Einsender gründlich behoben zu haben glaubt, so fordert er die geehr-

Digitized by Google

ten Herren Landsleute dringend auf, sich stets vor Augen zu halten, wie schwer es ist, bei der dermaligen Aufregung Ruhe und Frieden im Vaterlande zu erhalten; wie nöthig uns aber doch Gesetzlichkeit und Ordnung ist, und wie deren Herstellung keiner Behörde und keiner Gewalt gelingen kann, sie daher unmöglich wird, wenn nicht alle Böhmen fest zusammen halten, sondern jeder Einzelne die Raschheit seines Nächsten mit Empfindlichkeit aufnimmt, und so die politischen Ansichten Weniger gleich zu Parteisachen anwachsen läßt.

Vom National-Ausschuße.

Prag, am 21. April 1848.

Rudolph Graf Stadion m. p.,
als Vorsitzender.

Wilhelm Graf Wurmbrand m. p.,
als Referent.

Nr. CIV.

Kundmachung des Bürgermeisters gegen die Flugschriften.

In Folge der unaufhörlich auftauchenden, zum Theil sehr gehässigen Pamphlete ist in der Sitzung des Nationalausschußes vom 20. mit Einstimmigkeit die Uiberzeugung ausgesprochen worden, daß die öffentliche Ruhe und Sicherheit der Personen und Eigenthum durch aufreizende Flugblätter ernstlich gefährdet erscheine.

Es sei daher, sowohl zur Wahrung der edlen Preßfreiheit als anderseits zur Hintanhaltung preßfrecher Pamphlete, auf welche die Strafe der schweren Polizei-Uebertretungen Anwendung finde, beschlossen worden, daß Repressiv-Maßregeln dagegen statt finden sollen, welche vom 25. ihren Anfang nehmen werden, und in folgenden durch einstimmigen Beschluß ausgesprochenen Anordnungen bestehen.

Es darf fernerhin keine Druckschrift ohne die Orts- und Firmabeifügung der Buchdruckerei, wo selbe gedruckt wurde, erscheinen; im Uibertretungsfalle wird solche — wenn auch ganz unschädlich — confiszirt, und in allen Exemplaren, deren man habhaft werden kann, vernichtet. Auch wird die ohnehin auf keine gesetzliche Gewerbsberechtigung gestützte Betriebweise von Druckschriften auf öffentlicher Straße in solchen Fällen eingestellt werden, wo die Passage dadurch gehemmt, oder das Publikum belästigt wird. Es sollen indeß, da es sich doch nicht ganz verhindern lasse, die betreffenden Individuen Behufs der Anweisung auf bestimmte Plätze sich aufstellen zu dürfen, bei dem Stadtverordneten-Kollegium im altstädter Rathhause sich anzumelden haben.

Prag, am 22. April 1848.

Der Bürgermeister und die Stadtverordneten.

Digitized by Google

Nr. CV.

Eingabe der Arbeiter und Kundmachung des Magistrats.

Dem Bürgermeister und den Stadtverordneten der k. Hauptstadt Prag ist folgende Eingabe zugekommen:

Erklärung.

Im Angesichte der traurigen beängstigenden Lage, in welche sich die Hauptstadt Prag und deren Bewohner seit einigen Tagen versetzt sehen, finden wir Endesgefertigten Bürger im Namen von Viertausend Arbeitern, von denen die Unterschriften angeheftet sind, uns bewogen, hier frei ungezwungen, aus vollem Herzen zu erklären, daß wir diesen Zustand, in welchem die frechste Willkür mit dem Hohne gegen das Gesetz Hand in Hand gehen, auf die entschiedenste Weise mißbilligen, und entschlossen sind, ihm, da er uns in unserem Erwerb hinderlich zu werden droht, auch offen entgegen zu treten.

Wir sind Arbeiter in den Fabriken, wir und unsere Familien leben von den Fabriken, wenn die Fabriken geschlossen werden, so sind wir brodlos; wenn man durch Unruhen und Aufwiegelei den Erwerb und die Industrie beeinträchtiget, so bringt man uns um unsern Verdienst, indem die Fabriken durch den äußerst schlechten Geschäftsgang zum gänzlichen Stillstand gebracht werden können, welche ohnedies bis itzt nur mit dem größten Opfer erhalten wurden.

Wir erklären daher feierlichst und offen, daß wir Allen, die auf was immer für Weise die Ruhe und Ordnung der Stadt stören, unverzüglich entgegentreten, um das zu schützen, was uns Erwerb gibt.

Dieses unser heiliges Vornehmen werden wir ausführen, und was immer daraus erstehe, das komme über die Häupter derjenigen, deren Gewissen ihnen zuruft, daß sie die Schuld an dieser Gährung tragen.

Prag, am 18. April 1848, in der Epstein'schen Fabrik.

Im Vertrauen, daß obige Erklärung wortgetreu der Oeffentlichkeit übergeben wird, folgen die Unterschriften der Arbeiter.

Mit freudigem Stolze auf den gesunden Sinn und die tüchtige Gesinnung der wackern Männer, welche sich hier in so ehrenhafter Weise aussprechen, bringen der Bürgermeister und die Stadtverordneten die vorstehende Erklärung zur allgemeinen Kenntniß, und nehmen diese Erklärung als eine Bürgschaft an, daß diese wackern Männer die für die Aufrechthaltung der öffentlichen Sicherheit Sorge tragenden Behörden kräftig unterstützen, niemals aber eine eigenmächtige, die gesetzlichen Schranken überschritende Selbsthilfe ausüben wollen. Die hier von einfachen Männern für die Wahrung der öffentlichen Ordnung und Ruhe geltend gemachten Worte werden in den Herzen aller Gutgesinnten in der Hauptstadt wie auf dem Lande einen beifälligen Wiederhall finden. Sie beweisen zugleich, daß die Aussprüche der Vernunft

Digitized by Google

und der Gerechtigkeit sicher sein können, auch von den zahlreichsten Klassen unseres noch unverderbten Volkes gewürdigt, und durch ein rechtschaffenes Thun im Sinne einer wohlverstandenen staatsbürgerlichen Freiheit zu einer lebendigen Wahrheit werden. Herzlichen Bürgerdank Allen, die auf diese Weise den Hoffnungen auf eine baldige schönere Zukunft mitten in den stürmisch bewegten Zeitwogen der Gegenwart die sicherste Bürgschaft gewähren.

Der Bürgermeister und die Stadtverordneten der k. Hauptstadt Prag.

Prag, am 22. April 1848.

A. Strobach,
Bürgermeister.

Nr. CVI.

Petition der unadelichen Güterbesitzer der Vertretung auf dem Landtage wegen.

Euere k. k. Majestät!

Haben durch ein hohes Kabinetsschreiben vom 8. April 1848, über die neuerliche Petition der Prager Einwohnerschaft wichtige Zugeständnisse zu gewähren geruhet, und die Entwicklung der demnächst zu normirenden Constitution möglichst zu garantiren.

Eure Majestät haben in jenem hohen Kabinetsschreiben ausgesprochen, es seien in dem ersten, nächstens einzuberufenden Landtage alle Stände des Landes zu versammeln, alle Interessen des Landes zu vertreten, demnach aber ist ein hochwichtiges Interesse, das der geadelten und bürgerlichen, bisher nicht landtagsfähig gewesenen Gutsbesitzer durch das erwähnte hohe Kabinetsschreiben mit der Berechtigung, im neuesten Landtage zu erscheinen, nicht begnadet worden und es gewinnt vielmehr den Anschein, als sollten diese Gutsbesitzer, welchen mehr als ein Viertheil der ständischen Gülten Böhmens eigenthümlich gehört, auch heute, wie in früherer finsterer Zeit vom Landtage ausgeschlossen, und der Vormundschaft derjenigen Gutsbesitzer untergeordnet bleiben, welche früherhin, bloß wegen ihres adelichen Vorrechtes im Landtage erscheinen dürften.

Unmöglich kann es in dem ausdrücklichen Willen Euer k. k. Majestät gegründet sein, privilegirte Vorrechte, so wie Jahrhunderte altes Unrecht, auch heute noch fort bestehen zu lassen, nachdem Euer k. k. Majestät das Licht der Freiheit und der gleichen Berechtigung, im vollen Maße über die Monarchie ausströmen ließen.

Unmöglich kann und konnte es in Eurer k. k. Majestät hohem Entschluße begründet sein, den bürgerlichen Gutsbesitzer von den Berathungen nächsten Landtags auszuschließen, während jedem bäuerlichen Grundbesitzer, jedem Steuerpflichtigen überhaupt das Recht zugestanden ist, durch Deputirte vertreten zu werden und jeder adeliche Gutsbesitzer seinen Besitz zu vertreten ausdrücklich berufen ward.

Digitized by Google

Die Zeit ausschließender Vorrechte ist mit dem Monate März zu Grabe gegangen, zum Heil der Nation, darf also nicht mehr in den Lenz der österreichischen Freiheit hineindämmern, nicht mehr die Blütenknospen der jungen Freiheit frostig versengen; soll der adelige Gutsbesitzer seinen Besitz vertreten können, so muß das dem bürgerlichen Gutsbesitzer ebenfalls gewährt sein; denn nur auf diesem Wege wird die im hohen Kabinetsschreiben vom 8. April gewährte Vertretung aller Interessen zur Wahrheit, und Wahrheit muß die Losung unserer Tage sein.

Wir glauben kaum, daß die hohe Regierung die Vertretung der bürgerlichen Besitzer ständischer Güter etwa dadurch gesichert glaubt, daß die Städte und Vikariats-Bezirke Abgeordnete zu wählen haben; denn die Städte werden und können bei der Wahl ihrer Abgeordneten nur die städtischen, die Vikariatsbezirke, welche den Landbauer in sich fassen, insbesondere nur die bäuerlichen, dem ständischen Gültenbesitzer bisher entgegen gestandenen Interessen im Auge haben, so daß selbst einzelnen bürgerlichen Gutsbesitzern durchaus keine Chancen offen stehen, als Abgeordnete für den nächsten Landtag gewählt zu werden, und insbesondere ihre Interessen als Gutsbesitzer selbstständig am Landtage vertreten zu können.

Mehr als ein Viertheil der ständischen Gülter Böhmens ist das Eigenthum bisher in den mittelalterlichen Landtagen nicht zugelassener, bürgerlicher, zum Theil einfach geadelter Personen, diese alle sollen nach dem Wortlaute des Kabinetsschreiben vom 8. April gänzlich unvertreten bleiben, was sich offenbar mit constitutionellen Rechtsbegriffen nicht verträgt. Nicht deshalb etwa, um auf alten, heute nicht mehr haltbaren Rechten und Vorrechten beharrlich zu bestehen, nicht deshalb etwa, um freisinnigen Reformen, liberalen Zugeständnissen mittelalterlichen Sinnes entgegenzutreten, machen wir unser natürliches Stimmrecht neben dem adelichen Gutsbesitzer geltend, — nein — dieß ist nicht der Grund gegenwärtiger Eingabe, wir wollen, wir werden uns betheiligen an dem großartigen Baue des freisinnigen Constitutionsgebäudes und wollen nicht zurückstehen, wollen unseren Besitz vormundschaftlich vertreten sehen, wollen deshalb, weil wir durch Decenien ungerecht behandelt worden, heute, wo gleiche Berechtigung für Alle gewährt worden, gerechten Antheil haben an dieser Gewährung.

Vor den Ereignissen des Monats März waren wir im Begriffe, um unsere Zulassung in den Landtag zu petitioniren, wir unterließen diesen Schritt bei dem Umschwung der Ereignisse, in dem festen Vertrauen, Euer Majestät gerechte Regierung werde uns von selber bedenken, uns, die wir stets alle Lasten gleich den adeligen Landständen getragen. Wie bitter wurde dieses Vertrauen getäuscht, darum legen wir im Namen sämmtlicher bürgerlichen und einfach geadelten Gutsbesitzer unsere Bitte um Gerechtigkeit an Eurer Majestät gerechtem Throne nieder und erwarten zuverläßlich, Eure Majestät werden geruhen, in Anerkennung unserer wohlgegründeten Rechte, die Einberufung aller bürgerlichen und einfach geadelten Gutsbesitzer zu dem nächst konstituirenden Landtage anzubefehlen.

Prag, am 13. April 1848.

Digitized by Google

Nr. CVII.

Erklärung der Stadt Teplitz an den National-Ausschuß.

An den hochlöblichen National-Ausschuß in Prag!

Die Bürgerschaft der Badestadt Teplitz, erkennend die hohe Bedeutsamkeit des von dem hohen Nationalausschuße sich gestaltenden Wirkungskreises, beehrt sich anzuzeigen, daß sie aus ihrer Mitte einen Ausschuß gewählt habe, dessen Aufgabe sein soll, vor Allem zur friedlichen Vereinigung beider vaterländischer Elemente kräftig mitzuwirken — so fort auch insbesondere die Wahrnehmung der deutschen Nationalität, und endlich auch das Interesse der böhmischen Kurorte, namentlich das der Badestadt Teplitz im Auge zu behalten.

In diesem Sinne und zu diesem Zwecke erlaubt sich der Teplitzer Bürgerausschuß dem hohen Nationalausschuße die Gesinnung und die Wünsche der Teplitzer Bürgerschaft vorzulegen.

1. Die Teplitzer Bürgerschaft glaubt vor Allem nur in der Befolgung des Beispiels Oesterreichs — in einem schleunigen und engen Anschluße des freien Böhmens an das freie Deutschland den einzigen, den festen Halt für dies Wohl, für die Freiheit unsers Vaterlandes zu finden.

Die geographische Lage Böhmens — so wie seine geschichtliche Verbindung mit Deutschland, die Unmöglichkeit des Bestandes bei einer Isolirung gegenüber dem vereinigten und im Falle einer Loßreißung Böhmens offenbar feindlichen Deutschlandes, — die Nothwendigkeit der Erhaltung der Bezugs- und Absatzquellen für die einheimische Gewerbs- und Handelsindustrie, — die Nothwendigkeit der Wahrung Oesterreichs vor einem Verfall — bestärken die Teplitzer Bürgerschaft in dieser Ansicht.

Die Teplitzer Bürgerschaft kann nicht begreifen und möchte von den Verfechtern der gegentheiligen Ansicht gerne belehrt werden, wie es denn möglich sei, daß bei dem bereits durch die Aufpflanzung der deutschen Fahne und Beschickung des Fünfziger-Ausschußes kundgegebenen Anschluße Oesterreichs und zweifellosen Anschluße Mährens und Schlesiens die kleine Zahl von 4 1/2 Millionen Böhmen in ihren Marken abgesperrt und eingeschlossen sich erhalten, und in ihrer politischen Existenz nicht gefährdet werden sollten von 40 Millionen Deutschen.

Die Teplitzer Bürgerschaft kann aber auch nicht begreifen, wie überhaupt sich dieser als eine wahre Nothwendigkeit herausstellende Anschluß an Deutschland in der böhmischen Nationalität einen Anstoß oder Widerwillen finden könne, nachdem schon durch das Programm des deutschen Vorparlaments und erst neulich über den Antrag der österreichischen Herren Abgeordneten, Freiherrn von Andrian und Kuranda, von dem Fünfziger-Ausschuße die Selbstständigkeit und Nichtgermanisirung des slawischen Elementes ausdrücklich garantirt wurde.

Digitized by Google

Teplitz wünscht demnach im Interesse des Vaterlandes den schleunigsten Anschluß an Deutschland durch Aufpflanzung der deutschen neben der böhmischen Fahne und Beschickung des neuen deutschen Parlaments durch die auf Böhmen ausfallenden 82 Deputirten von den nach der Bundesmatrikel auf Oesterreich kommenden 190.

Die Teplitzer Bürgerschaft erkennt nur in der friedlichen Verschmelzung der beiden Nationalitäten Böhmens das Heil des Vaterlandes, und dagegen in jeder feindlichen Separirung derselben das größte Unglück, zu dessen Abwehrung jeder Böhme, ob Deutscher oder Czeche, verpflichtet ist.

2. Die Teplitzer Bürgerschaft ist ferner der Ansicht, daß in dem a. h. Kabinetschreiben Sr. k. k. Majestät vom 8. d. M. das deutsche Element mit dem czechischen nicht gleichmäßig behandelt, sondern durch die Ausschließung aller deutschen, der böhmischen Sprache nicht mächtigen Beamten von künftiger Anstellung wesentlich gefährdet sei.

Die Teplitzer Bürgerschaft hält es für ungerecht, bereits angestellte Beamte, welche bei der in Aussicht gestellten Aufhebung der Kommunal- und Patrimonial-Gerichte ihre Stellen verlieren dürften, für den Mangel einer Sprachkunde, die bei ihrer Anstellung weder vorgeschrieben noch gefordert war, zu bestrafen und von der künftigen Anstellung oder Beförderung in rein deutschen Städten oder Gegenden auszuschließen, hiedurch aber tausende von rechtlichen und befähigten Männern und deren Familien zu Bettlern zu machen.

Die Teplitzer Bürgerschaft ist der Ansicht, daß die Sympathie einer Bevölkerung zu ihren Beamten eine wesentliche Bedingung einer erfolgreichen Amtswirksamkeit sei, daß diese jedoch nicht erzielt werden könnte, wenn in einer rein deutschen Gegend schon jetzt durchgängig Beamte angestellt werden müßten, welche beider Landessprachen kundig sind; denn in dieser bevorzugten Lage befinden sich im gegenwärtigen Augenblicke fast nur jene, welche in czechischen Gegenden geboren und erzogen, und sodann durch Studien und Gerichtspraxis der deutschen Sprache mächtig wurden.

Darum erfordern es Billigkeit, Gerechtigkeit und die öffentlichen Rücksichten, daß obige Verordnung auf die bereits Angestellten für deutsche Städte und Bezirke keine Anwendung finde, oder aber wenigstens erst nach einer Reihe von Jahren, während welcher sich jeder deutsche Beamte die böhmische Sprache vollkommen aneignen kann, in Wirksamkeit trete.

Die Badestadt Teplitz wünscht daher auch eine dahinzielende Beschränkung des Anstellungsverbotes der deutschen Beamten für deutsche Städte und Bezirke.

3. Obgleich die Badestadt Teplitz — über 4000 Seelen zählend, nach dem a. h. Kabinetschreiben vom 8. April l. J. den nächstens einzuberufenden böhmischen Landtag mit einem Deputirten aus ihrer Mitte zu beschicken berechtigt ist und auch beschicken wird, so kann sie dennoch nicht umhin, es tief zu beklagen, daß der in eben dem besagten a. h. Kabinetschreiben ausgesprochene Grundsatz: daß die Versammlung des

Digitized by Google

Landtages aus einer alle Interessen des Landes umfassenden, gleichmäßigen Volksvertretung zu bestehen habe — in seiner praktischen Anwendung auf die Wahl der Deputirten nach Vikariatsbezirken das deutsche Element gegenüber dem czechischen sehr verkürze.

Die Bezirksvikariate rein deutsch-böhmischer Ortschaften sind notorisch viel dichter bevölkert, als jene rein czechischer Ortschaften, und wenn daher jeder Vikariatsbezirk überhaupt als solcher, ohne Rücksicht auf dessen Seelenzahl zwei Deputirte abzusenden hat, so werden die Vikariate czechischer Ortschaften immer die begünstigten sein. —

Die Badestadt Teplitz glaubt daher, den hohen Nationalausschuß mit Fug und Recht auf ein Verhältniß aufmerksam machen zu sollen, welches, wenn es nicht abgeändert würde, ein schreiendes Unrecht begründen möchte.

4. Die Bürgerschaft der Stadt Teplitz kann endlich nicht umhin, den Nationalausschuß darauf aufmerksam zu machen, wienach auf dem Lande Angst und Besorgniß Jedermann erfüllt, die Stockung des Handels, die drohende Erwerbslosigkeit, die gegenwärtige Ohnmacht der Behörden Zustände besorgen lassen, vor welchen jeder Patriot, jeder Besitzende zurückschaudern muß. Nur von der schleunigsten Einberufung des Provinzial-Landtages und von dessen Wirksamkeit erwarten wir auf dem Lande die Beruhigung der Gemüther und das Wiederkehren der gesetzlichen Ordnung.

Darum bitten die Bürger der Badestadt Teplitz, der hohe Nationalausschuß wolle mit möglichster Schnelle und Energie die Wahl der Deputirten und die Einberufung des Provinzial-Landtages ins Werk setzen, damit es nicht abermal heiße: Es ist zu spät! —

Indem sofort der unterzeichnete Ausschuß die zeitgemäßen und einstimmigen Wünsche der Teplitzer Bürger zur Kenntniß bringt, bittet er, der hochlöbliche Nationalausschuß Böhmens wolle von der Wichtigkeit dieser Petition sich durchdringen und der Teplitzer Bürgerschaft eine Antwort zukommen lassen, welche geeignet ist, die Gemüther zu beruhigen und die so nöthige öffentliche Ruhe für Teplitz zu sichern und zu bewahren.

Teplitz, am 23. April 1848.

Nr. CVIII.

Erklärung der Typographen.

Nothgedrungene Erklärung.

Gestern Vormittags fand eine berathende Versammlung sämmtlicher Typographen Prags behufs einer günstigeren Gestaltung ihrer Lage statt. Obwohl nun diese Versammlung durchaus keinen andern Zweck verfolgte, als den eben angegebenen, so hat sich dennoch das Gerücht verbreitet, daß die Prager Typographen die Absicht hätten, sämmtliche Schnellpressen der Herren Buchdruckereibesitzer zu zerstören.

Dieser böswilligen Aeußerung gegenüber erklären die Unterzeich-

Digitized by Google

neten mit Entrüstung, daß sie nie an eine solche rohe Handlung gedacht haben, vielmehr stets bemüht sein werden, das Eigenthum und die Rechte ihrer Herren Chefs zu schützen und zu vertheidigen.

Im Namen sämmtlicher Typographen Prags.

Das Comité.

Nr. CIX.

Gubernial-Präsidial-Erlaß an den Nationalausschuß wegen Vornahme der Wahlen zur Frankfurter Volksversammlung.

In Folge eines an mich gelangten bestimmten Auftrags des Ministeriums des Innern veranlasse ich unter Einem die Ausschreibung der Wahlen für die Nationalversammlung in Frankfurt am Main, unter den in den öffentlichen Blättern näher enthaltenen Modalitäten.

Da sich Stimmen gegen die Beschickung dieser Nationalversammlung erhoben, und in dieser Verfügung ein unbedingtes Anschließen an Deutschland zu erkennen glaubten, so hat sich das Ministerium, aus Anlaß einer von mir gestellten Anfrage, zu der in der Wiener Zeitung vom 21. April 1848 erschienenen officiellen Erklärung bestimmt gefunden, daß es der feste Vorsatz der Regierung sei, die Sonderinteressen der einzelnen zur österreichischen Monarchie gehörigen Länder, die Selbstständigkeit ihrer innern Verwaltung zu wahren, und sich die Zustimmung zu jedem von der Bundesversammlung gefaßten Beschluße unbedingt vorbehalten worden sei. —

Die Regierung ist übrigens bei dieser Verfügung von nachstehenden Grundsätzen ausgegangen:

Die Anordnung der Wahlen für das deutsche Parlament beruht auf einem von dem Bundestage zu Frankfurt, als einer gesetzlich anerkannten Autorität, gefaßten Beschluße, welchem sie sämmtliche, zum deutschen Bunde gehörige Staaten unterzogen haben. — Dadurch, daß die Regierung hiebei nach dem Beschluße einer gesetzlich bestehenden Autorität vorging, und sich jeder einseitigen bedenklichen Neuerung oder Abweichung enthielt, hat sie sich nur in dem ihr zustehenden Wirkungskreis bewegt, und dadurch gewiß der allenfälligen Einwendung begegnet, daß sie nicht competent sei, ohne Zustimmung des Reichstages neue Gesetze zu geben, da sich die Zustimmung zu den gefaßten Beschlüßen unbedingt vorbehalten wurde. —

Das Ministerium hat übrigens ausdrücklich erklärt, daß sowohl in dem Wortlaute der diesfälligen Wahlausschreibung, als in der Anwendung einer freien Wahl die gänzliche Ungebundenheit für die einzelnen — zur Wahl Berufenen sowohl als für ganze Bezirke gelegen ist, dieser Aufforderung Folge zu geben — oder von denselben keinen Gebrauch zu machen. —

Das Ministerium hat übrigens auch darauf aufmerksam gemacht, daß das Erscheinen von Abgeordneten am Bundestage, auf welchem

Digitized by Google

Böhmen mit einer bedeutenden Anzahl Abgeordneter vertreten sein kann, der Unterstützung ihrer besondern Wünsche gewiß förderlicher wäre, als ihre gänzliche Abwesenheit. —

Ein mit Bewilligung des Ministers des Innern wegen Beschickung des deutschen Parlaments sich in Wien gebildetes Comité hat mir in dieser Richtung eine an den Nationalausschuß gerichtete Eingabe eingesendet, die in der Nebenlage mitfolgt.

Prag, am 22. April 1848. Graf Stadion. — An den Nationalausschuß.

Nr. CX.

Zuschrift des Wiener Central-Wahlkomité an das böhmische National-Comité.

Es haben die niederösterreichischen Stände, die Bürgerschaft und der Magistrat der Stadt Wien, der juridisch-politische Leseverein, der kaufmännische, der Gewerbs- und Schriftstellerverein mit Zustimmung des Ministeriums des Innern ein Comité gebildet, dessen Aufgabe es ist, auf die zur Beschickung des deutschen Parlaments zu Frankfurt vorzunehmenden Wahlen von Abgeordneten fördernd und auf eine Weise einzuwirken, welche dem hohen Standpunkte des österreichischen Staates angemessen und würdig ist.

Dieses Comité hat seine Wirksamkeit nicht nur auf Wien und die Provinz Oesterreich beschränkt, sondern hat sich mit den bezüglichen übrigen Theilen unserer constitutionellen Monarchie in Verbindung gesetzt.

Es hat vor Allen, in Erfassung seiner Aufgabe, ein Programm hingestellt, welches jene allgemeine Grundsätze ausspricht, die die seinigen und die eines jeden wohlmeinenden Bürgers des österreichischen Staates sind; sehr lange und lebhafte Erörterungen im Schooße dieses Comité sind der definitiven Abfassung dieses Programms voran gegangen.

Es wurde von vielen Seiten die Eingehung in die Details und Einzelnfragen lebhaft angeregt, und es war ein vorzugsweises Motiv, welches der Beschluß der allgemeinen Haltung des Programms zur Reife brachte, daß man der slawischen Bevölkerung und Böhmen insbesondere hierdurch eine Garantie für die Wahrung und Erhaltung ihrer Nationalität geben wollte. In diesem Wunsche sprachen sich auch alle Stimmen auf die entschiedenste und freundlichste Weise aus.

Der in der heutigen Wiener Zeitung kundgegebene Ministerial-Erlaß dürfte Böhmen über die Gesinnung der Regierung in dieser Beziehung vollkommen beruhigen und die vielleicht bisher bestandenen Anstände, welche der Beschickung des deutschen Parlaments von Seite Böhmens hindernd entgegen getreten waren, um so mehr beseitigen, da der Fünfziger-Ausschuß zu Frankfurt am 14. d. M. erklärt hat, daß er die Garantie der Entwicklung und Consolidirung sämmtlicher nicht deutscher zum

Digitized by Google

Bunde gehöriger Nationalitäten zu einer der wichtigsten Aufgaben der künftigen constituirenden Versammlung zähle.

Von der festen Uiberzeugung ausgehend, daß bei Ermanglung der Vertretung Böhmens beim deutschen Parlament Oesterreich den andern deutschen Staaten gegenüber nicht den ihm gebührenden Platz einnehmen werde, aber auch von der Uiberzeugung ausgehend, daß die böhmischen Patrioten, bei der jetzt so veränderten Sachlage, selbst von diesem Gefühle um so mehr durchdrungen sein werden, als es sich um Wahrung ihrer slawischen Interessen bei dem deutschen Parlamente handelt, erlaubt sich das unterzeichnete Comité in der Beilage sein Eingangs erwähntes Programm so wie die diesem Programm vorgegangene Kundmachung dem löblichen böhmischen National-Comité mitzutheilen, und gleichzeitig die Hoffnung und den Wunsch auszudrücken, daß ein allenfalls in Prag sich bildendes und dieselben Zwecke zum Vorwurf nehmendes Comité sich mit dem unterzeichneten in ein freundliches wechselwirkendes Einvernehmen setzen werde, damit auf solche Weise der gemeinsame große Entzweck zum Heil und Frommen unseres ganzen constitutionellen Staates sicher und nachhaltig in seinen Folgen erreicht werde. Wien, den 21. April 1848.

Das Central-Comité für die Wahlen zur deutschen National-Versammlung.

N. Ö. Landhaus.

Andriani.

Dr. Josef v. Würth.

Nr. CXI.

Petition des National-Ausschußes wegen Verschiebung der Wahlen zum Frankfurter Parlament.

Euere k. k. Majestät!

Der dem gefertigten Nationalcomité vorsitzende Hr. Oberstburggraf und Landespräsident des Königreichs Böhmen hat in der heutigen Versammlung den Beschluß Ew. Maj. Ministerium bekannt gemacht, die Wahl der Deputirten zu der constituirenden Nationalversammlung in Frankfurt einzuleiten.

Der Euer Majestät treu ergebene Nationalausschuß legt seine deshalb zu stellende gehorsamste Bitte, das Ministerium anweisen zu wollen, es von diesem Ansinnen wieder abkommen zu lassen, durch eine eigens gewählte Deputation an den Stufen des Thrones nieder, und erlaubt sich Euer Maj. Aufmerksamkeit dahin zu lenken, daß er sich durchaus nicht anmaßt, als Repräsentant der Nation sprechen zu wollen, jedoch die Berücksichtigung für sich mit Recht in Anspruch nehmen zu dürfen glaubt, daß er aus Männern besteht, welchen die Ansichten und Gefühle beider Volksstämme Böhmens und aller Classen vollkommen bekannt sind.

Die Gründe, durch welche sich der Nationalausschuß zu der obigen Bitte veranlaßt findet, sind folgende:

Digitized by Google

So unzweifelhaft es ist, daß ein nachbarlicher, freundlicher, die materiellen Interessen jeder Art fördernder äußerer Verband mit Deutschland sobald als möglich eingegangen werden soll, eben so gewiß ist es, daß ein solcher Verband, soll er anders Dauer versprechen, weder direct noch indirect vom Zwange geknüpft werden darf.

Die neueren Verhältnisse haben den früher bestandenen Bund der deutschen Fürsten aufgelöst; es handelt sich nun um einen Bund freier Völker.

Ein selbst freies Volk muß die Freiheit jedes andern achten und kann daher eine wie immer gestaltete Vereinigung weder befehlen noch erzwingen wollen. Diesen Grundsatz haben auch Euer Majestät selbst anzuerkennen geruht, als Allerhöchst Dieselben die Vereinigung von Mähren und Schlesien mit Böhmen, welche Länder doch als Kronländer Böhmens in einem in jeder Hinsicht viel engeren Verbande stehen, als dies zwischen Oesterreich und Deutschland der Fall ist, von dem freien Willen Mährens und Schlesiens abhängig machten. — Dieses Recht, welches Euer Majestät Mähren und Schlesien Böhmen gegenüber zuerkannt haben, muß Böhmen Deutschland gegenüber ebenfalls in Anspruch nehmen, und kann dies gewiß mit noch größerem Rechte thun.

Die von der Nationalversammlung in Frankfurt geforderte Absendung von Deputirten wäre aber ein Zwang, in so lange nicht die böhmische Nation durch ihr Organ, nämlich durch die erst zu constituirende Volksrepräsentation über die Absendung der Deputirten und deren Instruktion, so wie über den Anschluß selbst frei bestimmen kann.

Da nun aber Böhmens Volksvertretung auf keinen Fall bis zu der Zeit, wo nach dem Ministerialerlasse die Deputirten abgesandt werden sollen, zusammentreten können, so würden die Deputirten nur von einzelnen Vereinen gewählt und abgesendet werden, ohne daß hiebei irgend eine Garantie dafür vorläge, daß der Wahlakt und die Absendung später von der Nation, das ist von der Volksrepräsentation anerkannt werden würde.

Wenn schon aus dem Obigen erhellt, daß die Wahl der Deputirten in so kurzer Zeit auf constitutionellem Wege unmöglich — der Versuch hiezu aber aufregend, und demnach nicht nur für Böhmen allein, sondern auch für den Kaiserstaat bedenklich wäre, so wäre ein solcher Schritt um so gewagter, als für den Fall, daß die Deputirten von der Volksrepräsentation Böhmens nicht anerkannt werden sollten, sich die Aufregung und Alles, was in ihrem Gefolge ist, auch auf den ganzen Kaiserstaat und Deutschland selbst erstrecken und einer freundnachbarlichen Verbindung demnach im hohen Grade hindernd statt fördernd sein müßte.

Da nach der Erklärung E. M. Ministerium die Beschlüsse der Frankfurter National-Versammlung für Oesterreich nicht bindend sein sollen, so können sie ja abgewartet werden, ohne daß Böhmen dabei mitberathet; — denn die Nationalität, welche jedenfalls aufrecht erhalten werden

Digitized by Google

soll, so wie die innern Bedürfnisse des Landes können die Böhmen allein und in ihrem Lande besser berathen, als ihre Deputirten dies in der Frankfurter National-Versammlung thun können, wo sie entweder ein unterdrücktes oder ein störendes Element sein müßten. Die äußern Verhältnisse aber, als Handelsverträge, Wechselrecht, gemeinschaftliches Geld, Maß, Gewicht, Flotte und Bundeskontingent können erst dann mit Wahrscheinlichkeit des Bestandes berathen und bestimmt werden, wenn die innern Zustände Deutschlands wie Oesterreichs sich neu gegestaltet, und festgestellt haben werden. Es erblickt aber der treugefertigte böhm. National-Ausschuß in dem Ansinnen der constituirenden Nationalversammlung zu Frankfurt die Verfassung des deutschen Bundes, somit auch die Verfassung unseres Vaterlandes, sie gewissermaßen selbst die Verfassung des österr. Kaiserstaates festzusetzen, — wie es der Aufruf des Wiener Centralcomité am 20. April l. J. ausdrücklich kund gibt — eine Beeinträchtigung der konstitutionellen freien Entwicklung unsers Vaterlandes, ja selbst ein ziemlich klar ausgesprochenes Streben, nicht nur Böhmen, sondern auch den großen Kaiserstaat Oesterreich dem uns doch etwas fremder liegenden Deutschland unterzuordnen, oder wenigstens von Frankfurt aus in so mancher innern Beziehung abhängig zu machen; denn die Worte des Wiener Centralcomité: die Souveränität des österreichischen Staates darf durch die zu schaffende Bundesgewalt nur insoweit beschränket werden, als es zu dem wirksamen Bestande des letztern und zur Herstellung eines wahrhaft einigen und starken Deutschlands unumgänglich nothwendig ist!!! dürfte darum anders gedeutet werden können, und scheinen selbst für die Dynastie nicht ohne alle Bedeutung zu sein. Ein solches Streben muß die gesammte loyale Bevölkerung Böhmens zurückweisen, denn frei soll und muß sich das schöne Böhmerland im Innern entwickeln, wenn Euer k. k. Majestät großmüthig gegebenes Geschenk „die Constitution" einen Gehalt haben soll; fest muß Böhmen in allen seinen äußern Beziehungen an dem Gesammtstaat Oesterreichs hängen, und Letzterer muß selbstständig dastehen, daher gleichfalls von allem äußern bestimmten Einfluße frei bleiben, wenn nicht der Monarchie Kraft und Existenz auf's Spiel gesetzt werden soll.

Da nun die fragliche Absendung von Deputirten unbillig — durch die Nation selbst, in der anberaumten Frist unmöglich — auf einem andern Wege gefährlich — rücksichtlich der Wahrung der Nationalität, und der innern Consolidirung unnütz — rücksichtlich des mit Deutschland für die Zukunft zu knüpfenden Freundschaftsbandes, jedenfalls nicht zeitgemäß, demnach auch sehr bedenklich, die constitutionelle Entwicklung Böhmens gefährdend, endlich die Selbstständigkeit und die Fortdauer der Dynastie des Kaiserstaates in Frage stellend wäre, so wiederholt der National-Ausschuß seine gehorsamste Bitte, es hievon wieder abkommen zu lassen, und die Aufregung im Lande nicht zu mehren, um einer sehr zweifelhaften Mißstimmung in Deutschland vorzubeugen.

Wenn sich auch nicht nur in E. Majestät rein deutschen Staaten,

Digitized by Google

sondern auch in Böhmen viele Stimmen für alsogleiche Beschickung der Frankfurter Volksversammlung aussprechen, so dürften sich doch sicher die meisten von ihnen nach ruhiger Uiberlegung wieder mit der obangesprochenen Ansicht des N. Ausschusses bald vereinen, und der Zweck, die Gemüther in Deutschland wie in Oesterreich darüber zu beruhigen, daß man den ernsten Willen habe, das engstmöglichste Bündniß zu schießen, dürfte erreicht werden, wenn E. Majestät einige Abgesandte, wenn nicht aus allen Staaten des Kaiserreiches, doch wenigstens aus jenen, in welchen sich die Nation noch nicht aussprechen kann, nach Frankfurt absenden wollten, damit diese, ohne daselbst in und mit der Nationalversammlung abzustimmen, ihr doch beiwohnen, und überall, wo es wünschenswerth ist, die nöthigen Aufklärungen geben können.

Prag, am 24. April 1848.

Nr. CXII.

Protestation der Bewohner der k. Stadt Deutschbrod.

Die Versammlung der Bewohner der k. Stadt Deutschbrod hat nachstehende Resolutionen einstimmig angenommen:

1. Der innige Anschluß Böhmens an Deutschland ist wegen der jetzigen Bundesverhältnisse Pflicht, durch die Beschaffenheit der europäischen Völkerzustände dringend geboten, und daraus durch Ersparnisse im Gesandtschafts- und Heerwesen eine Erleichterung der Steuerpflichtigen zu erwarten.
2. Wegen der doppelten Nationalität seiner Bewohner kann jedoch Böhmen nicht durch Acclamation, sondern nur in Folge gegebener Garantien, daß von Bundeswegen die Nationalitäten geachtet werden, das bestehende Verhältniß zu Deutschland festigen.
3. Als eine wesentliche Garantie ist die Festsetzung einer constitutionellen Monarchie im deutschen Bundesstaate anzusehen.
4. Der Landtag zu Prag soll als Organ des Landes über die Aenderung der jetzigen Beziehungen zum deutschen Bunde beschließen, und da dies im Vorhinein zu thun Zeit und Umstände nicht zulassen, so
5. ist es nöthig, die Abgeordneten zur constituirenden Versammlung nach Frankfurt zu senden; die Verordneten Böhmens sollten jedoch nach ihrer Rückkehr dem Prager Landtage das Resultat der Frankfurter Verhandlungen vorlegen.
6. Es ist tief zu bedauern, daß die Berufung zum Fünfziger-Ausschuß den Herrn Palacky getroffen, und daß er sie ablehnen zu müssen glaubte.
7. Roth und weiß als Landesfarbe und schwarz-roth-gold als Bundesfarbe bestehen zugleich und nebeneinander.
8. Das sogenannte Nationalcomité in Prag ist von der Nation nicht bestellt, seine Beschlüsse über die deutschen Farben sind für

Digitized by Google

eine Nation kleinlich, seine Wirksamkeit überhaupt verlängert das Interregnum, es sollte mit Beschleunigung aufgelöst, und der ordentliche Landtag einberufen werden, da Letzterer in Sektionen die Ausarbeitungen im Geiste des ganzen Landes besorgen wird.

Deutschbrod, am 27. April 1848.

Der Bürgerausschuß: Joseph Ph. Kundrath. Eduard Krziwanek. Karl Kalina. Lukas Weidenhoffer, Franzizek Hallannosek. W. J. Zdebórsky. Joh. Spurny. J. U. Dr. Pankraz.

Nr. CXIII.

Erklärung der Ausschüsse des deutschen Vereins über den Austritt aus dem National-Ausschusse.

Löbliches Nationalcomité!

Als wir bei der denkwürdigen Sitzung des National-Comité am 14. April l. J. uns zu dem Opfer bereit erklärten, einstweilen die deutschen Abzeichen nicht zu tragen, und die deutschen Bewohner der Hauptstadt zu einem gleichen Akte der Großmuth zu stimmen, hat uns das löbliche National-Comité mit Acclamation in seine Mitte als neue Mitglieder aufgenommen. Jener schöne Akt der Eintracht und Versöhnung, jene rührende Scene, wo uns fast die ganze Versammlung die Hand zur brüderlichen Einigung reichte — wird uns unvergeßlich bleiben, und diese Einigung schien damals zum Heile unseres Vaterlandes auszuschlagen.

Obgleich wir eine solche Aufnahme weder verlangten noch erwarteten, bewog uns die von vielen Seiten ausgedrückte und wie es schien herzliche Theilnahme zu dem Entschlusse, die ehrende einhellige Wahl anzunehmen und an einem Orte, in einer Versammlung zu erscheinen, wo es uns möglich schien, für das Wohl des geliebten Böhmerlandes die freie Stimme zu erheben, wo es uns wünschenswerth dünkte, die allgemeinen Interessen und besonderen Wünsche unserer deutschen Mitbürger zu vertreten und zu wahren.

Allein wenige Tage, ja wenige Stunden haben uns eines Andern belehrt — sie haben uns nicht blos gezeigt, daß dort, wo wir uns im ersten Momente geschmeichelt hatten, für die gute Sache kräftig wirken zu können, nicht immer die freie Stimme sich erheben darf; sie haben uns auch die traurige Uiberzeugung aufgedrungen, daß das deutsche Element wirklich hintangesetzt erscheint, das deutsche Element, welches doch nach mehrhundertjährigem Besitz dieselbe Berechtigung an dieses Land besitzt, das deutsche Element, welches Bildung und Industrie, also die wichtigsten Schätze in's Land gebracht, das deutsche Element, welches nicht blos durch seine Intelligenz, sondern schon durch seine Zahl und Eingeburt berechtigt ist, ein entscheidendes Wort in den Angelegenheiten des gemeinsamen Vaterlandes mitzusprechen.

Unter solchen Umständen würde es bei uns, die wir als Abge-

Digitized by Google

ordnete der hier lebenden Deutschböhmen in das Comité aufgenommen wurden, ganz gegen unser Gefühl und unsere Pflicht verstoßen, wollten wir noch länger in der Versammlung des National-Comité verharren.

Wir erklären demnach hiermit, daß wir uns aus dem National-Comité von nun an als ausgeschieden betrachten. Denn kurz nach unserer Aufnahme in's National-Comité hat sich blinder Parteigeist eingemengt; mit Widerwillen sah eine Faktion einige aus der freien Wahl der Deutschen hervorgegangene Männer im National-Comité, so wenig auch ihre geringen Kräfte und ihre unbedeutende Zahl gegenüber einer entschiedenen Majorität die czechischen Interessen gefährden konnte. Es fand sich leider auch im National-Comité eine große Zahl, deren Verstand am 18. April bereute, was ihr Herz am 14. gewährt hatte, wie sich ein Redner treffend ausgedrückt hat. Zwar scheiterte der Versuch, unsere Aufnahme zu annulliren, an dem richtigen Takte der Mehrzahl; dagegen wurde, um unsere wenigen Stimmen aufzuheben, eine weit größere Zahl neuer Kandidaten uns entgegengestellt, mit maßloser Heftigkeit deren Aufnahme begehrt, und dadurch eine schöne Handlung, die kurz vorher als herrliches Zeugniß der brüderlichen Eintracht gerühmt und erhoben worden war, zur Parteisache herabgewürdigt. Derselbe blinde Parteigeist hat sich so weit vergessen, Einen von uns als Ausländer zu denunciren, und im Namen eines freien Volkes die verruchten Maximen des alten Polizeistaates anzurufen — derselbe Parteigeist hat einen Zweiten aus uns durch Drohbriefe abzuschrecken gesucht, um Beide aus ihrer wenig beneidenswerthen Stellung im National-Comité zu verdrängen.

Wir müssen aus einer Versammlung scheiden, wo Graf Jos. Matth. Thun als Sprecher derselben, schlichte deutsche Landsleute, die aus dem Saazer Kreise herbeigeeilt waren, um sich Belehrung und Beruhigung zu holen, mit den Worten entlassen konnte, daß derjenige einen Verrath am Vaterlande begehe, welcher die deutschen Farben trage, oder die dreifarbige Fahne aufstecke!

Eine Erklärung so verletzender Art für jedes deutsche Gemüth wurde mit stürmischem Beifallsrufe von einer Gesellschaft aufgenommen, die kurz vorher gegen uns ausdrücklich und einstimmig das Recht, die deutsche Kokarde zu tragen, anerkannt, die bei derselben Gelegenheit so schöne Redensarten von Mäßigung, Versöhnung, Gleichberechtigung gesprochen, und uns endlich mit Händedrücken und Umarmungen in ihre Mitte aufgenommen hatte.

Wir vermögen nicht einer Versammlung anzugehören, die ihre eigene Würde nicht mehr bewahren konnte, indem stürmische Ruhe, heftige Worte und der Einfluß eines keineswegs parteilosen Publikums über die Mäßigung Einzelner und die besonnene Haltung des Prager Bürgermeisters lange die Oberhand behielten.

Aus allen diesen Gründen müssen wir mit vollem Recht bezweifeln, daß wir durch unser Wort den geringsten heilsamen Einfluß auf die Angelegenheiten unseres Vaterlandes dort auszuüben im Stande

Digitized by Google

wären, wo wir Beleidigungen erfahren mußten — wir müssen auch bezweifeln, daß das National-Comité bei solchem Verfahren jemals den schönen Zweck zu erfüllen im Stande sein wird, den es bei seiner Gründung ausgesprochen hat, nämlich den der Eintracht und allgemeinen Beruhigung.

Prag, am 25. April 1848.

Im Namen und Auftrage der abwesenden: Peter Bibus und Karl Kolb, und für sich: Dr. Fr. Klier, Dr. Jos. Schwarz, Med. Dr. Karl Zimmer, Dr. Wunschheim Ritter von Lilienthal.

Nr. CXIV.

Manifest des constitutionellen Vereins über seine Bestimmung.

Liebe Landsleute!

Ihr werdet von der Entstehung des constitutionellen Vereins in Prag schon gehört haben; mancherlei Gerüchte über seine Thätigkeit und Zwecke dürften zu Euch gelangt sein, welche vielleicht nicht ganz wahr sind. Um etwaige Täuschungen darüber zu beheben, wollen wir Euch, theure Landsleute, die Grundzüge und Aufgaben des Vereins unumwunden darlegen. Wir können hiebei ganz kurz sein, da kein rückhaltiger Gedanke zu bemänteln, keine unschöne Sache mit schönen Worten zu vergolden ist.

Der constitutionelle Verein will das heilige Gut der Freiheit allen Böhmen, so weit es in seiner Kraft steht, sichern, er will unter dem Panier der Freiheit die edelsten, bildungsreichsten Kräfte des Landes, gleichviel ob Deutschen oder Czechen, zusammenschaaren und die Anmaßungen und den Terrorismus leidenschaftlicher Parteiungen, soviel er vermag, in die constitutionellen Schranken zurückweisen.

Der constitutionelle Verein will ferner im wohlerwogenen Interesse unseres Landes sowol als des ganzen österreichischen Staates, dessen Integrität und innere Kräftigung ihm vor Allem am Herzen liegt, die tausendjährige Verbindung Böhmens mit Deutschland — doch nur unter Garantie der freiesten Entwickelung der czechischen Nationalität — aufrecht erhalten wissen. Die Aufrechthaltung dieser Verbindung ist dringend nothwendig zum Schutze und Schirme der jungen Freiheit unserer deutsch-österreichischen Lande, ja zum Bestande und für die Erhaltung des österreichischen Gesammtstaates; sie ist nothwendig im Interesse des Handels, der Industrie und überhaupt des materiellen Wohles unseres theuren Vaterlandes.

Dank der freiheitsmörderischen Politik Metternich's zählen sich die Italiener zu den erbittertsten Feinden Oesterreichs und ganz Italien erhebt sich wie ein Mann gegen uns, um die Lombardei und Venedig für immer von Oesterreich abzutrennen. An dem geknechteten Rußland, an der ohnmächtigen Türkei können wir keine Verbündeten

Digitized by Google

finden; denn diese Staaten sind Despotien, sie stehen in Bildung und Intelligenz mehr als um ein Jahrhundert zurück, und Rußland ist der geschworene Feind jeder Freiheit und volksthümlicher Regierung. Polen existirt noch nicht, es liegt noch in Geburtswehen, deren Ausgang Niemand abzusehen vermag. Es gibt für uns unter allen unseren Nachbaren nur einen treuen gesinnungsverwandten Bundesgenossen und dies ist Deutschland, an das uns zum Theil dieselbe Nationalität, eine tausendjährige gemeinsame Geschichte, eine gleiche Bildung und Gesittung so wie die heiligsten Interessen der Wissenschaft knüpfen. Deutschlands politische Verjüngung, sein inniges Anleben an die freisinnigsten constitutionellen Grundsätze gibt uns die Garantie gegen jeden Rückschritt, seine aus dem allgemeinen Nationalwillen hervorgehende Einigung verspricht uns einen mächtigen Beistand gegen den östlichen Despotismus und jeden äußeren Feind; Deutschland gewährt die volle Gleichberechtigung jeder Nationalität und läßt die innere staatliche Selbstständigkeit eines jeden Bundeslandes unangetastet.

Böhmen ist fast ringsum von deutschen Ländern umschlossen, sein Handel und seine Gewerbe sind vernichtet, wenn es Trennungsgelüsten nachgibt, denn Deutschland wird dem Lande keineswegs die Wohlthaten einer Zollverbindung zugestehen, welches sich von ihm politisch lossagt.

Ihr deutschen und czechischen Brüder, die Ihr es aufrichtig mit unserem Vaterlande meint und keinen eitlen Träumereien und Chimären, welche der ernsten Wirklichkeit widersprechen, nachhängt, prüfet unparteiisch unsere Absichten, und wenn Ihr denselben Euern Beifall zollt, so einigt Euch zu gleichem Zwecke, und setzet Euch mit uns in Verbindung, damit wir gemeinsam durch vereinte Kräfte unser Ziel erreichen.

Erwünscht wäre es uns, wenn Ihr, liebe Landsleute, die Ihr uns beipflichtet, einen oder den andern Mann in unsere Mitte schicken würdet, um mit ihm eine weitere genauere Rücksprache zu pflegen.

Der konstitutionelle Verein.

Prag, am 25. April 1848.

Philipp Bachheibel, Dr. Groß, Bernhard Gutt, Moriz Hartmann, Dr. Fr. Klier, Dr. Kreutzberg, Alfred Meißner, Dr. Josef Schwarz, Heinrich Reutter, Dr. Zimmer.

Nr. CXV.

Adresse des Ortes Liebenau an den National-Ausschuß.

Werthe Herren, theuere Brüder!

Noch sind die Freudentöne nicht verhallt, welche jeder patriotische Böhme als Dank für die uns von Sr. k. k. Majestät allergnädigst verliehenen Freiheiten und Rechte ausbrachte, als die Erledigung der zweiten Petition den größten Enthusiasmus hervorbringt, und unser Herz vom Neuen mit Wonne erfüllt.

Unsere Mitbürger und Brüder fassen daraus den Werth der

Digitized by Google

Constitution, jede fälschliche Auslegung derselben wird beseitiget; wir wissen, was Sie erreicht; und was wir zu erwarten haben; die allgemeine Ruhe ist dadurch gesichert.

Dieses alles sind wir Ihnen, werthe Herren, zu danken schuldig. Durch Ihre Aufopferung, rastlose Thätigkeit, und ruhige Ausdauer im Interesse des ganzen Vaterlandes war es nur möglich, in so kurzer Zeit die Gewißheit über alles zu haben, was uns bevorsteht, und was unsere Freiheit in sich begreift.

Darum den innigsten Dank Sr. Majestät unserem König für alle Zugeständnisse, und Ihnen, werthe Herren und theuere Brüder für Ihre Vermittlung dabei; unsern Dank für Ihre Opfer, Thätigkeit, und Ausdauer; Dank allen Jenen, welche Theil an dieser heilbringenden Mission genommen haben! —

Die ganze Nation wird unser Gefühl mit uns theilen, und es dankend erkennen, daß unsere theueren Brüder der Hauptstadt nur das Wohl der Bewohner des Landes vertreten, und nur stets das Gute zu befördern suchen. — Darum rufen mit dankerfülltem Herzen:

Heil Oesterreichs hohem Sohne, unserm König Ferdinand!

Ein „Lebehoch" den edlen Bürgern Prags!

Die ergebenst gefertigten Bürger der Stadt Liebenau, am 13. April 1848.

30 Unterschriften.

Nr. CXVI.

Aufruf an Böhmens Geistlichkeit. (Bohemia)

Liebe Brüder!

Wir haben statt einer Petition über lange Beinkleider wichtigere Geschäfte zu besprechen, um Beseitigung so mancher Gebrechen, und eingeschlichener Mißbräuche zu bitten, von denen ich blos einige hier berühren will, als:

a. Vertretung der bisher beim Landtage nicht vertretenen, nicht privilegirten Geistlichkeit; da die geistlichen Landstände meist gar nicht oder die kürzeste Zeit der Seelsorge am Lande obliegen, mithin mit den Bedürfnissen und gerechten Anforderungen der Landgeistlichkeit viel zu wenig vertraut sind.

b. Ein freieres Bewegen und Beseitigung aller den Geist niederbeugenden und das geistige Leben hemmenden Behandlung in den Seminarien.

c. Zusicherung einer solideren Behandlung und anständigeren Besoldung der Kapläne im Pfarrhause. Da, wie die Erfahrung lehrt, das pecuniäre Einkommen der Kapläne meist der Willkür der Pfarrer überlassen ist, so bleibt ein zu offenes Feld zu wechselseitigen, den Stand entehrenden Konflikten.

d. Ablösung der Wirthschaften, welche, da sie die Existenz des Geistlichen bedingen, meist seine ganze Thätigkeit in Anspruch nehmen,

Digitized by Google

und ihm somit nicht die gehörige Zeit erübrigt, seinem Berufe, besonders der Schule und Kanzel mit Nachdruck obzuliegen.

e. Abhaltung von Diözesan-Synoden, damit im Sinne der Kirche von Pfarrern und Kaplänen die obwaltenden Gebrechen dem Ordinarius vorgebracht, und besprochen werden.

f. Beschränkung der willkürlichen, der Gemeinde nachtheiligen, das Verdienst unbeachtenden, und auf unedle Art oft erschlichenen Präsentation zu Pfarren von Seite der Patronatsherren.

g. Einführung geistlicher Exercitien für Geistliche und Lehrer auf dem Lande, wie in den Diözesen Köln, Trier, und keine Wiederholung der einmal mit gutem Fortgange abgelegten Pfarrkonkursprüfung u. s. w.

Nr. CXVII.

Aufforderung des National-Ausschußes wegen Gründung eines Volksblattes.

Da der X. Sektion des National-Ausschußes von mehren Seiten namhafte Geldbeiträge zugesichert wurden, um ein eigenes Volksblatt zu gründen, welches sich die Tendenz der Belehrung und Beruhigung, wie auch der Berichtigung und Widerlegung reactionärer Gerüchte vorgesteckt hat, so sieht sich die genannte Sektion angenehm veranlaßt, Herren und Damen zur freundlichen Theilnahme aufzufordern, und im Namen der guten Sache in Vorhinein für jeden wie immer gearteten pekuniären oder geistigen Beitrag zu danken.

Die Subscriptionslisten liegen im Gewerbvereinslokale täglich Nachmittags von 3 bis 6 Uhr auf.

Von der X. Sektion des National-Ausschußes für innere Angelegenheiten.

Prag, am 27. April 1848.

Leopold Lämel.
Fürst Karl Auersberg.
Ludwig Ruppert.

Nr. CXVIII.

Auszug aus der Wiener Zeitung.

Wien am 28. April 1848. Da Graf Leo Thun, welchen Allerhöchst Seine Majestät zur Oberleitung des böhmischen Guberniums berufen haben, nicht sogleich Galizien, wo ihn bisher sein Dienstverhältniß festgehalten hatte, verlassen konnte, und derselbe, bevor er zur Uibernahme seines Dienstpostens nach Prag sich begab, erst noch nach Wien sich zu verfügen hatte, so trat eine Zwischenzeit ein, welche der zum Statthalter nach Böhmen bestimmte Erzherzog Franz Joseph dazu benützte, von seinem durchlauchtigsten Vater sich die Erlaubniß zu er-

Digitized by Google

wirken, auf einige Tage durch Tirol nach demjenigen Theile des lombardisch-venezianischen Königreiches zu reisen, welcher gegenwärtig die Aufmerksamkeit Aller auf sich zieht. Der durchlauchtigste Prinz benützte diese kurze Zeit vor dem Antritte seiner Mission nach Böhmen dazu, um ein lebendiges Bild von den Rüstungen und Vertheidigungsmitteln zu erhalten, welche Feldmarschall Graf Radetzky gesammelt hat, und womit er an der Spitze des muthvollen österreich'schen Heeres den vom Auslande eingedrungenen Aufwieglern und Feinden der Ruhe entgegentritt.

Nach Besichtigung des Terrains zwischen dem Mincio und der Etsch, welches im früheren Kriege der Schauplatz so vieler wichtiger Kriegs-Ereignisse war, werden Se. kaiserliche Hoheit die Rückreise nach Wien antreten.

Nr. CXIX.

Bildung eines Comité zur Ausmittlung von Maßregeln gegen die Vertheuerung der Lebensmittel.

Der große Bürgerausschuß der Prager Bürgerschaft hat in seiner Versammlung, die am 24. April 1848 abgehalten wurde, beschlossen: einen Ausschuß zu bilden, der geeignete Vorschläge zu verfassen hätte, der künstlichen Vertheuerung der Lebensmittel, und den aus Gewinnsucht dabei vorkommenden Fälschungen kräftigst entgegen zu wirken.

Prag, am 29. April 1848.

Der Bürgermeister und die Stadtverordneten.

A. Strobach.

Nr. CXX.

Aufruf an die Slavenstämme zu einer Versammlung.

Aufruf des Ausschußes der Slawenversammlung.

Slawenbrüder! Wer von uns blickte nicht mit Wehmuth auf unsere Vergangenheit? Wer von uns wüßte nicht, daß Alles, was wir erduldeten, seinen Grund hatte in unserem Mangel an Selbstbewußtsein und unserer Zerstückelung, welche den Bruder vom Bruder trennte? Allein nach den langen Jahrhunderten, wo wir Einer des Andern vergessen hatten, wo so vielfaches Unheil auf unsere Häupter hereinstürmte, sind wir zur Erkenntniß gekommen, daß wir eins, daß wir Brüder sind. Inhaltsschwere Zeiten sind hereingebrochen, welche die Völker befreiten und die Last von ihnen nahmen, unter deren Schwere sie seufzten.

Diese Zeiten haben auch von uns zum großen Theil die Last gehoben, und auch wir können jetzt aussprechen, was wir längst gefühlt, erwägen und beschließen, was zu unserem Besten dient. Die Völker Europa's verständigen und vereinigen sich. Die Deutschen haben zu ihrer Vereinigung ein Parlament nach Frankfurt berufen, welches dar-

Digitized by Google

auf besteht, daß ihm der österreichische Staat von seiner Souveränität so viel abtrete, als zur deutschen Einheit nothwendig ist, und daß sich das Kaiserreich mit allen seinen nichtungarischen Ländern Deutschland einverleibe. Ein solcher Schritt würde nicht nur die Einheit Oesterreichs, sondern auch den bisherigen Verband und die Selbstständigkeit der slawischen Volksstämme vernichten, deren Nationalität dadurch in Gefahr geriethe. An uns ist's, männlich zu schützen, was uns das Heiligste ist. Die Zeit ist gekommen, daß auch wir Slawen uns mit einander verständigen und uns vereinigen in unserer Gesinnung. Indem wir daher mit Freuden den vielfachen, aus verschiedenen slawischen Gegenden uns zugekommenen Wünschen entsprechen, erlassen wir diesen Aufruf an alle Slawen der österreichischen Monarchie, und fordern alle Männer auf, welche das Vertrauen ihrer Nation haben, und denen unser allgemeines Wohl am Herzen liegt, zum 31. Mai d. J. in der altberühmten Slawenstadt Prag zu versammeln, um gemeinschaftlich alles das in Berathung zu nehmen, was das Beste unserer Nation erfordert, und was wir in diesen wichtigen Zeiten zu thun haben. Sollten aber auch außer-österreichische Slawen sich bei dieser Zusammenkunft einfinden, so werden sie uns herzlich willkommene Gäste sein. Prag, den 1. Mai 1848. Josef Math. Graf von Thun, Albert Graf Deym, Johann Ritter von Neuberg, Paul Josef Šafařík, Karl Malisz, Mitglied der poln. Deputation, Franz Palacký, Wenzel Hanka, Ludevit Štur, Georg Fürst Lubomirski, Johann Dobrzanski, Bevollmächtigter des Volksrathes in Lemberg, J. U. Dr. Joh. Dworaček, Vincenz Graf Waldstein-Wartemberg, Maksim Papić, Protopresbyter, Hanuš Graf Kolowrat-Krakowský, Fried. Graf Rummerskirch, Johann Peter Jordan, J. Erasmus Wocel, Stephan Aranitski, Karl Wladislaw Zap, Dr. F. Lad. Rieger, Witalis Grzybowski, Wenzel Štulc, Michail Panič, Karl Maria Baron Villani, Karl Jaromir Erben, Dr. Fr. Mikošič, Dr. Ant. Jaroslaw Bek, Fr. Math. Klácel, Robert Freiherr von Hildprandt.

Zuschriften in obiger Angelegenheit werden an das Comité für die Slawenversammlung der Bürger-Ressource in Prag, Nr. 141 — 2 adressirt.

Nr. CXXI.

Erklärung über den Zweck der Slawenversammlung.

Erklärung. Indem wir den Aufruf an unsere slawischen Brüder in Oesterreich, sich zur Berathung unserer gemeinschaftlichen Angelegenheiten in Prag am 31. Mai d. J. zu versammeln, unterzeichnen, fühlen wir uns durch die Rücksichten, die wir auch unsern nichtslawischen Landsleuten schuldig sind, bewogen, uns über die Gesinnungen und Grundsätze, von welchen wir dabei ausgehen, im Nachstehenden klar und unumwunden auszusprechen.

1. Wir erklären offen und feierlich, daß wir fest und unwandelba

Digitized by Google

entschlossen sind, dem angestammten, uns nach constitutionellen Grundsätzen regierenden Hause Habsburg-Lotharingen die alte Treue unverändert zu bewahren und die Erhaltung der Integrität und Souveränität des österreichischen Kaiserstaats mit allen uns zu Gebote stehenden Mitteln zu sichern. Wir weisen daher in Vorhinein alle von Uibelwollenden gegen uns etwa erhobenen Verdächtigungen über angeblichen Seperatismus, Panslawismus, Russismus und wie alle derlei Schlagwörter sonst noch lauten mögen, dahin zurück, woher sie kommen, in das Gebiet der Lüge und Verläumdung.

2. Wir erklären eben so feierlich, daß es nie unsere Absicht gewesen ist, noch sein wird, irgend eine nichtslawische Nationalität zu beeinträchtigen oder zu bedrücken, indem unser Streben von jeher nur dahin gerichtet ist, dem Grundsatze der vollen Gleichberechtigung aller Nationalitäten im österreichischen Kaiserstaate die nöthige Anerkennung und praktische Geltung zu verschaffen.

3. Endlich erklären wir, daß wir entschlossen sind, die dem soeben ausgesprochenen Grundsatze gemäß unserer slawischen Nationalität im Volks- und Staatsleben gebührenden Rechte in ihrem vollen Umfange in Anspruch zu nehmen, sie zu bewahren und gegen jeden Angriff, er komme, woher er wolle, zu schützen, und daß somit der von uns beabsichtigten Slawenversammlung kein anderes Motiv zu Grunde liegt, als der Wunsch, durch freundliches Einverständniß der von einander getrennten Slawenstämme jenen uns heiligen Zweck auf die zugleich sicherste und friedlichste Weise zu erreichen.

Da somit unsere nationale Selbstständigkeit und Einigung durch den Fortbestand der Integrität und Souveränität des österreichischen Kaiserstaats mit bedingt wird, so ist es einleuchtend, daß diese ganze Maßregel von wesentlich conservirender Natur ist und nichts darbietet, was unsere gerechten und freisinnigen Mitbürger von nichtslawischem Stamme nur im Mindesten beunruhigen könnte.

Prag, am 5. Mai 1848. Josef Mathias Graf Thun von Hohenstein, — Johann Ritter von Neuberg, — Albert Graf Deym, — Johann Graf Kolowrat-Krakowský, — Karl Maria Freiherr von Villani, — Friedrich Graf Rummerskirch, — Wenzeslaw Hanka, — Robert Freiherr Hildprandt, — J. Erazim Wocel, — J. Franta Sumawský, — Matthäus Fr. Klácel, P. Wáclaw Štulc, — Dr. Wáclaw Staněk, — Karel Jaromir Erben, — Franz Palacký, — W. W. Tomek, — Wáclaw Nebeský, — M. Dr. Fanta, — Dr. Fr. Ladislaw Rieger, — J. W. Zap.

Nr. CXXII.

Gubernial-Kundmachung mit Androhung des Standrechtes.

Die Ereigniße des heutigen Tages legen der Regierung die Pflicht auf, die Ruhe und Ordnung mit den kräftigsten Maßregeln aufrecht zu halten; deßhalb wird verordnet:

Digitized by Google

1. Jede Zusammenrottung auf öffentlichen Plätzen und Gassen ist streng untersagt. Von 8 Uhr Abends an dürfen nicht mehr als 5 Menschen beisammen stehen. Hausherren, Familienväter und Meister werden erinnert, ihre Angehörigen bei Hause zu halten.
2. Wer sich im Falle eines Zusammenlaufes über Aufforderung einer obrigkeitlichen Person nicht sogleich entfernt, wird arretirt; wer aber Widerstand leisten sollte, nach der ganzen Strenge des Gesetzes behandelt werden.

Diesen Anordnungen ist um so gewisser Folge zu leisten, als bei einer längeren Fortdauer absichtlicher Ruhestörungen zur Anwendung des standrechtlichen Strafverfahrens geschritten werden würde.

Prag, am 1. Mai 1848.

Vom k. k. böhm. Landespräsidium.

Rudolph Graf Stadion,
Oberstburggraf.

Graf Leo Thun,
k. k. Gubernial-Präsident.

Nr. CXXIII.

Oeffentliche Erklärung des constitutionellen Vereines.

Die Vorgänge in der öffentlichen Versammlung des constitutionellen Vereins am 29. April haben uns auf eine traurige Weise überzeugt, wie unreif bei einem großen Theile unserer constitutionellen Mitbürger noch die Begriffe über Recht und Unrecht über Association und freie Debatte seien.

Diese Versammlung wurde von einer Anzahl überhitzter Parteigänger auf eine gröbliche Weise mit Verhöhnung alles Anstandes und politischen Rechtes gestört, indem die Redner durch rohe Ausbrüche gemeiner Leidenschaft unterbrochen, und die Leiter der Versammlung durch dieses unwürdige Benehmen genöthigt wurden, die Sitzung aufzuheben.

Das ist bei uns Recht der Association — das ist Rede-Freiheit — das ist würdiger Gebrauch des Gastrechtes.

Die öffentliche Meinung, welche sich am andern Tage kund gab, hat diesen rohen Akt der Gewalt gehörig gerichtet, und dem constitutionellen Vereine volle Genugthuung angedeihen lassen.

Prag, am 1. Mai 1848.

Vom constitutionellen Verein.

Nr. CXXIV.

Kundmachung des Landespräsidiums.

Am gestrigen Tage war die Ruhe der Stadt abermals und zwar auf ernstliche Weise gestört. Die Unordnungen begannen in der Schwefelgasse,

Digitized by Google

wo sich mehrere Haufen bildeten, und von da aus den Juden-Tandelmarkt angriffen. Diese Angriffe wurden von der Nationalgarde abgewehrt, sofort drangen jedoch lärmende Volkshaufen an mehren Stellen in die Judenstadt, woselbst die Fenster der Häuser, namentlich der Bondischen Metallwaaren-Fabrik in der langen Gasse zertrümmert wurden.

Die Ruhestörer wurden von der Nationalgarde verfolgt und zersprengt und sofort von derselben gemeinschaftlich mit dem k. k. Militär die Eingänge der Judenstadt abgesperrt. Mehrfache Verhaftungen wurden von der Nationalgarde vorgenommen, wobei sie jedoch wiederholt thätlichen Widerstand zu besiegen hatte, und theils von den Tumultuanten, theils aus Häusern Steine auf sie geworfen und mehre Nationalgardisten verwundet wurden.

Durch die getroffenen Maßregeln wurde die Judenstadt gegen weitere Angriffe gesichert; die Nationalgarde hatte jedoch den ganzen Tag über den Andrang von Ruhestörern abzuwehren. Es wurde dabei ein Mensch durch einen Bajonettenstich in einer Weise verwundet, welche Anfangs lebensgefährlich schien, die nähere Untersuchung läßt jedoch die Genesung des Verwundeten zuversichtlich hoffen.

Unter den Arretirten befinden sich drei Juden, welche sich an einigen Personen unter der Behauptung, daß dieselben mit Steinen geworfen haben, vergriffen, und mehr als dreißig andere Individuen, welche theils der Nationalgarde thätlichen Widerstand geleistet, theils Steine gegen Häuser in und außer der Judenstadt geworfen haben.

Die gerichtliche Untersuchung gegen alle diese Individuen ist eingeleitet, und dürfte zu näheren Aufschlüssen über die Anstifter dieser bedauerlichen Auftritte führen.

Gegen Abend erschien unter Begleitung einer im höchsten Grade aufgeregten Volksmenge bei dem altstädter Rathhause ein Bursche, welcher vorgab, es sei in der langen Gasse aus einem Hause ein Glas auf ihn geworfen, und er sei dadurch an der Hand in äußerst schmerzhafter Weise verletzt worden, und glaube, mit Vitriolöl begossen worden zu sein. Derselbe wurde von einem Schlossergesellen begleitet, welcher zu Protokoll erklärte, daß er jenen Burschen ohnmächtig in Folge der erhaltenen Wunde liegen gefunden habe. Die von den anwesenden Aerzten vorgenommene Untersuchung erwies jedoch, daß diese ganze Angabe nichts weiter als ein absichtlicher Betrug zur Aufregung des Volkes war, indem sich an dem angeblich Verwundeten keine Spur von Vitriolöl vorfand, sondern dessen in Baumwolle eingewickelte Hand mit gewöhnlichem Lampenöl beschmiert war. Diese beiden Individuen sind verhaftet, und der von ihnen geübte Betrug wird auf das Strengste untersucht werden. Aus Anlaß dieser Ruhestörungen ist von dem k. k. Landespräsidium jede Zusammenrottung strenge untersagt, mit dem Beisatze, daß bei längerer Dauer derselben nöthigenfalls das standrechtliche Verfahren eingeleitet werden müßte.

Prag, am 2. Mai 1848.

Vom k. k. Landespräsidium.

Digitized by Google

Wahre und ausführliche Darstellung

der

am 11. März 1848 zur Erlangung einer constitutionellen Regierungs-Verfassung

in der

Königlichen Hauptstadt Prag

begonnenen

Volks-Bewegung

und der

hierauf gefolgten Ereignisse,

als ein

Beitrag zur Geschichte, und ein Angedenken an die verhängnißvolle Zeit

chronologisch verfaßt, auch mit allen Urkunden belegt

von

F. J. Schopf,
Mitglied mehrerer gelehrten Gesellschaften.

Drittes Heft:

Die Begebenheiten vom 4. Mai bis 17. Mai 1848.

Druck und Verlag von C. W. Medau in Leitmeritz.

Digitized by Google

Digitized by Google

Vorrede.

Noch immer drängen sich in unserer Hauptstadt Ereignisse an Ereignisse aller Art, und es dürfte eine lange Zeit nicht anders werden; darum will ich mit der Darstellung der Tagsgeschichte fortfahren.

Es war ursprünglich meine Absicht, mich nur an die vorkommenden Thatsachen festzuhalten, und jedes Ergebniß mit den dasselbe begleitenden Umständen zu erzählen, ohne die eigenen Ansichten über Ursache und Wirkung auszusprechen. Ich wollte die Begebenheiten den Zeitgenossen in das Gedächtniß rufen, und den Auswärtigen zur Kenntniß unserer Zustände vorführen, aber keine Geschichte schreiben, wozu gegenwärtige Arbeit nur das Material zu liefern hat.

So finden wir in den ersten zwei Heften wohl eine getreue, doch nur trockene Darstellung der Vorkommnisse. Aber in den folgenden Heften sollen der Erzählung wichtiger Begebenheiten auch meine Bemerkungen und Ansichten beigefügt werden. Offen, freimüthig und ungescheut, ohne mich einer der bestehenden politischen oder nationalen Parteien hinzuneigen, wie es immer des Geschichtsforschers oberster Grundsatz sein muß, will ich mich aussprechen.

Was sich auf dem Lande ereignete, ist in der Regel ausgeschlossen, ausnahmsweise aber und insofern eine politische Thatsache mit den Zuständen der Hauptstadt in Verbindung steht, muß diese auch hier zur Sprache kommen. Es biethet

Digitized by Google

uns übrigens die Tagsgeschichte Ergebnisse, welche zunächst der öffentlichen Interessen auch Verhältnisse von Privatpersonen berühren. Letztere konnten nicht übergangen werden, denn es soll uns doch auch daran gelegen sein, die Personen kennen zu lernen, welche auf der politischen Schaubühne eine Rolle übernommen oder zu spielen versucht haben.

Ende des Monats Juni.

Der Verfasser.

Digitized by Google

Nachtrag zum 2. Mai 1848.

In Bezug auf die Ruhestörungen vom 1. und 2. Mai hat das Stadtverordneten-Collegium einen Aufruf an die Bewohner Prags erlassen (s. Anhang Nr. CXXV.)

Am 4. Mai 1848.

1. Als sich ursprünglich die Nationalgarde bildete, sonderten sich von den theils zum Eintritte Verpflichteten, theils freiwillig Beigetretenen Mehre in zwei besondere Corps: Concordia und Swornost genannt. Wir haben bereits früher vernommen, daß nach der ersten Bestimmung das Corps Concordia aus Künstlern und Literaten bestehen, und zunächst der allgemeinen der Nationalgarde obliegenden Pflicht, die Ruhe und Ordnung aufrecht zu erhalten, die Bewachung des Museums und der Kunstdenkmale Prags übernehmen sollte.

Das zweite Corps: Swornost (deutsch: Eintracht) ist aus den Gliedern der ursprünglichen Versammlung im Wenzelsbadsaale hervorgegangen, und ihre Offiziere sind meistens Männer, welche an der Leitung der Volksbewegung am 11., 12. und 13. März Antheil genommen haben. Wir werden später die eigentlichen Tendenzen dieses Corps kennen lernen. Letzteres hat, um sich von der Nationalgarde auszuscheiden, eine besondere Uniformirung beschlossen, welche in grauen nach polnischer Art zugeschnittenen Röcken mit weißrothen Schnüren und schwarzen Beinkleidern mit derlei Streifen besteht. Als Kopfbedeckung wurden altböhmische rothe Mützen, mit grauem Pelzwerke ausgeschlagen, angenommen.

2. Der leitende Ausschuß des constitutionellen Vereines hat an den k. k. Gubernialpräsidenten Herrn Leo Grafen Thun über den Zweck und die Aufgabe der diesfälligen Versammlung eine Erklärung abgegeben. (s. Anh. Nr. CXXVI.)

3. Von dem constitutionellen Vereine wurde durch eine öffentliche Kundmachung zur Theilnahme an der Bildung eines Actienfondes für die Herausgabe periodischer Schriften aufgefordert. (s. Anh. Nr. CXXVII.)

4. Die Zeitung: Bohemia enthält in der Numer 71 in Beziehung auf den am 1. Mai erfolgten Krawall gegen die Juden die Angabe, daß bei diesem Ereignisse ein Garde durch Aufreizung wesentlich betheiligt war, der noch die Frechheit hatte, Abends bei seiner Kompagnie in dem Wachtzimmer des altstädtischen Rathhauses zu erscheinen, daß hierauf diesem Garden Cocarde und Armband vom Leibe gerissen, und solcher

Digitized by Google

in einem Wagen unter Bedeckung an die Polizeidirektion abgeliefert wurde. Hierüber ließ Dr. Pinkas als Hauptmann der 29. Kompagnie der Nationalgarde, welche am 2. Mai die Wache auf dem altstädter Rathhause bezogen, eine Berichtigung (s. Anh. Nr. CXXVIII) veröffentlichen, deren Inhalt gemäß sich dieser Vorfall an jenem Tage auf der erwähnten Wachstube mit einem Garden seiner Kompagnie nicht ergeben haben soll. Wenn man auch wirklich die Erklärung dieses Hauptmannes als wahr annehmen muß, so ist doch das Ereigniß selbst, das dem Nationalgarden einer andern Kompagnie betroffen, nicht hinwegzuläugnen.

5. Es wurde bereits erwähnt, daß die durch Wahlfähigkeitsdekret zur Ausübung des Richteramtes befugten Juristen zu Prag eine Versammlung abgehalten, und sich über die Abfassung einer Petition an Se. Majestät vereinigt haben, damit sie zur Parteivertretung bei allen Gerichtsstellen Böhmens berechtigt werden. Dieses Gesuch wird im Anhange Nr. CXXIX geliefert.

6. Am 26. März haben die Offiziere der Prager Nationalgarde, der uniformirten Bürgerkorps und der Studentenlegion im Namen der Corps-Mitglieder den Herrn k. k. Feldmarschall-Lieutenant Karl Fürsten zu Schwarzenberg zu ihrem Oberkommandanten gewählt. Der abwesende und hievon in Kenntniß gesetzte Fürst erließ hierüber eine Zuschrift, daß, wie geehrt er sich durch das Vertrauen seiner Mitbürger fühle, es ihm als Militär in diesem Augenblicke, wo er vor dem Feinde stehe, doch unmöglich sei, seinen gegenwärtigen Beruf gegen eine andere Stellung zu vertauschen; dabei rechne er auf die vollste Entschuldigung bei seinen Landsleuten, welche selbst zu ehrenhaft und patriotisch gesinnt seien, um seine militärischen Gefühle und Ansichten nicht vollkommen zu theilen.

7. Die heutige Sitzung des National-Ausschlusses ist zum erstenmal unter dem Vorsitze des Hrn. Gubernialpräsidenten Grafen Leo Thun eröffnet worden. Es gelangten folgende Gegenstände zur Verhandlung:

a. Die Deputation, welche das Promemoria des National-Ausschusses hinsichtlich der Beschickung des Parlamentes Sr. Majestät überreichte, erstattete über den Erfolg ihrer Sendung Bericht. Graf Wurmbrand hielt folgenden Vortrag: Nachdem die Deputation in Wien angekommen, habe sie sich sogleich zum Minister des Innern begeben, um ihn in die Kenntniß des Zweckes ihrer Ankunft zu setzen. Der Minister bemerkte nach Durchlesung der Petition, daß die Ansicht des National-Ausschusses mit jener des Ministeriums hinsichtlich des ersten Punktes nicht übereinstimme, indem der National-Ausschuß sagt, daß der Bund der deutschen Fürsten zerrissen sei, und ein Bund freier Völker stattfinden solle. Das Ministerium aber glaube, der Bund der Fürsten wäre nicht zerrissen, da die bis jetzt bestehenden Verträge von Seite des Bundestages und des Fünfziger-Ausschusses keine Aenderung erhalten haben. So z. B. bestehen die Verträge zwischen Frankreich und Oesterreich noch in voller Kraft, obwohl Frankreich aus einer Monarchie eine Republik geworden ist. Dasselbe sei auch bei den Staaten des deutschen Bundes der Fall. Indessen habe der Minister des Innern versprochen, er werde die Sache genau überlegen, es dann dem Ministerrathe vortragen, und uns den Bescheid geben.

Digitized by Google

Den Tag darauf war Audienz bei Sr. Majestät, welcher der Deputation versicherte, den Wunsch und die Bitte des National-Ausschusses zu berücksichtigen. Nach mehren Tagen erhielten wir die Ministerialentschließung. (s. Anh. Nr. CXXX.) Nachdem die Deputation dieses Resultat erfahren und eingesehen, daß unter den obwaltenden Umständen der Regierung anders zu handeln, nicht möglich sei, habe sie im Sinne des National-Ausschusses eine schriftliche Verwahrung dem Ministerium übergeben. (s. Anh. Nr. CXXXI.) Hierüber wurde in der Versammlung einstimmig erklärt, die Verwahrung sei ganz im Sinne des National-Ausschusses geschehen.

Graf Wurmbrand berichtete ferner, er sei nach beendeter Sendung mit Jarosch nach Brünn abgegangen, um sich mit den Mitgliedern der mährischen Stände zu verständigen. Da sie aber dazu von dem National-Ausschusse nicht bevollmächtigt waren, so konnten sie nicht mit dem gesammten ständischen Körper, sondern blos als Private mit einzelnen Mitgliedern desselben Rücksprache nehmen. Es seien wohl 40 Mitglieder gewesen, mit denen sie conferirten, und welche sich bestimmt dahin ausgesprochen: „das Räthlichste wäre, die Wahlen zum Frankfurter Parlamente ohneweiters vor sich gehen zu lassen, und dahin zu wirken, daß durch diejenigen, die mit der Wahl nicht einverstanden sind, keine Störung verursacht werde.“ Graf Wurmbrand stellte nun den Antrag: der National-Ausschuß möge zur allgemeinen Beruhigung sich von Seite der Regierung die bestimmte und offene Erklärung erbitten, daß dieselbe entschlossen sei, die Integrität und staatliche Selbstständigkeit der Monarchie mit allen Kräften aufrecht zu erhalten, und keine solche Verbindung mit Deutschland zuzulassen, wodurch die volle Souverainität des Kaiserthums Oesterreichs auch nur im Mindesten geschmälert würde. Dieser Antrag fiel aber durch.

b. Der ersterwähnte Berichterstatter bemerkte zugleich, daß sehr viele Emissäre in Mähren sind, welche als böhmische Nationalgardisten und Absendlinge vom National-Ausschusse sich ausgebend, unter dem Versprechen der unentgeltlichen Robotablösung für den Anschluß an Böhmen hinarbeiten. Nachdem der National-Ausschuß derlei Emissäre nicht abgeschickt hat, so seien die zwei Deputirten (Graf Wurmbrand und Jarosch) aufgefordert gewesen, gleich in Brünn eine öffentliche Erklärung auszufertigen, und dem dortigen Zeitungsblatte einschalten zu lassen (s. Anh. Nr. CXXXII). Da bei dieser Gelegenheit zur Sprache gekommen, daß auch in Böhmen Emissäre das Volk von dem Anschlusse an Deutschland abzuhalten suchen, so faßte der National-Ausschuß den Beschluß, öffentlich kundzumachen, daß er keine Abgeordnete ins Land abgeschickt habe. (s. Anh. Nr. CXXXIII.)

c. In dieser Sitzung wurden auch Deputationen von Böhmisch-Trübau, Horomëřic und Chraustowic vorgestellt, welche gekommen sind, ihren Dank dafür auszusprechen, was der National-Ausschuß bis jetzt für das Land im Allgemeinen und insbesondere für sie Gutes gewirkt hat, und den National-Ausschuß ihres Vertrauens mit der Bemerkung zu versichern, daß sie ihn als dasjenige Organ betrachten, welches sie in schwierigen Fällen um Rath fragen wollen. Die Deputation von Böhmisch-

Digitized by Google

Trübau bemerkte zugleich, daß die Bürgerschaft bereits einen Bürgermeister gewählt habe, und daher den National-Ausschuß um die Bestätigung dieses Schrittes bitte, über welche letztere Bitte sie vom Hr. Präsidenten angewiesen wurde, ihre Bitte bei der Landesstelle schriftlich einzubringen. Die Versammlung nahm die Deputation mit Beifall auf.

d. Die IX. und X. Section legte der Versammlung einen Akt über den Inhalt der Besprechung mit den Abgeordneten des Frankfurter Parlaments Wächter und Kuranda, den Anschluß Böhmens an Deutschland betreffend, vor. Es ist keine getreue Aufzeichnung dessen, was gesprochen worden, sondern man schrieb nur nachträglich dasjenige zusammen, was das Gedächtniß der einzelnen Glieder aufbewahrt zu haben vermeinte. Dieses Sitzungsprotokoll wird im Anhange Nr. CXXXIV geliefert, denn es ist für die Tagsgeschichte ein zu wichtiger Akt.

Am 5. Mai.

1. Gustav Groß, welcher am 29. April in der Versammlung des constitutionellen Vereines den Bericht über den Erfolg seiner Sendung an das Ministerium der Beschickung des Frankfurter Parlamentes wegen, erstattete, aber mit Ungestüm unterbrochen wurde (s. oben am 29. April unter der Zahl 3), hat über die von ihm damals gewählten Ausdrücke eine nachträgliche Erklärung veröffentlichen lassen (s. Anh. Nr. CXXXV).

2. Uffo Horn war Mitglied des National-Ausschusses und machte in der an den Herrn Gubernialpräsidenten gerichteten Anzeige seinen Austritt öffentlich bekannt (s. Anh. Nr. CXXXVI). Der Inhalt dieser Erklärung gewährt uns einen Blick in die Elemente des National-Ausschusses, dessen einziges Streben nur dahin geht, die Regierungsgewalt an sich zu reißen.

3. Gestern Nachts verwendete die Aufsichtsbehörde Glieder der Nationalgarde und der Studentenlegion zur Vornahme von Hausdurchsuchungen gegen gefährliche und verdächtige Individuen. Es wurden bei dieser Gelegenheit auch liederliche Dirnen betreten. Die Juristen vermeinten sich dadurch an ihrer Ehre verletzt, und einstimmig wurde beschlossen, aus der Legion auszuscheiden, auch von diesem Augenblicke an die rothen Kappen abzulegen. Sie haben in einer öffentlichen Erklärung ihre Mißbilligung ausgesprochen (s. Anh. Nr. CXXXVII). Tags darauf waren alle rothen Kappen verschwunden und an ihre Stelle Hüte getreten. Diese Herren wählten die allerfürchterlichsten Kopfbedeckungen, um sich dadurch recht auffallend zu machen.

4. Das Comité der Slavenversammlung hat den Grafen Josef Mathias Thun zum Präsidenten und den Landrath Ritter Johann v. Neuberg zum Vicepräsidenten gewählt. Als Ausschüsse wurden berufen, aus dem Stande der Literaten: Erben, Hanka, Jordan, Grzybowsky, Palacky, Rieger, Stulc, Baron Villani, Wocel, Zap; aus dem Bürgerstande: Brabec, Graf Albert Deym, Jarosch, Dr. Kaspar Mnaucek, Rypota und Slawik; als Geschäftsleiter: Zap; Sekretär: Krejči und Mikowec.

Digitized by Google

Am 6. Mai.

1. Der abgetretene Gouverneur Graf Rudoph Stadion veröffentlichte die Gründe, welche ihn bestimmten, den Vorsitz bei dem National-Ausschusse zu führen, und zugleich das Verhältniß des National-Ausschusses zu dem constitutionellen Vereine (s. Anh. Nr. CXXXVIII).

2. Der Schriftsteller Moritz Hartmann hat, um, wie er sagt, Mißverständnissen und gewissen Verdächtigungen auszuweichen, den öffentlichen Zeitungsblättern einrücken lassen, daß er bis zu diesem Tage für die Augsburger allgemeine Zeitung noch keine Silbe geschrieben (s. Anh. Nr. CXXXIX). Wir werden noch später auf andere Manifestationen zommen, und wollen Folgendes bemerken. Es wurde uns wohl eine freie Presse, aber diese Freiheit sucht in Prag nur die Partei der Ultračechen für sich auszubeuten. Wer hier etwas gegen diese Fraction schreibt, in sein Blatt aufnimmt, hat persönliche Unbilden zu gewärtigen. So finden wir den Redacteur der Prager constitutionellen Zeitung (Eduard Breier) in der auffallendsten Aengstlichkeit, wenn es sich darum handelt, einen Aufsatz, sofern er nur die mindeste Kritik gegen das Verfahren der Czechen enthält, einrücken zu lassen; dagegen ist er zu jeder Minute bereit, seine Zeitung Aufsätzen, welche auf die schamloseste Art das Ansehen öffentlicher Behörden, die Privatehre herabwürdigen, offen zu lassen, und noch überdies seine bittere Wohlmeinung beizufügen. So mögen sich Referenten über die Ereignisse Prags und Böhmens an die Redactionen auswärtiger Blätter wenden, und darum lesen wir oft in der Augsburger allgemeinen Zeitung manches Urtheil, manches Bild unserer Zustände, das wohl zuweilen zu grell aufgetragen ist. Die Ultračechen und ihre Anhänger sowie die Redakteure der böhmischen Zeitungen wollen für sich allein das Recht vindiziren, freie Sprache zu führen, und sie ziehen wider die Deutschen, auch Deutschland überhaupt wacker los, allein sie wollen nichts veröffentlicht haben, was den wahren Grund ihres Treibens darstellt. Darum suchen sie sogar der Augsburger allgemeinen Zeitung den Lesekreis dadurch zu entziehen, daß sie den Inhabern der Gast- und Kaffeehäuser unter Androhung des Nichtbesuches das Halten dieser Blätter verbiethen, während sie diejenigen Bewohner Prags, welchen sie die Verfassung derlei Aufsätze zumuthen, selbst mit thätlichen Angriffen bedrohen. Darin liegt der Grund, daß wir oft öffentliche Erklärungen lesen, wodurch Männer von gutem Rufe sich gegen das Gerücht, als seien sie Korrespondenten der Augsburger allgemeinen Zeitung, verwahren.

3. Der National-Ausschuß hat in seiner heutigen Sitzung

a. die Antwort auf die Liebenauer Adresse ausgefertigt (s. Anh. Nr. CXXXX.), ferner

b. beschlossen ein Manifest zu erlassen, wodurch das Begehren wegen Vereinigung der Provinzen Mähren und Schlesien mit Böhmen unter einem besonderen verantwortlichen Ministerium gerechtfertigt werden will (s. Anh. Nr. CXXXXI.)

4. Der Polizeikommissär Weinmann fertigt eine Zuschrift an

die Juriſten aus, den Viſitationsvorfall vom 4. d. betreffend. (ſ. Anh. Nr. CXXXXII.)

Am 7. Mai.

1. Am heutigen verſammelten ſich die Juriſten in der Aula des Karolinums, und es wurde denſelben vom Tribun Profeſſor Weſſely ein Befehl des Sabscommando der Prager Nationalgarde und Legion, ſo wie ein Erlaß des Gubernial-Präſidenten vom geſtrigen, den wir ſpäter nachtragen, vorgeleſen, in welchem aufgeklärt wird, daß dem Vorfalle der Viſitation wegen nur ein Mißverſtändniß zum Grunde liege. Hr. Tribun Profeſſor Weſſely erklärte hierauf: das Geſagte genüge ihm vollkommen, und er ſei der erſte, der das Juriſtenzeichen, die rothe Kappe wieder nehme. Wie durch einen Zauberſchlag waren plötzlich alle Häupter mit rothen Kappen bedeckt, die emporgeworfenen alten Filzhüte verfinſterten für einen Augenblick die Luft, und blieben dann als koſtbares Derelict zurück. So iſt wieder Alles ausgeglichen. Dieſelbe offene Erklärung wurde auch an das Korps: Concordia, von welchem man am 4. d. ebenfalls Glieder zur Viſitation beigezogen, gerichtet.

2. Der hieſige bürgerliche Handelsmann Mörth war im Verdachte, den Judencrawall vom 1. Mai verurſacht zu haben, wogegen er ſich durch eine veröffentlichte Erklärung zu verwahren ſuchte. (ſ. Anh. Nr. CXXXXIII.)

3. Der conſtitutionelle Verein hat an den Gubernialpräſidenten Hrn. Grafen Leo Thun eine Erklärung über ſeine Zwecke und ſomit ſein politiſches Glaubensbekenntniß abgegeben (ſ. Anh. Nr. CXXXXIV.)

4. Wir bemerkten bereits (30. April Z. 3.), daß der ſlawiſche Schriftſteller Lindewit Stur den Schlawencongreß in Anregung gebracht, und auch an den Vorarbeiten mitgewirkt habe. Stur iſt der erſte Vorkämpfer der Slowaken, und für ſeine Sache im höchſten Grade begeiſtert. Er wurde, ungeachtet ſeine ſlovakiſche Zeitſchrift bei jeder Gegenheit die heftigſten Ausfälle gegen die Czechen enthalten, von den letztern in Prag mit beſonderer Anfmerkſamkeit aufgenommen. Gleich am Abend ſeiner Ankunft holte ihn eine zahlreiche Deputation von Bürgern, Gardiſten und Studenten aus ſeinem Gaſthofe in die Bürger-Roſſource. Alle Kohorten der Studentenlegion und das Korps Swornost ſtellten abwechſelnd Ehrenwachen vor ſeine Wohnung. Den größten Jubel erregte des Agitators Erſcheinen in dem Vereine Slawia; hier wurden ihm zu Ehren Toaſte gebracht, Reden gehalten, Lieder geſungen, und als Zeichen einer neuen unzertrennlichen Einigung der Czechen und Slowaken die verlbeſprochenen Hlasowě, dies Junkerſtück eines ſonſt ſo ſegenreich wirkenden literäriſchen Inſtituts feierlich geſpießt und verbrannt. Stur hat am heutigen Prag verlaſſen, um in verſchiedenen Gegenden im Intereſſe des öſterreichiſchen Slawismus zu wirken.

5. Am heutigen ſind über 30 Studenten der Wiener Univerſität — durchgehends Böhmen, Mährer und Slowaken — hier angelangt. Deren Hüte ziert die dreifarbige ſlawiſche Kocarde (blau-roth-weiß.)

Digitized by Google

Am 8. Mai.

1. Der Gubernial-Präsident erläßt an das Landvolk einen Aufruf wegen Aufrechthaltung der Ruhe und Ordnung, Erfüllung der Pflichten gegen den Staat, gegen die Grundobrigkeiten, und Hinwegweisung aller Aufhetzer und Ruhestörer. (s. Anh. Nr. CXXXXV.)

2. Ueber die Petition der nicht stallirten Doctoren der Rechte, wegen Zugestehung des Befugnisses zur unbeschränkten Partheienvertretung ist die a. h. Entschließung vom 29. April erfolgt, und mittels des k. k. Appellationsgerichtes intimirt worden. (s. Anh. Nr. CXXXXVI.)

3. Palacky wurde von dem Ministerium mitels einer telegraphischen Nachricht nach Wien berufen.

4. Die Studenten und Nationalgarden haben hinsichtlich der Visitation vom 5. Mai, wozu man Sudenten und Nationalgarden beigezogen, und wodurch sie sich entehrt hielten, dagegen einen Protest veröffentlicht. Die Stadthauptmannschaft bringet die Veranlassung dieses Aktes zur allgemeinen Kenntniß, und erkläret, an der Beiziehung der Studenten keinen Antheil zu haben. (s. Anh. Nr. CXXXXVII.)

5. Die Juden äußerten sich, ihre in der Schwefelgasse und am Tandelmarkte befindlichen Kramstellen wieder öffnen zu wollen. Die Aufsichtsbehörde hat früh die erwähnten Gäßen mit Militär und Nationalgarden besetzen lassen, um die Juden gegen gewaltthätige Eingriffe zu schützen. Ungeachtet dessen versammelte sich eine zahlreiche Gesellschaft, die ihren Entschluß, die Scenen des 1. Mai zu erneuern, so ziemlich zu erkennen gegeben. Aber die aufgestellte Militär- und Civilmacht war zu groß, und so reichten friedliche vernünftige Vorstellungen hin, das Volk zu zerstreuen. Nicht nur den ganzen Tag, sondern auch während der folgenden Nacht wurde die Bewachung fortgesetzt, und zahlreiche Potrouillen durchstreiften die Stadt.

Die gegen die Juden nacheinander gefolgten Demonstrationen gewähren ihnen eine traurige Aussicht über ihre künftige Stellung, während sie zuverlässig darauf bauten, daß die uns verliehene Constitution ihre Emancipation herbeiführen, und ihnen alle bürgerlichen Rechte einräumen werde. In der Zuversicht dessen haben wir die Juden schon bei mehren Gelegenheiten anmaßender auftreten gesehen, und es gab Augenblicke, wo wir uns zugestehen mußten, daß eine Emancipation wohl aus Humanitätsrücksichten zu empfehlen, aber die gegenwärtige Generation der Israeliten in Böhmen dazu noch unreif sei. Bei der jetzt herrschenden Stimmung des Volkes würden wir den Juden nicht rathen, schon jetzt auf Gleichstellung zu dringen, dies könnte einen Kampf hervorrufen, dessen Folgen sie schwer beklagen würden. Deren Wünsche werden einstens gewiß in Erfüllung gehen, besonders, wenn sie schon in der Zeit sich nützlichen Beschäftigungen zuwenden, wozu ihnen die Regierungen bereits die Mittel an die Hand gegeben, auch auf das Schacher- und Wucher-Geschäft verzichten.

Diese Meinung mögen auch Einsichtsvollere theilen, denn es haben schon mehre das Land verlassen, um in entfernten Gegenden, selbst in Amerika sich eine ruhigere Existenz zu sichern. Nur zu bedauern ist es, daß

Digitized by Google

gerade die Vermöglicheren auswandern, denn nicht genug an dem, daß dadurch viel Geld in das Ausland strömet, so fallen noch die Armen der Provinz Böhmen zur Last.

6. Die Direction der Prager Sparkasse ist in der sich allgemein äußernden Geldnoth keineswegs verschont geblieben. Nicht das gesunkene Vertrauen zu den allgemeinen Kreditanstalten allein, sondern auch böswillige Menschen, die alles Nützliche verdächtigen, um nur arge Verlegenheiten herbeizuführen, und diesen Zustand für sich auszubeuten, hatte einen Andrang der Gläubiger der Sparkasse zur Folge, dem die Direction nur mit ihrer bewundernswürdigen Ordnung entsprechen konnte. Doch sollte diese Concurrenz noch länger dauern, so wäre es um ein Institut geschehen, das so wohlthätig gewirkt hat. Es handelte sich daher im Wesentlichen darum, das Vertrauen in dasselbe zu erwecken, und man erkannte, daß dieses am ersten durch eine unparteiische Untersuchung des Activ- und Passivstandes, und eine offene Darstellung zur allgemeinen Beruhigung möglich wäre. Die Direction hat sich deshalb an den National-Ausschuß verwendet, welcher auch zur Vornahme der Liquidirung der Sparcasse aus seiner Mitte den Grafen Thun, Grafen Wurmbrand, Joseph Eduard Krug, Dr. Horaczek und Johann Batka (somit Rechnungskündige und Juristen) abordnete. Ueber diese Untersuchung wurde dem National-Ausschusse berichtet, und vom letztern in einer öffentlichen Kundmachung der gesicherte Vermögensstand nachgewiesen.

7. Das k. k. Appellations-Gericht hat an die untergeordneten Gerichtsbehörden in Beziehung auf die Gleichstellung der deutschen und čechischen Sprache im Amt eine Verordnung erlassen (s. Anh. Nr. CXXXXVIII.)

8. Am heutigen hat der National-Ausschuß öffentliche Sitzung abgehalten. In dieser wurde

a. von Dr. Brauner ein Vortrag abgehalten, in welchem derselbe darzuzeigen suchte, daß unverweilt ein Provisorium für die Verwaltung des Gemeindevermögens in Städten und Dörfern, ferner zur Verbesserung der Subsistenz der Lehrer, auch der minder begünstigten Curatgeistlichen, sowie zur Regelung der Jagdverhältnisse und zur Gleichstellung der beiden Landessprachen in Schule und Amt getroffen werden solle. Dr. Brauner war eines der thätigsten Glieder des National-Ausschusses; fortwährend mit Anträgen, Vorschlägen beschäftigt, sich mit Gewalt zum Gesetzgeber aufdringend. Dabei war er auch ein echter Slawe, der einen und der andern Seite huldigend, wollte er es mit Niemanden verderben, damit er, wenn es zum Bruche kömmt, nicht falle. Lesen wir nur in öffentlichen Blättern seine an die Bauern gerichteten aufreizenden Rufe zum Ungehorsam gegen ihre gesetzlichen Obrigkeiten, lesen wir, wie er im National-Ausschusse auf Beschränkung des Wahlrechtes der Beamten angetragen, und wie er später, gleichsam von Reue zerknirscht, die gehetzten Beamten wieder zu beschwichtigen sucht, um sich das Spiel bei den Wahlen nicht zu verderben.

b. Es kam ferner die Demonstration der Wiener, in deren Folge der

Digitized by Google

Minister Fiquelmont abdanken mußte, zur Sprache. Der Präsident hat über der Antrag des Grafen Wurmbrad hierwegen Aufklärung gegeben, und Letzterer brachte in Vorschlag: man möge den Hof und die Regierung, wenn ihnen die zunehmende Pobelherrschaft in Wien keine freie Thätigkeit gestatte, zur Uebersiedlung nach Prag einladen. Wenn auch dieser Motion ein endloser donnernder Jubel folgte, so fand sie doch in der Mitte des Ausschusses keinen Anklang, und treffend antwortete der immer schlagfertige Borrosch: „wer weiß, ob der Kaiser und die Regierung in Prag auch gar so sicher seyn würde," gleichsam als ob er schon vorausgesehen, was wir noch in Prag werden erleben müssen. Die in unserer Mitte befindlichen durchlauchtigsten Glieder des Kaiserhauses werden uns kaum ein Zeugniß über einen ruhigen Zustand geben!

c. Die Bürgerschaft der Badestadt Teplitz hat gegen die Uebergriffe des National-Ausschusses und gegen sein Einwirken als Organ des ganzen Böhmervolkes Protest eingelegt. Hierüber hat der Ausschuß eine Antwort (s. Anh. Nr. CXXXXIX.) erlassen, und darin in zierlichen Worten sein thätiges Streben, Eintracht unter den Nationalitäten zu erhalten, kundgegeben. Möchte doch Alles wahr sein, was diese Schrift enthält.

d. Das Einreichsprotokoll des National-Ausschusses kann uns den Beweis liefern, daß demselben eine große Zahl Protestationen böhmischer Stadt-, Markt- und Dorfgemeinden zugekommen, mittels welchen dem Ausschusse seine Wirksamkeit als Organ der Bevölkerung Böhmens abgesprochen, und im Voraus alle Verfügungen und Beschlüsse als null und nichtig erklärt wurden. Die versammelten Ausschußglieder waren der vielen Zuschriften in demselben Sinne schon so überdrüßig, daß sie den Beschluß faßten, von nun an jede von wo immer eingehende Protestation unbeantwortet zu lassen, und dies durch eine öffentliche Erklärung kundzugeben (s. Anh. Nr. CL.) Aber wir werden später erfahren, daß dadurch ähnliche Einsprüche nicht verhindert wurden, im Gegentheil mehre kräftigere dem Ausschusse zugekommen sind.

e. Ferner kam die so wichtige Thatsache zur Sprache, daß die gegenwärtige Presse zu Prag eine üble Richtung nehme, was nur Anarchie, Zügellosigkeit und Terrorismus zur Folge haben muß. Es wurde auf eine seit einigen Tagen umlaufende gefährliche Flugschrift: „das Weinen der böhmischen Krone" hingewiesen, und dadurch die Nothwendigkeit der Erscheinung eines zweckmäßigen Preßgesetzes dargezeigt. Hierauf erfolgt der Beschluß: Die X. Section soll das im Entwurfe schon bereit liegende Preßgesetz zum Vortrage bringen.

Am 9. Mai.

1. Eine am heutigen veröffentlichte, vom Bürgermeister mitgefertigte Anordnung hat das Tragen der rothen, schwarzen, grünen und blauen Kappen mit Einfassen als Legionärzeichen den Mitgliedern der juridischen, medizinischen, philosophischen und technischen Cohorte allein vorbehalten.

Digitized by Google

Jeder Legionär erhält eine Ehrenkarte. Wer eine solche Kappe trägt, kann von einem Legionär, der eine Ehrenkarte besitzt, zur Vorweisung der Seinigen aufgefordert werden. Liefert er diesen Ausweis nicht, so ist er auf die nächste Hauptwache zu führen, und dort ihm die Kappe abzunehmen.

Diese Anordnung war nothwendig, denn schon haben sich nebst den Studenten auch noch Andere der Kappen bedient, und damit auf Rechnung der letztern Exzessen zu verüben versucht.

2. Abends brachten die Mitglieder der Bürger-Ressource dem abgetretenen und schon zur Abreise bereiten Gouverneur Grafen Stadion einen Fackelzug, an den sich auch ein Theil von der Mannschaft des Corps: Swornost angeschlossen. Vor der Wohnung wurden čechische Chöre unter Jelens Leitung abgesungen, und ein von Jelen eigends zu dieser Gelegenheit componirter Chor fand großen Beifall. Graf Stadion dankte den ihn mit einer Rede begrüßenden Ausschüssen mit einigen herzlichen böhmischen Worten.

Daß man dem Graf Stadion eine Abschieds-Serenade brachte, hat ihm seine Unentschiedenheit und Aengstlichkeit verschafft. Er wurde, wie bekannt, von dem National-Ausschusse, dem Ableger der Bürger-Ressource beherrscht, und so zu seinen Zwecken benützt; dafür mußten ihm wohl die Glieder der Ressource mit ihrem Corps: Swornost eine öffentliche Danksagung bringen. Daß die Bürgerschaft überhaupt, und die Nationalgarde dieses unterlassen, dürfte bezeugen: die Mehrzahl der Bewohner sei mit der schwachen Regierung nicht zufrieden gewesen.

3. Der constitutionelle Verein, in seiner Erbitterung gegen den National-Ausschuß, hat die Zahl aller Protestationen, welche gegen die Wirksamkeit des National-Ausschusses eingelangt sind, in einer Zusammenstellung veröffentlicht (s. Anh. Nr. CLI.)

Am 10. Mai.

1. Es bildete sich ein der Slawia entgegengesetzter Verein von nicht studierenden Deutschen unter dem Namen: Teutonia, der zu seinen Versammlungen den Gasthof zum grünen Kranz auf der Kleinseite gewählt hat.

2. Das ganze Militär des österreichschen Kaiserstaates (Deutsche, Slawen, Ungarn und Italiener) steht unter deutschem Comando. Die Ultračechen in ihrer Wuth, Alles zu čechisiren, suchten dahin zu wirken, daß die Nationalgarde und Studentenlegion das čechische Commando annehmen. Es wurde schon früher erwähnt, daß das Corps: Swornost und Concordia in čechischer Sprache commandirt werde. Dies in der Nationalgarde und Stndentenlegion einzuführen, war schwieriger, weil eine wie die andere in großer Zahl aus Deutschen bestanden. Doch die Ultračechen überredeten die Studirenden, und schon hörten wir die Techniker, auch Philosophen in čechischer Sprache commandiren; aber die juridische und medicinische Legion faßte den Beschluß, abwechselnd einmal in dieser, und einmal wieder in deutscher Sprache commandirt zu werden. Es ist wirklich sehr unterhaltend, einer Feierlichkeit des Ge-

Digitized by Google

sammtcorps beizuwohnen, und zu hören, wie auf einer Seite: Habt acht," auf der andern „Pozor" gerufen wird.

3. Vormittags fand die zweite Versammlung der vereinigten Zünfte unter dem Vorsitze des Emanuel Zdekauer im Saale des böhmischen Gewerbsvereines Statt. Die Wünsche der einzelnen Corporationen wurden nacheinander vorgetragen, und es zeigte sich, daß bei allen Handwerkern fast dieselben Mißbräuche eingeschlichen sind, aber von Seite der Regierung für die Aufrechthaltung der Gewerbordnung bis jetzt nichts geschehen sei. Die Versammlung vereinigte sich, die Mittel zur baldigen Verbesserung des Handwerkerstandes zu berathen, und der Regierung vorzulegen.

4. Am heutigen hat ein kleiner Theil der Bewohner Prags einen Akt der Gewaltthat gegen die gesetzliche Obrigkeit verübt und vollendet, der die Ruhestörer zu ähnlichen Unternehmungen aufmuntern dürfte, und die friedliebenden Bewohner gänzlich entmuthigen muß. Die Prager Presse sucht die Preßfreiheit auf eine Art für sich auszubeuten, wie wir diese außer Wien noch in keinem constitutionellen Staate wahrgenommen haben. Eine Unzahl von Flugschriften und Flugbildern ist aufgetaucht, kein Verhältniß wird geschont, es möge das Regierungssystem oder das Band zwischen Vorgesetzten und Untergebenen, oder das Familienleben betreffen. Nehmen wir die Prager constitutionelle Zeitung zur Hand, und wir werden darin eine großartige Sammlung von Verdächtigungen, Beschuldigungen, Aufreizungen gegen Behörden, Beamte und Staatsbürger jedes Standes finden.

Die allgemeine Stimme hat sich gegen dieses Unwesen laut ausgesprochen, und es mußte endlich ein ernstlicher Schritt gegen die Preßfrechheit geschehen. Es wurde auch gestern der Geschäftsführer der Vetterl'schen Buchdruckerei, Namens Groll wegen einer aufreizenden Flugschrift zu Folge kriminalgerichtlichen Beschlußes in die Untersuchung gezogen, und verhaftet.

Ein großer Theil der Bewohner Prags billigte dieses ernstliche Einschreiten, während ein Theil wohl auch die Schrift tief verachtete, aber über die Art der Gefangennehmung des Groll, als den Rechten eines constitionellen Bürgers zuwider, entrüstet war. Indessen ist des Letztern Recht auch mit der Pflicht, Alles zu unterlassen, was die Ruhe und Ordnung der Gesellschaft gefährden kann, unzertrennlich verbunden. Wer aufreizende Schriften, die zu einer Störung führen können, veröffentlicht, verwirkt seine Freiheit. Nach dem früheren Gesetze sind derlei Handlungen als Verbrechen zu bestrafen, und dieses Gesetz ist noch nicht erloschen, weil das uns verheißene Preßgesetz bis jetzt keineswegs kundgemacht wurde. So konnte also auch gegen Groll kriminaliter verfahren, und er als Folge dessen in Verhaft genommen werden.

Doch scheint dieses Verfahren mehre Schriftsteller beunruhigt, und ihnen eine ähnliche Behandlung in Aussicht gestellt zu haben, und darum mußte man einen gewaltthätigen Akt, eine Volksdemonstration versuchen, um die Aufsichtsbehörden Prags von einem ähnlichen Einschreiten in einem zweiten Falle abzuhalten.

Digitized by Google

Am gestrigen verlautete zu gleicher Zeit, daß das Stadtverordneten-Collegium den Auftrag zur Vornahme der Wahlen für das Frankfurter Parlament erhalten, was den Leitern der beabsichteten Demonstration willkommen gewesen. Heute fand man an den Ecken der Stadt einen Aufruf an alle Garden und die Studentenlegion, um 9 Uhr früh auf dem altstädter Ringe zuversichtlich zu erscheinen. Dieser Anschlag war von Niemanden gefertigt, und doch brachte derselbe in die Mehrzahl der Gardisten eine rege Bewegung, welche aber durch eine unmittelbar darauf folgende öffentliche Bekanntmachung des Obersten der Nationalgarde, die Ungiltigkeit dieser Vorladung aussprechend, beschwichtigt wurde. In der Nähe des Referenten hat ein Akademiker einen solchen Anschlag herabgerissen, und schnell war ein Swornostmann bei der Hand, der dem erstern einen Schlag versetzte. Also waren die Aufrufe überwacht und noch an mehren Ecken wurden derlei beaufsichtigende Swornoster bemerkt.

Zwischen 9 und 10 Uhr versammelte sich wirklich eine bedeutende Zahl Volkes vor dem Rathhause, wo die Stadtverordneten ihre Sitzung halten. Diese Masse verlangte lärmend die Freilassung des Franz Groll. Nach 10 Uhr traten in den Sitzungssaal bei 40 Männer, größtentheils in der Uniform oder Waffentracht der meisten integrirenden Theile der Nationalgarde, die sich als eine Deputation der Einwohnerschaft Prags ankündigten, welche durch die zu Folge der Inhaftirung des Franz Groll angeblich schwer verletzte konstitutionelle Freiheit höchst beunruhigt sei. Nebst diesem gaben sie noch ihr Bedenken gegen die für Frankfurt vorzunehmende Wahl von Abgeordneten aus Prag mit dem dringend geäußerten Wunsche zu erkennen, daß es davon sein Abkommen erhalten möge. Auf die Bekanntmachung des in letzterer Angelegenheit von dem Stadtverordneten-Collegium bereits früher gefaßten Beschlusses stellte sich die Deputation hinsichtlich dieses Theiles ihres Ansuchens vollkommen zufrieden, und ersuchte nur dringend um die unverzügliche Freilassung des Franz Groll.

Nachdem hierüber Mehres gesprochen wurde, forderte das Stadtverordneten-Collegium, um über das gestellte Ansuchen ungestört berathen zu können, die Deputation auf, sich in das Vorzimmer zu begeben, was auch geschah. Aber die Berathung konnte nicht ruhig gepflogen werden, eines Theils, weil im Vorzimmer der Lärm immer größer wurde, indem neue ungestüme Forderer der Petitionserfüllung hinzukamen, und andern Theils, weil der tobende Volkshaufen vor dem Rathhause sich fortwährend mehrte, worüber wiederholte Botschaften mit der Nachricht von angedrohtem stürmischen Eindringen in das Rathhaus dem Collegium zukamen. Nach kurzer Berathung vereinten sich die Stadtverordneten dahin, daß die Bitte des Volkes um Freilassung des Groll mittelst einer Deputation aus der Mitte der Stadtverordneten dem k. k. Appellationsgerichte zu überbringen, und dieses um die Untersuchung des Verhafteten auf freiem Fuße, soweit die bestehenden Gesetze es zulassen, zu ersuchen sei.

Die angeblichen Abgesandten des Volkes wurden nun in den Sitzungssaal berufen, und ihnen der gefaßte Beschluß mit der Aufforderung eröffnet, daß sie ihren moralischen Einfluß geltend machen, damit die vor dem

Digitized by Google

Rathhause versammelte Menschenmenge in Ruhe und Ordnung auseinander gehe, indem die Deputation der Stadtverordneten erst dann würde abgeordnet werden. Die Abgesandten verlangten, die Stadtverordneten-Deputation zu begleiten, was entschieden mit dem Bemerken verweigert wurde, daß hierin ein Mißtrauensbeweis gegen das Stadtverordneten-Collegium liegen, und letzteres den Anschein auf sich laden würde, sich zur Durchführung ihres Anbringens der bewaffneten Gewalt bedient zu haben. Die Bittwerber mußten sich auch verbinden, die Flüchtigwerdung des Groll zu verhindern, und dafür aus ihrer Mitte mehre Individuen ohne Kautionserlegung schriftliche Bürgschaft leisten zu lassen.

Die Petenten haben sich bereitwillig vor das Rathhaus begeben, um die tobende Volksmenge zum ruhigen Auseinandergehen zu bewegen, was ihnen aber nicht gelang. So verging eine geraume Zeit unter steigender Besorgniß, während wiederholte Meldungen wegen zunehmender Volksbewegung mit der Anfrage erfolgten, ob nicht die Nationalgarde einschreiten solle.

Hierüber begab sich Bürgermeister Strobach nach geschehener Ernennung der Stadtverordneten-Deputation, bestehend aus den Personen Dr. Rozkošny, Peter Faster und Franz Wanka vor das Rathhaus, in der Hoffnung, daß sein oft bewährter moralischer Einfluß auch diesmal die aufgeregte Volksleidenschaft beschwichtigen, und ein ruhiges Auseinandergehen bewirken werde. Seine Worte aber verhallten in der Masse wirkungslos, das Volk verlangte mit empörendem Uebermuthe die Abschickung der Deputation auf der Stelle, und begleitete ihr diktatorisches Geschrei mit pöbelhaften Drohungen und Zischen, Pfeifen, selbst aufgehobenen Fäusten. So wurde der Mann behandelt, den man noch den Tag vorher vergötterte, und wirklich das Vertrauen, die Achtung der Prager verdient.

Mittlerweile machte sich die Stadtverordneten-Deputation auf den Weg; sie verfügte sich früher zum Landeschef, welcher sich ebenfalls zum Appellationspräsidenten begeben. Das Appellationsgericht hielt Sitzung, und die Deputirten brachten ihr Begehren, um Freilassung des Groll vor, bemerkten aber auch, daß das Volk bereits mit einem Sturm gegen das Rathhaus gedroht habe und nur noch eine Stunde abwarten wolle. Dr. Rozkošny setzte ausdrücklich bei: „die sämmlichen Nationalgarden, die Studentenlegion und hierunter selbst Bürger und Doktoren bestehen auf der augenblicklichen Freilassung;" Peter Faster und Franz Wanka wagten es sogar zu behaupten: Ja die Literaten und die ganze Intelligenz der Stadt Prag verlangen, daß Groll sogleich frei gelassen werde.

Dr. Rozkošny trug darauf an, daß das Appellationsgericht aus seiner Mitte eine Kommission unverweilt in das Gerichtshaus absende, um sich zu überzeugen, ob das Kriminalgericht bei der Einziehung des Franz Groll nach dem Gesetze verfahren sei. Dagegen erhoben sich Wanka und Faster mit dem Bemerken, daß selbst dieses schon eine zu viel Zeit raubende Maßregel wäre, das Volk hätte den Stadtverordneten blos eine Frist von einer Stunde, von welcher in diesem Momente die Hälfte

Digitized by Google

verstrichen ist, zugestanden, binnen welcher sie demselben die Bewilligung der Freilassung bringen müssen, widrigens das Volk sein Vorhaben, das Rathhaus und das Kriminalgerichtsgebäude zu stürmen, ausführen und so ein schreckliches Blutvergießen entstehen dürfte. Es fügte Peter Faster noch bei, daß die ganze in Prag befindliche Militärmannschaft zur Unterdrückung der Bewegung nicht hinreichend sein könnte, weil dieselbe allein da stehen, und das Volk sammt der Nationalgarde gegen sich haben würde, übrigens die Volksmasse mit jedem Augenblicke wächst, immer stürmischer und drohender wird. Uiber die gestellte Frage bestätigten die Deputirten die Unbescholtenheit des Franz Groll, und erboten sich, für den Fall der Freilassung zwölf Personen als Bürgen zu stellen.

Das Appellationsgericht hat hierüber ein Protokoll errichtet, dessen Inhalt den drei Deputirten vorgetragen und von ihnen als wahr erklärt, auch gefertigt wurde. Das Obergericht faßte nun den Beschluß: Franz Groll sei des Verhaftes zu entlassen und auf freiem Fuße zu untersuchen. Er wurde auch sogleich befreit, aber nun wurde uns ein Schauspiel vorgeführt, das der Ausdruck der rohesten Gewalt und des frechsten Hohnes gegen die gesetzlichen Organe ist.

Das Volk, und darunter Nationalgarden, Swornost, selbst Mitglieder der Studentenlegion bemächtigte sich des nächsten Fiakers, spannte mit Gewalt die Pferde aus, setzte Groll in den offenen Wagen, und zog ihn im Triumphe durch die Stadt, selbst vor das Rathhaus unter endlosem Lärmen und Schreien. So weit ist es mit uns gekommen! man begnügte sich nicht mit der Befreiung, es mußte auch noch die Stadtbehörde verhöhnt werden.

Der Unwille über dieses Ereigniß hat sich in allen Klassen der Bewohner ausgesprochen; man begehrte laut die Untersuchung jener Männer, welche sich bei demselben betheiligten; allein noch hören wir von keinem Resultate, von keiner Bestrafung, die uns nur allein gegen wiederkehrende Vorfälle dieser Art zu schützen vermag.

Wie der Vorfall im ersten Augenblicke bekannt wurde, mußte man allerdings das Stadtverordneten-Collegium und auch das Appellationsgericht der Schwäche, einer rohen Masse nachgegeben zu haben, beschuldigen. Es fällt überhaupt auf, warum die Bewegung gerade gegen das Stadtverordneten-Collegium auf dem altstädter Rathhause gerichtet war, während Groll in dem Kriminalgerichtshause am Viehmarkte gesessen und die Entlassung nur von dem Kriminalgerichte erfolgen konnte. Einige sind der Meinung, die Demonstration sei wirklich von Mitgliedern des Stadtcollegiums ausgegangen, und dar um hoffte man vom letzern eher Nachgiebigkeit, als man vom Kriminalgerichte, dem in jedem Augenblicke die Waffengewalt zu Gebote gestanden, erwarten durfte. Diese Meinung findet immer mehr Grund, je aufmerksamer wir dem Vortrage der Deputirten an das Appellationsgericht folgen. So haben sie in dem errichteten Protokolle wörtlich angegeben, und zwar:

a. daß das Volk auf Freilassung dringe, und die ganze in Prag be-

Digitized by Google

findliche Militärmannschaft zur Unterdrückung der Bewegung nicht hinreichend sein dürfte, weil dieselbe allein da stehen, und das Volk sammt der Nationalgarde gegen sich haben würde.

Wir sahen das Volk, welches sich in diesem beklagenswerthen Momente, durch den der Ruf der Bevölkerung Prags so tief herabgesunken, bewegt hat; es gehörte der rohesten Masse zu, und auch die darunter wahrgenommenen Garden, Techniker, vorzüglich Swornostmänner waren dieses Gelichters. Die Masse, ganz und gar nicht so groß, hätte durch Aufbietung eines geringeren Theils der Nationalgarde auseinander getrieben werden können. Warum wurde im Stadtverordneten-Collegium der Antrag, die Nationalgarde zu allarmiren, verworfen? Hat man die Waffengewalt erst gegen ein Uhr in Anspruch genommen, wo schon die Freilassung ausgesprochen war, so konnte man es auch um 10 Uhr thun.

Der Landeschef ist, wie glaubwürdige Männer bestätigen, während der Verhandlung des Appellationsgerichtes selbst auf der Altstadt gewesen und überzeugte sich, daß es eine leicht zu bändigende Masse Volkes sei, wovon er auch den Präsidenten des Appellationsgerichtes verständigte, welches aber schon die Entlassung auf freiem Fuße ausgesprochen.

Eine allgemeine Entrüstung führte das Gerücht herbei, daß

b. die Deputirten ihr Einschreiten bei dem Appellationsgerichte ausdrücklich damit motivirten, daß die sämmtlichen Nationalgarden, die Studentenlegion und hierunter selbst Bürger und Doktoren, ja auch Literaten und die ganze Intelligenz der Stadt Prag auf Freilassung des Groll bestehe. In dieser Erklärung der Deputirten konnte man keinen andern Sinn finden, als daß man allgemein den gewaltthätigen Akt als legal anerkenne. Darum sind alle Klassen der Bewohner mit öffentlichen Manifestationen aufgetreten, in welchen sie jede Zumuthung eines Einverständnisses mit dem, was geschehen, entrüstet von sich weisen. Nur die Literaten, die doch Fasler ausdrücklich mitbezeichnete, sind hierüber stillschweigend hinausgegangen, während sie doch sonst jeden wunden Fleck, den sie wahrnehmen, hervorzuziehen suchen.

5. Dem ersterzählten Vorfalle folgte noch ein gewaltthätiges Ereigniß, das aber als eine Demonstration gegen eine bestimmte Person für sich allein zur Sprache kommen muß. Andreas Haase, ein Mann, der in dem besten Rufe steht, und als provisorischer Commandant der Nationalgarde mit Umsicht und Thätigkeit, Ruhe und Ordnung zu erhalten, bemüht ist, war längst den Ruhestörern ein Dorn im Auge. Dem gehetzten Volke, welchem nach beendetem Triumphzuge mit Groll noch nach Gewaltschritten gelüstete, wurde eine Demonstration gegen den Obersten Haase vorgeschlagen, die man mit Beifall aufgenommen. Alles eilte vor den Annahof, und man stimmte eine Katzenmusik an, welche mit dem Einschlagen einiger Fensterscheiben begonnen.

Haase war, vom Bürgermeister begleitet, gerade im Begriffe, sich nach Hause zu begeben, in der Jesuitengasse, als er die Nachricht von dem Vorfalle erhalten. Eine halbe Compagnie Grenadiere befand sich zufällig auf dem Marsche in derselben Gasse; der Commandant eilte mit der Truppe unverweilt vor den Annahof und verjagte das Volk, bei welcher Gelegen-

Digitized by Google

heit ein sich widersetzender Techniker verwundet worden. Um 3 Uhr war die Ruhe hergestellt.

6. Noch am heutigen erschien ein öffentlicher Anschlag, mittelst welchem der Bürgermeister erklärte, von der Stelle wieder abzutreten, (s. Anh. Nr. CLII) und auf den 11. die neue Wahl bestimmte.

7. Der Gubernialpräsident bringet die Strafen für diejenigen, welche Gutgesinnte durch Androhung von Gewaltthätigkeit zur Theilnahme an Ruhestörungen zu bewegen, oder von Erfüllung der ihnen obliegenden Pflichten insbesondere von Verrichtung der Robot abzuhalten bemüht sind, zur allgemeinen Kenntniß (s. Anh. Nr. CLIII.) Die deshalb Betretenen werden nämlich nach dem Kriminal-Strafgesetze behandelt.

Am 11. Mai.

1. Die gestern veröffentlichte Erklärung des Bürgermeisters Dr. Strobach, sein Amt wieder niederzulegen, hat in der Stadt eine allgemeine Bestürzung erregt. Er war der Mann, der in diesen bedenklichen Zeiten, wo alle gesetzliche Ordnung sich aufzulösen droht, durch das ihm von allen Klassen geschenkte Vertrauen und Ansehen, so wie durch seine so oft schon zum Heile der Stadt angewendete Gabe, überzeugend und zum Herzen zu reden, allein noch im Stande sein dürfte, im Wege der Güte die Ruhe herzustellen und zu erhalten. Schon vorgestern wurde Dr. Strobach von Deputationen der Bürgerschaft, der Nationalgarde und der Studenten bestürmt, seine Resignation zurückzunehmen; aber er setzte allen Bitten seine in der gedruckten Erklärung ausgesprochene Uiberzeugung, daß sein Charakter zur Anwendung strenger Maßregeln, wie sie die gegenwärtigen Verhältnisse erfordern, nicht geeignet sei, entgegen. In ähnlichem Sinne sprach er zu dem heute um 9 Uhr früh im Sitzungssaale des altstädter Rathhauses zur Wahl eines neuen Stadtvorstandes versammelten Collegium der Stadtverordneten. Nacheinander versuchten Graf Franz Thun, Borrosch, Pstroß, Oberst Haase und andere Redner, seinen Entschluß zu erschüttern. Man stellte ihm vor, wie er es seiner Vaterstadt, seinem Vaterlande schuldig sei, hier ein Opfer zu bringen, wie noch nicht alle möglichen Mittel der Güte angewendet wurden, und dieser Weg seinem Einfluße noch immer offen stehe, wie die meisten von denen, die ihm vorgestern sich widersetzt, bereits jetzt ihre Aufregung ernstlich bereuen, wie, wenn er in diesem Augenblicke wirklich abtrete, vollständige Anarchie entstehen müsse; denn keiner der Stadtverordneten könne, da er durch seine Erklärung schon zum Voraus seinen Nachfolger zum Manne des Schreckens gestempelt, das allgemeine Vertrauen zu gewinnen hoffen; Mit diesen und ähnlichen Gründen gelang es endlich dem Grafen Thun, den Dr. Strobach dahin zu bestimmen, daß er das schwierige Amt noch acht Tage führen wolle, bis wohin die Wahl eines neuen Bürgermeisters vorzunehmen ist.

2. Das vom Landespräsidium erlassene provisorische Nationalgardengesetz bestimmt, daß die gesammte Nationalgarde nach Bezirken und zwar auf Grund des bereits in Wirksamkeit getretenen Konskriptionsgesetzes

Digitized by Google

eingetheilt werde, und keine Sonderkorps bestehen sollen; die Studentenlegion ausgenommen. Auf den Grund dessen hat der Gubernialpräsident die Aufhebung des Corps Concordia und Swornost ausgesprochen.

Wir finden in Frankreich und in allen constitutionellen Staaten eine organisirte Bürgerwehr, die unter dem bekannten Namen: Nationalgarde alle waffenfähigen Staatsbürger begreifet, und deren Grundverfassung keine abgesonderten Corps gestattet. Es gibt auch keine bewaffnete Studentenschaft, denn die Bestimmung der Studirenden ist die Ausbildung und nicht eine kriegerische Stellung. Letztere zieht sie von den friedlichen Wissenschaften ab, und erzeuget einen unruhigen Geist, der sich mit der Ausbildung für den künftigen Beruf nicht verträgt. Uffo Horn hat dies wohl begriffen, denn, als er am 12. März in der Aula unsere Studenten zur Bewaffnung bestimmte, erklärte er ausdrücklich im Namen Aller, daß wiebald Ruhe und Ordnung hergestellt ist, die Studirenden wieder das werden, was sie sein sollen: nämlich Studirende. Wem das Wohl der jungen Leute am Herzen gelegen, mußte wünschen, daß das bunte Treiben endlich einmal ein Ende nehme. Festgelage aller Art, Triumphzüge, erzwungene Fahrten auf der Eisenbahn, Barrikadenversuche in den Hörsälen, auch mitunter Katzenmusiken und manche andere Exzessen ließen uns die jemaligen Studenten nicht mehr erkennen und im Voraus vermuthen, daß die Sache ein übles Ende nehmen werde. Es ist wirklich so gekommea, und wir werden das Wie? später vernehmen. Also die Studentenschaft können wir unter die organisirte Nationalgarde nicht zählen. Wenn wir den Zweck der bewaffneten Bürgerwehre vor Augen haben, so kann kein besonderes armirtes und montirtes Corps bestehen, weil letzteres der gewöhnlich vorherrschenden Sonderinteressen wegen der wahren Bestimmung, nämlich gemeinsamen Aufrechthaltung der Ruhe und Ordnung widerstreitet.

Das Prager Corps: Concordia, bestehend aus bewaffneten Künstlern und Literaten, hatte sich im ersten Augenblicke der Bewachung zum Schutze der alten Baudenkmale gebildet. Aber das Corps: Swornost in altslavischem Costum und zum Theil mit Waffen aus der Hussitenzeit versehen, verfolgte ganz andere Tendenzen. Die Führer haben sich ausdrücklich ausgesprochen, daß dieses Corps die Wahrung des čechischen Elementes beabsichtigte, und darum finden wir an dessen Spitze die als Ultračechen bekannten Männer. Also Sonderinteressen war der Zweck dieses Corps; wir haben dasselbe auch bei allen öffentlichen Feierlichkeiten, welche die Čechen und Slaven für sich veranstalteten, als eine sogenannte Ehrengarde bemerkt, und wie wenig dessen Glieder ihrem Zwecke, nämlich der Aufrechthaltung der Ruhe und Ordnung nachgekommen sind, davon liefern uns die Tage des 12., 13. und 14. Juni den sichersten Beweis.

Wir werden später noch mehrmal auf dieses Corps zurückkommen und bemerken nur, daß der Gubernialbeschluß wegen Auflösung der Swornostgarde unter derselben eine solche Entrüstung hervorgerufen, daß, hätte der Landeschef hierauf bestanden, vielleicht Blut geflossen wäre.

3. Fürst Rohan wurde von dem Bürger-Infanterie-Corps an

Stelle des frühern Commandanten Andreas Haase, der nun das Oberkommando führt, einstimmig zum Oberstwachtmeister ernannt.

4. Heute Morgens machten einige Inquisiten einen verzweifelten Versuch, sich aus ihrer Haft zu befreien, man schlug die Fenster der Gefängnisse ein, und zerbrach die Gitter; indessen war die zahlreiche Mannschaft des im Kriminalgebäude bestehenden Wachpostens gleich bei der Hand.

5. Die nach Wien gesandte und rückgekehrte Deputation der Praktikanten der Staatsbehörden und Gerichte verständigte letztere öffentlich, daß die Petition derselben von Sr. Majestät auf das günstigste erledigt worden sei mit der Aufforderung, zur Anhörung des Berichtes am Freitag um 4 Uhr Nachmitags im kleinseitner Landhause zu erscheinen.

6. Es bildete sich abermals eine Studentenverbindung unter dem Namen: Hilaria; die Glieder haben für ihre Kappen die Farben hellblau mit Silber angenommen.

7. Der konstitutionelle Verein fand in der Erklärung des abgetretenen Landeschef Grafen Stadion vom 6. Mai 1848 über die Stellung des National-Ausschusses zum konstitutionellen Vereine eine irrige Angabe und darum erließ derselbe hierwegen eine Berichtigung in den öffentlichen Blättern (s. Anh. Nr. CLIV).

8. Uiber das gestern erfolgte so beklagenswerthe Ereigniß, die Befreiung des Buchdruckerfaktors Franz Groll betreffend, hat das k. k. Appellationsgericht das Publikum durch eine öffentliche Kundmachung von dem Inhalte des Beschlusses in Kenntniß gesetzt (s. Anh. Nr. CLV). Es waren aber über die Art, wie man die Entlassung zu bewirken suchte, Gerüchte verschiedenen Inhalts verbreitet; die öffentlichen Blätter behaupteten, das Appellationsgericht habe sich zur Gewährung dieses Verlangens gedrängt gesehen. Dadurch fand sich diese Oberbehörde veranlaßt, das ganze mit den 3 Deputirten Rozkošny, Faster und Wanka aufgenommene Protokoll, auf Grund dessen die Entlassung des Groll aus seinem Verhafte beschlossen wurde, zu veröffentlichen (s. Anh. Nr. CLVI).

Wir sind nicht der Meinung, das Appellationsgericht habe sich blos aus dem im Eingange des Aufsatzes angegebenen Grunde zur Veröffentlichung des gerichtlichen Aktes bestimmen lassen, sondern gewiß deshalb, weil die Mitglieder dieser Oberbehörde später in Erfahrung brachten, daß die Angaben der Deputirten unwahr gewesen sind. Die Bekanntmachung des Protokolles erregte in Prag eine allgemeine Erbitterung gegen die drei Deputirten; alle Corporationen, die sich dadurch in ihrer Ehre verletzt fanden, haben ihr Mißfallen öffentlich ausgesprochen, auch das gerichtliche Einschreiten beschlossen, wie wir später vernehmen werden.

9. Böswillige Menschen suchten den Oberkommandanten der Nationalgarde hinsichtlich des am gestrigen bei seiner Wohnung vorgefallenen und durch das Militär verhinderten Krawalls zu verdächtigen. Er rechtfertigte sich hierüber in einer öffentlichen Erklärung (s. Anh. Nr. CLVII).

10. Der National-Ausschuß hielt am heutigen Abends eine Versammlung, in welcher Folgendes zur Sprache gekommen:

a. Den Anfang der Berathung bildete der Entwurf des provisorischen

Digitized by Google

Preßgesetzes, welchen die X. Sektion auf Grundlage der Vorarbeiten des Schriftsteller-Vereines ausgearbeitet hat. Mit wenigen Abänderungen wurde der Entwurf angenommen.

Aber nun entstand die Frage, was damit geschehen solle; der eine wollte es sogleich in Böhmen kundgemacht, der andere dem Ministerium vorgelegt haben. Der Landeschef zuckte die Achseln und legte das Gesuch ad acta. Kundmachen durfte er es nicht, weil das Gubernium nicht berechtigt ist, Gesetze zu erlassen, und vorlegen wäre überflüssig gewesen, weil das Ministerium gerade sich mit dem Entwurfe eines Preßgesetzes beschäftigte. So hat denn der National-Ausschuß abermals sich eine unnütze Arbeit gemacht.

b. In der Sitzung kam das gewaltthätige Ereigniß des gestrigen Tages zur Sprache und der National-Ausschuß äußerte hierüber sein Mißfallen. Dies war Alles und doch konstituirte sich derselbe, wie er in der Sitzung am 13. April feierlich verkündet hat, zur Aufrechthaltung der Ruhe und Ordnung. Indessen wurden in dieser Sitzung die drei anwesenden Deputirten in der Groll'schen Sache (Rozkošny, Faster und Wanka) hart mitgenommen.

c. Ein fernerer Gegenstand der Verhandlung waren die vom Gubernialpräsidenten ausgeschriebenen Wahlen zum Frankfurter Parlamente. Brauner beantragte eine Kundmachung, um das Volk aufzuklären, daß der National-Ausschuß die Wahlen zu hintertreiben gesucht habe. Ihm folgte Dr. Rieger. Er citirte aus der Frankfurter Oberpostamts-Zeitung die Verhandlung des Fünfziger-Ausschusses über die Weigerung Böhmens, das Parlament zu beschicken, und als er an Schillings Worte kam, „man müsse mit der Schneide des Schwertes den Anschluß erzwingen," so sprach er mit gehobener Stimme: „Nun denn, so werden wir mit Dreschflegelargumenten antworten." Diesen Worten folgte ein donnernder Applaus der Zuhörer, denn so etwas war Wasser auf die Mühle eines Auditoriums, das nur Wohlgefallen fand, wenn recht losgezogen wurde. Der Präsident sollte den Redner oder die Zuhörer zur Ordnung rufen, oder, im Falle dies nicht zureichte, die Verhandlung durch Bedeckung des Kopfes auf einige Zeit suspendiren, aber er fand es in diesem Sturme gerathener, die Tribune zu verlassen und so löste sich die Versammlung auf, ohne einen Beschluß gefaßt zu haben.

Am 12. Mai.

1. Wir berufen uns auf die Tagesereignisse vom 10. Mai (oben Zahl 6) und die durchgesetzte Entlassung des verhafteten Franz Groll, ferner auf den am 11. Mai (oben Zahl 8) von dem k. k. Appelationsgerichte veröffentlichten gerichtlichen Akt.

Am heutigen traten die Offiziere der uniformirten Bürgercorps und der Nationalgarde, dann die Tribunen und Centurionen der Studentenlegion mit vielen Unteroffizieren und Gardisten im neuen Rathhausgebäude zusammen, um sich zu berathen, was sie zur Verwahrung der Ehre der Corps gegen die in dem letzt erwähnten Protokolle (Anhang

Digitized by Google

Nr. CLVI.) von den 3 Deputirten des Stadtverordneten-Collegiums, Dr. Rozkošny, Faſter und Wanka geäußerte Zumuthung eines Einverſtändniſſes zu veranlaſſen haben. Vor allem andern ſandten ſie Abgeordnete mit einer Legitimation des Bürgermeiſters an das k. k. Appellationspräſidium, um ſich das fragliche Originalprotokoll zu erbitten, welches ihnen auch anvertraut wurde. Hierauf iſt den anweſenden Rozkošny und Faſter der Akt vorgelegt worden, und ſie erklärten deſſen Inhalt für unrichtig, keineswegs wortgetreu, doch ſetzte Rozkošny bei, daß er nicht auf eine Veröffentlichung dieſes Protokolls dachte, weil er ſonſt vor dem Appellationsgerichte andere Worte gebraucht haben würde. Die verſammelten Garden faßten nun folgende Beſchlüſſe:

a. Soll vor allem andern ſich gegen die in dem Appellationsprotokolle enthaltenen, die Nationalgarden betreffenden Angaben durch eine Erklärung in den öffentlichen Zeitungsblättern verwahrt (ſiehe im Anh. Erklärung Nr. CLVIII.), ferner

b. ein Geſuch bei dem k. k. Landespräſidium nach dem vom Fürſten Karl Auersperg vorgelegten Entwurfe eingebracht werden, in welchem ſich die Verwendung beim k. k. Generalkommando, um ſchleunigſte Aufſtellung eines k. k. Militär-Generals als proviſoriſchen Oberkommandanten der ſämmtlichen Nationalgarde erbeten ward, und

c. wurde mit Akklamation beſchloſſen, eine Genugthuung für die den Nationalgarden zugefügte Ehrenbeleidigung zu begehren.

Zur Beſtimmung dieſer Genugthuung und Einleitung der hiezu nothwendigen Schritte iſt von der Verſammlung eine Kommiſſion zuſammengeſetzt und dazu erwählt worden: Johann Haklik aus dem uniformirten Bürgerkorps, Fürſt Karl Auersperg, Eduard Pleſchner und J. U. D. Praſch aus der Nationalgarde, dann Dr. Leopold Klaudi aus der Studentenlegion.

2. Bei der am 10. d. gegen den Oberſten Haaſe erfolgten Demonſtration nahmen mehre Techniker, deren Beihilfe ſich die Uebelgeſinnten bei jeder Gelegenheit zu bedienen wiſſen, Antheil, und es wurde einer derſelben (Joſeph Forche) von einem Soldaten verwundet, welcher auch in das Krankenhaus überbracht worden. Man verbreitete über die Schwere der Verletzung, über die von dem Soldaten angewandte Gewalt die gräßlichſten Gerüchte, während das zur Erhaltung der Ruhe eingeſchrittene Militär nur Kolbenſtöße angewendet hat.

Mehre Techniker fanden die Verwundung ihres Kameraden als ein großes Vergehen, und da ſie der Militärgewalt nicht entgegentreten konnten, ſo ſollte es der Oberſte Haaſe entgelten. Sie verfügten ſich heute zu ihm, und begehrten auf die roheſte Art, die wir ſchon ſeit 15. März mehrmal an dieſen Leuten wahrgenommen haben, Genugthuung. Zu bedauern war es nur, daß dieſem der Tribun der techniſchen Kohorte, Profeſſor Wieſenfeld, beigewohnt hat. Oberſt Haaſe mußte ſich durch eine ſolche Behandlung gekränkt finden, und er hat in Folge deſſen noch am heutigen Tage ſein Commando niedergelegt.

3. Der Nationalausſchuß verſammelte ſich, und folgende Gegenſtände wurden verhandelt.

Digitized by Google

a. Palacky, der von Wien rückgekehrt ist, und von der Versammlung bei seinem Eintritte in den Saal mit lautem Slawarufe empfangen wurde, erstattete Bericht über seine Berufung nach Wien zur Uebernahme des Ministeriums des Unterrichts. Palacky referirte: er habe sich eine Bedenkzeit von 24 Stunden ausgebeten, nach deren Verlauf er dem Minister-Präsidenten sein politisches Glaubensbekenntniß und die Bedingungen vorlegte, unter welchen er zum Eintritt bereit wäre. Das Ministerium sei jedoch nicht ganz seiner Ansicht gewesen, und darum habe er den Antrag abgelehnt. Palacky theilte dem Nationalausschusse sein Glaubensbekenntniß (siehe im Anhange Nr. CLIX.) mit, und forderte die Versammlung auf, gegen die Regierung, die sich gegenwärtig so im Gedränge befindet, mit aller Mäßigung vorzugehen. Ungeachtet dessen hat Brauner eine öffentliche, an alle Gemeinden zu sendende Kundmachung in Antrag gebracht, worin der Nationalausschuß Rechenschaft von seinen bisherigen Schritten auf die Parlamentsfrage gibt, und das Volk aufklärt. Palacky wollte alles vermieden wissen, was eine Aufregung im Lande vermehren könnte, und Borrosch protestirte ausdrücklich dagegen, weil ein solcher Antrag die Befugnisse des Ausschusses überschreite. Doch ging die Motion durch.

b. Trojan beantragte die Beschleunigung der Errichtung von verantwortlichen böhmischen Centralbehörden, und Ruppert die Bildung einer Bergbau-Sektion. Was für Arbeiten hat sich nicht der National-Ausschuß zur Aufgabe gestellt, welchen Wust von Gesetzentwürfen wollte er übernehmen, und in dieser Wuth, in einem Augenblicke einen neuen Bau vom Grunde aufzuführen, hat er nichts, gar nichts gethan. Sein Wirken wird in der Geschichte Böhmens spurlos verschwinden.

4. Heute hatten wir in später Abendstunde wieder einen Kravall auf dem Viehmarkte. Das Volk nahm sich eines von seinem Hausherrn wegen nicht bezahlten Miethzins auf die Straße gesetzten Inwohners an, und schlug unter Drohen und Lärmen dem Hausbesitzer die Fenster ein; die Patrouillen zerstreuten die Versammelten, und bemächtigten sich einiger Widersetzenden, was ihnen einige Steinwürfe zugezogen.

Am 13. Mai.

1. Der von mehren Commandanten der Nationalgarde gegen die Beschuldigung eines Einverständnisses in der Groll'schen Angelegenheit veröffentlichten Protestation (siehe oben 12. Mai, Zahl 1.) folgten mehrere Verwahrungen in demselben Sinne, so

a. von der medizinischen Fakultät (siehe Anh. Nr. CLX.) und

b. von den Hörern der Baukunst an der politechnischen Lehranstalt (siehe Anh. Nr. CLXI.) und

c. von der Juristenkohorte auch Nationalgarde (s. Anh. Nr. CLXII.) sowie

d. von der juridischen Fakultät (s. Anh. Nr. CLXII).

2. Am heutigen haben sich in Folge gestrigen Beschlusses die Ausschußmänner der Nationalgarde zu Sr. k. k. Hoheit begeben, und von ihm die Versicherung erhalten, daß noch heute der provisorische Oberkomman-

Digitized by Google

dant ernannt werden solle. Se. k. k. Hoheit bemerkten, daß der gute Geist der Nationalgarde und Studentenlegion die allgemeine Anerkennung bei allen Gutgesinnten fände, daß er dieß bei mehren Gelegenheiten öffentlich anerkennend aussprach, und hierüber auch nach Wien Bericht erstattete. Es sei nur zu bedauern, daß allem Anscheine nach mehre Mitglieder eines Sondercorps den Exceß am 10. Mai planmäßig herbeigeführt haben, woran sich leider auch eine Abtheilung der Legion betheiligt zu haben scheint.

3. Der k. k. Generalmajor Fürst Lobkowitz wurde zum provisorischen Oberkommandanten der böhmischen Nationalgarde ernannt, und von dem k. k. Landespräsidium aufgefordert, die bereits angeordnete Reorganisirung der prager Nationalgarde, welche sich als ein überaus dringendes Bedürfniß darstellt, sogleich im Einvernehmen mit dem Bürgermeister einleiten zu lassen.

4. Nachmittags um 6 Uhr überreichten die Ausschußmänner in Gegenwart der anwesenden Stadtverordneten dem Bürgermeister ein Gesuch, in welchem sie darauf antragen, daß Rozkošny, Faster und Wanka zum Widerrufe der in dem Appellationsprotokolle abgegebenen Aussage verhalten werden (s. Anh. Nr. CLXXIII.). Das Gesuch wurde von dem Magistrate den 3 Beschuldigten zur Aeußerung zugemittelt.

5. In Beziehung auf das Mißverständniß vom 4. Nachts, an welchem Mitglieder der Juristenlegion zu einer Hausuntersuchung verwendet wurden, hat die juridische Kohorte eine öffentliche Erklärung erlassen, und bekanntgegeben, daß die Beiziehung nicht eines gewöhnlichen Polizeidienstes wegen erfolgte, sondern es sich um einen Dienst gehandelt hat, der für den Frieden und die Ordnung in der Stadt wichtig, daher eines jeden Nationalgarden, also auch des Legionärs würdig erkannt werden mußte. (siehe im Anh. Nr. CLXIII.)

6. Professor Wiesenfeld, Tribun der technischen Kohorte, hat in Beziehung auf den unanständigen Besuch, welchen mehre Techniker in seiner Anwesenheit am 12. d. dem Commandanten der Nationalgarde Haase machten, und welchem er beiwohnte, in den öffentlichen Blättern die Zumuthung, als sei er als Anführer dieser Studirenden mit ihrem Benehmen einverstanden gewesen, von sich gewiesen. (siehe im Anh. Nr. CLXIV.) Die Herren der Kanzel haben sich einem Spiele zugewendet, das sich mit den friedliebenden Wissenschaften nicht verträgt, und dadurch viel Unannehmlichkeiten zugezogen. Der Commandant einer Schaar muthwilliger Freiwilligen, die keine Ordnung und Disziplin kennen, verzichtet lieber auf die Eitelkeit, den Säbel zu führen, als sich an die Spitze von Unbesonnenen zu stellen, die weder Ordnung noch Gesetz achten. Wir berufen uns auf die Ereigniße der Pfingstwoche.

Eine Zahl von 171 Hörern der Technik haben sich in dieser Angelegenheit weit anständiger und ehrenhafter benommen. In einer öffentlichen Erklärung drückten sie ihr Mißfallen über das Benehmen einiger ihrer Cameraden gegen den Obersten Haase aus, und bezeigten ihm ihre besondere Achtung (s. im Anh. Nr. CLXV.).

7. Der constitutionelle Verein, dem man zur Last legte, daß er

Digitized by Google

Emissäre in die Kreise sende, um das Landvolk in seinem Sinne zu bearbeiten, hat in einer öffentlichen Erklärung die deßhalb umlaufenden Gerüchte widerlegt. (s. im Anh. Nr. CLXVI.)

8. Wie denn durch Leichtgläubigkeit, besonders aber Bosheit so manches Gerücht auftaucht, um nur Unruhe hervorzubringen; so hat man auch zu verbreiten gesucht, daß sich in Baiern und Sachsen an der Gränze von Böhmen Schaaren von Freizüglern sammeln, und diese einen Einfall in Böhmen beabsichtigen. Das k. k. Landespräsidium hat hierüber eine beruhigende Kundmachung erlassen.

9. Von Seite des Bürgermeisters und des Stadtverordneten-Collegiums wurde eine authentische Darstellung des Ereignisses vom 10. Mai hinsichtlich des Groll veröffentlicht. (siehe im Anh. Nr. CLXVI.)

10. Der Buchhändler Borrosch, ein Mitglied des Nationalausschusses machte in einer öffentlichen Anzeige die Ursachen bekannt, warum er aus diesem Körper ausgetreten (s. im Anh. Nr. CLXVIII). Der Austritt dieses Mannes mußte immer als ein beklagenswerthes Ereigniß betrachtet werden. Wir kennen die Männer, aus welchen diese Versammlung bestanden; es waren Elemente, bunt durcheinander geworfen, einige wenige für die sich zur Aufgabe gestellten Arbeiten, mittelmäßige Capacitäten, dann ein Heer von Individuen, welchen es an aller klaren Auffassung der zur Verhandlung bestimmten Gegenstände gemangelt hat. Während die wenigen in ihrem Eifer, nur auf Ehren und Würden loszusteuern, einen Wust von Vorschlägen, Entwürfen zum neuen Regierungsbaue, denen aus Mangel eines praktischen Ueberblikkes, und aller reifen Ueberlegung die Brauchbarkeit schon im voraus abgesprochen werden müßte, lieferten, und in der Zahl von kaum 8 die Versammlung beherrschten, waren die übrigen bloße Maschinen, einige Deutsche ausgenommen, deren Stimmen in dem Geschreie so Vieler verhallten. Einen dergleichen Auftritt haben wir wieder am gestrigen erlebt, wo Borrosch, der sich einem die Ruhe des Landes gefährdenden Antrag wacker entgegengesetzt, zu keiner weitern Einwendung zugelassen wurde. Borrosch ist ein geborner Deutscher, aber immer die rechte Mitte zwischen dem deutschen und čechischen Elemente gewesen, er ist ein besonnener Mann, wenn gleich kein Jurist, so doch von durchdringendem Verstande, und immer schlagfertig. Er war den Herren, die sich der Leitung der Versammlung zu ihren selbstsüchtigen, oder čechischen Interessen bemächtigten, immer ein Dorn im Auge, und darum haben sie den Mann der ewigen aber meistens nicht igen Opposition ohne Aufforderung, zu bleiben, hinwegziehen lassen.

11. Dr. Kliebert ist in einem langen und breitengAufsatze (s. Anh. CLXIX.) wider den constitutionellen Verein aufetreten, und suchte darin zu beweisen, was alles der Nationalausschuß Gutes und Nützliches dem Lande verschafft, und wie er auch im Interesse desselben gegen den Anschluß an Deutschland gewirkt habe. Kliebert ist ein Deutscher, der sich čechischen Interessen hingegeben, wodurch er etwas zu erringen sucht, was ihm bis itzt Fortuna nicht bescheren wollte. Wir werden sehen, ob diese Pläne in Erfüllung gehen. In-

Digitized by Google

dessen können wir dem Kliebert bezeugen, daß er im National-Ausschuße eines der thätigsten Glieder gewesen.

Am 14. Mai.

1. Am heutigen wurde der am 10. Mai bei Gelegenheit des Vorfalls vor dem Annagebäude des Haase verletzte Techniker Josef Forche aus dem Krankenhause geheilt entlassen, uns wurde aber noch nicht das Resultat der Untersuchung über die Art seiner Verwundung mitgetheilt. Es dürfte daher nicht wahr sein, was man zu verbreiten suchte, daß dieser Techniker nur ein ruhiger Zuschauer gewesen, sondern wir müssen dafür halten, daß er durch Widersetzlichkeit gegen die zur Ruhe und Ordnung eingeschrittene Militär-Mannschaft seine Verletzung verschuldet habe.

2. Der Nationalausschuß mußte sich dem Beschluße des Ministeriums fügen, und ungeachtet seiner Protestation die Ausschreibung der Wahlen zum frankfurter Parlament geschehen lassen. Unter den indirekten Mitteln, die er nun zur Hintertreibung der Wahlen angewendet hat, finden wir auch eine viel verbreitete begründete Erklärung gegen die Vornahme dieser Wahlen, welche der Ausschuß der Bürgerressource erlassen. (s. im Anh. Nr. CLXX.)

Diese Verdächtigung liegt klar am Tage, denn die Glieder des Nationalaasschusses sind meistens Theilnehmer der Bürgerressource, und wir wissen ja, daß alles, so bis itzt geschehen, aus dieser Gesellschaft hervorgangen.

3. Auf den allgemeinen Wunsch hat Oberst Haase sein Amt wieder angetreten.

Am 15. Mai.

1. Am heutigen Tage um halb 4 Uhr Nachmittags langte eine wiener Deputation, abgesandt von dem Magistrate, dem Bürgerausschuße, von der Nationalgarde dann von dem kaufmänn'schen und Schriftsteller-Verein an, um sich über die in Prag herrschende Gesinnung durch den Augenschein zu überzeugen. Die Garden waren in ihren neuen Uniformen mit bebuschten Pickelhauben und Cakos, alle Abgeordneten mit weißen Schärpen.

In Wien verlauteteten die abenteuerlichsten Gerüchte über die Zerwürfnisse der Deutschen und Cechen, auch über den Abfall des Landes Böhmen von dem österreichischen Länderverbande, und dergleichen mehr. Es war sehr edel von den Wienern, daß sie die Vermittlung übernommen, und zu diesem Zwecke eine Deputation abordneten, doch scheint es, daß man mehr eine Ceremonie beabsichtigt hat. Die Deputirten wurden im Bahnhofe von einigen Stadtverordneten, auch Offizieren der prager Nationalgarde empfangen, und auf das altstädter Rathhaus geführt, wo ihrer im großen Sitzungssaale das Collegium des Bürgerausschußes und der Stab der Nationalgarde, an dessen Spitze

Digitized by Google

sich der neue Oberkommandant, Generalmajor Fürst Lobkowitz befand, warteten. Einer der Abgeordneten las die Rede ab, worin die Bürgerschaft aufgefordert wird, das Band, welches Oesterreich und Böhmen, Wien und Prag bisher ungeachtet der Verschiedenheit in Sprache und Abstammung an einander hielt, fester zu knüpfen. Es handle sich um das große Ziel der Freiheit, die, wie sie nur durch brüderliche Eintracht und redliches Zusammenwirken errungen worden, so auch nur durch dieses erhalten werden könne. Die nämliche Rede wurde in böhmischer Sprache wiederholt, worauf der Bürgermeister die Deputirten mit herzlichen Worten im Namen der Stadt bewillkommte, und ein allgemeiner Ruf „es leben die Wiener" erfolgte. Die Deputirten bemerkten noch: der Zweck ihrer Hieherkunft sei gewesen, sich über den Grund oder Ungrund der beunruhigenden Gerüchte, daß Prag sich vom österreichischen Gesammtverbande lossagen wolle, durch eigene Anschauung Ueberzeugung zu verschaffen. Schon die wenigen Augenblicke ihres Verweilens in Prag haben ihnen gezeigt, daß die Gerüchte falsch waren, und sie hoffen, daß diese Ueberzeugung sich in ihnen immer fester gestalten werde. Ein Hoch auf unsern Monarchen, und ein Hoch auf ein einiges Oesterreich war der Schluß der Empfangsfeierlichkeit. Das Ganze war recht schön, so gewiß diplomatisch feierlich, aber man hat auch Männer von Wien gesandt, die auf einen Blick die bestehenden Verhältnisse aufgefaßt hatten; denn auf dem Wege vom Bahnhofe bis zum Rathhaus schon die Ueberzeugung zu besitzen, daß die größte Einigkeit zwischen den Nationalitäten herrsche, daß die Czechen keine Sonderungsgelüste haben, dazu gehört in der That mehr, als menschlicher Verstand ??? —.

2. Heute Abends gaben uns die Wiener noch eine Feier zum Besten, an der wir uns ergötzten; sie besuchten nämlich den National-Ausschuß. Gerade verlas Dr. Rieger den Entwurf der Geschäftsordnung, als die Abgeordneten angemeldet wurden. Man begrüßte die Deputation mit Jubel, ein Glied derselben, Med. Dr. Köck, verlas einen Aufruf an die Bewohner Prags (s. im Anh. Nr. CLXXI.), und versicherte in seiner mit ungeheuerm Beifall aufgenommenen Abschiedsrede, daß die Deputation den Wiener Bürgern nur das Erfreulichste und Beruhigendste mitzutheilen habe, daß die Sitzung ihnen die unerschütterliche Ueberzeugung gegeben, daß das Streben der czechischen Patrioten nur die Wohlfahrt des Kaiserstaates in sich fasse. Auch in böhmischer Sprache wurden von den Deputirten Anreden an die Versammlung gehalten. Um den Geist der Versammlung des Nationalausschusses kennen zu lernen, hat der Präsident die Deputirten eingeladen, der Sitzung beizuwohnen. Beim Abschiede richtete Doktor Köck noch einige herzliche Abschiedsworte an die Versammlung: Zeitungsgerüchte hätten die Bewohner Wiens über die Stimmung der Prager in die peinlichste Unruhe versetzt, und sie seien hieher gesendet worden, um ihre Mitbürger auf Grundlage der eigenen Anschauung aufklären zu können. Diese Sitzung hätte sie aber überzeugt, wie Prags Bewohner von dem loyalsten Streben beseelt sind und nur das allgemeine Wohl der Monarchie wünschen: Sehr schön gesagt!!! Unter anhaltendem Zurufen entfernten sich die Deputirten aus dem Saale.

Digitized by Google

3. In der Gegenwart der Wiener Abgeordneten konnten doch gewöhnliche Gegenstände nicht zur Sprache kommen, es mußten solche improvisirt werden. So kam denn Trojan mit einem Antrage um unverweilte Absendung einer Deputation aus der Mitte des Nationalausschusses, des Magistrates, der Nationalgarde und der Universität, um Beschleunigung der Ankunft des Statthalters, und ferner Rieger mit einer Motion um beschleunigte Errichtung verantwortlicher Centralstellen, einem alten Thema, das fortwährend zum Spielzeuge dient. Der erste Antrag wurde einstimmig angenommen; doch die Deputation ist bis heute nicht abgegangen, und der zweite Antrag wurde vertagt. Bei dieser Gelegenheit ließen sich die gewöhnlichen Redner von der Tribune vernehmen (Trojan, Rieger, Brauner.)

4. Der heutige Tag hat uns mit Deputationen reichlich beschеert. Noch muß ich einer derlei Feier in dem Carolinum erwähnen, welche sich um 11 Uhr Vormittags ereignete. Es erschien nämlich Doktor Joseph Adam Paul Frankl, wie er sich angegeben, der medizinischen Fakultät zu Wien, und mehrer gelehrten Gesellschaften Mitglied mit der Erklärung, von den Wiener Studenten, und deren Comitée beauftragt zu sein, die prager Studentenschaft zu begrüßen. Er hielt nun an die zahlreiche Versammlung eine Anrede. (s. Anh. Nr. CLXXII.) Wir wissen nicht, ob sich dieser Mann über seinen Auftrag legitimirte; indessen hat die Sache doch wieder einen Jux gegeben!

So sehen wir itzt an der Spitze aller Bewegungen und Ereignisse immer und immer Juden!!!

5. So viel Jubel wir am Tage vernommen, so viel Besorgniß äußerte sich wieder Nachts. Gerüchte sprachen von einer beabsichtigten Demonstration, darum wurden die Wachen verstärkt, und Patrouillen streiften in allen Theilen.

6. Am heutigen erhielten die Ausschußmänner der Nationalgarde mittels einer Note des Bürgermeisters über ihre Eingabe wegen Verhaltung des Rožkošny, Faster und Wanka zum Widerrufe eine von letzterm überreichte Rechtfertigung (s. Nr. CLXXIII.) Da diese sich dahin ausgesprochen, daß ihre Aeußerung unrichtig zu Protokoll genommen worden, so verfügte sich der Ausschuß zu dem Appellationsgerichte, und stellte vor einer vom Appellationspräsidium sogleich abgeordneten Gerichtskommission die protokollarische Bitte, daß das bezügliche Einschreiten der 3 Deputirten unverzüglich in Berathung gezogen und erledigt, also die Rektifizirung des Protokolles vom 10. Mai ungesäumt vorgenommen oder falls jenes Protokoll richtig, und demnach eine Rektifizirung unmöglich sei, diese Angelegenheit wegen des angeschuldeten Verbrechens des Mißbrauches der Amtsgewalt von Amtswegen dem Kriminalgerichte abgetreten werde. Noch am heutigen Tage erfolgte hierüber die Appellationserledigung, die wir später nachtragen werden.

Am 16. Mai.

1. In Angelegenheit wegen von den 3 Stadtverordneten, Rožkošny, Faster und Wanka begehrter Genugthuung haben die Ausschußmänner

Digitized by Google

durch eine öffentliche Kundmachung nachgewiesen, was bis itzt verfügt worden sei. (s. Anh. Nr. CLXXIII.) Wir können hieraus entnehmen, daß die Ehrenbeleidiger, um sich aus dem sich selbst bereiteten Conflicte zu ziehen, zuletzt zu einer Verdächtigung des Obergerichtes ihre Zuflucht genommen. Indessen hat Dr. Rožkošny noch am gestrigen nach Erscheinung der Appellationserledigung erklärt, die von den fünf Repräsentanten der beleidigten Körperschaften verlangte Genugthuung zu geben. Die Ausschüsse verfügten sich somit in das Bureau des Bürgermeisters, wo Dr. Roskožny dieselben bereits erwartete. Die Ausschüsse hatten die Erklärung vorbereitet, aber Dr. Rožkošny ersuchte um eine Abänderung des letzten Satzes, was die erstern ohne Einvernehmung des Officier-Corps nicht zugestehen konnten. Es wurde dessen früher einzuholende Genehmigung beschlossen. Letztere erfolgte am heutigen.

2. In der ersterwähnten Angelegenheit hat auch der versammelte große Bürgerausschuß in einer öffentlichen Erklärung das Benehmen der 3 Stadtverordneten, Rožkošny, Faster und Wanka auf das Entscheidendste mißbilligt. (s. Anh. Nr. CLXXIV.)

3. Der konstitutionelle Verein erließ einen Aufruf zur Unterstützung des Staates in dieser bedrängten Zeit. (s. Anh. Nr. CLXXV.)

4. Das Corps Swornost hat gegen den wegen Auflösung aller Sondercorps und Vereinigung derselben in eine einzige Nationalgarde nach der Conscribirung erlassenen Gubernialauftrag eine Erklärung veröffentlicht, und darin ausdrücklich kund gegeben, daß dessen Auflösung nicht Statt finden könne. (s. Anh. Nr. CLXXVI.) Um nun den Widerstand gegen die Auflösung öffentlich an den Tag zu legen, lassen sich die Glieder des Nationalausschusses, welche der Swornost zugehören, wie Trojan und andere dem Landeschef zum Trotze in der National-Versammlung nicht anders als in Swornost-Uniform sehen. Nicht genug an dem, wir hören von allen Seiten, daß Werbungen in dieses Corps ungescheut geschehen, daß man Glieder der Nationalgarde auch des bewaffneten Bürgercorps zum Eintritte verleite, und zur Verstärkung auf dem Lande wohnende Czechen zu Ehrenmitgliedern ernenne. Man sagt, daß denjenigen, denen es an Mitteln, um sich die altslawische Kleidung zu verschaffen, mangelt, reichliche Unterstützungen zukommen. Woher diese fließen, hierüber wird doch endlich der Schleier gelüftet werden. So ist denn dieses Corps in Prag bis auf 5 Compagnien angewachsen, welche den Baron Villani als Commandanten wählten.

5. In der Versammlung des kleinen und großen Bürgerausschusses vom heutigen Tage ist von mehren Mitgliedern dieser achtbaren Behörde in Anregung gebracht worden, daß Peter Faster und Franz Wanka für die durch ihre bei dem k. k. Appellationsgerichte in der Groll'schen Sache abgegebene Aeußerung vom 10. Mai. d. J. den Bürgern zugefügte Ehrenbeleidigung noch nicht die geforderte Genugthuung geleistet haben, sie daher als Verläumder zu halten seien, und in dieser Hinsicht nicht Glieder eines ehrenhaften Collegiums sein können.

Im ersten Augenblicke theilte die Mehrzahl diese Ansicht, und man hätte vermuthen sollen, der Ausschluß des Faster und Wanka werde aus-

Digitized by Google

gesprochen. Allein der im Ausschuße sitzende Doktor Pinkas suchte die beiden Männer in Schutz zu nehmen, und die von ihm vorgebrachten Scheingründe führten zu dem Beschluße, daß die Ausweisung des Faster nicht Statt finde. So mußte denn der Bürger-Ausschuß die Achtung seiner Mitbürger verlieren, und letztere haben es auch durch die Wahlerneuerung vom 18. d. bewiesen.

Wir lesen in einem früheren Hefte, wie Dr. Pinkas um Volksgunst buhlet, denn, als man ihm eine Katzenmusik zudachte, war er schnell mit einer öffentlichen Rechtfertigung aufgetreten, in welcher er ein Ereigniß erzählet, das ein Anderer kaum zur Sprache gebracht haben würde. (Nr. LI.) Man muß nur noch bemerken, daß Dr. Pinkas am 11. Mai auf der Bataillons-Wachstube sich über die protokollarische Aeußerung des Peter Faster sehr gereizt ausgesprochen, und sich der Worte bedient habe: Nun sei es auch mit der Nationalbelohnung des Faster am Ende, er kann nicht mehr in dem Stadtverordneten-Collegium sitzen. Wie kommt es, daß Dr. Pinkas am heutigen, als diese Frage wirklich zur Sprache gekommen, sich sogar zum Vertheidiger des Faster aufgeworfen. Aus diesem wird das längst verbreitete Gerücht, daß Dr. Pinkas sich im Schaukelsysteme gefalle, und bald der einen, bald der andern Seite huldige, um es nur mit keiner zu verderben, zur vollen Gewißheit.

Am 17. Mai.

1. Die Ausschußmänner haben sich in Folge der gestrigen Verabredung in das Amtshaus des k. k. Appellationsgerichtes begeben, und es wurde in einer Plenarsitzung dieser Oberbehörde die Genugthuungs-Erklärung zu Protokoll genommen. (s. Anh. Nr. CLXXVII.) Die Repräsentanten des Bürgercorps, der Nationalgarde und Studentenlegion erklärten nun in einer veröffentlichten Darstellung (s. Anh. Nr. CLXXVIII.), daß Dr. Rozkošny in ihrer, und der Achtung der beleidigten Körperschaften nicht das geringste verloren. Sie ersuchten ihn zugleich, falls der durch die Ereignisse des 10. Mai zwischen ihm und den Nationalgarden herbeigeführte Conflikt allein ihn zum Austritte aus dem Stadtverordneten-Collegium bewogen hätte, sich diesem Collegium wieder einzureihen. So ist mit einem der Stadtverordneten die Ausmittlung geschehen, und weiter vom Ausschuße beschlossen worden, gegen Faster und Wanka keinen weitern Zug zu unternehmen, sondern sie dem allgemeinen Urtheile zu überlassen. Doch hat Wanka öffentlich sich verpflichtet, die Erklärung, wenn es der Drang seiner Geschäfte zuläßt, abzugeben. (s. Anh. Nr. CLXXIX.)

2. Am heutigen langte die Nachricht von einer am 15. Mai zu Wien aus der Universität hervorgegangenen Sturmpetition ein, welche mit bewaffneter Gewalt dem Kaiser mehrere Zugeständnisse abgedrungen. Ereignisse dieser Art sind beklagenswerth, denn sie erschüttern und gefährden den Ruhestand der Monarchie. Von Seite des Landespräsidiums wurde nur bekannt gemacht, daß am 15. d. Ruhestörungen Statt gefunden haben. (s. Anh. Nr. CLXXX.) Mit banger Erwartung sehen wir einer bestimmtern Nachricht über das Resultat entgegen.

Digitized by Google

3. Ungeachtet der bestehenden Gubernial-Präsidialkundmachung, daß es in der Nationalgarde keine abgesonderten Corps geben solle, wurde mit der Auflösung der Swornoſt und Concordia gezögert, obgleich letztere dazu bereit zu sein erklärte. Es scheint, daß man mit Vollziehung dieser Maßregel nicht ernstlich auftreten wollte, in der Besorgniß eines gewaltthätigen Anstoßes. Sich einer in allen Staaten bestehenden Einrichtung offen entgegen zu setzen, mußte allerdings Unwillen unter den Bewohnern Prags erregen, weil man vorhergesehen, es könnte diese Swornoſtgarde, in deren Reihen man selbst Menschen, die nach der Grundverfassung der Nationalgarde, und insbesondere nach der kundgemachten provisorischen Organisirungsvorschrift, als einer Ehrengarde von dem Eintritte überall ausgeschlossen sind, aufgenommen, einstens zur Durchführung besonderer Zwecke mißbraucht werden; daß es wirklich geschehen, hat uns die Pfingstwoche bestättigt.

Es vereinten sich nun mehrere Nationalgarden, eine Aufforderung an die Mitglieder der Swornoſt wegen Auflösung und Einreihung zu erlassen. Wir müssen dieses veröffentlichte Sendschreiben (s. Anh. Nr. CLXXXI.) und die von dem Corps Swornoſt hierauf gegebene Antwort (s. Anh. Nr. CLXXXII.) liefern, denn wir werden hieraus entnehmen, wie sich die allgemeine Meinung gegen dieses Corps ausgesprochen, und wie man sich anderseits bemühte, die Bevölkerung über den Zweck des Bestehens zu täuschen.

4. Die Ausschüsse des Prager Handwerker-Vereins hielten am heutigen Sitzungen. Bisher beschäftigten sie sich mit einer Berathung über die Grundlagen einer den gewerblichen Verhältnissen unserer Hauptstadt anzupassenden Gewerb-Ordnung, deren Entwurf in Form einer Petition dem künftigen Landtage, oder dem neu creirten Arbeitsministerium vorgelegt werden soll. Mit der Fassung dieser Petition wurde Eduard Breier beauftragt.

5. Endlich hat über das Ereigniß vom 10. Mai, die abgedrungene Entlassung des verhafteten Franz Groll betreffend, der Stadtverordnete Franz Wanka, (s. Anh. Nr. CLXXXIII.) und in einigen Tagen darauf Peter Faster (s. Anh. Nr. CLXXXIV.) seine Rechtfertigung oder Erklärung öffentlich abgegeben. Während Dr. Rozkosny, ein einsichtsvoller Mann, seine übereilte Aeußerung reuevoll eingestanden, haben Faster und Wanka in Aufsätzen unbewanderte Söldlinge zu deren Verfassung zu Hilfe genommen, um durch Verdrehungen die obergerichtliche Amtshandlnng zu verdächtigen, und sich aus der Schlinge zu ziehen. Faster nennt sich überdies einen Freund des Volkes, wir wollen sehen, ob ihn die Gerichte als solchen anerkennen werden.

6. Am heutigen Abends fand im Saale des St. Wenzelsbades die zweite Versammlung der Slowanská lípa statt, welche einen bedeutenden Zuwachs von Mitgliedern erhalten. Es wurde der Ausschuß sammt den Ersatzmännern gewählt, und zwar als Ausschußmänner: Johann Brabec Bürger und Holzhändler — Doktor Bruna, Dozent und Subtribun, Chlubek, Bürger, Eiselt, Bürger, Ferdinand Fingerhut, Bürger, Franel, Müllermeister, J. U. C. Gauč, Ritter Hanka, Bibliothekar

Digitized by Google

des Museums, J. U. C. Franz Hawliček, Jelinek, Franziskanerordenspriester, Krbeč, Rektor bei St. Georg, Mraček, Bräuermeister, Břetislaw Paul, Chemiker Med. C. Pečirka, Med. D. Podlipsky, Vinzenz Rott, Bürger, Karl Sabina, Redakteur, J. U. D. Schebek, W. Seidl, Franz Spatny, Med. D. Johann Spott, Kr. Stefan, Schriftsteller, Ingenieur Spinglanski, J. K. Tyl, Slawomil Wawra, Schriftsteller, Welč, P. Wiesner, J. U. D. Witak. Ersatzmänner wurden: Nebesky Schriftsteller, J. U. D. Gabriel, Slaw. Tomiček, Schriftsteller, Tomek, Schriftsteller, Kraufky, Professor der Stenographie. Der Ausschuß wird vor der Hand vier Sektionen bilden, und seine Wirksamkeit durch eine eigene čechische Schrift, durch Filialen in allen Kreisen und durch eine ausgebreitete Correspondenz sogleich bethätigen.

7. Vom ersten Juni l. J. soll in Prag eine neue Volkszeitung im Verlage des Landesadvokaten Dr. Josef Frič, eines der wichtigsten Ultračechen erscheinen, und zwar unter dem Titel: Svatováclavské poselství k milému našemu lidu českému. (St. Wenzelsbothschaft an das liebe böhmische Volk.) Redakteur ist der Schriftsteller Dr. Bogislaw Pichl.

8. Gubernial-Präsidialkundmachung, daß der Landtag auf den 7. Juni eröffnet werde.

9. Am heutigen ist der Nationalausschuß zusammengetreten, wir haben a. wieder eine Deputations-, eigentlich Versöhnungs-Scene gesehen, die sich würdig an die vorausgegangenen anschließt. Es ist nämlich Frankl aus Wien, derselbe, der am 15. Mai die Adresse an die Studenten in der Aula verlesen, auch in der Nationalversammlung erschienen, um diese, man weiß nicht, in wessen Namen zu begrüßen. Er hielt eine Rede, die aber keinen großen Eindruck hervorbrachte, theils weil es dem Redner an einem Vortrage, vor allem an dem Organe gebricht, theils weil die Versammlung fühlen mochte, es sei gegenwärtig mehr in Wien als in Prag zu versöhnen. Wir müssen seine hochtrabenden Worte, so viel man einzelne Sätze auffassen konnte, beifügen, sie sind in der That merkwürdig. Er habe, wie er sagte, jede Gelegenheit wahrgenommen, sein Vaterland Böhmen gegen verläumderische Angriffe zu vertheidigen, ihm sei es gelungen, zwei Adressen aus Wien zu vereiteln, die keinen versöhnenden Geist geathmet. Sein Glaubensbekenntniß sei: Freiheit und Loyalität, seine Devise: Gott, Kaiser und Vaterland. Mit inniger Freude habe er nach längerer Abwesenheit wieder seine Heimath betreten, wo jeder Zoll ein Königreich, schmerzlich bewegt aber habe es ihn, dasselbe von Partheien zerrissen zu sehen. Die Böhmen haben eine Mutter, aber zwei Väter, an jene mögen sie denken, um als friedliche Brüder zu vereiteln, daß nicht das mütterliche Erbtheil zersplittert werde. Jeder Funke von Zwietracht muß erstickt werden, denn wir haben ein einiges starkes Böhmen nöthig. Die Čechen sind die Majorität, und die Kraft, die Deutschböhmen die Minorität. Mögen daher diese auch sich kindisch und widerspenstig geberden, die Majorität wird doch Worte finden, ihr Vertrauen zu gewinnen, und sie durch Milde umzustimmen. Es wäre zu

Digitized by Google

wünschen, daß im Schooße des Nationalausschußes sich Federn fänden, die den Ton der versöhnenden Ueberzeugung anzuschlagen verständen, und ohne gerade Emissäre abzugeben, daß die Mitglieder desselben auch in weiteren Kreisen auf dem Lande im Sinne der Eintracht und Vermittlung wirken möchten. Es gibt ja nur eine Freiheit, und zwar eine solche, die die Gleichheit aller Nationen anerkennt. Böhmen soll den andern Provinzen als Muster vorangehen, um ein Oesterreich zu gründen, stark genug, für sich allein zu stehen. — Schön, sehr schön gesagt! nur Schade, daß wir dasselbe schon unzähligemal gehört und gelesen haben.

Palacky antwortete, daß, wenn der Redner die Bewegung von ihrem Anfange an in der Nähe betrachtet, er gewiß zu der Ueberzeugung gekommen wäre, daß die Zwietracht nicht nationaler, sondern politischer Natur sei. Denn nie waren und sind die Čechen national unduldsam, erst mit der Parole „Frankfurt" brach die Entzweiung herein, und ist diese politische Frage erledigt, so steht zu hoffen, daß auch die Eintracht wiederkehren werde.

Dr. Rieger wies die vom Frankl dem Ausschuße vorgeschlagene Thätigkeit zurück, da der Ausschuß noch andere Angelegenheiten zu besorgen habe. Frankl erklärte, mit beiden Rednern einverstanden zu sein, nur meinte er, stehe zu fürchten, daß das nationale Interesse die politischen verzehre. Diese Konferenz wurde umständlicher geliefert, um nur zu beweisen, wie sich unberufene Menschen in die Angelegenheiten Anderer mengen, um nur zu einer Geltung zu gelangen.

b. Die 10. Sektion verlas mehre in Bezug auf die Anschlußfrage vom Lande eingelaufene Zuschriften, mit der auszufertigenden Erledigung, und es wurde auch eine Deputation aus Zebrak eingeführt.

c. Die Versammlung ging zur Berathung der Geschäftsordnung über, welche mit wenigen Abänderungen und Zusätzen angenommen wurde. Ratzenbeck hat einen Antrag auf Nichtveröffentlichung dieser Debatte gestellt, um nicht das Publikum aufmerksam zu machen, daß der Ausschuß erst nach so vielen Berathungen die giltige Art der Berathung bestimme.

d. Brauner protestirte gegen die zu frühzeitige Bestimmung des Landtages, nämlich auf den 7. Juni, weil die beabsichtigten Vorschläge des National-Ausschußes bis dahin nicht bearbeitet sein können, während Rieger auf eine schleunige Landtagsversammlung bestanden, da nur von dieser Ruhe und Ordnung, ja die Existenz des Bürgers abhängt.

e. Am Schluße wurden neue Mitglieder durch Wahl aufgenommen.

Digitized by Google

Digitized by Google

Sammlung

der

Urkunden und Verordnungen,

ausgefertigt

in dem Zeitraume vom 4. bis 17. Mai 1848.

Digitized by Google

Digitized by Google

Nr. CXXV.

Aufruf des Stadtverordneten-Collegiums an die Bewohner Prags.

Die unaufhörlich schon den 2. Tag andauernden Unruhen erfüllen gewiß die friedliebenden und gemeinsinnigen Bewohner unserer Hauptstadt mit der größten Entrüstung und erregen insbesondere deßwegen die lebhaftesten Besorgnisse, weil dadurch alle Gewerbe und aller Handel gehemmt wird und darniederliegt.

Der Bürgermeister und die Stadtverordneten geben ihre tiefe Betrübniß darüber kund und bemühen sich aufs Eifrigste, Ordnung und Ruhe bei Tag und Nacht in allen Theilen der Stadt zu erhalten.

Da aber wieder Unruhen zu befürchten sind, die vielleicht von schlimmeren Folgen sein könnten, so werden alle Herren Hausbesitzer aufgefordert, für den Fall, als Abends oder Nachts, wo immer in der Stadt ein Lärm und Auflauf des Volkes Statt finden sollte, und während dessen die Gässen aus was immer für einer Ursache durch das Lampenlicht nicht hinreichend beleuchtet sein sollten, zur größeren Sicherheit leichterer Verhinderung von Unfug, alle Fenster des ersten Stockwerkes zu beleuchten und dessentwegen die nöthigen Kerzen zur Beleuchtung in Bereitschaft zu halten, was auch künftighin in gleichen Fällen zu beobachten sein wird.

Prag, am 2. Mai 1848.

Der Bürgermeister und die Stadtverordneten der Hauptstadt Prag.

A. Strobach.

Nr. CXXVI.

Erklärung des constitutionellen Vereines an den Herrn Gubernialpräsidenten.

Der constitutionelle Verein hat folgende Erklärung an den k. k. Gubernialpräsidenten Herrn Grafen Leo Thun abgegeben.

Um allen verdächtigenden Gerüchten vorzubeugen, halten wir es für unsere Pflicht, Euer Excellenz den Zweck des constitutionellen Vereines genau bekannt zu geben und ein politisches Glaubensbekenntniß abzulegen:

Wir sind als Männer aus allen gebildeten Ständen darum zusammengetreten, um auf Grundlage aller constitutionellen Rechte und der Gleichberechtigung beider Landessprachen das deutsche Element vor jedem Uebergriffe zu schützen.

Wir sind der fest begründeten Meinung, daß Böhmens politisches, materielles und geistiges Wohl nur auf Grundlage seiner neuen, constitutionellen Verfassung dann erreicht werden kann, wenn es sich mit Oesterreich an Deutschland, an das regenerirte, freie, große Deutschland anschließt.

Der Verein erkennt die constitutionelle Monarchie als einzig zweckmäßige, haltbare Staatsform für Oesterreich, und wir sind von republikanischen Tendenzen eben so weit entfernt, als von denen der absoluten Monarchie.

Wir wollen keine wie immer geartete Beeinträchtigung irgend eines Standes. Wir wollen Hebung und Bestärkung unserer Industrie, Kräftigung

Digitized by Google

und Erweiterung unseres Handels, wir wollen Gesetzlichkeit und Gesetzmäßigkeit für das ganze Land, wir wollen bessere und zeitgemäßere Einrichtung unserer Schulen, wir wollen höhere Bildung und wahre Aufklärung des Volkes.

Dies ist das Ziel, nach dem wir streben, — dies ist der Geist, der uns beseelt.

Im Namen des constitutionellen Vereines.

Der leitende Ausschuß.

Nr. CXXVII.

Aufforderung des constitutionellen Vereines zur Theilnahme an der Bildung eines Actienfondes für die Herausgabe periodischer Schriften.

Die neuesten politischen Ereignisse in Böhmen haben es uns Deutschen klar gemacht, wie sehr wir durch unser passives Verhalten in den letzten Jahrzehnten jene feste nationelle Grundlage verloren haben, die wir nun benöthigen, um dem kräftigen Aufschwunge unserer slavischen Landesbrüder das heilsame Gegengewicht zu halten, ohne welches eine auf Gleichheit fußende Harmonie zwischen den beiden Nationalitäten unseres Landes nicht lange ungestört bleiben könnte. Seien wir eben so gesinnungstüchtig, eben so bestimmt in dem Streben nach politischen Zwecken wie die Stimmführer slavischer Tendenzen, und nie wieder werden wir — wie jetzt — gezwungen sein, uns auf eine negative Opposition beschränken zu müssen die gegen die historische Würde des großen deutschen Stammvolkes, von dem, wir ein kräftiger Zweig sind, verstößt.

Es ist uns die große Aufgabe geworden, unsere czechischen Landesbrüder durch die Bande der Sympathien und der Interessen an Deutschland zu fesseln, welches bestimmt ist, die kleineren, schwächeren Nationalitäten zu schützen, und den asiatischen Eroberungs-Gelüsten Rußlands zu entrücken; — es ist uns die große Aufgabe geworden, im Vereine mit unseren czechischen Landesbrüdern, das Licht der Aufklärung und die Früchte schöner Gesittung nach dem Osten zu bringen; Böhmen soll die Brücke sein, auf welcher Germanen und Slaven im friedlichen Verkehr die Güter des Geistes sich gegenseitig entgegen tragen. Doch ehe dies möglich wird, muß das deutsche Element in Böhmen erwachen und zum Selbstbewußtsein sich erheben. Der Norden unseres Landes ist bereits zum politischen Leben erstanden, wir selbst haben uns für die schöne deutsche Sache begeistert, der eben gebildete constitutionelle Verein hat sie zu ihrem Palladium gemacht; greifen wir nun zu den Waffen des Geistes, um dieses Heiligthum, so wie die vernünftigen Rechte aller Stände und aller Confessionen gegen jedweden Angriff zu vertheidigen.

Keine finstere Macht kann siegen, wenn das Wort der Wahrheit zu der Menge gesprochen wird. Die freie Rede, die freie Presse sind unwiderstehlich, wenn sie einer guten Sache dienen. Darum ist es dringend nothwendig, daß der constitutionelle Verein auch seine Organe habe, durch welche er, unbeengt von ihm fremden Rücksichten, zum Volke spreche.

Alle geistigen Kräfte des Vereins werden diesem Unternehmen gewidmet sein und sich dabei von den besten Correspondenzen des In- und Auslandes unterstützt sehen.

Jeder Theilnehmer an der Begründung dieses Zeitungsfonds wird das schöne Gefühl haben, zur Beruhigung Böhmens, zur Verständigung der getheilten Massen das Seinige beigetragen zu haben.

Den Herren Actionären wird am 1. April jeden Jahres von Seite der Section, welche zu diesem Behufe im constitutionellen Verein gebildet wurde, genaue Rechnung gelegt werden über die Gebahrungen dieses Actienfonds,

Digitized by Google

um dann das sich ergebende Erträgniß als Dividende unter den Herrn Theilnehmern zu repartiren. Auch wird für die Herren Actionäre, die sich auf eine Zeitschrift des constitutionellen Vereins pränumeriren, der Preis derselben ermäßigt werden. Es ist vom constitutionellen Verein festgesetzt worden, daß der in Rede stehende Actienfond für jetzt die Summe von 10.000 fl. C. M. nicht übersteigen soll und durch Hinausgabe von 1000 Actien a 10 fl. zu begründen ist.

Herr **Friedrich Ehrlich**, Buchhändler in Prag am kleinen Ring, hat die Güte, im Namen des constitutionellen Vereins die Ausgabe der Actien zu bewerkstelligen und die Beträge hiefür in Empfang zu nehmen.

Prag, am 28. April 1848.

Vom constitutionellen Verein.

Nr. CXXVIII.

Berichtigung des Dr. Pinkas, Hauptmann der 29. Compagnie der Nationalgarde.

Nr. 71 der Bohemia vom 4. Mai bringt die Notiz, ein Nationalgarde habe den Pöbel zu Excessen gegen die Juden aufgereizt und sei vorgestern den 2. Mai, des Abends bei seiner Compagnie im Wachtzimmer des altstädter Rathhauses erschienen, woselbst ihm seine Compagniegenossen in gerechter Entrüstung Kokarde und Armband vom Leibe gerissen und ihn unter Bedeckung an die Polizeidirektion abgeliefert haben sollen. Daß sich ein solcher Vorfall den 2. Mai in dem Wachtzimmer des altstädter Rathhauses, woselbst die 29. Comp. der Nationalgarde vom 2. auf den 3. Mai unter meinem Commando die Wache hatte, nicht ereignete, und daß überhaupt jene Schandthat der Pöbelaufreizung keinem Mitgliede der 29. Kompagnie zur Last gehe, welche in den letzten Tagen mit Ausdauer und Hingebung Dienst gethan hat, eile ich gewissenhaft und zu Ehre der 29. Compagnie auszusprechen.

Prag, am 4. Mai 1848.

Dr. Adolf M. Pinkas,
Hauptmann der 29. Comp. der Nationalgarde.

Nr. CXXIX.

Petition der geprüften Richter der Parteienvertretung wegen.

Eure k. k. apostolische Majestät!

Der bedeutungsvolle Umschwung der gesammten Staatsinstitutionen, welchen die Völker der österreichischen Monarchie der hohen Gnade und Weisheit Eurer k. k. apostolischen Majestät mit der innigsten Regung verdanken, und der, durch die huldreichst gewährte Constitution bedingte mächtige Fortschritt des materiellen Wohlstandes, der Kultur und allseitigen Entwickelung der geistigen Kräfte, hat in allen Klassen der bürgerlichen Gesellschaft die freudigste Theilnahme, und das Vorgefühl einer nahen, glücklichen Zukunft erweckt, und insbesondere den intelligenten Theil der Bevölkerung mit Jubel erfüllet.

Unter allen Zweigen der öffentlichen Verwaltung sind nach dem angestammten Grundsatze der erlauchten Herrscher Oesterreichs der Justizpflege als der unerschütterlichen Stütze der Staaten, durch die Einführung der Oeffentlichkeit und Mündlichkeit des gerichtlichen Verfahrens, durch die Organisirung der Schwurgerichte, durch die zugesicherte unabhängige Stellung der Richter und durch ihre Unabsetzbarkeit die durchgreifendsten Reformen zugedacht, und hiedurch der Gesammtheit der Staatsbürger und der hohen Staatsgewalt selbst, die beruhigendsten Garantien für die strenge und pflichtgetreue Handhabung des Rechtes gewährt.

Digitized by Google

An diese höchst wesentlichen Reformen der Rechtspflege knüpfet sich zunächst die zuversichtliche Hoffnung auf eine günstigere Gestaltung der äußeren Verhältnisse jener Staatsbürgerklasse, welche sich das Studium und die Uebung der Rechtspflege zum Lebensberufe gemacht, und diesen erhabenen Zweck mit Aufopferung der besten Jugendkräfte, mit jahrelangen, alle anderen Interessen ausschließenden Anstrengungen verfolgt hat; — eine Hoffnung, deren Erfüllung eben so sehr im strengen Rechte gegründet, als auch zur Förderung des allgemeinen Wohles und zur Realisirung der im constitutionellen Principe begriffenen gleichen Berechtigung der Fähigen auf den Gebrauch ihrer Kräfte und auf die Verwerthung ihres Wissens nothwendig ist.

Der Stand der praktischen Juristen ist unter dem Einflusse der bisherigen Verhältnisse unläugbar einem höchst beklagenswerthen Drucke unterlegen; denn die Bahn zu öffentlichen Bedienstungen war bisher bei der trüben Aussicht auf eine erst nach vielen Jahren erreichbare, und in der Regel mit einem geringen, kaum die nothwendigsten Lebensbedürfnisse erschwinglich machenden Gehalte verbundene Anstellung den minder bemittelten Juristen vollends unzugänglich; die von zufälligen Verbindungen abhängige Anstellung in Privatdiensten vereinigte mit der oft ans Unglaubliche gränzenden Kärglichkeit des Einkommens, auch noch den Nachtheil einer höchst prekären Existenz und der völligen Brodlosigkeit im Alter; und die noch einzig erübrigende Erwerbsquelle der Parteienvertretung war bei dem bisherigen Bestande des Monopols der Advokatenpraxis für den practischen Juristen gänzlich versiegt. Wiewol die in naher Aussicht stehende wesentliche Verbesserung der Lage der bereits angestellten oder künftig anzustellenden Juristen allgemein mit dem wärmsten Dank anerkannt wird; so kann die Zukunft derjenigen geprüften Juristen, welche bei der Reorganisirung der öffentlichen Gerichtsverwaltung kein Unterkommen finden, oder von einer Anstellung wegen ihres vorgerückten Alters werden ausgeschlossen werden, nur drückend und unglücklich sein.

Die in der Verfassungsurkunde vom 25. April 1848, §. 24 allen Staatsbürgern gestattete Ergreifung jedes gesetzlich erlaubten Erwerbs- und Nahrungszweiges belebet aber uns und unsere zahlreichen Standesgenossen mit der vertrauensvollen Erwartung, daß die hohe Staatsverwaltung dahin streben werde, auf dem Wege wohlthätiger und rascher Reformen die gänzliche Behebung der in allen Sphären des praktischen Lebens als verderblich anerkannten Monopole, sowie die Umstaltung aller hierauf beruhenden Einrichtungen zu bewirken, und hiedurch alle Hindernisse der geistigen und intellektuellen Entwickelung im Interesse des öffentlichen Wohls und der Freiheit zu entfernen.

Das constitutionelle Princip der Gestattung jeder innerhalb der Schranken der Gesetze sich bewegenden selbstständigen Thätigkeit fordert es, daß allen durch wissenschaftliche Bildung, Intelligenz und moralischen Charakter ausgezeichneten praktischen Juristen ein ihren Fähigkeiten angemessenes Feld der Wirksamkeit und der nützlichen Kraftanwendung eröffnet werde.

In constitutionellen Staaten sind die Institute des Richter- und des Advokatenamtes mit einander auf das Innigste verknüpft; der Uebertritt aus dem einen Stande in den anderen ist keinen Beschränkungen unterworfen und die Zulassung zu den beiden Sphären der juridischen Thätigkeit von einer gleichen Befähigung abhängig gemacht. Zwischen dem Richter und dem Advokaten ist keine Kluft; nur das innige Zusammenwirken und der gleichmäßige Fortschritt kann der Rechtswissenschaft nützen; denn aus ihren Hallen tritt das Ergebniß der Forschung mächtig hervor, und gestaltet sich in dem Kampfe der Ansichten zu einer in das Volk dringenden wahren Rechtsansicht, welche durch die allgemeine Theilnahme zum Gemeingut erhoben, und durch den Beifall derjenigen, die eines richtigen Urtheils fähig sind, gekräftiget wird, und das Institut der Rechtspflege dem Volke heilig macht!

Die Erfahrung lehrt, daß in constitutionellen Staaten der Advokaten- und Richterstand in gleich großem Ansehen stehe, sich des allgemeinen Zu-

Digitized by Google

trauens erfreue, und als die kräftigste Schutzwehre des Rechts betrachtet werde, und daß der Grad der Freiheit, dessen ein Volk genießt, mit der Ausbildung dieser Institute im Gleichgewichte stehen müsse; daher auch mit vollem Grund der Hoffnung Raum gegeben wird, daß in unserem jüngst constitutionell gewordenen Staate das vorherrschende Mißtrauen gegen den Advokaten- und Richterstand nicht anders, als durch das gleichmäßige Fortschreiten in der praktischen Ausbildung und durch die wohlthätige Einwirkung der freien Conkurrenz mit Erfolg wird bekämpft werden können.

Auf Grundlage dieser aus constitutionellen Prinzipen entlehnten Ergebnisse haben auch Eure k. k. apostolische Majestät nach dem hohen Ministerialerlasse vom 31. März l. J., Z. 252 M. J. allergnädigst anzuordnen geruht, daß die Qualification zum Staatsdienste und zur Praxis lediglich von einer strengen Staatsprüfung abhängig sein solle.

Aus dieser gesetzlichen Bestimmung ergibt sich, daß die durch die abgelegten strengen Staatsprüfungen erlangte Befähigung zum Staasdienste in der Sphäre der juridischen Thätigkeit, für die Zukunft nicht bloß die Qualification zum Staatsdienste, sondern auch die auf gleichen Principien beruhende Befähigung zur Advokatenpraxis in sich begreife, ohne daß es in Uebereinstimmung mit den bisherigen Normen noch ferner nothwendig wäre, zur Erlangung der Befähigung zur Advokatenpraxis die sonst geforderte akademische Würde des Doctorates zu erstreben. Die bisherigen gesetzlichen Bestimmungen haben den Grundsatz der Gleichstellung des Richteramtsbefugnisses und der Befähigung zur Parteienvertretung deutlich ausgesprochen. Denn nach der Vorschrift des Hofdekretes vom 29. Jänn. 1813, Z. 1028 sind die mit den Richteramtsdekreten versehenen Juristen zur eigenen Vertretung in strittigen Rechtsangelegenheiten berechtigt; ebenso steht den zur Zeit der Kundmachung des Hofdekrets vom 22. Sept. 1821, Z. 1801 bereits angestellt gewesenen Gerichtsverwaltern das Recht der Parteienvertretung noch immer zu; auch ist der Richter im Strafprozesse zur Vertheidigung des Beschuldigten, sowie in strittigen Parteiangelegenheiten nach dem §. 20 a. G. O. und dem Hofkanzleidekrete vom 2. Dezember 1845, Z. 40443 in allen Fällen des mündlichen Verfahrens zur Vertretung der rechtssuchenden Parteien von Amtswegen angewiesen, und für die getreue und sachkundige Erfüllung dieser Pflicht strenge verantwortlich.

Die bisher in der Hauptstadt auf 65, und am Lande auf 25 beschränkte Anzahl der Advokaten genügt selbst mit Zureichung der nicht mehr zahlreichen mit dem Parteienvertretungsbefugnisse betheilten Gerichtsverwalter nach der allgemeinen Anerkennung, dem Bedürfnisse keineswegs, und es wird die Nothwendigkeit einer Vermehrung der Advokaten in Böhmen bei einer Bevölkerung von mehr als 4,500.000 Einwohnern desto gebieterischer hervortreten, wenn die Mündlichkeit und die Oeffentlichkeit des Verfahrens im Civil- und im Strafprozesse in allen Instanzen eingeführt sein wird.

In Beziehung auf den Strafprozeß ist es von besonderer Wichtigkeit, daß die zur Strafrechtspflege befähigten Juristen das Recht zur Parteienvertretung erlangen, weil vorzugsweise von ihrer praktischen Vorbildung eine umsichtige und sachkundige Vertretung der ihres Beistandes Bedürfenden mit Beruhigung erwartet werden kann. Da es ebenso wünschenswerth als zweckmäßig ist, daß die in allen praktischen Beziehungen als höchst wohlthätig bewährte Freiheit der Conkurrenz auch in Ansehung der Advokatenpraxis zur Wahrheit, und hiedurch allen durch gründliche Kenntnisse, durch thatkräftigen Willen und durch moralischen Charakter ausgezeichneten Juristen die Möglichkeit zu Theil werde, sich einen ihren Fähigkeiten angemessenen Wirkungskreis zu schaffen, so dürfte die Beschränkung des Advokatenstandes auf eine gewisse Anzahl, oder die bloße Ausdehnung des Monopols der Parteienvertretung auf die hiezu bisher nicht berechtigten Doctoren der Rechte mit Ausschließung der bei Weitem überwiegenden Anzahl der nach dem obigen h. Ministerialerlasse zur Praxis qualificirten Juristen ebenso unzulässig, als ungenügend, ja zweckwidrig und ungerecht erscheinen, besonders als das con-

Digitized by Google

stitutionelle Grundprinzip der gleichen Theilnahmsberechtigung der Fähigen an der Wohlthat des freien Kraftgebrauchs jede Einsprache gegen die Schmälerung oder Aufhebung eines Monopols rücksichtslos verdammt.

Unsere gerechte Bitte um Ausdehnung des Parteienvertretungsbefugnisses auf die zum Richteramte befähigten Juristen bezwecket daher keineswegs das Zugeständniß eines neuen Rechtes, sondern sie nimmt bloß ein altes, den geprüften Richtern schon längst zugestandenes und bisher im umfassenden Maßstabe noch zustehendes Recht in Anspruch, ein Recht, dessen huldreiche Gewährung bei der bevorstehenden Reform der Gerichtsverwaltung, und der gleichzeitig zu gewärtigenden Trennung der bisherigen Parteienvertretungsbefugnisse von dem Richteramte, eine große Anzahl der bei städtischen und Patrimonialgerichten, und zum Theile nur in Advokatenkanzleien in Verwendung stehenden geprüften Juristen vor völliger Verkümmerung rettend zu bewahren geeignet ist.

Oder sollen wir und unsere zahlreichen Standesgenossen, die wir mit Einrechnung der praktischen Uebungszeit 14 volle Jahre den Studien geweiht, und durch die überstandenen strengen Staatsprüfungen eine Qualification erlangt haben, die uns selbst zu den höchsten Staatsämtern befähiget, sollen die, in der Ausübung des Richteramtes zum Theile schon ergrauten Richter, welche gleich allen übrigen Staatsbeamten durch Verwaltung der Justiz nur dem Staate gedient haben, wenn sie auch von ihm nicht besoldet worden sind, noch fernerhin ohne Recht, ohne Subsistenz, ohne Hilfe dastehen? Soll das natürliche Recht des freien Gebrauches der geistigen Kräfte gerade derjenigen Staatsbürgerklasse noch fernerhin durch Monopole verkümmert, und entzogen werden, welche sich das Studium und die Uebung des Rechts zum einzigen Lebensberufe gemacht hat? Der Hinblick auf die hochherzigen Zugeständnisse, womit die Völker Oesterreichs in der jüngsten Zeit beglückt worden sind, ermuthiget daher die in tiefster Ehrfurcht Unterzeichneten zu der gerechten, in der Verfassungsurkunde vom 25. April 1848, und dem h. Ministerialerlasse vom 31. März d. J. gegründeten, unterthänigsten Bitte: Eure k. k. Majestät geruhen allergnädigst zu verordnen: daß die mittelst der erhaltenen Wahlfähigkeitsdekrete zur Ausübung des Richteramtes befugten Juristen, zur Parteienvertretung bei allen Gerichtsstellen des Königreiches Böhmen berechtigt seien.

Prag, am 3. Mai 1848.

Nr. CXXX.

Ministerial-Entschließung über die Protestation des National-Ausschusses gegen die Beschickung des Parlaments.

Die von einer Deputation des National-Comitée Seiner Majestät überreichte Vorstellung gegen die Vornahme der Wahl der Deputirten zu der constituirenden Versammlung in Frankfurt ist von Sr. Majestät dem Ministerium zur sorgfältigen Prüfung zugewiesen worden, und dasselbe befindet sich nach reifer Erwägung in der Lage, darüber folgende Beschlüße zu eröffnen.

Der National-Ausschuß wurde bei seiner Vorstellung von den achtbaren Motiven geleitet, welche sich auf nachstehende drei Gesichtspunkte zurückführen lassen:

a. nicht durch eine Einleitung, welche zu Mißverständnissen Anlaß geben kann, Störungen der öffentlichen Ruhe und Ordnung und der Eintracht zwischen den beiden Volksstämmen herbeizuführen;
b. jede Unterdrückung der Nationalität durch ein Uebergewicht eines Fremden-Elements hintanzuhalten;
c. die Gesammtinteressen der Monarchie und jede des Königreiches Böhmen

nicht durch den Einfluß der Beschlüsse einer denselben ferne stehenden Versammlung zu gefährden.

Die in diesen drei Beziehungen angestellten Erwägungen haben zu dem Ergebnisse geführt, daß

1. wenn auch anfänglich bei der Neuheit des Vorganges in Deutschland Besorgnisse und Zweifel über die Tendenz der eingeleiteten Wahlen bei einem Theile der Bevölkerung bestanden, diese doch nimmer mehr der richtigen Einsicht weichen müssen, daß in demselben kein Anlaß liegen könne, die öffentliche Ruhe und die für das Wohl aller Einwohner so nothwendige Eintracht zu stören;

2. die in einigen Theilen der Monarchie bereits begonnenen Wahlen weder von Aufregungen, noch von bedenklichen Erscheinungen begleitet waren;

3. die, allen Völkern des Kaiserstaates durch die Verfassung verbürgte Nationalität durch dieselben weder einem Angriffe ausgesetzt, noch durch irgend einen Beschluß bedroht werden könne;

4. eben so wenig durch die zu fassenden Beschlüße den Rechten der Regierung für die Wahrung der Interessen der Monarchie und der einzelnen Reiche, welche dieselbe bilden, nahe getreten werden dürfe;

5. in der ausgedehnten Theilnahme, welche den Ländern der Monarchie an diesen Beschlüssen vorbehalten ist, vielmehr die Bürgschaft liegt, daß diese Interessen dabei eine vorzügliche Beachtung finden werden;

6. überdieß die sorgfältigste Beschützung dieser Interessen bei den Verhandlungen und Beschlüssen des deutschen Bundes zu den heiligsten Pflichten der österreichischen Regierung gehöre;

7. gleichzeitig aber dieselbe sich als Mitglied des Bundes auch nicht der Pflicht entschlagen könne, in Vollziehung der bestehenden Staatsverträge durch die Theilnahme der darauf Bezug nehmenden Verhandlungen zur Kräftigung und zeitgemäßen Entwicklung des Bundes mitzuwirken;

8. wenn auch diese Mitwirkung in der Verpflichtung jedes Bundesstaates und der Angehörigen desselben liegt, dennoch keinem Staatsbürger des österr. Kaiserstaates die Pflicht auferlegt worden sei, sich bei den Wahlen zu der bevorstehenden National-Versammlung in Frankfurt zu betheiligen;

9. dagegen es gegen die Rechte der einzelnen Staatsbürger verstoßen würde, ihnen die Mittel zu entziehen, an den Verhandlungen derselben Theil zu nehmen;

10. die Regierung aber durch die Verhinderung der Wahlen in einigen Provinzen der Vorwurf treffen würde, es diesen Provinzen unmöglich gemacht zu haben, einer richtigen Würdigung ihrer Verhältnisse und Stellung zum deutschen Bunde die gebührende Geltung zu verschaffen.

Diese Betrachtungen und die fernere Erwägung, daß in Böhmen selbst ein Theil der Bevölkerung die Beschickung der Versammlung in Frankfurt lebhaft wünscht, und in dieser Richtung bereits den Schutz der Regierung angesprochen hat, und die Verweigerung dieses Schutzes offenbar dem Grundsatze der gleichen Wahrung der Nationalitäten entgegentreten, und die glückliche Eintracht, welche zwischen den Ländern und Volksstämmen der Monarchie besteht, stören würde; haben das Ministerium unter voller Anerkennung der in der Petition des National-Comitée ausgesprochenen loyalen Gesinnungen zu dem Beschluße geführt in der eingeleiteten Ausschreibung der Wahlen zu der Versammlung in Frankfurt keine Aenderung eintreten zu lassen, wobei den Bittstellern zugleich die Versicherung zur Beruhigung dienen wird, daß die Beschickung jener Versammlung eben so wenig den staatsrechtlichen Verhältnissen Böhmens, als irgend einem anderen Theile der Monarchie präjudiciren könne, und daß die Organe der Regierung angewiesen sind, sich jedes Einflußes auf die Wahlen zu enthalten, und die Vornahme derselben nur in so fern zu überwachen, als sie fest darauf zu halten haben, daß Niemand zur Theilnahme an den Wahlen verhalten, aber auch kein Berechtigter daran gehindert werden könne.

Wien, am 29. April 1848. Pillersdorff.

Digitized by Google

Nr. CXXXI.

Erklärung der Deputirten des National-Ausschusses gegen die obige Ministerial-Entschließung.

An ein hohes k. k. Ministerium des Innern!

Die hochachtungsvoll gefertigte Deputation des böhmischen National-Ausschusses hat auf die Sr. Majestät überreichte Vorstellung, die Vornahme der Wahl der Deputirten zu der constituirenden Versammlung in Frankfurt bis zu der Zeit verschieben zu wollen, in welcher sich die erst zu constituirende Volksrepräsentation Böhmens über die Absendung benannter Deputirten und deren Instruction wird aussprechen können — die Erledigung vom 29. April d. J., Z. 1285 — M. J. erhalten, und wir die disfälligen Beschlüsse des hohen Ministeriums ihrer Comittenten pflichtgemäß unverzüglich mittheilen. Nachdem jedoch die in der Vorstellung ausführlich ausgeführten Gründe und Befürchtungen des National-Ausschusses nicht im Stande waren, einen günstigen Bescheid zu erzielen, so findet sich die Deputation verpflichtet, im Namen des National-Ausschusses eine ausdrückliche Verwahrung gegen alle üblen Folgen einzulegen, welche die Ministerial-Beschlüsse, trotz der eifrigsten Bemühungen aller wahren Vaterlandsfreunde, ihnen zu begegnen, dennoch hervorrufen dürften, u. z. hauptsächlich:

a. Bruch des innern Landesfriedens.
b. Communistische Wühlerrei und republikanische Einflüsse.
c. Separationsgelüste.
d. Desavouirung der nach Frankfurt gehenden Deputirten und ihrer anmaßlichen, vorgreifenden Repräsentation des National-Willens durch den bevorstehenden constituirten Landtag, hiedurch aber:
e. Verzögerung, wenn nicht langjährige Hinausschiebung eines doch so sehr wünschenswerthen Schutz- und Trutzbündnisses zwischen dem souverain bleiben müssenden österreichischen Kaiserstaate und Deutschland.

Wien, am 1. Mai 1848.

Wilhelm Graf Wurmbrand. Jarosch. Alois Borrosch.

Nr. CXXXII & CXXXIII.

Kundmachung des National-Ausschusses der Emissäre wegen.

Der National-Ausschuß hat in Erfahrung gebracht, daß sich hie und da im Lande Individuen für Abgeordnete des genannten Ausschusses ausgeben sollen. Der National-Ausschuß sieht sich zu erklären bemüssigt, daß er bis jetzt keinen Abgeordneten ins Land abgeschickt hat, wie dies aus den öffentlichen Verhandlungen erhellt. Er ersucht daher Jedermann, solchen Individuen, die sich für Abgeordnete des National-Ausschusses ausgeben, jedoch keine Legitimation des hohen k. k. Landesguberniums vorzeigen können, keinen Glauben zu schenken.

Vom National-Ausschuß.

Nr. CXXXIV.

Conferenz der 9. und 10. Sektion des National-Ausschusses mit den Abgeordneten des Frankfurter Parlaments Wächter und Kuranda über den Anschluß Böhmens an Deutschland.

Nachdem der Sektionspräsident die beiden Abgeordneten begrüßt, und sie eingeladen hatte, die Besprechung zu beginnen, eröffnete dieselbe:

Digitized by Google

1. 2. 3. 4. Wächter, indem er mittheile: der Zweck ihrer Sendung sei, die Böhmen zur Wahl der Deputirten und ihrer Absendung nach Frankfurt zu bestimmen. Allein in Folge dessen, was sie in Prag schon gehört und gesehen, geben sie im Voraus die Hoffnung des gewünschten Erfolges auf; doch sei ihnen die Gelegenheit zu einer freundschaftlichen Besprechung sehr angenehm. Offen sollen die Ansichten ausgetauscht werden, damit man wisse, was wir beiderseits in Zukunft von einander zu erwarten haben. / Kuranda sagte: Er müsse vor Allem bemerken, daß er einen doppelten Standpunkt einnehme; einen eigentlichen deutschen als Deputirter von Frankfurt, und den andern als dahin Abgeordneter von Oesterreich; vorläufig wolle er mehr vom letzteren Gesichtspunkte aus reden. Bei der Constituirung Deutschlands nehme Norddeutschland, besonders aber Oesterreich eine andere Stellung ein, als die kleinen süddeutschen Staaten; diese müssen sich wegen ihrer Nähe an Frankreich und wegen ihres geringen Umfanges näher mit einander schließen. Oesterreich brauche seine Autonomie nicht aufzugeben, werde dies doch auch Preußen kaum thun, indessen sei es wichtig, daß sich Oesterreich jetzt schon an der Reconstituirung Deutschlands mitbetheilige; denn wollte Oesterreich erst die Vollendung der Verhandlungen abwarten, dann würde Deutschland ohne Zweifel strengere Bedingungen stellen. Oesterreich müßte alles so hinnehmen, wie es nun schon einmal fertig wäre. Oesterreich finde keine natürlichere Verbündenten außer Deutschland, vermöge nichts ohne Deutschland; nur durch Deutschland könne es genug stark sein, einerseits gegen Frankreich, andererseits gegen Rußland.

5. Hawliczek Redacteur entgegnete, daß wir von Frankreich nichts zu fürchten hätten, es wäre nur im Interesse Deutschlands, uns gegen Frankreich zu benützen. Wenn aber Rußland gefährlich werden wollte, so sei eben diese Gefahr gleichzeitig für Deutschland, dieses wäre somit dann ein nothwendiger Alliirter Oesterreichs, ohne daß hierzu lange im Voraus ein engeres Anschließen Oesterreichs an Deutschland nothwendig wäre.

6. Doktor Kliebert las einen Aufsatz, in welchem er seine Ansichten über die Stellung Oesterreichs zu Deutschland aussprach, und seine Meinung, Böhmen solle sich an Deutschland nicht anschließen, motivirte. Es sei unsere erste und heiligste Pflicht, am Landtage unsere inneren und besonderen Landesangelegenheiten zu ordnen, sodann am Reichstage in Wien die äußeren und allgemeinen Angelegenheiten des Kaiserstaates ordnen zu helfen. Wir können nur eine doppelte Gesetzgebung über uns anerkennen, den Landtag in Prag und die Reichsstände in Wien, wozu brauchten wir dann noch ein gesetzgebendes Parlament in Frankfurt über uns? Werde es gut sein, wenn wir auch Gesetze von Frankfurt erhalten, wo man unsere Bedürfnisse nicht kenne, und wo Böhmen, ja selbst ganz Oesterreich denn doch in der Minorität bleiben könne. Die Nationalversammlung in Frankfurt wolle durch den Anschluß Oesterreichs die Starkwerdung Deutschlands, ja nach dem Programe des Wiener Central-Wahl-Comitée solle der österreichische Saat von seiner Souveränität so viel abgeben, als Deutschland zu seiner Kräftigwerdung brauche. Heiße dies nicht, sich auf fremde Kosten bereichern wollen? Wie kommt Oesterreichs Kaiserstaat dazu, über einen Theil seiner Länder die Souveränität einbüßen zu müssen? Deutschland begehre den Ausschuß Oesterreichs wohl nur deshalb so dringend, weil Oesterreich allein das monarchische Prinzip in Deutschland aufrecht zu erhalten im Stande sein dürfte. Republikanismus und Communismus — in Oesterreichs Ländern Gott Lob noch ziemlich unbekannt — unterwühlen bereits einen großen Theil Deutschlands; der Pesthauch davon weht von Süden nach Norden über Deutschland, und droht selbes nach vielleicht langen Bürgerkriegen in zwei Republiken, in Süd- und Norddeutschland zu spalten. Die Scenen in Freiburg und bei Kandern, die Ostentationen in Heidelberg und Köln geben Zeugniß davon. Oesterreich solle der Arzt sein. Eine große schöne Aufgabe, wenn nur Oesterreich selbst stark und gesund wäre! Solle aber Oesterreich selbst in seinen Grundfesten erschüttert, sich mit der Heilung fremder Pestbeulen abgeben, um den Todeskeim in seine eigenen Eingeweide zu pflanzen? Ich glaube, wir räumen erst zu Hause auf, und dann helfen wir brüderlich, wo außer

Digitized by Google

dem Hause zu helfen ist. Die Furcht vor Rußland, die materiellen Vortheile und die Besorgnisse vor čechischen Uibergriffen wären wohl theilweise der Grund, den Anschluß an Deutschland zu wünschen, und das deutsche Parlament zu beschicken. Niemand aber liebe gegenwärtig mehr die Freiheit, und hasse den Tyrannen bitterer, als der Čeche. Das haben die Männer des 11. März l. J. thatsächlich bewiesen. Freudig werden sie mit ganz Deutschland in den ersten Reihen kämpfen, wenn es dem nordischen Tyrannen gelten sollte, die junge Freiheit Oesterreichs oder Deutschlands zu gefährden. Das engste Schutz- und Trutzbündniß mit Deutschland gegen jeden Feind der Freiheit, und gegen Rußland insbesonders sei allgemeiner Wunsch. Sei aber dazu ein Aufgehen Oesterreichs und Böhmens, eine Beschickung des deutschen Parlaments eine Unterwerfung unter die Gesetzgebung in Frankfurt nöthig, und die materiellen Vortheile können gleichfalls durch einen freundlich nachbarlichen Anschluß an Deutschland für unser Vaterland und für den ganzen Kaiserstaat erzielt werden, ohne Beschickung des Parlaments, ohne Unterwerfung unter der Frankfurter Gesetzgebung, ohne Aufgehen eines großen Theils Oesterreichs in Deutschland, Zoll- und Handelsverträge, Verträge über gleiche Münze, Gewicht, Wechsel, Postangelegenheiten u. s. w. könnten im Wege einer Gesandtschaft, vielleicht in kürzerer Zeit und vortheilhafter abgeschlossen werden, als durch die Deputirten Oesterreichs oder Böhmens im Parlamente, die möglicherweise jedesmal überstimmt werden können. Das Mißtrauen gegen čechische Uebergriffe ist ungegründet. Die Čechen haben es bereits bewiesen, daß sie für ihre deutschen Mitbewohner gleichmäßig Alles erbaten, und für sich selbst nichts als Gleichstellung, die ihnen vor Gott und der Welt gebührte. Uebergriffe können nicht nachgewiesen werden, und die Stimmen einzelner Schreier (so wie unter den Deutschen gleichfalls) seien nicht die Stimme der Nation.

Endlich wären die Čechen nicht werth, frei zu sein, wenn sie nicht die vollste Freiheit auch den deutschen Mitbewohnern Böhmens zugestehen wollten. Daß die Čechen aber der Freiheit nicht würdig seien, könne man doch nicht behaupten, ohne eine ganze Nation auf das gröbste zu beleidigen. Der böhmische Landtag ist vor der Thüre, die Bitte um dessen Ausschreibung liegt in Wien. Böhmen soll circa 500 Vertreter auf den Prager Landtag, 160 nach Wien senden; Frankfurt auch verlange circa 70 Vertreter aus Böhmen! Wo soll Böhmen zuerst seine Vertreter hinschicken?

Das eigene Haus und den Kaiserstaat gilt es zuerst befestigen. Jetzt schon zur Einigung und Starkwerdung Deutschlands beitragen zu wollen, wo die Gefahr da sei, daß inzwischen Oesterreichs Kaiserstaat in Trümmer zerfällt, und somit auch unser Vaterland in Feuer und Flammen gerathen könne, wäre Verrath am Vaterlande, Verrath an Oesterreichs Kaiserhaus! Der tausendjährige Verband Böhmens mit Deutschland könne nicht in Betracht kommen, wenn es sich um das eigene Vaterland und um die Existenz unseres Kaiserstaates handelt. Lebere Bande müssen uns näher liegen und heiliger sein. Das historische sei nicht mehr maßgebend für Völker, denn wäre es das, so würde noch Manches in der Jetztzeit vorhanden sein, was glücklicherweise verschwunden ist. In der Hinsicht sei der deutsche Bund vom Jahre 1815 verschwunden, der ohnedies nur ein Band der Fürsten zur Knechtung der Völker war, und der zu Deutschland jene Länder Oesterreichs einbezog, welche blos die Landkarte, nicht aber das praktische Volksleben bemerkbar gemacht hat. Die in Frankfurt ausgesprochene Versicherung der gleichmäßigen Berichtigung auch nichtdeutscher Nationalitäten entspreche zwar ganz der Forderung der Gerechtigkeit, aber sie sei ohne Zugkraft für die čechische Bevölkerung Böhmens. Der Čeche erblicke in der zu Frankfurt ausgesprochenen Gleichberechtigung auch nicht deutscher Nationalitäten nicht eine wirkliche Garantie, sondern blos die Anerkennung dessen, was er schon hat. Der Čeche wolle vereint mit seinen deutschen Mitbewohnern sein Vaterland zunächst und zugleich seinen Kaiserstaat befestigen und kräftigen helfen. Dieser Pflicht dürfte auch der deutsche Bewohner Böhmens zunächst leben. Der baldmöglichste äußere, freundnachbarlichste Anschluß an Deutschland zur Wahrung der beiderseitigen materiellen Interessen und zum Schutze

Digitized by Google

der beiderseitigen jungen Freiheit sei wohl im eigenen Interesse Oesterreichs und Böhmens gelegen. Dazu bedürfe es aber einer bloßen diplomatischen Sendung, keiner Volkswahlen nach Frankfurt, keiner Unterwerfung unter's deutsche Parlament. Für den Anschluß in der Art aber, daß Böhmen sich dem deutschen Parlamente unterwerfe, von Frankfurt seine Verfassung und Grundgesetze erhalte, Oesterreich in Deutschland mehr oder weniger aufgehe, Deutschland Hauptzweck, Oesterreich nur das Mittel zur Erreichung dieses Zweckes, somit Nebenzweck sei, und vom deutschen Parlamente mehr oder weniger abhängen solle, dafür seien selbst für den Fall, als man Oesterreichs Kaiser mit der Schattengröße eines deutschen Kaisers beglücken wollte, gar keine Sympathien unter der čechischen Bevölkerung Böhmens. Dieser Meinung werden vielleicht am Ende selbst die deutschen Bewohner Böhmens und alle übrigen loyalen Staatsbürger Oesterreichs auch in den übrigen deutschen Provinzen bei ruhiger Ueberlegung beitreten.

Will das deutsche Parlament auf dem Anschluß Oesterreichs und Böhmens in letzterer Beziehung bestehen, so würde es einen Volksstamm wider seinen ausgesprochenen Willen zwingen — das können die freien Männer Deutschlands nicht, — es würde am Ende die Brandfakel des Bürgerkrieges in das schöne Böhmerland werfen, einen allgemeinen Krieg zwischen Deutschen und Čechen, die oafenförmig unter einander wohnen, hervorrufen, und gerade dadurch am meisten Rußland in die Hände arbeiten, welches nicht anstehen würde, in diesem Kampfe beider Nationalitäten seine Rechnung zu finden. Daß der Monarch Wahlen für Frankfunt angeordnet, könne nicht als Bestimmungsgrund für Böhmen gelten. Nur die Volksvertretung hatte darüber zu entscheiden, nicht mehr das Ministerium. Diese Volksvertretung solle man abwarten, und sich mit dem Bescheide des Nationalwillens begnügen, welcher sich ganz gewiß für die feste Verbinduug mit Deutschland gegen jeden Feind der Freiheit aussprechen werde, ohne daß es eben deshalb dazu einer Unterordnung des Kaiserstaates Oesterreich und Böhmens unter das deutsche Parlament bedürfe.

7. Ruppert: Hr. Kuranda habe ein flüchtiges Bild von Deutschland entworfen, er, der Redner, wolle es vollenden. Schleswig-Holstein sei mit Dänemark im ernsten Conflikte, die Zustände Belgiens hängen in der Schwebe, Frankreich unterwühle vielleicht jetzt schon die Organisation der Arbeit, die Schweiz habe sich noch immer nicht consolidirt, Italien scheine für Oesterreich trotz der temporären Fluktuation verloren zu sein, Deutschland selbst hege im Süden viele reactionäre Elemente, die das deutsche Parlament auf ein Pulverfaß stellen; stehe für Deutschlands Wohl nur der Osten offen, um der schwellenden Kraft seiner Industrie neue Absatzstellen zu schaffen. Deutschland möge daher bedenken, daß gerade Slaven das Bindungsglied sind, wodurch seine Produkte bis an die Pulsader der Monarchie gelangen können, die sich Oesterreich mitten im Frieden unterbinden ließ. Vom socialen Standpunkte aus betrachtet ist es im Interesse Deutschlands selbst, daß sich die Slaven consolidiren, und ihre Freiheit behaupten. Der Schwerpunkt der Monarchie falle in die slavischen Theile derselben, die ihre feste und einzige Stütze seien. Wo liegt daher die Nothwendigkeit der Beschränkung des deutschen Parlamentes? Wo seien die Vortheile zu erblicken, die uns das einige Deutschland biethen kann? Er glaube daher nicht unbescheiden zu sein, wenn er sage, Deutschland könne erst dann einig sein, wenn sich die Slavenvölker consolidirt haben werden, damit das sociale Band sich fest um alle Völker schlingen, das fester ist, als alle politischen Bande, denn es seien jetzt nicht die Fürsten, sondern die Völker, die sich die Brüderhände reichen. Schließlich stellt der Redner als Resultat des Strebens der Slavenvölker nach Consolidirung eine Versammlung ihrer Abgeordneten zur geneigten Besprechung ihrer Interessen in Prag in baldige Aussicht.

8. Kuranda sprach Allgemeines über den Anschluß Böhmens an Deutschland; erinnerte, daß erst die Zukunft die Slaven vereinigen dürfte, daß aber die Gegenwart erheische, doch ja Deputirte nach Frankfurt zu schicken, wenn sie auch nur als Zeugen oder Beobachter auftreten, ohne sich oder das Land zu binden.

Digitized by Google

9. Palacky will Oesterreich weder deutsch, noch slavisch genannt wissen, die dem Kaiserstaat zu Grunde liegende Idee sei die gleiche Berechtigung aller Nationalitäten. Oesterreich sei schon gegen 300 Jahre ein eigenes arrondirtes Ganze.

10. Trojan sprach gegen die Zumuthung: bloße Zeugen und Beobachter nach Frankfurt zu schicken; es handle sich jetzt um eine Konstituirung Deutschlands, also zunächst um dessen eigene innere Organisirung. Was sollen bloße Beobachter und Zeugen dabei? Die sind ganz unnütz und überflüssig, und könnten dort nur hinderlich sein. Ich pflichte dem Herrn Dr. Kliebert bei, nur muß ich ihm darin widersprechen, daß selbst auch in der Vergangenheit ein Grund liege, das deutsche Parlament zu beschicken. Herr Kuranda erkenne selbst an, die Verhältnisse bei uns seien anderer Natur und erheischen andere Institutionen als im übrigen Deutschland, besonders in Süddeutschland, deßhalb kann es nur in dessen eigenem Vortheile liegen, den Deutschen nur lieb sein, daß wir sie darin nicht beirren, daß sie für sich allein handeln, sich ganz nach ihren besonderen Bedürfnissen einrichten können. Und so auch wir. Jeder ordne zuerst sein eigenes Hauswesen. Deutschland und Oesterreich mögen als gleichberechtigte Nachbaren in Frieden und Freundschaft neben einander bleiben, der Eine möge dem Andern in die innern Angelegenheiten sich nicht mengen; die äußeren Beziehungen werden sich dann wie sonst unter souverainen Staaten ordnen. Dann erst wird der Eine wie der Andere wissen, mit wem er's zu thun habe, was der beiderseitige Vortheil erheische. Denn reine Aufopferung könne Völkern gegenseitig nicht zugemuthet werden. Wenn Deutschland später nach seiner innern Ordnung unsern Anschluß nicht brauchen sollte, warum will es uns jetzt haben? Wir werden uns auch dann nicht aufdringen. Wenn Deutschland mit 24 Millionen Einwohnern allein bestehen könne, werde es Oesterreich mit 36 Millionen um so sicherer. Oesterreich ist mit seinem Slavenreiche offenbar größer als Deutschland, und kann noch mächtiger werden, wenn es die Slaven der Donauländer zu gewinnen wissen wird. Uns Cechoslaven seien die Slaven näher als die Deutschen und wir verhandeln noch nicht um einen politischen engeren Verband mit denselben. Mit Allen wollen wir im Frieden leben und namentlich auch mit den Deutschen als mit gleich berechtigten Nachbarn immer freundschaftlich verkehren; es sei nun aber an den Deutschen, solch' freundschaftliche Beziehungen möglich zu machen. Je freiwilliger die Bande, desto inniger, desto fester werden sie sein, und mit allen freien Slaven zusammen wird Oesterreich eine ganz andere, weit ansehnlichere Macht bieten können, als ohne dieselben; man möge diese nicht wohl gar zu Gegnern statt zu Freunden machen.

11. Hr. Dr. Rieger sprach in Bezug auf die angeregte Gefahr von Rußland aus, für die Nothwendigkeit eines selbstständigen Oesterreichs. Insbesondere hob er diese Nothwendigkeit für Deutschland selbst hervor, das ja schon in diesem Sinne die Herstellung eines selbstständigen Polens fordert. Polen werde aber kaum so mächtig werden, wie man sich's etwa nach dem Bilde eines altpolnischen Königreiches wünschen oder denken möchte. Man rechne dazu gewöhnlich die 16 Millionen Kleinrussen, die russischen Glaubens sind, und in neuester Zeit meistens von der Union mit der katholischen Kirche zurückgebracht worden sind, und nun wol schon für immer bei Rußland bleiben dürften. Es wird jedenfalls nur ein auf die ethnographischen Grenzen beschränktes Polen wieder erstehen können, dieses wäre nun zu schwach, um das zu leisten, was Deutschland von ihm erwartet. Im Interesse der Ruhe Europa's und des staatlichen Gleichgewichts muß nun Oesterreich diese Mission übernehmen. Daher muß Oesterreich stark sein in seiner Selbstständigkeit. Stark wird es durch die Slaven, welche eine Vereinigung wünschen. Besonders sind es die Südslaven, bei denen sich der Drang nach Vereinigung am entschiedensten ausspricht, und vielleicht zu einem Konflikte mit den Magyaren, ja zur völligen Umgestaltung Ungarns führen dürfte. Die Slaven bilden den Kern der Monarchie, auf sie, auf ihre Sympathien für die fortwährende Vereinigung in der Monarchie, auf ihre Sympathien unter sich muß sich das wiedergeborene konstitutionelle

Digitized by Google

Kaiserthum stützen. Nicht mehr die Gewalt wie sonst; der gegenseitige Vortheil aus der Verbindung gleichberechtigter Völker sichert den Fortbestand der Monarchie. Aus einer statistischen Uebersicht der Slavenstämme, insbesondere in den Donauländern zog der Herr Redner den Schluß, daß eine Politik nicht die gerühmte Scharfsinnigkeit haben konnte, welche die Donauländer übersah, während sie sich unfruchtbar nach Italien richtete. Die blutigen Folgen dieser falschen Politik sehen wir jetzt auffallend genug. Die größten unter den deutschen Kaisern, vor Allem die Hohenstaufen haben unendliche Schätze und Tausende von Menschenleben hingeopfert, um eine deutsche Herrschaft in Italien aufrecht zu erhalten, aber immer ohne dauernden Erfolg. Oesterreich hat diese falsche Politik mit gleich schlechtem Erfolge adoptirt. Auf die Kräftigung der südlichen Slavenstämme, auf deren Gewinnung soll Oesterreich vor allem sein Augenmerk richten. Für Deutschland ist Böhmen, wie sich die allgemeine Zeitung letzthin ausdrückte, immer ein Geschwür, und wird es immer bleiben. Nun gut, so schneide man es heraus. Die Böhmen haben durchaus nicht den Ehrgeiz, eine Schmarotzerpflanze zu sein auf dem edlen Stamme der deutschen Eiche, um so deren kräftiges Wachsthum und freie Entwickelung zu hindern. Lasset diese von Euch sogenante Schmarotzerpflanze frei auf ihrem Boden im Kaiserthum Oesterreich aufwachsen, und sie wird zu einem mächtigen Stamme, der Euch mit den übrigen in dem herrlichen Walde Oesterreichs gegen die Stürme vom Osten her schützen wird. Ein mächtiges, selbstständiges Kaiserthum Oesterreich ist der sicherste Schutz, ist eine Nothwendigkeit für Deutschland.

12. Herr Wächter erklärt: Er sei nicht derselben Ansicht mit seinem Kollegen Kuranda. In Deutschland sei eine starke republikanische Partei nicht zu verkennen, aber Süddeutschland habe mit großer Majorität sich für das monarchische Prinzip erklärt. Als Zuwachs dieser Gesinnung wären die Deputirten aus Böhmen erwünscht. Eine Centralkraft sei nothwendig zur Kräftigung der deutschen Stämme. Natürlich müßte auch Oesterreich etwas von seiner Souverainität abtreten, er denke sich's mit den meisten Kollegen in Frankfurt so: Es soll die Militairgewalt konzentrirt werden, es soll nur eine Repräsentation nach Außen geben. Ein Zoll- und Handelswesen, Einheit der Gesetze im Wesentlichen. Deutschland wünsche Oesterreich fest vereinigt zu sehen, gönne ihm aber seine Individualität. Deutschland wünsche „uns nur in seinen Armen zu haben."

13. Herr Dr. Pinkas sprach, wie der deutsche Bund uns immer hinderlich war, wie Oesterreich endlich selbständig werden solle. Wir wollen einen österreichischen Patriotismus schaffen. Es wird nicht leicht sein, aber es wird, wenn uns ein Anschluß an Deutschland nicht hindert. Ueber diesen Anschluß jetzt zu reden, sei sehr voreilig. Deutschland und Oesterreich mögen zuerst ihre Wiedergeburt abwarten, bevor sie ihre Ehepakten entwerfen. Der deutsche Bund war ein Fürstenbund, Böhmen nahm man auf, ohne es zu fragen. Der Böhme mußte für einen Deutschen gelten, sollen wir noch zu diesem Bunde gehören, so muß man uns erst fragen, jetzt ist aber die Frage über einen Anschluß Böhmens an Deutschland noch unreif, aber die Möglichkeit eines solchen Anschlusses mag vorbehalten bleiben.

68 Männer, natürlich die Besten des Landes, sollte man nach Frankfurt schicken, als wenn wir nicht zu Hause vollauf zu thun hätten, als wenn Böhmen jetzt seine Capacitäten entbehren könnte, wo in wenigen Wochen der Landtag in Prag berufen wird, wo der Reichstag in naher Aussicht steht. Und besteht noch jetzt ein deutscher Bund?

14. Herr Wächter: Gewissermaßen.

15. Herr Dr. Schilling. (Ist während der Konferenz eingetreten, Herr Wächter stellte ihn als Kollegen vor, der sich ihnen angeschlossen habe.) Er höre hier immer mit Wir reden, als ob die Herren im Namen aller Oesterreicher redeten. Er sei ein geborener Salzburger, er müsse in seinem Namen und in dem der übrigen Oesterreicher sich dagegen verwahren. Die deutschen Stämme werden sich bedanken, bei Oesterreich auch dann zu bleiben, wenn Slaven da herrschen sollten. Die 5 Millionen Deutsche würden von den

Digitized by Google

12 Millionen Slaven unterdrückt werden. Das können sie nicht gestatten, dadurch müsse die Trennung der Deutschen provozirt werden. „Wir Deutsche in Oesterreich müssen uns trennen.“ In den deutschen Provinzen ist der projektirte österreichische Patriotismus nicht möglich, wol aber die Auflösung Oesterreichs nothwendig, wenn es nicht deutsch bliebe.

Die Slaven können nicht einig werden. Schon klagen die Mährer über die Anmaßungen der Cechen. Das große slawische Reich sei wol also noch im weiten Felde, und wolle mit Vernichtung der Magyaren beginnen. Mit dem Projekt des Slavenreiches beginnen die Revolutionen. Böhmen möge sich vorläufig an die Wirklichkeit, an das Gegebene halten, und das Frankfurter Parlament beschicken. Wol müssen sich die Nationen gruppiren, und Böhmen kann sich nicht isoliren. Sei ja doch Deutschland viel höher in der Politik, Böhmen sei ja deutsch, in Prag selbst alles deutsch, die Aushängschilder deutsch, seine Freiheit, seine Bildung ist eine deutsche, die cechische Literatur war nicht und könne nicht die Trägerin der Freiheit sein. Die Idee der Freiheit sei bei den Slaven nicht zu finden. Im Interesse der Freiheit fordere er Böhmen auf zum Anschlusse an Deutschland.

16. Herr Ruppert. Wenn es ein Volk gibt, das für Freiheit glüht, so sind es die Slaven! Durch 200 Jahre hat man die Cechen geknechtet, alle Mittel hat der Despotismus angewendet, um das Land zu germanisiren, und der kleine Haufen der Cechen hat am 11. März in Prag gezeigt, daß er noch immer sein cechisches Selbstgefühl ungetrübt gewahrt hat; die Liebe zur Freiheit ist so zu sagen in seinem Blute. Doch sehen wir ab von der Politik zur socialen Gestaltung des Landes. Wodurch sank unsere Industrie? Durch unsere Verbindung mit Deutschland. Deutschland wäre endlich unser Grab.

17. Herr Ebert zu den Abgeordneten: Hoffen Sie ein einiges Deutschland? Ist es schon garantirt? Vorderhand haben wir noch keine Bürgschaft für uns in dem Zustande Deutschlands. Er habe Deutschland vor Kurzem nach allen Richtungen bereiset, und einen solchen Zustand gefunden, daß diese gewünschte Einheit nicht sobald zu hoffen sei.

18. Herr Palacky dankt dem Herrn Dr. Schilling für die unumwundene Sprache, aber schmerzlich sei es, solche Worte von einem Oesterreicher zu hören. Inhuman sei eine Gesinnung, daß, da der Deutsche nicht bleiben wolle, wo er nicht herrschen kann, wo er mit den Slaven nie gleich berechtigt sein soll. Wenn der deutsche Oesterreicher bei allen ihm durch die bisherigen faktischen Verhältnisse gebotenen Vortheile dennoch Anstand nehme, in einen Bund von Gleichberechtigten einzutreten, so liege darin ein Geständniß der Schwäche, der Feigheit, welche der Redner weit entfernt sei, den Deutschen überhaupt zuzumuthen. Schamröthe müsse bei solchen Aeußerungen den echten Deutschen übergießen. Doch die Deutschen seien zu herzhaft, um solche Ansichten als Deutsche anzuerkennen.

19. Herr Dr. Schilling. Es war vollkommen deutsch (Unterbrechung). Die Slaven wollen nicht eintreten zum deutschen Bunde, aber sie gehören ihm an (allgemeine Aufregung). Die gegenwärtige Idee der Völker sei die Nationalität. Die Nationen sollen sich gruppiren. Wie könnten sich die deutschen Brüder in Oesterreich an Slaven anschließen. Die Millionen, die dem deutschen Bunde angehören, sollen sich ihm auch anschließen.

20. Graf M. Thun. Schmerzlich sei es hören zu müssen, daß Jemand, der sich ein Oesterreicher nennt, über die Möglichkeit eines österreichischen Patriotismus in der Monarchie abspricht, dann wären die Slaven österreichischer als die Oesterreicher. Sein (des Redners) Name, seine Bildung sei deutsch, aber mit seinem ganzen Herzen, mit seinem ganzen Wesen einige er sich mit den Cechen. Die Slaven wollen sich einigen, aber ihr Interesse ist nicht Ausrottung anderer Nationalitäten.

Sie sind überall mit den Deutschen gemengt, nur Wien kann für sie der wahre Vereinigungspunkt sein; eine unbedingte, consequent durchgeführte politische Trennung der Nationalitäten Oesterreichs ist bei dem In- und Zwischeneinanderleben derselben unmöglich.

Digitized by Google

21. Herr Dr. Gabler. Das deutsche Parlamant ist zusammengetreten, um den Despotismus auszurotten; den deutschen Bund aber haben die Fürsten geschlossen, um den Absolutismus zu schützen. Das hat aufgehört. Es bleibt uns daher weder der Vertrag der Fürsten von 1815 noch weniger die Karlsbader-Beschlüsse. — Was jetzt geschieht, muß auf Entschlüße der Völker sich gründen. In Deutschland geht es auf die Gründung einer Republik aus. Die kleinen Länder müssen aus Nothwehr sich zu einem Ganzen vereinigen. — Bei uns aber ist eine Republik unthunlich, wenn es auch Leute genug gibt, die in einer Republik zu leben wüßten.

22. Herr Kuranda. Ich und Wächter wollen friedlich vermitteln. Wir wollen nicht mehr von dem veralteten deutschen Bunde sprechen. Man nenne uneigentlich die Versammlung in Frankfurt ein deutsches Parlament, es sollte richtiger ein Congreß der Völker heißen. Auch die Böhmen sollen Deputirte nach Frankfurt schicken, wäre es auch nur um gegen bestimmte Beschlüße ihr Veto einzulegen. Vom socialen Standpunkte sei eine Einheit in der Menschheit wünschenswerth, eine solche Association beginne nun in Frankfurt. Eine Vereinigung in Bezug gewisser Gesetze, Heere, Zollwesen u. s. w. können ja doch nicht schaden.

23. Herr Dr. Brauner. Es könnte wol eine solche Vereinigung möglich sein, bis sich beide Länder selbst werden organisirt haben; jetzt sei unmöglich, darüber zu verhandeln. So gut Herr Dr. Schilling sich aus Gemüthlichkeit an Deutschland schließen will, so zieht auch die Slaven ein unbestimmtes Gefühl zu ihren slavischen Brüdern. Unser Interesse ist, im Süden die Slaven zu gewinnen gegen russische Einflüsse. Es liegt im eigenen Interesse Deutschlands, uns aufzugeben.

24. Herr Dr. Rieger klärt seine Rede über Illyrien weiter auf, erklärt wol einen Conflict zwischen den Illyrien und Magyaren als voraussichtlich, aber die Slaven wollen die Magyaren durchaus nicht schlachten, oder sie auch nur national vernichten. Der Adel in Ungarn hat die Slaven national und social unterdrückt, sie erheben sich, um gleichberechtigt neben den Magyaren zu stehen, sie wollen nicht von einer fremden Nation beherrscht sein, sie wollen bei Oesterreich bleiben, aber sie wollen auch zugleich nationale Selbstständigkeit und Selbstverwaltung.

Sie haben ein gleiches Recht, das zu verlangen, wie wir Böhmen es hatten. Bei uns haben die Deutschen ihre nationale Suprematie über Böhmen ruhig aufgegeben, und wir können hoffen, daß diese Sache für immer abgethan ist. Ich zweifle, daß die Magyaren ein Gleiches thun werden, und daß somit dieser Streit gleich ruhig und unblutig wie bei uns ausgetragen werden könnte. Doch ist es noch immer möglich, wenn die Magyaren nicht bloß die politische, sondern auch die nationale Gleichberechtigung der Slaven anerkennen. Nur auf der Grundlage der Gleichberechtigung aller Nationalitäten läßt sich die Monarchie erhalten, oder besser gesagt, fester als je rekonstituiren. Die Slaven, die von dem Grundsatze der Gleichberechtigung ausgehen, kann nicht der unverdiente Verdacht treffen, daß sie die Deutschen oder Magyaren oder irgend ein Volk unterdrücken werden. Nie haben sich die Slaven, obwol numerisch überwiegend oder politisch herrschend, fremden Nationalitäten gefährlich erwiesen; anders die Deutschen; eine volle Hälfte der Bevölkerung Norddeutschlands sind germanisirte Slaven. Wie können wir nach unseren gemachten Erfahrungen Vertrauen haben zu Deutschland? Wie können wir uns durch einen engeren Anschluß nur noch mehr gefährden?

25. Dr. Schilling. Es handelt sich nicht um einen Anschluß, sondern um ein Nichtaustreten. Sie sind im Bunde, wenn Sie austreten, so ist es eine Neuerung.

26. Albert Graf Deym. Die Freiheit ist kein deutsches Monopol, wie Herr Dr. Schilling früher erwähnte. Was das Jahr 1620 genommen, das hat der Czeche am 11. März 1848 sich wieder gewonnen, es ist die Freiheit seine Errungenschaft. Zugleich mit den Rechten seiner Nationalität verlor er, und erwarb sie auch wieder, und der Czeche war es, der die Gleichstellung beider Nationalitäten sofort zum Grundsatze machte.

Digitized by Google

27. Dr. Gabler. Die Zeit der Völkercongresse ist noch nicht gekommen. Man hat die Mündigkeit der Völker absichtlich hintangehalten. Man müsse noch viel nachholen. Sich anschließen an Deutschland, hieße die Geschäfte, die ohnehin sich so häufen, noch vervielfältigen. Sie legen Gewicht auf die 1000jährige Verbindung der Böhmen mit Deutschland. Näher angesehen, ist diese Verbindung Böhmens mit Deutschland ein fast 1000jähriger Kampf der Böhmen um ihre Selbstständigkeit und Nationalität. Es ist wahr, wir wurden in den letzten Zeiten zum deutschen Bunde gerechnet. Man hat unser Land in der Bundesacte unter die übrigen deutschen Länder einbezogen, ohne unser Volk dabei um seine Zustimmung gefragt zu haben. Nun handelt es sich um einen Bund der Völker, da wird man wohl also unser Volk, durch seine Vertreter am Landtag präsentirt, fragen müssen. Der deutsche Bund war nur eine politische Faktion, wir in Böhmen haben hievon keine, oder doch keine gute praktische Wirkungen davon empfunden. Ein Anderes ists mit unserer Vereinigung mit Oesterreich, die war eine praktische. Diese Verbindung mit Oesterreich verspricht uns Erhaltung der Nationalität, und alle möglichen materiellen Vortheil. Diese genügt uns vollkommen, eine andere brauchen wir nicht; darum halten wir uns zu Oesterreich.

28. Trojan. Wo viel Eigenthümlichkeit ist, da muß sie auch gewahrt werden; das Gemeinsame ist durch Aufgeben des Eigenthümlichen bedingt, und das kann allerdings schaden. In Bezug auf Mähren sei Herr Dr. Schiller im Irrthum. Das Volk wurde dort noch nicht gefragt. Herr Dr. Schiller habe gewiß auch nicht das eigentliche Volk, sondern wohl nur einige Bewohner einer oder der andern Hauptstadt gehört. Nur zur Orientirung sei es nachgesagt, die Stimmung des mährischen Volkes ist eine andere, als sie nach den bisher gehörten Stimmen scheint. Wir kennen Mähren aus eigener Anschauung, und haben schriftliche Belege brüderlicher Sympathien auch aus Mähren in Händen.

29. Wächter wünscht schließlich, daß in der Folge wenigstens Einigkeit erzielt werde, und bekennt einzusehen die Schwierigkeit, die bei der eigenthümlichen Lage der Böhmen darin liege, Deputirte nach Frankfurt zu schicken. Insbesondere wisse er gegen den Grund nichts zu sagen, daß man in dieser Zeit die Capacitäten nicht aus dem Land schicken dürfe. Der deutsche Bund war wieder eine schlimme Fiction, wir hoffen, es werde unter den Völkern anders werden.

Nr. CXXXV.

Erklärung des Gustav Groß über seine im constitutionellen Verein erstattete Relation.

Meine am 29. April in der öffentlichen Versammlung des constitutionellen Vereins ausgesprochenen Worte, denen unmittelbar der viel besprochene Tumult folgte, sind nicht immer in gleicher Weise nacherzählt worden. Obwohl ich hierin durchaus keine böswillige Absicht argwöhne, so sehe ich mich doch genöthigt, jene Worte hier öffentlich zu wiederholen, ohne ein Jota daran zu verändern. Ich schloß den ersten Absatz (der auch der letzte blieb) mit Folgendem: „Ob die cechischen Kreise wählen sollen, wird ein späterer Ministerialbefehl entscheiden." — Jeder Unbefangene wird einsehen, daß hier von keinem Zwange die Rede war, daß der Sinn meiner Worte den Sturm auch nicht im Entferntesten verdiente, und daß ich ihn nicht hervorgerufen habe.

Gustav Groß.

Nr. CXXXVI.

Anzeige des Uffo Horn über seinen Austritt aus dem Nationalausschusse.

An Se. Excellenz Herrn Grafen Leo Thun.

Ew. Excellenz!

Ich habe die Ehre, Ihnen als Präsident des National-Comité anzuzeigen, daß ich nicht länger die Auszeichnung genießen kann, Mitglied desselben

Digitized by Google

zu sein. Die Gründe, die mich zu diesem Schritt bestimmten, werde ich in einer ausführlichen Denkschrift dem Publikum vorlegen.

Ich gehe mit schwerem Herzen, aber ich finde keinen anderen Ausweg. Der Himmel über uns verdüstert sich, die lichten Sterne der Freiheit verbleichen, dafür geht ein drohender Komet auf, der auf Zwietracht und Unglück deutet.

In meiner Heimat will ich für den Frieden wirken, so lange es möglich ist, ich werde dort vielleicht nützlicher sein können, als hier. Gott schütze das Vaterland.

Ich habe die Ehre, Ew. Excellenz meiner Hochachtung zu versichern, und bitte, dem hohen National-Comité meinen Austritt anzuzeigen.

Prag, am 5. Mai 1848.

Ergebenster
Uffo Horn.

Nr. CXXXVII.

Erklärung der Juristen über ihre Verwendung bei Hausuntersuchungen.

Erklärung.

Die Prager Studentenschaft, welche in jenen Tagen, wo man sich zum Kampf rüstete, gegen das alte System, mit Begeisterung die Waffen ergriff, um die Freiheit zu erringen und die Errungenschaft zu vertheidigen, — die Prager Studentenschaft, welche in jenen Tagen, wo sociale Wühlereien, unterstützt durch fanatische Vorurtheile, das Aergste befürchten ließen für den inneren Frieden des Landes, immer bereit war, nach Kräften zur Erhaltung der Ruhe und Ordnung beizutragen: diese Studentenschaft ist gestern zu einem Dienste gebraucht worden, den sie als mit ihrer Ehre unverträglich für alle Zukunft von sich zurückweisen muß. Die löbliche oder vielmehr hier sehr unlöbliche Polizeibehörde Prags hat die Studentenschaft hinterlistiger Weise verwendet zu einer ganz gewöhnlichen nächtlichen Häuservisitation, wahrscheinlich deswegen, weil sie das Unliebsame einer solchen Maßregel in der jetzigen Zeit nicht auf ihre eigenen, ohnedies sehr unbeliebten Schultern laden wollte und es daher räthlich fand, das hieraus bei gewissen Staatsbürgern hervorgehende Mißvergnügen mit einer andern Körperschaft zu theilen. Wir sagen mit gutem Bedacht, daß man die Studentenschaft hinterlistiger Weise zu jenem Dienste verwendet habe und werden diesen unsern Ausspruch sogleich rechtfertigen.

Die Polizeibehörde mußte sich nothwendiger Weise denken, daß die Studentenschaft sich nicht freiwillig würde zu einem Dienste brauchen lassen, den wir für den verächtlichsten ansehen, zu welchem ein Staatsbürger verwendet werden kann, nämlich zu einer nächtlichen Hausuntersuchung, zu einer Verletzung des Eigenthums, welche leider nothwendig wird, um den Unrath wegzuschaffen, den die Gesellschaft selbst erzeugt hat. Die Polizeibehörde hat daher der Studentenschaft von einem sehr ehrenvollen Auftrage gesprochen, von einem Auftrage, dessen Ehrenhaftigkeit zu unserem Bedauern so klein war, daß ein polizeiliches Ehrgefühl dazu erforderlich gewesen wäre, um sie in dem zu verspüren, was wir gestern Abends gesehen und gehört haben. Daß wir nicht zu dem verwendet worden sind, was wir alle als einen ehrenvollen Auftrag anerkennen müssen, daß unser von uns Allen geachtete Herr Oberst so wie unsere Anführer von der löblichen Polizeibehörde mystifizirt worden sind, daß die löbliche Polizeibehörde wirklich durch Beiziehen der Studentenlegion und der Concordia nichts Anderes bewirken wollte, als das in der jetzigen Zeit um so mehr Mißliebige einer nächtlichen Häuservisitation von ihren eigenen auf fremde Schultern zu wälzen, beweisen hinreichend die Vorgänge von gestern Abends. Die Visitationen wurden zu ungeschickt vorgenommen, als daß man annehmen könnte, es hätte ein wichtigerer Zweck dadurch erreicht werden sollen als Aufhebung einiger Vagabunden und liederlicher Frauenzimmer.

Das hier Ausgesprochene können wir nöthigen Falls durch Beweise belegen.

Prag, den 5. Mai 1848.

Einige Juristen.

Digitized by Google

Nr. CXXXVIII.

Rechtfertigung des Herrn Gouverneurs Grafen Stadion über den Vorsitz im National-Ausschusse.

Auf Grund des in unsern neuen politischen Institutionen ausgesprochenen Rechtes zur Bildung von Associationen und Vereinen ist in der neuern Zeit von den in Prag wohnenden Deutschen ein constitutioneller Verein gegründet worden.

Das in den öffentlichen Blättern angedeutete Programm dieses Vereins kann nach den darin ausgesprochenen Grundsätzen nur die allgemeine Billigung finden.

Indessen könnte das Entstehen dieses Vereines zu der Deutung Anlaß geben, daß der National-Ausschuß im Gegensatze zu diesem von Deutschen gegründeten Verein einen čechischen Verein bilde.

Diese Ansicht, wenn sie bestehen sollte, muß berichtigt werden.

Das Programm des National-Ausschusses ist in dem bereits beschlossenen §. 2. der Geschäftsordnung dahin festgestellt:

„Der Zweck des National-Ausschusses ist, die nöthigen Einleitungen zu treffen, damit das constitutionelle Princip auf Grundlage der zweiten Prager Petition vom 8. April l. J. ins Leben gerufen, die Ausführung der bereits zugestandenen Punkte veranlaßt werde, um dem constituirenden Landtage die nöthigen Vorarbeiten zu liefern."

„Ferner hat der National-Ausschuß in Folge dieser Erledigung die Verpflichtung, mitzuwirken, daß die Ruhe, Ordnung und die vollständige Eintracht zwischen beiden Nationalitäten des Königreiches erhalten werde."

Der Zweck dieses Ausschußes ist demnach keineswegs eine Partetansicht, ein spezielles Interesse zu vertreten; — seine Aufgabe soll, wie sein Name andeutet, eine nationelle sein.

Weit entfernt, eine Verwaltungsbehörde zu bilden, welches mit dem constitutionellen Begriffe des Vereinrechts unvereinbarlich ist, ist seine Aufgabe — „eine vorbereitende Lösung der Zeitfragen" — bestimmt ausgesprochen.

In der Zeit der Bewegung konnte man nicht stille stehen, es war dringend geboten, die wichtigsten Fragen, die den Beschlüßen des nächsten constituirenden Landtages unterzogen werden müssen, vorzubereiten; nur eine freie Besprechung, der hiedurch bedingte Austausch der Ideen über die Bedürfnisse und Wünsche des Landes konnte das allgemeine Vertrauen befestigen, — und diesen Verhandlungen konnte und durfte die Regierung nicht fremd bleiben.

Dies sind die Gründe, die mich bestimmten, den Vorsitz bei dem Ausschusse zu führen, und bei Festhaltung dieses Progrommes hätte ich auch fernerhin keinen Anstand genommen, an diesen Berathungen Theil zu nehmen.

Prag, am 6. Mai 1848.

Rudolf Graf Stadion.

Nr. CXXXIX.

Oeffentliche Erklärung des Schriftstellers Moritz Hartmann.

Um Mißverständnissen und gewissen Verdächtigungen vorzubeugen, erkläre ich hiemit, daß ich bis zu diesem Tage für die Augsburger Allgemeine Zeitung „noch keine Sylbe geschrieben habe."

Moritz Hartmann.

Nr. CXXXX.

Antwort des National-Ausschusses auf die Liebenauer Adresse.

Der herzlichste Gruß vom böhmischen Nationalausschusse. Brüder und Landsleute! Mit herzlicher Freude empfing der gefertigte National-Ausschuß

Digitized by Google

den Beweis Eueres brüderlichen Vertrauens, und wir werden durch Euere Zuschrift in der angenehmen Ueberzeugung befestiget, daß unsere Bemühungen und unsere gute Meinung von unseren lieben Landsleuten auch anerkannt werden.

Nehmt vor Allen die heiligste Versicherung, daß es nicht Unbescheidenheit und Anmaßung war, wenn im Drange der Umstände und wegen Kürze der Zeit blos Prag allein bei Sr. Majestät, unserem gnädigsten König im Namen des ganzen Landes und der gesammten Nation jene Bitten stellte, deren gnädigste Erfüllung bei fortdauernder Ruhe und Eintracht unser schönes Vaterland für alle Zukunft beglücken wird.

Prag wollte nicht über das ganze Vaterland eine Bevormundung sich anmaßen. Der Drang der Zeit gebot schnell zu handeln, und der Inhalt unserer Bitten ist der klarste Beweis, daß wir nicht blos für uns sorgten, sondern das Wohl des ganzen Vaterlandes und aller Stände im Auge behielten.

Eben so wenig werdet Ihr uns einer Anmaßung beschuldigen, wenn wir jetzt in Prag einen Verein gebildet haben, dessen uneigennütziges, patriotisches Streben gleichfalls nur das Wohl des ganzen Vaterlandes in Auge hat.

Diese Versammlung von Männern nennt sich nicht deshalb Nationalausschuß, als wären sie von der Gesammtnation erwählt, sondern haben blos deshalb obigen Namen angenommen, weil sie das Gesammtinteresse des Vaterlandes, d. i. der ganzen Nation bis zum Landtag zu wahren, die Vorarbeiten zum künftigen Landtage zu liefern, und unter dem Schutze des hohen k. k. Landespräsidiums Alles in Anregung zu bringen, was die Nothwendigkeit einer so bedrängten Zeit erheischt, sich zur Aufgabe gemacht haben.

Dieser Verein, ohnehin zur Hälfte aus Euern Landsleuten, nämlich aus Deutschen zusammengesetzt, hat es sich auch zur heiligsten Pflicht gemacht, die Gleichberechtigung beider unser Vaterland bewohnenden Volksstämme im vollesten Umfange aufrecht zu erhalten, und wir ersuchen Euch daher, alle ausgestreuten lügenhaften Gerüchte, als ob Euere čechischen Mitbrüder Uebergriffe gegen Euch beabsichtigen, zurückzuweisen.

Wir hegen das volle Vertrauen in Euere Vaterlandsliebe, daß wie bisher, Ihr auch künftig für die Erhaltung der Ruhe und Ordnung zu Hause sorgen und mit Geduld und männlicher Ausdauer den allgemeinen Landtag abwarten werdet, an welchem dann von Euern selbstgewählten Vertretern Alles berathen und verhandelt werden wird, was uns und unseren Nachkommen frommt, und dem ganzen Vaterlande zum Heile sein wird.

Bis dahin aber beobachtet die bisherigen Gesetze, erhaltet Ruhe und brüderliche Eintracht unter Euch und in Euerer Umgebung, und bedenket, daß es nicht möglich sei, mit einem Schlage Alles zu stürzen und zu ändern, und daß eine unmäßige Uebereilung nur schädliche Wirren hervorrufen würde, die vielleicht dem Vaterlande größeren Schaden verursachen könnten, als es die bisherigen mangelhaften Einrichtungen gewesen sind. Gestattet Niemanden Gewaltthätigkeiten oder Rechtsverletzungen, damit volle Sicherheit des Eigenthums und der Person im Vaterlande herrsche. Lasset Euch durch irrthümliche Gerüchte nicht zum Mißtrauen oder gar zu gewaltsamen Schritten verleiten, und solltet Ihr Auskünfte und Aufklärungen wünschen, so wendet Euch vertrauensvoll an uns, wir werden stets recht gerne bereit sein, als treue Landsleute mit gutem Rath und Auskünften Euch und Jedem zu dienen.

Wir wünschen Euch und Euerer Gemeinde Ruhe und Eintracht, und vertraut auf Gott, damit er alle diese Ereignisse der Neuzeit dem baldigen erwünschten friedlichen Ende zuführe, auf daß wir Alle die Früchte der jungen Freiheit bald friedlich genießen, in Eintracht und Einheit glücklich unter einander leben, und uns in unserem Vaterlande alle gemeinschaftlich des neuen Aufblühens freuen mögen.

Vom Nationalausschusse, den 6. Mai 1848.

Graf Thun.
Graf Wurmbrand.
Dr. Kliebert.

Digitized by Google

Nr. CXXXXI.

Manifest des National-Ausschusses die begehrte Vereinigung Böhmens mit Mähren und Schlesien betreffend.

Der in Prag unter dem Vorsitze des Herrn Landes-Regierungs-Präsidenten berathende National-Ausschuß, — welchem die Aufgabe gestellt worden ist, die nöthigen Einleitungen zur Durchführung des constitutionellen Princips in Böhmen auf Grundlage der königl. Erledigung der zweiten Prager Petition vom 8. April. J. zu treffen und dem nächstens zu berufenden constituirenden Landtage die nöthigen Vorarbeiten zu liefern, — findet sich durch die Art und Weise, wie die Frage von der Vereinigung Böhmens mit Mähren und Schlesien in jüngster Zeit im In- und Auslande aufgenommen worden ist, veranlaßt, seine Ansichten darüber im Nachstehendem öffentlich zu erklären.

Als vor einigen Wochen das Volk von Böhmen seine Stimme erhob, um von dem Gütigsten und Gerechtesten der Monarchen die Wiederanerkennung der unverjährbaren Rechte seine Natidnalität und ihr entsprechende politische Institutionen zu erlangen, erinnerte es sich im entscheidenden Augenblicke auch seiner lieben Stammgenossen in Mähren und Schlesien, und sprach die Bitte um die Erneuerung und Kräftigung des mehr als tausendjährigen innigen Verbandes dieser Länder an den Stufen des Thrones aus.

Gerne hätte es gleichzeitig über den Grund und die Bedeutung dieser Bitte mit den Mährern und Schlesiern selbst sich näher verständigt, wenn solches bei der Dringlichkeit der Umstände und dem Mangel der geeigneten Organe nur möglich gewesen wäre.

Leider erfuhr aber der ausgesprochene Wunsch der Böhmen, ihr Loos auch ferner an das der Mährer und Schlesier geknüpft zu sehen, beim Eintritt in eine neue Epoche des Volkslebens sich von ihnen nicht zu trennen, sondern Freude und Leid, wie ehemals, brüderlich wieder zu theilen, — er erfuhr das eben so unerwartete als unverdiente Schicksal, an vielen Orten gänzlich mißverstanden, und als Anspruch, ja als Anmaßung einer Gott weiß wie geartet sein sollenden Suprematie gedeutet zu werden. Nur zu schnell fanden sich Menschen, die zum Theil aus kleinlicher Provinzial-Eifersucht, zum Theile aus anderweitigen Sympathien, jeden Funken des Argwohns zur hellen Flamme anzublasen sich bemühten; künstlich aufgeregte Leidenschaften wuchsen bis zu bedrohlichen Demostrationen heran, und an mehr als einem Orte wurden in Uebereilung Beschlüße gefaßt, die jeder Unbefangene im Interesse der Ehre beider Stammgenossen eben so wie um des Friedens, der Eintracht und Wohlfahrt beider Länder willen beklagen muß.

Unseliges Mißverständniß! Als wir in Böhmen zuerst unsere Stimme erhoben, um ein verhaßtes, uns und unsere Nachbarn gleich drückendes System zu stürzen, war unsere laut ausgesprochene Losung: die Freiheit, die gleiche Berechtigung für Alle! Wie konnte irgend Jemand sich vorstellen, daß wir, im Widerspruche mit uns selbst, die dann errungene Freiheit dazu mißbrauchen wollten, um ein Uebergewicht über unsere mährischen Stammgenossen zu gewinnen oder gar eine Oberherrschaft über sie uns anzumaßen? Wie konnte man in dem Wunsche brüderlicher Liebe und Vereinigung eine Aussaat zu Haß und Feindschaft erblicken?

Zu nicht geringem Trost, ja zu wahrer Freude gereicht uns indessen die Wahrnehmung, daß nicht das ganze Volk von Mähren und Schlesien, sondern nur ein Theil desselben in diesem Mißverständnisse befangen sich zeigte, indem eine Menge Stimmen aus allen Gegenden jener Länder fortwährend brüderlich zu uns herüber tönt, und zahlreiche Hände von dort zur Schließung eines ewigen Freundschaftsbundes mit uns sich darbieten. Wir sind auch überzeugt, daß ihre Zahl sich von selbst mehren und über kurz oder lang die Oberhand gewinnen wird, je nachdem an die Stelle der leidenschaftlichen Aufregung die ruhige Ueberlegung und Würdigung aller natürlichen Verhältnisse und Interessen beider Länder sich Bahn bricht.

Digitized by Google

In der ersten Hitze des Kampfes der Meinungen sind in Mähren mancherlei Erklärungen, Petitionen und Beschlüße gegen die von uns geäußerten Wünsche kundgemacht worden. Wir können und wollen in die Sichtung dieser ganzen Fluth nicht eingehen, sondern begnügen uns, nur eine der wichtigsten dieser Schriften, die von den mährischen Hrn. Ständen zu Brünn am 14. April l. J. an Se. k. k. Majestät gerichtete Petition von unserm Standpunkte aus kurz zu beleuchten. Wir glauben, daß jeder Unbefangene bei der dort aus einer einseitigen historischen Induction geschöpften Schlußfolgerung, Mähren sei „ein von Böhmen unabhängiges, dem Gesammtverbande der österreichischen Monarchie angehöriges Land," die nöthige Bestimmtheit und Vollständigkeit vermissen wird. Allerdings ist Mähren kein von Böhmen abhängiges, also etwa unfreies Land; es wurde ja von jeher als ein coordinirtes, nicht als subordinirtres betrachtet und behandelt, als ein gleichberechtigter Bestandtheil eines in der Geschichte unter dem Namen der Krone Böhmens ehrenvoll bekannten Ganzen. Dieses Ganze nun gehört, als solches, dem Gesammtverbande der österreichischen Monarchie an; kein Theil darf davon einseitig sich trennen, so lange er die offen vor aller Welt so oft angelobte Treue unbefleckt bewahren will. Seit mehr als einem Jahrtausende haben die Mähren und Böhmen als Glieder einer und derselben Familie in allen Wechseln des Schicksals treu zusammengehalten; man schlage nur die Blätter ihrer glorreichen Geschichte auf und frage sich, ob man die mährische ohne die böhmische, und umgekehrt, auch nur auffassen und verstehen könne? Es sind wohl, im Verlauf der Zeiten, auch Mißverständnisse und häusliche Zwiste vorgefallen: in welcher Familie, in welcher Haushaltung gibt es deren nicht zuweilen? Und haben sie nicht jedesmal einer innigeren Ausgleichung und Versöhnung wieder Platz gemacht, ist ein einträchtiges Zusammenhalten dem Ausland gegenüber jemals dadurch gestört worden? Wäre es edel, nur des leidigen Zwistes allein, nicht lieber auch der schönen Eintracht sich zu erinnern? Wir könnten es unmöglich billigen, wenn die mährischen Stände den durch alle Jahrhunderte anerkannten und auch sogar in der erneuerten Landesordnung vom 10. Mai 1628 festgehaltenen Grundsatz, Mähren und Schlesien seien der Krone Böhmen „incorporirte Länder" jetzt etwa bestreiten wollten; gewiß erinnern sie sich noch so gut wie wir des 7. Sept. 1836, wo sie in ihres Landes Namen der Krönung ihres und unseres Königs Ferdinand V. auf dem Prager Schlosse beiwohnten. Nein, wir wiederholen es, Mähren ist kein von Böhmen abhängiges, wohl aber ein böhmisches Kron-Land.

Doch sollte Einigen unserer lieben Brüder in Mähren unsere gemeinsame Geschichte etwa nicht genehm sein, wollen sie die alten positiven Bande der Einheit durch die neuesten Ereignisse als gänzlich gelöst betrachten, so bitten wir sie nur noch zu bedenken, zu welchen Folgerungen sie dieser Grundsatz führen wird; mögen sie nur erwägen, was alles auf dem Spiele steht, sobald kein historisches Recht mehr anerkannt werden soll. Wir wollen daher hier auch nicht mehr unsere Vergangenheit, sondern nur unsere beiderseitige Zukunft ins Auge fassen. Vielleicht machen Gründe der Politik uns gegenseitig dasjenige annehmbar und wünschenswerth, was die Geschichte zu empfehlen und zu bewirken unvermögend war.

Eine der ersten Aufgaben aller gesunden Politik ist unstreitig das richtige Erkennen und Ermessen derjenigen Ideen, Neigungen und Richtungen, welche das Staaten- und Völkerleben in der Gegenwart bedingen und für die Entwicklungen der Zukunft normgebend sind. Als solche erblicken wir einerseits die durch die Fortschritte der Mechanik und durch die erleichterten Communicationsmittel eben so wie durch die siegreiche Macht der öffentlichen Meinung je länger je mehr geförderte Centralisation der öffentlichen Gewalten, — andererseits das Princip der Nationalität, welches dem ersteren bald fördernd zur Seite, bald hindernd entgegensteht, und jedenfalls bestimmt ist, ihm gewisse Schranken anzuweisen. Beide Prinzipien sind in unsern Tagen zu höherer Wirksamkeit gelangt als je zuvor; Gottes Odem weht vernehmlich in beiden, aber Niemand weiß, wo ihr Ziel und ihr Ende sein wird,

Digitized by Google

und kein Volk kann ihrer Wirkung sich entziehen. Italien und Deutschland sehen wir eben jetzt tief davon ergriffen und erschüttert, für Oesterreich sind sie bereits eine Lebensfrage geworden, und da dürfen auch wir nicht hoffen, von ihnen unberührt zu bleiben.

Wer immer es behauptet, daß wir in Böhmen uns von der österreichischen Monarchie zu trennen beabsichtigen, der ist entweder kein Freund der Wahrheit, oder ein Irregeleiteter. Wir sind dazu weder treulos, noch unbesonnen genug; denn wir wissen wohl, daß unser inmitten des Continents von Europa gelegenes Land weder für sich allein, noch mit Mähren und Schlesien vereinigt, sich als gänzlich unabhängiger Staat in die Länge zu behaupten im Stande wäre. Unser Geschick ist nach dreihundertjährigem Bestande jetzt um so inniger an unser altes Kaiserhaus geknüpft, als das Unrecht, das Ferdinand II. uns einst zugefügt, von Ferdinand V. vollständig wieder gut gemacht worden ist. Ja, wir sagen es freudig und laut, das hohe Haus Habsburg-Lothringen hat nie und nirgends treuere Anhänger gehabt, als eben jetzt an uns, namentlich seit den Tagen unserer politischen Wiedergeburt.

Aus dem Wunsche jedoch, daß unser Land an unser angestammtes Kaiserhaus unwiderruflich und unlösbar geknüpft sei, folgt es noch keineswegs, daß es sich mit den übrigen Ländern des Kaiserstaats völlig verschmelzen, sich etwa darin auflösen und verlieren sollte: dazu ist es durch seine Natur und seine Geschichte zu eigenthümlich, zu selbstständig gebildet. Die politische Centralisation darf nirgends unbeschränkt sein, am wenigsten in dem großen, aus so verschiedenartigen Bestandtheilen zusammengesetzten Oesterreich; das Princip der Nationalität setzt ihr die nothwendigen natürlichen Gränzen, der damit verbundenen Verschiedenheit der materiellen Interessen nicht zu gedenken. Oder wäre es etwa weise, ja wäre es nur möglich, z. B. Böhmen und Dalmatien, Tyrol und Galizien ganz nach gleichen Gesetzen und Normen zu verwalten? Ist es gewiß, oder auch nur wahrscheinlich, daß eine und dieselbe Centralbehörde, sie heiße nun Ministerium, Collegium oder Reichstag, allen so divergenten localen Bedürfnissen der verschiedenen Länder gleiche Aufmerksamkeit zuwenden, gleiche Rechnung tragen werde? Ist es nicht nothwendig, daß diese Aufgabe getheilt, dabei jedoch keineswegs zerstückelt werde?

Fragen wir nach den natürlichen Bedingungen des Staats- und Volkslebens in Böhmen und Mähren, so werden wir Mühe haben, darin eine wirkliche Verschiedenheit aufzufinden; Natur wie Menschen sind einander so vollkommen gleich, daß nur die Namen sie von einander unterscheiden. Unsere Nationalitäts-Verhältnisse sind in beiden Ländern dieselben: ein der Mehrzahl nach eine und dieselbe slavische Mundart sprechendes Volk, mit deutschen Elementen beinahe gleich stark untermischt, die Bildungsstufe auf beiden Seiten kaum verschieden, keine von einander wesentlich abweichenden socialen Verhältnisse, Sitten und Gesetze, keine divergirenden materiellen Interessen, gleiche Verhältnisse und Bedürfnisse in Ackerbau, Gewerbe und Handel, eine weniger concurrirende als vielmehr gegenseitig sich ergänzende und vervollständigende Industrie. Das Schul- und Unterrichtswesen so wie das ganze System der innern Landesverwaltung muß den bestehenden eigenthümlichen Nationalitäts-Verhältnissen angemessen, daher in beiden Ländern gleichförmig organisirt werden. Sollen abermals alle Verwaltungsorgane in Wien centralisirt und uniformirt werden, so steht zu besorgen, daß die besonderen Bedürfnisse unseres Volkes abermals, wie zuvor, nicht die gehörige Anerkennung und Berücksichtigung finden werden, da das bloße Verständniß derselben mehr Mühe und Selbstverläugnung erfordert, als bei der Mehrzahl der Beamten gewöhnlich zu finden ist. In gerechter Würdigung dessen hat unser gütigster Monarch uns die Errichtung eigener verantwortlicher Central-Behörden für das Königreich Böhmen in Prag mit einem ausgedehnteren Wirkungskreise bereits bewilligt. Wir erblicken darin einen wesentlichen Vortheil für die Wahrnehmung und Förderung der Interessen nicht nur unseres Vaterlandes, sondern auch der Gesammtmonarchie, deren Einheit und Macht nun einmal nicht auf der Uniformirung des Ganzen, sondern auf gerechter Würdigung und wechselseitiger Ausgleichung der einzelnen Theile beruhen muß.

Digitized by Google

Die einseitige Richtung zur Centralisation muß auch hier am Nationalitäts-Princip ein heilsames Gegengewicht anerkennen. Was aber für uns ein Vortheil, das kann für Mähren, bei den ganz gleichen geistigen und materiellen Interessen, unmöglich ein Nachtheil sein. Von einer Aufhebung oder Verrückung der daselbst bestehenden Provinzialbehörden ist und war dabei niemals die Rede, konnte es auch nicht sein, da es uns nicht in den Sinn gekommen ist, Mährens provinzielle Unabhängigkeit beeinträchtigen zu wollen.

Unsere hinsichtlich der Vereinigung sämmtlicher böhmischer Kronländer geäußerten Wünsche sind nun speciell dahin gerichtet, daß 1. anstatt der, mit der Entwicklung des constitutionellen Lebens bei uns fortan unverträglichen bisherigen k. k. Hofstellen für innere politische Verwaltung, die durch das a. h. Cabinetschreiben vom 8. April l. J. dem Königreiche Böhmen bereits mit einem ausgedehnteren Wirkungskreise bewilligten verantwortlichen Central-Behörden unter Einem auch den Mährern zu Gute kommen und somit für sämmtliche böhmischen Kronländer Geltung erlangen; und 2. daß die constitutionelle Entwicklung dieser Länder, wie sie in dem Boden einer ganz gleichem Nationalität wurzelt, auch eine gleiche sei, daher die Landtage, als die fortan wichtigsten Factoren der Gesetzgebung für das Innere, in vollem Einverständnisse handeln. Und wie könnten sie das besser, als wenn sie, sei es in pleno, sei es durch besonders gewählte Ausschüsse, periodisch zusammentreten?

Se. k. k. Majestät hat in Erledigung der zweiten Prager Petition die Frage von der näheren Union der böhmischen Kronländer nicht entscheiden wollen, sondern sie von einer weiteren Verständigung der Partheien abhängig gemacht. Die allgemeine Befriedigung, womit auch dieser Ausspruch in Böhmen aufgenommen wurde, ist eine Bürgschaft mehr dafür, daß unser Volk, weit entfernt, auch nur einen moralischen Zwang ausüben zu wollen, die gewünschte Vereinigung gleichfalls nur auf dem Wege der gegenseitigen Verständigung, der freien Ueberzeugung zu erlangen hofft. Die ruhige Erwägung der damit beiderseits verknüpften Vortheile wird dann gewiß den Ausschlag geben. Wir wünschten, daß das freigewordene Volk von Mähren eben frei von allen fremden Einflüssen an diese Erwägung gehe, daß es von außen unbeirrt, einen selbstständigen Einfluß fasse. Unsere Verbindung könnte für uns nicht erfreulich, für beide Theile nicht heilsam sein, wenn sie nicht durch Liebe und Vertrauen geschlossen und getragen würde.

Prag, den 6. Mai 1848.

Nr. CXXXXII.

Rechtfertigung des Polizeicommissärs Weinmann.

Meine Herren!

Sie sagen in Ihrer obigen Erklärung, es habe Sie die Polizeibehörde Prags hinterlistiger Weise zu einer Häuservisitation verwendet, die Polizeibehörde habe Ihnen von einem sehr ehrenvollen Auftrage gesprochen und habe Sie demnach mystificirt. In der Voraussetzung, daß obige Daten wahr sind — woran zu zweifeln ich übrigens keinen Grund habe — finde ich und jeder Ehrliebende Ihre Entrüstung sehr natürlich und gerechtfertigt. Dennoch muß ich Sie aber bitten, sich durch diese Entrüstung nicht zur Ungerechtigkeit hinreißen zu lassen. — Sie reden nämlich von der Polizeibehörde als von einer moralischen Person und brechen über sie den Stab ob der erlittenen Ungebühr. Erlauben Sie mir, meine Herren, daß ich Sie hier auf einen practischen Standpunct aufmerksam mache, von dem aus nur ein Urtheil in dieser Angelegenheit gefällt werden kann, wenn es nicht ungerecht sein soll. Die innere Verfassung unserer Behörde ist nach der Natur eines Polizeiamtes eine solche, die nicht die Gesammtheit der Beamten für Aufträge oder Acte der Einzelnen verantwortlich gemacht werden kann; daher sollten in Fällen von Vergehungen auch nicht Alle für Einen angeklagt werden. Ich bitte Sie demnach — ja, als

Digitized by Google

künftige Wahrer und Vertreter des Rechts fordere ich Sie auf — den Schritt, den Sie zur Wahrung der Ordnung und Ihrer Ehre gethan haben, nicht gegen die Polizeibehörde, sondern gegen die schuldtragenden Individuen zu richten und daher diejenigen zu nennen, die es sich herausgenommen haben, Sie hinterlistiger Weise zu mißbrauchen und mit falschen Vorspieglungen zu mystificiren, damit das Publikum in dieser einmal zur Oeffentlichkeit gebrachten Angelegenheit klar sehe und damit nicht die Unschuldigen mit den Schuldigen leiden. Genehmigen Sie die Versicherung meiner Hochachtung Ihrer ehrenhaften Gesinnung. —

Prag, den 6. Mai 1848.

Weinmann, Polizeicommissär.

Nr. CXXXXIII.

Erklärung des Johann Mörth.

Es laufen Gerüchte in der Stadt herum, als ob ich mich bei der Aufregung des Volkes gegen die Israeliten betheiligte, und somit Mitveranlasser der letzten bedauerlichen Vorfälle gewesen sei. Obgleich jeder seine eigenen Privatansichten haben, und sonach mir Niemand verwehren kann, mich gegen die angesonnene Juden-Emanzipation auf legalem Wege aus Gründen ausgesprochen zu haben, so bin ich doch nicht der Mann, der heillose Unfüge gegen einen an und für sich seiner Lage nach bedauernswerthen Volksstamm billigt, aber noch weniger es mit seiner Ehre verträglich findet, solche herbeizuführen oder zu unterstützen. Ich erkläre hiemit öffentlich diese Gerüchte als Verläumdung und fordere jeden Mitbürger und Israeliten auf, klagbar gegen mich aufzutreten, und den Beweis zu liefern, sowie ich meinerseits gegen Jeden, der sich an der Verbreitung dieser Verleumdung betheiligt, gerichtlich belangen werde. Ebenso fordere ich die betreffenden Untersuchungsbehörden auf, das Resultat der Untersuchung bezüglich wegen planmäßiger Aufreizung gegen die Juden bereits verhafteten Individuen öffentlich bekannt zu geben, weil sich dadurch herausstellen muß, daß ich bei den oben gedachten Vorfällen durchaus nicht betheiligt bin.

Johann Mörth,
bürgerl. Handelsmann.

Nr. CXXXXIV.

Erklärung des constitutionellen Vereines an Herrn Grafen Leo Thun.

Um allen verdächtigenden Gerüchten vorzubeugen, halten wir es für unsere Pflicht, Euer Excellenz den Zweck des constitutionellen Vereins genau bekannt zu geben und ein politisches Glaubensbekenntniß abzulegen:

Wir sind als Männer aus allen gebildeten Ständen darum zusammengetreten, um auf Grundlage aller constitutionellen Rechte und der Gleichberechtigung beider Landessprachen das deutsche Element vor jedem Uebergriffe zu schützen. Wir sind der fest begründeten Meinung, daß Böhmens politisches, materielles und geistiges Wohl nur auf Grundlage seiner neuen constitutionellen Verfassung dann erreicht werden kann, wenn es sich mit Oesterreich an Deutschland, an das regenerirte, freie, große Deutschland anschließt. Der Verein erkennt die constitutionelle Monarchie als einzig zweckmäßige, haltbare Staatsform für Oesterreich, und wir sind von republikanischen Tendenzen ebenso weit entfernt, als von denen der absoluten Monarchie. Wir wollen keine wie immer geartete Beeinträchtigung irgend eines Standes. Wir wollen Hebung und Bestärkung unserer Industrie, Kräftigung und Erweiterung unsers Handels, wir wollen Gesetzlichkeit und Gesetzmäßigkeit für das ganze Land, wir wollen bessere und zeitgemäßere Einrichtung unserer Schulen, wir

Digitized by Google

wollen höhere Bildung und wahre Aufklärung des Volkes. Dies ist das Ziel, nach dem wir streben, dies ist der Geist, der uns beseelt.

Im Namen des constitutionellen Vereines der leitende Ausschuß.

Nr. CXXXXV.

Aufruf an das Landvolk wegen Aufrechthaltung der Ruhe und Ordnung.

Es gibt jetzt Leute auf der Lande, welche unter dem Vorwande, das Volk über seine neuen Rechte zu belehren, herumziehen, große Versammlungen zusammenberufen und gedruckte Blätter oder Hefte verkaufen oder austheilen. — Unter diesen Leuten gibt es viele Unverständigen und Uebelgesinnte, welche nur für sich selbst Gewinn und Vortheil suchen. — Einige Gemeinden haben schon ihren obrigkeitlichen Aemtern angezeigt, daß sie von solchen Leuten aufgefordert worden sind, keinem Gesetze und keiner Regierung mehr zu folgen; darum hat das Landespräsidium beschlossen, Euch durch die gegenwärtige Kundmachung dasjenige mitzutheilen, was zu Eurer Aufklärung über Eure jetzige Lage und zu Euerer Beruhigung beitragen kann. — Unser gütige Kaiser und König hat eine neue Landesverfassung, welche wir Constitution nennen, in der Absicht gegeben, damit die Regierung des Landes und alle Gesetze so viel als möglich so eingerichtet werden, wie es für das ganze Volk am besten ist. — Diese neue Verfassung, deren Grundzüge in dem Patente vom 25. April d. J. ausgesprochen sind, wird wesentliche Vortheile bringen. — Gar Vieles wird anders werden, als es bisher war, das kann aber nicht Alles auf einmal geschehen. — Jede neue Einrichtung muß erst auf einem Landtage berathen und dann muß darüber von Sr. Majestät unserm allergnädigsten Kaiser und König entschieden werden. — Bis auf solche Art neue Gesetze und Behörden eingeführt werden, bleiben die bisher bestandenen in Kraft, denn Gesetze und eine Regierung muß es überall und zu allen Zeiten geben, wenn nicht die entsetzlichste Unordnung im ganzen Lande entstehen soll. — Diejenigen, welche Euch sagen, daß die obrigkeitlichen Aemter und die Magistrate nichts mehr zu befehlen haben, daß ihr nicht schuldig seid, die kreisämtlichen Erläße zu beachten, daß schon jetzt nirgend mehr Robot geleistet werden solle, und daß keine Gesetze mehr giltig sind, meinen es nicht redlich mit Euch. — Sie wollen Euch gegen einander und gegen die Obrigkeit aufhetzen, wollen Euch zu Gewaltthätigkeiten verleiten und dann in der Verwirrung nur ihren eigenen Vortheil suchen. — Schenket solchen Reden kein Gehör. — Die obrigkeitlichen Aemter und Magistrate bestehen noch immer und Ihr müßt ihnen noch so lange Folge leisten, bis Euch von der Regierung kund gemacht werden wird, daß sie aufgehoben und an ihrer Stelle andere Behörden eingeführt sind; und wer den k. k. Kreisämtern, den Magistraten in den Städten und den obrigkeitlichen Aemtern auf dem Lande nicht Folge leisten, oder gar sich ihnen mit Gewalt widersetzen wollte, der würde jetzt so gut wie früher streng nach den bestehenden Gesetzen bestraft werden. — Die Robot muß überall, wo sie noch nicht durch einen Vertrag mit der Obrigkeit abgelöst ist, noch bis zum letzten März des kommenden Jahres geleistet werden. — Die Obrigkeiten können die Robot nicht leicht entbehren; wenn sie plötzlich und ehe sie sich darauf vorbereiten konnten, aufhören sollte, so wären die meisten Obrigkeiten gar nicht im Stande, ihre Felder gehörig zu bestellen. — Hieraus würde Mangel an Lebensmitteln, Theuerung und vielleicht gar Hungersnoth entstehen und Ihr Alle würdet darunter leiden. — Fahret also noch fort, die Robot zu verrichten, wozu Ihr bis Ende März 1849 verpflichtet seid, wenn Ihr nicht schon früher mit Euerer Obrigkeit übereinkommt, sie abzulösen. Auch nach dem letzten März 1849 werdet Ihr der Obrigkeit für die Befreiung von der Robot auf jeden Fall eine angemessene Entschädigung zu leisten haben. — Die Obrigkeiten haben auf die Robot eben so gut ein wohl erworbenes Recht, wie ihr auf den Besitz Eurer Grund-

Digitized by Google

stücke. — Ihr würdet über Ungerechtigkeit klagen, wenn man Euch zum Beispiele bei einem Straßenbaue Eure Felder zur Herstellung der Straße wegnehmen wollte, ohne Euch dafür nach Billigkeit zu entschädigen. — Ein eben so sträfliches Unrecht wäre es, den Obrigkeiten keine Robot mehr verrichten zu wollen, ohne ihnen dafür eine angemessene Vergütung zu leisten. — Wenn Eure Obrigkeit schon jetzt bereitwillig ist, Euch eine billige Ablösung der Robot zu gestatten, so würde es zu Eurem Vortheile sein, Euch mit ihr zu vergleichen. — Auf dem nächsten Landtage wird darüber berathen werden, wie nach dem letzten März 1849 die Robot wird abgelöst werden müssen, wenn Ihr Euch nicht früher mit Eurer Obrigkeit ausgleicht. — Zu diesem Landtage wird das Volk im ganzen Lande Deputirte schicken und es wird Euch sehr bald kundgemacht werden, wie auch Ihr an der Wahl dieser Deputirten Theil zu nehmen haben werdet. — Die Deputirten der Unterthanen werden eben so sprechen und ihre Stimme abgeben können, wie die Obrigkeiten; da dieser Landtag also auch Eure Wünsche hören und so viel als möglich darauf achten wird, so wartet in Ruhe und Geduld ab, was beschlossen und dann von unserem allgnädigsten Kaiser und König genehmigt werden wird. — Inzwischen besorget in Ruhe und Ordnung Eure Wirthschaften und Eure Gewerbe und sorget vor allem dafür, daß in Eurer Gemeinde Friede und Ordnung von Niemandem gestört werde. — Wenn nicht mehr im ganzen Lande Ruhe und Ordnung herrschte, würden die Gewerbe und der Handel in Stocken gerathen. — Diejenigen, die nur von ihrer Hände Arbeit leben, würden nicht mehr im Stande sein, ihr Brod zu verdienen. — Bettler und Räuber werden dann im Lande herumziehen und Niemand wäre mehr seines Lebens und seiner Habe sicher. — Darum muß Ordnung sein und es muß den Gesetzen und der Regierung im Lande Gehorsam geleistet werden, wie es Gottes Wille ist, damit nicht über das ganze Land und über Euch Alle Elend und Jammer hereinbreche. —

Vom k. k. böhm. Landespräsidium.

Prag, am 8. Mai 1848.

Leo Graf Thun,
k. k. Gubernial-Präsident.

Nr. CXXXXVI.

Erledigung über die Petition der nicht stallirten Doctoren.

Die Petition der Doctoren der Rechte um Freigebung der Advocatie wurde durch nachstehenden authentischen Erlaß des h. k. k. böhm. Appellationsgerichts erledigt:

In Gemäßheit höchsten Justiz-Ministerial-Decrets vom 29. April 1848 Nr. 177 J. M. wird über die an Se. k. k. Majestät gerichtete Petition der nicht stallirten Doctoren der Rechte im Königreiche Böhmen um Freigebung der Advocatur an Doctoren der Rechte denselben bedeutet: daß sobald die Oeffentlichkeit und Mündlichkeit des Verfahrens in der Civil- und Kriminalgerichtspflege in Wirksamkeit getreten sein wird, von Seite des k. k. Ministers der Justiz mit Verwahrung der zu fassenden Reichstagsbeschlüsse kein Anstand genommen werden wird, die Doctoren der Rechte, welche sich mit der — nach erlangter Doctorswürde und vorschriftmäßig genommener Praxis — vor dem Appellationsgerichte mit gutem Erfolge bestandenen Advocatenprüfung, wie auch mit der Kenntniß der Landessprachen ausgewiesen haben werden, und ihnen sonst in Bezug auf Rechtlichkeit und moralisches Wohlverhalten nichts im Wege stehen wird, zur Parteienvertretung bei allen Gerichtsbehörden ohne Beschränkung auf ein bestimmtes Domicil zuzulassen.

Graf Mittrowsky.

Vom k. k. böhm. Appellations- und Kriminal-Obergerichte.

Prag, den 8. Mai 1848.

Karg.

Digitized by Google

Nr. CXXXXVII.

Erklärung der Stadthauptmannschaft über die Verwendung der Studenten zu einer Hausvisitation.

In Folge der in dieser Hauptstadt Prag wiederholt ausgesprochenen bedenklichen Unruhen ist von mehren Seiten der Wunsch angeregt worden, diese Hauptstadt im Interesse der Aufrechthaltung der öffentlichen Ordnung, Ruhe und Sicherheit so viel als möglich von allen fremdherrschaftlichen bestimmungs- und arbeitslosen Individuen zu befreien, und zu diesem Ende zur Nachtzeit eine Generalvisitation in sämmtlichen Bezirken zu gleicher Zeit zu veranlassen.

In der Beziehung ist nun der 4. Mai d. J. als der zur Vornahme dieser Visitation bestimmte Tag behördlich einberaumt, und nachstehendes Decret an sämmtliche k. k. Polizei-Bezirks-Kommissariate erlassen worden:

Decret.

„Heute um die 11te Abendstunde ist unter Beiziehung der Polizeiwache-Assistenz eine Visitation der bekannten Herbergen und Schlupfwinkeln bestimmungsloser Individuen vorzunehmen, und dabei hauptsächlich auf die Ermittlung auswärtiger, ausweis- und beschäftigungsloser Personen Bedacht zu nehmen, und dieselben mit einer ihr Nationale, ihren Aufenthaltsort und Anhaltungsgrund enthaltenden Consignation in das neustädter politische Gerichtshaus zu übergeben."

„Ein zweites Pare dieser Consignation kömmt morgen früh anher zu übergeben."

„Nach Maßgabe der Umstände kann das betreffende löbliche Commando der Nationalgarde um die angemessene Assistenzleistung angegangen werden. —"

Von der k. Stadthauptmannschaft.

Prag, den 4. Mai 1848.

Zu gleicher Zeit wurde hievon der löbliche Prager Magistrat mit Note wegen Vorbereitung der Arrestlocalitäten und Bestimmung der politischen Herren Untersuchungskommissäre, so wie auch das löbliche Commando der Prager Nationalgarde gleichfalls mit Note wegen der etwa nöthig werdenden Assistenzleistung in *genereller Weise* um die geeignete Verfügung angegangen.

Dies ist der objektive Thatbestand, welcher genau die Gränze bezeichnet, auf welche sich die k. k. Stadthauptmannschaft als disponirende Behörde bei vorstehendem ämtlichen Anlasse beschränkte. Was später bei der Durchführung dieser ämtlichen Weisung von den einzelnen Leitenden und executirenden Herren Bezirks-Kommissären verfügt wurde, kann wohl billigerweise nicht der k. k. Stadthauptmannschaft, sondern nur demjenigen Beamten zur Last gelegt werden, welcher sich etwa eigenmächtige Uebergriffe, oder doch sonstige Mißgriffe, oder wohl gar sträfliche Behelligungen erlaubt haben dürfte.

Zur Sicherstellung dieser letztern ist bereits in Folge höherer Weisung die Untersuchung eingeleitet, und es wird wohl ohne Zweifel das Resultat des Ehestens zur öffentlichen Kenntniß gebracht werden.

K. k. Stadthauptmannschaft.

Prag, am 8. Mai 1848.

Nr. CXXXXVIII.

Appellations-Verordnung, die Gleichstellung beider Landessprachen in gerichtlichen Verhandlungen betreffend.

So wie es einerseits Jedermann frei steht, alle gerichtlichen Eingaben entweder in böhmischer oder deutscher Sprache zu überreichen, so sind andererseits sämmtliche Gerichtsbehörden verpflichtet, die Protocolle über gerichtliche Akte, oder mündliche Verhandlungen jeder Art in jener Landessprache aufzunehmen, ebenso alle Erledigungen schriftlicher Eingaben oder gerichtli-

Digitized by Google

cher Protocolle, wie auch alle richterlichen Erkenntnisse in jener Landessprache herauszugeben, welcher die Parthei mächtig ist, von der die schriftliche Eingabe überreicht, oder mit der das gerichtliche Protocoll aufgenommen wurde, und für welche die beschlossene Erledigung oder das geschöpfte Erkenntniß bestimmt ist, daher der böhmischen Parthei böhmisch, und der deutschen deutsch.

Nr. CXXXXIX.

Antwort des böhmischen National-Ausschusses auf die Adresse der Teplitzer Bürgerschaft.

Geehrte Herren!

Der böhmische National-Ausschuß beehrt sich, der löbl. Bürgerschaft der Badestadt Teplitz vor Allem die vollste Anerkennung über das loyale Streben auszusprechen, zur friedlichen Vereinigung beider vaterländischer Elemente kräftig mitzuwirken. Die Wahrung der deutschen Nationalität ist gleichfalls ein edles, das konstitutionelle Leben in unserem Vaterlande nur förderndes Streben, obwol bei dem von unserem gütigen Monarchen ausgesprochenen Grundsatze der vollkommenen Gleichberechtigung beider unser Vaterland bewohnenden Nationalitäten, und bei dem Streben der Czechen, nichts anders als die ihnen so lange vorenthaltene Gleichstellung geltend zu machen, von Uebergriffen keine Rede sein kann.

Was den von der geehrten Bürgerschaft ausgesprochenen Wunsch, wegen des schleunigen und engen Anschlusses Böhmens an Deutschland und wegen Beschickung des deutschen Parlaments anbelangt, so hat der gefertigte National-Ausschuß diesfalls seine Ansicht bereits in der durch die Presse veröffentlichten Adresse an Se. k. k. Majestät ausgesprochen, und die weitere Begründung dieser Ansicht enthält das von der IX. und X. Section des gefertigten National-Ausschusses veröffentlichte Resultat über die Unterhandlung mit den Abgeordneten des Fünfziger-Ausschusses aus Frankfurt, welches bereits der Presse zur Kundmachung übergeben worden ist.

In wiefern daher der freundnachbarlichste, alle materiellen Vortheile unsers Vaterlandes bezweckende äußere Verband mit Deutschland gewunschen wird, stimmt dieses mit der Ansicht des gefertigten National-Ausschusses vollkommen überein.

Nachdem aber mit dem Anschlusse an Deutschland, die Unterordnung unseres Vaterlandes unter die Frankfurter Gesetzgebung, und die Entziehung eines Theils der Souverainität unsers Monarchen über die meisten seiner Länder, insbesonders des Rechtes der obersten Militärgewalt und der obersten Gesetzgebung in allen ihren Zweigen bezweckt werden will, so protestirt der gefertigte National-Ausschuß gegen den Anschluß Böhmens an Deutschand im letzten Sinne, und kann die aus Böhmen etwa dennoch nach Frankfurt abgehenden Männer blos als die Abgeordneten einzelner Vereine ansehen. Er ersucht daher die geehrte Bürgerschaft, nach dem Beispiele der übrigen Gegenden Böhmens, so wie der Provinz Mähren und Schlesien, lieber vor Allem den einheimischen Landtag zu beschicken und sodann diesem Landtage, so wie den Reichsständen es anheim zu stellen, im Interesse des Vaterlandes und des gesammten Kaiserstaates das freundnachbarlichste, alle materielle Vortheile umfassende äußere Verhältniß mit dem sich inzwischen hoffentlich gleichfalls fest gestalteten Deutschlande einzugehen.

Der Wunsch der geehrten Bürgerschaft hinsichtlich der deutschen Beamten in deutschen Gegenden ist in der Billigkeit gegründet, und der gefertigte National-Ausschuß hat bereits in der Beantwortung an die Saazer Bürgerschaft seine diesfällige Ansicht ausgesprochen. Indem die angerufene Beantwortung an die Saazer Bürgerschaft angeschlossen wird, beehrt man sich mitzutheilen, daß auch die čechische Bevölkerung Böhmens keinen andern Wunsch hegt, als daß besonders bei der künftigen Einrichtung der Bezirks-

Digitized by Google

gerichte und bei den neu anzustellenden Beamten daselbst, anfangs die Einrichtung getroffen werde, daß wenigstens Ein der böhmischen Sprache vollkommen mächtiger Mitbeamte verhanden sei, um auch dem čechischen Landesbewohner es möglich zu machen, selbst in ganz deutschen Gegenden die richterliche Hilfe zu suchen und zu finden.

Die Anordnung der Deputirten-Wahlen zum böhmischen Landtage nach Vikariatsbezirken basirt sich auf ein kaiserliches Gesetz und diesfalls kann der gefertigte National-Ausschuß nichts anders als die löbliche Bürgerschaft darauf aufmerksam machen, daß falls ja durch die verschiedene Bevölkerung in den Vikariaten deutscher und čechischer Gegenden ein Mißverhältniß herbeigeführt worden wäre, selbes mehr als hinreichend dadurch ausgeglichen sein dürfte, daß die größte Anzahl der zur eigenen Deputirten-Wahl berechtigten königl. Bergstädte an 20 an der Zahl gerade deutscher Gegenden, nämlich in dem Saazer und Elbogner Kreise gelegen sind. Uebrigens wird von dem Patriotismus aller Bewohner unseres Vaterlandes erwartet, daß jeder Deputirte nur als Böhme bei dem vaterländischen Landtage erscheinen wird, nicht aber blos als Čeche oder blos als Deutscher. Ein definitives Wahlgesetz wird ohnedieß am Landtage berathen werden.

Dem Wunsche der geehrten Bürgerschaft, wegen schleuniger Ausschreibung des böhmischen Landtages zur Beruhigung der aufgeregten Gemüther und Wiederkehr der gesetzlichen Ordnung, ist bereits dadurch Genüge geleistet, daß die diesfällige Bitte des gefertigten National-Ausschusses Sr. k. k. Majestät unterbreitet wurde, und tagtäglich die Anordnung der Wahl so wie die Landtagsausschreibung selbst von Wien erwartet wird.

Zum Schlusse ergreift der gefertigte National-Ausschuß die Gelegenheit, die geehrte Bürgerschaft zu ersuchen, zum Wohle unseres Vaterlandes und zur Kräftigmachung unseres Kaiserstaates Alles, was in Kräften steht, beizutragen und diese heiligste Pflicht vor allem zu erfüllen, daher keine wie immer geartete Handlung zu unternehmen, welche dem constitutionellen Nationalwillen vorgreifen, unser Vaterland einem auswärtigen gesetzgebenden Körper unterwerfen, und der vollsten Souverainität unseres gütigen Monarchen auch nur den geringsten Eintrag thun würde.

Vom böhmischen National-Ausschusse.

Graf Thun,
Graf Wurmbrand,
J. U. Dr. Joh. Kliebert.

Nr. CL.

Oeffentliche Rechtfertigung des Nationalausschusses über sein Wirken.

Um Mißverständnissen, ja selbst zum Theile böswillig ausgestreuten Gerüchten zu begegnen, gibt es kein besseres Mittel, als Wahrheit und Oeffentlichkeit. Beide glaubt der Nationalausschuß schuldig zu sein; nicht um sich zu rechtfertigen oder gegen Angriffe sich zu vertheidigen; — denn von nun wird jede, von wo immer eingehende Protestation unbeantwortet gelassen — sondern um alle Bewohner Böhmens in den Stand zu setzen, mit gesundem Menschenverstande selbst zu prüfen und zu urtheilen.

Noch lange vor den Wiener Ereignissen hatten sich patriotische Männer dahin vereint, bei Sr. Majestät um mehrere zeitgemäße Reformen zum Wohle des Vaterlandes bittlich zu werden, und auf den 11. März l. J. war allgemein die erste Volksversammlung im St. Wenzelsbade zu Prag angesagt, in welcher jene 14 Petitionspunkte mit Ernst und Würde berathen wurden, deren Inhalt als vollkommen bekannt vorausgesetzt wird. Bei dieser Volksversammlung waren Čechen und Deutsche zugegen, und noch nie wurde ein Ausruf mit solchem donnernden Beifall aufgenommen, als der eines anwesenden Theilnehmers: Čech a Němec jedno tělo — (Der Böhme so wie der Deutsche sei ein Körper.) In dieser ersten Prager Volksversammlung wurde ein Ausschuß von Männern böhmischer und deutscher Zeuge gewählt, welche sich St.

Digitized by Google

Wenzels-Comité nannte, und dessen Aufgabe es war, die beschlossenen 14 Petitionspunkte in eine Bittschrift zu fassen, behufs der Unterschriften aufzulegen, und mittelst einer Deputation an Se. Majestät zu befördern. Während der eine Theil des St. Wenzels-Comité sich nach Wien begab, erhielt der andere zurückgebliebene Theil, größtentheils aus Prager Bürgern bestehend, durch den unerwarteten Rücktritt des damaligen Prager Bürgermeisters vollauf zu thun; denn die Anarchie drohte unter der Bevölkerung Prags überhand zu nehmen, und nur allgemein bekannte Bürger und sonstige populäre Männer, wie sie sich gerade im St. Wenzels-Comité befanden, konnten es mit der Aussicht auf Erfolg über sich nehmen, sich den aufgeregten Massen gegenüber zu stellen.

Diesem St. Wenzels-Comité gelang es, Ruhe und Ordnung selbst in jenen gewitterschwangeren Stunden zu erhalten, als die ungenügende erste Erledigung der 14 Petitionspunkte Prag in eine grenzenlose Aufregung versetzt hatte, und von ihm ging auch die zweite Deputation aus, welche am 11. April l. J. mit jener günstigen Erledigung vom 8. April l. J. zurückgekehrte, die in Prag am 12. April l. J. eine Kirchenfeier in der Metropolitankirche bei St. Veit und Abends eine freiwillige allgemeine Illumination hervorgerufen hat. Mittlerweile hatte das St. Wenzels-Comité bei der Wichtigkeit seiner sich gesetzten Aufgabe, Ruhe und Ordnung aufrecht zu erhalten, durch eine freie, bei einer neuerlichen Volksversammlung geschehene Wahl, mit mehreren Mitgliedern sich verstärkt, und auch das h. k. k. Landespräsidium hatte eine Versammlung von circa 40 intelligenten Männern zu dem Behufe berufen, um die nöthigen Vorarbeiten zum ersten böhm. Landtage zu liefern. Bei diesen beiden Wahlen wurde abermals zwischen Männern böhmischer und deutscher Zunge kein Unterschied gemacht.

Als die am 11. April l. J. nach Prag gekommene zweite günstige Erledigung der Prager Petitionspunkte zugleich schon ein Wahlgesetz für den nächsten Landtag und so manche Verfügung enthielt, welche die von obigen Versammlungen bereits begonnenen Vorarbeiten vom Neuen beginnen hieß, hat das h. k. k. böhmische Landespräsidium die beiden bestehenden Versammlungen, nämlich das St. Wenzels-Comité und die Gubernial-Commission in eine Versammlung verschmolzen, welche am 13. April l. J. im k. k. Gubernialgebäude unter dem Vorsitze Sr. Erlaucht des Herrn Oberstburggrafen seine erste Sitzung hielt. Die Versammlung hatte bei ihrer Constituirung circa 120 Mitglieder, darunter über 60 Männer deutscher Zunge. Alle Classen der Bevölkerung, alle Confessionen, der Geistlichen-, Beamten-, Lehr-, Handels- und Gewerbsstand sind daselbst vertreten.

In der ersten Sitzung am 13. April l. J. legte sich diese Versammlung den Namen National-Ausschuß bei, nicht als ob sie aus der Wahl der Nation hervorgegangen wäre, sondern weil sie es übernommen hat, die Interessen der gesammten das Land Böhmen bewohnenden Nation bis zu dem Augenblicke zu wahren, in welchem die wahre Nationalvertretung am Landtage in's Leben treten wird.

Als Aufgabe dieses National-Ausschusses wurde erklärt die nöthigen Einleitungen zu treffen, damit das konstitutionelle Prinzip auf Grundlage der k. Erledigung vom 8. April l. J. in's Leben gerufen, die Ausführung der bereits zugestandenen Punkte veranlaßt, dem konstituirende Landtage die nöthigen Vorarbeiten geliefert, endlich die Ruhe, Ordnung und vollständige Eintracht zwischen beiden Nationalitäten des Königreichs aufrecht erhalten werde. Nicht Verfügungen und Anordnungen sind es daher, deren Erlassung sich der N. A. zur Aufgabe gestellt hat, sondern Vorarbeiten, Berathungen und Entwürfe, die vorzüglich dem ersten böhm. Landtage vorgelegt werden sollen.

Zu diesem Zwecke hat sich der N. A. in XII Sectionen getheilt, jeder Sektion ist ein gewisser Kreis von Geschäften zugewiesen, die daselbst entworfen, und dann in öffentlichen Sitzungen dem ganzen N. A. zur Berathung vorgelegt werden. Die Sitzungen werden gegenwärtig im ehemali-

Digitized by Google

gen Jesuitenrefektorium auf der Kleinseite bei St. Niklas öffentlich gehalten, Jedem steht der Zutritt frei, und bereits ist eine in allen Punkten berathene Wahlordnung als Entwurf Sr. k. k. Majestät mit der Bitte vorgelegt worden, die Wahlen zum ersten Landtage anzuordnen, und den ersten böhm. Landtag selbst mit der Bestimmung seines Beginnens baldigst auszuschreiben. Nebstbei haben die Sektionen für die Regulirung der bäuerlichen Verhältnisse, für die inneren Angelegenheiten, für das Schulwesen u. s. w. bereits ihre Thätigkeit begonnen, und werden ihre Elaborate. als Vorarbeiten dem künftigen Landtage zur Berathung vorlegen.

Eine Journalistenbank bei den öffentlichen Sitzungen des N. A. ist eingerichtet, Alles, was verhandelt wird, ja selbst die Reden der einzelnen Mitglieder werden durch den Druck auszugsweise veröffentlicht, und jeder Stadt, so wie jeder Gemeinde steht es frei, sich durch eigene Deputirte, für welche besondere Sitze errichtet sind, davon zu überzeugen, was im N. A. verhandelt und besprochen wird.

Bereits haben auch eine große Anzahl Städte und Gemeinden aus böhmischen und deutschen Gegenden Dankes- und Vertrauens-Adressen an den National-Ausschuß eingeschickt und der N. A. wird in seinem ganzen uneigennützigen Streben fortfahren, Frieden und Eintracht im Vaterlande zu erhalten, dem künftigen Landtage Vorarbeiten vorzubereiten und das Vertrauen zu rechtfertigen, was ein großer Theil der Bevölkerung Böhmens schon in ihn gesetzt hat.

Vom National-Ausschusse.

Prag, am 8. Mai 1848.

Graf Thun.
Wurmbrand.
J. U. Dr. Joh. Kliebert.

Nr. CLI.

Bekanntmachung aller gegen die Wirksamkeit des National-Ausschusses eingelangten Protestationen.

Bei der großen Zahl der in letzter Zeit eingegangenen, zunächst die Competenz und die Beschlüsse des sogenannten National-Ausschusses, theilweise aber auch die bereits von der Regierung erlassene provisorische Wahlordnung betreffenden Protestationen vom Lande aus deutschen, wie auch einigen čechischen Gegenden stellt sich das Bedürfniß einer übersichtlichen Zusammenfassung derselben um so dringender heraus, als die öffentlichen Zeitungsblätter jede einzelne Protestation nicht mehr dem Wortlaute, sondern nur der Hauptsache nach in ihre Spalten aufzunehmen in der Lage sind, und es doch von unbestreitbarer Wichtigkeit ist, daß das Publikum von dem Dasein und dem Inhalte dieser Protestationen in Kenntniß gesetzt werde.

Der constitutionelle Verein macht daher bekannt, daß, in soweit er zur Wissenschaft derselben gelangte, folgende Städte und Ortschaften sich theils in Protestationen an das hiesige k. k. Landespräsidium, theils in Petitionen an das Ministerium des Innern gewandt oder ihren Beitritt zu bereits abgesandten Protestationen erklärt haben, und zwar: Reichenberg, Böhmisch-Leippa, Reichstadt, Rumburg, Schluckenau, Georgenthal, Georgswalde, Warnsdorf, Nirdorf, Grund, Leitmeritz, Außig, Tetschen, Görkau, Böhmisch-Kamnitz, Brüx, Kaaden, Seestadtl, Bilin, Klostergrab, Dux, Saaz, Elbogen, Falkenau, Eger, Karsbad, Ober- und Nieder-Rochlitz, Starkenbach, Hohenelbe, Arnau, Harrachsdorf, Neuwald, Seifenbach, Tannenwald, Deutschbrod, Lichtenstadt, Schlackenwerth und Neudek.

Die von obbenannten Städten und Ortschaften eingelegten Proteste und gemachten Petitionen lassen sich in Kürze auf nachstehende, übersichtlich geordnete Punkte zurückführen, wobei jedoch zu bemerken ist, daß nicht alle derselben in jeder dieser Protestationen vorkommen, indem die einzelnen Proteste vielmehr

Digitized by Google

bald diese, bald jene Beschwerdemotiven mit besonderem Nachdrucke hervorheben und näher beleuchten.

Es wurde demnach Protest eingelegt:

1) Gegen die Competenz des National-Ausschusses, als einer nicht von der Nation gewählten, nur eine Partei repräsentirenden Körperschaft, die durchaus keine Vertreter des flachen Landes in ihrer Mitte hat (Reichenberg, Böhmisch-Leippa, Hohenelbe, Arnau, Starkenbach, Ober- und Niederrochlitz, Elbogen u. s. w.)
2) Gegen die von diesem Comité beschlossene Wahlordnung zum Landtage, und zwar:
   a.) gegen die vom National-Comité vorgeschlagene Leitung in Beaufsichtigung der Wahlen (sämmtliche genannte Städte und Ortschaften);
   b.) gegen die beabsichtigte Diäten-Ertheilung an diese Wahl-Commission aus dem k. k. Kameralfonde (Lichtenstadt, Schlackenwerth, Neudek u. s. w.)
3) Gegen die Eintheilung der Wahlbezirke nach Vikariaten (Reichenberg, Böhmisch-Leippa, Hohenelbe, Elbogen, Falkenau, Böhmisch-Kammitz, Leitmeritz, Außig, Tetschen, Rumburg u. s. w.).
4) Gegen alle separatistischen Tendenzen, namentlich gegen jede Absonderung Böhmens von den übrigen deutschen Ländern und deren Interessen, so wie auch gegen die Vereinigung Böhmens, Mährens und Schlesiens unter Einem Ministerium (Elbogen, Falkenau, Tannewald, Deutschbrod u. s. w.).
5) Gegen die vom National-Comité beabsichtigte Hintertreibung der Wahlen zur Frankfurter constituirenden Versammlung (Rumburg, Schluckenau, Georgenthal, Georgswalde, Warnsdorf, Leitmeritz, Elbogen, Falkenau u. s. w.), und
6) gegen jede Beeinträchtigung der deutschen Nationalität in den deutschen Kreisen Böhmens (Saaz, Elbogen, Falkenau u. s. w.).

Sollten die Umstände es gestatten, so werden in der Folge diese Protestationen ihrem vollen Inhalte nach durch die Presse veröffentlicht werden.

Prag, 9. März 1848.

Vom constitutionellen Verein.

Nr. CLII.

Bekantmachung der Resignation des Bürgermeisters Strobach.

Die Vorgänge des heutigen Vormittags beweisen es unwiderlegbar, daß ich nicht mehr den persönlichen Einfluß besitze, um im Wege der Güte die öffentliche Ruhe und Ordnung aufrecht zu erhalten. Da der Gebrauch gewaltsamer Maßregel meinem Charakter widerstreitet, so bin ich es meiner Vaterstadt schuldig, mein Amt niederzulegen, und Charakteren den Platz zu räumen, die durch energischere Maßregeln die öffentliche Ruhe und Ordnung in Prag aufrecht zu erhalten wissen werden. Berufs der Wahl eines neuen Bürgermeisters wird der große Bürgerausschuß auf den 11. Mai 1848 um 9 Uhr Vormittags in den Gemeinde-Saal auf das altstädter Rathhaus einberufen.

Prag, am 10. Mai 1848.

Der Prager Bürgermeister
Anton Strobach.

Nr. CLIII.

Präsid. Bekanntmachung der die Ruhestörer betreffenden Strafen.

An mehren Orten ist von übelwollenden Menschen bereits der Versuch gemacht worden, gutgesinnte Unterthanen durch Androhung von Gewaltthätigkeiten

Digitized by Google

zur Theilnahme an Ruhestörung zu bewegen, oder von Erfüllung der ihnen obliegenden Pflichten, insbesondere von Verrichtung der Robot abzuhalten. Nachdem solche Drohungen eine sträfliche Beschränkung der jedem Staatsbürger durch die Constitution gesicherten persönlichen Freiheit sind, so findet sich das k. k. Landes-Präsidium bestimmt, zum Schutze der constitutionellen Freiheit die dießfalls bestehenden Strafgesetze in Erinnerung zu bringen und insbesondere das in Folge a. h. Entschließung vom 19. Juni 1835 erflossene Hofdecret vom 8. Juli 1835, Z. 17516 nachstehend neuerlich kundzumachen:

§. 1. Wer mittelbar oder unmittelbar, schriftlich oder mündlich oder auf andere Art, mit oder ohne Angabe seines Namens, mit Mord, schwerer Verwundung oder Verletzung, Gefangennehmung, Raub, Brandlegung, Zerstörung von Wasserwerken, oder mit andern bedeutenden Beschädigungen des unbeweglichen oder beweglichen Eigenthums in der Absicht droht, um von den Bedrohten eine Leistung oder Unterlassung zu erzwingen, begeht, insofern sich die That nicht etwa schon in Gemäßheit der Bestimmungen des ersten Theils des Strafgesetzbuches als ein Verbrechrn darstellt, das Verbrechen der öffentlichen Gewaltthätigkeit, wenn die Drohung geeignet ist, dem Bedrohten mit Rücksicht auf die Verhältnisse und die persönliche Beschaffenheit desselben gegründete Besorgnisse einzuflößen, ohne Unterschied, ob die erwähnten Uebel gegen den Bedrohten selbst, dessen Familie und Verwandte, oder gegen andere unter seinen Schutz gestellte Personen gerichtet sind, und ob die Drohung einen Erfolg gehabt hat, oder nicht.

§. 2. Dasselbe Verbrechen begeht, wer die in dem vorhergehenden Paragraphe bezeichnete und auf die dort angegebene Art zur Erregung gegründeter Besorgnisse geeignete Drohung auch blos in der Absicht anwendet, um einzelne Personen, Gemeinden oder Bezirke in Furcht und Unruhe zu versetzen.

§. 3. Die Strafe ist Kerker, oder auch schwerer Kerker, von 6 Monaten bis zu einem Jahre. Unter erschwerenden Umständen, nämlich: wenn mit Mord oder Brandlegung gedroht, oder wenn die Drohung wiederholt wird, wenn die angedrohte Beschädigung der Betrag von Tausend Gulden C. M. oder der Schade, welcher aus der zu erzwingenden Handlung oder Unterlassung hervorgehen würde, den Betrag von drei Hundert Gulden C. M. übersteigt, oder wenn die Drohung gegen eine obrigkeitliche Person wegen ihrer Amtshandlungen, oder gegen ganze Gemeinden oder Bezirke gerichtet wäre, ist die Strafe mit schwerem Kerker von einem bis zu fünf Jahren zu bemessen.

§. 4. Ist die Drohung der unmittelbare Anfang oder Versuch eines andern Verbrechens; so haben die auf dieses Verbrechen oder dessen Versuch verhängten Strafen einzutreten.

Diese Strafbestimmungen werden mit dem Beisatze erneuert, daß die Behörden unter Einem angewiesen werden, hiernach diejenigen, welche sich Drohungen der erwähnten Art erlauben, thätigst zu erforschen und strenge zur Verantwortung und Strafe zu ziehen.

Prag, am 10. Mai 1848.

Leo Graf Thun, k. k. Gubernial-Präsident.

Nr. CLIV.

Erklärung des constitutionellen Vereines über eine unrichtige Angabe des Grafen Stadion.

Der constitutionelle Verein kann nicht umhin, die Aeußerung Sr. Erlaucht des Herrn Rudolf Grafen v. Stadion im „Constitutionellen Blatte" vom 7. Mai zu berichtigen, da sie auf eine unrichtige Voraussetzung basirt, irrige Ideen über Natur und Zweck des Vereines zu verbreiten und Böswilligen, welche den Verein zu verdächtigen streben — Waffen in die Hände zu liefern geeignet wäre. Es heißt im Eingange dieser Aeußerung, welche als officiell bezeichnet wird: Der constitutionelle Verein sei von den in Prag wohnenden Deutschen gegründet worden.

Digitized by Google

Das ist nun geradezu unrichtig und unwahr.

Beinahe alle Mitglieder des Vereines — insbesondere aber die Stifter und provisorischen Geschäftsleiter desselben — sind eingeborene, deutsch- oder böhmisch sprechende, oder beider Sprachen mächtige Böhmen, welche Böhmen bleiben wollen: wohingegen man aus dem Sr. Erlaucht wol nur absichtslos entschlüpften Ausdrucke schließen müßte, daß die Vereinsmitglieder nicht Böhmen, keine Landeskinder seien.

Der Verein hat es ausgesprochen, daß sein Zweck nicht die Trennung der Interessen der deutsch und böhmisch sprechenden Landesbewohner, nicht die Opposition gegen die gerechten Wünsche der letzteren sei, sondern daß er sich nur die Belebung constitutioneller Interessen, die Belehrung seiner Mitbürger über constitutionelle Zustände, die Wahrung der constitutionellen Rechte derselben gegen Eingriffe jeder Art, durch Wort und Schrift zur Aufgabe gemacht habe. —

Der Verein hat durch sein bisheriges Benehmen bewiesen, das es ihm mit diesem patriotischen Zwecke Ernst sei und kann seine Mitbürger mit voller Beruhigung auffordern, ihn in dieser Richtung einer Sünde zu zeihen.

Wir sind überzeugt, daß Se. Erlaucht nicht die Absicht hatte, uns als Parteiführer zu verdächtigen; haben aber diese Erklärung unseren gemäßigten, vaterlandsliebenden Mitbürgern deutscher und böhmischer Zunge gegenüber für nothwendig erachtet, weil die nicht sehr glücklich gewählte Tertirung der von Sr. Erlaucht veröffentlichten Aeußerung von Unbefangenen hätte mißverstanden — von Böswilligen zur Verdächtigung der Tendenz des Vereines mißbraucht werden können. Vom constitutionellen Verein.

Nr. CLV.

Anzeige über die Entlassung des Franz Groll aus dem Verhafte.

Am 10. Mai 1848 erschien bei dem k. k. Böhmischen Appellationsgerichte eine Deputation der Stadtverordneten Prags mit der mündlichen Bitte um Bewilligung der Untersuchung des vom Prager Kriminalgerichte des Verbrechens der Störung der öffentlichen Ruhe rechtlich beanzeigten Franz Groll, Faktors der Vetter'schen Buchdruckerei, auf freiem Fuße.

In Erwägung, daß die Stadtverordneten als repräsentative politische Obrigkeit der Hauptstadt Prag zu vorstehender Bitte für einen Bewohner derselben im Sinne des §. 463. St. G. B. 1. Th. für berechtigt anzunehmen sind, hat das k. k. Böhmische Appellationsgericht diese mündliche Bitte in Berathung zu ziehen, keinen Anstand genommen, und derselben auch Statt gegeben, sofort wegen ungesäumter Entlassung des Franz Groll aus dem Verhafte nach vorläufiger Angelobung gemäß des §. 306 St. G. B. 1. Th. und wegen Fortsetzung seiner Untersuchung auf freiem Fuße den geeigneten Auftrag an das Prager Kriminalgericht erlassen, weil die gesetzlichen Bedingungen hiezu als vorhanden befunden wurden.

Nr. CLVI.

Veröffentlichung des vom Appellationsgerichte über das wegen Entlassung des Franz Groll gemachte Ansuchen aufgenommenen Protokolles.

Der in der Nummer 35 des constitutionellen Blattes aus Böhmen vom 11. Mai in dem mit M. Prag am 10. Mai bezeichneten Artikel enthaltene Satz: „Das Appellationsgericht sah sich zur Gewährung des Verlangens **gedrängt**," so wie ein ähnlicher Satz in der Lokalzeitung „Bohemia" veranlaßt das Präsidium des k. k. böhmischen Appellationsgerichts, die bei dem letzteren am 10. Mai zu Protokoll genommene mündliche Darstellung und Bitte der Deputation der Stadtverordneten Prags, über welche nach gepflogener Berathung die Untersuchung des Franz Groll auf

Digitized by Google

freiem Fuße bewilligt wurde, zur Beleuchtung des Sachverhalts zu veröffentlichen, wie folgt:

Protokoll, aufgenommen in der Sitzung des k. k. böhmischen Appellationsgerichtes vom 10. Mai l. J. über das mündliche Anbringen der Deputation der Stadtverordneten Prags.

Es erschienen als Deputirte die Stadtverordneten J. U. D. Roskoschny, Peter Faster und Franz Wanka.

Von dem k. k. Appellationspräsidenten über ihr Begehren befragt, nahm Dr. Roskoschny das Wort, und trug nachstehenden Sachverhalt vor:

„Vor einigen Tagen wurde den Stadtverordneten die Anzeige gemacht, daß im Publiko ein Pamphlet höchst aufreizenden Inhalts unter dem Titel: „An mein Böhmen" cirkulire. Das Stadtverordneten-Collegium habe diesfalls sogleich der k. k. Stadthauptmannschaft und diese wieder dem Kriminalgerichte die weitere Anzeige erstattet, worauf letzteres den Druckleger dieses Pamphlets Franz Groll, der als Faktor der Buchdruckerei der Witwe Vetterle vorsteht, des Verbrechens der Störung der öffentlichen Ruhe rechtlich beanzeigt und mit Captur zur Untersuchung gezogen. Gestern verlautete es in der Stadt, daß die Nationalgarde, die Studentenlegion und die Bürger für den heutigen Tag eine große Demonstration zur Befreiung des Franz Groll im Sinne haben, und wirklich versammelte sich heute Morgens eine große Masse Volks, Nationalgarden, Bürger und Studenten am altstädter Ringe vor dem Rathhause, wo die Stadtverordneten eben ihre Sitzung hielten, und verlangte lärmend die Freilassung des Franz Groll. Nachdem dieses Toben eine Zeit lang gedauert hatte, traten etwa 40 bis 50 Personen, die sich als Deputirte der unten stehenden Menge ausgaben, in den Sitzungssaal und verlangten, ohne sich ihrerseits drohend zu benehmen, das Stadtverordneten-Collegium solle die Verordnung in Betreff der Deputirtenwahlen für das Frankfurter Parlament nicht in Vollzug setzen, dann aber auch sogleich die Freilassung des verhafteten Franz Groll gegen allenfällige Bürgschaft dekretiren und vollziehen lassen; weil Franz Groll sich lediglich eines Preßvergehens schuldig gemacht hat, auf welches das Strafgesetz über Verbrechen keine Anwendung findet, und weil die persönliche Freiheit aller Staatsbürger von Sr. k. k. Majestät feierlichst garantirt worden ist.

Das Stadtverordneten-Collegium habe hierauf dem Volke vorgestellt, daß es nicht in seiner (des Collegiums) Macht liege, weder die Deputirtenwahlen für's Frankfurter Parlament zu hindern, da sie einmal von der Regierung angeordnet sind, noch die Freilassung des Franz Groll zu verfügen, indem dieses Recht nur dem Kriminalgerichte, das die Verhaftung veranlaßt hat, oder aber im Rekurswege dem k. k. Appellationsgerichte zustehe.

Doch mit diesem Bescheide wollte sich das Volk durchaus nicht begnügen, es drohte vielmehr das Rathhaus und das Kriminalgerichtsgebäude zu stürmen, falls Franz Groll nicht augenblicklich freigelassen würde.

Nur mit Mühe gelang es dem Stadtverordneten-Colegium, das tobende Volk für den Augenblick dadurch zu beruhigen, daß es erklärte, sogleich eine Deputation an das k. k. Appellationsgericht zu senden, um demselben den Wunsch des Volkes zur sogleichen Berathung vorzulegen. Mit dieser Verfügung begnügte sich zwar die Menge, erklärte jedoch zugleich, nur eine Stunde lang den Erfolg abwarten zu wollen, sodann aber zur gewaltsamen Befreiung des Franz Groll selbst zu schreiten." —

Auf die Frage Sr. Excellenz des k. k. Apellationspräsidenten Graken Mittrowsky: Wer denn eigentlich die Leute sind, die auf so stürmische Art die Freilassung des Franz Groll verlangen, erwiederte Dr. Roskoschny:

„Die sämmtlichen Nationalgarden, die Studenten-Legion und hierunter selbst Bürger und Doktoren bestehen auf seiner augenblicklichen Freilassung." —

Die Stadtverordneten Peter Faster und Franz Wanka fügten noch die Worte bei: „Ja — die Literaten und die ganze Intelligenz der Stadt Prag verlangt, daß er sogleich freigelassen werde."

Dr. Roskoschny machte sofort die Andeutung, daß aus der Mitte des

Digitized by Google

k. k. Appellationsgerichts eine Commission in das Kriminalgerichtsgebäude sogleich abgesendet werden könnte, um sich zu überzeugen, ob das Kriminalgericht bei der Inhaftirung des Franz Groll nach dem Gesetze verfahren sei.

Dagegen aber erhoben sich mit Entschiedenheit die Stadtverordneten Wanka und Faster, und machten geltend, daß selbst dieses schon eine zu viel Zeit raubende Maßregel sei, das Volk hätte ihnen — den Stadtverordneten — blos eine Frist von einer Stunde, von der in diesem Momente schon die Hälfte verstrichen sei, zugestanden, binnen welcher sie demselben die Bewilligung der Freilassung bringen müssen, wobei sie erklärten, daß bei dem Vorsatze des Volks, im widrigen Falle das Rathhaus und das Kriminalgerichtsgebäude zu stürmen, ein schreckliches Blutvergießen die unmittelbare Folge sein werde.

Peter Faster fügte noch bei, daß die ganze in Prag befindliche Militärmannschaft zur Unterdrückung der Bewegung nicht hinreichend sein dürfte, weil dieselbe allein dastehen und das Volk sammt der Nationalgarde gegen sich haben würde, übrigens die Volksmasse mit jedem Augenblicke wächst, immer stürmischer und drohender wird.

Ueber die Frage Sr. Excellenz des k. k. Appellationspräsidenten, ob die Stadtverordneten die Unbescholtenheit des Franz Groll bestätigen können, gaben dieselben zur Antwort, daß sie nichts Tadelnswerthes von demselben wissen.

Schließlich erbot sich die Deputation für den Fall der Freilassung des Franz Groll zwölf Personen als Bürgen zu stellen.

Vom Präsidium des k. k. böhmischen Appellationsgerichtes.

Nr. CLVII.

Erklärung des Andreas Haase über den Vorfall vom 10. Mai vor dem Annahofe.

Bei dem gestrigen bedauerlichen Vorgange vor dem Annahofe sind einige Verwundungen vorgekommen; insbesondere ist konstatirt, daß ein Techniker drei Stichwunden erhielt, in Folge deren er in's allgemeine Krankenhaus geschafft wurde. Böhmische Zeitungen erzählen auch von einer Frau, welche in die Hand verwundet worden sein soll. Je betrübender diese Vorfälle sind, desto mehr wird es Pflicht, jeder Unwahrheit und — absichtlichen oder zufälligen — Entstellung offen entgegen zu treten. Eine solche Unwahrheit ist es, wenn die gestrige Nummer der Pražské Nowiny erzählt, ich habe persönlich dem Militär den Befehl ertheilt, mit gefälltem Bajonnet die vor dem Annahofe versammelte Masse auseinander zu treiben. Eine solche Unwahrheit ist es, wenn der verwundete Techniker (nach der Angabe seiner Kollegen) auf dem Krankenbette aussagt, ich sei mit dem Säbel in der Hand und schäumendem Munde vor den einstürmenden Grenadieren auf das Volk losmarschirt. Der Sachverhalt war folgender. Ich ging mit dem Herrn Bürgermeister Strobach eben durch die Jesuitengasse, als die Nachricht kam, der Annahof werde von einer großen Masse Volkes berannt, welche die Fenster einschlüge. Da gerade eine halbe Kompagnie k. k. Grenadiere heranmarschirte, wurde ich aufgefordert, das Kommando des Detachements gegen die Tumultuanten zu übernehmen. Ich erwiderte in Gegenwart des Herrn Bürgermeisters, „das Commando nicht übernehmen zu können, da es sich um mein Eigenthum handle," und ging ruhig hinter der Fronte der Grenadiere nach meiner Behausung, dem Annahof, ohne den geringsten Einfluß auf die Vertreibung der Tumultuanten zu nehmen und ohne von all' dem, was auf dem Platze vor dem Annahofe vorging, das geringste zu sehen.

Auf dieses einfache Faktum reduziren sich die über mein angeblich gewaltsames Einschreiten in Umlauf gebrachten Gerüchte, welche zu beabsichtigen scheinen, das Vertrauen des Volkes zur Nationalgarde und deren Offizieren, so wie der Nationalgarde zu ihrem Führer zu untergraben.

Prag, den 11. Mai 1848.

Dr. A. Strobach, Bürgermeister. Haase, Oberst.

Digitized by Google

Nr. CLVIII.

Protestation der Nationalgarden gegen die Anschuldigung in der Groll'schen Sache.

Die Art und Weise, wie in der constitutionellen Prager Zeitung vom 12. d. M. der Sachverhalt über die tumultuarische Forderung der Freilassung des in Folge rechtlicher Beanzeigung des Verbrechens der Störung öffentlicher Ruhe verhaftet gewesenen Buchdruckereifaktors Franz Groll dargestellt erscheint, hat die Veranlassung zu dem Begehren einer strengen Untersuchung gegeben, deren Resultat seiner Zeit öffentlich bekannt gegeben werden muß. Ohne noch die verantwortlichen Urheber der in diesem Aufsatze enthaltenen lügenhaften Aufgaben zu kennen, halten es die Bürgercorps, die Nationalgarde und die Studentenlegion für ihre heiligste Pflicht, die Erklärung folgen zu lassen, daß die ihnen unterschobene Betheiligung an jenem frevelhaften Excesse, welcher sie mit gerechter Entrüstung erfüllte, eine grobe Verläumdung dieser Körperschaften ist.

Die Bürgercorps, die Nationalgarde und Studentenlegion, durchdrungen von wahrer Freiheit, glühen für Ehre und Bürgerpflicht, sie verachten Alles, was diese verletzt, sie werden den bisher verfolgten Zweck der Aufrechthaltung der Ordnung, Ruhe und Sicherheit nie aus den Augen verlieren, und in diesem Sinne im vollsten Einverständnisse mit dem von ihnen hochgeachteten und von gleichem Geiste beseelten k. k. Militär, und nicht wie es jener Artikel angibt, gegen dasselbe wirken. — Prag, am 12. Mai 1848.

Haase, Oberst; Schebelka, Oberstlieutenant; Mathias Bernt, Major; Karl Wolfram, Hauptmann und Inf. Kommandant des bürg. Inf. Corps; Brechler, Major des 5. Bataillons der Nationalgarde; Rudolph Graf Morzin, Major des 8. Bataillons der N. G.; Eduard Pleschner, Major des 6. Bat. der N. G.; Karl Patruban, Tribun der mediz. Cohorte; Dr. K. H. Fischer, im Namen der 5. jurid. Centurie; G. Sonderlettner, Centurio, im Namen der 5. Centurie der philos. Cohorte; Graf Kinsky, Kommandant der berittenen N. G.; Ruben, im Namen der Concordia-Compagnie; Fürst Karl Auersperg, im Namen des 9. Bataillons d. N. G.

Nr. CLIX.

Politisches Glaubensbekenntniß des Palacky, wie er solches in dem National-Ausschusse abgelegt hat.

„Ich habe keinen andern Ehrgeiz, als den, ein ehrlicher Mann zu sein. Ehrlichkeit fordert vor allem Offenheit und Rückhaltlosigkeit, vollkommene Uebereinstimmung in Reden und Handlungen; man muß erst eine feste Ueberzeugung haben und dann ihr gemäß sich benehmen.

Soll ich Minister sein, so muß ich vor allem darauf Bedacht nehmen, ob meine unwandelbare Ueberzeugung, mein politisches Glaubensbekenntniß der einzunehmenden Stellung angemessen ist. Ich bin ein entschiedener Liberaler, d. i. ich dringe darauf, daß im gesammten Volksleben fortan die Freiheit das oberste Gesetz, die Regel bilde; ich will jedoch diese Freiheit in der Art, daß sie eine kräftige Regierung nicht nur nicht ausschließt, sondern vielmehr begründen und befestigen helfe. Das alte Bevormundungsprincip ist mit der natürlichen Entwicklung des Volkslebens eben so unverträglich, wie die Beibehaltung erblicher Privilegien und Vorrechte einer Volksklasse über die andere. Ich dringe auf Abschaffung aller Reste des Feudalismus; sollen die wahren Rechte gesichert und geschützt, so dürfen sie nicht durch Vorrechte compromittirt werden; denn diese sind Ausnahmen vom Rechte, also offenbares Unrecht.

Was ich für Individuen und Volksklassen verlange, das wünsche ich auch für die Nationalitäten und die besonderen von ihnen gebildeten

Digitized by Google

Ländercomplexe. Ich möchte ihnen im Princip so viel Selbstregierung zugestehen, als mit dem sicheren Bestand einer mächtigen Erbmonarchie, einer nach innen und außen Achtung gebietenden Regierung nur immer verträglich ist. Ich bin der Ansicht, daß wir außer einer einigen Reichsverfassung mehre von einander merklich verschiedene Provinzialverfassungen gestatten und ungehindert sich entwickeln lassen müssen, daß somit die Gesammtverfassung aller Länder des Kaiserstaats eine eigenthümliche, ein Werk sui generis werden müsse, wozu in der ganzen Geschichte noch kein Vorbild zu finden ist. Die Aufgabe ist allerdings höchst schwierig und wichtig, ich halte sie aber für nicht unlösbar.

Soll ich im Ministerium nützlich werden können, so muß ich meinerseits zwei Eigenschaften als Bedingungen mitbringen, Fähigkeit und guten Willen; andere zwei muß ich von Andern in Anspruch nehmen, Vertrauen und die Macht oder Möglichkeit, das erkannte Gute auch wirklich ausführen zu können.

Was meinen guten Willen anbelangt, so kann ich darüber die unbedingtesten Garantien geben. Die Interessen unseres angestammten Kaiserhauses und die des böhmischen Volkes sind seit dem 15. März l. J. nicht mehr divergirend, sondern auf's innigste verbunden, ja beinahe identisch. Ein freies Böhmen ist ohne ein mächtiges und starkes Oesterreich unmöglich, und umgekehrt, und wollen wir den Zweck, so müssen wir auch die Mittel dazu wollen, ohne darüber im Detail kleinlich zu markten. Mir wird hier kein persönliches Opfer schwer fallen, das nur irgend mit der Ehrlichkeit im oben angedeuteten Sinne verträglich ist.

Schlimmer steht es um das Vertrauen, das ich als Minister in Anspruch nehmen müßte. Dieser Punkt ist durch die Ereignisse und Stimmungen der neuesten Zeit in der That so bedenklich geworden, daß ich wirklich glaube, es liege im Interesse der Regierung selbst, mich wenigstens in diesem Augenblicke nicht in's Ministerium zu berufen. Meine Ernennung würde jetzt, weit über ihre eigentliche Bedeutung hinaus, im In- und Auslande als eine Erklärung der Regierung zu Gunsten des Slawismus aufgenommen werden. Das scheint mir bei dem jedenfalls noch unklaren Verhältnisse der Monarchie zu den jetzt in Frankfurt verhandelten Fragen ganz unzweckmäßig, sofern man sich nicht unter Einem entschließt, diese Fragen durch eine bestimmte und jedes Schwanken für immer ausschließende Erklärung zu lösen und eine dieser Erklärung entsprechende Haltung anzunehmen. Ist Letzteres für jetzt unthunlich, so muß ich schon darum, und blos darum, die entschiedene Bitte stellen, es von meiner Ernennung wieder abkommen zu lassen."

Nr. CLX.

Erklärung der medicinischen Facultät in der Groll'schen Sache.

Die medicinische Facultät hat aus der constitutionellen „Prager Zeitung" vom 12. Mai l. J. mit Entrüstung die Angabe der drei Herren Stadtverordneten J. U. D. Roskoschny, Peter Faster und Franz Wanka, entnommen, daß Doctoren und die ganze Intelligenz der Stadt Prag die Freilassung des nach dem Beschlusse des hiesigen Criminalgerichts rechtlich beanzeigten und verhafteten Inculpaten, Franz Groll, verlangt haben. Sie fordert daher vermöge des in ihrer Plenarversammlung vom 13. Mai l. J. einstimmig gefaßten Facultätsbeschlusses besagte Herren Stadtverordneten auf, jene Doctoren namhaft zu machen, welche sich den Tumultuanten beigesellt haben sollen, widrigenfalls sie jene im Angesichte des hochlöblichen Appellationsgerichtes gemachte Angabe der genannten Herren Stadtverordneten für eine Unwahrheit erklären muß. Die Facultät verwahrt sich um so mehr gegen solche Verdächtigungen, als alle ihre Mitglieder von der wärmsten Gesinnung für Aufrechthaltung der gesetzlichen Ordnung durchdrungen sind.

Prag, den 13. Mai 1848. Von der medicinischen Facultät.

Digitized by Google

Nr. CLXI.

Erklärung der Hörer der Baukunst in der Groll'schen Sache.

Die Unterzeichneten erklären, daß sie in der Angelegenheit des H. Faktors Groll durchaus nicht betheiligt, gleich den Mitgliedern der Nationalgarde und mehreren Abtheilungen der Studentenlegion ihre gerechte Entrüstung öffentlich an den Tag legen und sich gegen jede Beschuldigung einer Einmischung in diese noch in andere ihrem Charakter widerstrebende Vorfälle feierlichst verwahren.

Prag, 15. März 1848.

Die Hörer der Baukunst am k böhm. ständ. polytechnischen Institute.

Nr. CLXII.

Erklärung der Juristencohorte in der Groll'schen Angelegenheit.

Bei den Unterschriften des von der sämmtlichen Nationalgarde und der Studenten-Legion in den öffentlichen Blättern vom 13. Mai 1848 eingelegten Protestes sind aus Versehen die der Repräsentanten der juridischen Cohorte, des 4. Bataillons der Nationalgarde und der Cohorte der Realschüler nicht beigesetzt worden. Wir beeilen uns daher anzuzeigen, daß die juridische Cohorte dieselbe Entrüstung theile, und dem Proteste vollkommen beistimmen.

Prag, den 15. Mai 1848.

Weffely, Tribun. Klaudi, Subtribun. H. Pinkas, Centurio. J. Jarosch, subst. Centurio. Tenpler, Centurio. Tupez, Centurio. Kupasek, Hauptmann. Zintl, Nat. Garde-Hauptmann. Costelain, v. Seutter, J. Wenzig, Tribun. J. John, Centurio. J. Grois, Centurio.

Erklärung der juridischen Fakultät.

Die Prager constitutionelle Zeitung vom 12. d. enthält eine Kundmachung des k. k. Böhm. Appellationsgerichtspräsidiums, wornach einer der Herren Stadtverordneten, welche am 10. d. von dem k. k. Appellations-Gerichte die sogleiche Freilassung des der öffentlichen Ruhestörung rechtlich beanzeigten und deshalb inhaftirten Buchdruckerei-Factors Franz Groll bevorworteten, unter anderem angegeben hat, daß auch Doctoren unter den Leuten waren, welche jene Freilassung auf das stürmischeste begehrten. Eben so haben zu Folge obiger Kundmachung andere Stadtverordnete beigefügt, daß die Literaten und die ganze Intelligenz der Stadt Prag die sogleiche Freilassung des Franz Groll verlangen.

Hiedurch findet die hierortige juridische Facultät sich veranlaßt, zu erklären, daß ihres Erachtens in einem constitutionellen Staate strenge Achtung vor den bestehenden Gesetzen erste Bürgerpflicht sei; daß die juridische Facultät deshalb das so stürmische Begehren der Freilassung des Franz Groll als illegal entschiedenst mißbillige, und in Abrede stellen müsse, daß ihr angehörige Doctoren sich dabei betheiligten, so lange nicht die Betheiligung Einzelner aus ihnen bei dem mehrerwähnten Vorgange erwiesen ist.

Von der juristischen Facultät der k. k. Prager Universität.

Fischer, J. U. Dr., d. z. Decan.

Prag, am 15. Mai 1848.

Nr. CLXIII.

Erklärung der juridischen Cohorte über den Vorfall am 4. Mai.

Wir glauben mit vollem Recht über das von der hiesigen k. k. Stadthauptmannschaft vom 4. auf den 5. d. M. mit uns getriebene Spiel entrüstet

Digitized by Google

gewesen zu sein, und daß wir hiedurch die Ehre unserer ganzen Cohorte angetastet erachtet, haben wir durch Ablegung unseres Abzeichens, der rothen Kappe, öffentlich kundgethan. Unsere Entrüstung theilten die übrigen Cohorten der Studentenlegion, die Nationalgarde und gewiß ein großer Theil der Bewohner der Stadt Prag. Wir danken für diese Theilnahme und beeilen uns, um auch dem Publikum zu zeigen, daß unsere Ehre thatsächlich gerechtfertigt wurde, die Beschlüße in dieser Angelegenheit kund zu geben, und zwar um so freudiger, als selbst Se. Exc. der Herr Gubernialpräsident Graf Leo Thun und Herr Oberst Haase uns zur Kundmachung derselben aufgefordert haben.

Nicht begütigende Worte waren es, die uns bewogen haben, die rothen Kappen wieder aufzusetzen, sondern die von der ganzen Cohorte ausgesprochene Ueberzeugung, daß der uns gewordene Auftrag wirklich ein ehrenhafter war, und der uns von unserem verehrten Hrn. Tribun Prof. Wessely vorgelesene Befehl des Stabskommando der Prager Nationalgarde und Legion, durch welchen uns der Beschluß Sr. Exc. des Herrn Präsidenten Grafen Leo Thun über diese Angelegenheit kundgegeben wurde, welcher wörtlich lautet:

Dem löbl. Tribunate der juridischen Cohorte!

Ich beeile mich, dem verehrlichen Kommando der jurid. Cohorte im Nachhange eine Abschrift des mir von Sr. Exc. dem Gubernialpräsidenten Herrn Grafen Leo Thun, über den letzten so bedauerlichen Vorfall soeben zugekommenen Schreibens mit dem lebhaften Wunsche zu übermitteln, daß die verehrte Cohorte daraus und aus der schleunigen Erledigung dieses Gegenstandes die Ueberzeugung schöpfen möge, daß ich meinerseits, so wie ihr geehrtes Kommando alles aufgeboten habe, um die uns angethane Unbill gut gemacht zu wissen.

Copia.

Euer Wohlgeboren!

Mit großem Bedauern habe ich aus Ihrem Schreiben vom gestrigen Tage und auf andern Wegen erfahren, daß jene Abtheilungen der Juristenlegion und der Concordia, welche am 4. l. M. Abends von Ihnen zu einer ehrenhaften und für Aufrechthaltung des Friedens und der Ordnung in der Stadt wichtigen Dienstleistung bestimmt worden sind, durch höchst bedauerliche Mißgriffe zur Unterstützung ortspolizeilicher Dienstverrichtungen verwendet wurden, zu welchen es eben so unnöthig, als äußerst unziemlich ist, der Nationalgarde eine Mitwirkung zuzumuthen. Ich ersuche Sie um so mehr, den beiden genannten Corps mein aufrichtiges Bedauern über diesen Vorfall auszudrücken, als deren ausdauernder Eifer und treffliche Haltung, welche Sie während der angestrengten Dienstleistung in dieser bewegten Zeit auf das lobenswertheste bewährt haben, alle Anerkennung verdient.

Ich lasse unter Einem erheben, wem der arge Mißgriff zur Last fällt und behalte mir vor, den Schuldtragenden zur Verantwortung zu ziehen.

Uebrigens möge es zur Beruhigung der Nationalgarde dienen, daß ähnliche Unzukömmlichkeiten sich in Zukunft nicht mehr werden ereignen können, indem die neue Organisation des Prager Magistrates mich schon veranlaßt hat, die Einleitung zu treffen, daß demselben ein Theil der bisher von der Polizeidirektion besorgten Geschäfte und namentlich alles dasjenige, was die Ortspolizei betrifft, sobald als möglich übertragen werde.

Hievon setze ich Euer Wohlgeboren zur weiteren Verfügung mit dem Beisatze in die Kenntniß, daß ich, um einer Wiederholung dieses bedauerlichen Vorfalles vorzubeugen, unter Einem die Einleitung treffe, damit die Localpolizei in Prag von der Stadthauptmannschaft an den Prager Magistrat, beziehungsweise an den Prager Bürgermeister und die Stadtverordneten übertragen werde.

Empfangen Sie den Ausdruck der vollkommenen Hochachtung.

Prag, am 6. Mai 1848.

Thun, m. p.

Aus dem Inhalte dieses Stabsbefehles werden die Einwohner Prags wohl selbst die Ueberzeugung schöpfen, daß es sich nicht um einen gewöhnlichen

Digitized by Google

Polizeidienst, sondern um einen Dienst gehandelt habe, der für den Frieden und die Ordnung in der Stadt wichtig, daher eines jeden Nationalgarden, also auch des Legionärs würdig erkannt werden mußte, und wir bemerken daher nur noch, daß nach der vom Herrn Oberst der Nationalgarde ungescheut öffentlich gethanen Aussage der uns aufgetragene nächtliche Dienst nicht auf jenem in Nr. 74 der Bohemia citirten Dekrete der k. k. Stadthauptmannschaft, sondern in einer mündlichen zwischen den Vorstehern getroffenen Verabredung gegründet war, und daß dieser Dienst in einem schriftlichen Dekrete aus dem Grunde nicht angedeutet wurde, weil er seiner von dem hohen Präsidium und von uns anerkannten Wichtigkeit wegen die strengste Geheimhaltung im Interesse der öffentlichen Ordnung und Ruhe erfordert hat.

Uebrigens wird die unter Einem eingeleitete Untersuchung zeigen, wem die Schuld dieses bedauerlichen, die Einheit und den Diensteifer der Legion störenden Mißgriffes zur Last falle — und er wird der verdienten Strafe, wie es das oben citirte Dekret zeigt, gewiß nicht entgehen.

Die juridische Cohorte.

Nr. CLXIV.

Rechtfertigung des Professor Wiesenfeld, Tribun der technischen Cohorte.

Mit Beziehung auf den im Constitutionellen Blatt vom 13. Mai Nr. 37 mit M. Prag 12. Mai bezeichneten Artikel hält sich der Gefertigte verpflichtet zu erklären, daß seine Begleitung der Deputation aus seiner Cohorte am 12. eine dienstliche Vorführung beim Herrn Obersten Haase war, nachdem er bereits durch einen Tribunatsbefehl vom 10. Mai den Vorfall der Verwundung an seine Cohorte erklärt, der Herr Oberst schon am 11. von einer Deputation ohne seine Intervention und ohne sein Vorwissen in dieser Angelegenheit behelligt, und bis zum Augenblick der Vorführung alle ihm zu Gebote stehenden Mittel der Beschwichtigung der aufgeregten Gemüther vorzüglich aus dem Grunde vergebens angewendet worden waren, weil auch einige nicht zur Cohorte gehörige Individuen zur Unterstützung der vermeintlichen Beschwerde einen Eid abzulegen sich bereit erklärt hatten, somit eine ordnungsmäßige Vernehmung erforderlich schien, welche auch von dem Gefertigten dringend erbeten wurde. — Welche von den Deputirten und wie sich dieselben in Gegenwart ihrer Vorgesetzten ungebührlich benommen haben, wird durch das vom löbl. Ober-Commando der sämmtlichen Nationalgarden niedergesetzte Stabsehrengericht erhoben, und von diesem die Angelegenheit vollständig erledigt werden.

Prof. Wiesenfeld,
Tribun der technischen Cohorte.

Nr. CLXV.

Adresse einer Zahl Techniker an Obersten Haase.

Euer Wohlgeboren!

Der gestrige Vorfall, durch den Sie sich veranlaßt fühlten, Ihre Stelle niederzulegen, hat in unserer Mitte die größte Indignation und entschiedenste Mißbilligung hervorgerufen, so zwar, daß Viele das Abzeichen der Cohorte ablegten, um hiemit deutlich ihre Gesinnung auszusprechen. Obwohl wir überzeugt sind, daß es E. Wohlg. nicht unbekannt sei, daß dieser Vorfall nur von Einzelnen ausging, und nur wenige Irregeleitete ihre Zustimmung zu dem Benehmen der vor Ihnen Erschienenen gaben, glauben wir dennoch, es Ihnen, Ihrer Persönlichkeit und Ihrer Stellung als unser Kommandant, sowie unserer Ehre schuldig zu sein, wenn wir hier offen und unumwunden erklären, daß die vor Ihnen erschienenen Chargen und Legionäre durchaus nicht im Namen der gan-

Digitized by Google

zen Cohorte gesprochen, und diese allein das dort Geschehene zu verantworten haben; daß wir mit Ihrer Erklärung über den jedenfalls bedauerlichen Vorfall vom 10. d. M., dessen Folgen jedoch absichtlich entstellt wurden, vollkommen zufrieden sind, und daß wir nicht umhin können, unser innigstes Bedauern, aber auch zugleich unsere Verwunderung auszusprechen, daß Euer Wohlgeboren sich durch das rohe Benehmen von einigen Individuen bewegen ließen, Ihre wichtige Stelle, die Sie bis jetzt so ehrenvoll und mit vollster Anerkennung aller Stadtbewohner bekleideten, niederzulegen, anstatt jene Herren in die Schranken der Ordnung und Pflicht, die sie freventlich überschritten, zurückzuweisen. Wenn wir durch den Ausspruch unserer innigsten Hochachtung und der vollkommensten Anerkennung Ihrer Verdinste, so wie der wärmsten Anhänglichkeit an Ihre Person, Euer Wohlgeboren bewegen könnten, im Falle die neue Wahl auf Sie fiele, was ohne Zweifel bei der Liebe und Achtung, die Sie sich durchwegs bei der Nationalgarde und allen Gutgesinnten der Stadt erworben haben, geschehen wird, diese Wahl anzunehmen, so würde einem unserer innigsten Wünsche entsprochen werden, und wir würden hierin eine kleine Genugthuung für die Ihnen angethane Unbill erkennen.

Prag, 13. Mai 1848.

(Folgen die Unterschriften.)

Nr. CLXVI.

Widerlegung mehrer Gerüchte durch den constitutionellen Verein.

Der constitutionelle Verein bemerkt mit großem Bedauern, daß ein Theil seiner Gegner es nicht scheut auch zu unerlaubten, ehrlosen Mitteln, und zwar vor allem zur Verläumdung seine Zuflucht zu nehmen, um das Wirken des Vereines in den Augen des Publikums zu verdächtigen, einen Umstand, der jeden überzeugen muß, daß dem Vereine auf legalem Wege kein Vorwurf gemacht werden kann. In den letzten Tagen tauchte plötzlich in gewissen Kreisen die Behauptung auf, daß der constitutionelle Verein Emissäre in die Kreise sende, um das Landvolk in seinem Sinne zu bearbeiten. Diese Behauptung ist eine Lüge, denn der constitutionelle Verein kann und wird immer nur legale, d. h. constitutionelle Mittel ergreifen, um für das Gemeinwohl zu wirken, und derselbe kann um so leichter die legalen Mittel genügend betrachten, als die gute Sache, wofür er kämpft, derlei Schleichwege nicht bedarf, um sich eine Geltung zu verschaffen; wogegen der constitutionelle Verein schriftliche Beweise in Händen hat, worunter einen Brief als corpus delicti, welcher beweiset, daß Emissäre in einem ihm entgegenstrebenden Sinne in deutschen Kreisen zu wirken sich bestreben. Ferner muß der constitutionelle Verein die Behauptung, daß er bemüht sei, die irrige Meinung unter den Landbewohnern zu verbreiten, die gegenwärtigen Wahlen geschehen für den böhmischen Landtag, und die Robotablösung hänge von der Entscheidung des Frankfurter Parlamentes ab, für eine schamlose Lüge erklären und es wird hiermit jeder Verbreiter derselben aufgefordert, Beweise für solche elende Reden vorzubringen. Schlüßlich kann der constitutionelle Verein nicht umhin, zu bemerken, das es ihn freue, seine Gegner zu den Mitteln der Verleumdung ihre Zuflucht nehmen zu sehen, indem ein solches Verfahren sich selbst straft und der guten Sache nur zu Statten kommen muß.

Prag, 13. Mai 1848.

Der constitutionelle Verein.

Digitized by Google

Nr. CLXVII.

Authentische Darstellung des Vorganges am 10. Mai in der Angelegenheit des zur Untersuchung auf freiem Fuße wegen des Verbrechens der Störung der innern Ruhe rechtlich benzeigten Franz Groll.

Nach 10 Uhr Vormittags traten in den Sitzungssaal des Stadtverordneten-Collegiums ungefähr 40 Männer ein, die größtentheils die Uniform oder Waffentracht der meisten integrirenden Theile der Nationalgarde trugen, und sich als eine Deputation aus der Einwohnerschaft Prags ankündigten, welche höchst beunruhigt durch die zufolge der Inhaftirung des Franz Groll angeblich schwer verletzten constitutionellen Freiheit sei.

Außerdem gaben sie ihr Bedenken gegen die für Frankfurt a. M. vorzunehmende Wahl von Abgeordneten aus Prag mit dem dringend geäußerten Wunsche zu erkennen, daß es davon sein Abkommen haben möge.

Auf die Bekanntgebung des in dieser Angelegenheit von dem Stadtverordneten-Collegium bereits früher gefaßten Beschlusses stellte sich die Deputation bezüglich dieses Theiles ihres Ansuchens vollkommen zufrieden, und ersuchte nur dringend um die unverzügliche Freilassung des Franz Groll als Gutmachung eines Eingriffs in die constitutionelle Freiheit.

Nach längerer Besprechung dieses Gegenstandes forderte das Stadtverordneten-Collegium behufs einer ungestörten Berathung über denselben die Deputirten auf, sich in das Vorzimmer zu begeben, welchem Verlangen dieselben mit dem nämlichen anständigen Betragen Folge leisteten, was sie während der ganzen Erörterung beobachtet hatten. Die Berathung konnte jedoch nicht ruhig gepflogen werden, weil theils im Vorzimmer der Lärm immer mehr wuchs, indem neue ungestüme Forderer der Petitionserfüllung hinzu kamen, und theils der tobende Volkshaufen vor dem Rathause fortwährend sich mehrte, worüber wiederholte Botschaften mit der Nachricht von angedrohtem stürmischen Eindringen in das Rathhaus dem Collegium zukamen.

Nach kurzer Debatte vereinten sich die Stadtverordneten in dem einhelligen Beschlusse, „daß die Bitte der Petenten um Freilassung des Franz Groll mittelst einer Deputation aus der Mitte der Stadtverordneten dem hohen k. k. Appellations- und Kriminalobergerichte zu überbringen, und dieses um die Untersuchung des Verhafteten auf freiem Fuße, insoweit die bestehenden Gesetze es zulassen, zu ersuchen sei."

Sofort wurden die Abgesandten aus der Einwohnerschaft in den Sitzungssaal zurück berufen und ihnen der gefaßte Beschluß mit der Aufforderung eröffnet, daß sie ihren moralischen Einfluß geltend machen möchten, damit die vor dem Rathhause versammelte Menschenmenge in Ruhe und Ordnung auseinander gehe, indem die Deputation der Stadtverordneten erst dann würde abgeordnet werden. Die Petenten verlangten, die Stadtverordneten-Deputation zu begleiten, was entschieden mit dem Bemerken verweigert wurde, daß hierin ein Mißtrauensbeweis gegen das Stadtverordneten-Collegium liegen und letzteres den Anschein auf sich laden würde, zu einer versuchten Intimidirung des k. k. Appellationsgerichts beigetragen zu haben. Ferner mußten die Petenten sich auf ihr Ehrenwort verpflichten, die Flüchtigwerdung des Franz Groll zu verhindern und dafür aus ihrer Mitte mehre Individuen ohne Kautions-Erlegung schriftliche Bürgschaft leisten zu lassen.

Während die Petenten sich bereitwillig hinunter begaben, um die tobende Volksmenge zum ruhigen Auseinandergehen zu bewegen, was nicht gelang, verging eine geraume Zeit unter steigender Besorgniß, indem wiederholte Meldung betreffs der zunehmenden Volksbewegung nebst der Anfrage geschah, ob nicht die Nationalgarde einschreiten solle? Nun begab sich der Herr Bürgermeister nach stattgefundener Ernennung der Stadtverordneten-Deputation aus Hrn. J. U. D. Rozkosny, Hrn. Peter Faster und Hrn. Franz Wanka

Digitized by Google

bestehend, persönlich in der Hoffnung hinunter, daß sein schon oft bewährter moralischer Einfluß auch diesmal die aufgeregte Volksleidenschaft beschwichtigen und ein ruhiges Auseinandergehen bewirken werde. Leider war diesmal der Erfolg nicht der gewünschte, sondern pöbelhafte Bedrohungen erwiderten jenen Humanitäts-Akt. Die inzwischen hinzugekommene Stadtverordneten-Deputation begab sich sofort auf den Weg, während der Herr Bürgermeister sich in den Sitzungssaal des Collegiums zurück verfügte, um dort den Beschluß des hochlöblichen k. k. Appellations-Gerichtes abzuwarten. Diese streng der Wahrheit gemäße Darlegung der geschichtlichen Thatsache wird von den Nachbenannten als damals Anwesenden bezeugt.

Prag, am 13. Mai 1848.

Dr. A. Strobach, Bürgermeister. Franz Pstroß, Alois Borrosch, Franz Ellenberger, Franz Graf Thun, Wisťovil, Peter Faster, Karl Helly, Adalbert Wischin, Dr. Rozkosny, Franz Wanka, als Stadtverordnete. Joseph Rößel, Ersatzmann.

Nr. CLXVIII. W.

Anzeige des Buchhändler Borrosch über die Gründe seines Austrittes aus dem National-Ausschusse.

Mein Austritt aus dem Nationalcomité!

Mit Bedauern scheide ich aus einer Versammlung, deren Mitglied zu sein ich dem dreifachen Rechtstitel einer zweimaligen Erwählung in Volksversammlungen und der Berufung durch den vorigen Herrn Oberstburggrafen verdankte.

Ich trete um einer allen parlamentarischen Gesetzen Hohn sprechenden Rechtsverletzung und nicht um meiner Person willen aus, denn hätte ich irgend Rücksicht auf sie genommen, so würden die mir wiederholt gegebenen Beweise von Mißliebigkeit mich schon längst zum Austritte haben bestimmen müssen. Allein eben so wie es meine Pflicht war, mit männlichem Freimuthe, ohne Furcht vor den wiederholten Einschüchterungsversuchen, ohne Beachtung der mir zugefügten Beleidigungen, als ein treuer Vaterlandsfreund das Schwert des Wortes im heiligen Dienste der constitutionellen Freiheit zu gebrauchen, so ist es auch Pflicht, lieber ganz zu schweigen, als durch die geduldete Rechtsverkümmerung eines für die Freiheit kämpfenden Redners ihr selber gefährliche Wunden schlagen zu lassen.

Ich verfocht, in der Sitzung vom 12. d. M., auf gesetzlichem Boden das gesetzliche Recht, nicht bloß unserer deutschen Mitbrüder in Böhmen, sondern zugleich jedes einsichtigen Vaterlandsfreundes, sei er čechischer oder deutscher Zunge; denn nur von Partei-Leidenschaft Verblendete können, statt auf Verständigung und Versöhnung hinzuarbeiten, es auf weitere Spaltung und ihre unvermeidlichen, für das Gesammtwohl verderblichen Folgen ankommen lassen.

Ich war gestern, nachdem allmälig die größere Hälfte der ursprünglichen Mitglieder des National-Comité daraus geschieden ist, der einzige eigentliche Opponent gegen die Erörterungsfrage, denn die Einwände Einzelner betrafen nur die Modalitäten der Ausführung. Mir gebührte somit das ungeschmälerte Recht der Redefreiheit für alle meine Gegengründe auf die von sieben Rednern geführte Vertheidigung eines nach meiner Ueberzeugung unheilvollen Antrages. Leidenschaftliche Unduldsamkeit griff jedoch zu dem unparlamentarischen Mittel eines stürmischen Verlangens nach Abstimmung, als ich eben den Letzten der Redner zu widerlegen im Begriffe stand. Diese Scene wiederholte sich dreimal, während jedesmal dazwischen ungestört ein neuer Gegner das Wort gegen mich zum Schweigen Verurtheilten nehmen durfte, bis ich das abermalige ungestüme Begehren nach Abstimmung, als ich auf meinem guten Rechte zum viertenmale bestanden hatte, mit der Aufforderung an die Stenographen erwiderte, den Thatbestand der mir versagten

Digitized by Google

Redefreiheit zu protokolliren und mich erhob, um Freiheit wenigstens zu athmen, außerhalb dieses Sprechsaales. Auch nicht in einem Einzigen von der ganzen Versammlung wurde das gewiß bei Manchen vorhandene Gerechtigkeitsgefühl zu einer männlichen pflichtgemäßen, ja fürwahr von dem eigenen Interesse, selbst der Gegner, gebotenen That! — Nicht einer forderte den Scheidenden und in ihm die mißhandelte Redefreiheit zum Bleiben auf! —

Schließlich muß ich mich gegen die bisherige, durch die Presse gegebene Veröffentlichungsweise des von mir Gesprochenen verwahren, da mehre meiner Reden ganz übergangen und die übrigen höchst lückenhaft, ja sogar häufig sinnwidrig, abgedruckt wurden. — Uebrigens hoffe ich, durch Wort und That meinen deutschen und böhmischen Vaterlandsgenossen bewiesen zu haben, daß ich es treu und redlich mit ihnen meine.

Prag, den 13. Mai 1848. Alois Borrosch.

Nr. CLXIX.

Klieberts Rechtfertigung des National-Ausschusses gegen die Verdächtigung des constitutionellen Vereins.

Durch das erhabene Wort unsers gütigen Monarchen fielen plötzlich die Fesseln, welche auf der Sprache und Nationalität unserer Mitbrüder der Cechen so lange lasteten. Darüber jauchzte die ganze čechische Nation laut auf, und wahrlich, jeder wahre Böhme, wenn auch deutscher Zunge, freute sich mit.

Jahrhunderte lange gemeinschaftliche Freuden und Leiden, gleiche Gesetze und Einrichtungen, ein gemeinsames Staatsoberhaupt, eheliche und Verwandtschaftsbande u. s. w. hatten beide, das schöne Böhmerland bewohnende Volksstämme so vereint, daß Deutsche und Cechen innerhalb der böhmischen Grenzgebirge nur einen Körper bilden.

Die Trennung dieser beiden Volksstämme ist nicht möglich, so hat die Vorsehung sie unter einander gewürfelt, nicht neben, sondern untereinander, und nur der blutigsten Zwietracht, dem schrecklichsten Bürgerkriege könnte es gelingen, die Bande zu lockern, welche die oben angedeuteten Verhältnisse durch Jahrhunderte so fest, so innig geknüpft haben.

Anfangs träumte auch Niemand von der Möglichkeit der Lockerung dieser Bande, denn der Čeche jauchzte über die errungene Freiheit seiner Natio, nalität, der deutsche Bewohner Böhmens freute sich mit ihm, und Eintracht-Brüderlichkeit, vollkommene Gleichberechtigung beider das Vaterland bewohnenden Nationalitäten war der Wahlspruch. Da aber kam der Feind und säete Unkraut in den Weizen! — Es fanden sich Leute, welche über dieses Aufjauchzen der Cechen, über die errungene Gleichberechtigung ihrer Nationalität erschracken, Andere, welche die Čechen bei den Deutschböhmen zu verdächtigen sich zur Aufgabe machten, und jede einzelne, ja selbst ganz unschuldige Aeußerung der Čechen, z. B. „daß sie nunmehr (natürlich in čechischen Gegenden) ihre eigenen und nicht mehr deutsche Schulen und Gerichte haben würden u. s. w." als eine Kriegserklärung, als ein Unterdrückungsgelüste gegen die deutschen Mitbrüder auslegten. Anfangs vermochten freilich derlei Verdächtigungen in unserem Vaterlande, wo sich jeder von der Wahrheit sogleich überzeugen konnte, nur bei Furchtsamen ein Mißtrauen zu erregen; — doch in der Ferne, wo jedes Gerücht eher Glauben findet, war es anders, denn zu einer Zeit, als in unserem Vaterlande zwischen beiden Nationalitäten noch tiefer Friede und volle Eintracht herrschte, war schon in Wien ein Verein von Deutschböhmen zusammengetreten, welche im höchsten Grade aufgeregt, von čechischen Uebergriffen und Unterdrückung der deutschen Sprache und deutscher Nationalität in Böhmen durch die Cechen träumten, und bereits am 9. April l. J. eine heftige Protestation beim h. Ministerium gegen jenes a. h. Kabinetsschreiben vom 8. April l. J. überreichten, dessen Inhalt nicht nur die Hauptstadt Prag, sondern gewiß ganz Böhmen mit Jubel erfüllt hat.

Digitized by Google

Was oft wiederholt und versichert wird, findet am Ende doch einigen Glauben. So gelang es auch am Ende doch bei vielen Deutschböhmen, Mißtrauen hervorzurufen, und vorzüglich war es jener Verein von Deutschböhmen in Wien, dessen Mitglieder irrthümlich zuerst brieflich, ja später selbst persönlich die deutschen Gegenden Böhmens in die größte Furcht vor čechischen Uebergriffen, somit in die größte Aufregung versetzten. Gleichzeitig stellten sich einige Männer, denen doch, man sage, was man wolle, die warme Anhänglichkeit an unser schönes Vaterland fehlte, und sonstige Leute, die Nichts zu verlieren haben, hie und da an die Spitze der Bewegung in den deutschen Städten Böhmens, und Reichenberg, wo die Aufregung durch ein dort redigirtes Lokalblatt trefflich unterstützt wurde, war eine der ersten Städte, welche den Funken in die bereits aufgeregten Gemüther warf, der zwei Völkerstämme zu entzweien drohte, welche die Hand Gottes in einem und demselben Lande, in unserem schönen Böhmen so fest aneinander gekittet hatte.

Inzwischen hatte sich in Prag ein Verein von Deutschen gebildet, und sich den Namen „konstitutioneller Verein" beigelegt. Dieser Verein hätte können Segen im Lande verbreiten, eine ruhige, vernünftige Opposition hätte können das constitutionelle Leben in unserem Vaterlande nur fördern, und die brüderliche Eintracht zwischen beiden Volksstämmen, deren Aufrechthaltung der böhmische Nationalausschuß sich zur heiligsten Pflicht gemacht hatte, wäre nicht gestört worden, wenn der „constitutionelle Verein" der Deutschen eine gleiche Hauptaufgabe sich gestellt hätte.

Doch leider stellten sich an die Spitze dieses „constitutionellen Vereins" Anfangs einige Männer, welche diesen Hauptzweck außer Augen ließen.

Dieser Verein sprach sich offen dahin aus, den Anschluß Böhmens an Deutschland, somit, wie es sich jetzt gezeigt, die Unterwerfung unseres Vaterlandes unter das Frankfurter Parlament herbeizuführen. War schon die Tendenz dieses Vereines nicht geeignet, Friede und Eintracht im Vaterlande zu erhalten, so waren es noch weniger die Mittel.

Man griff nämlich in den öffentlichen Sitzungen dieses Vereines die čechischen Mitbrüder mit Spott und Hohn an zwei Seiten an, die am geeignetesten waren, sie zu reizen. Vor Allem wurden eine Masse Witz-, und Spottworte gegen den Nationalausschuß geschleudert, auf welchen die ganze čechische Bevölkerung (Deutschbrod nicht ausgeschlossen) — mit einem solchen Vertrauen blickt, daß bloße leere Witz- und Spottworte nur aufs Heftigste erbittern können. Endlich warf man den Čechen vor, die Träger und der Vorposten Rußlands sein zu wollen, — eine Beschuldigung, die der Čeche am allerwenigsten von seinem deutschen Mitbewohner verdient, für den er gleichfalls und zwar ganz gleichförmig die Freiheit mit errungen hat.

Es war voraus zu sehen, daß der constitutionelle Verein durch solche unüberlegte geflissentliche Aufreizungen, die rohe physische Kraft der čechischen Masse herausfordern werde — so war es denn auch wirklich, und die Demonstration im Konviktsaale am 29. April l. J. war die bedauerliche Folge, obwohl der „constitutionelle Verein" gleichzeitig ein Programm seiner Wirksamkeit veröffentlicht hatte, welches, seinem bisheriger Wirken ganz entgegen, Friede und Eintracht predigte.

Seitdem war der „constitutionelle Verein" nur im Stillen thätig, und sein erstes öffentliches Lebenszeichen sind die in der „constitutionellen Prager Zeitung" vom 12. Mai l. J. abgedruckten 3 Artikel, wovon der eine abermals einen Angriff auf den böhmischen Nationalausschuß enthält, somit neuerlich die Gemüther der Čechen erbitterte, der zweite unter Anführung einer Menge Unwahrheiten, zum Anschluße an Deutschland drängt, und der dritte eine Persönlichkeit ist.

Warum der „constitutionelle Verein" gegen den unter Vorsitz des k. k. Landespräsidiums bestehenden, vom h. Ministerium schon so vielfach anerkannten böhmischen Nationalausschuß mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln öffentlich in Rede und Schrift loszieht, da doch im Nationalausschuße selbst, bis zum 11. Mai l. J. des „constitutionellen Vereines" gar nicht gedacht,

Digitized by Google

noch sein Name ausgesprochen wurde, mag dem Ermessen eines jeden Gutdenkenden überlassen bleiben.

Ich glaube, es ist die verletzte Eitelkeit, Mitglied des Nationalausschusses (oft aus eigener Schuld) *nicht* zu sein, wol bei so Manchem die Ursache.

Es ist wahr, daß der „constitutionelle Verein" in der „Prager Zeitung" vom 12. Mai l. J. 40 Protestationen gegen den böhmischen Nationalausschuß herzählt. Doch wenn alle Protestationen so entstanden sind, wie die der Stadt Deutschbrod, welche von der Gesammtbürgerschaft widerrufen, und nur als das voreilige Werk einiger Wenigen erklärt worden ist, wenn in andern Städten nur Ausländer den Impuls zu derlei Protestationen gegeben haben, oder wenn bei einer dritten Klasse von Städten junge Leute aus Wien die Bürgerschaft zuerst inflamirten, — dann verlieren diese Protestationen wirklich alles Gewicht.

Daß aber der böhmische Nationalausschuß bereits mehrere hundert Danke- und Vertrauungsadressen von Stadt- und Dorfgemeinden aus allen čechischen und deutschen Gegenden Böhmens erhalten hat, daß eine einzige dieser Adressen allein von mehr als 30 Gemeinden des Bunzlauer Kreises unterschrieben war, daß bei jeder öffentlichen Sitzung des Nationalausschusses Deputirte anderer Gemeinden sich anmelden, welche mündlich ihren Dank abstatten, und daß darunter eine Deputation gewesen ist, welche in Vollmacht sämmtlicher Gemeinden eines *ganzen* Vikariatsbezirkes ihren Dank dem Nationalausschusse darbrachten, davon erwähnt der „constitutioelle Verein" nichts, obwohl ihm alles dieses bei der Oeffentlichkeit der Sitzungen des böhmischen Nationalausschusses gewiß nicht unbekannt sein kann.

Was das *Drängen* zum Anschlusse Böhmens an Deutschland, und zur Beschickung des Frankfurter Parlaments anbelangt, so hat der „constitutionelle Verein" es ganz unterlassen, den deutschen Mitbewohner Böhmens über die Folgen dieses Anschlusses aufzuklären, obwol es, nachdem schon alle ausländischen Zeitungen davon sprechen, kein Geheimniß mehr für den „constitutionellen Verein" sein kann.

Nicht ein bloßes freundnachbarliches Verhältniß zu Deutschland, sondern eine gänzliche *Unterordnung* Böhmens unter das Frankfurter Parlament, die höchste Gesetzgebung in allen Zweigen von Frankfurt aus, die oberste Militärgewalt von Frankfurt aus, die Ausschreibung einer allgemeinen Reichssteuer von Frankfurt aus, ein allgemeines deutsches Heimatsrecht u. s. w. sollen die nächsten Folgen dieses Anschlusses für unser Vaterland sein. Oesterreichs Kaiserhaus soll gewissermaßen in Böhmen zu regieren aufhören, der böhmische Landtag soll ein Schattenbild werden, und blos jene Gesetze in Anwendung bringen, jene Steuern einheben, und jene Militärmacht stellen, welche die Herren in Frankfurt berathen und beschlossen haben! Hat darüber der „constitutionelle Verein" die deutschen Mitbewohner Böhmens aufgeklärt? — Nein! — Er hat blos von den materiellen Vortheilen gesprochen, welche der Anschluß an Deutschland für Böhmen herbeiführen soll, und dabei übersehen, daß diese materiellen Vortheile durch ein äußeres freund-nachbarliches Verhältniß zu Deutschland um so mehr erreicht werden kann, als auch Böhmen und ganz Oesterreich den deutschen Nachbarländern im freundlichen Wege gleichfalls viele materielle Vortheile bieten kann, und die beiderseitigen Vortheile es gerade sind, welche am schnellsten die festesten Verträge begründen.

Wozu braucht es also einer Unterordnung unter das Frankfurter Parlament, um für Böhmen und Oesterreich günstige Handels- und Zollverträge u. s. w. zu schließen. Wenn Deutschland seinen eigenen Vortheil darin findet, so wird es gerne mit Oesterreich und Böhmen derlei Verträge eingehen, und wenn der Vortheil blos *einseitig* für Böhmen und Oesterreich wäre, so zweifle ich fast daran, daß Deutschland unser Vaterland als ein besonderes bevorzugtes Lieblingskind behandeln dürfte.

Eine ganz gleiche Bemerkung gilt auch in Beziehung auf die äußeren politischen Verhältnisse. Ein starkes selbstständiges Oesterreich wird sicher mit

Digitized by Google

dem einigen Deutschland ein Bündniß gegen jeden äußern Feind eingehen, welches Bündniß umgekehrt auch von Deutschland gesucht werden muß. Wozu bedarf es also abermals der Unterordnung unter die von Frankfurt ausgehende oberste Militärgemalt? —

Ich habe mir oft von Fachmännern sagen lassen, daß der unbedingte Anschluß an den deutschen Zollverein die böhmische Industrie und den böhmischen Handel fast in allen Zweigen beeinträchtigen würde, ich habe mir versichern lassen, daß der Absatz böhmischer Produkte und Fabrikate niemals so sehr nach Deutschland, wol aber, wenn auch Italien für Oesterreich verloren sein sollte, dennoch der Natur der Sache gemäß, wieder nach Süden, und dann vorzüglich in die Donauländer, endlich bei Freiwerdung der Donaumündungen, nach dem Orient sich wenden werde. Dann wird aber Deutschland mit uns und mit Oesterreich Handelsverträge einzugehen suchen, Böhmens Artikel werden bei den jugendlichen Slavenvölkern an der Donau und durch diese weiteren Absatz finden, und der Klageruf des constitutionellen Vereines „daß Böhmen ohne Deutschland verarmen und ein zweites Irland werde" könnte, wirklich sehr leicht durch den Anschluß an Deutschland in Erfüllung gehen, in welchem Falle Deutschland leicht möglicher Weise die Rolle Englands, und Böhmen die Rolle Irlands übernehmen könnten.

Ueber diesen Klageruf des „constitutionellen Vereines," der nur auf den großen Haufen berechnet ist, lächelt ohnedies mitleidig jeder nur einigermaßen merkantilisch Gebildete, und meint, der Verein, der so etwas aussprechen kann, müsse eben so wenig Kaufleute unter seinen Mitgliedern zählen als Cechen, von welchen Letztern kein einziges Mitglied dieses Vereines ist, obgleich sich dessen öffentlich gerühmt wird.

Wenn der „constitutionelle Verein" dem österreichischen Kaiserstaate vorwirft, russischen Intriguen Raum gegeben zu haben, — so verdient dieser Ausdruck keine Widerlegung. Nur so viel sei gesagt, daß gerade der „constitutionelle Verein" den Zwecken Rußlands am meisten in die Hände arbeitet, denn da, wo die gesammte cechische Bevölkerung Böhmens, ja selbst viele deutsch-böhmischen Gegenden, ganz Mähren und Schlesien, ja sogar Steiermark und Kärnthen sich bereits gegen den Anschluß an Deutschland ausgesprochen hat, wo selbst in Wien die deutsche Fahne allmälich verschwindet, und von Tag zu Tag die österreichischen Kaiserfarben mehr zum Vorscheine kommen, da heißt es Zwietracht säen, wenn noch immer mit Scheingründen zum Anschluße an Deutschland hingedrängt wird.

Divide et impera („Theile zuerst und dann kannst du herrschen") ist ein bekanntes Sprichwort! — „Der constitutionelle Verein" behauptet, daß der Nichtanschluß Oesterreichs an Deutschland ein Bruch zwischen beiden Reichen sei. Wer aber zu viel behauptet, der behauptet Nichts! —

Wenn früher zwischen Oesterreich ein freundnachbarliches Verhältniß bestanden hat, ohne daß Oesterreich seine Gesetze von Frankfurt erhielt, so kann wol auch in Zukunft ein solches freundliches Verhältniß, ja ein noch engeres Bündniß zwischen beiden Reichen statt finden, ohne daß Oesterreich von seiner Souverainität die größere Hälfte abtreten müßte.

Oder sollte der Ausspruch von einigen Männern in Frankfurt, der dahin lautet: „Deutschland sei mit 24 Millionen Menschen zu schwach, Oesterreich müsse sich wenigstens um 16 Millionen Unterthanen schwächen, um Deutschland kräftig zu machen," — soll dieser Ausspruch für Oesterreich dergestalt verbindlich sein, daß, falls Oesterreich zaudert, diesen Vorschlag einzugehen, ein unheilbarer Bruch mit Deutschland die Folge wäre? —

Ein freies starkes kräftiges Kaiserthum Oesterreich, ein freies einiges Deutschland, und beide freundnachbarlich sich die Hände reichend, das ist die größte Macht, die jeden Angriff, er komme, woher er wolle, zurück weisen wird. Dadurch zerfällt auch die Drohung des constitutionellen Vereines mit dem Kriegsheere der französischen Republik an der Grenze Italiens in sein Nichts zurück.

Digitized by Google

Abgesehen davon, daß die Zeitungen nichts Bestätigendes weiter berichten, so ist ja ein starkes Oesterreich, alliirt mit dem einigen Deutschland, und Deutschland alliirt mit Oesterreich gewiß der Wunsch aller Gutgesinnten, sowol in Oesterreich als in Deutschland. Dazu bedarf es aber eben so wenig einer Unterordnung Oesterreichs unter Deutschland als umgekehrt. Was Oesterreich Gefahr droht, ist gewiß auch für Deutschland nicht gleichgiltig und umgekehrt.

Es sind zwei Nachbarn, die sich treulich helfen müssen. Dazu ist es aber nicht nothwendig, daß Einer über den Andern herrsche, und daß Einer in die innern Angelegenheiten des Andern sich menge.

Oder glaubt der „constitutionelle Verein," daß Deutschland die dargebotene Bruderhand Oesterreichs zurückstoßen werde, weil Oesterreich sich dem Frankfurter Parlamente nicht untergeordnet hat? —

Da sind Deutschlands Männer viel zu vernünftig, um so etwas zu thun! Deutschland wird sich auf seinen eigenen Vortheil besser verstehen!

Wie kann der „constitutionelle Verein" es wagen, Oesterreich undankbar und ungerecht zu nennen, wenn es freundlich die Hand dem Deutschlande reicht, aber sich zu Hause befestigen und nicht von Deutschland aus regieret werden will? Wahrhaftig der „constitutionelle Verein" sollte sich nicht solcher Worte bedienen, die jedem echten Oesterreicher, falls er sie ausspricht, die Schamröthe ins Gesicht jagen müßten.

Wer den bisherigen Terrorismus in Wien kennt, wer weiß, daß durch Straßenaufläufe daselbst die Minister abgesetzt wurden, der wird begreifen, daß das Ministerium des Innern die Wahlen nach Frankfurt ausschreiben mußte. Doch schon die Art der Ausschreibung beweis't, daß nach Frankfurt zu wählen, nicht Bürgerpflicht sei. „Wer wählen will" heißt es im Ministerial-Erlasse, „der soll daran nicht gehindert werden," d. h. mit andern Worten: „Wenn in ganz Böhmen Niemand wählt, so ist es auch recht, ja noch besser." — Kann die Ausschreibung unseres böhmischen Landtages, welche am 16. oder 17. d. M. geschehen wird, auch so unbestimmt lauten? Gewiß nicht, denn da wird es heißen: der böhmische Landtag muß beschickt werden, daher habe jeder Wahlberechtigte auch wirklich zu wählen.

Auf diesen böhmischen Landtag wollen wir daher unsere Kräfte und Intelligenz aufsparen, auf diesem Landtage wollen wir das eigene Haus bauen und eine feste Grundlage zu Oesterreichs Stärke bilden helfen, auf diesem Landtage wollen wir, mit unserem Kaiser vereint, uns die nöthigen Gesetze geben, unsere bäuerlichen, städtischen und gewerblichen Verhältnisse, das Schul- und Gerichtswesen u. s. w. ordnen: von da aus wollen wir aber auch freundlich die Hand dem Deutschlande reichen, und wir wollen, jedoch ohne Unterwerfung unter die Gesetzgebung des deutschen Parlaments in Frankfurt vereint mit Deutschland unsere junge Freiheit wahren, nöthigenfalls auch vertheidigen.

Wollen wir daher die ohnedies von der Regierung nicht gebotenen, sondern blos freigestellten Wahlen nach Frankfurt vorläufig ganz unterlassen, und die etwa schon gewählten Deputirten nicht dahin absenden, sondern unserm Landtage die Entscheidung darüber anheim stellen; — denn Gesetze wollen wir von Frankfurt nicht erhalten, wir wollen sie selbst uns geben, und Deputirte nach Frankfurt zu senden, bloß um zu horchen und zu berichten, finde ich der böhmischen Nation unwürdig.

Unser gütige Monarch und der Landtag werden schon dafür sorgen, daß wir von den Frankfurter Beschlüßen auf eine würdigere Weise Kenntniß erhalten, und beide werden schon unsere Landesinteressen wahren, wenn, was aber nicht leicht zu erwarten steht, die freien Männer Deutschlands von Frankfurt aus unsere constitutionelle Freiheit antasten sollten.

Prag, am 13. Mai 1848.

Dr. Johann Kliebert.

Digitized by Google

Nr. CLXX.

Aufforderung an das Land wegen Nichtvornahme der Wahlen zum Frankfurter Parlament.

Der in Prag unter dem Vorsitze des k. k. Gubernialpräsidenten wirkende Nationalausschuß, welcher die Vorarbeiten für den nächsten constituirenden Landtag liefert, und bis zur Zusammentretung desselben die Rechte der gesammten böhmischen Nation vertritt, auch mit wahrem Patriotismus dafür sorgt, daß das constitutionelle Princip ins Leben trete, und die Freiheit für Alle — insbesondere aber auch für den Bürger- und Bauernstand möglichst bald zur Wahrheit werde, hat sich zu wiederholten Malen gegen die Vornahme der Wahlen für das Frankfurter Parlament erklärt, und seine Verwahrung gegen jede solche Verbindung Böhmens und des Kaiserthums Oesterreich mit Deutschland ausgesprochen, wodurch die Souveränität, Einheit und staatliche Selbstständigkeit der Monarchie verletzt würde. Er hat demgemäß bei der Regierung durch eine eigene Deputation die dringendsten Vorstellungen gemacht, daß im Königreiche Böhmen die Wahlen für das Frankfurter Parlament nicht ausgeschrieben werden möchten, so lange nicht der Landtag, welchen der Nationalausschuß einzig und allein für berechtigt hält, hierüber zu entscheiden, zusammenberufen sein, und seinen Beschluß darüber gefaßt haben wird, ob das Frankfurter Parlament aus Böhmen zu beschicken ist oder nicht, und ob sich Böhmen an Deutschland anschließen soll oder nicht.

Der Nationalausschuß hat ferner erklärt, daß dieses in der Natur der Sache gelegene, dem freien Volke von Böhmen an sich schon unbestreitbare Recht über die Frage, die für dasselbe eine Lebensfrage ist, auf dem Landtage, welcher als aus allen Ständen hervorgehend, für den einzigen Repräsentanten des wahren Volkswillens des gesammten Volkes von Böhmen anerkannt werden muß, den Anspruch zu thun, um so weniger in Zweifel gezogen werden kann, weil ja selbst Seine Majestät in der allerhöchsten Entschließung ddo. 8. April, worin es im §. 2 heißt, daß es dem böhmischen Landtag zukomme, über alle Landesangelegenheiten zu berathen und zu beschließen, dieses Recht anerkannt hat.

Die Gefertigten (Mitglieder der Gemeinde N. N.) stimmen in Alle dem dem Nationalausschuß vollkommen bei, und sprechen ihre Ueberzeugung dahin aus, daß der Nationalausschuß, welcher die Rechte des Königreichs Böhmen so fest vertreten, hierin gewiß auch im Sinne der bei weitem größten Mehrzahl des gesammten Volkes von Böhmen gehandelt hat, und für sein aufopferndes Bemühen den aufrichtigsten Dank jedes Patrioten, jedes wahren Oesterreichers in vollem Maße verdiene.

Ungeachtet aller vom Nationalausschuße geltend gemachten Gründe und seiner dringlichsten Vorstellungen hat das Ministerium dennoch die Wahlen für das Frankfurter Parlament im Königreiche Böhmen ausgeschrieben. In Berücksichtigung der vom Nationalausschusse geltend gemachten sehr gewichtigen Gründe gegen die Wahl erließ jedoch das Ministerium nunmehr die Ausschreibung der Wahlen in der Art, daß es den Staatsbürgern vollkommen freigestellt wird, zu wählen oder nicht zu wählen, und den k. k. Beamten und Wahlkommissären aufgetragen wird, sich aller Einwirkung auf die Wahlen selbst und aller Nöthigung zur Vornahme derselben zu enthalten.

Da nun das Ministerium die Wahl oder Nichtwahl dem freien Willen der Gemeinden überlassen hat, so säumt die gefertigte Gemeinde keinen Augenblick, von dem in der constitutionellen Freiheit begründeten und in diesem Ministerialerlasse ausdrücklich zugestandenen Rechte Gebrauch zu machen, und durch gegenwärtige Schrift sich gegen die Vornahme dieser Wahlen auszusprechen, und unter einem alle die Gründe, die sich zur Protestation gegen die Beschickung des Frankfurter Parlaments bewogen haben, und gegen

einen Anschluß Böhmens und der Monarchie überhaupt an das neu zu schaffende deutsche Reich sprechen, wenigstens in Kürze darzulegen.

Vor Allem würde die Souveränität und Selbstständigkeit der Monarchie und unserer Krone insbesondere, durch eine nähere Verbindung derselben mit Deutschland, als es die bisherige war, aufgehoben, ja schon durch die bloße Beschickung des Parlaments gefährdet. Der vom Frankfurter Vorparlament veröffentlichte Entwurf zur Verfassung für das neue deutsche Reich spricht es klar aus, daß künftighin ein zu wählender deutscher Kaiser mit seinem Hofstaate und den obersten Aemtern und Gerichtsbehörden in Frankfurt seinen Sitz haben, daß von dort aus von nun an die Gesetze für alle Länder, die sich dem deutschen Reiche und Parlamente anschließen, diktirt; daß von dort aus für alle diese Länder eigene Reichssteuern ausgeschrieben, und daß vom Frankfurter Ministerium über die gesammte Militärmacht verfügt, und über Krieg und Frieden entschieden werden soll. Es ist klar, daß Oesterreich bei einem Anschlusse an solch ein neues Reich seine Souveränität verlieren, daß es für die mit dem Reiche verbundenen Länder aufhören würde, ein Staat zu sein, daß hiedurch alle übrigen ungarischen und slavischen Länder, die ihre Selbstständigkeit immer aufgeben werden, gewaltsam von Oesterreich weggestoßen würden, und hiedurch die Monarchie der Auflösung entgegen geführt würde. Wir aber halten den ferneren selbstständigen Fortbestand der Monarchie für die sicherste Garantie unserer Freiheit und der Erhaltung der verschiedenartigen in derselben vereinigten Nationalitäten, deren vollkommen nationale und politische Gleichberechtigung fortan die sicherste Stütze eines kräftigen selbstständigen Kaiserreichs bilden muß.

Wir sind daher entschlossen, die volle Souveränität, Einheit und staatliche Selbstständigkeit Oesterreichs mit allen Kräften zu vertheidigen. Wir wollen nicht, daß unser bisher souveräne Kaiser und König ein Unterthan des Kaisers von Frankfurt werde, wir wollen nicht, daß man uns von Frankfurt aus, wo man unsere Landesverhältnisse und Bedürfnisse nicht kennt, Gesetze diktiren, die sehr leicht zum Nachtheile unseres Vaterlandes gereichen könnten. Wir wollen für uns selbst im Einvernehmen mit unserem souveränen constitutionellen Monarchen, theils auf dem böhmischen Landtag, theils am allg. österr. Reichstage nach eigenen Bedürfnissen unsere Gesetze erlassen. Wir wollen keinen Anschluß an's deutsche Parlament, weil wir uns dadurch des unschätzbaren Rechtes verlustig machen würden, über alle unsere Landesangelegenheiten durch unsere Abgeordneten auf unseren böhmischen Landtagen zu berathen, und zu beschließen, welches Recht uns durch die allerhöchste Erledigung der zweiten Prager Petition vom 8. April von Sr. Majestät zugestanden ist. Wir halten einen Anschluß Oesterreichs an Deutschland für überflüssig, weil Oesterreich mit seinen 38 Millionen ein größeres und mächtigeres Reich ist, oder doch sein kann, als Deutschland, selbst jene Länder, die es von Oesterreich losreißen will, mitgerechnet sein wird.

Wir Oesterreicher sind stark genug, uns mit eigenen Kräften gegen jeden äußern Feind zu behaupten, und wollen durch eine Einverleibung in's deutsche Reich nicht in die Nothwendigkeit versetzt werden, für selbes seine Schlachten zu schlagen, wenn hiebei für unser Reich weder Vortheil noch Gefahr verhanden ist.

Im Falle einer für Oesterreich und Deutschland gemeinsamen Gefahr wollen wir gern die natürliche Allianz mit Deutschland aufrecht erhalten, wobei jedoch die Selbstständigkeit des österreichischen Staates aufrecht bleiben kann und soll. Wir wollen Steuern zahlen, insoweit es die Bedürfnisse unseres Königreichs und der gesammten Monarchie erheischen, wir wollen uns aber nicht noch außerdem von Frankfurt aus Steuern diktiren lassen, für die Bedürfnisse des Reichs, die nicht die unseren sind; wir wollen auch nicht außer dem Hofstaat unseres Kaisers in Wien noch einen zweiten, den des deutschen Kaisers von Frankfurt erhalten. Wir wollen mit allen unsern Angelegenheiten nicht nach dem fernen Frankfurt gehen, wir wollen sie von unsern einheimischen Behörden im eigenen Lande entschieden sehen. Wir wollen nicht,

Digitized by Google

daß unsere Söhne in's allgemeine deutsche Heer abgeführt und nach Belieben des Kriegsministeriums in Frankfurt bis an das baltische Meer oder an die Nordsee versetzt werden, noch wollen wir dulden, daß man preußische, sächsische oder sonst fremde Truppen bei uns einquartiere.

Wir wollen nicht, daß sich Oesterreich Deutschland einverleibe, weil dadurch die verschiedenen Nationalitäten Oesterreichs, denen durch die am 25. April kundgemachte Verfassungsurkunde für das Kaiserthum Oesterreich die volle politische und nationelle Gleichberechtigung zugestanden ist, in Gefahr gerathen würden, dieses Recht als mit den Grundsätzen des Frankfurter Parlaments und mit der staatlichen und nationalen Einheit des neuen deutschen Reiches aufgeben zu müssen — wodurch, da sie dies nicht thun können und wollen, nothwendig ein Bürgerkrieg zwischen den Brüdernvölkern und Nationalitäten Oesterreich's verursacht würde — welchen wir vor Allem vermeiden wollen. —

Wir wollen nicht dem Zollvereine beitreten, weil dadurch unsere vaterländische Industrie ruinirt würde — einerseits, weil unsere Industrie noch nicht so weit gekommen ist, um mit der von Sachsen und Preußen concurriren zu können, und weil wir andererseits den Absatz nach den Südländern verlieren würden; denn nach dem industriosen und stark bevölkerten Deutschland werden wir unsere Fabrikate nicht absetzen — träte aber Oesterreich mit Deutschland in einen Zollverband, so würden zwischen uns und den nicht mit eintretenden ungarischen und slavischen Ländern neue Zollbeschränkungen entstehen und wir den Absatz unserer Waaren nach diesen Ländern nur noch unter einem höheren Eingangszolle erhalten und noch obendrein mit den Fabrikanten aus Sachsen, Preußen ꝛc. theilen müssen. Durch die bei einem Anschlusse Oesterreich's an Deutschland zu besorgende völlige Losreißung jener Länder von Oesterreich würden wir den gegenwärtig unserer Industrie so vortheilhaften Einkauf ihrer wohlfeilen Rohprodukte, den Markt für unsere Fabrikserzeugnisse, die wir bisher fast ausschlüßlich besaßen, besonders gegen die übermächtige Concurrenz der Engländer aus den Südhäfen fast ganz verlieren.

Wir wollen keinen Anschluß an Deutschland, weil wir noch nicht wissen, ob aus Deutschland, trotzdem, daß das Vorparlement einen Kaiser in Frankfurt haben will, nicht dennoch eine Republik werden wird, und weil wir einmal mit Deutschland verbunden, auch mit ihm zugleich die Republik würden annehmen müssen, welche Gefahr wir durchaus vermeiden wollen.

Wir wollen uns nicht mit Deutschland verbinden, weil in seinen Ländern nicht blos republikanische Elemente, sondern auch sehr viele socialistische und communistische wühlen, und weil durch unseren Anschluß auch bei uns der ruhige Besitz von Eigenthum, wie es dort schon der Fall ist, gefährdet werden würde.

Wir wollen uns nicht an Deutschland anschließen, da wir vor Allem erst für die Constituirung unseres Landes sorgen und Alles anwenden müssen, um die Verfassung unseres eigenen Landes und die des Kaiserthumes in Ordnung zu bringen und weil, wenn wir uns erst mit der Constituirung anderer Länder befassen, wir unser eigenes Vaterland vernachlässigen und in Unordnung und Anarchie stürzen würden.

Wir wollen uns nicht mit dem deutschen Reiche einverleiben lassen, weil Böhmen dem deutschen Reiche nie einverleibt war, weil es nie zu einem deutschen Kreise gerechnet wurde, weil es immer als ein freies, souveraines Königreich neben Deutschland da gestanden ist.

Wir werden nicht zugeben, daß unser Königreich Böhmen, welches immer seine Autonomie gehabt hat und von Deutschland in Betreff der Gesetzgebung, Gerichtspflege und Verwaltnng immer ganz unabhängig war, jetzt etwas von dieser alten Unabhängkeit abgeben sollte.

Wir geben nicht zu, daß unsere Regierung seit unserer Verschmelzung mit Oesterreich etwas von den Souverainitätsrechten der böhmischen Krone vergeben könnte, ja es kann gar Niemand beweisen, daß sie etwas vergeben hat.

Digitized by Google

Wir erklären die Zutheilnng Böhmens zum deutschen Bunde durch die Wiener Bundesakte, weil sie vorgenommen wurde, ohne daß unser Volk darüber befragt worden wäre, für ungiltig.

Und wäre diese Verbindung des Königreichs Böhmen mit dem deutschen Bund eine rechtmäßige, so protestiren wir gegen jede einseitige Veränderung dieses Rechtszustandes ohne Einwilligung des gesammten auf dem nächsten Landtage repräsentirten Volkes von Böhmen, zumal gegen jede Veränderung, wie die beabsichtigte, die auf Verkürzung unserer Rechte und Beschränkung der Souverainität der böhmischen Krone, und der Monarchie überhaupt, herausgeht.

Ist aber der alte deutsche Bund, der, wie das Vorparlament sagt, ein bloßer Fürstenbund war, als solcher aufgehoben, und soll nun an seine Selle ein neuer Volksbund treten, so kann Böhmen gleichfalls nicht dazu verhalten werden, noch auch Jemand das Recht haben, Deputirte nach Frankfurt zu schicken, so lange nicht das ganze Volk von Böhmen auf seinem Landtage sich ausgesprochen hat, diesem neuen Völkerbunde beitreten zu wollen.

Glaubt Deutschland, daß der Anschluß für Böhmen eine Wohlthat wäre, so möge man uns doch früher fragen, ob wir sie annehmen, und soll uns diese vermeintliche Wohlthat nicht aufdringen, und so für alle Zukunft verleiden. Am wenigsten soll man in Ermanglung anderer Argumente uns durch Drohungen zum Anschlusse zwingen wollen; Gewalt werden wir mit Gewalt zurücktreiben, und wir hier in Böhmen sind bekanntlich keine Memmen, und doch hoffentlich mindestens so tapfer, wie die Herren in Preußen und Sachsen. Man sagt uns, man wolle uns gleiche Rechte gönnen: Es sei den Herren in Frankfurt schönstens gedankt. Wir brauchen keine Gnade von ihnen, wir können uns in Oesterreich selbst geben, was wir brauchen. Sie würden auf ihrem Reichstage nur ihre Bedürfnisse im Auge haben, ohne Rücksicht auf unseren Nachtheil, wir aber würden immer in der Minorität bleiben und so verkürzt sein. Wir in Oesterreich bedürfen ihrer nicht, und haben es noch nie. Sie aber mögen schauen, ob sie uns entbehren können. Was können wir aber für eine Gerechtigkeit von einem Parlamente erwarten, das so unverschämt allem Rechte Hohn spricht, indem es öffentlich mit Beifall den Ausspruch annimmt, daß zu einem Bunde freier Völker das freie constitutionelle Volk von Böhmen mit der Schärfe des Schwertes gezwungen werden solle.

Wundert sich Jemand jetzt noch, daß wir den Herren in Frankfurt nicht trauen? Wohl wollen wir nicht Deputirte zu einem Parlamente schicken, das kein Recht und keine Gerechtigkeit anerkennt. Wir wollen nach Frankfurt keine Deputirte schicken, weil wir uns hierdurch die Pflicht, sie zu zahlen und somit eine neue Steuer aufbürden würden. Wir wollen nicht Deputirte nach Frankfurt schicken, weil wir die tüchtigen Männer im Lande brauchen für unseren eigenen Landtag und für den österreichischen Reichstag — weil wir sie brauchen zur Beruhigung und Ordnung unserer eigenen Verhältnisse, zur Wahrung und Befestigung der heimischen Freiheit.

Wir wollen keine Deputirte nach Frankfurt schicken, weil sie dort überflüssig wären und müssige Zuschauer abgeben müßten, da die österreichische Regierung sich vorbehalten hat, Alles, was dort beschlossen wird, zu bestätigen oder nicht zu bestätigen.

Trotz dem, daß die Regierung sich die Bestätigung der Beschlüsse des Frankfurter Parlaments vorbehalten hat, halten wir die Absendung von Deputirten dahin für gefährlich, weil man dem Frankfurter Parlamente hiedurch Veranlassung zu Anmaßungen geben würde, und sich selbst später auf die allgemein angenommene parlamentarische Regel berufen könnte, daß die Minderheit sich immer der Mehrheit unterwerfen müsse, was immer zum Streit und zu Mißverständnissen führen müßte. Wir wollen das Frankfurter Parlament nicht beschicken, weil sich die österreichische Regierung erklärt hat, gar nichts von ihrer Souverainität abzugeben, und weil sodann eine Verbindung mit dem neuen deutschen Reiche nicht möglich ist, dann soll Oesterreich nach dem Willen unseres Kaisers und nach der Erklärung seiner Regierung neben

Digitized by Google

Deutschland als souverainer, selbstständiger Staat, wenn gleich in freundnachbarlichen Verhältnissen zu Deutschland fortbestehen, dann finden wir die Beschickung des Frankfurter Parlaments gegen alles politische Herkommen ja geradezu lächerlich, weil ja nirgends in der Welt zwei frei nebeneinander bestehende selbstständige Staaten, wenn sie auch in der freundschaftlichsten Allianz sind, mit einander durch gegenseitige Beschickung ihrer Parlamente, sondern immer einfach nur durch Gesandte verhandeln, und auf diese Art gleichfalls alle Einrichtungen und Gesetze annehmen können, deren gleichzeitige und gleichförmige Aufnahme ihrem Vortheile entspricht.

Wir wollen nicht ein Parlament unterstützen, welches offen erklärt, daß es auf solche Wahlen, welche von der Minderheit in einer Gemeinde, somit auch jene, welche von einigen Einzelnen vorgenommen würden, als giltige, d. i. als Willensäußerung der Mehrzahl, somit auch der gesammten Wählerschaft, und in weiterer Folge auch der ganzen Nation anzuerkennen entschlossen ist, und das nur aus dem Grunde, weil es, wie es dies, offen herauszusagen, keinen Anstand nimmt, einen Grund oder doch Vorwand haben will, gegen das freie Volk von Böhmen Gewalt auszuüben, und es zum Anschluß an das deutsche Reich zu zwingen. Wir aber sagen den Herren von Frankfurt, wir dulden keinen Zwang, der ist kein echter Böhme, der Zwang verträgt, wo er das Recht auf seiner Seite hat.

Wir wollen endlich nicht zu dem Frankfurter Parlamente wählen, weil es uns unsere Regierung freistellt, nach unserem besten Wissen und Gewissen zu wählen, oder nicht zu wählen, und weil wir es mit unserer Vaterlandsliebe, mit der Liebe zu unserem constitutionellen Monarchen und zur Gesammtmonarchie unvereinbar finden, durch Absendung von Abgeordneten den Einfluß eines Parlamentes zu stärken, welches unverholen dahin arbeitet, unsere altberühmte böhmische Krone, und unsere Monarchie um ihre Selbstständigkeit und Souverainität zu bringen und hiedurch zu spalten und auzulösen.

Diese unsere Erklärung, daß wir für das Frankfurter Parlament nicht wählen wollen, und gegen jeden solchen Anschluß an Deutschland, wodurch die Souverainität der böhmischen Krone und die staatliche Selbstständigkeit Oesterreichs auch nur im mindesten beeinträchtigt würde, protestiren, bestätigen wir durch unsere Unterschriften.

Prag, am 14. Mai 1848.

Prokop Richter, Johann Slawik, Karl Kinzlberger, Johann Wyskočil, Johann Rypota, Wilhelm Stiasny, Karl Engelmayer, Mitglieder des Ausschusses im Namen der Bürgerresource.

Jede Gemeinde, welche die hier ausgesprochenen Ansichten billigt, und hier enthaltenen Gründe anerkennt, wird aufgefordert, nach dem Uebereinkommen der Gemeindeglieder eine ganz oder theilweise gleichlautende, mit den Unterschriften der Gemeindeglieder versehene Erklärung bei der am 20. d. M. vorzunehmenden Wahl dem Wahlcomissär zu übergeben.

Nr. CLXXI.

Aufruf der Wiener Deputation an die Bewohner Prags.

Die Bewohner Wiens, repräsentirt durch Vertreter des Magistrats und des Bürgerausschusses, der Nationalgarde, des kaufmännischen und Schriftsteller-Vereins, reichen vor Allem die Hand zum brüderlichen Gruße den biederen Bewohnern Prags. Ein Gefühl hat Euch und uns mit gleicher Kraft beseelt, es war der Drang der Freiheit. Dieser Drang ist zur That geworden, und nun die Freiheit errungen, wollen wir sie mit Muth und Ausdauer bewahren. Daß die wahre constitutionell geregelte Freiheit in Eueren Herzen tiefe Wurzel geschlagen, davon gaben die Ereignisse ein sprechendes Zeugniß. Wir sind gekommen, Euch unsere volle Anerkennung zu zollen und Euch einen Beweis unserer freundschaftlichen Gesinnung zu geben. Unser Er-

Digitized by Google

scheinen in Euerer Mitte soll nicht nur unseren Gefühlen Worte geben, sondern auch das brüderliche Verhältniß zwischen Böhmen und Oesterreich noch enger knüpfen. Prag und Wien, Böhmen und Oesterreich sind zwar zum Theil in ihrer Sprache verschieden, aber sind vereint durch die treue Anhänglichkeit an Fürst und Vaterland, und noch mehr durch das innere Band der Constitution, welche jeder Nationalität gleiche Berechtigung und freie Entwicklung zugesteht. In der Pflege freisinniger Ideen seid Ihr schon vor Jahrhunderten andern Völkern vorangeschritten und Euer Boden wurde oft genug mit dem Blute Euerer Freiheitskämpfer getränkt. Nun wir endlich diese Freiheit errungen, wollen wir ihre Früchte auch ohne solche Opfer genießen. Allein, soll dieser Wunsch Wahrheit werden, soll die kaum errungene Freiheit gedeihen, dann ist vor Allem nöthig treue brüderliche Einigkeit und festes, inniges Aneinanderhalten! Denn wie wir sie nur Hand in Hand errungen, so können wir sie auch nur Hand in Hand bewahren! — Prag, den 15. Mai 1848. Med. Dr. Köck, J. Edler v. Patruban, Vertreter des Magistrats und Bürgerausschußes. — J. U. Dr. Heidmann, F. Voigtländer, Vertreter der Nationalgarde, — F. Absolon, J. A. Jirzizek, J. Rauch, Vertreter des kaufmännischen Vereins. — A. J. Dolejálek, J. U. Dr. Jonak, L. J. Kadisch, J. B. Kraus, J. G. Neumann, Vertreter des Schriftsteller-Vereins.

Nr. CLXXII.

Rede des Doktor Frankl an die Prager Studentenschaft.

„Die Studenten der ehrwürdigen, ruhmgekrönten Wiener Universität sind eben so stolz auf den Namen: „Vorkämpfer der Freiheit", als sie stolz darauf sind, in den wacker gesinnten, hochherzigen Studirenden der altglorreichen, fünfhundertjährigen Universität Prags ihre Collegen, Mitbürger und Brüder zu begrüßen. Mit lebhafter, allgemeiner Acclamation haben die Wiener Studenten seiner Zeit die Adresse der Prager Studirenden entgegengenommen, mit eben so lebhafter und einstimmiger Acclamation haben sie vernommen, daß die Prager Studenten in den letzten Tagen des Judenexcesses sich der Bedrängten und Verfolgten eifrigst und thatkräftigst angenommen haben, daß sie selbe mit eigener Gefahr und mit gesinnungstüchtiger Verachtung der ihnen deshalb angedrohten und theilweise verwirklichten Insulten und Verletzungen des Pöbels geschützt und vertheidigt haben. Die Wiener Studenten haben ebenso mit freudiger Sympathie erfahren, daß die Prager akademische Legion keinen Unterschied ihrer Collegen kennt und annimmt, und keinen derselben aus engherzigen, philisterhaften Confessionsrücksichten ausschließt, vielmehr alle als Garden für gleichberechtigt hält.

In beider Rücksicht können die Wiener Studenten nicht umhin, ihren intelligenten Brüdern zu Prag Beifall, Dank und Anerkennung zu Theil werden zu lassen. „Schutz den Bedrängten" sei auch fürder unsere gemeinsame Aufgabe, Freiheit und Loyalität unsere Divise. Unsere freie Bewegung auf der Bahn des Fortschritts sei durch Eintracht gefördert und so wollen wir bei gleichen Tendenzen jeder möglichen Versöhnung und Vermittelung gerne die Hand bieten, aber auch jeder schmählichen Reaktion muthig entgegentreten.

Und somit ein dreifaches Hoch der Prager Universität, ein dreifaches Hoch den Prager Studenten, verbrüdert mit den Studenten der Wiener Universität!

Nr. CLXXIII.

Veröffentlichung der Einleitungen zur Erklärung der Genugthuung von den drei Stadtverordneten durch die Ausschußmänner der Nationalgarde.

Die von Seite des k. k. Appellationsgerichtes in der Prager Zeitung vom 12. d. M. veröffentlichten Aussagen der darin genannten Deputirten des

Digitized by Google

Stadtverordneten-Collegiums, welche die gesammten Nationalgarden der Theilnahme der am 10. Mai l. J. vorgefallenen Ruhestörung beschuldiget, und dieselben für fähig hielten, sich zur Verübung des Excesses mit dem Volke gegen das k. k. Militär zu verbinden, haben unter der Nationalgarde allgemeine Entrüstung hervorgerufen.

Nachdem früher einzelne Kommandanten und Hauptleute ihre Abtheilungen versammelt und sich überzeugt hatten, daß dieselben mit allgemeinem Abscheu gegen den Excess des 10. Mai erfüllt sind, traten die Offiziere der uniformirten Bürgercorps und der Nationalgarde, dann die Tribunen und Centurionen der Studentenlegion mit vielen Unteroffizieren und Gardisten am 12. d. M. im neuen Rathhausgebäude zusammen und beschlossen, vor Allem sich gegen die in dem Appellationsprotokolle enthaltenen, die Nationalgarden betreffenden Aufgaben durch eine öffentliche Erklärung zu verwahren. (Diese Erklärung ist bereits am selben Tage durch die Zeitungen und Maueranschläge veröffentlicht worden.) Zugleich wurde von dem Herrn Fürsten Karl Auersperg der Entwurf eines Gesuches an das k. k. Landespräsidium vorgelesen, in welchem die Verwendung beim k. k. Generalskommando um schleunigste Aufstellung eines k. k. Militärgenerals als provisorischen Oberkommandanten der sämmtlichen Nationalgarden erbeten wurde, weil Oberst Haase in Folge erlittener Insulte von Seite einer Abtheilung der Techniker-Cohorte seine Stelle niedergelegt hatte.

Dieser Entwurf erhielt allgemeine Zustimmung, und das Einschreiten ging sogleich ab.

Auch wurde mit Akklamation beschlossen, von den Deputirten der Stadtverordneten eine Genugthuung für die durch die den Nationalgarden zugefügte Ehrenbeleidigung zu begehren, in welchem Beschluße die Versammlung nur noch mehr bestärkt wurde, als die beigezogenen Herren Deputirten Dr. Rozkošný und Faster das ihnen vorgelesene appellatorische Originalprotokoll, welches zu diesem Ende durch eine Deputation mit einer Legitimation des Herrn Bürgermeisters von dem k. k. Appellationspräsidium erbeten wurde, für unrichtig und nicht wortgetreu erklärten, später aber Herr Dr. Rozkšný sogar äußerte: daß er nicht an eine Veröffentlichung dieses Protokolles dachte, sonst würde er vor dem k. k. Appellationsgerichte andere Worte gebraucht haben.

Zur Bestimmung dieser Genugthuung und der Einleitung der hiezu nothwendigen Schritte wurden von der Versammlung die Herren: Joh. Haklik aus den uniformirten Bürgercorps, — Fürst Karl Auersperg, Ed. Pleschner und J. U. D. Johann Prasch aus der Nationalgarde, — und J. U. D. Leopold Klaudi aus der Studentenlegion als Kommission zusammengesetzt, welche zugleich beauftragt wurden, im Namen der erwähnten Körperschaften Sr. k. k. Hoheit dem Herrn Erzherzog Karl Ferdinand als Kommandirenden in Böhmen ihre Entrüstung über die Vorfälle des 10. Mai persönlich auszusprechen, und selben des besten Einverständnisses und Zusammenhaltens der Gardenkörper mit dem k. k. Militär zu versichern.

Die Ausschüße stellten sich Sr. k. k. Hoheit des andern Tages um 10 Uhr vor. Herr Fürst Karl Auersperg führte das Wort, erwähnte von der allgemeinen Aufregung, welche der Inhalt des veröffentlichten appellatorischen Originalprotokolls in allen Abtheilungen der Nationalgarde und Studentenlegion hervorbrachte und erklärte, daß der beste Geist der Eintracht und des Zusammenwirkens zwischen diesen Körperschaften und dem k. k. Militär bestehe, und ganz gewiß fruchtlos durch unlautere Versuche gestört werden will.

Se. k. k. Hoheit versicherte, daß der gute Geist der Nationalgarde und Studentenlegion die allgemeine Anerkennung bei allen Gutgesinnten fände, daß er dies bei mehren Gelegenheiten öffentlich anerkennend ausgesprach und hierüber auch nach Wien Bericht erstattete. Es sei nur zu bedauern, daß allem Anschein nach mehre Mitglieder eines Sondercorps den Excess am 10. Mai planmäßig herbeigeführt haben, woran sich leider eine Abtheilung der Legion betheiligt zu haben scheint.

Digitized by Google

Dr. Klaudi erklärte, diese Abtheilung der Legion in Schutz nehmen zu müssen, indem sicher nur Einzelne derselben sich an der Ruhestörung betheiligten, die große Mehrzahl aber auch in dieser Legionsabtheilung, von gutem Geiste beseelt, für Recht und Gesetz einstehe; — einzelne Böswillige aber gäbe es ja wahrscheinlich in allen übrigen Abtheilungen auch. Schließlich erwähnte Dr. Prasch, wie wünschenswerth es sei, wenn noch heute (13.) der provisorische Oberkommandant für die Nationalgarden ernannt werden möchte, was Se. k. k. Hoheit zusagte.

Die Deputation wurde sofort auf das ehrenvollste entlassen. Nachmittags um 6 Uhr überreichten die fünf Ausschußmänner persönlich in Gegenwart der anwesenden Stadtverordneten dem Hrn. Bürgermeister mit der Bitte um schriftlichen Bescheid folgendes Einschreiten:

Löblicher Vorstand des Stadtverordneten-Collegiums!

Die in der Constitutionellen Prager Zeitung vom 12. d. M. veröffentlichten Aussagen der Herren Deputirten J. U. D. Rozkošny, Faster und Wanka, in welchen vor dem k. k. Appellations-Gerichte die Ehre der Nationalgarde und der Studentenlegion angegriffen wurde, haben diese Körperschaften mit um so größerer Entrüstung erfüllen müssen, als die Aussagen die Absicht in sich tragen, eine Spaltung zwischen den Gardekörpern und dem k. k. Militär herbeizuführen und sie um das Vertrauen zu bringen, welches dieselben bei allen Gutgesinnten bisher im vollsten Maße genossen haben.

In einer am gestrigen Tage zusammengetretenen Versammlung der Herren Offiziere der Bürgerkorps und Nationalgarde, dann der Herren Tribune und Centurionen der Studentenlegion wurde über einhelligen Beschluß eine Deputation an das k. k. Appellationspräsidium mit einer Legitimation des Hrn. Bürgermeisters um Uiberkommung des betreffenden Originalprotokolles abgesendet, um das durch den Artikel der Zeitung veröffentlichte Faktum sicherzustellen. Das k. k. Appellationsgericht entsprach diesem Ansuchen, und es ist die Richtigkeit der veröffentlichten Aussagen der Deputirten und die Echtheit ihrer Unterschriften in Gegenwart der Herren J. U. D. Rozkošny und Faster geprüft worden.

Nachdem auf solche Art der Sachverhalt, den die Zeitung berichtet, als wahr sichergestellt, und die durch diese von Stadtverordneten gegebenen Aussagen der Nationalgarde und der Studentenlegion zugefügte Ehrenbeleidigung durch Verdächtigung ihres Charakers von der höchsten Gerichtsbehörde des Landes außer allen Zweifel gesetzt war, stieg die Entrüstung durch die Uiberzeugung, daß die vorgedachten Herren den Angriff auf den moralischen Werth der Nationalgarde und Studentenlegion als Mittel zur Erreichung eines höchst sträflichen und unlauteren Zweckes benützt haben, auf's höchste, und es wurde einstimmig der Beschluß gefaßt, die vollste Genugthuung für diese schmachvolle Verläumdung zu begehren.

Die Gefertigten sind von den Bürgerkorps, der Nationalgarde und Studentenlegion mit dem Vertrauen beehrt worden, diese Genugthuung auf eine der Ehrenbeleidigung angemessene Weise zu verlangen.

Die Gefertigten halten dafür, daß eine Ehrenbeleidigung nur in derselben Art, an demselben Orte, dann vor und von denselben Personen gesühnt werden könne, wie, wo und vor welchen sie zugefügt worden ist.

Die Gefertigten sehen sich daher bemüssiget, nach reiflichet Ueberlegung dieser Ehrenkränkung als Genugthuung das Begehren zu stellen:

„Die Herren Deputirten des 10. Mai J. U. D. Rozkošny, „Faster und Wanke haben in Gegenwart der zur Zeugenschaft „von den beleidigten Körperschaften Berufenen in einer Sitzung „des k. k. Appellationsgerichtes per protocollum ihre am 10. „Mai gerichtlich abgegebenen Aussagen betreffs der Betheilung „der Nationalgarden an dem in Rede stehenden Excesse nicht nur „feierlichst zu widerrufen, sondern noch weiters zu erklären, daß „sie in keiner Weise befugt waren, im Namen der Nationalgarde

Digitized by Google

„und der Studentenlegion] vor diesem Gerichte ein Be„kenntniß abzulegen, daß sie vielmehr mit der Anführung der „Willensmeinung dieser Körperschaften lediglich die Inducirung „des Gerichtes beabsichtigen."

Diese Genugthuung muß längstens bis 15. Mai 1 Uhr Nachmittags gegeben sein, widrigens die Gefertigten erklären, daß die bei diesem Vorfalle betheiligten Körperschaften gegen die drei Herren bei der Strafbehörde klagbar werden müßten.

Die Gefertigten stellen mit dem vollsten Vertrauen auf das Rechtsgefühl und den Gerechtigkeitssinn Eines löblichen Vorstandes die geziemende Bitte: Löblich Selber wolle mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln dahin wirken, daß die begehrte Genugthuung den Nationalgarden auf dem gedachten Wege werde.

Prag, am 13. Mai 1848.

Fürst Karl Auersperg m. p., Major. — Ed. Pleschner m. p., Major. — Johann Haklik m. p., Hauptmann. — J. U. D. Johann Prasch m. p., Unteroffizier. — J. U. D. Leopold Klaudi m. p., Subtribun der juridischen Cohorte.

Ein vom Hrn. J. U. D. Rozkosny denselben Tag an das Kommando der Nationalgarde vorgelegtes Gesuch, welches im Wesentlichen die Behauptung enthielt, daß das appellatorische Protokoll unrichtig aufgenommen worden, und unter Anführung des Sachverhaltes die Art und Weise angab, wie das Protokoll von dem k. k. Appellationsgerichte berichtigt werden solle, wurde von diesem Kommando der Fünfmännerkommission zur Erledigung zugewiesen, welche diese nach vorhergegangener Berathung dahin gab, daß auf die Eingabe, weil sie zur Entschuldigung der drei Deputirten Nichts enthalte, und an der Sachlage nichts ändere, kein edacht genommen werden könne, und bei dem Begehren um Satisfaktion auf die obangeführte Art beharrt werden müsse.

Den 15. d. M. erhielt die gedachte Kommission mit Note des Hrn. Bürgermeisters folgende Aeußerung der angeklagten Herren Deputirten Dr. Rozkosny, Fäster und Wanka zugestellt:

Löblicher Vorstand des Stadtverordneten-Collegiums!

Ueber die dem Gefertigten mittelst verehrlicher Note vom 13. Mai 1848 mitgetheilte Eingabe der Herren Repräsentanten der löblichen Bürgercorps, der Nationalgarde und Studentenlegion in Betreff der geforderten Genugthuung wegen Ehrenbeleidigung wird die abgeforderte Aeußerung unter Rückschluß des Kommunikats im Nachstehenden erstattet:

Die Herren Repräsentanten der löbl. Nationalgarde, der Bürgercorps und der Studentenschaft stützen den Beweis des Faktums, durch welches die behauptete Ehrenbeleidigung begangen sein soll, lediglich auf das von dem k. k. Appellationsgerichte am 10. Mai l. J. aufgenommene Protokoll.

Hinsichtlich des Protokolls sind dem löblichen Kommando der Prager Nationalgarden bereits in der demselben von dem gefertigten Stadtverordneten J. U. Dr. Rozkosny vorgelegten Aeußerung die Gründe auseinander gesetzt worden, warum dieses Protokoll nicht als richtig aufgenommen werden kann, und einer Berichtigung bedarf. Zugleich wurde das Ansuchen gestellt, sich unter Beilegung der diesfälligen Aeußerung an das k. k. Appellationsgericht zu dem Ende zu wenden, womit letzteres unter Beiziehung der bei der Sitzung am 10. Mai l. J. zugegen gewesenen Senatsglieder in Berathung ziehe, und darüber einen Beschluß fasse, ob das Protokoll vom 10. Mai als richtig textirt anerkannt werde, oder einer Berichtigung in der angezeigten Art zu unterziehen sei.

Dieses war nach der Ueberzeugung der Gefertigten der einzige von der Vernunft und dem Gesetze gebotene Weg, auf welchem in der Sache weiter fortzuschreiten war, und es dürfte wohl in Abrede gestellt werden können, daß ein Ankläger, welcher nur ein einziges Beweismittel für sich hat, dessen Richtigkeit jedoch von dem Angeklagten zweifelhaft gemacht und in Frage gestellt

Digitized by Google

wird, sich es gefallen lassen müsse, daß vor allem andern diese Frage im kompetenten Wege in's Klare gesetzt werde.

Diese in der erwähnten Aeußerung vorgeschlagene Einleitung haben die Herren Repräsentanten der löblichen Nationalgarde, der Bürgerkorps und der Studentenlegion in ihrer Erledigung vom 13. Mai l. J. zurückgewiesen, dagegen in ihrer rückfolgenden Eingabe von demselben Tage sich dahin ausgesprochen: daß sie den Sachverhalt in ihrer Versammlung bereits geprüft haben, daß dieser Sachverhalt von ihnen als wahr sichergestellt worden ist, daß die ihnen zugefügte Ehrenbeleidigung außer allen Zweifel gesetzt worden ist, und daß ihnen daher die von ihnen vorgeschriebene Genugthuung längstens bis 15. Mai l. J. 1 Uhr Nachmittags gegeben sein müsse.

Die Gefertigten ehren und loben den Eifer, mit welchem die Herren Repräsentanten gegen die vermeintliche Verletzung ihrer Ehre auftreten, sie glauben aber ein gleiches Recht auf den Schutz der eigenen Ehre zu haben, und da sie es ihrerseits nicht für zulässig halten, Richter in eigener Sache zu sein, und über die Richtigkeit eines gegen sie geltend gemachten Beweismittels sebst abzusprechen, so müssen sie jene Einleitung, welche in der oberwähnten Aeußerung durch den gefertigten Stadtverordneten J. U. Dr. Rozkošny dem löblichen Kommando der Nationalgarde vorgeschlagen worden ist, nun selbst treffen, weil sie selbst für den einzigen gesetzlichen Wege halten, das strittige Faktum in's Klare zu setzen.

Die Gefertigten zeigen daher an, daß sie gesonnen sind, morgen dem k. k. Appellationsgerichte ihr Einschreiten zu überreichen, womit das unrichtig aufgenommene Protokoll vom 10. Mai l. J. auf jene Art, wie es in der an das der löblichen Nationalgarde gerichteten Aeußerung des gefertigten Dr. Rozkošny angedeutet wurde, nach vorläufigem Konklusum des k. k. Appellationsgerichts berichtigt werde. Diesen ihren Entschluß bitten die Gefertigten den Herren Repräsentanten der löbl. Nationalgarde, der Bürgerkorps und Studentenlegion mit dem Beisatze mitzutheilen, daß die Gefertigten unmöglich der Vermuthung Raum geben können, es wäre den genannten Herren Repräsentanten erwünscht, wenn das Protokoll vom 10. Mai l. J. richtig aufgenommen, und wenn die beleidigte Aufgabe, wie sie in diesem Protokoll vorkommt, von den Gefertigten wirklich gemacht worden wäre; daß es vielmehr vorausgesetzt werden müsse, es sei denselben selbst daran gelegen, sich auf dem gehörigen Wege die Ueberzeugung davon zu verschaffen, daß die Gefertigten jene die löbliche Nationalgarde beleidigende Angabe, welche ihnen in dem Protokolle vom 10. Mai l. J. in den Mund gelegt wird, nicht gemacht haben, und daß es daher wahrscheinlich unerklärt ist, wienach die Hrn. Repräsentanten der löblichen Nationalgarde, der Bürgerkorps und der Studentenlegion den Antrag, sich hievon durch einen Beschluß des k. k. Appellationsgerichtes die legale Ueberzeugung zu verschaffen, zurückweisen konnten.

Daß unter diesen Umständen das Verlangen der genannten Hrn. Repräsentanten, ihnen die vorgeschriebene Satisfaktion längstens bis 15. Mai l. J. 1 Uhr Nachmittags zu geben, unausführbar sei, ergibt sich von sich selbst.

Prag, am 11. Mai 1848.

J. U. Dr. Joh. Rozkošny m. p. — Franz Wanka m. p. — Peter Faster m. p.

Die Kommission sah in dieser Eingabe eine Beschuldiguug des k. k. Appellationsgerichtes wegen unrichtiger Aufnahme des Protokolles, welche Beschuldigung insbesondere durch den Absatz der Aeußerung, daß ihnen die, die Nationalgarde beleidigenden Angaben in dem Protokolle in den Mund gelegt, nichts weniger als einen Mißbrauch der Amtsgewalt von Seite des k. k. Appellationsgerichtes involvirte — nichts desto weniger aber beschloß die Kommission, dem Wunsche der drei Herren Deputirten nachzugeben — verfügt sich jedoch, um in dieser Angelegenheit durchaus keiner Verzögerung Raum zu geben, um halb 0 Uhr selbst zum k. k. Appellationsgerichte und stellte vor einer vom Appellationspräsidium sogleich abgeordneten Gerichtskommission die protokollarische Bitte, daß das bezügliche Einschreiten der drei Hrn. Deputirten unverzüglich in Be-

Digitized by Google

rathung gezogen und erledigt, also demzufolge die Rektificirung des Protokolls vom 10. Mai l. J. ungesäumt vorgenommen, oder falls jenes Protokoll richtig, Rektificirung demnach unmöglich sei, diese Angelegenheit wegen des angeschuldeten Verbrechens des Mißbrauches der Amtsgewalt von Amtswegen dem Kriminalgerichte abzutreten.

Hierauf erfolgte um 2 Uhr Nachmittags vom k. k. Appellationsgerichte der Bescheid vom 15. Mai l. J. Nr. App. 8831: „In die begehrte Aenderung des bei dem k. k. böhm. Appellationsgerichte am 10. Mai 1848 über die mündliche Darstellung und Bitte der Deputirten des Prager Stadtverordnetenkollegiums, betreffend die Entlassung und Untersuchung des Franz Groll auf freiem Fuße, über die diesfällige Berathung und Schlußfassung mit Beobachtung aller gesetzlichen Förmlichkeiten und nach seinem ganzen Inhalte richtig und der Wahrheit getreu aufgenommenen Rathsprotokolls um so weniger eingegangen werden, als dasselbe den Deputirten J. U. Dr. Rozkosny, Peter Faster und Franz Wanka rücksichtlich ihrer erwähnten Darstellung und Bitte durch den betreffenden beeideten Protokollführer in Originali vorgelegt, von ihnen durchgelesen, und nach genauer Aufnahme eines von Dr. Rozkosny verlangten Beisatzes von allen Dreien eigenhändig gefertigt worden. In kriminalgerichtlicher Beziehung eine Einleitung zu treffen, habe das k. k. Appellationsgericht keinen Anlaß gefunden.

Nr. CLXXIV.

Protestation des großen Bürgerausschußes in der Groll'schen Angelegenheit.

Der am 16. Mai 1848 versammelte große Bürgerausschuß der Hauptstadt Prag findet sich zur Ehre der durch denselben vertretenen Bürgerschaft dringend verpflichtet, öffentlich zu erklären, daß er das Benehmen, welches die drei Herren Stadt-Verordneten J. U. Dr. Rozkosny, Peter Faster und Franz Wanka, die als Deputirte des Stadtrathes am 10. Mai 1848 die Freilassung des kriminell verhafteten Groll erwirkten, nach den bisherigen Vorlagen dem k. k. Appellationsgerichte gegenüber, angehalten haben, auf das Entschiedenste mißbillige, indem dieses Benehmen mit der loyalen Gesinnung des Gemeinderathes, wie der Bürgerschaft im größten Widerspruch stehen.

Gegeben von dem großen Bürgerausschuße der k. Hauptstadt Prag, am 16. Mai 1848.

Der Alten-Präsident:
Johann Urban.

Nr. CLXXV.

Aufruf des constitutionellen Vereins zur Unterstützung des Staates.

Vom österr. Patrioten-Verein ist unterm 4. Mai l. J. ein Aufruf an das ganze Land Oesterreich ergangen, womit jeder Vaterlandsfreund aufgefordert wird, den Finanzbedrängnissen, in welchen unsere Monarchie durch das frühere Regierungssystem und durch die Andauer des italienischen Krieges gerathen ist und welchen durch Regierungsmaßregeln für den Augenblick nicht aufgeholfen werden kann — durch freiwillige Gaben im Betrage von mindestens Einem Gulden pr. Person, die dies zu thun im Stande ist, — aufzuhelfen.

Dieses ehrenwerthe Beginnen der Wiener eifert uns an, einen gleichen Aufruf auch an die gewiß von gleichem Patriotismus beseelten Bewohner unseres Vaterlandes ergehen zu lassen, mit welchem wir hinweisen, daß es eines jeden edlen Staatsbürgers heiligste Pflicht ist, seinem freien Staate durch jedes mögliche Opfer den Bestand zu garantiren.

Hochherzige Landleute, zeiget, wie warm Euch das Herz für Euer Vater-

Digitized by Google

land, für Eueren Staat schlägt, und opfert auf den Altar für die Wohlfahrt der Monarchie. Die näheren Modificationen geben wir morgen.

Prag, am 16. Mai 1848.

Vom constitutionellen Verein in Prag.

Nr. CLXXVI.

Erklärung des Corps Swornoſt wegen deſſen Nicht-auflöſung.

Die in Nr. 76 der Bohemia gemeldete Auflöſung der unter dem Namen Swornoſt beſtehenden Abtheilung der Prager Nationalgarde beruht wohl auf einem Irrthum. Die Swornoſt beſteht bis heute noch; ſie iſt ein integrirender Theil der Prager Nationalgarde, ſie iſt wie dieſe nach Stadttheilen conſcribirt, ſteht unter den Obercommando des Oberſten ſämtlicher Stadtgarden, leiſtete, wie dieſe, bis jetzt alle ihr ordnungsmäßig aufgetragenen Dienſte, und iſt auch im ſteten Dienſtverkehre mit der Staabskanzlei. Der Beſtand des diesfälligen Corps Swornoſt hat ſeit dem erſten Urſprunge nicht etwa Abſonderung an und für ſich, ſondern hauptſächlich die Wahrung der böhmiſchen Nationalität im Commando und in der Tracht, mithin die Wahrung des böhmiſchen Nationalcharakters auch nach Außen hin, auf Grundlage des Grundſatzes der Gleichberechtigung beider Nationalitäten, zum Zwecke. Der Grund hierzu beſteht bis heute noch aufrecht; denn die ganze übrige Nationalgarde Böhmens wird mit Ausnahme der Studentenlegion bisher ausſchlüßlich deutſch commandirt. Um auch hier der böhmiſchen Nationalität Achtung und Geltung zu verſchaffen, und um dem ſchon oft genug gegen uns durch Schrift und Wort ausgebeuteten Scheine nicht weiterhin Raum zu geben, als ob es in Prag keine Böhmen, wenigſtens keine böhmiſchen Bürger und Offiziere gäbe, muß es der böhmiſchen Bevölkerung Prags doch freiſtehen, ſich wenigſtens in der Abtheilung „Swornoſt" durch das Böhmiſche Commando und durch eine entſprechende Nationaltracht als Böhmen offen zu bekennen. Das Corps Swornoſt fand hierin überdies in den böhmiſchen Gegenden des Landes vielſeitige Nachahmung; tagtäglich kommen neue Erkundigungen, Anfragen u. d. g. ein; es erſcheint ſonach die Auflöſung des gedachten Corps vor der Hand in mehrfacher Beziehung weder räthlich noch thunlich, und es werden übrigens die zweckdienlichen Schritte zur Sicherung deſſen Fortbeſtandes, ſo wie zur Erörterung verſchiedener daſſelbe betreffender falſcher Gerüchte eingeleitet, deren Reſultat ſeiner Zeit veröffentlicht werden wird.

Vom Corps Swornoſt.

Nr. CLXXVII.

Auszug aus dem Rathsprotokolle des k. k. Appellationsgerichts vom 17. Mai 1848.

Dem Staabskommando der hieſigen Nationalgarde wurde mit Bezug auf das in der Prager Zeitung Nr. 75 vom k. k. Appellationsgerichte veröffentlichte Protokoll von derſelben Behörde mit Note vom heutigen Tage folgender Auszug mitgetheilt:

Auszug aus dem Rathsprotokoll über die Plenarſitzung des k. k. böhmiſchen Appellationsgerichts am 17. Mai 1848.

Es erſcheinen die Repräſentanten der Prager Nationalgarde, Bürgercorps und Studentenlegion, und zwar Herr Oberſtwachtmeiſter Fürſt Auersberg, Herr Oberſtwachtmeiſter Ed. Pleſchner, Herr Hauptmann Haklik, Herr Gardenführer Dr. Praſch, und Herr Subtribun Dr. Klaudi.

Die Erſchienenen ſtellten die Bitte, damit Dr. Roszkoſny vorgelaſſen werde, um vor dem Appellationsgerichte jene Erklärung abzugeben, welche

Digitized by Google

er als Genugthuung zur Sühnung der der Nationalgarde, dem Bürgercorps und der Studentenlegion durch die mit Herrn Faster und Herrn Wanka am 10. Mai l. J. bei dem Appellationsgerichte zu Protokoll gegebenen Daten in Betreff der Entlassung des Franz Groll, abzugeben sich bereit erklärt hat.

Hierauf wurde Dr. Rozkosny vorgelassen, und gab nachstehende Erklärung in Anwesenheit der obangeführten Repräsentanten ab:

„Ich erkläre es als unwahr, daß am 10. Mai l. J. die sämmtlichen Nationalgarden, die Studentenlegion und hierunter selbst Bürger und Doctoren auf der augenblicklichen Freilassung des Franz Groll bestanden, ich erkenne es an, daß diese Anführung der Willensmeinung der erwähnten Körperschaften allerdings so gedeutet werden konnte, als sei dadurch die Verleitung des k. k. Appellationsgerichtes zu einem illegalen Beschlusse beabsichtigt worden, und ich bekenne es, daß ich keineswegs befugt war, im Namen der löblichen Nationalgarden und Studentenlegion dem k. k. Appellationsgerichte ein Bekenntniß abzulegen."

J. U. Dr. Johann Rozkosny, m. p.
Vom Ober-Commando der Prager Nationalgarde.

Nr. CLXXVIII.

Kundmachung der Ausgleichung mit Doktor Rozkosny.

Nach Herablangung der appel. Erledigung vom 15. Mai Z. 8831 hat sich Hr. Dr. Rozkosny noch an demselbtn Tage bereit erklärt, die von den fünf Hrn. Repräsentanten der beleidigten Körperschaften verlangte Genugthuung zu geben.

Die Repräsentanten begaben sich in das Bureau des Hrn. Bürgermeisters, wo Hr. Dr. Rozkosny dieselben bereits erwartete. Dnrch männlichen Händedruck und mit herzlichen Worten bezeugten sie demselben ihre volle Anerkennung seiner durch diese Erklärung an den Tag gelegten Ehrenhaftigkeit, und der Hr. Bürgermeister äußerte sein Vergnügen, die Spaltung so achtbarer Körperschaften wenigstens mit Einem der Betheiligten für immer beseitigt zu wissen.

Da Hr. Dr. Rozkosny um eine Abänderung des letzteren Satzes der vorgeschriebenen Genugthuungserklärung ersuchte, wurde am folgenden Tage (16.) dieserhalb das löbl. Officierkorps zusammenberufen, diesem Wunsche nach früherer Berathung willfahrt, und demgemäß die mit dieser Abänderung vom Hrn. J. U. D. Rozkosny an die Repräsentanten überreichte schriftliche Formel der Erklärung von diesen angenommen.

Am 17. d. M. um 11 Uhr Vormittags hat J. U. D. Rozkosny im Beisein der fünf Repräsentanten der beleidigten Körperschaften in einer Plenarsitzung des k. k. Appellationsgerichtes folgende protokollarische Erklärung vor diesem Gerichte abgegeben:

„Ich erkläre es als unwahr, daß am 10. Mai l. J. die sämmtlichen Nationalgarden, die Studentenlegion und hierunter selbst Bürger und Doktoren auf der augenblicklichen Freilassung der Franz Groll bestanden, ich erkenne es an, daß diese Anführung der Willensmeinung der erwähnten Körperschaften allerdings so gedeutet werden konnte, als sei dadurch die Verleitung des k. k. Appellationsgerichtes zu einem illegalen Beschluße beabsichtigt worden, und ich bekenne es, daß ich keineswegs befugt war, im Namen der löblichen Nationalgarden und Studentenlegion dem k. k. Appellationsgerichte ein Bekenntniß abzulegen."

(Das betreffende Protokoll des k. k. Appellationsgerichtes vom 17. d. M. erscheint auch in der Prager Zeitung vom heutigen Tage veröffentlicht.)

Nachdem diese Satisfaktion gegeben, bemerkten die Hrn. Repräsentanten dem Hrn. Dr. Rozkosny, daß derselbe in ihrer und der Achtung der beleidigten Körperschaften nicht das Geringste verloren, und ersuchten denselben, falls der durch die Ereignisse des 10. Mai zwischen ihm und den Nationalgarden herbeigeführte Konflikt allein ihn zum Aus-

Digitized by Google

tritte aus dem Stadtverordneten-Collegium bewogen hätte, sich diesem Kollegium wieder einzureihen, damit diesem die Mitgliedschaft eines so ehrenhaften Mannes nicht länger entzogen bleibe. — Die Repräsentanten betrachteten zugleich ihr Mandat in dieser Angelegenheit für beendigt.

Mit dem durch die Prager Zeitung vom heutigen Tage veröffentlichten Protokolle des k. k. Appellationsgerichts vom 17. Mai l. J. sind die Verhandlungen in dieser Angelegenheit geschlossen.

Das Publikum wird daraus ersehen, daß sich Hr. Dr. Rozkošny als Ehrenmann bewährte, indem er mit Selbstverläugnung dem Widerrufe seiner Aussage sich unterzogen hat, um für die der Nationalgarde und Studentenlegion zugefügte Ehrenbeleidigung volle Genugthuung zu geben.

Zu diesem Schritte hat ihn gewiß sein inneres Rechtsgefühl und als Stadtverordneten die Ueberzeugung geleitet, daß es insbesondere in letzterer Eigenschaft seine Pflicht sei, der bürgerlichen und akademischen Waffenmacht, in welcher Bürgerthum und Intelligenz vorzugsweise vertreten sind, jederzeit mit der vollsten Achtung zu begegnen.

Die in dieser Angelegenheit betheiligten andern zwei Hrn. Stadtverordneten Faster und Wanka haben trotz der an sie ergangenen Aufforderung keine Genugthuung geleistet.

Die Nationalgarde und Studentenlegion machen dies öffentlich bekannt, und überlassen es getrost dem Urtheile des Publikums, wem durch dieses Benehmen ein Nachtheil erwachsen sei.

Prag, am 17. Mai 1848.

Die Repräsentanten der Bürgerkorps, der Nationalgarde und der Studentenlegion.

Nr. CLXXIX.

Erklärung des Franz Wanka.

Die Kürze der Zeit, und der Drang meiner Geschäfte verhindern mich, heute schon eine nähere Beleuchtung der Vorfälle des 10. Mai als Fortsetzung der von den Stadtverordneten gegebenen Erklärung in Ihr geschätztes Blatt einrücken zu lassen, verpflichte mich aber, dieselbe in den nächsten Nummern folgen zu lassen.

Prag, 16. Mai 1848.

Franz Wanka.

Nr. CLXXX.

Kundmachung des Landespräsidiums über die am 15. Mai in Wien erfolgten Ruhestörungen.

Durch Privatmittheilungen ist die Nachricht eingelangt, daß am 15. d. M. in Wien abermals sehr ernstliche Ruhestörungen stattgefunden haben, so daß die Thore der Stadt gesperrt wurden, und das k. k. Militär und die Nationalgarden ausrückten. Mittelst telegraphischer Depesche vom gestrigen Tage hat jedoch der Minister des Innern das Landespräsidium benachrichtiget, daß die Stadt wieder ruhig sei, und die Nationalgarde Ruhe und Ordnung aufrecht erhalte.

Vom böhm. k. k. Landes-Präsidium.

Prag, am 17. Mai 1848.

Leo Graf Thun,
k. k. Gubernialpräsident.

Digitized by Google

Nr. CLXXXI.

Aufforderuug an die Mitglieder der Swornoſt zur Auflöſung.

In den erſten Tagen der Freiheit ſchwuren wir uns Einigkeit; Brüder, brechen wir nicht dieſen Schwur!

Die Einigkeit geht verloren, ſobald wir uns in Corps ſcheiden, ſobald wir nach Sprachen, Geſinnungen und Neigungen uns gruppiren. Stellt Cechen und Deutſche, Radikale und Konſervative, Sanguiniker und Phlegmatiker, Gelehrte und Ungebildete in beſondere Corps zuſammen, — glaubt Ihr, daß alle friedlich denſelben Weg gehen werden? Mit nichten, früher oder ſpäter werden ſich die Gegenſätze feindlich gegenüber ſtellen! Und wo wird dann die wahre Anſicht, das richtige Handeln, die reine Tugend ſein? Nirgends. Haltet Ihr die Natur nicht für weiſe, weil ſie die Temperamente gemengt auf die Welt geſetzt hat?

Ihr verlangt eine Ausnahme von der zweckmäßigen Verpflichtung, daß Jeder zu der Kompagnie der Nationalgarde gehöre, in deren Bezirke er wohnt. Warum? Was iſt Eure Tendenz? Welches ſind Eure charakteriſtiſchen Eigenſchaften? Liebe zum Vaterlande, zur čechiſchen Sprache, zur geſetzlichen Freiheit? O glaubet nicht, daß es mit unſerem Vaterlande ſo ſchlecht ſteht, daß für dieſe nicht auch die große Mehrzahl Jener glühe, die nicht unter Euch ſind! Viele von uns differiren mit vielen von Euch in der Anſicht über die Zweckmäßigkeit der Mittel, aber im Zwecke gewiß nicht.

Brüder, wir haben eine Nationalgarde verlangt. Es liegt im Begriffe der Nationalgarde, daß es nur eine Nationalgarde gibt; nun, da wir ſie haben, ſollten wir dieſes wichtige Geſchenk unſeres Kaiſers kleinlichen Intereſſen aufopfern? Ihr ſelbſt geſteht (Národní Noviny č. 34), daß mehr als die Hälfte Prags für die Aufhebung der Swornoſt ſtimmt; nun ſo achtet die Meinung der Mehrzahl, gebt nach! Alle können wir nicht der Swornoſt angehören, wohl aber der Nationalgarde.

Das Wenzelscorps hat ſich aufgelöſt, weil ſich Mißtrauen gegen dasſelbe eingeſchlichen hatte; die Deutſchen haben die deutſchen Bundesfarben abgelegt, damit kein Zwieſpalt entſtehe; Palacky hat das Miniſterium nicht angenommen, damit nicht die Nichtſlaven aus ſeiner Ernennung Verdacht ſchöpfen; war das feige? Gewiß nicht, das war weiſe, patriotiſch!

Differiren wirklich Euere Anſichten und Tendenzen mit jenen der Nationalgarde, und ſind die Euren wahr und edel, ſo müßt Ihr ja gerade die Vereinigung wünſchen; denn Wahrheit und Tugend muß ja ſiegen, ſiegen durch ihre moraliſche Kraft! Ihr kennt doch den Charakter der Böhmen, Ihr wißt, daß man nicht durch Drohen, ſondern durch Ueberzeugen ſiege. Ich finde gerade darin einen großen Nutzen der Nationalgarde, daß durch dieſe Verbindung von Männern verſchiedenen Standes, verſchiedener Anſichten die verſchiedenen Anſichten ausgetauſcht und wechſelſeitig berichtigt werden, und Alle dadurch lernen.

Iſt das deutſche Kommando etwa die Mauer, die uns trennt? O, dann wird gewiß jeder Freund des Vaterlandes ſie niederzureißen hilfreiche Hand bieten; die Deutſchen werden gern böhmiſch lernen, gebt ihnen nur eine Friſt dazu.

Brüder, ich ſprach aus Liebe zum Vaterlande; aus Liebe zum Vaterlande werdet auch Ihr — die Unſeren werden.

Ein Garde des 4. Bataillons.

Nr. CLXXXII.

Antwort des Corps Swornoſt auf die Aufforderung wegen deſſen Auflöſung.

Ihr in der Extranummer 5 der Bohemia abgedrucktes Sendſchreiben an die Mitglieder der Swornoſt iſt ſo herzlich und verſöhnlich abgefaßt, daß wir

Digitized by Google

nicht umhin können, Ihnen mit einer eben so offenen und herzlich gemeinten Antwort zu entgegnen.

Wie aus unsrer in Nr. 78 d. B. abgedruckten Erklärung deutlich hervorgeht, betrachten wir uns insgesammmt als Prager Nationalgarden und somit Sie und alle andern Nationalgarden als wahre Brüder, die derselbe Zweck: die Wahrung der gesetzlichen Freiheit, vereinigt hat. Die Swornost ist demnach durchaus kein Sondercorps; sie hat keine andere Tendenz, keine andern charakteristischen Eigenschaften, als die offen und wiederholt ausgesprochene Absicht, dem böhmischen Kommandoworte und einer angemessenen bömischen Nationaltracht Eingang zu verschaffen. Dadurch kann doch wahrlich nicht die Einigkeit angegriffen sein! Die Einigkeit und Gleichberechtigung ist ja hauptsächlich vom Corps Swornost ausgesprochen worden und wird, so wahr wir Eure Brüder sind, auch gehalten werden. Sind doch beinehe alle Männer des 11. März in unsrer Mitte!

Die Einigkeit geht nicht verloren, wenn wir das Princip der Gleichberechtigung der Nationalitäten in der Nationalgarde auszuführen streben. Es gibt nur eine Nationalgarde, unsre Swornost ist ein integrirender Theil hievon mit böhmischem Kommando und böhmischer Nationaltracht. Sollte die Nationalgarde deshalb zerfallen? Das wäre wahrlich das Gegentheil von Einigkeit, wenn sich der böhmische Theil der Nationalgarde dem andern auf Gnade oder Ungnade unterwerfen müßte.

Der Gegensatz der Sprache ist allerdings da, der läßt sich aber nicht verwischen, ohne dem Einen oder dem Andern wehe zu thun; deswegen haben wir uns eben Einigkeit versprochen, daß die Verschiedenheit der Sprache uns fortan nicht entzweien soll. Laßt uns daher unser böhmisches Kommando und unsre Nationaltracht, welche wir beide mit gutem Rechte beanspruchen und uns nicht nehmen lassen werden; einen andern Zweck, der Euch feindlich sein könnte, verfolgen wir nicht. Euere und unsere Bestimmung ist im Wesentlichen gleich; geben wir somit das gute Beispiel des friedlichen Nebeneinandenbestehens.

Wir verlangen keine Ausnahme von der Verpflichtung, daß Jeder zu der Kompagnie der Nationalgarde gehöre, in deren Bezirke er wohnt, sobald uns die Möglichkeit, dieser Verpflichtung gänzlich nachzukommmen gegeben sein wird, sobald nämlich in jedem Stadtviertel das böhmische Kommandowort ertönen wird. Uebrigens sind unsere Abtheilungen bereits jetzt nach Stadtvierteln zusammengestellt und rücken zum Dienste zusammen. Auch uns beseelt Liebe zum Vaterlande, zur böhmischen Sprache, zur gesetzlichen Freiheit. Wir glauben aber diese Liebe nur dadurch an den Tag legen zu können, daß wir die böhmische Sprache sofort praktisch in's Leben einführen. Ein anderes Mittel zur Erreichung unseres Interesses, das wohl nach dem Vorausgeschickten kein kleinliches genannt werden kann, ist uns nicht bekannt. Wollen unsere übrigen Brüder uns in der Einführung des böhmischen Kommandos, besonders da die ganze Konskription der Nationalgarde nochmals vorgenommen werden wird, unterstützen, so sind wir alle bereit in jedem Stadttheile einzutreten, wo wir die böhmische Nationalität gehörig gewahrt finden; vor der Hand aber bleibt es unser gutes Recht, ja unsere Pflicht, die böhmische Nationalität selbst in der Garde zu vertreten.

Was in den Národní Nowiny č. 34 von uns gesagt wird, kann kein Argument gegen uns sein, weil es nur Privatansicht eines Einzelnen ist, welche eine vorübergehende, von Leidenschaftlichkeit stark gefärbte Stimmung beschreibt, die daher einer bessern Ueberzeugung von selbst weichen wird. Wir wollen das nicht untersuchen, wer diese Stimmung verbreitet und gesteigert hat. Dagegen können wir ohne unbescheiden zu sein, darauf hinweisen, daß die böhmisch sprechende Bevölkerung des Flachlandes, wenn sie aus reinen Quellen schöpft, mit Wohlgefallen und Liebe auf unser patriotisches Streben sieht.

Unsere Ansichten und Tendenzen differiren und müssen mit jenen der übrigen Nationalgrade differiren, jedoch nur insoweit, als es in einem freien Saate unmöglich ist, alle Menschen unter einer Meinung zu vereinigen; im Uebrigen

Digitized by Google

achten wir auch Euere divergirenden Ansichten, was schon daraus hervorgeht, daß wir Euch nie aufgefordert haben, Euch unseren Ansichten zu unterwerfen.

Noch haben wir einige kleine Irrthümer Ihres Sendschreibens zu berichtigen. Das Wenzelskorps hat sich nicht aufgelöst, sondern den Namen Swornost angenommen und sich der Nationalgarde einverleiben lassen; das Mißtrauen, welches sich schon vor unserer Organisirung einschlich, war übrigens ein Schluß ohne alle Prämissen; die Deutschen haben ihre Farben nicht abgelegt, sondern wir sehen sie eben verjüngt wieder aufleben; wir gönnen ihnen dieses unschuldige Vergnügen, nachdem sich der größte Theil des Landes gegen den Anschluß an Deutschland verwahrt hat. Palacky endlich hat das Ministerium nicht aus Furcht vor den Nichtslaven ausgeschlagen, denn ausdrücklich erklärte er mündlich und schriftlich, daß er sich vor Demonstrationen nicht fürchte, sondern nur darum nahm er das Ministerium nicht an, weil seine Eintritsbedingungen verworfen wurden.

Noch müssen wir bemerken, daß uns nie beigefallen ist, unsere Absichten für die allein wahren und edlen zu halten, wir halten auch die gegentheilige Meinung vom subjektiven Standpunkte für wahr und edel, nehmen aber bloß das Recht in Anspruch, daß Andere dieselbe Regel gegen uns beobachten; mit Drohungen Andere zu unserer Meinung herüberzuführen, ist absolut demjenigen Freiheitsprinzipe entgegen, dem wir huldigen. Diese offene und herzlich gemeinte Erklärung wird hoffentlich genügen, um Euch Brüder zu überzeugen, daß wir nie aufgehört haben, die Eurigen zu sein.

Vom Corps Swornost.

Nr. CLXXXIII.

Rechtfertigung des Franz Wanka in der Angelegenheit des Franz Groll.

Da sich gegen meine Wirksamkeit als Deputirter des Prager Stadtverordneten-Collegiums aus Anlaß der begehrten Freilassung des Franz Groll vielseitig erhobenen Stimmen mehr oder weniger eine minder genaue Kenntniß des Vorganges selbst herausstellt, so sehe mich in der Lage, mit Beziehung auf meine in der Extra-Nummer 5 der Bohemia gegebene vorläufige Erklärung diesen Vorfall selbst und meine Wirksamkeit insbesondere näher zu beleuchten.

Daß ich als Deputirter des Prager Stadtverordneten-Collegiums bei dem k. k. Appellationsgerichte eintrat, kann und konnte mir Niemand übel deuten, denn ich erfüllte hiermit die mir als Stadtverordneten obliegende Bürgerpflicht, wie selbe auch jeder andere Stadtverordnete erfüllen mußte, sobald die Wahl des Collegiums ihn hiezu bestimmte. In dieser Beziehung enthält auch die von dem Prager Bürgermeister und dem Stadtverordneten-Collegium in Nr. 78 der Bohemia abgegebene authentische Darstellung dieses Vorganges meine vollständige Rechtfertigung. — Der mir gemachte Vorwurf kann also jedenfalls nur mein Benehmen bei dem k. k. Appellationsgerichte selbst, also die daselbst gesprochenen Worte zum Gegenstande haben, wie dies auch von mehren Seiten deutlich ausgedrückt und mir und meinen Mitdeputirten als eine Inducirung des Gerichtes zur Last gelegt worden ist. Diesfalls muß ich nun vor Allem darauf aufmerksam machen, daß unser Anbringen bei dem k. k. Appellationsgerichte keineswegs sogleich nach seinem Wortlaute zu Protokoll genommen wurde, sondern daß die Abfassung dieses Protokolls erst nach unserm Abtritte erfolgte, indem dieses Protokoll uns erst später, und zwar mir erst nach Verlauf eines vollen Tages im Rathhause zur Unterfertigung vorgelegt, jedoch keineswegs irgend vorgelesen worden ist, wobei ich die Unterschrift auch ohne Anstand beifügte, weil mir als schlichtem Bürger nicht einfallen konnte, daß mir aus der Erfüllung meiner Pflicht ein Vorwurf gemacht und die Stellung jedes einzelnen Wortes als Waffe gegen mich benützt werden könnte. Bei dieser Sachlage kann ich auch nur für den Inhalt überhaupt, keineswegs aber für den ohne mein Zuthun aufgenommenen Wortlaut einstehen; — auf den Wortlaut aber

Digitized by Google

kömmt in dieser Sache Alles an. Daß Glieder der verschiedenen Abtheilungen der Nationalgarde, dann der Studentenlegion, Bürger und Doktoren an dem Vorgange sich betheiligten, ist ein unwidersprechliches Faktum; ob ihre Theilnahme unmittelbar auf Freilassung des Franz Groll oder ob selbe vielmehr großentheils dahin gerichtet war, durch Absendung einer Deputation an das k. k. Appellations-Gericht jeden Ausbruch der aufgeregten Masse zu beschwichtigen, und im gesetzlichen Wege der Bitte das aussprechen, was außerdem von der Menge erzwungen werden wollte, darüber haben wir uns dem k. k. Appellationsgerichte gegenüber ein Urtheil nicht angemaßt; selbes muß dem gesunden Sinne eines Jeden überlassen bleiben, der die möglichen Folgen eines ersten blutigen Konfliktes zu ermessen weiß. Das Protokoll enthält nun diesfalls die Worte: „die sämmtlichen Nationalgarden, die Studentenlegion" und hieraus wird insbesondere die vermeintliche Inducirung gefolgert. Wenn nun auch Dr. Rozkošny wirklich wörtlich so gesprochen hätte (was ich nach dem Vorgesagten weder zugeben kann, noch auch in direkte Abrede stellen will, weil es nur natürlich ist, daß ich die Stellung jedes von einem Mitdeputirten gesprochenen Wortes insbesondere in jenem Drange der Aufregung nicht im Gedächtnisse behalten konnte), so lag die Unrichtigkeit nur in dem Ausdrucke, als ob die gesammte Nationalgarde, die gesammte akademische Legion — nicht blos mehr oder weniger Glieder dieser achtbaren Körperschaften — sich bei jenem Vorgange betheiligt hätte.

Diese Absicht konnte den Worten des Dr. Rozkošny nicht unterlegt werden, diesen Verstand habe auch ich darin nicht gefunden. Wer nur irgend mit der Verschiedenartigkeit der Meinungen und Ansichten der hiesigen Einwohnerklassen bekannt ist, wird auf den ersten Blick erkennen, daß die Theilnahme der gesammten Nationalgarde oder der gesammten akademischen Legion an einem wie immer gearteten politischen Vorgange ein Unding, eine reine Unmöglichkeit ist. Das Unmögliche ist aber kein Mittel einer Inducirung, am wenigsten einer intelligenten Gerichtsbehörde gegenüber. Wie kann uns endlich eine absichtliche Unrichtigkeit zugemuthet werden, da wir durch die anstandslose Unterfertigung des zugeschickten Protokolls selbst das Mittel zur strengsten Controlle boten. Wenn also der protokollirte Wortlaut an sich ein Unding ist, wenn die Ungenauigkeit desselben nach der Natur der Sache zur Sprache kommen mußte, so konnte eine solche Ungenauigkeit, falls sie wirklich von unserem Sprecher und Mitdeputirten ausging, nur in der Aufregung des Augenblicks, welche die Worte minder genau wägen ließ; sie konnte aber nie in dem Wunsche einer absichtlichen Irreführung gelegen sein. Diese Aufregung aber war ein Gefühl, welches eine Mißdeutung nicht verdient, denn nur Wenigen ist es gegönnt, ruhig und gelassen zu bleiben, wenn blutige Konflikte drohen, deren Folgen jedem wahren Patrioten nur höchst bedauerlich sein können.

Was die weitere Beifügung des Mitdeputirten Peter Faster anbelangt, so bemerke ich nur noch, daß selbe keine Thatsache, sondern blos seine persönliche Ansicht über die möglichen Resultate eines Konfliktes enthält.

Indem ich schlüßlich nur noch auf die abnorme Stellung hinweise, in welche wir durch die Gewährung der Preßfreiheit ohne Erlaß eines regelnden Preßgesetzes versetzt wurden, und welche bereits mehrfach zum Gegenstande der Berathung gedient hat, schließe ich diesen Artikel mit dem Wunsche, daß jeder Mitbürger daraus ersehen wolle, wie ich nach meinem besten Wissen und Gewissen gehandelt; — zugleich aber auch mit dem Bemerken, daß hiemit meine Vertheidigung geschlossen ist, und auch ich der öffentlichen Meinung ruhig entgegen sehe.

Prag, am 17. Mai 1848.

Franz Wanka.

Digitized by Google

Nr. CLXXXIV.

Rechtfertigung des Peter Faster in der Franz Groll'schen Angelegenheit.

Da die erste Verhandlung eines hohen k. k. Appellations- und Kriminal-Obergerichtes durch das hohe Präsidium in Nr. 75 der „const. Prager Zeitung" bekannt gemacht wurde, war dieses so unglücklich, ohne etwas Uebles dabei zu beabsichtigen, einen ungemeinen Zwiespalt und Reibungen unter dem Prager gelehrten Publikum, wie auch unter den jetzt noch immer aufgereizten National-Garde-Offizieren und der stets bescheiden, langsam, aber sicher vorwärts schreitenden Bürger- und Einwohnerschaft herbei zu führen, in Folge dessen ich mich verpflichtet fühle, einige Zeilen als Nachhang zu der, in der „Bohemia" Nr. 78 über den Vorfall mit Franz Groll von dem Stadtverordnetenkollegium erschienenen authentischen Darstellung, mit der Voraussetzung niederzuschreiben, mich feierlichst vor jeder Bekrittelung meines Aufsatzes, die Stylisirung betreffend, zu verwahren, da ich einen solchen Aufsatz fremden Gedanken nicht mehr anvertrauen will.

Weil aber schon von einigen Herren über diesen Vorfall mehr gesprochen worden, als bis jetzt noch nothwendig war, glaube ich dabei Vieles ersparen zu können, da der Sachverhalt den Lesern dieses Blattes bereits bekannt ist, und stelle sogleich eine Frage an diese Herren, die so energisch und tapfer die ganze Offiziersmacht der uniformirten und Nationalgarde und der Studenten-Legion gegen drei schwache wehrlose Feinde, für welche sie jene drei ansehen, ins Feld stellten; und nicht genug an dem, sondern überall in der Stadt, selbst bei Sr. k. k. Hoheit spann man Befeindungen gegen uns, um nur so recht ihre Kraft in dergleichen ans Tageslicht stellen zu können.

Meine Herren! erlaubt mir doch jetzt schriftlich eine ruhige Frage, wenn Ihr mir sie durch tumultuarisches Benehmen einiger von Euch vor etlichen Tagen nicht gewährt habt, oder konntet. Was hat Euch dazu bewogen, ohne Euch überzeugen zu wollen, auf uns von allen Seiten Sturm zu laufen, und uns nicht einmal Zeit ließet, die uns zur Rechtfertigung vor Gott und der Welt gesetzlich gebührt. Haltet Ihr uns drei schwache Männer für eine Festung? Habt Ihr nicht können einige Wenige auftreten, und in dieser aufgeregten Zeit sich früher ganz kalt, genau und richtig, auch mündlich überzeugen können, ohne früher in der ganzen Stadt zu allarmiren, oder steht Euch Jemand von uns Dreien als gefährlich im Wege? Auch recht! wir wollen uns Jeder für sich vertheidigen. —

Obzwar Ihr Euch auf eine gewaltsame Art die ungebührliche Satisfaction eigenmächtig hinlänglich verschafft habt, wäre Euch Niemand von uns eine weitere schuldig, wenn er Euch auch vorsätzlich beleidigt wissen wollte, denn Ihr habt in die Rechte des Richters gegriffen, und uns sämmtlich, also unverschuldeter Weise, doppelt beleidigt. Dadurch sehe ich mich nothgedrungen, meiner Ehre wegen den Verhalt des Protokolls betreffend, des mir zur Last gelegten geäußerten Punktes öffentlich, mehr dem Publikum als Euch, bekannt zu machen, welches richtigere Richter finden wird, wie folgt:

Erstens: Ist mit uns bei dem h. k. k. Appellations-Gerichte kein Protokoll aufgenommen worden, noch wurden wir auf ein solches aufmerksam gemacht, sondern wir machten unsere Aussage nur mündlich, nach welcher auch die Freilassung des verhafteten Franz Groll berathen und beschlossen wurde. Und als es also gesprächsweise dahinkam, wo der Stadtverordnete Hr. Dr. Rozkosny die Bemerkung wegen sogleicher Absendung einer Commission an das Kriminalgericht machte, erhob sich der Stadtverordnete Herr Franz Wanka und sagte, daß hier jede Minute Verzug gefahrbringend sein könnte, indem uns bei unserer Abfahrt vor dem Rathhause von dem hier stehenden Volkshaufen die Frist von einer Stunde gegeben wurde, binnen welcher wir die Freilassung des verhafteten Franz Groll erwirken sollten, und setzte hinzu, daß er widrigenfalls nicht dafür stehen könne, daß nicht das Rathhaus und Kriminal-Gerichts-

Digitized by Google

Gebäude gestürmt würde. Diesem stimmte ich dann bei, und bemerkte, daß daraus ein schreckliches Blutvergießen entstehen könnte.

Se. Excellenz der Hr. Appellations-Präsident bemerkte darauf (und zwar, als wir schon nach Beendigung unserer Mission aufgestanden waren und abtreten wollten) gesprächsweise: daß dies ja nicht so arg sein könne, da man das Militär habe. — Und erst hierauf machte ich eben gesprächsweise (zu unserem Anbringen und in ein Protokoll, wenn auch eines vorhanden gewesen wäre, nicht mehr gehörige) Bemerkung: Ja, Ew. Excellenz, wenn es schon einmal so weit kommen sollte, daß sich die Nationalgarde mit dem Volke vereinigen und auftreten möchte, dann dürfte das sämmtliche Militär nicht hinreichend sein. Diese also gesprächsweise in das Protokoll nicht mehr gehörige Bemerkung wurde in dasselbe in einer scheinbar zwar wenig aber doch wesentlich veränderten Gestalt aufgenommen, indem jenes, was ich nur hypothetisch unter Beifügung des Wörtchens wenn sagte, in das Protokoll, welches, wie ich schon eben bemerkte, noch nicht vorhanden war und uns auch von einem Protokolle nicht eine Silbe vor der hohen Versammlung des k. k. Appellations-Gerichtes bemerkt wurde, so aufgenommen wurde, als hätte ich es apodiktisch, als bereits vorhanden angegeben, was mir die heftigsten Incriminationen und insbesondere die Beschuldigung einer böswillig beabsichtigten Verfeindung zwischen Militär und Nationalgarde zuzog.

Es ist ganz etwas Anderes, wenn gesagt wird: „Wenn es einmal so weit kommen sollte", oder, wenn gesagt wird: „Es ist bereits dahin gekommen."

Erstere war eine hypothetisch ausgesprochene Meinung, durch welche sich Niemand verletzt finden konnte. Letzteres zu behaupten, konnte mir überhaupt nicht beifallen, weil ich im Voraus versichert zu sein glaube, daß es niemals dazu kommen werde, weil der einen, so wie der andern dieser beiden Mächte gleich daran gelegen sein muß, für die innere Ruhe möglichst zu sorgen, und glaube auch da, wo es sich um Erhaltung der constitutionellen Freiheit handeln sollte, (wenn auch wirklich das k. k. Militär auf die Constitution den Eid noch nicht abgelegt hat) dennoch niemals diese zwei Mächte sich dem Fortschritt entgegenstellen würden.

So aber haben wir als Stadtverordnete dießmal unserem Auftrage gemäß für die Erhaltung der Ruhe gesorgt, und wissen unsere Pflicht, sowie unsere Amtskraft besser zu gebrauchen, als manche unserer glänzenden Feinde. —

Da es sich herausgestellt hat und mir das Zeugniß sowohl von meinem Vorstande, als auch von meinen Herren Collegen Stadtverordneten und insbesondere von der größten Zahl der Bürgerschaft gegeben werden muß, daß ich viele tumultuarische Haufen und Auflaufe, ohne Waffen gesprengt und zur Ruhe verwiesen habe. — Wer hat es also wagen können, mich unter meinen Mitbürgern als unter den Bewohnern Prags und sämmtlicher Landstädte und des Landvolkes einer solchen Unbesonnenheit, ja man könnte sagen lügenhaften Leichtsinnigkeit zu beschuldigen! Ich fordere Euch auf, Ihr Feinde meines guten Rufes, im Namen der constitutionellen Gerechtigkeit, mir ein Vergehen außer meinem gerade aus freien, kräftigen und männlichen Worte im gesetzlichen Wege, welches zu verantworten ich nicht im Stande wäre, zu erweisen; oder stellt Euch vor und sagt, wer unter Euch es ist, der mehr für das allgemeine Wohl auf legalem Wege gethan, und für die Ordnung und Ruhe, in der Stadt sowohl, als auf dem Lande gesorgt hat; ich will ihn gern auf meinen Stuhl setzen, um welchen mich mancher von Euch beneidet, ohne einen Begriff vom Gange der Dinge und der guten Sache zu haben.

Zweitens: Glaubt Ihr Euch auf ein Protokoll zu stützen, welches erst aus mir unbekannten Gründen am 11. Mai, den zweiten Tag Nachmittag aus dem Sinne über die Verhandlung der am 10. Mai gepflogenen Berathung abgefaßt und in meinem Hause, während ich von einem Haufen Papiere, mit deren Ordnung ich mich beschäftigte, umlagert war, in Gegenwart meiner Gattin schon von zwei Hrn. Stadtverordneten Dr. Rozkosny und Franz Wanka unterzeichnet vorgelegt wurde, welches ich durchaus nicht gelesen, son-

Digitized by Google

mich auf die Unterschrift Sr. Exc. des H. Appellations-Präsidenten und der zwei Herren verlassen zu können glaubte, was auch der Herr Protokollist, der das gemeinte unglückselige Protokoll selbst an mich unzusammengenäht und ungesiegelt zustellte, nicht in Abrede stellen kann. Um so weniger glaubte ich, einen Anstand nehmen zu müssen, als ich eine Bemerkung über Unrichtigkeit desselben unter der Unterschrift des Hrn. Dr. Rozkošny wahrnahm, der sich auch Hr. Wanka anschloß und der Protokollist zugleich dasselbe als nur eine noch fehlende Beilage zu den Akten angab und sich dann gleich entfernte. Ohngefähr in einer halben Stunde kehrte derselbe Hr. Protokollist wieder zurück und ersuchte mich im Namen Sr. Excellenz des k. k. Appellations-Präsidenten, da bei derlei Sachen bei den Unterschriften keine Bemerkungen sein sollen und legte mir, abermals in meinen Geschäften begriffen, einen neuerdings überschriebenen Schluß vom Protokoll vor, was aber ebenfalls von Sr. E. unterschrieben war. Er wies auch auf die Abänderung eines Satzes, gegen welchen Herr Dr. Rozkošny die Bemerkung gemacht hat und mich abermals auf meine Anfrage, ob nichts Ungewöhnliches mit dem Protokolle vorgenommen wird, versicherte, es wäre dasselbe zu den Akten nothwendig, so nahm ich weiter wieder keinen Anstand und unterschrieb.

Dieses Unterzeichnen eines mir nicht vorgelesenen Protokolls, auf welches ich auch nicht aufmerksam gemacht war und um so weniger kann man es mir als großes Vergehen deuten, da ich kein Jurist oder Gerichtsbeamter bin und meine Unterschrift nicht nothwendig, welches bloß nach dem Gedächtniß zusammengesetzt war, daher sehr leicht in der Stylisirung gefehlt sein konnte, man also durch die Amtspflicht schuldig war, die Partei aufmerksam zu machen, und das ist auch das, was ich mir selbst zur Last lege und zur großen Warnung dienen soll, denn weder ich, noch meine Hrn. Collegen waren es meiner nicht juristischen Ansicht nach nicht verpflichtet, über eine mündliche Verhandlung nach 28 Stunden ein eigens verfaßtes Protokoll zu unterschreiben.

Das läßt sich aber vor der Menschheit leicht rechtfertigen, daß ich zu einem abgesandten Beamten einer so hohen Behörde keine Vorsicht nothwendig hatte; grade aber durch diese Unvorsichtigkeit geschahen mehrere Falsa in der Veröffentlichung. Auch statt, da wir mitten im Vortrage gesagt haben, die Deputation des Volkes habe sich erklärt, zwölf Männer als Bürge leisten zu wollen, von welchen wir auch einige eigens unterschriebene vorzeigten, heißt es, wir hätten den Antrag gemacht, sie selbst zu stellen, da glaube ich, ist es doch verständlich und begreiflich genug, daß, wenn wir drei Bürger als Stadtverordnete da waren, wir durchaus Niemanden mehr nöthig hätten, also andere mitnehmen zu müssen, sondern selbst hinreichende Bürgschaft leisten konnten. Und so geschah es auch, daß die Bemerkung Sr. Exc. des Hrn. Präsidenten über das vorhandene Militär in einer stürmischen Zeit, auf welche ich dann meine Meinung hypothetisch ausdrückte, ganz ausgelassen war, und meine Aussage in einer apodictischen Art erschienen ist.

Ueber diesen nicht von mir begangenen Satzfehler drohte man mich vor's Gericht zu stellen, hat das die Welt noch früher, in dem weiland alten Zopfthum gehört? Ist das nicht himmelschreiend, eine augenscheinliche handgreifliche Neidesfeindschaft, oder vielmehr ein Verrath meines guten Rufes?

Meine Herren! ich habe in Eurem tumultuarischen Haufen Worte des Sieges über die gewonnene Schlacht mit meinen Ohren vernommen, wer es war und wen er dabei meinte, ob mich allein, oder das löbliche Stadtverordneten-Collegium, wird er wohl wissen. Glauben Sie, mein Herr, Sie sind irre geführt; Sie dürfen nicht der Meinung sein, daß uns die hohen und Allerhöchsten Stellen nicht in Schutz nehmen werden, wenn Sie auch vermuthen, daß wir der hohen k. k. Appellation durch Einschüchterung etwas erpressen wollten. Sie irren sehr. Ein Richter kann gerecht sein, auch Mitleid haben, kann aber vor Einschüchterung oder Erpressung nie befangen sein, und wenn nicht Umstände vorhanden wären und der Franz Groll ein Verbrecher gewesen wäre, wo er nicht auf freiem Fuße untersucht werden konnte, so hätten nach Ihrer Art gemeinte Drohungen gar nichts nützen können; die Hochlöbliche k. k. Appellation weiß wohl, daß wir baten, sprachen, aber nicht drohten.

Digitized by Google

Und so weise ich auch alle Drohungen als gerechter Mann zurück und werde mich durch nichts einschüchtern lassen, wenn auch jemand Anderer sich zur schwach fühlen würde, oder er nicht abzuwehren sich getraute, noch wenn es ihm seine Geschäfte nicht erlauben sollten, so lange tapfer zu stehen, als unsere Sache ausgetragen wird. Denn ich habe mich für meine Mitbürger und die ganze Nation verdient gemacht, habe mich ihrem weiteren Wunsche gefügt, werde auch in Alles, was in meiner Macht steht, in der Zukunft mich zu fügen wissen: Daher mein schon gegebenes Wort: Blut und Leben für meinen, den gerechten Monarchen, Blut und Leben für mein theures Vaterland, für die Erhaltung der Ruhe und Ordnung des ganzen Landes, für die Ehre und Freiheit meiner mir lieben Mitbürger als auch des gesammten böhmischen Volkes, insbesondere aber sehe ich mein Theuerstes auf der Welt, für meine eigene Ehre und die meiner Familie opfern zu müssen.

Ich glaube, stets als Mann, zugleich als Mensch gehandelt zu haben, aber auch in diesem Punkte kann ich nicht anders. Sollte sich jedoch Jemand durch meine aufrichtigen offenen Worte getroffen fühlen, bitte ich denjenigen, die heiligen historischen Worte mit mir vom Herzen auszurufen: Herr, vergib Ihnen —

Euer tief gekränkter

Peter Faster,
Prager Bürger, Stadtverordneter und Freund des Volkes.

K.K. HOFBIBLIOTHEK WIEN

Digitized by Google

Digitized by Google

Digitized by Google

Digitized by Google

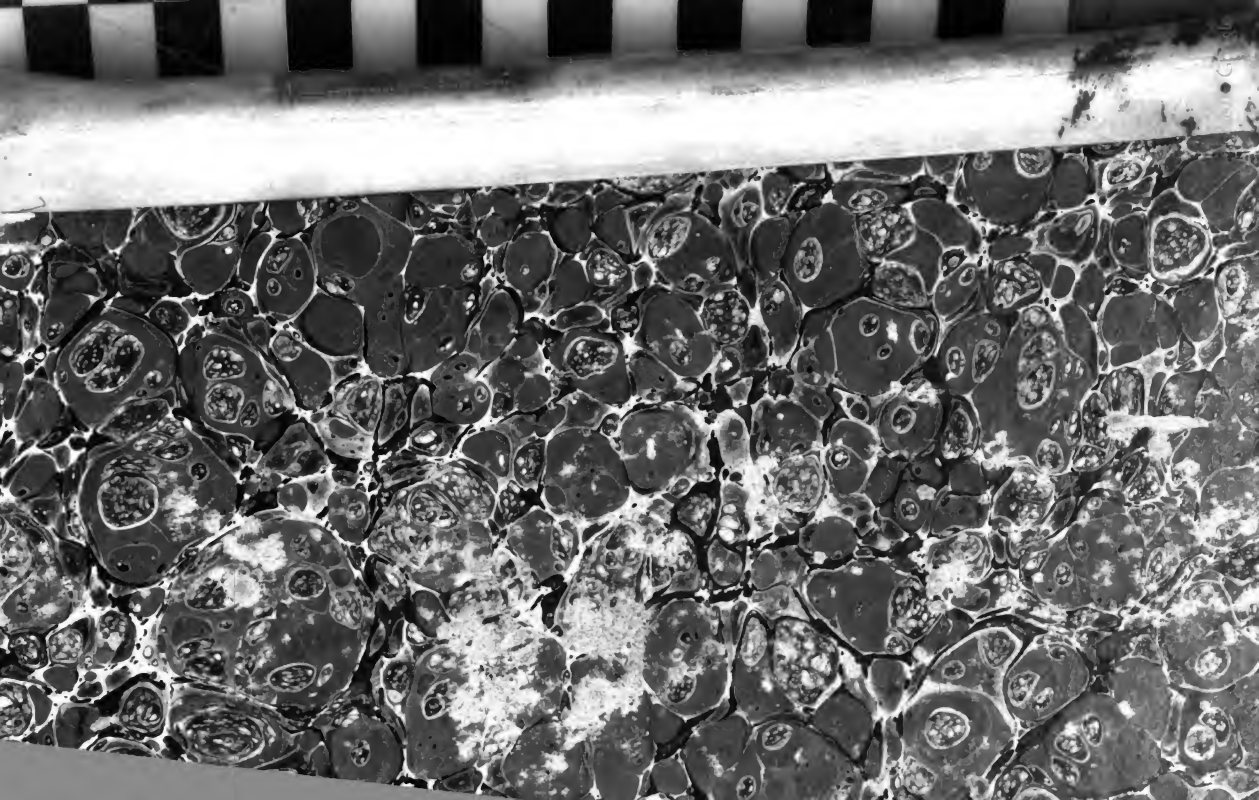
Österreichische Nationalbibliothek
+Z160774507

Digitized by Google

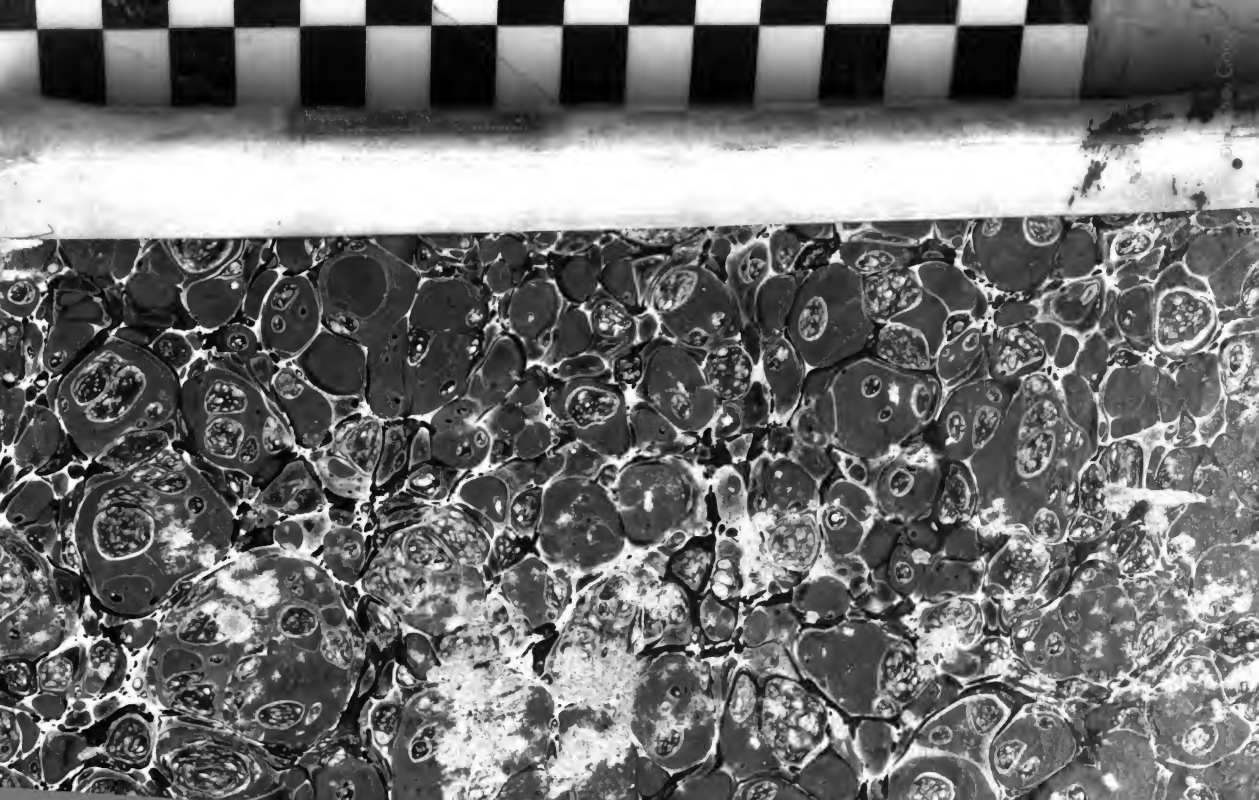
Digitized by Google

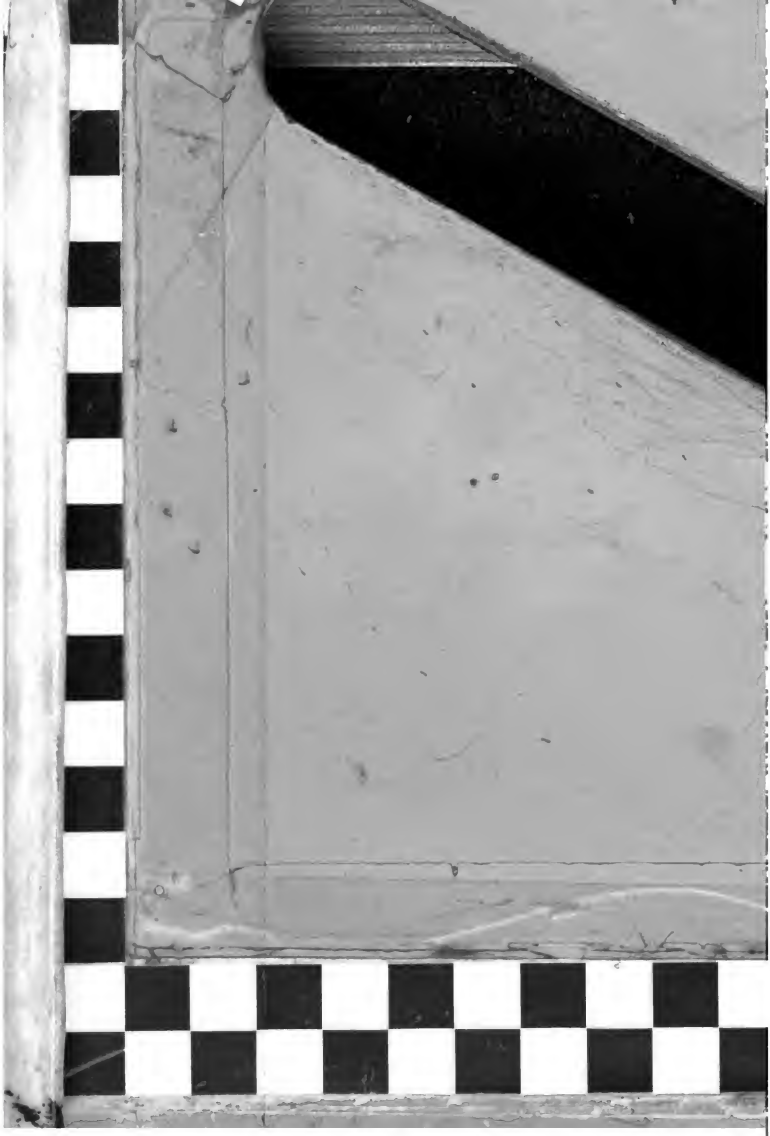
Digitized by Google

Google

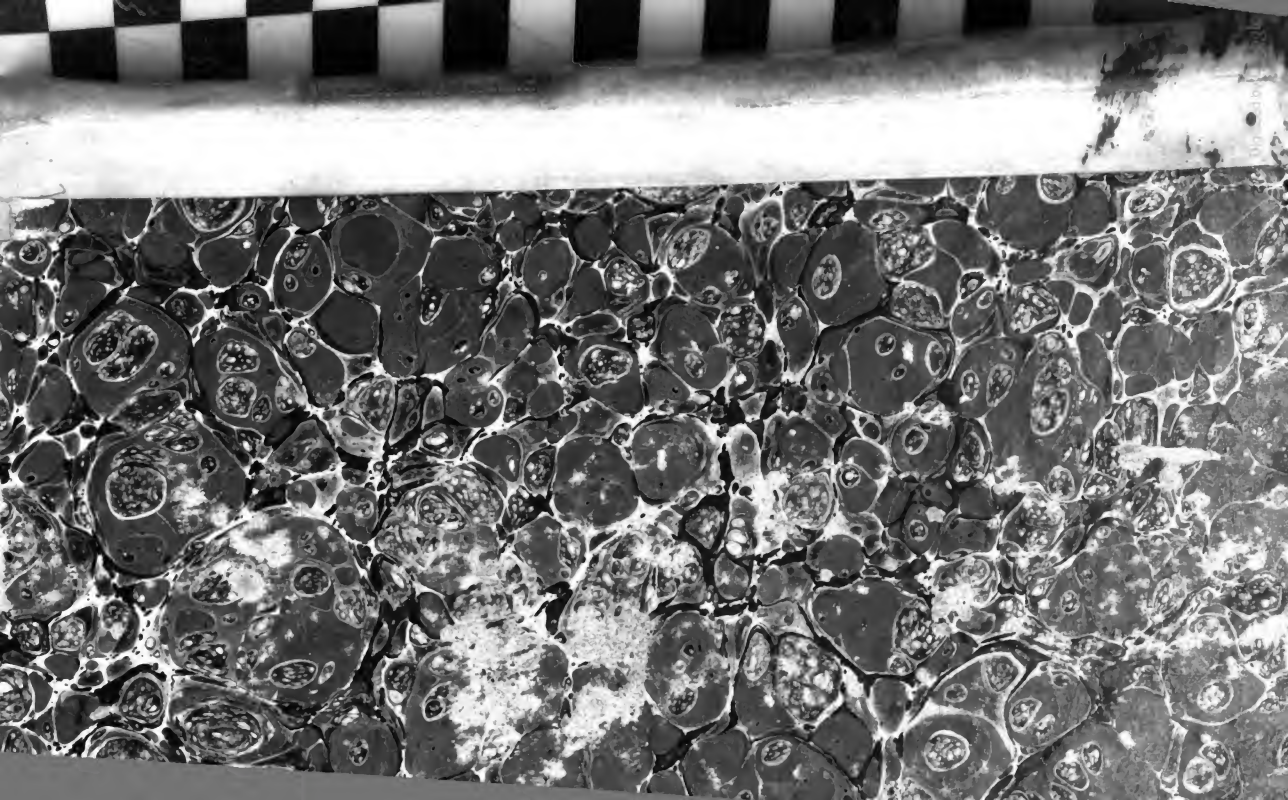


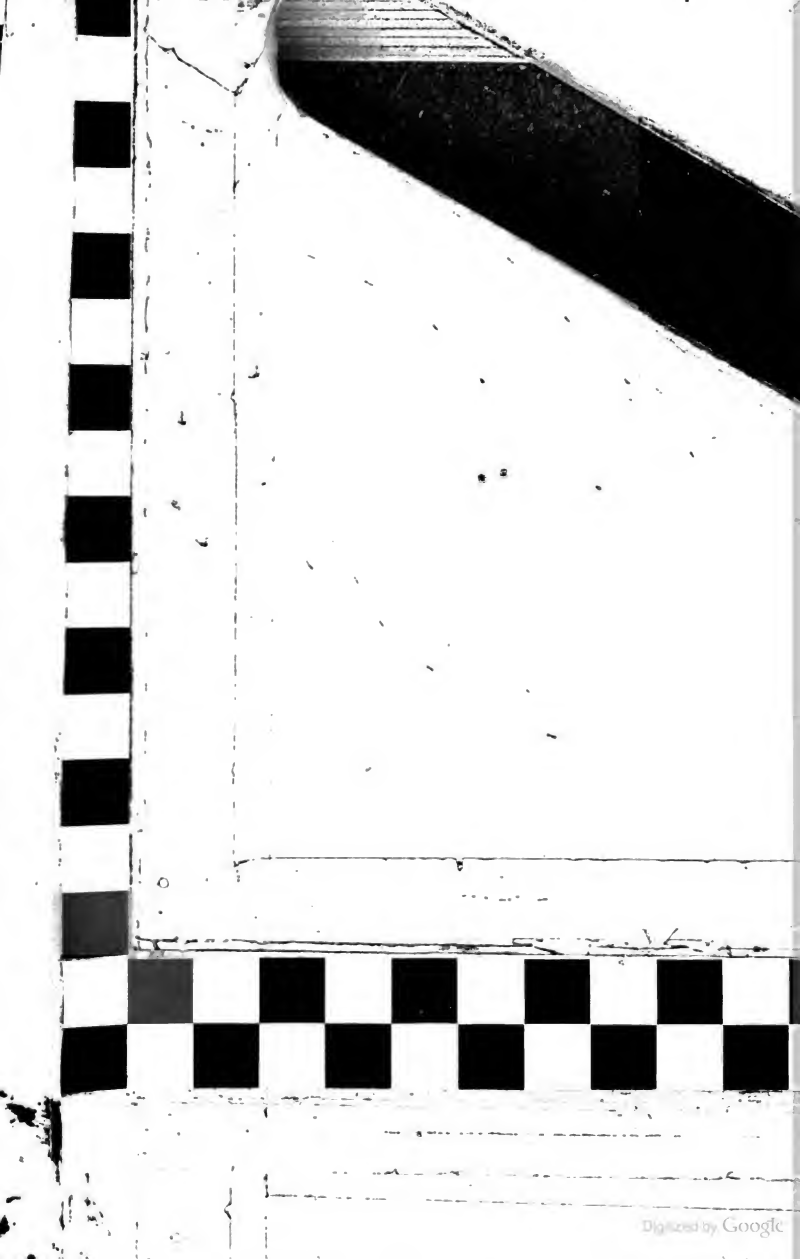
Digitized by Google





Digitized by Google




Digitized by Google

Digitized by Google